

REGIERUNGSVORLAGE

1100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1999

(1. Jänner bis 31. Dezember 1999)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



Wien 1998

Österreichische Staatsdruckerei

II

I n h a l t

	Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999	1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages	13
Anlagen:	
I. Bundesvoranschlag 1999 (Ausgaben und Einnahmen):	
Kapitel	
01 Präsidentschaftskanzlei	14
02 Bundesgesetzgebung	16
03 Verfassungsgerichtshof	18
04 Verwaltungsgerichtshof	20
05 Volksanwaltschaft	22
06 Rechnungshof	24
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	26
11 Inneres	34
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	42
13 Kunst	56
14 Wissenschaft und Forschung	58
15 Soziales	64
16 Sozialversicherung	74
17 Gesundheit	76
18 Umwelt	82
19 Jugend und Familie	84
20 Äußeres	88
30 Justiz	92
40 Militärische Angelegenheiten	94
50 Finanzverwaltung	98
51 Kassenverwaltung	106
52 Öffentliche Abgaben	110
53 Finanzausgleich	116
54 Bundesvermögen	120
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	128
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	130
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge	136
57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	140
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	150
60 Land- und Forstwirtschaft	160
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	174
64 Bauten und Technik	180
65 Verkehr und Telekom	196
71 Bundestheater *)	202
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	204
Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1998	206
Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1998	208
Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	210
II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 1999	212
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	219
Ila. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	220
III. Stellenplan (gesondertes Heft)	221
IV. Fahrzeugplan (gesondertes Heft)	349
V. Plan für Datenverarbeitungsanlagen (gesondertes Heft)	381
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999	(1)-(6)

*) Geldvoranschlag

**Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1999
(Bundesfinanzgesetz 1999 – BFG 1999)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1999 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs- haushalt	Gesamt- haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	767 655,976	254 077,311	1 021 733,287
Einnahmen:	697 509,747	324 223,540	1 021 733,287
Abgang:	70 146,229	–	–
Überschuß:	–	70 146,229	–

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1999 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/58429 und 7/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/58429 und 8/58439) und der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 1999 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG beim Voranschlagsansatz 1/11177 bis zu 200 Millionen Schilling, beim Voranschlagsansatz 1/53297 bis zu 600 Millionen Schilling und bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 900 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

(4) Zusätzlich zu den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 Z 10 des Bun-

desfinanzierungsgesetzes, BGBl.Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 10 vH der Ausgaben des Gesamthaushalts durchzuführen.

Artikel III. (1) Läßt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1999 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 418,455 Millionen Schilling, wenn
 - a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
 - b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen läßt.
2. Hinsichtlich der Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 646,380 Millionen Schilling, wenn
 - a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
 - b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z 1 oder Z 2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 1999 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1999 mit 4,5 vH zugrunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 1999 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 20 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des Betriebes oder der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314 und 2/51315 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich

anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1999 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 65 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6, 8 und 9 desselben Paragraphen sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
2. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 des Titels 711 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6 und 8 desselben Titels sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
3. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 unabhängig von Überschreitungen gemäß Z 1 und 2 bis zum Betrag von 3 Millionen Schilling je Voranschlagsansatz, soweit die Bedeckung für die Ansatzüberschreitung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann. Werden für eine Mehrzahl von Voranschlagsansätzen gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Voranschlagsansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlags (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreibungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlags sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 bis zu 25 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben aufgrund des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, wenn die den Mehrausgaben zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich sowie wirtschaftlich zweckmäßig sind und der Mehrbedarf durch gleichhohe Einsparungen bei Ausgaben nach dem Forstgesetz 1975 beim Titel 601 sichergestellt werden kann;
6. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens des Titels 642 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Ansatzbetrages, sofern die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen des Titels 642, ausgenommen die Voranschlagsansätze der Paragraphen 6425, 6426 und 6429 sichergestellt werden kann. Die Überschreitung darf nur genehmigt werden, wenn die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen Voranschlagsansatz desselben Titels und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen zurückgestellt werden können;
7. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 647 für Investitionsausgaben bis zu einem Betrag von 70 vH jener Mehreinnahmen, die beim Voranschlagsansatz 2/54607 aus Veräußerungen von Liegenschaften und Hochbauten erzielt werden;
8. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Paragraphen 1111, 6313, 6525 und 6527 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
9. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Paragraphen 1551 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder

- Aufwendungen des entsprechenden Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
10. beim Voranschlagsansatz 1/10848 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für den Vollzug des Gentechnikgesetzes, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Titel 1/108 sichergestellt werden kann;
 11. bei den Voranschlagsansätzen 1/11003, 1/11103, 1/11108, 1/11403 und 1/11408 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für den Aufbau des Grenzdienstes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
 12. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschußleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1992, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
 13. beim Voranschlagsansatz 1/11018 bis zu einem Betrag von 15 vH des veranschlagten Betrages, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
 14. beim Voranschlagsansatz 1/11146 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für die Förderung von Opferschutzeinrichtungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
 15. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
 16. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von 250 Millionen Schilling für zusätzliche Schulraumbeschaffungen sowie allfällige Kostensteigerungen des Betriebsaufwandes, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 17. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von insgesamt 12 Millionen Schilling für Zwecke der nationalen Kofinanzierung von aus Mitteln der EU mitfinanzierten Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen), wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/15016 sichergestellt werden kann;
 18. bei den Voranschlagsansätzen 1/12043, 1/54013, 1/54043, 1/54093, 1/60023, 1/63013, 1/64293 und 1/65133 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushalts für Zahlungen zur Kapitalaufstockung an Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 19. bei den Voranschlagsansätzen 1/14146, 1/14156, 1/14158, 1/50238, 1/50296, 1/63003, 1/63008, 1/63156, 1/63158, 1/63176, 1/63178, 1/64176, 1/64178, 1/65226 und 1/65228 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 000 Millionen Schilling zur Finanzierung der Technologie- und Exportoffensive, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Paragraphen 5183 sichergestellt werden kann;
 20. bei den Voranschlagsansätzen 1/14186 und 1/14188 bis zu einem Betrag von insgesamt 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann;
 21. bei den Voranschlagsansätzen 1/15158, 1/15248 und 1/15778 für Leistungen aus der Gewährung von Härteausgleichen gemäß §§ 15 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, 14 a des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, 76 des Kriegsoferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, und 73 a des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl. Nr. 27/1964, wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) desselben Titels sichergestellt werden kann; die Ansatzüberschreitung darf höchstens 80 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, betragen;
 22. beim Voranschlagsansatz 1/15516 bis zu einem Betrag von 1 500 Millionen Schilling für besondere Eingliederungsbeihilfen gemäß § 34a des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, zur Erfüllung zwingender, arbeitsmarktpolitischer Erfordernisse, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/15557 (Voranschlagspost 7622 Notstandshilfe) und/oder durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann und es außerdem zu keiner Mehrbelastung der Gebarung Arbeitsmarktpolitik kommt;

Bundesfinanzgesetz 1999

5

23. bei den Voranschlagsansätzen 1/15536 und 1/15538 für Zahlungen bis zum Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
24. beim Voranschlagsansatz 1/15536 bis zu einem Betrag von 350 Millionen Schilling zur Erfüllung von erforderlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 15 sichergestellt werden kann;
25. beim Voranschlagsansatz 1/15578 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für die gemäß § 41 Abs. 2 AMSG zu tragenden Personal- und Sachausgaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
26. bei den Voranschlagsansätzen 1/15665 und 1/15666 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
27. beim Voranschlagsansatz 1/18626 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/18628 bedeckt werden kann;
28. beim Voranschlagsansatz 1/18656 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für EU-Förderungen im Rahmen der EAGFL-Ausrichtung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60206 sichergestellt werden kann;
29. beim Voranschlagsansatz 1/20108 bis zu einem Betrag von 40,100 Millionen Schilling, soweit die Überschreitung durch die Kassenwertgebarung verursacht ist und die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
30. beim Voranschlagsansatz 1/30508 bis zu einem Betrag von 25 Millionen Schilling für Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/30500 sichergestellt werden kann;
31. beim Voranschlagsansatz 1/40108 für Investitionsausgaben bis zu einem Betrag von 100 vH jener Mehreinnahmen, die beim Voranschlagsansatz 2/54608 aus Veräußerungen von Liegenschaften und Hochbauten erzielt werden, welche ausschließlich militärisch genutzt werden und für die keine Ersatzinvestitionen erforderlich sind;
32. beim Voranschlagsansatz 1/50028 bis zu einem Betrag von 10 vH des veranschlagten Betrages für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/50024 sichergestellt werden kann;
33. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 85 000 Millionen Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
34. bei den Voranschlagsansätzen 1/58828, 7/58829 und 1/58908 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluß von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
35. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
36. beim Voranschlagsansatz 1/60018 bis zu einem Betrag von 140 Millionen Schilling für den Verwaltungsaufwand der Agrarmarkt Austria, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
37. beim Voranschlagsansatz 1/60068 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für den Zweckaufwand der Länder im Rahmen des Vollzuges des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
38. bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 bis zu 100 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben für den Bundesanteil an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, wenn die Bedeckung dieser Überschreitungen bei den jeweils anderen, in dieser Überschreitungsermächtigung angeführten Voranschlagsansätzen durch gleich hohe Ausgabeneinsparungen des Bundesanteils an Agrarförderungen gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr.

- 375, bzw. § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, sichergestellt werden kann;
39. beim Voranschlagsansatz 1/63158 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für den Ersatz für in Anspruch genommene Haftungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/63156 und/oder durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/63154 sichergestellt werden kann;
 40. beim Voranschlagsansatz 1/63176 bis zu einem Betrag von 470 Millionen Schilling für Zahlungen an den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft zum Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen innerhalb der Kapitel 63 und 64 sichergestellt werden kann;
 41. beim Voranschlagsansatz 1/64233 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Zahlungen gemäß § 11 des ASFINAG-Ermächtigungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 42. beim Voranschlagsansatz 1/64738 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Maßnahmen im Rahmen des Hochbaues zugunsten der Bauten der Landesverteidigung, wenn die Bedeckung beim Voranschlagsansatz 2/54608 durch Mehreinnahmen aus Veräußerungen von Liegenschaften und Hochbauten, die ausschließlich militärisch genutzt werden, sichergestellt werden kann;
 43. beim Voranschlagsansatz 1/64918 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparung beim Voranschlagsansatz 1/60038 sichergestellt werden kann;
 44. bei den Voranschlagsansätzen 1/65133 und 1/65266 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 800 Millionen Schilling für Zahlungen an die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft.m.b.H., wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 1999 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247, 2/51267 bzw. 2/51277 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hierfür jeweils nicht mehr als 25 Millionen Schilling im Finanzjahr 1999 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
4. bei Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1116 für Auslandseinsätze gemäß Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
5. beim Voranschlagsansatz 1/15577 bis zum 30. Jänner 2000 in Höhe des gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes (AMPFZG), BGBl. Nr. 315/1994, für die Überweisung an das Arbeitsmarktservice vorgesehenen Betrages, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen des Titels 155 zu finden ist;
6. bei den Voranschlagsansätzen 1/40008 und 1/40108 für den Auslandseinsatz in der Westsahara (MINURSO) gemäß Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. Nr. 38/1997, bis zu einem Betrag von 127 Millionen Schilling, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können; in den

Vorjahren in diesem Zusammenhang bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von 127 Millionen Schilling.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1999 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1551 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1999 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/10006 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling zur finanziellen Unterstützung für das Wohnbauprojekt Palästina;
2. beim Voranschlagsansatz 1/10008 bis zu einem Betrag von 60 Millionen Schilling für die Informationsarbeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Europäischen Union;
3. bei den Voranschlagsansätzen 1/10066 und 1/10068 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina;
4. beim Voranschlagsansatz 1/11178 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Leistungen im Rahmen des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986;
5. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
6. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung;
7. beim Voranschlagsansatz 1/15008 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für die Durchführung von EU-Programmen, sofern diese Mittel zur Erlangung einer Kofinanzierung erforderlich sind;
8. bei den Voranschlagsansätzen 1/15665 und 1/15666 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1959;
9. beim Voranschlagsansatz 1/17208 bis zu einem Betrag von 25 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung;
10. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen;
11. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Ausgaben im Zusammenhang mit Großverfahren vor dem Umweltsenat;
12. bei den Voranschlagsansätzen 1/20506 und 1/20508 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen im Bereich der bilateralen Entwicklungshilfe sowie für Kofinanzierungen;
13. bei den Voranschlagsansätzen 1/40008 und 1/40108 bis zu einem Betrag von insgesamt 35 Millionen Schilling für die Teilnahme an der ECMM (European Community Monitoring Mission), sofern die Mehrausgaben dem Bundesminister für Finanzen detailliert nachgewiesen werden;
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/40108, 1/64633 und 1/64738 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling zur Durchführung der in den abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15 a B-VG mit dem Land Steiermark vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der österreichischen Luftraumüberwachung, BGBl. Nr. 524/1990; in den Vorjahren auf Grund der Vereinbarungen bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 300 Millionen Schilling;
15. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
16. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;

17. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling für Ausführerstattungen gemäß EU-Markttordnungsvorschriften;
18. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling;
19. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
20. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
21. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215;
22. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der UT 9 der Kapitel 56 und 58 im Ausgleichshaushalt für die Durchführung von nicht vorhersehbaren, ordentlichen Tilgungen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen bis zu einem Betrag von 20 000 Millionen Schilling pro Voranschlagsansatz;
23. bei den Voranschlagsansätzen 1/58008, 1/58018, 1/58028, 1/58208 und 1/58218 bis zu einem Betrag von insgesamt 500 Millionen Schilling für Stückzinsen aus dem Erwerb von Bundeswertpapieren;
24. bei den Voranschlagsansätzen 7/58009, 7/58019, 7/58029, 7/58209 und 7/58219 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Erwerb von Bundeswertpapieren zur Verbesserung der Schuldenstruktur des Bundes;
25. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Kursverluste aus dem Erwerb von Bundeswertpapieren;
26. bei Bundesanteilen an Agrarförderungen der Voranschlagsansätze der Titel 601, 602, 603 bis zu 390 Millionen Schilling, sofern diese Agrarförderungen durch die Länder kofinanziert werden;
27. beim Voranschlagsansatz 1/60146 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Zuschüsse gemäß § 33f Abs. 6 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215;
28. beim Voranschlagsansatz 1/64293 bis zu einem Betrag von 3 000 Millionen Schilling gemäß § 10 des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982.

Artikel VIII. Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1999 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm durch das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, übertragenen Aufgaben durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
3. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 523/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

Bundesfinanzgesetz 1999

9

4. die Ausfallhaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 250 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Ausfallhaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 AMSG aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
6. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der ASFINAG zur Finanzierung der ihr durch Art. V des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 5 000 Millionen Schilling an Kapital und 5 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. V des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 5 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
7. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung der ihr durch Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn

1. in den Fällen der Z 1 bis 7 die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungsauschverträge unter Zugrundelegung der im § 65b Abs. 2 BHG umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 65b Abs. 1 Z 2 und 3 bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.
2. Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 sowie Z 5 bis Z 7 ist § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüber hinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1999 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698 und 1/64708 sowie der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung – wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muß – genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10008 (EFRE-Kofinanzierung für Werkverträge (EU), geb. Post), 1/10046 (EFRE-Kofinanzierung für FER (EU) geb. Post), 1/10048, 1/10066, 1/10068, 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14168 (für Start/Wittgenstein-Programme), 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14186, 1/14308 (für Prozeßkosten), 1/15016 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/15018, 1/15665, 1/15666, 1/17218, 1/18608, 1/18636, 1/18646, 1/18648, 1/18656, 1/20506, 1/20508, 1/50118, 1/51816, 1/51817, 1/51818, 1/51836, 1/60606, 1/60608, 1/63186, 1/64145, 1/64146, 1/64148, 1/65236, 1/65246, 1/65255, 1/65256 und 1/65258 (EU-Kofinanzierung) genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
3. der bei den Voranschlagsansätzen 1/14156, 1/14158, 1/50238, 1/50296, 1/63003, 1/63008, 1/63156, 1/63158, 1/63178, 1/64176, 1/64178, 1/65226, 1/65228 genehmigten Ausgabenbeträge zur Finanzierung der Technologie- und Exportoffensive im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
4. der bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 genehmigten Ausgabenbeträge für Bundesanteile an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. gemäß § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1999 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306 und 2/51315 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1999 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 50 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 350 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 25 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1999 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 10 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 1999 werden durch den Stellenplan 1999 festgelegt (Anlage III).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1999 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 1999 (Anlage IV) getroffen.

Artikel XV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1999 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1999 (Anlage V) getroffen.

Artikel XVI. (1) Der Bundesminister für Finanzen hat eine Ausgabenbindung hinsichtlich der im Bundesvoranschlag 1999 bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 vorgesehenen Ausgaben, ausgenommen zweckgebundene Gebarung, EU-Gebarung, Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt, Ausgaben des Titels 518, Ausgaben für Finanzschulden und sonstige Finanzierungen, Siedlungswasserwirtschaft (Restanteil bei Voranschlagsansatz 1/18636), EU-

Bundesfinanzgesetz 1999

11

Kofinanzierungen bei den Titeln 1/602 und 1/603, Zahlungen nach dem Bundesbahngesetz (Voranschlagsansätze 1/65148, 1/65158) sowie die gemeinwirtschaftlichen Leistungen PTA (1/65178), im Ausmaß von 5 vH zu verfügen.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, Umlegungen der verfügbaren Ausgabenbindungen innerhalb der Voranschlagsansätze des Ermessens zu genehmigen. Eine Aufhebung der gemäß Abs. 1 verfügbaren Ausgabenbindungen zum Teil oder zur Gänze durch den Bundesminister für Finanzen ist zulässig.

Artikel XVII. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

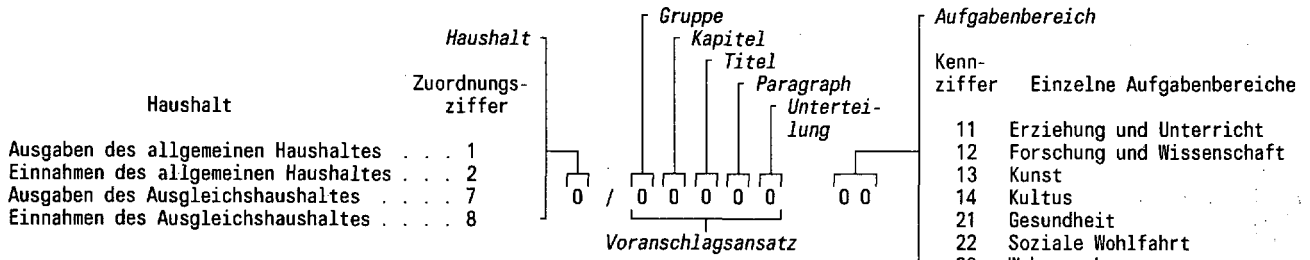
Artikel XVIII. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1999 in Kraft.

Artikel XIX. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlags der Bundesminister für Finanzen betraut.

BUNDESVORANSCHLAG 1999

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Bei den Einnahmenansätzen ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	
0	Zweckgebundene Einnahmen	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	
1	(Erfolgswirksame Einnahmen)		
2	Zweckgebundene Einnahmen	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	
3	(Bestandswirksame Einnahmen)		
4	Sonstige Einnahmen		
5	(Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	
6			
7	Sonstige Einnahmen		
8	(Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	
9			

- 11 Erziehung und Unterricht
- 12 Forschung und Wissenschaft
- 13 Kunst
- 14 Kultus
- 21 Gesundheit
- 22 Soziale Wohlfahrt
- 23 Wohnungsbau
- 32 Straßen
- 33 Sonstiger Verkehr
- 34 Land- und Forstwirtschaft
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
- 41 Landesverteidigung
- 42 Staats- und Rechtssicherheit
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den Ausgabenansätzen ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgs-wirksame Gebarung (E) oder bestands-wirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes“ (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.
 2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/01		Präsidenschaftskanzlei:							
1/01000	43	Personalausgaben		36,074			36,074	36,074	34,323
1/01003	43	Anlagen				2,700	2,700	3,288	2,180
1/01005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,086
	23					0,100	0,100	0,100	
	43					0,100	0,100	0,100	0,086
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,725		4,725	4,725	5,640
	22				0,635		0,635	0,635	0,520
	43				4,090		4,090	4,090	5,120
1/01008	43	Aufwendungen			17,756		17,756	17,468	18,852
		Gesamtausgaben 01...		36,074	22,481	2,900	61,455	61,755	61,082

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

15

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/01		Präsidentschaftskanzlei:						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,045		1,045	1,045	1,031
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/01009		Bezugsvorschußsätze			0,190	0,190	0,190	0,137
	23				0,001	0,001	0,001	0,010
	43				0,189	0,189	0,189	0,127
		Gesamteinnahmen 01...		1,045	0,193	1,238	1,238	1,169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/02		Bundesgesetzgebung:							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen			150,000		150,000	200,000	600,000
1/02107	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			572,353		572,353	555,003	538,926
	43				0,701		0,701	0,701	0,537
1/02108	43	Aufwendungen			571,652		571,652	554,302	538,389
					52,490		52,490	51,990	32,902
		Summe 021...			774,843		774,843	806,993	1.171,828
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			81,633		81,633	80,033	77,339
	43				0,111		0,111	0,111	0,019
1/02208	43	Aufwendungen			81,522		81,522	79,922	77,320
					14,923		14,923	14,673	7,997
		Summe 022...			96,556		96,556	94,706	85,336
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			176,140		176,140	172,687	170,606
1/02306	43	Förderungen			0,673		0,673	0,673	0,277
1/02307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			34,587		34,587	33,537	27,107
	43				0,081		0,081	0,081	0,108
1/02308	43	Aufwendungen			34,506		34,506	33,456	26,999
					15,749		15,749	18,699	13,584
		Summe 023...			227,149		227,149	225,596	211,575
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		197,989			197,989	191,989	181,963
1/02403	43	Anlagen	*			52,541	52,541	49,542	15,818
1/02405	23	Bezugsvorschüsse				0,612	0,612	0,612	0,612
	43					0,512	0,512	0,512	0,512
						0,100	0,100	0,100	0,100
1/02407	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,701		4,701	4,701	3,411
	22				2,601		2,601	2,601	2,152
	43				2,100		2,100	2,100	1,259
1/02408	11	Aufwendungen			233,533		233,533	233,503	217,641
	43				3,000		3,000	3,000	3,670
					230,533		230,533	230,503	213,970
		Summe 024...		197,989	238,234	53,153	489,376	480,347	419,445
		Gesamtausgaben 02...		197,989	1.336,782	53,153	1.587,924	1.607,642	1.888,184

Anmerkungen:

1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

1/02403 Hievon 1999 8,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

17

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/02		Bundesgesetzgebung:						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		28,100		28,100	28,100	45,179
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,500		4,500	4,500	9,370
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,010		2,010	2,010	3,193
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,228		1,228	1,228	0,959
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,200
2/02409	23	Bezugsvorschußsätze			0,690	0,690	0,690	0,624
	43				0,590	0,590	0,590	0,555
					0,100	0,100	0,100	0,068
		Summe 024...		1,228	0,698	1,926	1,926	1,783
		Gesamteinnahmen 02...		35,838	0,698	36,536	36,536	59,524

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/03		Verfassungsgerichtshof:							
1/03000	42	Personalausgaben		28,620			28,620	28,360	27,445
1/03003	42	Anlagen				1,445	1,445	1,445	1,405
1/03005	42	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,200
1/03007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			28,020		28,020	26,760	26,743
	22				0,300		0,300	0,300	0,318
	42				27,720		27,720	26,460	26,425
1/03008	42	Aufwendungen			8,355		8,355	8,355	8,333
		Gesamtausgaben 03...		28,620	36,375	1,645	66,640	65,120	64,126

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

19

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1999	Bundесvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/03		Verfassungsgerichtshof:						
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,849		0,849	0,849	0,597
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,008
2/03009		Bezugsvorschußersätze			0,147	0,147	0,147	0,120
	23				0,007	0,007	0,007	
	42				0,140	0,140	0,140	0,120
		Gesamteinnahmen 03...		0,849	0,151	1,000	1,000	0,725

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/04		Verwaltungsgerichtshof:							
1/04000	42	Personalausgaben		117,918			117,918	116,770	114,715
1/04003	42	Anlagen				4,984	4,984	4,984	1,045
1/04005	23	Bezugsvorschüsse				0,291	0,291	0,291	0,040
	42					0,080	0,080	0,080	
	42					0,211	0,211	0,211	0,040
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,932		1,932	1,932	1,306
	22				1,920		1,920	1,920	1,302
	42				0,012		0,012	0,012	0,004
1/04008	42	Aufwendungen			14,253		14,253	13,785	11,397
		Gesamtausgaben 04...		117,918	16,185	5,275	139,378	137,762	128,504

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

21

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
E I N N A H M E N								
2/04		Verwaltungsgerichtshof:						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		4,697		4,697	4,697	4,644
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,005
2/04009	23	Bezugsvorschußersätze			0,300	0,300	0,300	0,141
	42				0,025	0,025	0,025	0,001
					0,275	0,275	0,275	0,140
		Gesamteinnahmen 04...		4,697	0,303	5,000	5,000	4,790

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/05		Volksanwaltschaft:							
1/05000	42	Personalausgaben		29,654			29,654	28,929	24,294
1/05003	42	Anlagen				0,910	0,910	0,910	0,039
1/05005	42	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,200
1/05007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,660		14,660	14,560	13,343
	22				0,246		0,246	0,246	0,232
	42				14,414		14,414	14,314	13,111
1/05008	42	Aufwendungen			7,890		7,890	7,890	5,802
		Gesamtausgaben 05...		29,654	22,550	1,110	53,314	52,489	43,678

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

23

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/05		Volksanwaltschaft:						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,727		1,727	1,727	1,498
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/05009		Bezugsvorschußersätze			0,080	0,080	0,080	0,103
	23				0,020	0,020	0,020	0,026
	42				0,060	0,060	0,060	0,077
		Gesamteinnahmen 05...		1,727	0,083	1,810	1,810	1,601

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/06		Rechnungshof:							
1/06000	43	Personalausgaben		236,540			236,540	227,734	210,585
1/06003	43	Anlagen				4,871	4,871	6,251	3,892
1/06005	23	Bezugsvorschüsse				0,850	0,850	0,850	0,449
	43					0,500	0,500	0,500	0,260
	43					0,350	0,350	0,350	0,189
1/06007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,349		10,349	10,168	8,988
	43				3,633		3,633	3,616	3,053
1/06008	43	Aufwendungen	*		57,834		57,834	53,944	38,755
		Gesamtausgaben 06...		236,540	68,183	5,721	310,444	298,947	262,669

Anmerkungen:

1/06008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

25

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/06		Rechnungshof:						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,238		1,238	1,238	1,099
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,040	0,040	0,040	0,013
2/06009	23	Bezugsvorschußersätze			0,721	0,721	0,721	0,640
	43				0,311	0,311	0,311	0,369
					0,410	0,410	0,410	0,271
		Gesamteinnahmen 06...		1,239	0,761	2,000	2,000	1,752

Anmerkungen:

2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		472,047			472,047	460,046	441,295
1/10003	43	Anlagen				52,065	52,065	66,031	63,139
1/10005		Bezugsvorschüsse				5,373	5,373	5,373	2,810
	23					2,402	2,402	2,402	0,660
	43					2,971	2,971	2,971	2,150
1/10006		Förderungen	*		75,916		75,916	68,022	97,680
	12				0,660		0,660	0,660	0,400
	38				0,096		0,096	0,096	0,086
	43				75,160		75,160	67,266	97,194
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			258,806		258,806	268,876	243,838
	21				0,202		0,202	0,202	0,000
	22				7,673		7,673	7,673	5,734
	43				250,931		250,931	261,001	238,104
1/10008		Aufwendungen	*		575,645		575,645	574,783	546,670
	21				0,200		0,200	0,200	0,169
	43				575,445		575,445	574,583	546,501
		Summe 1000...		472,047	910,367	57,438	1.439,852	1.443,131	1.395,431
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben		28,799			28,799	27,121	27,382
1/10013	11	Anlagen				2,552	2,552	4,006	3,209
1/10016	11	Förderungen			3,934		3,934	3,500	1,294
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,659		0,659	0,659	3,166
	11				0,349		0,349	0,349	3,058
	22				0,310		0,310	0,310	0,107
1/10018	11	Aufwendungen			48,555		48,555	50,388	45,027
		Summe 1001...		28,799	53,148	2,552	84,499	85,674	80,078
1/1002		Konsumentenschutz:							
1/10026	43	Förderungen			2,966		2,966	3,016	3,015
1/10027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,050	
1/10028	43	Aufwendungen			32,505		32,505	33,033	31,874
		Summe 1002...			35,521		35,521	36,099	34,889
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*		25,874		25,874	25,874	32,792
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen			14,359		14,359	14,901	15,426
1/10048	36	Aufwendungen			0,059		0,059	0,059	621,227
		Summe 1004...			14,418		14,418	14,960	636,654
1/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen	*		396,603		396,603	399,043	395,853
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:							
1/10066		Förderungen			140,733		140,733	143,100	217,391
	38				91,462		91,462	93,000	41,996
	43				49,271		49,271	50,100	175,395
1/10068	43	Aufwendungen			0,983		0,983	1,000	0,862
		Summe 1006...			141,716		141,716	144,100	218,253
1/10078	43	Zahlungen an die BIG			5,262		5,262	5,271	0,099

Anmerkungen:

1/10006 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

1/10058 Hievon 1999 250,000 Millionen Schilling Überweisung an den VA-Ansatz 2/14150 und je 72,801 Millionen Schilling an die VA-Ansätze 2/63170 und 2/65270.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

27

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentraleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	0,110
2/10004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		77,109		77,109	72,828	38,300
	21			0,001		0,001	0,001	
	43			77,108		77,108	72,827	31,300
	38							7,000
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,463	0,463	0,463	0,509
2/10009	23	Bezugsvorschußsätze			4,120	4,120	4,120	3,017
	43				0,983	0,983	0,983	0,779
					3,137	3,137	3,137	2,238
		Summe 1000...		77,111	4,583	81,694	77,413	41,935
2/1001		Verwaltungsakademie:						
2/10014	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,684		0,684	0,684	0,720
	43			0,683		0,683	0,683	0,720
				0,001		0,001	0,001	
2/10015	11	EU-Förderprogramm		0,001		0,001	0,001	
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1001...		0,685	0,002	0,687	0,687	0,720
2/1002		Konsumentenschutz:						
2/10024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		25,874		25,874	25,874	31,892
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	396,603		396,603	399,043	395,853
2/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,236

Anmerkungen:

2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.
 2/10050 Überweisung vom VA-Ansatz 1/51108.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
1/10080	42	Personalausgaben		47,000			47,000	47,000	0,303
1/10083	42	Anlagen				0,550	0,550	0,550	9,958
1/10087	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,700		0,700	0,700	0,002
	42				0,697		0,697	0,697	0,002
	42				0,003		0,003	0,003	
1/10088	42	Aufwendungen			21,750		21,750	21,750	5,930
		Summe 1008 ...		47,000	22,450	0,550	70,000	70,000	16,192
1/1009		EU Ratspräsidentenschaft:							
1/10098	43	Aufwendungen			5,880		5,880	44,862	
		Summe 100 ...		547,846	1.611,239	60,540	2.219,625	2.269,014	2.810,240
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		59,482			59,482	58,031	56,928
1/10103	12	Anlagen	*			3,253	3,253	3,082	4,896
1/10106	12	Förderungen			0,091		0,091	0,093	0,086
1/10107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,073		1,073	1,073	0,885
	22				0,024		0,024	0,024	0,007
1/10108	12	Aufwendungen	*		1,049		1,049	1,049	0,878
		Summe 101 ...		59,482	22,308	3,253	85,043	83,779	79,308
1/102		Statistisches Zentralamt:							
1/10200	43	Personalausgaben		457,831			457,831	455,347	442,865
1/10203	43	Anlagen				20,990	20,990	22,110	16,061
1/10207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,302		6,302	6,302	6,118
	43				6,149		6,149	6,149	5,684
1/10208	43	Aufwendungen			0,153		0,153	0,153	0,434
		Summe 102 ...		457,831	194,886	20,990	673,707	649,136	623,656
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		21,284			21,284	20,765	20,991
1/10318	43	Aufwendungen			0,077		0,077	0,077	0,033
		Summe 103 ...		21,284	0,077		21,361	20,842	21,024

Anmerkungen:

1/10103 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/10108 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

29

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):						
2/10084	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
2/10088	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1008...		0,003	0,001	0,004	0,004	
2/1009		EU Ratspräsidentschaft:						
2/10094	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 100...		500,282	4,586	504,868	503,027	470,637
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:						
2/10104		Erfolgswirksame Einnahmen		1,179		1,179	1,179	0,868
	12			1,178		1,178	1,178	0,868
	43			0,001		0,001	0,001	
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
2/10100	43	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen						
		Summe 101...		1,179	0,002	1,181	1,181	0,868
2/102		Statistisches Zentralamt:						
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		29,691		29,691	29,691	27,973
2/10205	43	EU-Statistiken		0,001		0,001	0,001	18,496
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,022
		Summe 102...		29,692	0,004	29,696	29,696	46,492
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:						
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:						
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		21,361		21,361	20,842	22,002

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/104		Presse- und Parteienförderung:							
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			123,768		123,768	123,768	123,768
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			482,481		482,481	201,718	232,070
1/1044		Publizistikförderung:							
1/10446	38	Förderungen			7,097		7,097	7,097	6,529
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
1/10456	38	Förderungen			100,833		100,833	100,833	92,766
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
1/10466	38	Förderungen			165,000		165,000	165,000	151,800
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
1/10476	38	Förderungen			9,167		9,167	9,167	8,434
		Summe 104...			888,346		888,346	607,583	615,368
1/105		Volkgruppenförderung:							
1/10506	43	Förderungen			51,848		51,848	52,720	48,770
1/107		Sportangelegenheiten:							
1/1070		Sportförderung:							
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			400,000		400,000	400,000	400,000
1/10705	11	Förderungen (D)				0,500	0,500	0,500	0,500
1/10706	11	Förderungen	*		203,534		203,534	196,800	179,573
1/10708	11	Aufwendungen			13,375		13,375	13,600	13,129
		Summe 1070...			616,909	0,500	617,409	610,900	593,202
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports): <i>Bundessportheime und Sporteinrichtungen</i>							
1/10750	11	Personalausgaben		7,700			7,700	80,662	78,660
1/10753	11	Anlagen				0,301	0,301	50,350	48,504
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,575		0,575	3,382	2,602
1/10758	11	Aufwendungen			4,577		4,577	66,942	68,544
		Summe 1075...		7,700	5,152	0,301	13,153	201,336	198,311
1/1076		Amt der Bundessporteinrichtungen:							
1/10760	11	Personalausgaben		11,894			11,894		
1/10768	11	Aufwendungen			0,230		0,230		
		Summe 1076...		11,894	0,230		12,124		
1/1077		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:							
1/10776	11	Förderungen			37,500		37,500		
1/10777	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,003		0,003		
1/10778	11	Aufwendungen			70,600		70,600		
		Summe 1077...			108,103		108,103		
		Summe 107...		19,594	730,394	0,801	750,789	812,236	791,513

Anmerkungen:

1/10706 Hievon 1999 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

31

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/104		Presse- und Parteienförderung:							
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:							
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	
			Summe 104...		0,006		0,006	0,006	
2/105		Volkgruppenförderung:							
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	0,002
2/107		Sportangelegenheiten:							
2/1070		Sportförderung:							
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	0,010		0,010	0,010	0,007
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen			0,800		0,800	0,800	0,754
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen				0,355	0,355	0,425	0,437
			Summe 1070...		0,810	0,355	1,165	1,235	1,198
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):							
		<i>Bundessportheime und Sporteinrichtungen</i>							
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen			3,747		3,747	71,085	86,708
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,004	0,032
			Summe 1075...		3,747	0,003	3,750	71,089	86,740
2/1076		Amt der Bundessporteinrichtungen:							
2/10764	11	Erfolgswirksame Einnahmen			10,501		10,501		
2/1077		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:							
2/10774	11	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001		
			Summe 107...		15,059	0,358	15,417	72,324	87,937

Anmerkungen:

2/10700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10706 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:							
1/1081		Strahlenschutz:							
1/10813	21	Anlagen				11,802	11,802	6,000	1,538
1/10816	21	Förderungen			0,163	0,163	0,166	0,150	0,150
1/10817	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,700	0,700	0,700	0,586	0,586
1/10818	21	Aufwendungen			92,390	92,390	109,782	63,158	63,158
		Summe 1081...			93,253	11,802	105,055	116,648	65,432
1/1082		Veterinärwesen:							
1/10826		Förderungen			0,561	0,561	0,570	0,488	0,488
	21			0,371	0,371	0,380	0,475	0,475
	34			0,190	0,190	0,190	0,013	0,013
1/10827	34	Epizootie			59,050	59,050	59,050	51,600	51,600
1/10828	34	Aufwendungen			2,820	2,820	2,820	2,286	2,286
		Summe 1082...			62,431	62,431	62,440	54,374	54,374
1/1083		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/10836	21	Förderungen			0,203	0,203	0,206	0,035	0,035
1/10837	21	Entschädigungen			0,300	0,300	0,300	0,178	0,178
1/10838	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...			4,817	4,817	4,817	3,586	3,586
		Summe 1083...			5,320	5,320	5,323	3,799	3,799
1/1084		Gentechnologie:							
1/10846	21	Förderungen			0,344	0,344	0,350	0,273	0,273
1/10848	21	Aufwendungen			4,433	4,433	4,433	4,304	4,304
		Summe 1084...			4,777	4,777	4,783	4,577	4,577
		Summe 108...			165,781	11,802	177,583	189,194	128,182
1/109		Dienststellen:							
1/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/10900	21	Personalausgaben		111,481			111,481	108,811	87,290
1/10903	21	Anlagen				15,790	15,790	16,056	13,340
1/10907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,046	0,046	0,046	0,005	0,005
1/10908	21	Aufwendungen			52,612	52,612	51,315	42,988	42,988
		Summe 1090...		111,481	52,658	15,790	179,929	176,228	143,623
1/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/10910	34	Personalausgaben		93,665			93,665	91,393	75,765
1/10913	34	Anlagen				9,082	9,082	14,082	5,509
1/10917	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,030	0,030	0,030	0,012	0,012
1/10918	34	Aufwendungen			50,420	50,420	51,269	42,095	42,095
		Summe 1091...		93,665	50,450	9,082	153,197	156,774	123,382
1/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
1/10920	34	Personalausgaben		16,848			16,848	16,457	12,587
1/10923	34	Anlagen				2,448	2,448	2,448	0,323
1/10927	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,350	0,350	0,350	0,190	0,190
1/10928	34	Aufwendungen			15,465	15,465	14,465	5,203	5,203
		Summe 1092...		16,848	15,815	2,448	35,111	33,720	18,303
		Summe 109...		221,994	118,923	27,320	368,237	366,722	285,308
		Gesamtausgaben 10...		1.328,031	3.783,802	124,706	5.236,539	5.051,226	5.403,369

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

33

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:						
2/10824	34	Epizootie		3,000		3,000	3,000	0,619
2/1084		Verschiedene Einnahmen:						
2/10844	21	Erfolgswirksame Einnahmen		4,016		4,016	4,016	4,091
	34			4,008		4,008	4,008	4,091
				0,008		0,008	0,008	
2/10847	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
	34				0,005	0,005	0,005	
					0,001	0,001	0,001	
			Summe 1084...	4,016	0,006	4,022	4,022	4,091
			Summe 108...	7,016	0,006	7,022	7,022	4,709
2/109		Dienststellen:						
2/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/10904	21	Erfolgswirksame Einnahmen		32,500		32,500	32,500	20,780
2/10907	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,047	0,047	0,047	
			Summe 1090...	32,500	0,047	32,547	32,547	20,780
2/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/10914	34	Erfolgswirksame Einnahmen		66,920		66,920	66,920	66,517
2/10917	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,031	0,031	0,031	0,041
			Summe 1091...	66,920	0,031	66,951	66,951	66,558
2/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/10924	34	Erfolgswirksame Einnahmen		35,005		35,005	35,005	22,410
2/10927	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
			Summe 1092...	35,005	0,003	35,008	35,008	22,410
			Summe 109...	134,425	0,081	134,506	134,506	109,749
			Gesamteinnahmen 10...	709,021	5,037	714,058	768,605	742,396

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		897,530			897,530	876,500	846,294
1/11003	43	Anlagen	*			312,699	312,699	394,798	432,129
1/11005	43	Bezugsvorschüsse				28,600	28,600	28,600	26,340
	23					12,200	12,200	12,200	13,693
	43					16,400	16,400	16,400	12,648
1/11006		Förderungen			4,201		4,201	4,201	4,494
	11				0,002		0,002	0,002	0,280
	21				0,001		0,001	0,001	0,020
	22				0,001		0,001	0,001	0,030
	43				4,197		4,197	4,197	4,164
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			109,500		109,500	108,500	114,322
	22				13,500		13,500	13,500	13,574
	43				96,000		96,000	95,000	100,748
1/11008	43	Aufwendungen	*		643,126		643,126	569,550	506,879
1/11009	43	Aufwendungen (B)				0,002	0,002	0,002	0,336
		Summe 1100...		897,530	756,827	341,301	1.995,658	1.982,151	1.930,794
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen			143,121		143,121	160,105	82,000
	42				142,621		142,621	159,605	82,000
	43				0,500		0,500	0,500	
		Summe 110...		897,530	899,948	341,301	2.138,779	2.142,256	2.012,794

Anmerkungen:

- 1/11003 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
- 1/11008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

35

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997	
2/11		Inneres:								
2/110		Bundesministerium für Inneres:								
2/1100		Zentralleitung:								
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			*	0,848	0,848	0,847	1,475	
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen				6,717	6,717	11,108	5,799	
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002		
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,500	0,500	0,500	1,442	
2/11009	23	Bezugsvorschußersätze				27,440	27,440	32,790	27,055	
	43					12,490	12,490	12,790	12,400	
						14,950	14,950	20,000	14,655	
		Summe 110...				7,565	27,942	35,507	45,247	35,772

Anmerkungen:

2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Schilling), 1/11008 (0,001 Millionen Schilling), 1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*			65, 112	65, 112	55, 220	48, 156
1/11108	43	Aufwendungen	*		58, 816		58, 816	70, 716	50, 953
		Summe 1110...			58, 816	65, 112	123, 928	125, 936	99, 109
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen				2, 000	2, 000	2, 000	1, 510
1/11116	41	Förderungen			14, 280		14, 280	14, 280	14, 144
1/11118	41	Aufwendungen			9, 220		9, 220	9, 220	8, 002
		Summe 1111...			23, 500	2, 000	25, 500	25, 500	23, 656
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen				1, 400	1, 400	1, 400	0, 038
1/11126	41	Förderungen			0, 001		0, 001	0, 001	
1/11128	41	Aufwendungen			48, 599		48, 599	48, 599	48, 599
		Summe 1112...			48, 600	1, 400	50, 000	50, 000	48, 637
1/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:							
1/11143	43	Kriminalpol. Beratungsdienst u. Opferschutzeinricht.; Anlagen				0, 100	0, 100		
1/11146	22	Kriminalpol. Beratungsdienst u. Opferschutzeinr.; Förderungen			7, 000		7, 000		
1/11148	43	Kriminalpol. Beratungsdienst u. Opferschutzeinr.; Aufwendungen			5, 428		5, 428		
		Summe 1114...			12, 428	0, 100	12, 528		
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997: <i>Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965</i>							
1/11163	43	Anlagen				0, 019	0, 019	0, 019	0, 021
1/11168	43	Aufwendungen			20, 161		20, 161	20, 161	15, 526
		Summe 1116...			20, 161	0, 019	20, 180	20, 180	15, 547
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen				0, 020	0, 020	0, 020	
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			503, 000		503, 000	495, 500	438, 938
	21				160, 000		160, 000	153, 000	139, 300
	22				143, 600		143, 600	147, 700	119, 809
	43				199, 400		199, 400	194, 800	179, 828
1/11178	43	Aufwendungen			443, 418		443, 418	436, 418	400, 776
		Summe 1117...			946, 418	0, 020	946, 438	931, 938	839, 713
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)				40, 000	40, 000	40, 000	36, 876
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)			30, 000		30, 000	30, 000	27, 936
		Summe 1118...			30, 000	40, 000	70, 000	70, 000	64, 812
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F, Z13. BMG: <i>Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G, Z12. BMG</i>							
1/11198	43	Aufwendungen			300, 000		300, 000	300, 000	177, 999
1/1113		Opferschutzeinrichtungen:							
1/11136	22	Förderungen						0, 001	4, 953
		Summe 111...			1. 439, 923	108, 651	1. 548, 574	1. 523, 555	1. 274, 427

Anmerkungen:

- 1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.
1/11103 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/11108 Hievon 1999 6,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

37

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):							
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen			31,474		31,474	36,474	37,224
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,011	0,011	0,011	
		Summe 1110...			31,474	0,011	31,485	36,485	37,224
2/1111		Zivilschutz:							
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002	0,002	
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 1111...			0,002	0,002	0,004	0,004	
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):							
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	50,000		50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:							
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	380,000		380,000	370,000	385,200
2/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:							
2/11147	43	Kriminalpol. Beratungsd. u. Opferschutz einr.; Bestandsw. Einn.				0,001	0,001		
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997: Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965							
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,700		0,700	0,700	0,025
2/11167	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,001	0,001		
		Summe 1116...			0,700	0,001	0,701	0,700	0,025
2/1117		Zivildienst:							
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen			243,590		243,590	200,290	192,154
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,010	0,010	0,010	
		Summe 1117...			243,590	0,010	243,600	200,300	192,154
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:							
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen			0,800		0,800	0,800	0,429
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,500	0,500	0,500	0,086
		Summe 1118...			0,800	0,500	1,300	1,300	0,515
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F. Z13. BMG: Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G. Z12. BMG							
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	0,391
		Summe 111...			706,567	0,525	707,092	658,790	665,509

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,001 Millionen Schilling), 1/11108 (6,000 Millionen Schilling), 1/11183 (40,000 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (102,758 Millionen Schilling) und 1/1141 (201,241 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen			0,001	0,001	0,001	0,001
1/11218	43	Aufwendungen		6,426		6,426	6,426	6,426	5,896
		Summe 1121...		6,426	0,001	6,427	6,427	6,427	5,896
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11228	43	Aufwendungen		12,150		12,150	11,650	11,650	10,918
		Summe 112...		18,576	0,001	18,577	18,077	18,077	16,814
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		6.926,236		6.926,236	6.835,500	6.835,500	6.603,603
1/11303	42	Anlagen	*		227,383	227,383	237,701	237,701	206,947
1/11307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			163,000	163,000	163,500	163,500	159,602
	42				159,902	159,902	160,402	160,402	154,049
	42				3,098	3,098	3,098	3,098	5,554
1/11308	42	Aufwendungen	*		1.474,389	1.474,389	1.449,752	1.449,752	1.363,687
		Summe 1130...		6.926,236	1.637,389	227,383	8.791,008	8.686,453	8.333,840
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		83,600		83,600	80,597	80,597	102,150
1/11313	42	Anlagen			8,083	8,083	8,153	8,153	8,075
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,500	0,500	0,500	0,500	0,148
1/11318	42	Aufwendungen			10,575	10,575	10,505	10,505	12,746
		Summe 1131...		83,600	11,075	8,083	102,758	99,755	123,118
		Summe 113...		7.009,836	1.648,464	235,466	8.893,766	8.786,208	8.456,958
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		7.700,166		7.700,166	7.431,750	7.431,750	7.036,099
1/11403	42	Anlagen			466,643	466,643	355,441	355,441	239,767
1/11407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			188,000	188,000	188,000	188,000	183,040
	42				184,070	184,070	185,100	185,100	180,719
	42				3,930	3,930	2,900	2,900	2,321
1/11408	42	Aufwendungen	*		1.587,014	1.587,014	1.494,554	1.494,554	1.439,414
		Summe 1140...		7.700,166	1.775,014	466,643	9.941,823	9.469,745	8.898,320
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		154,197		154,197	147,200	147,200	191,131
1/11413	42	Anlagen			19,124	19,124	19,124	19,124	17,937
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,820	2,820	2,820	2,820	3,141
1/11418	42	Aufwendungen			25,100	25,100	25,100	25,100	26,577
		Summe 1141...		154,197	27,920	19,124	201,241	194,244	238,787
		Summe 114...		7.854,363	1.802,934	485,767	10.143,064	9.663,989	9.137,107

Anmerkungen:

- 1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
1/11303 Hievon 1999 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/11308 Hievon 1999 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und
2,489 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/1130 mitveranschlagt.
1/11408 Hievon 1999 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/1130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

39

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 112...		0,003		0,003	0,003	
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,501		2,501	1,000	0,928
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		501,460		501,460	493,340	454,690
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen			5,170	5,170	5,170	3,067
		Summe 113...		503,961	5,170	509,131	499,510	458,684
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		88,890		88,890	78,150	90,792
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen			13,400	13,400	13,400	7,366
		Summe 114...		88,890	13,400	102,290	91,550	98,157

Anmerkungen:

2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Schilling),
1/11303 (0,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (2,489 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		49,722			49,722	50,130	47,831
1/11503	22	Anlagen				3,000	3,000	3,000	2,637
1/11506	22	Förderungen			117,000		117,000	138,500	159,485
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,500		14,500	14,500	9,611
1/11508	22	Aufwendungen			186,556		186,556	197,056	174,593
	43				181,406		181,406	191,056	169,441
					5,150		5,150	6,000	5,152
		Summe 1150...		49,722	318,056	3,000	370,778	403,186	394,156
1/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:							
1/11510	13	Personalausgaben		3,718			3,718	3,613	3,568
1/11513	13	Anlagen				0,100	0,100	0,100	0,124
1/11516	13	Förderungen			0,048		0,048	0,048	0,025
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,050	0,045
1/11518	13	Aufwendungen			7,500		7,500	10,500	7,090
		Summe 1151...		3,718	7,598	0,100	11,416	14,311	10,852
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		41,831			41,831	40,710	23,733
1/11523	22	Anlagen				0,080	0,080	0,680	0,326
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,800		0,800	0,800	0,462
1/11528	22	Aufwendungen			28,697		28,697	29,097	19,522
		Summe 1152...		41,831	29,497	0,080	71,408	71,287	44,042
		Summe 115...		95,271	355,151	3,180	453,602	488,784	449,050
		Gesamtausgaben 11...		15.857,000	6.164,996	1.174,366	23.196,362	22.622,869	21.347,150

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

41

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		3,600		3,600	5,200	11,862
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	1,572
		Summe 1150...		3,600	0,010	3,610	5,210	13,434
2/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,500		2,500	2,500	2,886
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1151...		2,500	0,002	2,502	2,502	2,886
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,149		0,149	0,159	0,096
2/11528	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1152...		0,149	0,001	0,150	0,160	0,096
		Summe 115...		6,249	0,013	6,262	7,872	16,416
		Gesamteinnahmen 11...		1.313,235	47,050	1.360,285	1.302,972	1.274,538

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:							
1/12000	43	Personalausgaben		381,855			381,855	362,863	357,978
1/12003		Anlagen	*			70,923	70,923	67,896	102,512
	11					46,363	46,363	43,336	87,277
	13					0,020	0,020	0,020	0,017
	43					24,540	24,540	24,540	15,218
1/12005		Bezugsvorschüsse				50,017	50,017	50,445	37,733
	23					14,000	14,000	14,000	11,247
	43					36,017	36,017	36,445	26,486
1/12006		Förderungen			131,881		131,881	131,881	102,669
	11				0,001		0,001	0,001	
	13				3,729		3,729	3,729	4,062
	43				128,151		128,151	128,151	98,607
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		606,205			606,205	600,665	594,964
	11			2,428			2,428	2,414	0,813
	14			596,532			596,532	591,466	587,670
	22			5,090			5,090	4,932	4,547
	43			2,155			2,155	1,853	1,934
1/12008		Aufwendungen	*	846,626			846,626	755,260	596,409
	11			563,675			563,675	482,750	403,659
	13			10,204			10,204	9,812	10,791
	21			0,001			0,001	0,001	
	43			272,746			272,746	262,697	181,959
1/1201		Zahlungen an die BIG:							
1/12013	11	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/12018	11	Aufwendungen			1.940,129		1.940,129	1.808,243	1.385,138
		Summe 1201...			1.940,129	0,001	1.940,130	1.808,244	1.385,138
1/1202		BM f. Unterr. u. kult. Angel. -Schulraum (zweckgeb. Gebarung):							
1/12028	11	Aufwendungen		0,001			0,001	0,001	
1/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):							
1/12038	11	Aufwendungen		0,001			0,001	0,001	
1/12043	13	Kapitalbeteiligungen				0,001	0,001		
		Summe 120...		381,855	3.524,843	120,942	4.027,640	3.777,256	3.177,402
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:	*						
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12203	11	Anlagen				1,324	1,324	2,024	0,703
1/12206	11	Förderungen			46,248		46,248	46,248	41,623
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			788,400		788,400	765,000	631,857
1/12208	11	Aufwendungen	*		240,790		240,790	221,913	179,453
		Summe 1220...			1.075,438	1,324	1.076,762	1.035,185	853,637

Anmerkungen:

- 1/12003 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/12008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 1999 0,737 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

43

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:					
2/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh. :					
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,001		0,001	0,001	
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen	14,101		14,101	14,101	12,761
	11		6,400		6,400	6,400	3,806
	13		0,004		0,004	0,004	
	43		7,697		7,697	7,697	8,955
2/12007		Bestandswirksame Einnahmen		0,005	0,005	0,014	0,013
	13			0,001	0,001	0,001	
	43			0,004	0,004	0,013	0,013
2/12009		Bezugsvorschußsätze		46,000	46,000	46,000	40,645
	23			9,000	9,000	9,000	9,596
	43			37,000	37,000	37,000	31,049
2/1202		BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):					
2/12020	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,001		0,001	0,001	
2/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):					
2/12030	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,001		0,001	0,001	
		Summe 120. ...	14,104	46,005	60,109	60,118	53,419
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:					
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:					
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,737		0,737	0,737	5,992
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen	1,080		1,080	1,080	0,678
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002	
		Summe 1220. ...	1,817	0,002	1,819	1,819	6,670

Anmerkungen:

2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.

2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen			170,417		170,417	170,417	172,466
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen			105,441		105,441	105,441	98,497
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen			1,500		1,500	1,500	0,390
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen			1,147		1,147	1,147	1,032
1/1228		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/12286	12	Förderungen			0,100		0,100	0,100	0,094
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12296	13	Förderungen			50,120		50,120	50,120	
		Summe 122. ...			1.404,163	1.324	1.405,487	1.363,910	1.126,117
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		10,380			10,380	9,968	8,818
1/12403	13	Anlagen				0,750	0,750	0,750	1,311
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/12408	13	Aufwendungen			6,250		6,250	6,808	6,448
		Summe 1240. ...		10,380	6,251	0,750	17,381	17,527	16,577
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		24,604			24,604	23,339	22,525
1/12413	11	Anlagen				1,654	1,654	4,154	1,484
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,340		0,340	0,120	0,322
1/12418	11	Aufwendungen			20,558		20,558	17,267	19,220
		Summe 1241. ...		24,604	20,898	1,654	47,156	44,880	43,551
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		15,304			15,304	14,696	13,439
1/12423	11	Anlagen				0,281	0,281	0,281	0,250
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,680		0,680	0,660	0,620
1/12428	11	Aufwendungen			62,224		62,224	58,869	62,605
		Summe 1242. ...		15,304	62,904	0,281	78,489	74,506	76,914
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		45,737			45,737	42,722	42,199
1/12433	11	Anlagen				3,300	3,300	5,500	2,640
1/12437		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,450		1,450	1,000	1,366
	11				0,868		0,868	0,418	0,951
	22				0,582		0,582	0,582	0,415
1/12438	11	Aufwendungen			33,188		33,188	29,712	23,404
		Summe 1243. ...		45,737	34,638	3,300	83,675	78,934	69,609
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		416,681			416,681	417,952	394,570
1/12443	13	Anlagen				225,600	225,600	212,001	121,822
1/12446	13	Förderungen			106,849		106,849	106,849	100,930
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,500		8,500	8,600	7,993
1/12448	13	Aufwendungen			427,653		427,653	402,204	321,520
		Summe 1244. ...		416,681	543,002	225,600	1.185,283	1.147,606	946,835

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

45

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	0,060
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		50,120		50,120	50,120	0,028
		Summe 122...		51,938	0,002	51,940	51,940	6,758
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,493		5,493	5,493	4,991
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1240...		5,493	0,002	5,495	5,495	4,991
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,250		23,250	23,250	21,052
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,019	0,019	0,019	0,000
		Summe 1241...		23,250	0,019	23,269	23,269	21,053
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		53,505		53,505	53,505	59,965
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1242...		53,505	0,001	53,506	53,506	59,965
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		10,465		10,465	10,465	9,675
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,019	0,019	0,019	0,010
		Summe 1243...		10,465	0,019	10,484	10,484	9,685
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		57,300		57,300	57,300	64,783
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,031	
		Summe 1244...		57,300	0,002	57,302	57,331	64,783

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		2,082			2,082	2,082	1,997
1/12453	13	Anlagen				1,500	1,500	2,500	0,924
1/12456	13	Förderungen	*		5,645		5,645	5,645	5,534
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007	0,007	0,002
1/12458	13	Aufwendungen			5,233		5,233	9,033	4,930
		Summe 1245...		2,082	10,885	1,500	14,467	19,267	13,387
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:							
1/12460	12	Personalausgaben		149,692			149,692	140,050	137,980
1/12463	12	Anlagen				39,702	39,702	39,702	33,725
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,120		0,120	0,100	0,075
1/12468	12	Aufwendungen			58,596		58,596	55,453	61,184
		Summe 1246...		149,692	58,716	39,702	248,110	235,305	232,964
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		107,069			107,069	110,477	98,730
1/12473	13	Anlagen				3,848	3,848	3,848	3,458
1/12476	13	Förderungen			156,427		156,427	156,427	147,041
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,400		0,400	0,400	0,307
1/12478	13	Aufwendungen			58,387		58,387	56,126	52,336
	43				57,637		57,637	55,376	49,629
					0,750		0,750	0,750	2,706
		Summe 1247...		107,069	215,214	3,848	326,131	327,278	301,872
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,201	0,201	0,201	
1/12486	13	Förderungen	*		30,476		30,476	31,476	33,113
1/12488	13	Aufwendungen			0,202		0,202	0,202	
		Summe 1248...			30,678	0,201	30,879	31,879	33,113
1/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung): Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)	*						
1/12490	12	Personalausgaben		0,500			0,500	0,500	
1/12493	12	Anlagen				0,291	0,291	0,291	
1/12497	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/12498	12	Aufwendungen			2,369		2,369	2,369	
		Summe 1249...		0,500	2,370	0,291	3,161	3,161	
		Summe 124...		772,049	985,556	277,127	2.034,732	1.980,343	1.734,822

Anmerkungen:

- 1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (8,822 Millionen Schilling) und 2/52180 (5,645 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
- 1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (22,412 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,467 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12486 Hievon 1999 8,467 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 22,009 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.
- 1/1249 Im BVA 1997 bei 1/1246 mitveranschlagt gewesen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

47

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		8,822	8,822	13,622	8,734
2/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:						
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,763	2,763	2,763	1,633
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,034
2/12460	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						3,431
		Summe 1246...		2,763	0,003	2,766	2,766	5,098
2/1247		Bundesdenkmalamt:						
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	0,120	0,120	0,059
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,039
		Summe 1247...		0,120	0,010	0,130	0,159	0,059
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		22,412	22,412	23,412	20,410
2/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung): *						
2/12490	12	Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung) Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3,161	3,161	3,161
		Summe 124...		187,291	0,056	187,347	193,205	194,778

Anmerkungen:

2/1249 Im BVA 1997 bei 2/1246 mitveranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben		679,785			679,785	637,180	629,784
1/12603	11	Anlagen				26,050	26,050	26,050	20,020
1/12607	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			90,800		90,800	89,000	83,599
	22				80,910		80,910	79,410	74,334
					9,890		9,890	9,590	9,265
1/12608	11	Aufwendungen			104,256		104,256	100,246	94,459
		Summe 1260 ...		679,785	195,056	26,050	900,891	852,476	827,863
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben		93,679			93,679	87,657	86,633
1/12613	11	Anlagen				1,500	1,500	1,500	1,085
1/12617	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,780		1,780	1,720	1,679
	22				0,288		0,288	0,228	0,255
					1,492		1,492	1,492	1,425
1/12618	11	Aufwendungen			19,674		19,674	18,922	18,068
		Summe 1261 ...		93,679	21,454	1,500	116,633	109,799	107,466
		Summe 126 ...		773,464	216,510	27,550	1.017,524	962,275	935,329
1/127		Allgemeinbildende Schulen:							
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		11.764,000			11.764,000	11.125,147	11.047,217
1/12703	11	Anlagen				113,930	113,930	113,930	113,743
1/12707	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			355,000		355,000	354,000	329,976
	21				353,279		353,279	352,330	327,590
					1,721		1,721	1,670	2,386
1/12708	11	Aufwendungen			689,987		689,987	662,666	646,362
	21				688,674		688,674	661,353	644,996
					1,313		1,313	1,313	1,366
		Summe 1270 ...		11.764,000	1.044,987	113,930	12.922,917	12.255,743	12.137,298
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		270,711			270,711	262,851	253,458
1/12713	11	Anlagen				3,599	3,599	3,599	5,659
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,300		4,300	4,170	4,047
1/12718	11	Aufwendungen			34,155		34,155	32,835	30,725
		Summe 1271 ...		270,711	38,455	3,599	312,765	303,455	293,888
1/1272		Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/12723	11	Anlagen				4,288	4,288	2,288	1,718
1/12728	11	Aufwendungen			9,662		9,662	6,862	4,498
		Summe 1272 ...			9,662	4,288	13,950	9,150	6,216
1/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):							
1/12733	11	Anlagen				0,040	0,040	0,040	
1/12738	11	Aufwendungen			0,119		0,119	0,119	0,046
		Summe 1273 ...			0,119	0,040	0,159	0,159	0,046
1/1274		Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		103,211			103,211	98,719	96,681
1/12743	11	Anlagen				4,614	4,614	4,614	4,185
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,050		1,050	2,400	0,622
1/12748	11	Aufwendungen			18,469		18,469	17,756	17,143
		Summe 1274 ...		103,211	19,519	4,614	127,344	123,489	118,631

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

49

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen		172,059		172,059	170,405	188,572
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,037
		Summe 1260...		172,059	0,002	172,061	170,407	188,609
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:						
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen		20,103		20,103	20,103	14,680
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1261...		20,103	0,002	20,105	20,105	14,680
		Summe 126...		192,162	0,004	192,166	190,512	203,289
2/127		Allgemeinbildende Schulen:						
2/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:						
2/12704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		58,680		58,680	58,680	44,073
	21			56,470		56,470	56,470	42,670
				2,210		2,210	2,210	1,403
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,046	0,046	0,046	0,029
		Summe 1270...		58,680	0,046	58,726	58,726	44,102
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		40,307		40,307	40,307	41,623
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,053
		Summe 1271...		40,307	0,003	40,310	40,310	41,676
2/1272		Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12720	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		13,950		13,950	9,150	14,832
2/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):						
2/12730	11	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen		0,159		0,159	0,159	0,232
2/1274		Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,760		4,760	4,760	7,111
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,013	0,013	0,022	
		Summe 1274...		4,760	0,013	4,773	4,782	7,111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		34.056,536			34.056,536	32.627,776	32.294,708
1/12758	11	Aufwendungen		3,361			3,361	3,232	3,051
		Summe 1275 ..		34.059,897			34.059,897	32.631,008	32.297,758
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):							
1/12760	11	Personalausgaben		68,128			68,128	69,612	62,873
1/12763	11	Anlagen			3,800		3,800	3,800	4,204
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,130			0,130	0,130	0,105
1/12768	11	Aufwendungen		25,265			25,265	24,286	23,455
		Summe 1276 ..		68,128	25,395	3,800	97,323	97,828	90,637
1/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):							
1/12773	11	Anlagen				0,036	0,036	0,036	
1/12778	11	Aufwendungen		0,073			0,073	0,073	
		Summe 1277 ..		0,073		0,036	0,109	0,109	
1/1278		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12783	11	Anlagen			0,045		0,045	0,045	
1/12788	11	Aufwendungen		0,135			0,135	0,135	
		Summe 1278 ..		0,135	0,045		0,180	0,180	
		Summe 127 ..		12.206,050	35.198,242	130,352	47.534,644	45.421,121	44.944,475
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		4.673,958			4.673,958	4.553,850	4.619,014
1/12803	11	Anlagen			123,500		123,500	122,452	117,754
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		66,000			66,000	66,000	60,884
1/12808	11	Aufwendungen		409,253			409,253	399,176	378,777
	21			0,002			0,002	0,002	
		Summe 1280 ..		4.673,958	475,253	123,500	5.272,711	5.141,478	5.176,428
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:							
1/12810	11	Personalausgaben		3.235,336			3.235,336	3.037,732	2.989,918
1/12813	11	Anlagen			56,644		56,644	55,144	49,577
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		97,000			97,000	96,000	90,083
1/12818	11	Aufwendungen		281,942			281,942	269,747	293,833
		Summe 1281 ..		3.235,336	378,942	56,644	3.670,922	3.458,623	3.423,412
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		3.462,870			3.462,870	3.244,544	3.277,249
1/12823	11	Anlagen			51,702		51,702	46,702	43,427
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		73,520			73,520	69,500	69,193
1/12828	11	Aufwendungen		217,599			217,599	207,664	188,996
	21			0,002			0,002	0,002	
		Summe 1282 ..		3.462,870	291,119	51,702	3.805,691	3.568,410	3.578,865
1/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):							
1/12833	11	Anlagen			14,353		14,353	14,353	0,468
1/12838	11	Aufwendungen		52,760			52,760	52,760	3,467
		Summe 1283 ..		52,760	14,353		67,113	67,113	3,935

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

51

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen		26,771		26,771	26,771	26,113
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,029
		Summe 1276...		26,771	0,003	26,774	26,774	26,142
2/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):						
2/12770	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,109		0,109	0,109	0,192
2/1278		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12780	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,180		0,180	0,180	0,179
		Summe 127...		144,926	0,065	144,991	140,200	134,466
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804	11	Erfolgswirksame Einnahmen		12,602		12,602	12,602	63,540
	21			12,601		12,601	12,601	63,540
				0,001		0,001	0,001	
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,336
		Summe 1280...		12,602	0,008	12,610	12,610	63,876
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		11,942		11,942	11,942	53,501
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	0,034
		Summe 1281...		11,942	0,006	11,948	11,948	53,535
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,783		1,783	1,783	3,219
	21			1,782		1,782	1,782	3,219
				0,001		0,001	0,001	
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,033
		Summe 1282...		1,783	0,004	1,787	1,787	3,252
2/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):						
2/12830	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		67,113		67,113	67,113	7,106

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997	
				pers.	sachl.					
1/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):								
1/12843	11	Anlagen				0,486	0,486	0,486	0,212	
1/12848	11	Aufwendungen			48,578		48,578	48,578	0,565	
		Summe 1284...			48,578	0,486	49,064	49,064	0,778	
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:								
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1.301,000		1.301,000	1.301,000	1.221,133	
1/12858	11	Aufwendungen			1,805		1,805	1,736	1,565	
		Summe 1285...			1.302,805		1.302,805	1.302,736	1.222,698	
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):								
1/12860	11	Personalausgaben		63,119			63,119	58,963	58,930	
1/12863	11	Anlagen				3,700	3,700	3,778	4,435	
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,060		0,060	0,050	0,057	
1/12868	11	Aufwendungen			37,846		37,846	37,846	33,583	
		Summe 1286...		63,119	37,906	3,700	104,725	100,637	97,004	
1/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):								
1/12873	11	Anlagen				0,945	0,945	0,545	0,484	
1/12878	11	Aufwendungen			2,233		2,233	1,633	1,359	
		Summe 1287...			2,233	0,945	3,178	2,178	1,843	
1/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):								
1/12883	11	Anlagen				0,010	0,010	0,010		
1/12888	11	Aufwendungen			0,030		0,030	0,030	0,050	
		Summe 1288...			0,030	0,010	0,040	0,040	0,050	
		Summe 128...			11.435,283	2.589,626	251,340	14.276,249	13.690,279	13.505,013
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:								
1/1290		Pädagogische Akademien:								
1/12900	11	Personalausgaben		923,730			923,730	888,520	887,055	
1/12903	11	Anlagen				9,500	9,500	9,500	9,119	
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			119,000		119,000	116,000	111,459	
1/12908	11	Aufwendungen			96,897		96,897	92,388	88,457	
		Summe 1290...		923,730	215,897	9,500	1.149,127	1.106,408	1.096,090	
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:								
1/12910	11	Personalausgaben		621,018			621,018	575,578	575,883	
1/12913	11	Anlagen				7,000	7,000	8,731	4,363	
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			37,040		37,040	35,000	34,976	
1/12918	11	Aufwendungen			81,000		81,000	76,703	83,238	
		Summe 1291...		621,018	118,040	7,000	746,058	696,012	698,460	
1/1292		Berufspädagogische Akademien:								
1/12920	11	Personalausgaben		66,496			66,496	65,318	62,704	
1/12923	11	Anlagen				2,990	2,990	2,990	3,426	
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			6,540		6,540	4,800	6,189	
1/12928	11	Aufwendungen			12,788		12,788	12,487	11,706	
		Summe 1292...		66,496	19,328	2,990	88,814	85,595	84,024	
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:								
1/12930	11	Personalausgaben		40,010			40,010	37,040	38,019	
1/12933	11	Anlagen				2,213	2,213	2,213	1,976	
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			21,600		21,600	20,900	20,262	
1/12938	11	Aufwendungen			13,819		13,819	13,284	11,405	
		Summe 1293...		40,010	35,419	2,213	77,642	73,437	71,663	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

53

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1999	Bundесvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):						
2/12840	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		49,064		49,064	49,064	3,562
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		52,427		52,427	52,427	54,844
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,009	
		Summe 1286...		52,427	0,009	52,436	52,436	54,844
2/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):						
		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung)						
2/12870	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3,178		3,178	2,178	3,546
2/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12880	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,040		0,040	0,040	0,261
		Summe 128...		198,150	0,027	198,177	197,177	189,983
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290		Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,008		4,008	4,008	3,561
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
		Summe 1290...		4,008	0,006	4,014	4,014	3,561
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen		9,025		9,025	9,025	11,191
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,011
		Summe 1291...		9,025	0,004	9,029	9,029	11,201
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,392		0,392	0,392	0,363
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,001
		Summe 1292...		0,392	0,002	0,394	0,394	0,364
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,427		0,427	0,427	0,208
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,050	
		Summe 1293...		0,427	0,050	0,477	0,477	0,208

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		131,545			131,545	121,140	124,135
1/12943	11	Anlagen				3,334	3,334	3,334	6,341
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			145,540		145,540	140,000	137,566
1/12948	11	Aufwendungen			67,188		67,188	64,604	70,713
		Summe 1294...		131,545	212,728	3,334	347,607	329,078	338,755
1/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12953	11	Anlagen				0,196	0,196	0,196	0,102
1/12958	11	Aufwendungen			0,586		0,586	0,586	0,522
		Summe 1295...			0,586	0,196	0,782	0,782	0,623
1/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):							
1/12963	11	Anlagen				0,067	0,067	0,067	0,031
1/12968	11	Aufwendungen			0,202		0,202	0,202	0,197
		Summe 1296...			0,202	0,067	0,269	0,269	0,229
1/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12973	11	Anlagen				0,003	0,003	0,003	
1/12978	11	Aufwendungen			0,020		0,020	0,020	
		Summe 1297...			0,020	0,003	0,023	0,023	
1/1298		Bundesanstalten für Leibeseziehung (zweckgeb. Gebarung):							
1/12983	11	Anlagen				0,012	0,012	0,012	
1/12988	11	Aufwendungen			0,076		0,076	0,076	
		Summe 1298...			0,076	0,012	0,088	0,088	
1/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):							
1/12993	11	Anlagen				0,042	0,042	0,042	
1/12998	11	Aufwendungen			0,124		0,124	0,124	0,387
		Summe 1299...			0,124	0,042	0,166	0,166	0,387
		Summe 129...		1.782,799	602,420	25,357	2.410,576	2.291,858	2.290,231
		Gesamtausgaben 12...		27.351,500	44.521,360	833,992	72.706,852	69.487,042	67.713,389

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

55

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,077		0,077	0,077	1,176
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,000
		Summe 1294...		0,077	0,002	0,079	0,079	1,176
2/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12950	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,782		0,782	0,782	1,308
2/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):						
2/12960	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,269		0,269	0,269	0,350
2/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12970	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,023		0,023	0,023	0,054
2/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):						
2/12980	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,088		0,088	0,088	0,031
2/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):						
2/12990	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,166		0,166	0,166	1,659
		Summe 129...		15,257	0,064	15,321	15,321	19,912
		Gesamteinnahmen 12...		803,828	46,223	850,051	848,473	802,605

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen			2,880	2,880	2,880	2,880	2,828
1/13006	13	Förderungen		66,560		66,560	66,560	66,560	63,510
1/13008	13	Aufwendungen		21,796		21,796	21,796	21,796	18,788
		Summe 1300...			88,356	2,880	91,236	91,236	85,126
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen		422,406		422,406	422,406	422,406	422,406
1/13018	13	Aufwendungen		77,593		77,593	77,593	77,593	70,392
		Summe 1301...		499,999		499,999	499,999	499,999	492,798
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen			0,020	0,020	0,020	0,020	
1/13026	13	Förderungen		160,797		160,797	190,797	178,796	178,796
1/13028	13	Aufwendungen		7,183		7,183	7,183	7,183	7,036
		Summe 1302...		167,980	0,020	168,000	198,000	198,000	185,832
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung): *							
1/13033	13	Anlagen			5,000	5,000	5,000	5,000	4,930
1/13035	13	Förderungen (D)			0,050	0,050	0,050	0,050	
1/13036	13	Förderungen		68,168		68,168	68,168	68,168	77,931
1/13038	13	Aufwendungen		6,800		6,800	6,800	6,800	5,861
		Summe 1303...		74,968	5,050	80,018	80,018	80,018	88,722
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen			2,400	2,400	2,400	2,400	3,147
1/13045	13	Förderungen (D)			0,001	0,001	0,001	0,001	
1/13046	13	Förderungen		200,879		200,879	170,879	185,815	185,815
1/13048	13	Aufwendungen		9,762		9,762	9,762	9,762	8,853
		Summe 1304...		210,641	2,401	213,042	183,042	183,042	197,814
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen		40,000		40,000	40,000	40,000	53,500
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen		3,276		3,276	3,276	3,276	1,857
1/13068	13	Aufwendungen		3,425		3,425	3,425	3,425	4,696
		Summe 1306...		6,701		6,701	6,701	6,701	6,553
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13076	13	Förderungen		50,000		50,000	50,000	50,000	65,259
1/13078	13	Aufwendungen		1,000		1,000	1,000	1,000	1,199
		Summe 1307...		51,000		51,000	51,000	51,000	66,458
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen		0,004		0,004	0,004	0,004	
		Gesamtausgaben 13...		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.150,000	1.176,803

Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (79,968 Millionen Schilling) veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

57

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/13		Kunst:						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	0,095
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			0,050	0,050	0,050	
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150		0,150	0,150	0,000
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1304...		0,150	0,001	0,151	0,151	0,000
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Gesamteinnahmen 13...		0,157	0,051	0,208	0,208	0,095

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/14		Wissenschaft und Forschung:							
1/140		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:							
1/1400		Verwaltungsbereich Wissenschaft:							
1/14000	43	Personalausgaben		237,954			237,954	231,501	219,003
1/14003	43	Anlagen				10,400	10,400	10,400	10,471
1/14005		Bezugsvorschüsse				25,000	25,000	25,000	18,208
	23					7,000	7,000	7,000	5,569
	43					18,000	18,000	18,000	12,639
1/14006	43	Förderungen			8,000		8,000	8,000	7,486
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,000		3,000	3,000	2,546
	22				2,926		2,926	2,926	2,525
	43				0,074		0,074	0,074	0,021
1/14008	43	Aufwendungen	*		102,000		102,000	102,000	91,354
		Summe 1400...		237,954	113,000	35,400	386,354	379,901	349,067
1/14018	12	Zahlungen an die BIG			1.893,806		1.893,806	1.828,186	1.105,000
1/1402		Amt des BFPZ Arsenal:							
1/14020	12	Personalausgaben		68,555			68,555	67,574	65,241
1/14027	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,000		2,000	2,790	1,828
1/14028	12	Aufwendungen			2,467		2,467	3,867	2,405
		Summe 1402...		68,555	4,467		73,022	74,231	69,473
		Summe 140...		306,509	2.011,273	35,400	2.353,182	2.282,318	1.523,540
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14106	12	Förderungen			330,000		330,000	326,000	287,716
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.567,450		1.567,450	1.534,450	1.420,001
1/14108	12	Aufwendungen			991,000		991,000	986,000	1.109,860
1/14104	12	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							
		Summe 1410...			2.888,450		2.888,450	2.846,450	2.817,578
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen			42,000		42,000	41,000	37,409
1/14117		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,000		7,000	7,000	2,987
	12				0,500		0,500	0,500	2,382
	43				6,500		6,500	6,500	0,605
1/14118	12	Aufwendungen			36,000		36,000	36,000	33,462
		Summe 1411...			85,000		85,000	84,000	73,858
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen			4,000		4,000	4,000	3,739
1/1413		Forschungsvorhaben: Expertengutachten und Auftragsforschung							
1/14136	12	Förderungen			51,099		51,099	51,100	
1/14138	12	Aufwendungen			181,000		181,000	196,000	136,160
		Summe 1413...			232,099		232,099	247,100	136,160
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen			600,000		600,000	600,000	728,435
1/1415		Anwendungsorientierte Forschung:							
1/14156	12	Förderungen			0,004		0,004	0,003	0,500
1/14157		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			223,190		223,190	221,000	
	12				203,000		203,000	203,000	
	43				20,190		20,190	18,000	
1/14158	12	Aufwendungen	*		250,003		250,003	250,002	7,286
		Summe 1415...			473,197		473,197	471,005	7,786

Anmerkungen:

1/14008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

1/14158 Hievon 1999 250,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14150.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

59

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/14		Wissenschaft und Forschung:						
2/140		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:						
2/1400		Verwaltungsbereich Wissenschaft:						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,590		2,590	2,590	2,037
	21			0,010		0,010	0,010	
	43			2,580		2,580	2,580	2,037
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,015
2/14009		Bezugsvorschußsätze			27,000	27,000	27,000	18,787
	23				5,600	5,600	5,600	5,029
	43				21,400	21,400	21,400	13,758
		Summe 1400...		2,591	27,003	29,594	29,594	20,839
2/1402		Amt des BFPZ Arsenal:						
2/14024	12	Erfolgswirksame Einnahmen		91,664		91,664	91,664	68,315
		Summe 140...		94,255	27,003	121,258	121,258	89,154
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195		0,195	0,195	0,152
	12			0,095		0,095	0,095	0,064
	23			0,100		0,100	0,100	0,088
2/14109		Darlehensrückzahlungen			0,260	0,260	0,260	0,204
	12				0,140	0,140	0,140	0,072
	23				0,120	0,120	0,120	0,132
2/14100	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,040
		Summe 1410...		0,195	0,260	0,455	0,455	0,396
2/1415		Anwendungsorientierte Forschung:						
		<i>Gewerbliche Forschung</i>						
2/14150	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	250,000		250,000	250,000	
2/14154	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780		0,780	0,780	
		Summe 1415...		250,780		250,780	250,780	

Anmerkungen:

2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

2/14150 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14158 (250,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen			165,989		165,989	167,989	197,300
1/14168	12	Aufwendungen			102,478		102,478	103,978	90,645
		Summe 1416. ...			268,467		268,467	271,967	287,946
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen			412,000		412,000	405,000	378,979
1/14178	12	Aufwendungen			77,000		77,000	77,000	66,872
	43				65,870		65,870	65,870	56,501
					11,130		11,130	11,130	10,371
		Summe 1417. ...			489,000		489,000	482,000	445,851
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen			62,000		62,000	50,000	35,900
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			217,000		217,000	229,000	414,603
1/14188	12	Aufwendungen			158,222		158,222	124,722	283,995
	43				80,524		80,524	54,721	0,008
					77,698		77,698	70,001	283,987
		Summe 1418. ...			437,222		437,222	403,722	734,498
1/1419		Forschungsunternehmungen:							
1/14196	12	Förderungen			380,000		380,000	380,000	430,000
1/14198	12	Aufwendungen			188,507		188,507	193,958	164,591
		Summe 1419. ...			568,507		568,507	573,958	594,591
		Summe 141. ...			6.045,942		6.045,942	5.984,202	5.830,441
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		10.788,684			10.788,684	10.667,650	10.382,323
1/14203	12	Anlagen				1.334,856	1.334,856	1.334,856	1.238,895
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			736,000		736,000	736,000	784,961
1/14208	12	Aufwendungen			3.698,025		3.698,025	3.649,344	3.199,711
	21				3.697,975		3.697,975	3.649,294	3.199,701
					0,050		0,050	0,050	0,010
		Summe 1420. ...		10.788,684	4.434,025	1.334,856	16.557,565	16.387,850	15.605,889
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		120,000			120,000	135,000	121,012
1/14213	12	Anlagen				25,000	25,000	25,000	17,941
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			40,000		40,000	40,000	21,633
1/14218	12	Aufwendungen			190,000		190,000	190,000	182,429
		Summe 1421. ...		120,000	230,000	25,000	375,000	390,000	343,015
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0,003			0,003	0,003	
1/14223	12	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/14228	12	Aufwendungen			0,302		0,302	0,302	0,022
		Summe 1422. ...		0,003	0,303	0,001	0,307	0,307	0,022
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		0,014			0,014	14,915	9,079
1/14233	12	Anlagen				10,500	10,500	10,500	0,807
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007	0,007	0,005
1/14238	12	Aufwendungen			32,000		32,000	31,000	24,782
		Summe 1423. ...		0,014	32,007	10,500	42,521	56,422	34,672

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

61

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1418		<i>Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:</i>						
2/14180	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						230,000
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen						
		Summe 1418...						230,000
		Summe 141...		250,975	0,260	251,235	251,235	230,396
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204		Erfolgswirksame Einnahmen		92,307		92,307	91,562	47,127
	12			92,306		92,306	91,561	47,127
	21			0,001		0,001	0,001	
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen			1,000	1,000	1,000	0,785
		Summe 1420...		92,307	1,000	93,307	92,562	47,912
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		374,992		374,992	389,992	370,371
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,066
		Summe 1421...		374,992	0,008	375,000	390,000	370,437
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,307		0,307	0,307	0,058
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,100	0,251
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1423...		0,100	0,002	0,102	0,102	0,251

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		220,855			220,855	219,164	196,608
1/14243	12	Anlagen				40,000	40,000	40,000	32,797
1/14247	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,600		0,600	0,600	0,192
	12				0,200		0,200	0,200	0,084
	21				0,400		0,400	0,400	0,108
1/14248	12	Aufwendungen	*		89,300		89,300	89,300	84,568
	12				88,900		88,900	88,900	84,422
	21				0,400		0,400	0,400	0,146
		Summe 1424 ...		220,855	89,900	40,000	350,755	349,064	314,165
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,005			0,005	0,005	
1/14253	12	Anlagen				0,003	0,003	0,003	
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
1/14258	12	Aufwendungen			0,202		0,202	0,183	0,057
		Summe 1425 ...		0,005	0,204	0,003	0,212	0,193	0,057
1/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):							
1/14268	12	Aufwendungen							
		Summe 142 ...		11.129,561	4.786,439	1.410,360	17.326,360	17.183,836	16.297,820
1/143		Kunsthochschulen:							
1/1430		Kunsthochschulen:							
1/14300	13	Personalausgaben		1.213,916			1.213,916	1.202,346	1.163,308
1/14303	13	Anlagen				70,000	70,000	70,000	60,685
1/14306	13	Förderungen			6,000		6,000	6,000	4,678
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			237,000		237,000	237,000	199,540
1/14308	13	Aufwendungen			290,000		290,000	275,000	240,435
		Summe 1430 ...		1.213,916	533,000	70,000	1.816,916	1.790,346	1.668,646
1/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		1,000			1,000	1,000	0,931
1/14313	13	Anlagen				3,000	3,000	3,000	2,014
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,000	1,491
1/14318	13	Aufwendungen			17,000		17,000	17,000	18,474
		Summe 1431 ...		1,000	18,000	3,000	22,000	22,000	22,910
		Summe 143 ...		1.214,916	551,000	73,000	1.838,916	1.812,346	1.691,557
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen				1,440	1,440	1,440	0,406
1/14606	12	Förderungen			742,000		742,000	580,000	386,569
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,150	
1/14608	12	Aufwendungen			10,300		10,300	10,000	5,740
		Summe 146 ...			752,450	1,440	753,890	591,590	392,716
		Gesamtausgaben 14 ...		12.650,986	14.147,104	1.520,200	28.318,290	27.854,292	25.736,074

Anmerkungen:

1/14248 Die Verausgabung von 12.000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gebunden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

63

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundeshvoranschlag 1999	Bundeshvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,412		1,412	1,176	2,631
	21			1,372		1,372	1,136	2,532
				0,040		0,040	0,040	0,099
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1424...		1,412	0,001	1,413	1,177	2,631
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,212		0,212	0,193	0,073
2/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):						
2/14264	12	Erfolgswirksame Einnahmen						
		Summe 142...		469,330	1,011	470,341	484,341	421,361
2/143		Kunsthochschulen:						
2/1430		Kunsthochschulen:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		46,000		46,000	45,000	33,963
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,060	0,060	0,060	0,177
		Summe 1430...		46,000	0,060	46,060	45,060	34,140
2/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		21,990		21,990	21,990	23,716
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1431...		21,990	0,010	22,000	22,000	23,716
		Summe 143...		67,990	0,070	68,060	67,060	57,855
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102		0,102	0,102	16,672
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 146...		0,102	0,002	0,104	0,104	16,672
		Gesamteinnahmen 14...		882,652	28,346	910,998	923,998	815,437

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/15		Soziales:							
1/150		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales:							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		404,568			404,568	398,582	357,189
1/15003	43	Anlagen				30,379	30,379	33,229	21,048
1/15006		Förderungen	*		77,140		77,140	77,140	79,398
	12				0,001		0,001	0,001	
	21				37,496		37,496	37,496	34,496
	22				39,643		39,643	39,643	44,902
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			75,731		75,731	75,637	75,407
	22				7,576		7,576	7,576	5,165
	43				68,155		68,155	68,061	70,242
1/15008		Aufwendungen			238,729		238,729	251,461	163,094
	12				6,787		6,787	6,787	1,901
	22				0,001		0,001	0,001	
	43				231,941		231,941	244,673	161,193
		Summe 1500...		404,568	391,600	30,379	826,547	836,049	696,137
1/1501		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU: Zahlungen gemäß EU-Strukturfonds							
1/15016	22	Förderungen			0,552		0,552	0,039	
1/15018	22	Zahlungen gemäß EU-Vorschriften Aufwendungen			0,012		0,012	0,010	2.232,640
		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU							
		Summe 1501...			0,564		0,564	0,049	2.232,640
1/1502		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/15023	43	Anlagen				0,004	0,004		
1/15027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/15028	43	Aufwendungen			0,014		0,014		
		Summe 1502...			0,016	0,004	0,020		
1/15045		Bezugsvorschüsse				6,195	6,195	6,195	7,414
	23					0,007	0,007	1,341	0,645
	43					6,188	6,188	4,854	6,769
1/15057	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik			2.500,000		2.500,000	2.500,001	3.302,246
		Summe 150...		404,568	2.892,180	36,578	3.333,326	3.342,294	6.238,437
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge			17,000		17,000	17,500	10,562
1/15127	22	Versorgungsgebühren			213,200		213,200	220,000	218,259
1/15137	22	Entschädigungen			0,600		0,600	0,600	0,336
1/15147	22	Orthopädische Versorgung			0,200		0,200	0,200	0,087
1/15158	22	Aufwendungen			2,900		2,900	3,000	2,786
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen			30,000		30,000	30,000	20,000
		Summe 151...			263,900		263,900	271,300	252,030
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,600		7,600	7,500	6,434
1/15217	21	Heilfürsorge			0,150		0,150	0,150	0,134
1/15227	22	Orthopädische Versorgung			0,400		0,400	0,400	0,234
1/15237	22	Rehabilitation			0,030		0,030	0,030	
1/15248	22	Aufwendungen			0,350		0,350	0,350	0,312
1/15255	22	Darlehen				0,004	0,004	0,004	
1/15269	22	Aufwendungen (B)				6,700	6,700	6,600	7,200
		Summe 152...			8,530	6,704	15,234	15,034	14,314

Anmerkungen:

1/15006 Hievon 1999 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.
1/1502 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/1502.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

65

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/15		Soziales:							
2/150		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales:							
2/1500		Zentralleitung:							
2/15000	43	Zentralleitung; zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen		*	0,020		0,020	0,020	0,003
		<i>Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen</i>							
2/15004	22	Erfolgswirksame Einnahmen			17,615		17,615	17,615	18,863
	43				0,006		0,006	0,006	
	43				17,609		17,609	17,609	18,863
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,035	0,035	0,035	0,292
		Summe 1500...			17,635	0,035	17,670	17,670	19,158
2/1502		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):							
2/15020	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	0,020		0,020		
2/15049	23	Bezugsvorschußsätze				7,940	7,940	7,940	6,466
	43					1,351	1,351	1,351	0,797
	43					6,589	6,589	6,589	5,669
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht			13,300		13,300	13,300	13,913
2/15064	22	Einnahmen gem. § 6 Abs. 7 AMPFG			0,001		0,001	0,001	
		Summe 150...			30,956	7,975	38,931	38,911	39,538
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen			0,300		0,300	0,300	0,229
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen			0,260		0,260	0,260	0,212
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen				0,010	0,010	0,010	
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen				0,890	0,890	0,890	0,698
		Summe 152...			0,260	0,900	1,160	1,160	0,910

Anmerkungen:

2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

2/1502 Zweckgebunden im Sinne des § 13 Insolvenz-Entgeldsicherungsgesetz 1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. I/107/1997 (Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1502).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz			23,000		23,000	22,500	24,704
1/1534	22	Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			17.150,000		17.150,000	16.650,000	15.701,904
		Summe 153.			17.173,000		17.173,000	16.672,500	15.726,608
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung			2,800		2,800	3,000	2,833
1/15436	22	Förderungen			75,000		75,000	75,000	58,475
		Summe 154.			77,800		77,800	78,000	61,308
1/155		Arbeitsmarktpolitik (I): *							
1/1550		Ämter des AMS:							
1/15500	22	Personalausgaben		658,140			658,140	677,000	813,564
1/15503	22	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			20,410		20,410	21,000	11,082
1/15508	22	Aufwendungen			21,449		21,449	21,999	13,175
		Summe 1550.		658,140	41,859	0,001	700,000	720,000	837,822
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMMSG:							
1/15513	22	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/15515	22	Förderungen (D)				100,000	100,000	100,000	87,150
1/15516	12	Förderungen			4.894,998		4.894,998	4.894,998	6.881,777
	22				0,250		0,250	0,250	0,445
	22				4.894,748		4.894,748	4.894,748	6.881,332
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/15518	12	Aufwendungen			165,000		165,000	165,000	143,489
	22				10,300		10,300	10,300	10,552
	22				154,700		154,700	154,700	132,937
		Summe 1551.			5.059,999	100,001	5.160,000	5.160,000	7.112,416
1/1553		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):							
1/15536	22	Förderungen			1.249,000		1.249,000	1.249,000	
1/15538	22	Aufwendungen			40,000		40,000	40,000	
		Summe 1553.			1.289,000		1.289,000	1.289,000	
1/15547	22	Sonderunterstützung			1.127,000		1.127,000	1.400,634	1.691,630
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gem. AlVG			10,490		10,490	10,490	9,198
1/15557	22	Leistungen nach dem AlVG			39.422,000		39.422,000	39.739,554	41.594,257
1/15567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ..			7.718,000		7.718,000	6.948,000	4.900,000

Anmerkungen:

1/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG (ausgenommen die VA-Ansätze 1/15536 und 1/15538).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

67

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:						
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	0,006	0,006	0,000
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):						
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005	0,005	0,005	260,922
		Summe 153...		0,011	0,011	0,011	260,922
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007	0,007	0,007
2/155		Arbeitsmarktpolitik (I):						
2/1550		Ämter des AMS:						
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,000	1,000	1,000	1,588
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMMSG:						
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		8,000	8,000	9,000	34,290
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			39,487	39,487	41,000	43,014
		Summe 1551...		8,000	39,487	47,487	50,000	77,303
2/15530	22	Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU) ..		0,002	0,002	0,005
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	*	5.999,000	5.999,000	7.795,921	7.898,433

Anmerkungen:

2/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG.

2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997	
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.					
1/1557		Überweisung an das AMS:								
1/15577	22	Überweisung an das AMS			0,002		0,002	200,801	440,000	
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.			2.490,000		2.490,000	2.470,000	2.461,000	
		Summe 1557...			2.490,002		2.490,002	2.670,801	2.901,000	
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			330,000		330,000	330,000	326,759	
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.			30,000		30,000	60,000	52,690	
1/1552		<i>Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:</i>								
1/15526	22	Förderungen								
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)						150,000	120,000	
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG						150,000	173,349	
		Summe 155...			658,140	57.518,350	100,002	58.276,492	58.628,479	59.719,121
1/156		Arbeitsmarktpolitik (II):								
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)	*		0,001		0,001	0,001	0,378	
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)	*		0,001		0,001	0,001		
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			10,000		10,000	10,000	9,418	
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz			0,035		0,035	0,035		
1/15656	22	Beschäftigungsprogramm			500,000		500,000			
1/15665	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)					150,000	150,000		
1/15666	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG			150,000		150,000			
		Summe 156...			660,037	150,000	810,037	10,037	9,796	

Anmerkungen:

1/15607 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

1/15617 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

69

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/1557		Überweisung vom AMS:						
2/15570	22	Überweisung vom AMS <i>Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen)</i>		0,001		0,001	0,001	
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		48.250,000		48.250,000	46.502,549	47.904,823
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		190,000		190,000	190,000	241,377
2/15590	22	Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e AIVG (zweckgeb. Einn.)		0,001		0,001	0,002	0,002
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		2.500,001		2.500,001	2.500,001	3.302,246
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG					0,002	
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.)					0,001	
		Summe 155...		56.948,005	39,487	56.987,492	57.039,482	59.425,771
2/156		Arbeitsmarktpolitik (II):						
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.)	*	0,002		0,002	0,002	
2/15664	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG		0,002		0,002		
2/15669	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)			0,001	0,001		
		Summe 156...		0,004	0,001	0,005	0,002	

Anmerkungen:

2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957.
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (0,001 Millionen Schilling) und
1/15617 (0,001 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		366,078			366,078	363,810	340,669
1/15703	22	Anlagen				16,100	16,100	15,800	12,397
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					12,246	12,246	6,916
1/15708	22	Aufwendungen					250,000	245,000	213,946
		Summe 1570...		366,078	262,246	16,100	644,424	636,856	573,927
1/15737	21	Heilfürsorge			135,000		135,000	135,000	97,840
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen			3,000		3,000	3,000	2,438
1/15757	22	Orthopädische Versorgung			95,000		95,000	95,000	82,875
1/15767	22	Versorgungsgebühren			5.278,000		5.278,000	5.450,000	5.574,925
1/15777	22	Krankenversicherung			220,000		220,000	230,000	206,433
1/15778	22	Härteausgleiche			18,500		18,500	19,000	16,910
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,500		8,500	9,000	5,775
	21				7,345		7,345	7,695	4,667
	22				1,155		1,155	1,305	1,107
1/15788	22	Aufwendungen			0,006		0,006	0,006	0,009
		Summe 1578...			8,506		8,506	9,006	5,783
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge			2,900		2,900	2,900	2,267
1/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.):							
1/15720	22	Personalausgaben							1,440
1/15728	22	Aufwendungen							0,062
		Summe 1572...							1,502
		Summe 157...		366,078	6.023,152	16,100	6.405,330	6.580,762	6.564,899

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

71

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/157		Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
2/15704		Erfolgswirksame Einnahmen		0,221		0,221	0,221	1,145
	22			0,220		0,220	0,220	1,145
	43			0,001		0,001	0,001	
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,075	0,075	0,075	0,004
		Summe 1570...		0,221	0,075	0,296	0,296	1,149
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		7,204		7,204	7,204	6,744
	21			6,000		6,000	6,000	6,131
	22			1,204		1,204	1,204	0,613
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsofper- und Heeresversorgung		70,000		70,000	70,000	51,914
2/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.):						
2/15724		Erfolgswirksame Einnahmen						0,921
	22							0,921
	43							
2/15727	22	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 1572...						0,921
		Summe 157...		77,425	0,075	77,500	77,500	60,727

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitskommissionen: Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen							
1/15900	22	Personalausgaben		3,014			3,014	2,952	2,940
1/15903	22	Anlagen				0,011	0,011	0,011	
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,034
1/15908	22	Aufwendungen			1,049		1,049	1,049	0,769
		Summe 1590...		3,014	1,119	0,011	4,144	4,082	3,744
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben		224,494			224,494	220,524	211,572
1/15923		Anlagen				2,412	2,412	4,397	1,267
	21					2,411	2,411	4,396	1,267
	41					0,001	0,001	0,001	
1/15926	21	Förderungen			0,250		0,250	0,250	0,230
1/15927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			15,912		15,912	15,717	12,968
	21				10,710		10,710	10,515	8,467
	22				5,202		5,202	5,202	4,501
1/15928		Aufwendungen			61,964		61,964	59,412	46,313
	21				61,963		61,963	59,411	46,313
	41				0,001		0,001	0,001	
		Summe 1592...		224,494	78,126	2,412	305,032	300,300	272,350
		Summe 159...		227,508	79,245	2,423	309,176	304,382	276,094
		Gesamtausgaben 15...		1.656,294	84.696,194	311,807	86.664,295	85.902,788	88.862,606

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

73

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitskommissionen:						
		<i>Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen</i>						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,013		0,013	0,013	0,000
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1590...		0,013	0,002	0,015	0,015	0,000
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924		Erfolgswirksame Einnahmen		6,030		6,030	6,030	5,938
	21			6,020		6,020	6,020	5,938
	43			0,010		0,010	0,010	
2/15927		Bestandswirksame Einnahmen			0,174	0,174	0,174	0,229
	21				0,173	0,173	0,173	0,229
	41				0,001	0,001	0,001	
		Summe 1592...		6,030	0,174	6,204	6,204	6,167
		Summe 159...		6,043	0,176	6,219	6,219	6,167
		Gesamteinnahmen 15...		57.063,011	48,614	57.111,625	57.163,592	59.794,264

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/16		Sozialversicherung:	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		22.401,900		22.401,900	23.035,466	21.200,000	
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag		547,800		547,800	456,900	410,400	
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		9.774,700		9.774,700	9.027,600	9.329,100	
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag		1.843,700		1.843,700	1.811,000	1.673,100	
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		9.155,000		9.155,000	8.390,000	7.665,000	
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		3.291,800		3.291,800	3.877,200	5.495,600	
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		4.461,000		4.461,000	4.419,000	4.154,000	
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		8.093,600		8.093,600	7.755,700	7.566,900	
		Summe 160...		59.569,500		59.569,500	58.772,866	57.494,100	
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		5.399,500		5.399,500	5.764,400	6.062,500	
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		42,800		42,800	46,300	51,298	
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen		618,900		618,900	627,000	647,835	
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		63,700		63,700	72,100	79,000	
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		971,000		971,000	1.051,000	1.128,887	
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		3.144,900		3.144,900	3.091,000	3.237,200	
		Summe 161...		10.240,800		10.240,800	10.651,800	11.206,720	
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		624,000		624,000	874,000	862,348	
1/16227	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		0,001		0,001	0,001		
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		27,000		27,000	26,000	19,980	
		Summe 162...		651,001		651,001	900,001	882,328	
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		7,000		7,000	6,500	5,360	
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		0,001		0,001	0,001		
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		345,000		345,000	335,000	325,073	
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		3,598		3,598	3,298	1,600	
		Summe 164...		355,599		355,599	344,799	332,033	
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		335,200		335,200	323,500	292,000	
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		0,800		0,800	0,800	0,777	
		Summe 165...		336,000		336,000	324,300	292,777	
		Gesamtausgaben 16...		71.152,900		71.152,900	70.993,766	70.207,959	

Anmerkungen:

1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

75

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/16		Sozialversicherung:						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	62,696
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	0,002
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	23,438
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		139,000	139,000	135,000	133,176
		Gesamteinnahmen 16...		139,004	139,004	135,004	219,312

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/17		Gesundheit:							
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen			4,000	4,000	4,500	0,300	
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		0,001		0,001	0,001		
1/17206	21	Förderungen		61,656		61,656	61,656	55,244	
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		12,000		12,000	12,000	5,618	
1/17208	21	Aufwendungen		194,514		194,514	194,514	63,567	
		Summe 1720...			268,171	4,000	272,171	272,671	124,728
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds		0,002		0,002	0,002	494,761	
1/17218	12	Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)		4.816,175		4.816,175	4.698,718	4.176,295	
1/1722		Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauches: Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches							
1/17223	21	Anlagen			0,300	0,300	0,300		
1/17226	21	Förderungen		23,081		23,081	23,081	23,036	
1/17228	21	Aufwendungen		5,000		5,000	5,000	3,566	
		Summe 1722...			28,081	0,300	28,381	28,381	26,601
1/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):							
1/17236	21	Förderungen	*	100,000		100,000	100,000		
1/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*	519,000		519,000	517,000	380,846	
		Summe 172...			5.731,429	4,300	5.735,729	5.616,772	5.203,231
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408	11	Aufwendungen		4,800		4,800	4,800	2,078	
	21			2,293		2,293	2,293	1,709	
	21			2,507		2,507	2,507	0,369	
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz		2,000		2,000	2,000	0,118	
1/17427	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)		6.459,360		6.459,360	6.317,760	5.368,102	
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz		40,000		40,000	40,000	25,175	
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen		21,000		21,000	21,000	4,238	
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen		45,000		45,000	45,000	54,062	
1/17467	11	Schülerbeihilfen		4,000		4,000	4,000	3,801	
		Summe 174...			6.576,160		6.576,160	6.434,560	5.457,574
1/179		Dienststellen:							
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:							
1/17920	21	Personalausgaben		157,321		157,321	154,519	148,792	
1/17923	21	Anlagen			19,500	19,500	19,500	8,219	
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		1,900		1,900	1,900	1,427	
1/17928	21	Aufwendungen	*		109,000	109,000	109,000	94,475	
		Summe 1792...		157,321	110,900	19,500	287,721	284,919	252,913

Anmerkungen:

- 1/17236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17230 veranschlagt.
1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.
1/17928 Hievon 1999 4,202 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

77

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/17		Gesundheit:						
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):						
2/17230	21	Anteil der Umsatzsteuer	*	100,000		100,000	100,000	
2/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	519,000		519,000	517,000	380,846
2/17294		Erfolgswirksame Einnahmen		75,002		75,002	117,502	253,718
	12			25,000		25,000	67,502	89,070
	21			50,002		50,002	50,000	164,649
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 172...		694,002	0,001	694,003	734,503	634,565
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,100	0,035
2/179		Dienststellen:						
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:						
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		196,657		196,657	195,157	171,367
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,018	0,018	0,018	
		Summe 1792...		196,657	0,018	196,675	195,175	171,367

Anmerkungen:

2/17230 1999 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52824 in Höhe von 100,000 Millionen Schilling.

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17236 veranschlagt.

2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/1794		Bundes-Hebammenakademien: Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien							
1/17940	21	Personalausgaben		0,625			0,625	0,613	0,587
1/17943	21	Anlagen				0,500	0,500	0,500	0,050
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,003		0,003	0,003	0,005
1/17948	21	Aufwendungen			19,000		19,000	19,000	15,017
		Summe 1794. ...		0,625	19,003	0,500	20,128	20,116	15,659
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben							15,272
1/17903	21	Anlagen							
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,001
1/17908	21	Aufwendungen							2,402
		Summe 1790. ...							17,676
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben							13,603
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,010
1/17958	34	Aufwendungen							4,013
		Summe 1795. ...							17,626
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
1/17960	34	Personalausgaben							2,607
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,044
1/17968	34	Aufwendungen							0,483
		Summe 1796. ...							3,135
		Summe 179. ...		157,946	129,903	20,000	307,849	305,035	307,010
1/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:							
1/1700		Zentraleitung:							
1/17000	43	Personalausgaben							28,389
1/17003	43	Anlagen							0,007
1/17007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,549
	43							0,504
1/17008	43	Aufwendungen							0,046
		Summe 170. ...							4,682
								33,628
1/171		Konsumentenschutz:							
1/17108	43	Aufwendungen							0,041

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

79

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/1794		Bundeshobammenakademien: Bundeshobammenlehranstalten/Bundeshobammenakademien						
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,019		0,019	0,019	2,533
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1794...		0,019	0,003	0,022	0,022	2,533
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen						1,431
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen						3,704
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen						0,610
		Summe 179...		196,676	0,021	196,697	195,197	179,645
2/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:						
2/1700		Zentraleitung:						
2/17004	43	Erfolgswirksame Einnahmen						0,245
2/17019	23	Bezugsvorschußsätze						0,807
	43							0,160
		Summe 170...						0,647
								1,053

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:							
1/1732		Strahlenschutz:							
1/17328	21	Aufwendungen							7,417
1/1737		Veterinärwesen:							
1/17377	34	Epizootie							1,866
1/17378	34	Aufwendungen							
		Summe 1737...							1,866
1/1738		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17387	21	Entschädigungen							0,025
1/17388	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...							0,094
		Summe 1738...							0,120
1/1739		Gentechnologie:							
1/17398	21	Aufwendungen							0,002
		Summe 173...							9,405
		Gesamtausgaben 17...		157,946	12.437,492	24,300	12.619,738	12.356,367	11.010,888

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

81

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/173		E I N N A H M E N BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:						
2/17374	34	Epizootie						0,045
2/1739		Verschiedene Einnahmen:						
2/17394	21	Erfolgswirksame Einnahmen						0,849
		Summe 173...						0,894
		Gesamteinnahmen 17...		890,778	0,022	890,800	929,800	816,191

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/18		Umwelt:							
1/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:							
1/18000	43	Personalausgaben		186,288			186,288	171,061	173,767
1/18003	43	Anlagen				7,498	7,498	14,498	6,754
1/18005	43	Bezugsvorschüsse				1,900	1,900	1,900	0,740
	23					1,000	1,000	1,000	0,035
	43					0,900	0,900	0,900	0,705
1/18007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,373		2,373	2,373	2,724
	43				1,890		1,890	1,890	2,312
1/18008	43	Aufwendungen	*		0,483		0,483	0,483	0,412
					128,390		128,390	128,390	120,628
		Summe 180...		186,288	130,763	9,398	326,449	318,222	304,614
1/186		Umweltschutz:							
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/18603	21	Anlagen				0,792	0,792	1,792	2,573
1/18606	21	Förderungen			127,000		127,000	127,000	117,000
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/18608	21	Aufwendungen	*		252,910		252,910	231,910	165,695
		Summe 1860...			379,911	0,792	380,703	360,703	285,268
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/18626	21	Förderungen	*		646,002		646,002	425,002	209,785
1/18628	21	Aufwendungen	*		114,000		114,000	75,000	30,213
		Summe 1862...			760,002		760,002	500,002	239,998
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
1/18636	37	Förderungen	*		2.349,000		2.349,000	1.935,000	1.426,828
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/18646	37	Förderungen			490,000		490,000	492,000	376,000
1/18648	37	Aufwendungen			64,358		64,358	64,358	80,446
		Summe 1864...			554,358		554,358	556,358	456,446
1/18656	21	EU-Förderungen			0,007		0,007	0,007	34,160
	37				0,002		0,002	0,002	1,295
					0,005		0,005	0,005	32,866
		Summe 186...			4.043,278	0,792	4.044,070	3.352,070	2.442,700
1/187		Umweltbundesamt:							
1/18700	21	Personalausgaben		95,759			95,759	93,986	91,888
1/18703	21	Anlagen				23,670	23,670	23,670	21,982
1/18707	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,582		1,582	1,582	1,740
	22				0,034		0,034	0,034	0,020
1/18708	21	Aufwendungen	*		1,548		1,548	1,548	1,720
					98,984		98,984	98,984	89,391
		Summe 187...		95,759	100,566	23,670	219,995	218,222	205,002
		Gesamtausgaben 18...		282,047	4.274,607	33,860	4.590,514	3.888,514	2.952,316

Anmerkungen:

- 1/18008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18608 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (646,000 Millionen Schilling).
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/18636 Hievon 1999 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18630 (147,982 Millionen Schilling) und 2/51110 (0,001 Millionen Schilling).
1/18708 Hievon 1999 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

83

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/18		Umwelt:						
2/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:						
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	0,027
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,047		1,047	1,047	2,374
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,185
2/18009		Bezugsvorschußersätze			0,751	0,751	0,751	1,061
	23				0,193	0,193	0,193	0,377
	43				0,558	0,558	0,558	0,684
		Summe 180...		1,049	0,759	1,808	1,808	3,647
2/186		Umweltschutz:						
2/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,006	0,852
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,087
		Summe 1860...		0,006	0,003	0,009	0,009	0,939
2/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	
2/1863		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	147,982		147,982	117,110	
2/18634	37	Erfolgswirksame Einnahmen		378,000		378,000		
		Summe 1863...		525,982		525,982	117,110	
		Summe 186...		525,990	0,003	525,993	117,121	0,939
2/187		Umweltbundesamt:						
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,005		0,005	1,200	1,062
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen		5,032		5,032	3,814	4,637
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,156	0,156	0,156	0,423
		Summe 187...		5,037	0,156	5,193	5,170	6,121
		Gesamteinnahmen 18...		532,076	0,918	532,994	124,099	10,707

Anmerkungen:

- 2/18000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/18008 (0,001 Millionen Schilling) und 1/18608 (0,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.
- 2/18630 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18636 mitveranschlagt.
- 2/18700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18708 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/19		Jugend und Familie:							
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen		25,519			25,519	25,519	25,518
1/19118	22	Aufwendungen	*	29,274			29,274	29,274	27,453
		Summe 1911...		54,793			54,793	54,793	52,971
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen		0,002			0,002	0,002	
		Summe 191...		54,795			54,795	54,795	52,971
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen		34.541,000			34.541,000	31.625,000	31.682,722
1/19317	22	Geburtenbeihilfen		208,401			208,401	210,801	393,889
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen		47,000			47,000	47,000	25,902
1/19337	22	Schülerfreifahrten		3.858,870			3.858,870	3.658,870	4.008,964
1/19347	22	Schulbücher		1.200,000			1.200,000	1.200,000	1.199,978
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten		185,698			185,698	185,698	183,245
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)				1,000	1,000	1,000	0,833
1/19368	22	Aufwendungen		14,000			14,000	14,000	13,739
		Summe 1936...		14,000		1,000	15,000	15,000	14,571
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen		110,000			110,000	110,000	101,190
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*	11.612,171			11.612,171	13.573,103	13.619,168
1/19388	22	Aufwendungen		3,000			3,000	3,000	
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse				995,000	995,000	920,000	983,812
		Summe 1938...		11.615,171		995,000	12.610,171	14.496,103	14.602,980
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen		4.651,867			4.651,867	3.842,950	2.606,080
		Summe 193...		56.432,007		996,000	57.428,007	55.391,422	54.819,522

Anmerkungen:

1/19118 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19110.
1/19387 Hievon 1999 5.999,000 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/15550.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

85

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/19		Jugend und Familie:						
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/19110	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
		Summe 1911...		0,004		0,004	0,004	
2/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		4.419,117		4.419,117	3.842,950	606,080
		Summe 191...		4.419,121		4.419,121	3.842,954	606,080
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		41.516,986		41.516,986	39.718,283	39.263,707
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	*	5.482,890		5.482,890	5.245,008	5.109,520
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer	*	9.500,000		9.500,000	9.500,000	9.500,000
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		91,000		91,000	91,000	86,885
2/19330	22	Beiträge der Länder		147,666		147,666	147,666	147,665
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		273,730		273,730	273,730	295,586
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen			0,900	0,900	0,900	0,933
		Summe 1936...		0,001	0,900	0,901	0,901	0,933
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,001		0,001	0,001	
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse			414,832	414,832	414,832	415,226
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ..		0,001		0,001	0,001	
		Summe 193...		57.012,275	415,732	57.428,007	55.391,422	54.819,522

Anmerkungen:

- 2/19110 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19118 mitveranschlagt.
2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19416	11	Förderungen		99,654		99,654	99,654	93,675	93,675
1/19418	11	Aufwendungen		15,940		15,940	15,927	15,043	15,043
1/19410	11	Personalausgaben							
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					0,013		
		Summe 194...		115,594		115,594	115,594	108,717	108,717
		Gesamtausgaben 19...		56.602,396		996,000	57.598,396	55.561,811	54.981,211

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

87

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/194		Jugend:						
2/1941		Außerschulische Jugendbildung:						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,105	0,105	0,105	0,142
		Gesamteinnahmen 19...		61.431,501	415,732	61.847,233	59.234,481	55.425,744

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		332,000			332,000	334,000	322,896
1/20003	43	Anlagen				15,283	15,283	15,583	33,235
1/20005	23	Bezugsvorschüsse				1,539	1,539	1,539	1,198
	43					0,300	0,300	0,300	0,100
	43					1,239	1,239	1,239	1,098
1/20006	21	Förderungen			77,394		77,394	77,394	50,845
	43				0,020		0,020	0,020	0,020
	43				77,374		77,374	77,374	50,825
1/20007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,000		7,000	7,000	5,594
	43				6,700		6,700	6,700	5,453
	43				0,300		0,300	0,300	0,141
1/20008	43	Aufwendungen	*		211,426		211,426	218,626	214,762
		Summe 2000. ...		332,000	295,820	16,822	644,642	654,142	628,529
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Hellbrunn			0,700		0,700	0,700	0,652
	43	Internationales Diplomatenseminar Klessheim							
1/20028	43	Presse und Information			8,000		8,000	8,000	8,078
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen			234,544		234,544	234,544	213,849
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			376,369		376,369	410,826	365,841
		Summe 2003. ...			610,913		610,913	645,370	579,690
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich ..			56,400		56,400	39,250	31,964
1/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):							
1/20053	43	Anlagen				1,800	1,800	11,000	
1/20058	43	Aufwendungen			48,200		48,200	289,000	
		Summe 2005. ...			48,200	1,800	50,000	300,000	
1/2006		EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget):							
1/20063	43	Anlagen				0,003	0,003	0,400	
1/20067	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,200	
1/20068	43	Aufwendungen			4,500		4,500	62,400	
		Summe 2006. ...			4,501	0,003	4,504	63,000	
		Summe 200. ...		332,000	1.024,534	18,625	1.375,159	1.710,462	1.248,913
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		492,300			492,300	483,500	489,653
1/20103	43	Anlagen				197,963	197,963	144,064	166,724
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				0,271	0,271	0,271	0,202
1/20106	22	Förderungen	*		5,431		5,431	5,431	4,830
1/20107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			35,800		35,800	35,800	32,246
	21				23,000		23,000	23,000	21,735
	22				9,600		9,600	9,600	8,399
	43				3,200		3,200	3,200	2,112
1/20108	21	Aufwendungen			936,467		936,467	906,312	933,310
	43				4,500		4,500	4,500	4,063
	43				931,967		931,967	901,812	929,248
		Summe 201. ...		492,300	977,698	198,234	1.668,232	1.575,378	1.626,965

Anmerkungen:

1/20008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

1/20106 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

89

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/20		Äußeres:							
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
2/2000		Zentralleitung:							
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *		0,001		0,001	0,001	
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,567		22,567	22,567	20,114
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,033	0,033	0,033	0,009
2/20009	43	Bezugsvorschußersätze			1,450	1,450	1,450	1,163
	23					0,250	0,250	0,250	0,144
	43					1,200	1,200	1,200	1,018
			Summe 2000...		22,568	1,483	24,051	24,051	21,286
2/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):							
2/20054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
			Summe 200...		22,569	1,483	24,052	24,052	21,286
2/201		Vertretungsbehörden:							
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *		0,001		0,001	0,001	
2/20104	21	Erfolgswirksame Einnahmen		64,178		64,178	64,178	70,336
	43				4,500		4,500	4,500	4,152
	43				59,678		59,678	59,678	66,184
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			2,326	2,326	2,326	2,388
2/20109	43	Bezugsvorschußersätze			0,250	0,250	0,250	0,180
			Summe 201...		64,179	2,576	66,755	66,755	72,905

Anmerkungen:

2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		38,000			38,000	37,400	35,048
1/20303	13	Anlagen				7,259	7,259	7,259	2,538
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,100	0,100	0,100	0,033
1/20307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,550		2,550	2,550	1,863
	21				0,130		0,130	0,130	0,062
	22				1,750		1,750	1,750	1,307
1/20308	13	Aufwendungen			0,670		0,670	0,670	0,494
	21				68,000		68,000	66,151	66,642
	21				67,550		67,550	65,701	66,269
					0,450		0,450	0,450	0,373
		Summe 203...		38,000	70,550	7,359	115,909	113,460	106,124
1/204		Kulturelle Veranstaltungen:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen			5,700		5,700	5,700	6,200
	11				0,375		0,375	0,371	0,236
	13				5,323		5,323	5,327	5,964
	43				0,002		0,002	0,002	
1/20408	13	Aufwendungen			75,000		75,000	75,000	78,613
		Summe 204...			80,700		80,700	80,700	84,813
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen			803,000		803,000	805,000	873,002
	11				303,485		303,485	291,590	276,260
	12				19,000		19,000	25,000	14,751
	21				97,785		97,785	105,000	94,148
	22				10,000		10,000	18,000	25,534
	33				14,501		14,501	20,001	3,547
	34				85,511		85,511	72,510	147,175
	35				54,206		54,206	56,006	37,815
	36				114,008		114,008	117,206	95,722
	38				11,001		11,001	9,684	17,763
	43				93,503		93,503	90,003	160,287
1/20508	43	Aufwendungen			47,000		47,000	45,000	16,793
		Summe 205...			850,000		850,000	850,000	889,795
		Gesamtausgaben 20...		862,300	3.003,482	224,218	4.090,000	4.330,000	3.956,609

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

91

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,704		2,704	2,704	2,420
	21			2,673		2,673	2,673	2,405
	43			0,006		0,006	0,006	
	43			0,025		0,025	0,025	0,015
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,013	0,013	0,013	0,022
2/20309	13	Bezugsvorschußsätze			0,025	0,025	0,025	0,016
		Summe 203...		2,704	0,038	2,742	2,742	2,458
2/204		Kulturelle Veranstaltungen:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		3,620		3,620	3,620	6,314
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504	38	Erfolgswirksame Einnahmen		4,664		4,664	4,664	3,169
	43			1,000		1,000	1,000	3,075
	43			3,664		3,664	3,664	0,094
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen			23,692	23,692	23,692	7,859
		Summe 205...		4,664	23,692	28,356	28,356	11,028
		Gesamteinnahmen 20...		97,736	27,789	125,525	125,525	113,991

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/30		Justiz:							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		167,091			167,091	163,000	155,972
1/30003	43	Anlagen				4,000	4,000	4,000	4,000
1/30005	23	Bezugsvorschüsse				14,000	14,000	14,000	11,996
	43					4,000	4,000	4,000	3,557
	43					10,000	10,000	10,000	8,440
1/30006		Förderungen	*		215,488		215,488	207,200	180,038
	12				1,000		1,000	1,000	1,165
	43				214,488		214,488	206,200	178,873
1/30007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,264		2,264	2,220	2,064
	22				2,159		2,159	2,159	2,033
	43				0,105		0,105	0,061	0,031
1/30008	43	Aufwendungen			35,501		35,501	35,778	36,000
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			42,614		42,614	32,094	12,532
		Summe 300...		167,091	295,867	18,000	480,958	458,292	402,603
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		121,098			121,098	118,100	112,156
1/30103	42	Anlagen				0,955	0,955	0,955	1,230
1/30107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,295		1,295	1,270	1,269
	22				1,254		1,254	1,229	1,231
	42				0,041		0,041	0,041	0,037
1/30108	42	Aufwendungen			8,858		8,858	8,600	8,415
		Summe 301...		121,098	10,153	0,955	132,206	128,925	123,070
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.691,640			3.691,640	3.601,600	3.512,777
1/30203	42	Anlagen				149,545	149,545	153,545	98,382
1/30207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.216,082		1.216,082	1.128,512	1.059,712
	22				71,480		71,480	71,480	67,441
	42				1.144,602		1.144,602	1.057,032	992,272
1/30208	42	Aufwendungen			1.864,177		1.864,177	1.793,210	1.714,000
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,050	0,050	0,050	0,033
		Summe 302...		3.691,640	3.080,259	149,595	6.921,494	6.676,917	6.384,904
1/303		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.749,072			1.749,072	1.703,350	1.636,937
1/30303	42	Anlagen				45,000	45,000	45,000	40,000
1/30306	22	Förderungen			2,288		2,288	2,200	2,200
1/30307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			42,740		42,740	41,902	41,600
	22				0,001		0,001	0,001	
	42				42,739		42,739	41,901	41,600
1/30308	42	Aufwendungen			1.149,134		1.149,134	1.125,664	1.051,000
		Summe 303...		1.749,072	1.194,162	45,000	2.988,234	2.918,116	2.771,737
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		93,100			93,100	93,100	90,623
1/30503	42	Anlagen				0,500	0,500	0,500	0,295
1/30506	22	Förderungen			26,000		26,000	25,000	23,000
1/30508	42	Aufwendungen			259,193		259,193	225,644	219,000
		Summe 305...		93,100	285,193	0,500	378,793	344,244	332,918
		Gesamtausgaben 30...		5.822,001	4.865,634	214,050	10.901,685	10.526,494	10.015,232

Anmerkungen:

1/30006 Hievon 1999 0,065 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

93

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Einnahmen	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/30		Justiz:							
2/300		Bundesministerium für Justiz:							
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		0,065		0,065	0,065	0,103
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			2,123		2,123	2,123	2,845
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,005	0,005	0,005	0,117
2/30009		Bezugsvorschußsätze				12,500	12,500	12,500	12,069
	23					3,500	3,500	3,500	3,566
	43					9,000	9,000	9,000	8,503
		Summe 300...			2,188	12,505	14,693	14,693	15,134
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen			2,004		2,004	2,004	2,267
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 301...			2,004	0,002	2,006	2,006	2,267
2/302		Justizbehörden in den Ländern:							
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen			7.220,169		7.220,169	6.794,675	6.260,967
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,130	0,130	0,130	0,094
		Summe 302...			7.220,169	0,130	7.220,299	6.794,805	6.261,060
2/303		Justizanstalten:							
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen			433,256		433,256	420,637	421,580
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,911	0,911	0,911	0,284
		Summe 303...			433,256	0,911	434,167	421,548	421,864
2/305		Bewährungshilfe:							
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen			0,005		0,005	0,005	0,002
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 305...			0,005	0,002	0,007	0,007	0,002
		Gesamteinnahmen 30...			7.657,622	13,550	7.671,172	7.233,059	6.700,328

Anmerkungen:

2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/40		Militärische Angelegenheiten:							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		703,878			703,878	685,373	677,738
1/40003	41	Anlagen				17,000	17,000	52,000	12,710
1/40005	23	Bezugsvorschüsse				45,350	45,350	44,350	43,197
	41					14,000	14,000	13,550	13,202
	41					31,350	31,350	30,800	29,995
1/40006	41	Förderungen	*		3,650		3,650	3,650	5,110
1/40007	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			13,520		13,520	13,520	10,670
	22				0,030		0,030	0,030	0,053
	41				13,090		13,090	13,090	10,494
1/40008	41	Aufwendungen			0,400		0,400	0,400	0,123
1/40018	41	Zahlungen an die BIG			89,000		89,000	89,000	92,100
					49,933		49,933	49,933	28,629
		Summe 400...		703,878	156,103	62,350	922,331	937,826	870,154
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		9.650,207			9.650,207	9.239,219	8.976,423
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*			29,000	29,000	29,000	31,262
1/40107	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2.343,048		2.343,048	2.499,033	2.652,377
	22				173,137		173,137	192,669	204,985
	41				333,220		333,220	332,420	336,886
1/40108	41	Aufwendungen			1.836,691		1.836,691	1.973,944	2.110,507
					8.387,586		8.387,586	8.507,509	8.405,288
		Summe 401...		9.650,207	10.730,634	29,000	20.409,841	20.274,761	20.065,350
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime			106,200		106,200	106,200	105,614
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		35,667			35,667	34,764	33,757
1/40403	12	Anlagen				2,802	2,802	2,704	2,689
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,005		0,005	0,008	0,002
1/40408	12	Aufwendungen			7,533		7,533	7,487	8,453
		Summe 4040...		35,667	7,538	2,802	46,007	44,963	44,899
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):							
1/40413	12	Anlagen	*			0,700	0,700	0,502	0,336
1/40418	12	Aufwendungen			1,100		1,100	1,201	1,044
		Summe 4041...			1,100	0,700	1,800	1,703	1,380
		Summe 404...		35,667	8,638	3,502	47,807	46,666	46,279

Anmerkungen:

1/40006 Hievon 1999 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 1999 1,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

95

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/40		Militärische Angelegenheiten:							
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		2,000		2,000	2,000	3,552
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen			89,921		89,921	89,570	94,132
	21				0,011		0,011	0,011	0,012
	41				89,910		89,910	89,559	94,120
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,051	0,051	0,031	
2/40009		Bezugsvorschußsätze				28,000	28,000	28,000	30,791
	23					7,000	7,000	7,000	7,981
	41					21,000	21,000	21,000	22,810
				Summe 400...	91,921	28,051	119,972	119,601	128,475
2/401		Heer und Heeresverwaltung:							
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen			299,792		299,792	285,821	403,683
	21				0,351		0,351	0,351	0,380
	41				299,441		299,441	285,470	403,303
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen			0,001		0,001	0,001	
				Summe 401...	299,793		299,793	285,822	403,683
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)			106,200		106,200	106,200	105,614
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen			1,203		1,203	1,106	0,920
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen				0,001	0,001	0,001	0,000
				Summe 4040...	1,203	0,001	1,204	1,107	0,920
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):							
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			1,800		1,800	1,703	1,705
				Summe 404...	3,003	0,001	3,004	2,810	2,625

Anmerkungen:

2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		31,791			31,791	30,950	31,552
1/40503	34	Anlagen				1,800	1,800	1,700	1,600
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,140		1,140	1,140	1,137
1/40508	34	Aufwendungen			9,023		9,023	8,690	10,494
		Summe 405...		31,791	10,163	1,800	43,754	42,480	44,783
		Gesamtausgaben 40...		10.421,543	11.011,738	96,652	21.529,933	21.407,933	21.132,182

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

97

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		22,967	22,967	23,403	35,091
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,064	0,064	0,164	0,194
			Summe 405...	22,967	0,064	23,031	23,567	35,285
			Gesamteinnahmen 40...	523,884	28,116	552,000	538,000	675,683

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/50		Finanzverwaltung:							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/5000		Zentraleitung:							
1/50000	43	Personalausgaben		604, 518			604, 518	594, 624	573, 475
1/50003	43	Anlagen				3, 972	3, 972	3, 972	2, 982
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			39, 058		39, 058	39, 058	25, 109
	22				10, 456		10, 456	10, 456	8, 885
	43				28, 602		28, 602	28, 602	16, 224
1/50008	43	Aufwendungen	*		244, 628		244, 628	264, 690	207, 587
		Summe 5000...		604, 518	283, 686	3, 972	892, 176	902, 344	809, 153
1/5002		IT-Bereich:							
1/50028	43	Aufwendungen			997, 176		997, 176	889, 144	1. 037, 474
		Summe 500...		604, 518	1. 280, 862	3, 972	1. 889, 352	1. 791, 488	1. 846, 627
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*		80, 002		80, 002	80, 002	180, 707
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)			24, 800		24, 800	15, 066	13, 600
1/50128	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)			42, 000		42, 000	42, 000	16, 560
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen			786, 300		786, 300	830, 900	430, 000
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien			9, 000		9, 000	9, 000	9, 000
		Summe 501...			942, 102		942, 102	976, 968	649, 867
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50204		Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			12. 080, 000		12. 080, 000	12. 100, 000	10. 367, 354
	21				12. 000, 000		12. 000, 000	12. 000, 000	10. 247, 354
	38				80, 000		80, 000	100, 000	120, 000
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz			0, 156		0, 156	0, 156	0, 156
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*		1, 710		1, 710	1, 410	1, 191
	21				0, 459		0, 459	0, 691	0, 916
	22				1, 251		1, 251	0, 719	0, 275
1/5023		ÖKB-AG:							
1/50236	36	Förderungen - Zuschuß			300, 000		300, 000	300, 000	168, 686
		Zuschuß (ÖKB-AG)							
1/50238	36	Aufwendungen			0, 001		0, 001		
		Summe 5023...			300, 001		300, 001	300, 000	168, 686
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			380, 000		380, 000	380, 000	380, 000
1/50248	43	Aufwendungen			0, 001		0, 001	0, 001	
		Summe 5024...			380, 001		380, 001	380, 001	380, 000

Anmerkungen:

- 1/50008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
1/50107 Hievon 1999 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und
0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.
1/50226 Hievon 1999 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

99

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/50		Finanzverwaltung:						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/5000		Zentraleitung:						
2/50000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,001	10,001	10,002	1,555
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		107,723	107,723	107,407	124,647
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,050	0,050	0,065
		Summe 5000...		117,724	0,050	117,774	117,474	126,203
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		410,000	410,000	400,000	390,257
2/5002		IT-Bereich:						
2/50024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,000	1,000	1,900	173,077
		Summe 500...		528,724	0,050	528,774	519,374	689,536
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,002	0,002	0,002	100,707
2/50124	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		37,800	37,800	28,800
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,050	0,050	0,050	0,011
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,300	1,300	1,300	18,535
		Summe 501...		39,152	39,152	30,152	119,253
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200	0,200	0,200	0,386
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		11,443	11,443	11,434	4,336
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		30,001	30,001	28,501	47,973

Anmerkungen:

- 2/50000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50008 (0,001 Millionen Schilling), 1/50296 (9,999 Millionen Schilling) und 1/50403 (0,001 Millionen Schilling).
2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.): Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.)							
1/50256	43	Förderungen	*		150,000		150,000	150,000	130,815
1/50294		Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.			23,501		23,501	25,501	8,624
	36				23,500		23,500	25,500	8,624
	38				0,001		0,001	0,001	
1/50295		Bezugsvorschüsse				62,233	62,233	82,233	52,119
	23					22,982	22,982	27,982	16,224
	33					25,000	25,000	40,000	19,989
	43					14,251	14,251	14,251	15,907
1/50296		Sonstige Förderungen	*		398,339		398,339	458,741	227,741
	23				0,500		0,500	4,000	12,939
	36				308,101		308,101	364,800	170,147
	43				89,738		89,738	89,941	44,656
		Summe 502.			13.333,708	62,233	13.395,941	13.498,042	11.336,687
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen			0,003		0,003	0,003	
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5030.			0,004		0,004	0,004	
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen			107,002		107,002	116,502	2,543
1/50318	43	Sonstige Zahlungen			0,100		0,100	0,100	0,011
		Summe 5031.			107,102		107,102	116,602	2,554
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen			0,010		0,010	0,010	
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen			0,500		0,500	0,500	
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,150	0,114
1/50348	37	Aufwendungen			0,498		0,498	3,498	1,628
		Summe 5034.			0,648	0,001	0,649	3,649	1,741
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten			3,741		3,741	4,821	2,150
		Summe 503.			112,005	0,001	112,006	125,586	6,446

Anmerkungen:

1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.

1/50296 Hievon 1999 9,999 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.

1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

101

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.): Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.)						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	150,000		150,000	150,000	130,815
2/50296	23	Einnahmen aus Zuschüssen		0,015		0,015	0,016	0,125
	36			0,001		0,001	0,001	
				0,014		0,014	0,015	0,125
2/50299	23	Bezugsvorschüßersätze			57,467	57,467	77,967	39,334
	33				15,042	15,042	24,797	12,274
	43				25,000	25,000	35,000	9,043
					17,425	17,425	18,170	18,017
		Summe 502...		191,659	57,467	249,126	268,118	222,969
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,410		0,410	1,910	4,938
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,160		0,160	0,160	0,672
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen			5,500	5,500	5,800	7,380
		Summe 5034...		0,160	5,501	5,661	5,961	8,052
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*		0,001	0,001	0,001	0,801
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,411		1,411	1,513	1,806
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			155,003	155,003	185,003	146,506
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen			0,095	0,095	0,092	0,145
		Summe 5035...		1,411	155,099	156,510	186,609	149,258
		Summe 503...		1,982	160,600	162,582	194,481	162,249

Anmerkungen:

2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.
 2/50352 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.493,919			6.493,919	6.503,919	6.371,769
1/50403	43	Anlagen				47,823	47,823	44,608	41,806
1/50407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			166,897		166,897	167,157	150,418
	43				165,054		165,054	165,315	149,094
	43				1,843		1,843	1,842	1,324
1/50408	43	Aufwendungen			1.178,114		1.178,114	1.195,095	1.087,679
		Summe 5040...		6.493,919	1.345,011	47,823	7.886,753	7.910,779	7.651,671
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften.			1.000,000		1.000,000	1.000,000	931,119
1/50428	43	Zahlungen an die BIG			77,500		77,500	54,000	3,165
1/50438	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG			11,000		11,000	11,000	9,814
		Summe 504...		6.493,919	2.433,511	47,823	8.975,253	8.975,779	8.595,769
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundespensionsamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		70,856			70,856	70,855	67,552
1/50703	43	Anlagen				0,904	0,904	7,274	0,030
1/50707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,396		1,396	1,146	1,139
	43				1,380		1,380	1,131	1,111
	43				0,016		0,016	0,015	0,028
1/50708	43	Aufwendungen			45,440		45,440	48,820	22,864
		Summe 5070...		70,856	46,836	0,904	118,596	128,095	91,585
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		56,132			56,132	56,132	55,494
1/50713	43	Anlagen				0,156	0,156	0,156	0,234
1/50717	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,858		0,858	0,858	0,535
	43				0,850		0,850	0,850	0,529
	43				0,008		0,008	0,008	0,006
1/50718	43	Aufwendungen			6,480		6,480	6,480	5,546
		Summe 5071...		56,132	7,338	0,156	63,626	63,626	61,809

Anmerkungen:

- 1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 12,200 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
- 1/50408 Hievon 1999 5,600 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
Hinsichtlich eines Teilbetrages von 13,500 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
- 1/50438 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

103

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		227, 807		227, 807	227, 208	237, 726
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen			1, 600	1, 600	1, 601	4, 185
		Summe 5040...		227, 807	1, 600	229, 407	228, 809	241, 911
2/50434	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG		11, 001		11, 001	11, 001	12, 555
2/50424	38	Verkaufserlöse Branntwein						51, 394
		Summe 504...		238, 808	1, 600	240, 408	239, 810	305, 860
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundespensionsamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		9, 115		9, 115	0, 116	10, 043
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen			0, 004	0, 004	0, 003	
		Summe 5070...		9, 115	0, 004	9, 119	0, 119	10, 043
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		19, 697		19, 697	19, 697	21, 338
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen			0, 003	0, 003	0, 003	
		Summe 5071...		19, 697	0, 003	19, 700	19, 700	21, 338

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:							
1/50720	43	Personalausgaben		20,591			20,591	20,591	19,862
1/50723	43	Anlagen				0,702	0,702	0,702	1,884
1/50727	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,766		0,766	0,766	0,459
	43				0,752		0,752	0,751	0,447
1/50728	43	Aufwendungen			0,014		0,014	0,015	0,012
					7,024		7,024	7,024	3,392
		Summe 5072...		20,591	7,790	0,702	29,083	29,083	25,596
		Summe 507...		147,579	61,964	1,762	211,305	220,804	178,990
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		657,367			657,367	657,367	647,303
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			18,030		18,030	18,030	18,511
1/50808	38	Aufwendungen			1,049		1,049	1,049	0,888
		Summe 5080...		657,367	19,079		676,446	676,446	666,703
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1,452			1,452	1,452	1,515
1/50818	36	Aufwendungen			0,015		0,015	0,015	0,002
		Summe 5081...		1,452	0,015		1,467	1,467	1,518
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		17,191			17,191	17,191	17,182
1/50828	37	Aufwendungen			0,054		0,054	0,054	0,048
		Summe 5082...		17,191	0,054		17,245	17,245	17,230
1/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/50830	33	Personalausgaben		15.936,000			15.936,000	15.885,000	16.464,787
1/50838	33	Aufwendungen			1.202,000		1.202,000	1.250,000	1.268,654
		Summe 5083...		15.936,000	1.202,000		17.138,000	17.135,000	17.733,441
		Summe 508...		16.612,010	1.221,148		17.833,158	17.830,158	18.418,892
		Gesamtausgaben 50...		23.858,026	19.385,300	115,791	43.359,117	43.418,825	41.033,277

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

105

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1999	Bundесvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen		35,381		35,381	40,882	36,148
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
		Summe 5072...		35,381	0,006	35,387	40,888	36,148
		Summe 507...		64,193	0,013	64,206	60,707	67,529
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		676,531		676,531	676,531	666,284
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG		1,467		1,467	1,467	1,518
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG		17,246		17,246	17,246	17,230
2/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:						
2/50834	33	Erfolgswirksame Einnahmen		17.133,000		17.133,000	17.105,000	17.705,474
2/50830	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,784
		Summe 5083...		17.133,000		17.133,000	17.105,000	17.706,258
		Summe 508...		17.828,244		17.828,244	17.800,244	18.391,289
		Gesamteinnahmen 50...		18.892,762	219,730	19.112,492	19.112,886	19.958,685

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
51		Kassenverwaltung:	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51038	43	Kursverluste			0,001		0,001	43,102	22,770
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51048	43	Aufwendungen			0,001		0,001	67,500	17,712
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						54,000	69,100
		Summe 5104...			0,001		0,001	121,500	86,812
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln						250,001	
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)						0,001	
		Summe 510...			0,002		0,002	414,604	109,582
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	0,059
1/51108	43	Aufwendungen			396,605		396,605	399,045	395,853
		Summe 5110...			396,606		396,606	399,046	395,912
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	10,000	10,878
1/51118	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5111...			0,002		0,002	10,001	10,878
		Summe 511...			396,608		396,608	409,047	406,790
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage				0,001	0,001	0,001	547,780
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	*						
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage				110,148	110,148	81,134	3.895,075
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage				0,001	0,001	0,001	38,726
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.				0,001	0,001	0,001	1.400,964
		Summe 512...				0,003	0,003	0,003	456,183
		Summe 512...				110,154	110,154	81,140	6.338,728

Anmerkungen:

- 51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
- 1/5110 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (396,606 Millionen Schilling).
1999 Überweisung an VA-Ansatz 2/10050 (396,603 Millionen Schilling).
- 1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (0,002 Millionen Schilling).
- 1/51249 Bedeckung eines Teilbetrages 1999 in Höhe von 39,997 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/51110 und in Höhe von 69,991 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/53400.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

107

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
51		Kassenverwaltung:						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51019	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/51034	43	Kursgewinne		0,001		0,001	3,752	35,655
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		562,501		562,501	926,503	1.346,683
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz					250,001	290,000
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)					0,001	
		Summe 510...		562,502	0,001	562,503	1.180,258	1.672,338
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	396,606		396,606	399,046	401,789
	12			0,001		0,001	0,001	0,885
	36			16,602		16,602	19,042	20,654
	43			380,003		380,003	380,003	380,250
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	40,000		40,000	40,000	49,173
		Summe 511...		436,606		436,606	439,046	450,962
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	630,197
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*		8,001	8,001	8,001	200,000
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)			0,138	0,138	0,132	1.077,254
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*		456,017	456,017	230,004	0,001
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	0,001	
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage			3.000,000	3.000,000	1.000,000	
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	590,606
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	271,323
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)			0,003	0,003	0,003	574,347
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*		1.483,619	1.483,619	47,864	591,617
		Summe 512...			4.947,783	4.947,783	1.286,009	3.935,346

Anmerkungen:

- 2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111 (0,002 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/18636 (0,001 Millionen Schilling) zuzüglich veranschlagte Rücklagenzuführung (39,997 Millionen Schilling) beim VA-Ansatz 1/51249.
2/51218 Korrespondierende Ausgaben 1999 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/02403 (8,000 Millionen Schilling).
2/51248 Korrespondierende Ausgaben 1999 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10103 (0,002 Millionen Schilling), 1/10108 (0,001 Millionen Schilling) und 1/65204 (456,000 Millionen Schilling).
2/51297 Hievon 6,397 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10006, 5,880 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10098, 2,000 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10913, 5,000 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10928 sowie 1.317,701 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/18636 und 146,640 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/65225.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002			0,002	0,002	
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
		Summe 5180...		0,002	0,002		0,004	0,004	
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen			24,000		24,000	24,000	
1/51817	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.504,000		1.504,000	1.473,000	
	21				1.503,400		1.503,400	1.472,400	
	43				0,600		0,600	0,600	
1/51818	43	Aufwendungen			1.128,425		1.128,425	1.128,425	
	21				0,300		0,300	0,300	
	43				1.128,125		1.128,125	1.128,125	
		Summe 5181...			2.656,425		2.656,425	2.625,425	
1/5183		Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive:							
1/51836	12	Förderungen			1.000,000		1.000,000	1.000,000	
		Summe 518...		0,002	3.656,427		3.656,429	3.625,429	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben			0,002		0,002	0,002	
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)			158,003		158,003	152,503	202,364
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)				75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.885,750
		Summe 5191...			158,003	75.000,000	75.158,003	75.152,503	53.088,114
		Summe 519...			158,005	75.000,000	75.158,005	75.152,505	53.088,114
		Summe 1/51...		0,002	4.211,042	110,154	4.321,198	4.682,725	7.057,465
		Summe 7/51...				75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.885,750
		Gesamtausgaben 51...		0,002	4.211,042	75.110,154	79.321,198	79.682,725	59.943,215

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

109

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU)		1.289,000	1.289,000	1.289,001	1.819,468
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		0,001	0,001	0,001	1.215,241
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		10.383,066	10.383,066	10.474,194	11.364,393
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		1.748,140	1.748,140	1.748,140	1.368,651
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)		479,493	976,220
		Summe 513...		13.420,207	13.420,207	13.990,829	16.743,973
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,001	0,001	0,001
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes	75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.887,500
		Summe 519...		0,001	75.000,000	75.000,001	75.000,001	52.887,500
		Summe 2/51...		14.419,316	4.947,784	19.367,100	16.896,143	22.802,618
		Summe 8/51...		75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.887,500
		Gesamteinnahmen 51...		14.419,316	79.947,784	94.367,100	91.896,143	75.690,118

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1999

111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/52		Öffentliche Abgaben:						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004		Veranlagte Einkommensteuer	*	42.000,000		42.000,000	41.500,000	38.811,900
	43			42.000,000		42.000,000	38.368,323	35.732,210
	22						3.131,677	3.079,690
2/52014		Lohnsteuer	*	198.000,000		198.000,000	188.000,000	183.177,574
	43			198.000,000		198.000,000	177.376,877	172.647,717
	22						10.623,123	10.529,857
2/52024		Kapitalertragsteuer	*	5.000,000		5.000,000	4.700,000	4.966,321
	43			5.000,000		5.000,000	4.609,102	4.870,272
	22						90,898	96,049
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		25.000,000		25.000,000	25.000,000	22.926,776
2/52034		Körperschaftsteuer	*	48.000,000		48.000,000	46.500,000	46.738,606
	43			48.000,000		48.000,000	45.600,690	45.834,681
	22						899,310	903,925
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000		5,000	5,000	5,794
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	10,000		10,000	100,000	560,003
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		8,000		8,000	80,000	418,784
2/52064	43	Vermögensteuer		5,000		5,000	50,000	248,238
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent		0,001		0,001	10,000	60,511
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		1.300,000		1.300,000	1.250,000	1.243,865
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000		280,000	280,000	278,033
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000		75,000	75,000	72,215
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		7.800,000		7.800,000	7.600,000	7.452,181
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken		0,001		0,001	0,001	4,758
		Summe 520...		327.483,002		327.483,002	315.150,001	306.985,559
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	140,000		140,000	140,000	138,424
		Summe 520 und 521...		327.623,002		327.623,002	315.290,001	307.103,983
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		233.000,000		233.000,000	223.000,000	207.164,988
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle		3.500,000		3.500,000	3.500,000	3.504,013
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben		0,002		0,002	0,002	-0,630
		Summe 523...		3.500,002		3.500,002	3.500,002	3.503,383

Anmerkungen:

- 2/52004)
2/52014 Anteilige korrespondierende Ausgaben für Familienlastenausgleich bei den VA-Ansätzen 2/52874, 2/52875 und
2/52024 für den Katastrophenfonds bei VA-Ansatz 2/52894.
2/52034)
2/52044 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.
2/52180 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (79,968 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen
1/12456 (5,645 Millionen Schilling), 1/12486 (8,467 Millionen Schilling), 1/50408 (5,600 Millionen Schilling)
und 2/52804, AB 13 (40,320 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

113

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1999	Bundесvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/524		Verbrauchssteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		15.500,000		15.500,000	15.500,000	13.234,656
2/52414	43	Biersteuer		2.200,000		2.200,000	2.200,000	2.043,624
2/52444	43	Mineralölsteuer		35.000,000		35.000,000	34.500,000	34.629,398
2/52464	43	Alkoholsteuer		1.400,000		1.400,000	1.350,000	1.179,152
2/52484	43	Schaumweinsteuer		300,000		300,000	300,000	324,441
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)	*				0,002	
		Summe 524		54.400,000		54.400,000	53.850,002	51.411,271
2/525		Stempel- und Rechtsgebühren:						
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren		4.300,000		4.300,000	4.300,000	3.390,297
2/52524	43	Übrige Gebühren		6.200,000		6.200,000	5.500,000	5.831,830
		Summe 525		10.500,000		10.500,000	9.800,000	9.222,127
2/526		Verkehrssteuern:						
2/52604	43	Kapitalverkehrssteuern		1.300,000		1.300,000	1.200,000	1.187,464
2/52605	43	Sicherheitsabgabe		250,000		250,000	250,000	
2/52615	43	Energieabgabe		6.500,000		6.500,000	6.300,000	7.468,944
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		5.900,000		5.900,000	5.800,000	5.343,532
2/52634	43	Grunderwerbsteuer		5.800,000		5.800,000	5.700,000	5.567,666
2/52644	43	Versicherungssteuer		10.500,000		10.500,000	10.400,000	8.881,418
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		10.000,000		10.000,000	9.500,000	8.661,173
2/52654	43	Straßenbenutzungsabgabe		1.200,000		1.200,000	1.100,000	1.061,542
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.044,000		1.044,000	1.044,000	1.018,589
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		756,000		756,000	756,000	696,661
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.350,000		1.350,000	1.300,000	1.403,938
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.700,000		2.700,000	2.600,000	2.630,359
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	760,000		760,000	500,000	447,675
2/52600	43	Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen)						404,915
		Summe 526		48.060,000		48.060,000	46.450,000	44.773,877
		Summe 522 bis 526		349.460,002		349.460,002	336.600,004	316.075,645
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		4.000,000		4.000,000	15.800,000	747,579
		Summe 520 bis 527		681.083,004		681.083,004	667.690,005	623.927,207

Anmerkungen:

2/52420 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60496.

2/52661	Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:	BVA 1999	BVA 1998	Erfolg 1997
	1/65204	1.044,000	1.044,000	721,000

Zuzüglich veranschlagte Rücklagenentnahme in Höhe von 456.000 Millionen Schilling.

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (456.000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/18628 (114.000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten			12,800	12,800	12,800	12,454
1/52718	43	Verkaufsvergütungen			134,450	134,450	134,450	107,545
1/52728	43	Verfahrenskosten			14,970	14,970	14,970	10,805
		Gesamtausgaben 52...			162,220	162,220	162,220	130,805

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

115

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804	13	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*	-172130,677		-172130,677	-164680,465	-158920,910
	43			-40,320		-40,320	-40,320	-39,523
2/52805	43	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung ..	*	-172090,357		-172090,357	-164640,145	-158881,386
2/52814	43	Gewerbsteuer an die Gemeinden	*	-1.418,820		-1.418,820	-1.354,620	-1.276,755
2/52824	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung		-10,000		-10,000	-100,000	-605,624
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*	-100,000		-100,000		
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*	-5.482,890		-5.482,890	-5.245,008	-5.109,520
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*	-9.500,000		-9.500,000	-9.500,000	-9.500,000
2/52820	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung	*	-4.048,380		-4.048,380	-3.872,736	-3.761,780
		Summe 528...		-192690,767		-192690,767	-184852,829	-179174,588
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union		-31.500,000		-31.500,000	-30.200,000	-31.563,320
		Gesamteinnahmen 52...		456.892,237		456.892,237	452.637,176	413.189,299

Anmerkungen:

- 2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
2/52805 Hievon 1999 Überweisung an VA-Ansatz 2/53205 in Höhe von 1.418,820 Millionen Schilling.
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.
2/52820 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52204. Überweisung an VA-Ansatz 2/17230.
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder			1.530,000		1.530,000	1.470,000	1.396,197
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden			1.098,943		1.098,943	1.057,926	1.034,265
1/53027	43	Bedarfszuweisung an Länder			7.930,105		7.930,105	6.634,576	4.853,583
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.			745,605		745,605	769,275	734,737
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden			15,000		15,000	15,000	4,000
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut			24,500		24,500	68,500	67,440
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.			200,000		200,000	300,000	300,000
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten			2.025,800		2.025,800	2.011,800	2.077,674
1/53037	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden							100,000
		Summe 530...			13.569,953		13.569,953	12.327,077	10.567,896
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53207	21	Zuschüsse für Krankenanstalten			1.418,820		1.418,820	1.354,620	1.122,413
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz			400,000		400,000	400,000	342,806
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			293,000		293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen			20,400		20,400	21,000	20,827
		Summe 5322...			313,400		313,400	314,000	313,827
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG			126,000		126,000	132,000	152,024
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG			24.500,000		24.500,000	24.500,000	24.500,000
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden			120,000		120,000	120,000	120,000
1/53297	22	Kinderbetreuungseinrichtungen			0,002		0,002	0,002	96,937
1/53267	43	Bundeszuschuß an das Land Burgenland							
		Summe 532...			26.878,222		26.878,222	26.820,622	26.648,008

Anmerkungen:

1/53 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

117

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/53		Finanzausgleich:						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	0,002	0,002
2/53205	21	Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung ... *		1.418,820	1.418,820	1.354,620	1.122,413
2/53214	43	Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	0,001	0,001
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion ...		0,001	0,001	0,001	29,354
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987		0,003	0,003	0,003
		Summe 532...		1.418,827	1.418,827	1.354,627	1.151,766

Anmerkungen:

2/53205 1999 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 in Höhe von 1.418,820 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen			143,717		143,717	137,482	516,982
1/53418	43	Zahlungen an Länder			402,814		402,814	385,337	359,875
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden			310,511		310,511	297,039	259,734
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen			0,011		0,011	0,011	
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*		253,024		253,024	242,046	153,597
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*		2.738,314		2.738,314	2.610,832	2.109,336
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*		50,000		50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*		150,000		150,000	150,000	130,815
		Summe 534...			4.048,391		4.048,391	3.872,747	3.580,339
		Gesamtausgaben 53...			44.496,566		44.496,566	43.020,446	40.796,243

Anmerkungen:

- 1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890 und 2/64260, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858 und 1/64268 verausgabt werden.
- 1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64160, 2/64250, 2/64260, 2/64400 und 2/64421, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/64166, 1/64253, 1/64258, 1/64268, 1/64403, 1/64408 und 1/64448 verausgabt werden.
- 1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.
- 1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

119

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds	*	4.118,382	4.118,382	3.923,738	3.795,102
		Gesamteinnahmen 53...		5.537,209	5.537,209	5.278,365	4.946,868

Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (4.048,380 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen und Rückzahlungen (70,002 Millionen Schilling). Rücklagenzuführung 69,991 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249. Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/534.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
54		Bundesvermögen:	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen				0,002	0,002	0,002	
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)				0,001	0,001	0,001	
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen				1.660,612	1.660,612	2.018,610	2.023,853
1/54063	33	Post- u. Telekom Beteiligungsverwaltungsgesellschaft				0,001	0,001	0,001	
1/54093		Sonstige Unternehmungen				41,010	41,010	45,010	100,000
	23					0,001	0,001	0,001	
	32					0,002	0,002	0,002	
	33					41,003	41,003	45,003	
	36					0,001	0,001	0,001	
	37					0,001	0,001	0,001	
	38					0,002	0,002	0,002	100,000
		Summe 540...				1.701,627	1.701,627	2.063,625	2.123,853
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,002		0,002	0,002	
1/54108	43	Aufwendungen			1,057		1,057	91,057	81,613
		Summe 541...			1,059		1,059	91,059	81,613

Anmerkungen:

54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

121

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1999	Bundесvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/54		Bundesvermögen:						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001		0,001	0,001	
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		125,745		125,745	125,745	125,746
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/54065	33	Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft ...		0,001		0,001	0,001	
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000		80,000	80,000	80,000
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		7.327,500		7.327,500	7.527,500	4.446,653
		Summe 5407...		7.407,500		7.407,500	7.607,500	4.526,653
2/54094		Sonstige Unternehmungen						
	23			174,807		174,807	177,807	136,720
	32			12,600		12,600	12,600	29,465
	33			3,200		3,200	3,200	1,200
	36			159,000		159,000	132,000	69,050
	37			0,001		0,001	0,001	2,000
	38			0,001		0,001	0,001	
	38			0,005		0,005	30,005	35,004
2/54064	33	Post- und Telekom Austria AG						
2/54084	36	Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen.*						
		Summe 540...		7.708,054	0,001	7.708,055	7.911,055	4.789,118
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	615,275
	38			0,001		0,001	0,001	615,275
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen			3.000,008	3.000,008	3.000,008	17.160,557
	23				0,001	0,001	0,001	
	33				0,002	0,002	0,002	
	35				0,002	0,002	0,002	
	38				3.000,003	3.000,003	3.000,003	17.160,557
		Summe 5418...		0,002	3.000,008	3.000,010	3.000,010	17.775,831
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung			0,134	0,134	0,134	0,133
	13				0,132	0,132	0,132	0,133
	33				0,002	0,002	0,002	
	36							
	38							
		Summe 541...		0,004	3.000,142	3.000,146	3.000,146	17.775,965

Anmerkungen:

2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).

2/54084 Gemäß § 4 des Tabakmonopolgesetzes 1968, BGBl. Nr. 38/1968, ist die Austria Tabakwerke AG mit der Verwaltung des Tabakmonopols betraut.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/542		Bundesarlehen:							
1/54215	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft				0,001	0,001	0,001
1/54255		Sonstige Unternehmungen				12,182	12,182	13,589	38,796
	23					12,179	12,179	13,586	38,796
	32					0,001	0,001	0,001
	33					0,002	0,002	0,002
1/54285	43	Ausland				0,001	0,001	0,001
		Summe 542.....				12,184	12,184	13,591	38,796
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)			0,180		0,180	0,180
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)			1,500		1,500	1,500	0,027
		Summe 545.....			1,680		1,680	1,680	0,027
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen			5,610		5,610	6,690	6,620

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

123

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1999	Bundесvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/542		Bundесdarlehen:						
2/5421		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:						
2/54214	36	Zinsen		225,000		225,000	182,000	1.100,030
2/54219	36	Darlehensrückzahlungen			575,000	575,000	218,000	
		Summe 5421...		225,000	575,000	800,000	400,000	1.100,030
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		70,808		70,808	71,244	85,102
	23			65,385		65,385	65,423	79,104
	32			0,001		0,001	0,001	
	33			5,422		5,422	5,820	5,999
	43							
2/54259		Darlehensrückzahlungen			90,498	90,498	88,295	80,594
	23				82,516	82,516	80,243	72,544
	32				0,001	0,001	0,001	
	33				7,980	7,980	8,050	8,050
	36				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5425...		70,808	90,498	161,306	159,539	165,697
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		50,000		50,000	80,000	46,703
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen			765,000	765,000	0,001	16,000
		Summe 5428...		50,000	765,000	815,000	80,001	62,703
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,050		0,050	0,050	0,057
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen			0,140	0,140	0,140	0,172
		Summe 5429...		0,050	0,140	0,190	0,190	0,229
		Summe 542...		345,858	1.430,638	1.776,496	639,730	1.328,658
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/54307	33	Rückzahlungen			41,000	41,000	45,000	
		Summe 543...		0,001	41,000	41,001	45,001	
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5451		Einziehungen aufgrund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		55,001		55,001	34,901	67,341
2/5450		Verwertung verfallener Vermögensschaften (Bewegl. Bundesverm.):						
2/54504	43	Erträge						
2/54507	43	Veräußerungserlöse						
		Summe 5450...						
		Summe 545...		55,001		55,001	34,901	67,341
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*		1,014	1,014	1,014	66,166
2/54607	43	Veräußerungen			3.143,050	3.143,050	373,047	594,523
2/54608	43	Veräußerungen (sonstige)			0,001	0,001	0,001	248,066
2/54624	43	Fruchtgenußentgelte und Abgeltung		1.091,000		1.091,000	1.070,000	1.123,973
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,000		3,000	3,000	9,860
2/54625	43	Fruchtgenußentgelt gem. Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997						82.998,277
		Summe 546...		1.094,000	3.144,065	4.238,065	1.447,062	85.040,865

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12003 (0,003 Millionen Schilling), 1/40103 (1,001 Millionen Schilling), 1/60813 (0,001 Millionen Schilling), 1/64633 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,005 Millionen Schilling) und 1/64738 (0,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)			30,000		30,000	30,000	19,644
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)			3.243,000		3.243,000	3.243,000	1.999,025
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)				7.227,000	7.227,000	7.227,000	6.194,232
		Summe 5470...			3.273,000	7.227,000	10.500,000	10.500,000	8.212,902
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*		875,000		875,000	879,000	652,491
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)				0,368	0,368	0,379	
	22					0,001	0,001	0,033	
	33					0,353	0,353	0,002	
	34					0,001	0,001	0,330	
	35					0,002	0,002	0,002	
	36					0,011	0,011	0,011	
	32							0,001	
		Summe 5471...			875,000	0,368	875,368	879,379	652,491
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)			0,002		0,002	0,002	
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)				2.100,000	2.100,000	1.900,001	
		Summe 5472...			0,002	2.100,000	2.100,002	1.900,003	
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 547...			4.148,003	9.327,368	13.475,371	13.279,383	8.865,392

Anmerkungen:

1/54718 Hievon 1999 325,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

125

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundeshvoranschlag 1999	Bundeshvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:						
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):						
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3.600,000		3.600,000	3.600,000	3.238,202
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			6.900,000	6.900,000	6.900,000	6.835,918
		Summe 5470...		3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.500,000	10.074,120
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:						
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) *		325,000		325,000	325,000	512,898
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen		256,182		256,182	256,182	245,315
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen			0,058	0,058	0,058	0,082
	22				0,001	0,001	0,001	
	32				0,001	0,001	0,001	
	33				0,002	0,002	0,002	
	34				0,001	0,001	0,001	0,045
	35				0,002	0,002	0,002	
	36				0,051	0,051	0,051	0,038
		Summe 5471...		581,182	0,058	581,240	581,240	758,295
		Summe 547...		4.181,182	6.900,058	11.081,240	11.081,240	10.832,415

Anmerkungen:

2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds			5,463		5,463	5,525	5,587
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW			160,001		160,001	180,001	165,055
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien			3,600		3,600	3,600	3,044
		Summe 5482			163,601		163,601	183,601	168,099
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse			521,000		521,000	521,000	521,000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen			89,030		89,030	96,135	71,793
	11				6,628		6,628	6,534	4,400
	33				52,400		52,400	56,600	64,600
	38				30,001		30,001	0,001	
	43				0,001		0,001	33,000	2,793
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,004		60,004	60,004	69,199
	12				20,000		20,000	20,000	17,673
	21				40,000		40,000	40,000	51,526
	36				0,004		0,004	0,004	
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,004		0,004	0,004	
1/54848		Aufwendungen			250,773		250,773	295,730	1.917,446
	36				0,001		0,001	43,156	11,904
	38				250,771		250,771	252,571	302,542
	43				0,001		0,001	0,003	1.603,000
		Summe 5484			399,811		399,811	451,873	2.058,437
1/54858	43	Zahlungen gem. Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 ..							5.085,238
		Summe 548			1.089,875		1.089,875	1.161,999	7.838,361
		Summe 1/54			5.246,223	11.041,179	16.287,402	16.618,023	18.954,662
		Summe 7/54			0,004		0,004	0,004	
		Gesamtausgaben 54			5.246,227	11.041,179	16.287,406	16.618,027	18.954,662

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

127

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,702	2,702	2,702	3,021
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen		5,400	5,400	5,400	5,772
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen	42,000	42,000	42,000
2/54845	43	Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	2.000,000
		Summe 5484 ...		5,400	42,000	47,400	47,400	2.005,772
2/54834	38	Verschiedene Abfahren	275,231
2/54854	33	Konzessionsabgabe gem. § 9 Poststrukturgesetz	5.228,467
		Summe 548 ...		8,102	42,000	50,102	50,102	7.512,491
		Gesamteinnahmen 54 ...		13.392,202	14.557,904	27.950,106	24.209,237	127.346,855

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/55		Pensionen (Hoheitsverwaltung):	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		24.943,599			24.943,599	23.029,099	22.545,550
1/55010	43	Versorgungsbezüge		6.245,124			6.245,124	5.678,236	6.025,854
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		10,802			10,802	8,983	9,725
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		1.005,698			1.005,698	931,202	874,100
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			93,425		93,425	93,425	79,657
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			512,894		512,894	512,894	446,528
		Summe 550...		32.205,223	606,319		32.811,542	30.253,839	29.981,415
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer			9.709,715		9.709,715	9.309,715	8.472,914
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		180,751			180,751	174,341	176,668
1/55210	43	Versorgungsbezüge		115,564			115,564	104,312	110,588
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		46,553			46,553	48,797	45,697
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		9,673			9,673	10,820	9,989
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			0,635		0,635	0,635	0,479
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			30,917		30,917	28,824	20,612
		Summe 552...		352,541	31,552		384,093	367,729	364,034
1/55305		Pensionsvorschüsse				1,379	1,379	1,378	0,764
	23					0,166	0,166	0,166	
	33					0,600	0,600	0,600	0,674
	43					0,613	0,613	0,612	0,090
1/55400	43	Geldaushilfen		1,021			1,021	1,020	0,066
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			22.297,000		22.297,000	21.848,000	22.086,087
1/5551		Post- und Telekom Austria AG:							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			11.587,100		11.587,100	11.377,100	11.390,872
		Summe 555...			33.884,100		33.884,100	33.225,100	33.476,959
		Gesamtausgaben 55...		32.558,785	44.231,686	1,379	76.791,850	73.158,781	72.296,151

Anmerkungen:

1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

129

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/55		Pensionen (Hoheitsverwaltung):						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete		0,492		0,492	0,492	0,255
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse AG .. <i>Ersätze der Österreichischen Postsparkasse</i>		41,000		41,000	41,000	3.598,279
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		7,502		7,502	7,502	25,439
		Summe 550...		48,994		48,994	48,994	3.623,973
2/551		Ersätze von Ländern:						
2/55104	43	Beiträge von Landeslehrern gem. § 107a LDG		173,325		173,325	169,927	174,347
		<i>Beiträge von Landeslehrer gem. § 107a LDG</i>						
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		25,183		25,183	4,563	27,854
2/55309	23	Pensionsvorschußersätze			0,685	0,685	0,534	0,433
	33				0,005	0,005	0,005	
	43				0,500	0,500	0,350	0,292
					0,180	0,180	0,179	0,141
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:						
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen		6.201,000		6.201,000	6.052,000	6.051,319
2/5551		Post- und Telekom Austria AG:						
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG		4.040,000		4.040,000	4.040,000	4.044,335
		Summe 555...		10.241,000		10.241,000	10.092,000	10.095,655
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	43	Pensionsbeiträge		6.962,551		6.962,551	6.579,000	6.817,774
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern		646,439		646,439	646,439	645,506
2/55615		Beitrag zur Pension gem. § 13a PG		639,958		639,958	612,243	594,124
		<i>Pensionssicherungsbeitrag</i>						
	33			157,000		157,000	157,000	166,024
	43			482,958		482,958	455,243	428,100
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 556...		8.248,950		8.248,950	7.837,684	8.057,403
		Gesamteinnahmen 55...		18.737,452	0,685	18.738,137	18.153,702	21.979,665

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
56		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:	*						
560		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5600		Anleihen:							
1/56008	43	Verzinsung und Aufgeld			110,001		110,001		
7/56009	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5600...			110,001	0,002	110,003		
5601		Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen:							
1/56018	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002		
7/56019	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5601...			0,002	0,002	0,004		
5602		Bundesschatzscheine:							
1/56028	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002		
7/56029	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5602...			0,002	0,002	0,004		
		Summe 560...			110,005	0,006	110,011		
561		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5610		Kredite und Darlehen:							
1/56108	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002		
7/56109	43	Tilgung				0,001	0,001		
		Summe 561...			0,002	0,001	0,003		

Anmerkungen:

56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
56		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:	*					
560		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5600		Anleihen:						
2/56004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/56009	43	Erlöse - Anleihen			0,002	0,002		
		Summe 5600...		0,002	0,002	0,004		
5601		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/56014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/56019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002		
		Summe 5601...		0,002	0,002	0,004		
5602		Bundesschatzscheine:						
2/56024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/56029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			0,002	0,002		
		Summe 5602...		0,002	0,002	0,004		
		Summe 560...		0,006	0,006	0,012		
561		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5610		Kredite und Darlehen:						
2/56104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
8/56109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001		
		Summe 561...		0,001	0,001	0,002		

Anmerkungen:

56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
562		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5620		Anleihen:							
1/56208	43	Verzinsung und Aufgeld			85,314		85,314		
7/56209	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5620...			85,314	0,002	85,316		
5621		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/56218	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002		
7/56219	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5621...			0,002	0,002	0,004		
		Summe 562...			85,316	0,004	85,320		
563		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5630		Kredite und Darlehen:							
1/56308	43	Verzinsung und Aufgeld			0,002		0,002		
7/56309	43	Tilgung				0,001	0,001		
		Summe 563...			0,002	0,001	0,003		
564		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5640		In heimischer Währung:							
1/56408	43	Verzinsung und Aufgeld			0,001		0,001		
7/56409	43	Tilgung				0,001	0,001		
		Summe 5640...			0,001	0,001	0,002		
5641		In fremder Währung:							
1/56418	43	Verzinsung und Aufgeld			0,001		0,001		
7/56419	43	Tilgung				0,001	0,001		
		Summe 5641...			0,001	0,001	0,002		
7/5642		In heimischer Währung:							
7/56429	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
7/5643		In fremder Währung:							
7/56439	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
		Summe 564...			0,002	0,004	0,006		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1999	Bundесvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
562		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5620		Anleihen:						
2/56204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/56209	43	Erlöse - Anleihen			0,002	0,002		
		Summe 5620...		0,002	0,002	0,004		
5621		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/56214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
8/56219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen			0,002	0,002		
		Summe 5621...		0,002	0,002	0,004		
		Summe 562...		0,004	0,004	0,008		
563		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5630		Kredite und Darlehen:						
2/56304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
8/56309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001		
		Summe 563...		0,001	0,001	0,002		
564		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5640		In heimischer Währung:						
2/56404	43	Zinsen und Aufgeld		0,001		0,001		
8/56409	43	Kapital			0,001	0,001		
		Summe 5640...		0,001	0,001	0,002		
5641		In fremder Währung:						
2/56414	43	Zinsen und Aufgeld		0,001		0,001		
8/56419	43	Kapital			0,001	0,001		
		Summe 5641...		0,001	0,001	0,002		
8/5642		In heimischer Währung:						
8/56429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001		
8/5643		Finanzschuld in fremder Währung:						
8/56439	43	Erlöse- Schulden aus Währungstauschverträgen ...			0,001	0,001		
		Summe 564...		0,002	0,004	0,006		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
565		Zahlungen:							
5650		Kredite und Darlehen in heimischer Währung:							
1/56508	43	Sonstige Ausgaben			0,001		0,001		
7/56509	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
		Summe 5650...			0,001	0,001	0,002		
5651		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/56518	43	Sonstige Ausgaben			0,001		0,001		
7/56519	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
		Summe 5651...			0,001	0,001	0,002		
		Summe 565...			0,002	0,002	0,004		
568		Devisentermingeschäfte:							
5680		Devisentermingeschäfte:							
1/56808	43	Aufwendungen			0,001		0,001		
7/56809	43	Aufwendungen (B)				0,001	0,001		
		Summe 568...			0,001	0,001	0,002		
569		Sonstiger Aufwand:							
1/56908	43	Aufwendungen			0,283		0,283		
5691		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/56918	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen)			0,002		0,002		
7/56919	43	Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung)				0,002	0,002		
		Summe 5691...			0,002	0,002	0,004		
1/56928	43	Auszahlung der Veranlagungserträge			0,001		0,001		
		Summe 569...			0,286	0,002	0,288		
		Summe 1/56...			195,616		195,616		
		Summe 7/56...				0,021	0,021		
		Gesamtausgaben 56...			195,616	0,021	195,637		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

135

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
565		Rückzahlungen:						
5650		Kredite und Darlehen in heimischer Währung:						
2/56504	43	Zinsen		110,001		110,001		
8/56509	43	Kapitalrückzahlung			0,001	0,001		
		Summe 5650...		110,001	0,001	110,002		
5651		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/56514	43	Zinsen		85,314		85,314		
8/56519	43	Kapitalrückzahlung			0,001	0,001		
		Summe 5651...		85,314	0,001	85,315		
		Summe 565...		195,315	0,002	195,317		
568		Devisentermingeschäfte:						
5680		Devisentermingeschäfte:						
2/56804	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
8/56809	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 568...		0,001	0,001	0,002		
569		Sonstige Einnahmen:						
2/56904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,285		0,285		
8/5691		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/56919	43	Kurzfristige Aufnahmen			0,002	0,002		
2/56924	43	Erträge aus Veranlagungen		0,001		0,001		
		Summe 569...		0,286	0,002	0,288		
		Summe 2/56...		195,616		195,616		
		Summe 8/56...			0,021	0,021		
		Gesamteinnahmen 56...		195,616	0,021	195,637		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5800		Anleihen:							
1/58008	43	Verzinsung und Aufgeld			51.364,118		51.364,118		
7/58009	43	Tilgung				102.189,268	102.189,268		
		Summe 5800			51.364,118	102.189,268	153.553,386		
5801		Bundesschatzscheine:							
1/58018	43	Verzinsung und Aufgeld			1.290,898		1.290,898		
7/58019	43	Tilgung				4.709,001	4.709,001		
		Summe 5801			1.290,898	4.709,001	5.999,899		
5802		Bundesschatzscheine:							
1/58028	43	Verzinsung und Aufgeld			3.485,021		3.485,021		
7/58029	43	Tilgung				3.281,001	3.281,001		
		Summe 5802			3.485,021	3.281,001	6.766,022		
		Summe 580			56.140,037	110.179,270	166.319,307		
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5810		Kredite und Darlehen:							
1/58108	43	Verzinsung und Aufgeld			18.691,058		18.691,058		
7/58109	43	Tilgung				17.485,030	17.485,030		
		Summe 581			18.691,058	17.485,030	36.176,088		
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5820		Anleihen:							
1/58208	43	Verzinsung und Aufgeld			8.581,026		8.581,026		
7/58209	43	Tilgung				7.467,501	7.467,501		
		Summe 5820			8.581,026	7.467,501	16.048,527		
5821		Bundesschatzscheine:							
1/58218	43	Verzinsung und Aufgeld			130,701		130,701		
7/58219	43	Tilgung				0,002	0,002		
		Summe 5821			130,701	0,002	130,703		
		Summe 582			8.711,727	7.467,503	16.179,230		

Anmerkungen:

58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

137

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:			*				
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5800		Anleihen:							
2/58004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002		
8/58009	43	Erlöse - Anleihen				0,002	0,002		
		Summe 5800...			0,002	0,002	0,004		
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
2/58014	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002		
8/58019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen				0,002	0,002		
		Summe 5801...			0,002	0,002	0,004		
5802		Bundesschatzscheine:							
2/58024	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002		
8/58029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine				0,002	0,002		
		Summe 5802...			0,002	0,002	0,004		
		Summe 580...			0,006	0,006	0,012		
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5810		Kredite und Darlehen:							
2/58104	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001		
8/58109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen				0,001	0,001		
		Summe 581...			0,001	0,001	0,002		
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5820		Anleihen:							
2/58204	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002		
8/58209	43	Erlöse - Anleihen				0,002	0,002		
		Summe 5820...			0,002	0,002	0,004		
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
2/58214	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002		
8/58219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen				0,002	0,002		
		Summe 5821...			0,002	0,002	0,004		
		Summe 582...			0,004	0,004	0,008		

Anmerkungen:

58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5830		Kredite und Darlehen:							
1/58308	43	Verzinsung und Aufgeld			689,933		689,933		
7/58309	43	Tilgung				138,000	138,000		
		Summe 583. ...			689,933	138,000	827,933		
584		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5840		In heimischer Währung:							
1/58408	43	Verzinsung und Aufgeld			2.108,835		2.108,835		
7/58409	43	Tilgung				8.198,481	8.198,481		
		Summe 5840. ...			2.108,835	8.198,481	10.307,316		
5841		In fremder Währung:							
1/58418	43	Verzinsung und Aufgeld			3.930,313		3.930,313		
7/58419	43	Tilgung				5.608,799	5.608,799		
		Summe 5841. ...			3.930,313	5.608,799	9.539,112		
7/5842		In heimischer Währung:							
7/58429	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
7/5843		In fremder Währung:							
7/58439	43	Kapitalauszahlung				0,001	0,001		
		Summe 584. ...			6.039,148	13.807,282	19.846,430		
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5880		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/58808	43	Verzinsung und Aufgeld			0,400		0,400		
7/58809	43	Tilgung				0,200	0,200		
		Summe 5880. ...			0,400	0,200	0,600		
5881		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/58818	43	Verzinsung und Aufgeld			13.010,000		13.010,000		
7/58819	43	Tilgung				30.000,000	30.000,000		
		Summe 5881. ...			13.010,000	30.000,000	43.010,000		
5882		Devisentermingeschäfte:							
1/58828	43	Aufwendungen			0,001		0,001		
7/58829	43	Aufwendungen (B)				0,001	0,001		
		Summe 5882. ...			0,001	0,001	0,002		
		Summe 588. ...			13.010,401	30.000,201	43.010,602		
1/589		Sonstiger Aufwand:							
1/58908	43	Aufwendungen			3.995,467		3.995,467		
		Summe 1/58. ...			107.277,771		107.277,771		
		Summe 7/58. ...				179.077,286	179.077,286		
		Gesamtausgaben 58. ...			107.277,771	179.077,286	286.355,057		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

139

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5830		Kredite und Darlehen:						
2/58304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
8/58309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001		
		Summe 583...		0,001	0,001	0,002		
584		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5840		In heimischer Währung:						
2/58404	43	Zinsen und Aufgeld		2.901,975		2.901,975		
8/58409	43	Kapital			6.697,000	6.697,000		
		Summe 5840...		2.901,975	6.697,000	9.598,975		
5841		In fremder Währung:						
2/58414	43	Zinsen und Aufgeld		5.784,627		5.784,627		
8/58419	43	Kapital			7.467,500	7.467,500		
		Summe 5841...		5.784,627	7.467,500	13.252,127		
8/5842		In heimischer Währung:						
8/58429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001		
8/5843		In fremder Währung:						
8/58439	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen ..			0,001	0,001		
		Summe 584...		8.686,602	14.164,502	22.851,104		
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/58809	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG			235.059,004	235.059,004		
5881		Devisentermingeschäfte:						
2/58814	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
8/58819	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 5881...		0,001	0,001	0,002		
		Summe 588...		0,001	235.059,005	235.059,006		
2/589		Sonstige Einnahmen:						
2/58904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,009		0,009		
		Summe 2/58...		8.686,624		8.686,624		
		Summe 8/58...			249.223,519	249.223,519		
		Gesamteinnahmen 58...		8.686,624	249.223,519	257.910,143		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
57		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:							
570		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5700		Anleihen:							
1/57008	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57009	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5700...						0,002	
5701		Bundesobligationen:							
1/57018	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57019	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5701...						0,002	
5708		Bundesschatzscheine:							
1/57088	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57089	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5708...						0,002	
		Summe 570...						0,006	
571		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5710		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/57108	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57109	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5710...						0,002	
5711		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/57118	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57119	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5711...						0,002	
5712		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/57128	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57129	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5712...						0,002	
5714		Sonstige Kredite und Darlehen:							
1/57148	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57149	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5714...						0,002	
		Summe 571...						0,008	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

141

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
57		Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:						
570		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5700		Anleihen:						
2/57006	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57009	43	Erlöse - Anleihen					0,001	
		Summe 5700...					0,002	
5701		Bundesobligationen:						
2/57014	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57019	43	Erlöse - Bundesobligationen					0,001	
		Summe 5701...					0,002	
5708		Bundesschatzscheine:						
2/57084	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine					0,001	
		Summe 5708...					0,002	
		Summe 570...					0,006	
571		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5710		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:						
2/57104	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57109	43	Erlöse - Kredite u. Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen					0,001	
		Summe 5710...					0,002	
5711		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:						
2/57114	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57119	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen					0,001	
		Summe 5711...					0,002	
5712		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/57124	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften					0,001	
		Summe 5712...					0,002	
5714		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/57144	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen					0,001	
		Summe 5714...					0,002	
		Summe 571...					0,008	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
572		Zahlungen in inländischer Währung:							
5724		Kredite und Darlehen:							
1/57248	43	Sonstige Ausgaben						0,001
7/57249	43	Kapitalauszahlung						0,001
		Summe 572						0,002
573		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5730		Anleihen:							
1/57308	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57309	43	Tilgung						0,001
		Summe 5730						0,002
5731		Schuldverschreibungen:							
1/57318	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57319	43	Tilgung						0,001
		Summe 5731						0,002
		Summe 573						0,004
574		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5744		Kredite und Darlehen:							
1/57448	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57449	43	Tilgung						0,001
		Summe 574						0,002

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
572		Zahlungen in inländischer Währung:						
5724		Kredite und Darlehen:						
2/57244	43	Zinsen und Aufgeld					0,001
8/57249	43	Kapitalrückzahlung					0,001
		Summe 572...					0,002
573		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5730		Anleihen:						
2/57306	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001
8/57309	43	Erlöse - Anleihen					0,001
		Summe 5730...					0,002
5731		Schuldverschreibungen:						
2/57316	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001
8/57319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen					0,001
		Summe 5731...					0,002
		Summe 573...					0,004
574		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5744		Kredite und Darlehen:						
2/57444	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001
8/57449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen					0,001
		Summe 574...					0,002

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
575		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5750		Anleihen in fremder Währung:							
1/57508	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57509	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5750...						0,002	
5751		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/57518	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57519	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5751...						0,002	
5754		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/57548	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57549	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5754...						0,002	
5755		Anleihen in inländischer Währung:							
1/57558	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57559	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5755...						0,002	
5756		Bundesobligationen u. Bundeschatzscheine in inländ. Währung:							
1/57568	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57569	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5756...						0,002	
5757		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/57578	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57579	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5757...						0,002	
7/5758		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/57589	43	Kapitalzahlung						0,001	
7/5759		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/57599	43	Kapitalzahlung						0,001	
		Summe 575...						0,014	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

145

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
575		<i>Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlungen):</i>							
5750		<i>Anleihen in fremder Währung:</i>							
2/57506	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57509	43	Kapital						0,001	
			Summe 5750...					0,002	
5751		<i>Schuldverschreibungen in fremder Währung:</i>							
2/57516	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57519	43	Kapital						0,001	
			Summe 5751...					0,002	
5754		<i>Kredite und Darlehen in fremder Währung:</i>							
2/57546	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57549	43	Kapital						0,001	
			Summe 5754...					0,002	
5755		<i>Anleihen in inländischer Währung:</i>							
2/57556	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57559	43	Kapital						0,001	
			Summe 5755...					0,002	
5756		<i>Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:</i>							
2/57566	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57569	43	Kapital						0,001	
			Summe 5756...					0,002	
5757		<i>Kredite und Darlehen in inländischer Währung:</i>							
2/57576	43	Zinsen und Aufgeld						0,001	
8/57579	43	Kapital						0,001	
			Summe 5757...					0,002	
8/5758		<i>Finanzschuld in inländischer Währung:</i>							
8/57589	43	Kapitalforderung						0,001	
8/5759		<i>Finanzschuld in fremder Währung:</i>							
8/57599	43	Kapitalforderung						0,001	
			Summe 575...					0,014	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
576		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5760		Anleihen in fremder Währung:							
1/57608	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57609	43	Tilgung						0,001
		Summe 5760...						0,002
5761		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/57618	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57619	43	Tilgung						0,001
		Summe 5761...						0,002
5764		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/57648	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57649	43	Tilgung						0,001
		Summe 5764...						0,002
5765		Anleihen in inländischer Währung:							
1/57658	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57659	43	Tilgung						0,001
		Summe 5765...						0,002
5766		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
1/57668	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57669	43	Tilgung						0,001
		Summe 5766...						0,002
5767		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/57678	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001
7/57679	43	Tilgung						0,001
		Summe 5767...						0,002
		Summe 576...						0,012

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

147

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
576		<i>Einnahmen aus Währungstauschverträgen:</i>						
5760		<i>Anleihen in fremder Währung:</i>						
2/57606	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57609	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5760...</i>					0,002	
5761		<i>Schuldverschreibungen in fremder Währung:</i>						
2/57616	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57619	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5761...</i>					0,002	
5764		<i>Kredite und Darlehen in fremder Währung:</i>						
2/57646	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57649	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5764...</i>					0,002	
5765		<i>Anleihen in inländischer Währung:</i>						
2/57656	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57659	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5765...</i>					0,002	
5766		<i>Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:</i>						
2/57666	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57669	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5766...</i>					0,002	
5767		<i>Kredite und Darlehen in inländischer Währung:</i>						
2/57676	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57679	43	Kapital					0,001	
		<i>Summe 5767...</i>					0,002	
		<i>Summe 576...</i>					0,012	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
577		Zahlungen in fremder Währung:							
5774		Kredite und Darlehen:							
1/57748	43	Sonstige Ausgaben						0,001	
7/57749	43	Kapitalauszahlung						0,001	
		Summe 577...						0,002	
578		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5783		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/57838	43	Verzinsung und Aufgeld						0,001	
7/57839	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5783...						0,002	
5785		Devisentermingeschäfte:							
1/57858	43	Aufwendungen						0,001	
7/57859	43	Aufwendungen (B)						0,001	
		Summe 5785...						0,002	
		Summe 578...						0,004	
1/579		Sonstiger Aufwand:							
1/57908	43	Aufwendungen						0,001	
1/57948	43	Auszahlung der Veranlagungserträge						0,001	
		Summe 579...						0,002	
		Summe 1/57...						0,028	
		Summe 7/57...						0,028	
		Gesamtausgaben 57...						0,056	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

149

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
577		Zahlungen in fremder Währung:						
5774		Kredite und Darlehen:						
2/57744	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57749	43	Kapitalrückzahlung					0,001	
			Summe 577...				0,002	
578		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
2/57844	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/57849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG					0,001	
5785		Devisentermingeschäfte:						
2/57854	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/57859	43	Bestandswirksame Einnahmen					0,001	
			Summe 5785...				0,002	
			Summe 578...				0,004	
2/579		Sonstige Einnahmen:						
2/57904	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
2/57944	43	Erträge aus Veranlagungen					0,001	
			Summe 579...				0,002	
			Summe 2/57...				0,028	
			Summe 8/57...				0,028	
			Gesamteinnahmen 57...				0,056	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:							
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld					44.895,791		42.156,328
7/59009	43	Tilgung					45.553,282		29.414,370
		Summe 5900...					90.449,073		71.570,698
5901		Bundesschatzscheine:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld					2.217,479		3.784,257
7/59019	43	Tilgung					13.689,064		22.848,000
		Summe 5901...					15.906,543		26.632,257
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59088	43	Verzinsung und Aufgeld					3.696,979		3.986,505
7/59089	43	Tilgung					4.639,042		11.200,000
		Summe 5908...					8.336,021		15.186,505
		Summe 590...					114.691,637		113.389,460
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
		Darlehen von							
		Vertragsversicherungsunternehmen							
1/59108	43	Verzinsung und Aufgeld					9.907,549		10.290,550
7/59109	43	Tilgung					7.015,999		4.982,402
		Summe 5910...					16.923,548		15.272,952
5911		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:							
		Darlehen von Kreditunternehmen							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld					10.880,215		12.221,134
7/59119	43	Tilgung					23.923,857		8.247,833
		Summe 5911...					34.804,072		20.468,968
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung					0,029		0,030
7/59129	43	Tilgung					0,115		0,113
		Summe 5912...					0,144		0,143
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
1/59148	43	Verzinsung und Aufgeld					0,001		
7/59149	43	Tilgung					4,631		4,631
		Summe 5914...					4,632		4,631
		Summe 591...					51.732,396		35.746,694

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

151

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5900		Anleihen:						
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,005	102,471
8/59009	43	Erlöse - Anleihen					0,001	90.608,240
		Summe 5900...					0,006	90.710,711
5901		Bundesschatzbriefe:						
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst					0,001	
8/59019	43	Erlöse - Bundesschatzbriefe					0,001	
		Summe 5901...					0,002	
5908		Bundesschatzscheine:						
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine					0,001	38.200,000
		Summe 5908...					0,002	38.200,000
		Summe 590...					0,010	128.910,711
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5910		Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:						
		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen						
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/59109	43	Erlöse-Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen					0,001	2.832,000
		Summe 5910...					0,002	2.832,000
5911		Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen:						
		Darlehen von Kreditunternehmen						
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst					0,001	
8/59119	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen					0,001	13.807,677
		Summe 5911...					0,002	13.807,677
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften					0,001	
		Summe 5912...					0,002	
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001	
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen					0,001	
		Summe 5914...					0,002	
		Summe 591...					0,008	16.639,677

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld					1.300,000		
7/59209	43	Tilgung					1.000,000		
		Summe 5920...					2.300,000		
5921		Bundesobligationen:							
1/59218	43	Aufgeld					0,002		280,830
7/59219	43	Tilgung					0,002		300,000
		Summe 5921...					0,004		580,830
		Summe 592...						2.300,004	580,830
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld					17.122,147		17.082,206
7/59309	43	Tilgung					21.406,057		16.931,184
		Summe 5930...					38.528,204		34.013,390
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld					415,403		438,049
7/59319	43	Tilgung					1.575,009		1.640,600
		Summe 5931...					1.990,412		2.078,649
		Summe 593...						40.518,616	36.092,039
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung und Aufgeld					1.226,586		1.200,324
7/59449	43	Tilgung					157,800		492,233
		Summe 594...					1.384,386		1.692,556

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

153

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
593		<i>Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:</i>						
5930		<i>Anleihen:</i>						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,005	19,026
8/59309	43	Erlöse - Anleihen					0,001	17.874,036
			<i>Summe 5930...</i>				0,006	17.893,062
5931		<i>Schuldverschreibungen:</i>						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,006	0,070
8/59319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen					0,001
			<i>Summe 5931...</i>				0,007	0,070
			<i>Summe 593...</i>				0,013	17.893,132
594		<i>Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:</i>						
5944		<i>Kredite und Darlehen:</i>						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,002
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen					0,001
			<i>Summe 594...</i>				0,003

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld					4.052,118		4.061,375
7/59509	43	Tilgung					7.487,992		13.228,747
		Summe 5950...					11.540,110		17.290,122
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld					245,215		222,557
7/59519	43	Tilgung					0,005		
		Summe 5951...					245,220		222,557
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld					106,140		61,037
7/59549	43	Tilgung					0,001		423,145
		Summe 5954...					106,141		484,182
5955		Anleihen in inländischer Währung:							
1/59558	43	Verzinsung und Aufgeld					98,392		
7/59559	43	Tilgung					0,003		
		Summe 5955...					98,395		
5956		Bundesschatzscheine u. Bundesobligationen in inländ. Währung: Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld					0,001		69,389
7/59569	43	Tilgung					0,001		
		Summe 5956...					0,002		69,389
5957		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/59578	43	Verzinsung und Aufgeld					0,001		
7/59579	43	Tilgung					0,001		
		Summe 5957...					0,002		
7/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/59589	43	Kapitalzahlung					0,001		
7/5959		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/59599	43	Kapitalzahlung					0,001		1.849,536
		Summe 595...					11.989,872		19.915,787

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
595		E I N N A H M E N						
		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):						
5950		Anleihen in fremder Währung:						
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld					6.847,883	7.194,685
8/59509	43	Kapital					8.250,028	13.162,200
		Summe 5950...					15.097,911	20.356,885
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld					176,168	125,465
8/59519	43	Kapital					0,005	
		Summe 5951...					176,173	125,465
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld					223,256	182,304
8/59549	43	Kapital					0,001	473,242
		Summe 5954...					223,257	655,546
5955		Anleihen in inländischer Währung:						
2/59556	43	Zinsen und Aufgeld					0,002	
8/59559	43	Kapital					0,001	
		Summe 5955...					0,003	
5956		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:						
		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung						
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/59569	43	Kapital					0,001	
		Summe 5956...					0,002	
5957		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:						
2/59576	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/59579	43	Kapital					0,001	
		Summe 5957...					0,002	
8/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:						
8/59589	43	Kapitalforderung					0,001	608,643
8/5959		Finanzschuld in fremder Währung:						
8/59599	43	Kapitalforderung					0,001	1.205,344
		Summe 595...					15.497,350	22.951,883

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld						812, 568	1. 052, 423
7/59609	43	Tilgung						1. 418, 104	2. 533, 488
		Summe 5960						2. 230, 672	3. 585, 911
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld						99, 273	98, 493
7/59619	43	Tilgung						0, 001
		Summe 5961						99, 274	98, 493
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld						0, 001
7/59649	43	Tilgung						0, 001
		Summe 5964						0, 002
5965		Anleihen in inländischer Währung:							
1/59658	43	Verzinsung und Aufgeld						36, 701
7/59659	43	Tilgung						0, 001
		Summe 5965						36, 702
5966		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:							
		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld						0, 001	54, 488
7/59669	43	Tilgung						0, 001	351, 775
		Summe 5966						0, 002	406, 263
5967		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:							
1/59678	43	Verzinsung und Aufgeld						0, 001
7/59679	43	Tilgung						0, 001
		Summe 5967						0, 002
		Summe 596						2. 366, 654	4. 090, 668

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

157

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
596		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5960		Anleihen in fremder Währung:						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld					1.159,922	1.486,873
8/59609	43	Kapital					1.504,802	2.893,763
		Summe 5960					2.664,724	4.380,636
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld					77,188	79,744
8/59619	43	Kapital					0,001	
		Summe 5961					77,189	79,744
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld					0,002	
8/59649	43	Kapital					0,001	
		Summe 5964					0,003	
5965		Anleihen in inländischer Währung:						
2/59656	43	Zinsen und Aufgeld					59,078	
8/59659	43	Kapital					0,001	
		Summe 5965					59,079	
5966		Bundesobligationen u. Bundesschatzscheine in inländ. Währung:						
		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	58,750
8/59669	43	Kapital					0,001	
		Summe 5966					0,002	58,750
5967		Kredite und Darlehen in inländischer Währung:						
2/59676	43	Zinsen und Aufgeld					0,001	
8/59679	43	Kapital					0,001	
		Summe 5967					0,002	
		Summe 596					2.800,999	4.519,130

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung:							
5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld						0,001	
7/59709	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5970...						0,002	
5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld						0,001	
7/59719	43	Tilgung						0,001	
		Summe 5971...						0,002	
		Summe 597...						0,004	
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	Verzinsung und Aufgeld						0,400	0,002
7/59819	43	Tilgung						0,200	
		Summe 5981...						0,600	0,002
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	Dotierung des Nullkuponfonds						0,002	
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld						3.861,181	
7/59839	43	Tilgung						29.150,000	
		Summe 5983...						33.011,183	
5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen						0,001	
7/59859	43	Aufwendungen (B)						0,001	
		Summe 5985...						0,002	
		Summe 598...						33.011,785	0,002
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen						3.402,102	2.622,493
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds						0,002	334,787
		Summe 599...						3.402,104	2.957,280
		Summe 1/59...						104.376,283	100.017,259
		Summe 7/59...						157.021,175	114.448,056
		Gesamtausgaben 59...						261.397,458	214.465,315

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

159

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
598		<i>Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:</i>						
8/59849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG					214.576,031
5985		<i>Devisentermingeschäfte:</i>						
2/59854	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,001
8/59859	43	Bestandswirksame Einnahmen					0,001
			<i>Summe 5985...</i>				0,002
			<i>Summe 598...</i>				214.576,033
2/599		<i>Sonstige Einnahmen:</i>						
2/59904	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,007	565,709
2/59914	43	Überweisung des Nullkuponfonds					4.500,003	1.471,700
			<i>Summe 599...</i>				4.500,010	2.037,409
			<i>Summe 2/59...</i>				13.043,538	11.286,797
			<i>Summe 8/59...</i>				224.330,888	181.665,144
			<i>Gesamteinnahmen 59...</i>				237.374,426	192.951,942

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/60		Land- und Forstwirtschaft:							
1/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:							
1/6000		Zentraleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		334,660			334,660	334,660	334,564
1/60003		Anlagen				9,828	9,828	9,828	8,740
	41					0,003	0,003	0,003	
	43					9,825	9,825	9,825	8,740
1/60005		Bezugsvorschüsse				4,648	4,648	4,648	4,638
	23					1,098	1,098	1,098	1,510
	43					3,550	3,550	3,550	3,128
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			46,919		46,919	46,919	44,054
	22				6,550		6,550	6,550	5,940
	43				40,369		40,369	40,369	38,114
1/60008		Aufwendungen	*		161,554		161,554	172,295	187,212
	41				0,002		0,002	0,002	
	43				161,552		161,552	172,293	187,212
		Summe 6000...		334,660	208,473	14,476	557,609	568,350	579,208
1/60018	34	Agrarmarkt Austria			342,480		342,480	60,001	322,522
1/60023		Kapitalbeteiligungen				0,016	0,016	0,016	205,004
	34					0,014	0,014	0,014	150,004
	38					0,002	0,002	0,002	55,000
1/60028	34	Zahlungen an die BIG			2,235		2,235	2,185	2,033
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen			348,952		348,952	344,352	322,655
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen			38,457		38,457	38,457	15,370
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*		92,544		92,544	92,544	60,533
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*		57,778		57,778	48,814	24,058
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen				0,600	0,600	0,414	0,151
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,040		0,040	0,040	0,026
1/60078	43	Aufwendungen			2,475		2,475	2,475	1,499
		Summe 6007...			2,515	0,600	3,115	2,929	1,676
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen			38,936		38,936	38,436	34,919
	34				38,919		38,919	38,419	34,919
	37				0,017		0,017	0,017	
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)			28,700		28,700	28,700	20,277
1/60088	43	Internationale Maßnahmen			41,202		41,202	40,702	43,490
		Summe 6008...			108,838		108,838	107,838	98,686
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*		16,915		16,915	16,915	6,031
		Summe 600...		334,660	1.219,187	15,092	1.568,939	1.282,401	1.637,776

Anmerkungen:

- 1/60008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 1999 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 1999 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

161

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1999	Bundесvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/60		Land- und Forstwirtschaft:						
2/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/60004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		56,143		56,143	56,143	47,649
	34			0,001		0,001	0,001	
	38			0,002		0,002	0,002	
	43			56,140		56,140	56,140	47,649
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,058	0,058	0,058	0,198
	41				0,003	0,003	0,003	
	43				0,055	0,055	0,055	0,198
2/60009		Bezugsvorschußersätze			4,451	4,451	4,451	4,239
	23				0,901	0,901	0,901	0,911
	43				3,550	3,550	3,550	3,328
		Summe 6000...		56,144	4,509	60,653	60,653	52,087
2/60028		Kapitalbeteiligungen			1,012	1,012	1,012	0,017
	34				0,001	0,001	0,001	0,017
	38				1,011	1,011	1,011	
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		35,040		35,040	35,040	34,628
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,810		1,810	1,810	1,339
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	85,395		85,395	85,395	53,297
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,104		0,104	0,104	0,059
		Summe 6005...		85,499		85,499	85,499	53,356
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		36,002		36,002	36,002	
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500		0,500	0,500	0,138
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	
		Summe 6007...		0,500	0,030	0,530	0,530	0,138
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	12,000		12,000	12,000	7,867
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 6009...		12,002		12,002	12,002	7,867
		Summe 600...		226,997	5,551	232,548	232,548	149,431

Anmerkungen:

2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.

2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.

2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens): *							
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ...			174,629		174,629	174,630	171,874
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*		102,000		102,000	102,000	59,927
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*		26,636		26,636	78,636	95,085
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	*		436,204		436,204	440,382	476,766
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			468,473		468,473	486,193	495,121
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			44,485		44,485	44,485	45,968
1/60176		Sozialpolitische Maßnahmen			7,906		7,906	7,906	4,854
	22				4,481		4,481	4,481	4,287
	23				3,425		3,425	3,425	0,567
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen			587,000		587,000	667,158	575,217
1/60188	34	Aufwendungen			3,300		3,300	3,300	1,800
		Summe 6018. ...			590,300		590,300	670,458	577,017
1/60196		Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*		2,599		2,599	2,599	1,362
	12				2,599		2,599	2,599	1,297
	34								0,065
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*		40,159		40,159	40,159	39,930
		Summe 601. ...			1.893,391		1.893,391	2.047,448	1.967,903
1/602		Agrarische Strukturförderung:							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)			1.542,000		1.542,000	1.596,000	1.324,119
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes			1.887,000		1.887,000	1.968,000	2.224,992
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen			200,000		200,000	200,000	205,000
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU			7,140		7,140	5,140	5,010
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch.wes.; BA			6,000		6,000	5,000	5,000
		Summe 602. ...			3.642,140		3.642,140	3.774,140	3.764,121

Anmerkungen:

1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60136 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.

1/60146 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60140.

1/60196 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

1/60198 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

163

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,174
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,101	0,055
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	
2/60140	34	Milch und Milchprodukte (zweckgeb. Einnahmen) .. *		0,001		0,001		
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen		0,003		0,003	0,003	6,629
		Summe 601...		0,106	0,001	0,107	0,107	6,858
2/602		Agrarische Strukturförderung:						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	

Anmerkungen:

2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.

2/60140 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60146 mitveranschlagt.

2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA			5.221,458		5.221,458	5.158,808	5.275,808
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)			58,914		58,914	68,593	20,545
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA			1.677,628		1.677,628	1.730,599	1.723,973
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie) <i>Flankierende Maßnahmen</i>			2.516,194		2.516,194	2.516,194	5.403,838
1/60356	34	Nationale Marktordnungsmaßnahmen; Überw. a. d. AMA			2.952,001		2.952,001	2.952,001	264,153
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 603...			12.426,196		12.426,196	12.426,196	12.688,317
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		359,745			359,745	359,745	353,795
1/60503	11	Anlagen	*			17,986	17,986	17,986	13,969
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			6,248		6,248	6,248	5,831
1/60508	11	Aufwendungen	*		74,578		74,578	74,578	68,442
		Summe 6050...		359,745	80,826	17,986	458,557	458,557	442,036
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.::							
1/60510	12	Personalausgaben		302,298			302,298	302,298	309,557
1/60513	12	Anlagen				86,294	86,294	83,464	92,229
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,151		2,151	2,151	1,841
1/60518	12	Aufwendungen			130,034		130,034	132,864	92,211
		Summe 6051...		302,298	132,185	86,294	520,777	520,777	495,838
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		64,355			64,355	64,355	60,464
1/60523	11	Anlagen	*			1,610	1,610	1,610	0,923
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,743		0,743	0,743	0,502
1/60528	11	Aufwendungen	*		12,800		12,800	12,595	10,372
		Summe 6052...		64,355	13,543	1,610	79,508	79,303	72,261
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		105,150			105,150	105,150	102,345
1/60533	12	Anlagen				5,050	5,050	7,652	4,968
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,473		0,473	0,473	0,154
1/60538	12	Aufwendungen			23,893		23,893	31,221	23,036
		Summe 6053...		105,150	24,366	5,050	134,566	144,496	130,503
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,509			16,509	16,509	15,719
1/60543	12	Anlagen				0,399	0,399	0,399	0,797
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,018		0,018	0,018	0,012
1/60548	12	Aufwendungen			3,055		3,055	3,055	2,771
		Summe 6054...		16,509	3,073	0,399	19,981	19,981	19,300

Anmerkungen:

- 1/60503 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60508 Hievon 1999 0,008 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60523 Hievon 1999 0,006 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/60528 Hievon 1999 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

165

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	4,982
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel		497,501		497,501	497,502	408,810
2/60324	34	Milchquotenregelung, Zusatzabgabe		0,001		0,001		
		Summe 603...		497,504		497,504	497,504	413,792
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60500	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,011		0,011	0,011	
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		67,847		67,847	67,847	64,475
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,381	0,381	0,381	0,684
		Summe 6050...		67,858	0,381	68,239	68,239	65,159
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		68,447		68,447	68,447	43,533
2/60515	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen		0,001		0,001	0,001	0,293
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen			1,115	1,115	0,795	0,789
		Summe 6051...		68,448	1,115	69,563	69,243	44,615
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60520	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,015		0,015	0,015	
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		14,751		14,751	14,570	10,551
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,009	0,018
		Summe 6052...		14,766	0,009	14,775	14,594	10,569
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		3,550		3,550	3,550	2,877
2/60535	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen		0,001		0,001	0,001	3,502
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,092	0,092	0,092	0,136
		Summe 6053...		3,551	0,092	3,643	3,643	6,515
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,211		0,211	0,211	0,157
2/60545	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6054...		0,212	0,001	0,213	0,213	0,157

Anmerkungen:

2/60500 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60503 und 1/60508 mitveranschlagt.

2/60520 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60523 und 1/60528 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben		40,539			40,539	40,539	41,416
1/60553	12	Anlagen				2,812	2,812	2,812	5,935
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,170		1,170	1,170	0,389
1/60558	12	Aufwendungen		24,718			24,718	24,718	24,335
		Summe 6055...		40,539	25,888	2,812	69,239	69,239	72,076
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:							
1/60560	12	Personalausgaben		5,087			5,087	5,087	5,122
1/60563	12	Anlagen				0,333	0,333	0,333	0,255
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,005		0,005	0,005	0,000
1/60568	12	Aufwendungen		2,015			2,015	2,015	1,960
		Summe 6056...		5,087	2,020	0,333	7,440	7,440	7,337
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:							
1/60580	12	Personalausgaben		46,859			46,859	46,859	48,030
1/60583	12	Anlagen				1,251	1,251	1,251	5,533
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,771		0,771	0,771	0,478
1/60588	12	Aufwendungen		9,822			9,822	9,822	8,683
		Summe 6058...		46,859	10,593	1,251	58,703	58,703	62,725
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben		24,135			24,135	24,135	24,386
1/60593	12	Anlagen				1,657	1,657	1,657	2,156
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,080		0,080	0,080	0,089
1/60598	12	Aufwendungen		4,280			4,280	4,280	4,882
		Summe 6059...		24,135	4,360	1,657	30,152	30,152	31,514
1/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:							
1/60578	12	Aufwendungen							
		Summe 605...		964,677	296,854	117,392	1.378,923	1.388,648	1.333,590
1/606		Übergangsregelungen:							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen			0,001		0,001	1.100,000	2.711,803
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.			0,001		0,001	8,500	4,935
1/60616	34	Lagerabwertungen							
		Summe 606...			0,002		0,002	1.108,500	2.716,738
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		457,243			457,243	457,245	387,892
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		20,692			20,692	20,692	21,921
1/60723	34	Anlagen				1,215	1,215	1,010	0,652
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,282		0,282	0,282	0,140
1/60728	34	Aufwendungen		7,455			7,455	7,455	5,855
		Summe 6072...		20,692	7,737	1,215	29,644	29,439	28,568
		Summe 607...		20,692	464,980	1,215	486,887	486,684	416,459

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen		21,058		21,058	21,058	24,209
2/60555	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,025	0,025	0,025	0,173
		Summe 6055...		21,059	0,025	21,084	21,084	24,382
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:						
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,037		0,037	0,037	0,587
2/60565	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6056...		0,038	0,002	0,040	0,040	0,587
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:						
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		13,192		13,192	13,192	13,383
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,026	0,026	0,026	0,075
		Summe 6058...		13,192	0,026	13,218	13,218	13,458
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,870		2,870	2,870	2,407
2/60595	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	1,960
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,032	0,032	0,032	
		Summe 6059...		2,871	0,032	2,903	2,903	4,367
		Summe 605...		191,995	1,683	193,678	193,177	169,808
2/606		Übergangsregelungen:						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBI. Nr. 1103/94		15,001		15,001	15,001	20,676
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		5,817		5,817	5,767	7,844
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,030	
		Summe 6072...		5,817	0,006	5,823	5,797	7,844
		Summe 607...		5,818	0,006	5,824	5,798	7,844

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		195,188			195,188	195,188	137,435
1/60803	34	Anlagen				16,334	16,334	14,114	4,409
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,729		4,729	4,729	3,206
	22				4,653		4,653	4,653	3,160
	34				0,076		0,076	0,076	0,046
1/60808	34	Aufwendungen	*		18,174		18,174	17,804	13,764
		Summe 6080 ...		195,188	22,903	16,334	234,425	231,835	158,814
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen	*			0,146	0,146	0,146	0,339
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,350		0,350	0,350	0,244
1/60818	34	Aufwendungen			4,721		4,721	4,721	1,186
		Summe 6081 ...			5,071	0,146	5,217	5,217	1,769
1/6082		Wildbach- und Lawinerverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinerverbauungen			0,004		0,004	0,004	
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*		0,001		0,001	0,001	
		Summe 6082 ...			0,005		0,005	0,005	
1/6083		Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*		819,335		819,335	819,335	807,572
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach- u. Lawinerverbauungen (zweckgeb. Geb.)	*		38,955		38,955	38,955	18,023
		Summe 6083 ...			858,290		858,290	858,290	825,595
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne			36,917		36,917	36,917	29,396
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*		336,001		336,001	336,001	356,663
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.			0,923		0,923	0,923	0,923
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):							
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*		318,717		318,717	318,717	345,447
		Summe 608 ...		195,188	1.578,827	16,480	1.790,495	1.787,905	1.718,607

Anmerkungen:

- 1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/60808 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60813 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
- 1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:						
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:						
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,836		0,836	0,825	0,881
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,049	0,049	0,065	0,014
		Summe 6080...		0,836	0,049	0,885	0,890	0,895
2/6081		Öffentliches Wassergut:						
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen		50,850		50,850	50,850	31,084
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:						
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen)	*	0,001		0,001	0,001	0,003
2/6084		Bundesflüsse:						
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)		46,688		46,688	46,688	28,484
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.615,009		1.615,009	1.615,009	1.538,017
		Summe 608...		1.713,384	0,049	1.713,433	1.713,438	1.598,484

Anmerkungen:

2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.

2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling),
1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (819,335 Millionen Schilling),
1/60838 (38,955 Millionen Schilling), 1/60858 (336,001 Millionen Schilling) und
1/60876 (318,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytopanitären Kontrollen:							
1/60903	43	Anlagen				0,394	0,394	0,193	0,075
1/60908	43	Aufwendungen			6,544		6,544	6,539	3,339
		Summe 6090			6,544	0,394	6,938	6,732	3,414
1/6091		Bundeskellereinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		16,931			16,931	16,931	14,912
1/60913	43	Anlagen				1,740	1,740	0,341	0,593
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,046
1/60918	43	Aufwendungen			6,146		6,146	4,383	4,052
		Summe 6091		16,931	6,216	1,740	24,887	21,725	19,603
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		96,053			96,053	96,053	94,899
1/60933	37	Anlagen				5,334	5,334	5,334	4,308
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,600		2,600	9,200	2,173
1/60938	37	Aufwendungen			45,861		45,861	45,861	45,752
		Summe 6093		96,053	48,461	5,334	149,848	156,448	147,132
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben		48,804			48,804	48,804	47,695
1/60943	13	Anlagen				1,529	1,529	1,529	1,282
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,270		2,270	2,270	2,325
1/60948	13	Aufwendungen			8,964		8,964	8,964	9,163
		Summe 6094		48,804	11,234	1,529	61,567	61,567	60,465
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförster:							
1/60960	34	Personalausgaben		9,575			9,575	9,575	7,138
1/60963	34	Anlagen				0,599	0,599	0,594	
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,089		1,089	1,089	0,813
1/60968	34	Aufwendungen			5,682		5,682	5,647	4,986
		Summe 6096		9,575	6,771	0,599	16,945	16,905	12,937
1/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:							
1/60950	34	Personalausgaben							24,521
1/60953	34	Anlagen							1,013
1/60957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							2,018
1/60958	34	Aufwendungen							10,213
		Summe 6095							37,766
1/6099		Bauhöfe:							
1/60990	34	Personalausgaben							42,051
1/60993	34	Anlagen							8,380
1/60997	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							2,240
	22								0,579
	34								1,661
1/60998	34	Aufwendungen							25,077
		Summe 6099							77,748
		Summe 609		171,363	79,226	9,596	260,185	263,377	359,065

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

171

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschauendienst		5,501		5,501	5,501	3,792
2/6091		Bundeskellereinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450		1,450	1,450	0,404
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,106	0,106	0,106	0,073
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,556	0,478
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934	37	Erfolgswirksame Einnahmen		20,243		20,243	20,243	19,617
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,222	0,222	0,222	0,004
		Summe 6093...		20,243	0,222	20,465	20,465	19,621
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen		34,008		34,008	34,008	34,311
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen			1,401	1,401	1,401	2,611
		Summe 6094...		34,008	1,401	35,409	35,409	36,921
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		14,029		14,029	14,021	14,432
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,023	0,023	0,004	
		Summe 6096...		14,029	0,023	14,052	14,025	14,432
2/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:						
2/60954	12	Erfolgswirksame Einnahmen						13,119
	34							0,096
2/60957	34	Bestandswirksame Einnahmen						13,023
		Summe 6095...						0,379
								13,499
2/6099		Bauhöfe:						
2/60994	34	Erfolgswirksame Einnahmen						79,322
2/60997	34	Bestandswirksame Einnahmen						0,353
		Summe 6099...						79,675
		Summe 609...		75,231	1,752	76,983	76,956	168,418

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen						0,001	
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.)						0,001	
1/6044		Abs. u. Verw. f. stärke-, öl-, eiweißhält. Früchte u. Grünbrache:							
1/60446	34	Sonstige Förderungen							
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)						0,002	
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)						0,001	
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a. zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG						0,002	
		Summe 604...						0,007	
		Gesamtausgaben 60...		1.686,580	21.600,803	159,775	23.447,158	24.565,306	26.602,576

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

173

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/604		<i>Marktordnungspolitische Maßnahmen:</i>						
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen					0,102	5,671
2/60410	34	Brotgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche.					0,001	
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche.					0,001	
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen					0,002	-7,567
2/60464	34	Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen					0,005	
2/6047		<i>Milch und Milchprodukte:</i>						
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen					0,003	0,006
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen					0,001	4,721
		<i>Summe 604...</i>					0,115	2,831
		Gesamteinnahmen 60...		2.726,038	9,042	2.735,080	2.734,646	2.538,143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:							
1/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:							
1/6300		Zentralleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		559,826			559,826	546,121	524,716
1/63003	43	Anlagen				27,797	27,797	27,797	19,105
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			42,774		42,774	42,774	28,949
	22				8,878		8,878	8,878	7,820
	43				33,896		33,896	33,896	21,129
1/63008		Aufwendungen	*		151,991		151,991	197,991	147,980
	21				0,010		0,010	0,010	-0,003
	43				151,981		151,981	197,981	147,983
		Summe 6300...		559,826	194,765	27,797	782,388	814,683	720,749
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen				0,002	0,002	0,002	10,000
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,001	10,000
1/63016		Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung			116,255		116,255	116,255	136,777
	36				76,255		76,255	76,255	99,899
	38				40,000		40,000	40,000	36,878
		Summe 6301...			116,255	0,002	116,257	116,257	146,777
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63026	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/63028	41	Aufwendungen			0,434		0,434	0,434	0,351
		Summe 6302...			0,435		0,435	0,435	0,351
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63043	41	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/63048	41	Aufwendungen			0,527		0,527	0,527	0,520
		Summe 6304...			0,527	0,001	0,528	0,528	0,520
1/6303		Beteiligungen an EG-Programmen:							
1/63038	43	Aufwendungen							
		Summe 630...		559,826	311,982	27,800	899,608	931,903	868,398

Anmerkungen:

- 1/63008 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

175

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:						
2/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:						
2/6300		Zentralleitung:						
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,003		0,003	0,003	
2/63004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		121,670		121,670	107,670	160,017
	21			0,042		0,042	0,042	0,137
	43			121,628		121,628	107,628	159,880
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	0,066
		Summe 6300...		121,673	0,100	121,773	107,773	160,083
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014	35	Erträge		26,003		26,003	26,003	109,890
	38			0,001		0,001	0,001	0,950
	38			26,002		26,002	26,002	108,940
2/63017	35	Erlöse			0,002	0,002	0,002	
	38				0,001	0,001	0,001	
	38				0,001	0,001	0,001	
		Summe 6301...		26,003	0,002	26,005	26,005	109,890
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,085
		Summe 630...		147,679	0,102	147,781	133,781	270,058

Anmerkungen:

2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'			350,000		350,000	350,000	336,580
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D)				0,002	0,002	0,002	
1/63126	35	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 6312...			0,001	0,002	0,003	0,003	
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D)				0,003	0,003	0,003	
1/63136	36	Förderungen			175,107		175,107	175,107	160,371
		Summe 6313...			175,107	0,003	175,110	175,110	160,371
1/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus): Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			0,002		0,002	0,002	
1/63155	36	Förderungen (D)				12,000	12,000	12,000	12,000
1/63156	36	Förderungen			988,138		988,138	988,138	456,079
	35				45,000		45,000	60,000	39,976
	36				582,593		582,593	577,593	416,102
	38				360,545		360,545	350,545	
1/63158	36	Aufwendungen			159,390		159,390	113,390	116,443
	36				148,665		148,665	102,665	9,643
	38				10,725		10,725	10,725	106,800
		Summe 6315...			1.147,530	12,001	1.159,531	1.113,531	584,521
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63175	36	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/63176	36	Förderungen			80,687		80,687	81,907	835,227
1/63178	36	Aufwendungen			25,503		25,503	25,503	34,403
		Summe 6317...			106,190	0,001	106,191	107,411	869,630
1/63186	36	Strukturmaßnahmen EU			0,011		0,011	0,011	111,219
	38				0,002		0,002	0,002	90,219
					0,009		0,009	0,009	21,000
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195	23	Bezugsvorschüsse				11,000	11,000	11,000	10,207
	43					2,935	2,935	2,935	2,337
1/63196	43	Förderungen			1,400		1,400	1,400	7,870
		Summe 6319...			1,400	11,000	12,400	12,400	11,422
1/6311		Tourismus:							
1/63114	38	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.							
1/63116	38	Förderungen							346,100
1/63118	38	Aufwendungen							15,648
		Summe 6311...							361,748
		Summe 631...			1.780,239	23,007	1.803,246	1.758,466	2.435,491

Anmerkungen:

1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

1/63175 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.

1/63176 Hievon 1999 60,301 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.

1/63178 Hievon 1999 12,499 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.

0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63171 und

0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63173.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

177

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340		0,340	0,340	0,142
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen			1,770	1,770	1,770	0,791
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	0,933
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	
2/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
2/63154		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen Erfolgswirksame Einnahmen		2,006		2,006	2,006	51,243
	36			2,003		2,003	2,003	51,243
	38			0,003		0,003	0,003	
2/63159		Darlehensrückzahlungen			15,002	15,002	15,002	12,512
	36				15,000	15,000	15,000	12,512
	38				0,002	0,002	0,002	
		Summe 6315...		2,006	15,002	17,008	17,008	63,755
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz	*	72,801		72,801	74,021	83,616
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	0,041
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		0,001	0,001	0,001	
		Summe 6317...		72,803	0,001	72,804	74,024	83,657
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199		Bezugsvorschußsätze			7,800	7,800	7,800	7,778
	23				1,300	1,300	1,300	1,580
	43				6,500	6,500	6,500	6,198
2/6311		Tourismus:						
2/63114	38	Erfolgswirksame Einnahmen						
2/63119	38	Darlehensrückzahlungen						
		Summe 6311...						
		Summe 631...		75,151	24,576	99,727	100,947	156,122

Anmerkungen:

2/63170 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/63175 (0,001 Millionen Schilling), 1/63176 (60,301 Millionen Schilling) und 1/63178 (12,499 Millionen Schilling).

2/63171 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

2/63173 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben		143,490			143,490	139,284	135,047
1/63203	36	Anlagen				5,550	5,550	5,550	5,513
1/63207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,900		2,900	2,900	2,064
	22				2,732		2,732	2,732	1,940
	36				0,168		0,168	0,168	0,124
1/63208	36	Aufwendungen			40,670		40,670	40,670	37,693
		Summe 6320...		143,490	43,570	5,550	192,610	188,404	180,317
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat	*		1,380		1,380	1,380	1,350
		Summe 632...		143,490	44,950	5,550	193,990	189,784	181,667
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		29,689			29,689	28,819	27,511
1/63303	43	Anlagen				1,256	1,256	1,256	1,256
1/63307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,649		0,649	0,649	0,446
	22				0,639		0,639	0,639	0,439
	43				0,010		0,010	0,010	0,007
1/63308	43	Aufwendungen			5,705		5,705	5,705	5,696
		Summe 633...		29,689	6,354	1,256	37,299	36,429	34,909
		Gesamtausgaben 63...		733,005	2.143,525	57,613	2.934,143	2.916,582	3.520,464

Anmerkungen:

1/63217 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6320 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		285,000		285,000	285,000	296,932
2/63205		Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		11,000		11,000	11,000	13,249
	21			0,001		0,001	0,001	
	36			10,999		10,999	10,999	13,249
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen			0,228	0,228	0,228	0,330
		Summe 632...		296,000	0,232	296,232	296,232	310,511
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000		4,000	4,000	3,051
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		286,434		286,434	286,434	230,494
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,012	0,012	0,012	
		Summe 633...		290,434	0,012	290,446	290,446	233,544
		Gesamteinnahmen 63...		809,264	24,922	834,186	821,406	970,236

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/64		Bauten und Technik:							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		14,101			14,101	13,688	12,995
1/64013	37	Anlagen				5,880	5,880	7,480	5,137
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,015		0,015	0,015	0,011
1/64018	37	Aufwendungen			10,200		10,200	19,900	11,382
		Summe 6401...		14,101	10,215	5,880	30,196	41,083	29,526
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		10,475			10,475	10,168	9,609
1/64028	37	Aufwendungen			0,146		0,146	0,146	0,130
		Summe 6402...		10,475	0,146		10,621	10,314	9,739
1/6403		Beschußämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		5,297			5,297	5,403	4,952
1/64033	43	Anlagen				0,360	0,360	0,360	0,331
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,020		0,020	0,020	0,008
1/64038	43	Aufwendungen			1,947		1,947	1,947	1,935
		Summe 6403...		5,297	1,967	0,360	7,624	7,730	7,225
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen				0,034	0,034	0,034	0,162
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,200		0,200	0,200	0,151
1/64068	37	Aufwendungen			0,440		0,440	0,430	0,430
		Summe 6406...			0,640	0,034	0,674	0,664	0,743
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen				2,600	2,600	2,100	0,777
1/64078	43	Aufwendungen			41,161		41,161	39,661	33,652
		Summe 6407...			41,161	2,600	43,761	41,761	34,429
		Summe 640...		29,873	54,129	8,874	92,876	101,552	81,662

Anmerkungen:

1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

181

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/64		Bauten und Technik:						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienvverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,300	0,224
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,007	0,000
		Summe 6401...		0,300	0,007	0,307	0,307	0,224
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		17,240		17,240	17,240	9,022
2/6403		Beschußämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,130		2,130	2,130	1,875
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6403...		2,130	0,004	2,134	2,134	1,875
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,700		2,700	2,700	2,524
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6406...		2,700	0,004	2,704	2,704	2,524
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6407...		0,010	0,002	0,012	0,012	
		Summe 640...		22,380	0,017	22,397	22,397	13,646

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)				0,005	0,005	0,005	0,442
1/64146	12	Förderungen			4,658	4,658	4,658	4,658	6,991
1/64148	12	Aufwendungen			0,003	0,003	0,003	0,003	1,286
		Summe 6414			4,661	0,005	4,666	4,666	8,719
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D)				0,910	0,910	0,910	0,912
1/64156	33	Förderungen			0,003	0,003	0,003	0,003	
		Summe 6415			0,003	0,910	0,913	0,913	0,912
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	*		497,063	497,063	390,228	56,041	
	33				497,062	497,062	390,227	56,041	
	34				0,001	0,001	0,001		
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D)				0,005	0,005	0,005	
1/64176	12	Förderungen			27,339	27,339	27,339	36,620	
1/64178	12	Aufwendungen			12,000	12,000	12,000	14,033	
		Summe 6417			39,339	0,005	39,344	39,344	50,652
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen			0,100	0,100	0,100	0,095	
1/64188	12	Aufwendungen			2,217	2,217	2,317	1,043	
		Summe 6418			2,317		2,317	2,417	1,138
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen			29,500	29,500	29,500	10,500	
1/64198	43	Aufwendungen			7,145	7,145	7,145	6,100	
		Summe 6419			36,645		36,645	36,645	16,600
		Summe 641			580,028	0,920	580,948	474,213	134,062

Anmerkungen:

1/641 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.

1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

183

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen		0,027		0,027	0,027	0,035
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen			0,124	0,124	0,124	0,086
		Summe 6412...		0,027	0,124	0,151	0,151	0,122
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700		0,700	0,700	0,793
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen			5,000	5,000	5,000	4,256
		Summe 6414...		0,700	5,000	5,700	5,700	5,049
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen			0,300	0,300	0,300	0,638
		Summe 6415...		0,003	0,300	0,303	0,303	0,638
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	497,063		497,063	390,228	53,578
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,830		1,830	1,830	8,496
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen			0,200	0,200	0,200	
		Summe 6417...		1,830	0,200	2,030	2,030	8,496
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 6418...		499,625	5,624	505,249	398,414	67,884

Anmerkungen:

2/64160 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen: Bundesstraßen B							
1/64203	32	Anlagen	*			2.327,215	2.327,215	2.619,216	2.135,839
1/64208	32	Aufwendungen	*		1.450,000		1.450,000	1.300,000	1.291,446
		Summe 6420...			1.450,000	2.327,215	3.777,215	3.919,216	3.427,286
1/6422		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben): Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*			260,000	260,000	260,000	231,735
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			16,000		16,000	16,000	13,571
1/64228	32	Aufwendungen	*		2.757,000		2.757,000	2.690,000	2.538,727
		Summe 6422...			2.773,000	260,000	3.033,000	2.966,000	2.784,033
1/6423		Bundesstraßen A + S: Bundesstraßen A							
1/64233	32	Anlagen				100,000	100,000	100,000	
1/64238	32	Aufwendungen							
		Summe 6423...				100,000	100,000	100,000	
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen				414,000	414,000	394,000	296,256
1/64258	32	Aufwendungen			41,000		41,000	40,000	37,656
		Summe 6425...			41,000	414,000	455,000	434,000	333,911
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen			252,671		252,671	241,693	148,866

Anmerkungen:

- 1/642 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64203 Hievon 1999 270,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64208 Hievon 1999 215,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64223 Hievon 1999 45,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64228 Hievon 1999 270,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.
- 1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/642		Bundesstraßenverwaltung:						
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	690,000		690,000	690,000	887,244
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*		110,000	110,000	110,000	139,414
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen		140,008		140,008	140,005	5,106
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen			8,700	8,700	8,700	4,292
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	455,000		455,000	434,000	379,294
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	252,671		252,671	241,693	148,439

Anmerkungen:

- 2/64200) Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (270,000 Millionen Schilling),
2/64202) 1/64208 (215,000 Millionen Schilling), 1/64223 (45,000 Millionen Schilling) und
1/64228 (270,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.
2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/6427		Straßenforschung:							
1/64275	12	Förderungen (D)				0,004	0,004	0,004	
1/64276	12	Förderungen			8,900		8,900	8,900	2,838
1/64278	12	Aufwendungen			27,000		27,000	27,000	16,374
		Summe 6427			35,900	0,004	35,904	35,904	19,212
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/64293	32	Anlagen				0,001	0,001	0,001	8.500,000
1/64298	32	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	1,298
1/64297	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (zweckgeb. Geb.)							
		Summe 6429			0,001	0,002	0,003	0,003	8.501,298
1/6421		Bundesstraßen S:							
1/64213	32	Anlagen							-0,935
1/64218	32	Aufwendungen							
		Summe 6421							-0,935
1/6424		Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):							
1/64243	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)							
1/64247	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)							0,122
1/64248	32	Aufwendungen							14,499
		Summe 6424							14,622
1/64288	32	Zahlungen gem. Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 ..							77.913,039
		Summe 642			4.552,572	3.101,221	7.653,793	7.696,816	93.141,331
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben		42,992			42,992	41,732	37,591
1/64403	33	Anlagen	*		3,380		3,380	3,380	2,968
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,500		0,500	0,500	0,339
1/64408	33	Aufwendungen	*		167,904		167,904	167,904	146,866
		Summe 6440		42,992	168,404	3,380	214,776	213,516	187,764
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben		69,482			69,482	68,062	61,763
1/64418	33	Aufwendungen			10,772		10,772	10,772	6,218
		Summe 6441		69,482	10,772		80,254	78,834	67,980
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz			4,526		4,526	4,526	4,526
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*		16,000		16,000	16,000	16,000
		Summe 644		112,474	199,702	3,380	315,556	312,876	276,270

Anmerkungen:

- 1/64403 Hievon 1999 0,501 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64408 Hievon 1999 69,699 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

187

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/6427		Straßenforschung:						
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,250		0,250	0,250	0,270
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen			0,100	0,100	0,100	
		Summe 6427...		0,250	0,100	0,350	0,350	0,270
2/6429		Straßengesellschaften:						
2/64290	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						
2/64291	32	Zweckgebundene Einnahmen aus Autobahngebühren ..						
2/64294	32	Erfolgswirksame Einnahmen aus Autobahngebühren ..						
2/64297	32	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 6429...						
		Summe 642...		1.537,929	118,800	1.656,729	1.624,748	1.564,058
2/644		Wasserbauverwaltung:						
2/6440		Wasserstraßendirektion:						
2/64400	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	70,200		70,200	70,200	69,500
2/64404	33	Erfolgswirksame Einnahmen		22,408		22,408	22,408	16,316
	37			22,368		22,368	22,368	16,279
	37			0,040		0,040	0,040	0,038
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,155	0,155	0,155	0,038
		Summe 6440...		92,608	0,155	92,763	92,763	85,854
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:						
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft		80,000		80,000	80,000	74,626
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen	*	16,000		16,000	16,000	16,000
		Summe 644...		188,608	0,155	188,763	188,763	176,479

Anmerkungen:

- 2/64400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64403 (0,501 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/64408 (69,699 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		385,455			385,455	383,821	366,646
1/64503	37	Anlagen				11,000	11,000	11,000	6,987
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,000	0,694
1/64508	37	Aufwendungen			48,498		48,498	48,498	41,924
		Summe 6450...		385,455	49,498	11,000	445,953	444,319	416,251
1/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg: *							
1/64523	37	Anlagen				1,100	1,100	1,100	0,427
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,100		1,100	1,100	4,829
1/64528	37	Aufwendungen			14,000		14,000	14,000	9,541
		Summe 6452...			15,100	1,100	16,200	16,200	14,797
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		489,762			489,762	481,935	463,702
1/64533	37	Anlagen				10,855	10,855	10,855	9,176
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,504		0,504	0,504	0,424
1/64538	37	Aufwendungen			59,806		59,806	57,806	50,220
		Summe 6453...		489,762	60,310	10,855	560,927	551,100	523,521
1/64548	37	Zahlungen an die BIG			5,000		5,000	5,000	5,167
		Summe 645...		875,217	129,908	22,955	1.028,080	1.016,619	959,736

Anmerkungen:

1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

189

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		25,000		25,000	25,000	25,352
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,035	0,035	0,035	0,098
		Summe 6450...		25,000	0,035	25,035	25,035	25,450
2/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,200		11,200	11,200	16,572
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	11,202	16,572
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		94,239		94,239	94,239	78,859
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,057	0,057	0,057	0,093
		Summe 6453...		94,239	0,057	94,296	94,296	78,951
		Summe 645...		130,439	0,094	130,533	130,533	120,973

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		37,814			37,814	42,870	41,865
1/64603	37	Anlagen				0,700	0,700	0,700	0,822
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			280,201		280,201	280,201	271,659
1/64608	37	Aufwendungen	*		231,420		231,420	242,000	228,916
		Summe 6460...		37,814	511,621	0,700	550,135	565,771	543,262
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	*			21,000	21,000	21,000	31,001
	11					10,649	10,649	10,649	1,744
	12					10,351	10,351	10,351	29,258
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	*			30,000	30,000	30,000	19,906
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	*			35,000	35,000	35,000	27,960
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	*			7,500	7,500	7,500	7,609
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege				69,530	69,530	69,530	18,815
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen.			0,003		0,003	0,003	
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			12,600		12,600	12,600	15,074
	11				1,500		1,500	1,500	0,007
	12				0,500		0,500	0,500	3,549
	37				7,000		7,000	7,000	8,638
	43				3,600		3,600	3,600	2,879
		Summe 646...		37,814	524,224	163,730	725,768	741,404	663,626

Anmerkungen:

- 1/646 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64608 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64613 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64633 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64663 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64673 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

191

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	30,001	30,001	30,001	27,795
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		365,432	365,432	365,432	383,137
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,054	0,054	0,054
		Summe 646...		395,433	0,054	395,487	395,487	410,932

Anmerkungen:

2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling),
1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling),
1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (3,992 Millionen Schilling),
1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (26,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			310,000		310,000	360,000	352,751
	11				130,000		130,000	130,000	102,775
	12				85,000		85,000	90,000	56,652
	43				95,000		95,000	140,000	193,323
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*			1.017,000	1.017,000	915,000	468,530
1/64718	11	Aufwendungen	*		560,000		560,000	540,000	433,052
		Summe 6471...			560,000	1.017,000	1.577,000	1.455,000	901,582
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*			425,700	425,700	325,003	284,497
1/64728	12	Aufwendungen	*		350,000		350,000	330,000	266,528
		Summe 6472...			350,000	425,700	775,700	655,003	551,025
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738	23	Aufwendungen	*		780,000		780,000	835,000	859,592
	41				16,397		16,397	16,397	25,919
					763,603		763,603	818,603	833,674
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743	11	Anlagen	*			335,000	335,000	312,000	257,602
	34					135,006	135,006	105,006	89,190
						199,994	199,994	206,994	168,412
1/64748	11	Aufwendungen	*		110,000		110,000	110,000	94,955
	34				52,821		52,821	52,821	61,435
					57,179		57,179	57,179	33,520
		Summe 6474...			110,000	335,000	445,000	422,000	352,557

Anmerkungen:

- 1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64713 Hievon 1999 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64718 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64723 Hievon 1999 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64728 Hievon 1999 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64738 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling bei VA-Ansatz 2/54602, 3,992 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 0,007 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64743 Hievon 1999 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64748 Hievon 1999 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

193

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	27,081	27,081	27,081	57,985
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	2,000	2,000	0,861
		Summe 647...		29,081	29,081	29,081	58,846

Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,011 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,007 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (10,032 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,009 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*			2.069,374	2.069,374	2.264,986	2.702,624
	12					0,003	0,003	0,003	
	13					459,978	459,978	564,277	616,470
	23					0,958	0,958	0,958	0,281
	42					287,994	287,994	345,994	346,626
	43					1.320,441	1.320,441	1.353,754	1.739,247
1/64758		Aufwendungen	*		1.180,000		1.180,000	1.220,000	1.258,889
	12				0,001		0,001	0,001	
	13				170,000		170,000	180,000	163,350
	21				0,004		0,004	0,004	20,168
	23				36,000		36,000	36,000	113,419
	37				0,004		0,004	0,004	2,442
	42				40,000		40,000	40,000	91,811
	43				933,991		933,991	963,991	867,698
		Summe 6475...			1.180,000	2.069,374	3.249,374	3.484,986	3.961,513
		Summe 647...			3.290,000	3.847,074	7.137,074	7.211,989	6.979,020
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:							
		<i>Einrichtungen des Eichwesens</i>							
1/64900	43	Personalausgaben		748,099			748,099	734,977	96,830
1/64903	43	Anlagen			24,571	24,571	24,571	24,571	9,118
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			22,660	22,660	22,660	22,660	2,228
	22				21,876	21,876	21,876	21,876	2,045
	43				0,784	0,784	0,784	0,784	0,183
1/64908	43	Aufwendungen			136,370	136,370	136,370	136,370	28,149
		Summe 6490...		748,099	159,030	24,571	931,700	918,578	136,325
1/6491		<i>Einrichtungen des Vermessungswesens:</i>							
1/64910	43	Personalausgaben							614,455
1/64913	43	Anlagen							22,187
1/64917		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							15,513
	22								15,002
	43								0,510
1/64918	43	Aufwendungen							111,140
		Summe 6491...							763,295
		Summe 649...		748,099	159,030	24,571	931,700	918,578	899,619
		Gesamtausgaben 64...		1.803,477	9.489,593	7.172,725	18.465,795	18.474,047	103.135,326

Anmerkungen:

1/64753 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 10,032 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352.

1/64758 Hievon 1999 26,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 17,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

195

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:						
		<i>Einrichtungen des Eichwesens</i>						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		249,681		249,681	249,681	96,925
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,120	0,120	0,120	
			Summe 6490...	249,681	0,120	249,801	249,801	96,925
2/6491		<i>Einrichtungen des Vermessungswesens:</i>						
2/64914	43	Erfolgswirksame Einnahmen						76,829
2/64917	43	Bestandswirksame Einnahmen						0,030
			Summe 6491...					76,859
			Summe 649...	249,681	0,120	249,801	249,801	173,784
			Gesamteinnahmen 64...	3.053,176	124,864	3.178,040	3.039,224	2.586,602

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/65		Verkehr und Telekom:							
1/650		<i>Verkehr und öffentliche Wirtschaft</i>							
		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:							
		Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst							
1/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:							
1/65000	43	Personalausgaben		291,179			291,179	282,072	268,888
1/65003	43	Anlagen				7,528	7,528	90,868	253,144
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			19,134		19,134	19,134	14,826
	22				5,602		5,602	5,602	5,214
	43				13,532		13,532	13,532	9,612
1/65008	43	Aufwendungen	*		142,162		142,162	148,162	88,034
		Summe 6500...		291,179	161,296	7,528	460,003	540,236	624,892
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		35,718			35,718	34,897	33,382
1/65013	43	Anlagen				8,128	8,128	8,128	3,400
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,269		2,269	2,269	1,302
	22				1,681		1,681	1,681	1,189
	43				0,588		0,588	0,588	0,113
1/65018	43	Aufwendungen			24,680		24,680	24,680	21,162
		Summe 6501...		35,718	26,949	8,128	70,795	69,974	59,247
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen				30,455	30,455	30,455	18,445
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,067		4,067	4,067	3,032
1/65028	43	Aufwendungen			107,408		107,408	107,408	99,133
		Summe 6502...			111,475	30,455	141,930	141,930	120,610
		Summe 650...		326,897	299,720	46,111	672,728	752,140	804,749
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/65108	33	Verkehrsverbände			657,700		657,700	657,700	607,673
1/65118		Allgemeiner Verkehr			67,280		67,280	73,280	38,801
		<i>Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr</i>							
	12				1,810		1,810	1,810	1,384
	33				65,470		65,470	71,470	37,417
1/65133		Kapitalbeteiligungen				0,008	0,008	0,006	3.390,000
	33					0,006	0,006	0,004	3.140,000
	36					0,001	0,001	0,001	250,000
	38					0,001	0,001	0,001	
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur			11.000,201		11.000,201	12.330,200	11.500,200
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen			8.823,723		8.823,723	8.823,723	8.823,723
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA) ...			1.400,000		1.400,000	1.400,000	1.400,000
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control			0,002		0,002	0,002	
1/65128	33	EU-TEN-Projekte (zweckgeb. Geb.)							73,537
		Summe 651...			21.948,906	0,008	21.948,914	23.284,911	25.833,933

Anmerkungen:

1/65008 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/651 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

197

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
2/65		Verkehr und Telekom:						
		<i>Verkehr und öffentliche Wirtschaft</i>						
2/650		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:						
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst</i>						
2/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,932		8,932	8,832	10,376
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	0,064
		Summe 6500...		8,933	0,030	8,963	8,863	10,440
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,746		20,746	20,746	21,970
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	0,011	0,087
		Summe 6501...		20,746	0,011	20,757	20,757	22,056
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		674,995		674,995	639,995	6.063,313
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005	0,049
		Summe 6502...		674,995	0,005	675,000	640,000	6.063,362
		Summe 650...		704,674	0,046	704,720	669,620	6.095,859
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/65137	36	Erlöse			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6513...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/65104	33	Verkehrsverbände						
2/65120	33	EU-TEN-Projekte (zweckgeb. Einnahmen)						73,537
2/65144	33	Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur						3.300,000
		Summe 651...		0,001	0,001	0,002	0,002	3.373,537

Anmerkungen:

2/65000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*		1.500,001		1.500,001	1.500,000	1.500,000
1/65222		Sondervorhaben-Technologie/ Exportoffensive: Sondervorhaben-Technologie/Exportoffensiv e							
1/65226		Förderungen			0,008		0,008	0,008	11,545
	33	Sondervorhaben - Technologie			0,001		0,001	0,001	
	36				0,007		0,007	0,007	11,545
1/65228	36	Aufwendungen			0,003		0,003		
		Summe 6522...			0,011		0,011	0,008	11,545
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung	*		0,006		0,006	0,006	182,152
	33				0,001		0,001	0,001	6,986
	36				0,005		0,005	0,005	175,166
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen			72,330		72,330	72,330	73,194
1/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/65255	36	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/65256	36	Förderungen			100,058		100,058	100,058	97,544
1/65258	36	Aufwendungen			7,708		7,708	7,708	7,246
		Summe 6525...			107,766	0,001	107,767	107,767	104,790
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen			424,696		424,696	424,696	422,244
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:							
1/65275	36	Förderungen (D)	*			0,002	0,002	0,002	1,571
1/65276	36	Förderungen	*		50,699		50,699	51,919	94,389
1/65278	36	Aufwendungen	*		38,700		38,700	41,140	39,437
		Summe 6527...			89,399	0,002	89,401	93,061	135,397
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286		Förderungen			8,061		8,061	8,061	6,082
	33				8,059		8,059	8,059	6,082
	38				0,002		0,002	0,002	
1/65295		Bezugsvorschüsse				2,494	2,494	2,494	1,419
	23					0,632	0,632	0,632	0,300
	43					1,862	1,862	1,862	1,119
		Summe 652...			2.202,270	2,497	2.204,767	2.208,423	2.436,823

Anmerkungen:

- 1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65204 Hievon 1999 1.044,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661 sowie 456,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.
1/65275 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65276 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65278 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/65270 (22,100 Millionen Schilling), 2/65271 (0,400 Millionen Schilling) und 2/65273 (16,200 Millionen Schilling).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen			3,098	3,098	3,228	3,361
2/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,176
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	0,035
		Summe 6525...		0,002	0,001	0,003	0,003	0,211
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)	*	72,801		72,801	74,021	82,237
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,400		0,400	0,440	2,369
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		16,200	16,200	18,600	19,097
		Summe 6527...		73,201	16,200	89,401	93,061	103,703
2/65299	23 43	Bezugsvorschußsätze			1,310	1,310	1,310	1,484
					0,190	0,190	0,190	0,207
					1,120	1,120	1,120	1,276
		Summe 652...		73,203	20,609	93,812	97,602	108,759

Anmerkungen:

- 2/65270 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058. Korrespondierende Ausgaben 1999 bei den VA-Ansätzen 1/65275 (0,002 Millionen Schilling), 1/65276 (50,699 Millionen Schilling) und 1/65278 (22,100 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/65271 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
- 2/65273 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997	
				pers.	sachl.					
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:								
1/65500	33	Personalausgaben		16, 947			16, 947	16, 551	15, 627	
1/65503	33	Anlagen				5, 794	5, 794	5, 794	1, 421	
1/65508	33	Aufwendungen			12, 688		12, 688	10, 988	6, 281	
				Summe 655...	16, 947	12, 688	5, 794	35, 429	33, 333	23, 329
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.): *								
1/65703	32	Anlagen				1, 200	1, 200	1, 200	0, 128	
1/65706	32	Förderungen			19, 000		19, 000	19, 000	13, 754	
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			28, 280		28, 280	28, 280	20, 507	
1/65708	32	Aufwendungen			7, 523		7, 523	7, 523	5, 459	
				Summe 657...		54, 803	1, 200	56, 003	56, 003	39, 847
				Gesamtausgaben 65...	343, 844	24. 518, 387	55, 610	24. 917, 841	26. 334, 810	29. 138, 682

Anmerkungen:

1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

201

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		1,802		1,802	1,802	1,356
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,044	0,044	0,044	0,019
		Summe 655...		1,802	0,044	1,846	1,846	1,375
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		56,003		56,003	56,003	40,907
		Gesamteinnahmen 65...		835,683	20,700	856,383	825,073	9.620,436

Anmerkungen:

2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
				pers.	sachl.				
1/71		Bundestheater:							
1/710		Personalausgaben:							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand		1.574,851			1.574,851	1.574,851	1.598,155
1/71010	13	Pensionsaufwand		837,789			837,789	837,789	789,141
		Summe 710...		2.412,640			2.412,640	2.412,640	2.387,296
1/711		Sachausgaben:							
1/71133	13	Anlagen	*			115,000	115,000	115,000	123,126
1/71155	13	Förderungen (D)				1,998	1,998	1,998	0,584
	23					1,398	1,398	1,398	0,499
						0,600	0,600	0,600	0,085
1/71156	13	Förderungen			0,002		0,002	0,002	
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,000		60,000	60,000	57,635
1/71188	13	Aufwendungen	*		435,000		435,000	435,000	440,999
		Summe 711...			495,002	116,998	612,000	612,000	622,345
		Gesamtausgaben 71...		2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	3.009,641

Anmerkungen:

1/71133 Hievon 1999 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

1/71188 Hievon 1999 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

203

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundeshvoranschlag 1999	Bundeshvoranschlag 1998	Erfolg 1997
2/71		Bundestheater:						
2/71159	13	Darlehensrückzahlungen			2,000	2,000	2,000	1,060
	23				1,860	1,860	1,860	0,829
					0,140	0,140	0,140	0,231
2/712		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,006		0,006	0,006	3,155
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen		39,329		39,329	39,329	48,389
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	1,824
		Summe 712...		39,335	0,100	39,435	39,435	53,368
2/713		Übrige Einnahmen:						
2/71304	13	Tageseinnahmen		489,200		489,200	489,200	539,298
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen		19,553		19,553	19,553	3,413
		Summe 713...		508,753		508,753	508,753	542,711
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge		122,812		122,812	122,812	133,544
		Gesamteinnahmen 71...		670,900	2,100	673,000	673,000	730,684

Anmerkungen:

2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundeshvoranschlag 1999	Bundeshvoranschlag 1998	Erfolg 1997
1/71	Betriebsausgaben	3.024,640	3.024,640	3.009,641
2/71	Betriebseinnahmen	673,000	673,000	730,684
	Betriebsabgang ..	2.351,640	2.351,640	2.278,957

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
		pers.	sachl.				
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	36,074	22,481	2,900	61,455	61,755	61,082
02	Bundesgesetzgebung	197,989	1.336,782	53,153	1.587,924	1.607,642	1.888,184
03	Verfassungsgerichtshof	28,620	36,375	1,645	66,640	65,120	64,126
04	Verwaltungsgerichtshof	117,918	16,185	5,275	139,378	137,762	128,504
05	Volksanwaltschaft	29,654	22,550	1,110	53,314	52,489	43,678
06	Rechnungshof	236,540	68,183	5,721	310,444	298,947	262,669
	Gruppe 0...	646,795	1.502,556	69,804	2.219,155	2.223,715	2.448,243
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.328,031	3.783,802	124,706	5.236,539	5.051,226	5.403,369
11	Inneres	15.857,000	6.164,996	1.174,366	23.196,362	22.622,869	21.347,150
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	27.351,500	44.521,360	833,992	72.706,852	69.487,042	67.713,389
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.176,803
14	Wissenschaft und Forschung	12.650,986	14.147,104	1.520,200	28.318,290	27.854,292	25.736,074
15	Soziales	1.656,294	84.696,194	311,807	86.664,295	85.902,788	88.862,606
16	Sozialversicherung		71.152,900		71.152,900	70.993,766	70.207,959
17	Gesundheit	157,946	12.437,492	24,300	12.619,738	12.356,367	11.010,888
18	Umwelt	282,047	4.274,607	33,860	4.590,514	3.888,514	2.952,316
19	Jugend und Familie		56.602,396	996,000	57.598,396	55.561,811	54.981,211
	Gruppe 1...	59.283,804	298.920,500	5.029,582	363.233,886	354.868,675	349.391,764
20	Äußeres	862,300	3.003,482	224,218	4.090,000	4.330,000	3.956,609
30	Justiz	5.822,001	4.865,634	214,050	10.901,685	10.526,494	10.015,232
40	Militärische Angelegenheiten	10.421,543	11.011,738	96,652	21.529,933	21.407,933	21.132,182
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	23.858,026	19.385,300	115,791	43.359,117	43.418,825	41.033,277
51	Kassenverwaltung	0,002	4.211,042	110,154	4.321,198	4.682,725	7.057,465
52	Öffentliche Abgaben		162,220		162,220	162,220	130,805
53	Finanzausgleich		44.496,566		44.496,566	43.020,446	40.796,243
54	Bundesvermögen		5.246,223	11.041,179	16.287,402	16.618,023	18.954,662
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	32.558,785	44.231,686	1,379	76.791,850	73.158,781	72.296,151
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		195,616		195,616		
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen					0,028	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		107.277,771		107.277,771		
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge					104.376,283	100.017,259
	Gruppe 5...	56.416,813	225.206,424	11.268,503	292.891,740	285.437,331	280.285,860
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	1.686,580	21.600,803	159,775	23.447,158	24.565,306	26.602,576
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	733,005	2.143,525	57,613	2.934,143	2.916,582	3.520,464
64	Bauten und Technik	1.803,477	9.489,593	7.172,725	18.465,795	18.474,047	103.135,326
65	Verkehr und Telekom	343,844	24.518,387	55,610	24.917,841	26.334,810	29.138,682
	Gruppe 6...	4.566,906	57.752,308	7.445,723	69.764,937	72.290,745	162.397,047
	Gruppe 0 bis 6...	138.020,162	602.262,642	24.348,532	764.631,336	751.084,893	829.626,937
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	3.009,641
	Gruppe 7...	2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	3.009,641
	Summe Allgemeiner Haushalt...	140.432,802	602.757,644	24.465,530	767.655,976	754.109,533	832.636,578
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.885,750
54	Bundesvermögen		0,004		0,004	0,004	
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen			0,021	0,021		
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen					0,028	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			179.077,286	179.077,286		
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge					157.021,175	114.448,056
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,004	254.077,307	254.077,311	232.021,207	167.333,806
	Gesamtausgaben...	140.432,802	602.757,648	278.542,837	1.021.733,287	986.130,740	999.970,384

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1999

205

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	EINNAHMEN	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1999	Bundesvor- anschlag 1998	Erfolg 1997
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	1,045	0,193	1,238	1,238	1,169	
02	Bundesgesetzgebung	35,838	0,698	36,536	36,536	59,524	
03	Verfassungsgerichtshof	0,849	0,151	1,000	1,000	0,725	
04	Verwaltungsgerichtshof	4,697	0,303	5,000	5,000	4,790	
05	Volksanwaltschaft	1,727	0,083	1,810	1,810	1,601	
06	Rechnungshof	1,239	0,761	2,000	2,000	1,752	
	Gruppe 0...	45,395	2,189	47,584	47,584	69,562	
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	709,021	5,037	714,058	768,605	742,396	
11	Inneres	1.313,235	47,050	1.360,285	1.302,972	1.274,538	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	803,828	46,223	850,051	848,473	802,605	
13	Kunst	0,157	0,051	0,208	0,208	0,095	
14	Wissenschaft und Forschung	882,652	28,346	910,998	923,998	815,437	
15	Soziales	57.063,011	48,614	57.111,625	57.163,592	59.794,264	
16	Sozialversicherung	139,004		139,004	135,004	219,312	
17	Gesundheit	890,778	0,022	890,800	929,800	816,191	
18	Umwelt	532,076	0,918	532,994	124,099	10,707	
19	Jugend und Familie	61.431,501	415,732	61.847,233	59.234,481	55.425,744	
	Gruppe 1...	123.765,263	591,993	124.357,256	121.431,232	119.901,289	
20	Äußeres	97,736	27,789	125,525	125,525	113,991	
30	Justiz	7.657,622	13,550	7.671,172	7.233,059	6.700,328	
40	Militärische Angelegenheiten	523,884	28,116	552,000	538,000	675,683	
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	18.892,762	219,730	19.112,492	19.112,886	19.958,685	
51	Kassenverwaltung	14.419,316	4.947,784	19.367,100	16.896,143	22.802,618	
52	Öffentliche Abgaben	456.892,237		456.892,237	452.637,176	413.189,299	
53	Finanzausgleich	5.537,209		5.537,209	5.278,365	4.946,868	
54	Bundesvermögen	13.392,202	14.557,904	27.950,106	24.209,237	127.346,855	
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	18.737,452	0,685	18.738,137	18.153,702	21.979,665	
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	195,616		195,616			
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen				0,028		
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	8.686,624		8.686,624			
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge				13.043,538	11.286,797	
	Gruppe 5...	536.753,418	19.726,103	556.479,521	549.331,075	621.510,788	
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	2.726,038	9,042	2.735,080	2.734,646	2.538,143	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	809,264	24,922	834,186	821,406	970,236	
64	Bauten und Technik	3.053,176	124,864	3.178,040	3.039,224	2.586,602	
65	Verkehr und Telekom	835,683	20,700	856,383	825,073	9.620,436	
	Gruppe 6...	7.424,161	179,528	7.603,689	7.420,349	15.715,416	
	Gruppe 0 bis 6...	676.267,479	20.569,268	696.836,747	686.126,824	764.687,056	
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	670,900	2,100	673,000	673,000	730,684	
	Gruppe 7...	670,900	2,100	673,000	673,000	730,684	
	Summe Allgemeiner Haushalt...	676.938,379	20.571,368	697.509,747	686.799,824	765.417,739	
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung		75.000,000	75.000,000	75.000,000	52.887,500	
54	Bundesvermögen						
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen		0,021	0,021			
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen				0,028		
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		249.223,519	249.223,519			
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge				224.330,888	181.665,144	
	Summe Ausgleichshaushalt...		324.223,540	324.223,540	299.330,916	234.552,644	
	Gesamteinnahmen...	676.938,379	344.794,908	1.021.733,287	986.130,740	999.970,384	

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.	sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
			Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	36,074	22,481	2,900	25,381	61,455	1,045	0,193	1,238	- 60,217
02	Bundesgesetzgebung	197,989	1.336,782	53,153	1.389,935	1.587,924	35,838	0,698	36,536	- 1.551,388
03	Verfassungsgerichtshof	28,620	36,375	1,645	38,020	66,640	0,849	0,151	1,000	- 65,640
04	Verwaltungsgerichtshof	117,918	16,185	5,275	21,460	139,378	4,697	0,303	5,000	- 134,378
05	Volksanwaltschaft	29,654	22,550	1,110	23,660	53,314	1,727	0,083	1,810	- 51,504
06	Rechnungshof	236,540	68,183	5,721	73,904	310,444	1,239	0,761	2,000	- 308,444
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.328,031	3.783,802	124,706	3.908,508	5.236,539	709,021	5,037	714,058	- 4.522,481
11	Inneres	15.857,000	6.164,996	1.174,366	7.339,362	23.196,362	1.313,235	47,050	1.360,285	-21.836,077
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	27.351,500	44.521,360	833,992	45.355,352	72.706,852	803,828	46,223	850,051	-71.856,801
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	0,157	0,051	0,208	- 1.149,792
14	Wissenschaft und Forschung	12.650,986	14.147,104	1.520,200	15.667,304	28.318,290	882,652	28,346	910,998	-27.407,292
15	Soziales	1.656,294	84.696,194	311,807	85.008,001	86.664,295	57.063,011	48,614	57.111,625	-29.552,670
16	Sozialversicherung		71.152,900		71.152,900	71.152,900	139,004		139,004	-71.013,896
17	Gesundheit	157,946	12.437,492	24,300	12.461,792	12.619,738	890,778	0,022	890,800	-11.728,938
18	Umwelt	282,047	4.274,607	33,860	4.308,467	4.590,514	532,076	0,918	532,994	- 4.057,520
19	Jugend und Familie		56.602,396	996,000	57.598,396	57.598,396	61.431,501	415,732	61.847,233	+ 4.248,837
20	Äußeres	862,300	3.003,482	224,218	3.227,700	4.090,000	97,736	27,789	125,525	- 3.964,475
30	Justiz	5.822,001	4.865,634	214,050	5.079,684	10.901,685	7.657,622	13,550	7.671,172	- 3.230,513
40	Militärische Angelegenheiten	10.421,543	11.011,738	96,652	11.108,390	21.529,933	523,884	28,116	552,000	-20.977,933
50	Finanzverwaltung	23.858,026	19.385,300	115,791	19.501,091	43.359,117	18.892,762	219,730	19.112,492	-24.246,625
51	Kassenverwaltung	0,002	4.211,042	110,154	4.321,196	4.321,198	14.419,316	4.947,784	19.367,100	+15.045,902
52	Öffentliche Abgaben		162,220		162,220	162,220	456.892,237		456.892,237	+456730,017
53	Finanzausgleich		44.496,566		44.496,566	44.496,566	5.537,209		5.537,209	-38.959,357
54	Bundesvermögen		5.246,223	11.041,179	16.287,402	16.287,402	13.392,202	14.557,904	27.950,106	+11.662,704
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	32.558,785	44.231,686	1,379	44.233,065	76.791,850	18.737,452	0,685	18.738,137	-58.053,713
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.		195,616		195,616	195,616			195,616	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge		107.277,771		107.277,771	107.277,771	8.686,624		8.686,624	-98.591,147
60	Land- und Forstwirtschaft	1.686,580	21.600,803	159,775	21.760,578	23.447,158	2.726,038	9,042	2.735,080	-20.712,078
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	733,005	2.143,525	57,613	2.201,138	2.934,143	809,264	24,922	834,186	- 2.099,957
64	Bauten und Technik	1.803,477	9.489,593	7.172,725	16.662,318	18.465,795	3.053,176	124,864	3.178,040	-15.287,755
65	Verkehr und Telekom	343,844	24.518,387	55,610	24.573,997	24.917,841	835,683	20,700	856,383	-24.061,458
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	612,000	3.024,640	670,900	2,100	673,000	- 2.351,640
	Summe Allgemeiner Haushalt...	140.432,802	602.757,644	24.465,530	627.223,174	767.655,976	676.938,379	20.571,368	697.509,747	-70.146,229
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000		75.000,000	75.000,000	
54	Bundesvermögen		0,004		0,004	0,004				- 0,004
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.			0,021	0,021	0,021		0,021	0,021	
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge			179.077,286	179.077,286	179.077,286		249.223,519	249.223,519	+70.146,233
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,004	254.077,307	254.077,311	254.077,311		324.223,540	324.223,540	+70.146,229
	Summe Gesamthaushalt...	140.432,802	602.757,648	278.542,837	881.300,485	1021733,287	676.938,379	344.794,908	1021733,287	
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	107.036,227								
	Pensionsaufwand	33.396,575								

BUNDESVORANSCHLAG 1999

207

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1998
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe							
	Allgemeiner Haushalt										
01	Präsidentschaftskanzlei +	0,288 -	0,588 -	0,300 -	0,300 -	0,300	+ 0,300
02	Bundesgesetzgebung	+ 6,000	- 28,717 +	2,999 -	25,718 -	19,718 -	19,718	+ 19,718
03	Verfassungsgerichtshof	+ 0,260	+ 1,260 +	1,260 +	1,520 +	1,520	- 1,520
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 1,148	+ 0,468 +	0,468 +	1,616 +	1,616	- 1,616
05	Volksanwaltschaft	+ 0,725	+ 0,100 +	0,100 +	0,825 +	0,825	- 0,825
06	Rechnungshof	+ 8,806	+ 4,071 -	1,380 +	2,691 +	11,497 +	11,497	- 11,497
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 37,602 +	288,797 -	65,882 +	222,915 +	185,313 -	54,476 -	0,071 -	54,547 -	239,860 -	239,860
11	Inneres	+ 391,000	+ 154,386 +	28,107 +	182,493 +	573,493 +	62,661 -	5,348 +	57,313 -	516,180 -	516,180
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+ 1.363,000	+ 1.838,872 +	17,938 +	1.856,810 +	3.219,810 +	1,654 -	0,076 +	1,578 -	3.218,232 -	3.218,232
13	Kunst
14	Wissenschaft und Forschung	+ 111,828	+ 352,170 +	352,170 +	463,998 -	13,000 -	13,000 -	476,998 -	476,998
15	Soziales	- 6,574 +	772,512 -	4,431 +	768,081 +	761,507 -	50,454 -	1,513 -	51,967 -	813,474 -	813,474
16	Sozialversicherung +	159,134 +	159,134 +	159,134 +	4,000 -	4,000 -	155,134 -	155,134
17	Gesundheit	+ 2,814	+ 261,057 -	0,500 +	260,557 +	263,371 -	39,000 -	39,000 -	302,371 -	302,371
18	Umwelt	+ 17,000	+ 693,000	- 8,000 +	685,000 +	702,000 +	408,895 -	408,895 -	293,105 -	293,105
19	Jugend und Familie +	1.961,585	+ 75,000 +	2.036,585 +	2.036,585 +	2.612,752 -	2.612,752 -	576,167 -	576,167
20	Äußeres	+ 7,400	- 291,402 +	44,002 -	247,400 -	240,000 -	240,000 -	240,000
30	Justiz	+ 142,851	+ 236,340 -	4,000 +	232,340 +	375,191 +	438,113 -	438,113 -	62,922 -	62,922
40	Militärische Angelegenheiten	+ 431,237	- 275,633 -	33,604 -	309,237 +	122,000 +	14,080 -	0,080 +	14,000 -	108,000 -	108,000
50	Finanzverwaltung	+ 50,895	- 87,448 -	23,155 -	110,603 -	59,708 +	50,418 -	50,812 -	0,394 +	59,314 +	59,314
51	Kassenverwaltung	- 140,540 -	220,987 -	361,527 -	361,527 -	940,816 +	3.411,773 +	2.470,957 +	2.832,484 +	2.832,484
52	Öffentliche Abgaben	4.255,061 +	4.255,061 +	4.255,061 +	4.255,061
53	Finanzausgleich +	1.476,120 +	1.476,120 +	1.476,120 +	258,844 -	258,844 -	1.217,276 -	1.217,276
54	Bundesvermögen -	167,204	- 163,417 -	330,621 -	330,621 -	149,336 +	3.890,205 +	3.740,869 +	4.071,490 +	4.071,490
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	+ 2.571,975	+ 1.061,093 +	0,001 +	1.061,094 +	3.633,069 +	584,284 +	0,151 +	584,435 +	3.048,634 +	3.048,634
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl. +	195,588 +	195,588 +	195,588 +	195,588 -	195,588 -
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge +	2.901,488 +	2.901,488 +	2.901,488 +	4.356,914 -	4.356,914 -	7.258,402 -	7.258,402
60	Land- und Forstwirtschaft -	1.122,592 +	4,444 -	1.118,148 -	1.118,148 -	0,135 +	0,299 +	0,434 +	1.118,582 +	1.118,582
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	+ 18,781	- 1,220 -	1,220 +	17,561 +	12,780 -	12,780 -	4,781 -	4,781
64	Bauten und Technik	+ 20,821	+ 213,943 -	243,016 -	29,073 -	8,252 +	138,816 -	138,816 -	147,068 -	147,068
65	Verkehr und Telekom	+ 10,324	- 1.343,955 -	83,338 -	1.427,293 -	1.416,969 +	33,840 -	2,530 +	31,310 +	1.448,279 +	1.448,279
71	Bundestheater
	Summe Allgemeiner Haushalt	+ 5.112,689	+ 9.113,561 -	679,807 +	8.433,754 +	13.546,443 +	3.467,925 +	7.241,998 +	10.709,923 +	2.836,520 -	2.836,520
	Ausgleichshaushalt										
51	Kassenverwaltung
54	Bundesvermögen
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.	- 0,007 -	0,007 -	0,007 -	0,007 -	0,007 -	0,007 -
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	+22.056,111	+22.056,111	+22.056,111	+24.892,631	+24.892,631	+2.836,520	+2.836,520
	Summe Ausgleichshaushalt	+22.056,104	+22.056,104	+22.056,104	+24.892,624	+24.892,624	+2.836,520	+2.836,520
	Summe Gesamthaushalt	+ 5.112,689	+ 9.113,561	+21.376,297	+30.489,858	+35.602,547	+ 3.467,925	+32.134,622	+35.602,547
	davon:										
	Aktivitätsaufwand	+ 2.540,714
	Pensionsaufwand	+ 2.571,975

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei		2,700		0,200		4,725	17,756		25,381
02	Bundesgesetzgebung		52,541	176,140	0,612	150,673	693,274	316,695		1.389,935
03	Verfassungsgerichtshof		1,445		0,200		28,020	8,355		38,020
04	Verwaltungsgerichtshof		4,984		0,291		1,932	14,253		21,460
05	Volksanwaltschaft		0,910		0,200		14,660	7,890		23,660
06	Rechnungshof		4,871		0,850		10,349	57,834		73,904
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		118,833	1.006,249	5,873	814,249	328,644	1.634,660		3.908,508
11	Inneres		1.145,764		28,600	142,530	982,170	5.040,296	0,002	7.339,362
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		783,975		50,017	806,251	37.783,000	5.932,109		45.355,352
13	Kunst		10,300		0,051	1.012,086		127,563		1.150,000
14	Wissenschaft und Forschung		1.495,200		25,000	2.803,092	3.034,400	8.309,612		15.667,304
15	Soziales		48,908	10,490	256,199	6.976,940	74.415,891	3.292,873	6,700	85.008,001
16	Sozialversicherung						71.152,900			71.152,900
17	Gesundheit		24,300	0,001		184,737	7.104,265	5.148,489		12.461,792
18	Umwelt		31,960		1,900	3.612,009	3,956	658,642		4.308,467
19	Jugend und Familie				1,000	235,173	56.305,009	62,214	995,000	57.598,396
20	Äußeres		222,308		1,910	1.126,069	421,720	1.455,693		3.227,700
30	Justiz		200,000		14,000	243,776	1.262,381	3.359,477	0,050	5.079,684
40	Militärische Angelegenheiten		51,302		45,350	3,650	2.357,713	8.650,375		11.108,390
50	Finanzverwaltung		53,558	12.103,501	62,233	850,205	803,172	5.628,422		19.501,091
51	Kassenverwaltung					1.024,000	1.504,004	1.683,038	110,154	4.321,196
52	Öffentliche Abgaben							162,220		162,220
53	Finanzausgleich						40.412,775	4.083,791		44.496,566
54	Bundesvermögen	1.660,614	41,013		12,184	249,031	95,649	4.901,543	9.327,368	16.287,402
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				1,379		44.231,686			44.233,065
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							195,616		195,616
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							107.277,771		107.277,771
60	Land- und Forstwirtschaft		155,127	6.958,000	4,648	12.138,183	555,951	1.948,669		21.760,578
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	0,001	34,606	0,002	23,006	1.361,600	47,703	734,220		2.201,138
64	Bauten und Technik	0,001	7.171,800		0,924	567,563	322,200	8.599,830		16.662,318
65	Verkehr und Telekom		53,113	1.500,001	2,497	674,858	53,750	22.289,778		24.573,997
71	Bundestheater		115,000		1,998	0,002	60,000	435,000		612,000
	Summe Allgemeiner Haushalt...	1.660,616	11.824,518	21.754,384	541,122	34.976,677	343.991,899	202.034,684	10.439,274	627.223,174
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung							75.000,000		75.000,000
54	Bundesvermögen						0,004			0,004
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							0,021		0,021
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge							179.077,286		179.077,286
	Summe Ausgleichshaushalt...						0,004	254.077,307		254.077,311
	Summe Gesamthaushalt...	1.660,616	11.824,518	21.754,384	541,122	34.976,677	343.991,903	202.034,684	264.516,581	881.300,485

BUNDESVORANSCHLAG 1999

209

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 1998
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	-	0,588					+ 0,288		- 0,300
02	Bundesgesetzgebung	+ 2,999		+ 3,453		- 50,000	+ 20,000	- 2,170		- 25,718
03	Verfassungsgerichtshof						+ 1,260			+ 1,260
04	Verwaltungsgerichtshof							+ 0,468		+ 0,468
05	Volksanwaltschaft						+ 0,100			+ 0,100
06	Rechnungshof	- 1,380					+ 0,181	+ 3,890		+ 2,691
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 65,882	+ 280,763			+ 48,708	- 12,874	- 27,800		+ 222,915
11	Inneres	+ 28,107				- 14,501	+ 8,000	+ 160,887		+ 182,493
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+ 18,366			- 0,428	- 1,000	+ 1.478,000	+ 361,872		+ 1.856,810
13	Kunst									
14	Wissenschaft und Forschung					+ 184,000	+ 22,400	+ 145,770		+ 352,170
15	Soziales	- 4,531				+ 500,513	+ 258,313	+ 13,686	+ 0,100	+ 768,081
16	Sozialversicherung						+ 159,134			+ 159,134
17	Gesundheit	- 0,500					+ 143,600	+ 117,457		+ 260,557
18	Umwelt	- 8,000				+ 633,000		+ 60,000		+ 685,000
19	Jugend und Familie						+ 1.961,572	+ 0,013	+ 75,000	+ 2.036,585
20	Äußeres	+ 44,002				- 2,000	- 34,656	- 254,746		- 247,400
30	Justiz	- 4,000				+ 9,376	+ 88,477	+ 138,487		+ 232,340
40	Militärische Angelegenheiten	- 34,604		+ 1,000			- 155,988	- 119,645		- 309,237
50	Finanzverwaltung	- 3,155	- 22,000	- 20,000		- 60,102	- 9,510	+ 4,164		- 110,603
51	Kassenverwaltung	- 250,001					- 32,999	- 107,541	+ 29,014	- 361,527
52	Öffentliche Abgaben									
53	Finanzausgleich						+ 1.301,076	+ 175,044		+ 1.476,120
54	Bundesvermögen	- 357,998	- 4,000		- 1,407	- 27,105	- 0,062	- 140,037	+ 199,988	- 330,621
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)			+ 0,001			+ 1.061,093			+ 1.061,094
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.							+ 195,588		+ 195,588
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge						- 0,004	+ 2.901,492		+ 2.901,488
60	Land- und Forstwirtschaft	+ 4,444				- 1.385,563	- 6,602	+ 269,573		- 1.118,148
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.					- 1,220				- 1,220
64	Bauten und Technik	- 243,016				+ 106,835		+ 107,108		- 29,073
65	Verkehr und Telekom	- 83,338	+ 0,001			- 1,220		- 1.342,736		- 1.427,293
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt	- 357,998	- 605,077	+ 262,217	- 20,834	- 60,279	+ 6.250,511	+ 2.661,112	+ 304,102	+ 8.433,754
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung									
54	Bundesvermögen									
56	Sonst. Finanzierungen und Veranl.								- 0,007	- 0,007
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge								+22.056,111	+22.056,111
	Summe Ausgleichshaushalt								+22.056,104	+22.056,104
	Summe Gesamthaushalt	- 357,998	- 605,077	+ 262,217	- 20,834	- 60,279	+ 6.250,511	+ 2.661,112	+22.360,206	+30.489,858

210

BUNDESVORANSCHLAG 1999

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	26.755,734	11.984,034	4.254,290		589,680	1.118,785			16.065,421
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....								0,001	
3	An (B).....	1.672,626	1.992,398	899,086		78,765	19,193	0,959	3.102,418	57,684
4	F/G (E).....	400,000				12.000,001	10,490			1.500,001
5	F-D (B).....	0,500	0,014	1,549			251,004	96,893	0,001	26,512
6	F (E).....	979,866	3.853,790	1.336,705		1.094,833	7.287,914	3,925	19,000	1.069,053
7	A/G-S (E).....	37.670,670	2.574,128	602,308	596,532	10.669,008	202.968,396	25.026,000	44,280	35.910,400
8	A (E).....	6.079,420	13.451,846	1.726,156		1.019,362	3.238,244	52,397	4.508,195	23.881,986
9	A-B (B).....						1.001,701			0,353
	Summe Sachausgaben...	46.803,082	21.872,176	4.565,804	596,532	24.861,969	214.776,942	25.180,174	7.673,895	62.445,989
	Summe Allgem. Haush...	73.558,816	33.856,210	8.820,094	596,532	25.451,649	215.895,727	25.180,174	7.673,895	78.511,410
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....									
9	A-B (Au).....									
	Summe Ausgaben...	73.558,816	33.856,210	8.820,094	596,532	25.451,649	215.895,727	25.180,174	7.673,895	78.511,410
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	135,896	380,476	243,350		1.379,007	113.960,283		1.453,674	1.627,263
4-6	E.....	606,300	327,936	782,449		1.626,339	-10.348,993	78,117	143,209	27.799,599
	Summe Einnahmen(E)...	742,196	708,412	1.025,799		3.005,346	103.611,290	78,117	1.596,883	29.426,862
2,3	ZB.....		0,008	0,060			455,219		110,000	
7-9	B.....	0,951	7,744	3,609		0,406	0,990	141,660	8,702	78,083
	Summe Einnahmen(B)...	0,951	7,752	3,669		0,406	456,209	141,660	118,702	78,083
	Summe Allgem. Haush...	743,147	716,164	1.029,468		3.005,752	104.067,499	219,777	1.715,585	29.504,945
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....									
	Summe Einnahmen...	743,147	716,164	1.029,468		3.005,752	104.067,499	219,777	1.715,585	29.504,945

BUNDESVORANSCHLAG 1999

211

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche								Summe
		34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	367,759		144,942	1.050,851	657,367	10.354,085	20.742,301	46.347,553	140.432,802
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....			0,002		1.660,613				1.660,616
3	An (B).....	231,632	0,002	5,553	34,905	0,006	79,405	1.253,116	2.396,770	11.824,518
4	F/G (E).....	6.958,000		23,502		80,001			782,389	21.754,384
5	F-D (B).....		0,002	12,008			31,350	0,411	120,878	541,122
6	F (E).....	12.243,019	99,207	1.801,881	2.999,023	815,213	17,932		1.355,316	34.976,677
7	A/G-S (E).....	262,017		37,015	285,770	18,030	1.837,091	1.236,559	24.253,695	343.991,899
8	A (E).....	1.354,475		4.379,327	529,342	648,345	9.455,105	6.685,923	125.024,561	202.034,684
9	A-B (B).....	0,001	0,002	9.327,011				0,050	110,156	10.439,274
	Summe Sachausgaben...	21.049,144	99,213	15.586,299	3.849,040	3.222,208	11.420,883	9.176,059	154.043,765	627.223,174
	Summe Allgem. Haush...	21.416,903	99,213	15.731,241	4.899,891	3.879,575	21.774,968	29.918,360	200.391,318	767.655,976
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....			0,004						0,004
9	A-B (Au).....								254.077,307	254.077,307
	Summe Ausgaben...	21.416,903	99,213	15.731,245	4.899,891	3.879,575	21.774,968	29.918,360	454.468,625	1021733,287
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	1.627,013		4.087,606	205,064	80,000	158,200	382,501	5.431,553	131.151,886
4-6	E.....	829,772	126,086	780,673	938,313	8.042,049	389,357	8.253,860	505.411,427	545.786,493
	Summe Einnahmen(E)...	2.456,785	126,086	4.868,279	1.143,377	8.122,049	547,557	8.636,361	510.842,980	676.938,379
2,3	ZB.....			6.916,201					1,015	7.482,503
7-9	B.....	0,180	1,775	590,289	0,382	3.001,018	21,057	20,601	9.211,418	13.088,865
	Summe Einnahmen(B)...	0,180	1,775	7.506,490	0,382	3.001,018	21,057	20,601	9.212,433	20.571,368
	Summe Allgem. Haush...	2.456,965	127,861	12.374,769	1.143,759	11.123,067	568,614	8.656,962	520.055,413	697.509,747
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....								324.223,540	324.223,540
	Summe Einnahmen...	2.456,965	127,861	12.374,769	1.143,759	11.123,067	568,614	8.656,962	844.278,953	1021733,287

212 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/11		Inneres:				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):				
1/1111		Zivilschutz:				
1/11113	41	Anlagen		1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen		0,500	0,500	1,000
			Summe 1111...	1,900	1,900	3,800
1/113		Bundespolizei:				
1/1130		Bundespolizei:				
1/11303	42	Anlagen		8,500	8,500	17,000
1/114		Bundesgendarmerie:				
1/1140		Bundesgendarmerie:				
1/11403	42	Anlagen		18,000	18,000	36,000
			Gesamtausgaben 11...	28,400	28,400	56,800

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

213

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:			
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh. :			
1/12003	43	Anlagen		1, 449	1, 449
1/12006	43	Förderungen		0, 001	0, 001
		Summe 120. ...		1, 450	1, 450
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:			
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:			
1/12203	11	Anlagen		0, 175	0, 175
1/12206	11	Förderungen		0, 011	0, 011
1/1221		Erwachsenenbildung:			
1/12216	11	Förderungen		0, 135	0, 135
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:			
1/12256	11	Förderungen		8, 506	8, 506
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:			
1/12266	11	Förderungen		0, 300	0, 300
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:			
1/12276	11	Förderungen		0, 138	0, 138
		Summe 122. ...		9, 265	9, 265
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:			
1/1240		Hofmusikkapelle:			
1/12403	13	Anlagen		0, 150	0, 150
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:			
1/12413	11	Anlagen		0, 841	0, 841
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:			
1/12423	11	Anlagen		0, 084	0, 084
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:			
1/12433	11	Anlagen		0, 922	0, 922
1/1244		Museen:			
1/12443	13	Anlagen		44, 846	44, 846
1/12446	13	Förderungen		3, 515	3, 515
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheke:			
1/12463	12	Anlagen		2, 010	2, 010
1/1247		Bundesdenkmalamt:			
1/12473	13	Anlagen		0, 374	0, 374
1/12476	13	Förderungen		37, 538	37, 538
		Summe 124. ...		90, 280	90, 280
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:			
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:			
1/12603	11	Anlagen		4, 200	4, 200
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:			
1/12613	11	Anlagen		0, 240	0, 240
		Summe 126. ...		4, 440	4, 440

214 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/127		Allgemeinbildende Schulen:				
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:				
1/12703	11	Anlagen			20,709	20,709
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:				
1/12713	11	Anlagen			0,849	0,849
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:				
1/12743	11	Anlagen			0,479	0,479
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):				
1/12763	11	Anlagen			0,903	0,903
			Summe 127...		22,940	22,940
1/128		Berufsbildende Schulen:				
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:				
1/12803	11	Anlagen			14,923	14,923
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:				
1/12813	11	Anlagen			10,493	10,493
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:				
1/12823	11	Anlagen			4,470	4,470
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):				
1/12863	11	Anlagen			1,012	1,012
			Summe 128...		30,898	30,898
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/1290		Pädagogische Akademien:				
1/12903	11	Anlagen			0,860	0,860
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:				
1/12913	11	Anlagen			2,219	2,219
1/1292		Berufspädagogische Akademien:				
1/12923	11	Anlagen			0,252	0,252
1/1293		Bundesanstalten für Leibeseziehung:				
1/12933	11	Anlagen			0,251	0,251
1/1294		Pädagogische Institute:				
1/12943	11	Anlagen			0,225	0,225
			Summe 129...		3,807	3,807
			Gesamtausgaben 12...		163,080	163,080
1/13		Kunst:				
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1301		Musik und darstellende Kunst:				
1/13016	13	Förderungen			25,019	25,019
			Gesamtausgaben 13...		25,019	25,019

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

215

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/14		Wissenschaft und Forschung:				
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:				
1/14106	12	Förderungen			88, 550	88, 550
1/1419		Forschungsunternehmungen:				
1/14196	12	Förderungen			89, 000	89, 000
			Summe 141.....		177, 550	177, 550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:				
1/1420		Universitäten:				
1/14203	12	Anlagen			1. 240, 535	1. 240, 535
1/1423		Bibliotheken:				
1/14233	12	Anlagen			26, 386	26, 386
			Summe 142.....		1. 266, 921	1. 266, 921
1/143		Kunsthochschulen:				
1/1430		Kunsthochschulen:				
1/14303	13	Anlagen			91, 705	91, 705
			Gesamtausgaben 14.....		1. 536, 176	1. 536, 176

216 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/30		Justiz:				
1/302		Justizbehörden in den Ländern:				
1/30203	42	Anlagen		6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen		5,000		5,000
			Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:				
1/30303	42	Anlagen		13,000	6,000	19,000
			Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		Militärische Angelegenheiten:				
1/401		Heer und Heeresverwaltung:				
1/40108	41	Aufwendungen		400,000	100,000	500,000
			Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		Land- und Forstwirtschaft:				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):				
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen		6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen		70,000	70,000	140,000
			Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:				
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:				
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:				
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		24,000	26,000	50,000
1/6086		Interessentengewässer:				
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		22,000	22,000	44,000
			Summe 608...	76,000	88,000	164,000
			Gesamtausgaben 60...	152,000	164,000	316,000

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

217

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/64		Bauten und Technik:			
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):			
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG	28,000	20,000	48,000
	11		11,000	6,000	17,000
	12		8,000	6,000	14,000
	43		9,000	8,000	17,000
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:			
1/64713	11	Anlagen	50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen	50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...	100,000	133,000	233,000
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:			
1/64723	12	Anlagen	30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen	40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...	70,000	132,000	202,000
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:			
1/64738		Aufwendungen	60,000	70,000	130,000
	23		10,000	5,000	15,000
	41		50,000	65,000	115,000
		Summe 6473...	60,000	70,000	130,000
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:			
1/64743	11	Anlagen	20,000	10,000	30,000
1/64748		Aufwendungen	10,000		10,000
	11		5,000		5,000
	34		5,000		5,000
		Summe 6474...	30,000	10,000	40,000
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:			
1/64753		Anlagen	320,000	138,000	458,000
	12		5,000	3,000	8,000
	13		55,000		55,000
	23			10,000	10,000
	43		260,000	125,000	385,000
1/64758	43	Aufwendungen	192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...	512,000	235,000	747,000
		Gesamtausgaben 64...	800,000	600,000	1.400,000

218 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/65		Verkehr und Telekom:				
1/650		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:				
1/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:				
1/65003	43	Anlagen			0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:				
1/65013	43	Anlagen		0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:				
1/65023	43	Anlagen		1,000	1,000	2,000
			Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		1.000,000		1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):				
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:				
1/65246	33	Förderungen		1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		12,000	15,000	27,000
			Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:				
1/65503	33	Anlagen			0,050	0,050
			Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

219

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
0	Oberste Organe				
01	Präsidentschaftskanzlei				
02	Bundesgesetzgebung				
03	Verfassungsgerichtshof				
04	Verwaltungsgerichtshof				
05	Volksanwaltschaft				
06	Rechnungshof				
	Gruppe 0				
1	Innenverwaltung				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				
11	Inneres	28,400	28,400	56,800	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten		163,080	163,080	
13	Kunst		25,019	25,019	
14	Wissenschaft und Forschung		1.536,176	1.536,176	
15	Soziales				
16	Sozialversicherung				
17	Gesundheit				
18	Umwelt				
19	Jugend und Familie				
	Gruppe 1	28,400	1.752,675	1.781,075	
20	Äußeres				
30	Justiz	24,000	12,000	36,000	
40	Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000	500,000	
5	Finanzen				
50	Finanzverwaltung				
51	Kassenverwaltung				
52	Öffentliche Abgaben				
53	Finanzausgleich				
54	Bundesvermögen				
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen				
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge				
	Gruppe 5				
6	Wirtschaft				
60	Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000	316,000	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr				
64	Bauten und Technik	800,000	600,000	1.400,000	
65	Verkehr und Telekom	1.014,055	17,705	1.031,760	
	Gruppe 6	1.966,055	781,705	2.747,760	
	Gruppe 0 bis 6	2.418,455	2.646,380	5.064,835	
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater				
	Gruppe 7				
	Gesamtausgaben	2.418,455	2.646,380	5.064,835	

220

KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1999

Anlage II.a Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche									Summe
		11 EU	12 FW	13 Kn	23 Wb	33 Vk	34 Lf	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	Stabilisierungs- quote										
3	AN (B).....	70,000	35,000	55,000	1,400	45,500	261,055	467,955
5	F-D (B).....
6	F (E).....	13,000	128,000	0,500	141,500
8	A (E).....	66,000	48,000	10,000	1.000,000	29,000	450,000	5,000	201,000	1.809,000
	Summe Stab. Quote...	136,000	83,000	55,000	10,000	1.013,000	157,000	451,900	50,500	462,055	2.418,455
	Konjunkturbelebungs- quote										
3	AN (B).....	182,107	1.371,931	137,075	10,000	0,050	1,400	38,500	127,604	1.868,667
5	F-D (B).....
6	F (E).....	9,090	177,550	66,072	16,500	138,000	0,500	0,001	407,713
8	A (E).....	31,000	38,000	5,000	26,000	165,000	105,000	370,000
	Summe Konj. Quote...	222,197	1.587,481	203,147	15,000	16,550	164,000	166,900	38,500	232,605	2.646,380
	Konjunkturausgleich...	358,197	1.670,481	258,147	25,000	1.029,550	321,000	618,800	89,000	694,660	5.064,835

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

(1)

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999**I. Allgemeines**

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt E, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/99 entspricht im wesentlichen dem Text des BFG/98 (in der Fassung BGBl. I Nr. 1); neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel I**

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

(2) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

Die bisherige Erlösverrechnung der Währungstauschverträge wirkte sich verzerrend auf den Limitrahmen gemäß Artikel II des Bundesfinanzgesetzes aus. Durch die Eröffnung neuer Voranschlagsansätze können die Erlöse aus Währungstauschverträgen von den tatsächlichen Tilgungen aus Währungstauschverträgen des jeweiligen Finanzjahres unterschieden werden.

Die Zitierung der neuen Voranschlagsansätze 7/58429 und 7/58439 bzw. 8/58429 und 8/58439 ergibt sich aus der Schaffung des neuen Kapitels 58 anstatt des Kapitels 59.

Die Ermächtigung im Art. II Abs. 2 Z 3 im Zusammenhang mit dem Voranschlagsansatz 1/53297 dient einer allfälligen Finanzierung des Zuschusses des Bundes an die Länder zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997.

Zu Artikel III

Im Abs. 1 wird der BMF ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen – wenn es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt – der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem in der Anlage II (Konjunkturausgleich-Voranschlag) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,1 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunktorentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken.

Für das Jahr 1999 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +4,5 vH zugrunde gelegt (Dezember-Prognose). Bei der Beurteilung der Entwicklung der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ist von den hierfür maßgeblichen aktuellen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der Beratungen der Arbeitsgruppe beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der Vertreter der Sozialpartner angehören, auszugehen.

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hierfür ist der gemäß Art. 201 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluß 88/376/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 24. Juni 1988, ABl. Nr. L 185/24 sowie die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, zuletzt geändert mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/5 vom 12. November 1994, Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, daß folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

- a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
- b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
- c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
- d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttoinlandsproduktes aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachtten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamthaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 20 vH findet seine Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muß im Laufe des Jahres 1999 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen gerechnet werden, welche die EU-Haushaltsordnung gemäß Art. 15(a) u.a. für die Verbuchung des Saldos im EU-Haushalt vorsieht. Art. 32(a) bestimmt, daß dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuß oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

(3)

- Des weiteren ist auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) mit einer Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU zu rechnen, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen läßt.
- Auf Grund von Artikel 10 Abs. 8 VO 1552/89 ist bezüglich der Abrechnung der BSP-Grundlagen aus Vorjahren ebenfalls mit einer Nachzahlung zu rechnen, die hinsichtlich ihrer Höhe aber noch nicht absehbar ist.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve im laufenden Haushaltsjahr. Zu erwarten ist ein Betrag von rund 460 Millionen Schilling.

Weitere Änderungen können sich insbesondere aufgrund der Anpassung des Haushaltsvolumens 1999 an die Durchführungsbedingungen oder eine allfällige Revision der „Finanziellen Vorschau“ ergeben.

Das Auftreten einer oder all dieser oa. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhr an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. Mit Abs. 3 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgaberrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte „sachliche“ Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

„Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar“ im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, daß die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener „Mehreinnahmen“ errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EG (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 52). Diese Zahlungen werden bei den Voranschlagsansätzen 2/51314 (EAGFL/Garantie) sowie 2/51305, 2/51306 und 2/51315 (Strukturfonds) verrechnet. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt – gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen – durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt.

Die EU-Strukturfonds (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) sind das zentrale Instrumentarium zur Gewährleistung des Zieles des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union (Art. 130 a des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) und dienen damit zur Flankierung der Binnenmarktpolitik und der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

Wesentliche Grundsätze der Vergabe der Mittel der EU-Strukturfonds sind die Konzentration des Mitteleinsatzes auf bestimmte regional-, arbeitsmarkt- und agrarpolitische Ziele, die Vergabe der Mittel in Form einer Kofinanzierung für zielorientierte, mehrjährige Maßnahmenprogramme, das Prinzip der Additionalität und der Partnerschaft.

Der genaue Zeitpunkt der von den EU-Strukturfonds zur Kofinanzierung bereitzustellenden Bundesmittel ist teilweise schwer abschätzbar. Soweit daher Rückflüsse aus den EU-Strukturfonds nicht veranschlagt sind, ist – um die einlangenden EU-Mittel widmungsgemäß verwenden zu können – für die

(4) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

Leistung der korrespondierenden Mehrausgaben im Wege einer Überschreitungsermächtigung im Art. IV Abs. 3 vorgesorgt. Art. IV Abs. 5 dient der größeren Budgetflexibilität.

Durch die Einfügung der Z 5 in Art. V Abs. 1 sollen Ausgabenüberschreitungen auch aufgrund des Forstgesetzes möglich sein. Die Reduzierung des Betrages in Z 14 (von 10 Millionen Schilling auf 3 Millionen Schilling) erfolgt im Hinblick darauf, daß bereits ausreichend Mittel veranschlagt sind; bei der Änderung des Voranschlagsansatzes (1/11146 gegenüber 1/11136) handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Anpassung. Die Bestimmung Z 18 wird für allfällige Erhöhungen des Grund- und Stammkapitals verschiedener Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, benötigt. Bei der Z 19 (im BFG/98 Z 16) handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung durch Einfügung der Voranschlagsansätze 1/63003, 1/63008, 1/63158 und 1/65228 für Zwecke der Technologie- und Exportoffensive. Z 23 dient notwendigen Umschichtungen zwischen den Förderungen und Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus Mitteln der EU (ESF). Die neuen Ansätze in Z 26 (im BFG/98 1/15565 und 1/15566) sind lediglich redaktionelle Anpassungen. Gleiches gilt in Z 34 und 35 für die Neubenennung der Voranschlagsansätze 1/58828, 7/58829 und 1/58908, welche durch die Schaffung des Kapitels 58 notwendig wurde. Mit der Ermächtigung der Z 31 soll die Möglichkeit geschaffen werden, 100% der Mehreinnahmen aus Veräußerungen von militärisch genutzten Liegenschaften und Hochbauten für Investitionsausgaben der Landesverteidigung (wieder) zu verwenden. Die Förderungsaktivitäten des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft sind für den notwendigen Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der heimischen Wirtschaft von höchster Bedeutung; durch die Bereitstellung von Budgetmitteln in Höhe von 470 Millionen Schilling in Z 40 kann der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft bei gleichzeitiger Neuorientierung seines Instrumentariums (vermehrter Anteil von Zuschüssen/Zinszuschüssen gegenüber Darlehen) sein Fördervolumen gegenüber 1998 aufrecht erhalten. Bedingt durch den Konzessionsablauf des GKB-Eisenbahnbetriebes wird für die Abdeckung von Ansprüchen und erworbenen Anwartschaften auf Firmenpensionen bzw. Pensionszusagen durch die Überschreitungsermächtigung in Z 44 vorgesorgt. Die Bereitstellung von Budgetmitteln bis zu einem Betrag von 127 Millionen Schilling in Art. V Abs. 2 Z 6 soll den Einsatz eines Bundesheerkontingentes von bis zu 235 Personen auf Dauer von maximal 8 Monaten ermöglichen; der Einsatz dient der Durchführung eines Referendums, das auf Grundlage eines von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Friedenplans in der Westsahara abgehalten werden soll.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, daß die hier zusammengefaßten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. Weiters wird klargestellt, daß unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Zu Artikel IX

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die gesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen zu übernehmen. Die teilweise Neufassung des Absatzes 2 ist durch die Novellierung des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. I Nr. xxx/1998, bedingt, welche den Entfall des Eskont- bzw. Diskontsatzes in § 65b Abs. 1 Z 2 und 3 sowie Abs. 2 vorsieht.

Zu Artikel X

In Artikel X wird zur besseren Übersichtlichkeit eine neue Z 3 für jene Voranschlagsansätze eingefügt, die (teilweise) Ausgaben für die Technologie- und Exportoffensive vorsehen.

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Zu Artikel XIII, XIV und XV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge sowie der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

(5)

Zu Artikel XVI

Die gegenständliche Bestimmung verpflichtet den BMF, Ausgabenbindungen zu verfügen bzw. ermächtigt ihn, diese aufzuheben oder einzuschränken, wenn die wirtschaftliche Entwicklung die Einhaltung des veranschlagten Budgetabganges ermöglicht.

Zu Artikel XVII

Diese Verweisungsbestimmung entspricht den Legistischen Richtlinien 1990.

Zu Artikel XVIII und XIX

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) und Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) für das Jahr 1999

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag und Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält der Arbeits(Amts)behelf zum BFG/99, 1. Teil.

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage III) für das Jahr 1999

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage III zum BFG/99 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage IV) für das Jahr 1999

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) bleibt gegenüber dem Fahrzeugplan 1998 (in der Fassung BGBl. I Nr. 1/1998) unverändert.

Wie in den Vorjahren kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge erhöht sich gegenüber dem Fahrzeugplan 1998 (in der Fassung BGBl. I Nr. 1/1998) um 50.

Die Anzahl der im Plan für Luftfahrzeuge verminderte sich um 25 auf 30 und die der Wasserfahrzeuge um 2 auf 169.

E. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen (Anlage V) für das Jahr 1999

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Anzahl der Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2.030 um 57 auf 1.973 vermindert.

Im einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

Type A (Kleinanlagen):	
bundeseigene.....	-39
angemietete
Type B (Mittelanlagen):	
bundeseigene.....	-20
angemietete
Type C (Großanlagen):	
bundeseigene.....	+ 2
angemietete
Type D (Sonderanlagen):	
bundeseigene.....
angemietete
	-57

(6) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1999

Dadurch ergab sich bei folgenden Bereichen eine Veränderung in der Anzahl der Anlagen:

Volksanwaltschaft	- 1
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Vertretungsbehörden	+ 4
Heer und Heeresverwaltung	-62
Verkehr und Telekom, Verwaltungsbereich Verkehr	+ 2
	-
	-57

Abkürzungen im Text:

BFG = Bundesfinanzgesetz(e)

BFG/99 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999

BFG/98 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 in der Fassung BGBl. I Nr. 1

BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung

BMF = Bundesminister für Finanzen

B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 1100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999

Stellenplan

für das Jahr

1999



Wien 1998

Österreichische Staatsdruckerei

II

Stellenplan für das Jahr 1999

Inhaltsverzeichnis

Teil I.	Allgemeiner Teil	221
Teil II.	Planstellen für Bundesbedienstete	
	Abschnitt A Planstellenverzeichnis	
	01 Präsidentschaftskanzlei	228
	02 Parlamentsdirektion	229
	03 Verfassungsgerichtshof	230
	04 Verwaltungsgerichtshof	231
	05 Volksanwaltschaft	232
	06 Rechnungshof	233
	10 Bundeskanzleramt	234
	11 Inneres	242
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	248
	14 Wissenschaft und Verkehr	269
	15 Arbeit, Gesundheit und Soziales	274
	17 Arbeit, Gesundheit und Soziales	277
	18 Umwelt, Jugend und Familie	279
	20 Äußeres	281
	30 Justiz	284
	40 Militärische Angelegenheiten	290
	50 Finanzverwaltung	295
	60 Land- und Forstwirtschaft	300
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	314
	64 Bauten und Technik	316
	65 Wissenschaft und Verkehr	321
	71 Bundestheater	324
	Abschnitt B Ernennungsreserve	325
Teil V.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden	326
Teil VI.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarom Ausmaß beschäftigt werden	339
Teil VII.	Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist	347
Anlagen zum Stellenplan 1999		(1)
Anlagen A	Übersichten zu den Teilen II.A, IV, V, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien	(2)
Anlagen B	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)	(10)
Anlagen B1	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)	(14)
Anlage B2	Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen	(22)
Anlage C	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988	(24)
Anlage C1	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989	(25)
Anlagen C2	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990	(27)
Anlage D	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980	(31)
Anlage D1	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989	(32)
Anlagen D2	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990	(33)
Anlagen E	Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts	(39)
Anlagen F	Summarische Übersichten des Stellenplanes	(63)
Erläuterungen zum Stellenplan 1999		(76)

STELLENPLAN 1999

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:

- a) Das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II.A) einschließlich der Ernennungsreserve (Teil II.B),
- b) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden (Teil V),
- c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
- d) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII).

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemen I und II ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete sowie für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 4 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für

1. Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist sowie
2. Vertragsbedienstete, sofern sie das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist und jugendliche Vertragsbedienstete, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben.

Die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen während der gesetzlichen Behaltefrist bedarf keiner Planstellenbindung.

2. Besetzung von Planstellen

Planstellen dürfen nur insoweit besetzt werden, als dadurch die Einhaltung des budgetierten Personalaufwandes gewährleistet ist.

3. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 5 und 7 sowie des Punktes 9 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundesminister für Finanzen für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 500 Planstellen zusätzlich zur Verfügung.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann die Bundesregierung auf Grund eines vom Bundesminister für Finanzen gestellten Antrages für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für Finanzen nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

I. Allgemeiner Teil

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche „1420 Universitäten“, „1430 Kunsthochschulen“ und „1244 Museen“ die in den Planstellenbereichen „1421 Universitäten – zweckgebundene Gebarung“, „1431 Kunsthochschulen – zweckgebundene Gebarung“ und „1425 Museen – zweckgebundene Gebarung“ dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(6) Durch die Absätze 2 bis 5 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

(7) Werden in einem Planstellenbereich über die vorgesehene Anzahl von Lehrlingen hinaus weitere Lehrstellen vorgesehen, kann die Bundesregierung auf Antrag des Bundesministers für Finanzen für die Besetzung dieser Lehrstellen Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 300 Planstellen zusätzlich zur Verfügung.

4. Bindung von Planstellen

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, S1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MBO1, MBO2, MBUO1, MBUO2, MZO1, MZO2, MZUO1 und MZUO2 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, II, IL und IIL können mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen d und e können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen p3 bis p5 und umgekehrt besetzt werden.

Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.

Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3 sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder mit Richteramtswärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für Ordentliche Universitäts-(Hochschul-)professoren und für Außerordentliche Universitätsprofessoren können auch mit Universitätsprofessoren gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993 oder mit Vertragsprofessoren (§ 57 des Vertragsbediensteten-gesetzes 1948), freie Planstellen für Ordentliche Universitätsprofessoren überdies auch mit Außerordentlichen Universitätsprofessoren besetzt werden.

Für Universitäts-(Hochschul-)dozenten (§ 170 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) und Vertragsdozenten (§ 55 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) sind Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Für Beamte des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten oder Kunsthochschulen (§§ 141b und 257 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) sind Planstellen der Verwendungsgruppe A1 oder Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9**I. Allgemeiner Teil**

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Vernehmung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

die Verwendungsgruppe A1 und die Entlohnungsgruppe a der Verwendungsgruppe PT1 oder PT2,

die Verwendungsgruppe A2 und die Entlohnungsgruppe b der Verwendungsgruppe PT2, PT3 oder PT4,

die Verwendungsgruppe A3 und die Entlohnungsgruppe c der Verwendungsgruppe PT5 oder PT6,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 und die Entlohnungsgruppe d der Verwendungsgruppe PT7 oder PT8,

die Verwendungsgruppe A7 und die Entlohnungsgruppe e der Verwendungsgruppe PT9,

die Verwendungsgruppe A3 und die Entlohnungsgruppe p1 der Verwendungsgruppe PT6,

die Verwendungsgruppe A4 und die Entlohnungsgruppe p2 der Verwendungsgruppe PT7,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 und die Entlohnungsgruppe p3 der Verwendungsgruppe PT7 oder PT8,

die Verwendungsgruppe A6 und die Entlohnungsgruppe p4 der Verwendungsgruppe PT8,

die Verwendungsgruppe A7 und die Entlohnungsgruppe p5 der Verwendungsgruppe PT9

entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K1 bis K5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K1 bis K6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A2, A3 oder A4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß

– die Verwendungsgruppe A2 der Verwendungsgruppe K1 oder K2,

– die Verwendungsgruppe A3 der Verwendungsgruppe K3, K4 oder K5 und

– die Verwendungsgruppe A4 oder A5 der Verwendungsgruppe K6 und

– die Entlohnungsgruppe b der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,

– die Entlohnungsgruppe c der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und

– die Entlohnungsgruppe d der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen des Bediensteten entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil dieses Planstellenbereiches zu binden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

I. Allgemeiner Teil

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

Diese Bestimmung ist weiters nicht anzuwenden in der Zeit vom 1. Jänner 1998 bis zum 30. Juni 1999 für Arbeitsleihverträge im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft.

(8) Ausgeschlossen sind

- a) die Bindung freier Planstellen der Teile V und VI des Stellenplanes und
- b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II.A des Stellenplanes vorzusehen ist.

(9) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II.A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II.A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II.A gebunden werden.

(10) Von den in den Teilen II.A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten dürfen insgesamt bis zu 205 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

5. Aufnahme von Ersatzkräften

(1) Für einen Bundesbediensteten, der

- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,
- b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhält,
- c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
- d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,
- e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
- f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,
- g) Zivildienst leistet,
- h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
- i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlaß einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,
- j) für einen Beamten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 herabgesetzt ist oder
- k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Dienstfreistellung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Dies gilt jedoch nicht für Lehrlinge während der gesetzlichen Behaltefrist.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

I. Allgemeiner Teil

Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter, für einen Beamten der Verwendungsgruppe W1, W2, E1, E2a, E2b oder E2c ein provisorischer Beamter der Verwendungsgruppe E2c aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Für eine beamtete Lehrerin, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragslehrer aufgenommen werden.

(4) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(5) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem aus Abs. 1 oder 4 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II.A für das Kapitel „30 Justiz“ festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes I. Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) bzw. ein Staatsanwalt der GGr. I ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden.

(6) Für einen der im § 154 Z 1 lit. a oder Z 2 lit. a des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 genannten Universitäts-(Hochschul-)professoren oder für einen Vertragsprofessor (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) der aus einem der in Abs. 1 oder 3 genannten Gründe vom Dienst abwesend ist oder gemäß § 160 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 gegen Entfall der Bezüge freigestellt ist, kann auch ein Vertragsassistent aufgenommen werden.

6. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

7. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

8. Ernennungsreserve

(1) Die Ernennungsreserve enthält Planstellen für die Besoldungsgruppen „Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung“, „Wachebeamte“ und „Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten“, die vom Bundesminister für Finanzen einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Ernennungsreserve eine Planstelle zugewiesen werden kann, gilt stets als Planstelle der Ernennungsreserve.

- (2) Die Planstellen in der Ernennungsreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die
- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
 - b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhalten,

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

I. Allgemeiner Teil

- c) sich zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
- d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung herangezogen werden,
- e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.

Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind, oder denen die erforderliche Dienstfreistellung gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung der Zahl der Planstellen in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.

- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 sinngemäß.

9. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

- a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 vH ist dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
- b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 vH der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.
- c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teilen des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

10. Befugnisse bestimmter oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthöhe über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9**I. Allgemeiner Teil****11. Organisationsänderungen**

Der Bundesminister für Finanzen kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat. In gleicher Weise kann der Stellenplan einer Änderung der Geschäftseinteilung und einem daraus resultierenden Bewertungsverfahren nach den §§ 137, 143 und 147 BDG 1979 angepaßt werden, wenn sich daraus keine Kostenerhöhung und keine Planstellenvermehrung ergibt. Die Anpassung bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

228

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	2	17	3			25
A4									8	1	9
										Summe ...	58

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										3		3	3
C (c)										4		4	4
D (d)										3		3	3
P4 (p4)											4	4	4
Summe...										11	4	15	15

Gesamtsumme 01...	58	11	4	15	73
-------------------	----	----	---	----	----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB01 4010

STELLENPLAN 1999

229

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	42	16					* 82
A2			4	8	8	11					31
A3		1	2	9	7	15	10	10	2	1	57
A4								19	18	22	* 59
A5								4	1	22	* 27
A6										19	19
	Summe ...										275

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										11		11	11
B (b)										15		15	15
C (c)										11		11	11
D (d)										36		36	36
E (e)										11		11	11
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											11	11	11
Summe...										84	26	110	110

Gesamtsumme 02...	275	84	26	110	385
-------------------	-----	----	----	-----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 sind
 39 Beamte (hievon 6 der Dienstklasse VIII) gem. Art. 30(5) B-VG den
 parlamentarischen Klubs zugewiesen und
 3 Beamte der Dienstklasse VIII gem. §17 BDG außer Dienst gestellt.
 Von den Beamten der Verwendungsgruppe A4 und A5 sind 13 Beamte gem. Art. 30(5)
 B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB02 4010

230

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2						2	3				5
A3					1	1	15			1	18
A7										2	2
										Summe ...	42

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										10		10	10
B (b)										2		2	2
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
E (e)										3		3	3
P3 (p3)											1	1	1
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										23	6	29	29

Gesamtsumme 03...	42	23	6	29	71
-------------------	----	----	---	----	----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 PT7 6500

STELLENPLAN 1999

231

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		4		15		1	21
A2					1	1		2	3		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
										Summe ...	45

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV		IV				
A (a)										11		11	11
B (b)										2		2	2
C (c)										8		8	8
D (d)										28		28	28
E (e)										7		7	7
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											3	3	3
P5 (p5)											8	8	8
Summe ...										56	12	68	68

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Summe ...	62

Gesamtsumme 04...	107	56	12	68	175
-------------------	-----	----	----	----	-----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 2 UAss 1420
 1 A1 5040
 2 d 4010

232

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	15							23
A2				2	5						7
A3					2	8					10
A4									1		1
A7										1	1
	Summe ...										42

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
Summe...										5		5	5

Gesamtsumme 05...	42	5		5	47
-------------------	----	---	--	---	----

STELLENPLAN 1999

233

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	58					188
A2		4	72								76
A3		1	2	1	8	22	8			1	43
A4									10	6	16
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
	Summe ...										328

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
P5 (p5)											12	12	12
Summe...										5	12	17	17

Gesamtsumme 06...	328	5	12	17	345
-------------------	-----	---	----	----	-----

234

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	5	14	35	28	59	87	61	1		293
A2		1	19	25	40	46	12	20	3	1	167
A3		1	2	1	12	12	26	45	12	15	126
A4								2	1	7	10
A5									2	12	14
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	615

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										67		67	67
B (b)										58		58	58
C (c)										113		113	113
D (d)										122		122	122
E (e)										20		20	20
P3 (p3)											11	11	11
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											10	10	10
Summe...										380	32	412	412

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1000...	615	380	32	1.027

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 a 1008
 1 b 1008
 1 b 1020
 1 a 1092
 1 UAss 1420
 2 MB01 4010
 1 A1 6300

abzüglich f. PST-Bereich

1 a 1020
 1 a 2000/2010
 2 A1 2000/2010
 1 c 2000/2010
 1 a 4000

STELLENPLAN 1999

235

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1001 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1					1				4		5
A2					1		1	3			5
A3						1		3			4
A4								1			1
A5										1	1
										Summe ...	16

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										7		7	7
B (b)										1		1	1
C (c)										5		5	5
D (d)										6		6	6
Summe ...										19		19	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1001...	16	19	19	35

1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1			1	1	35						37
A2			1		13						14
A3							1	2			7
A4										20	20
A5										1	1
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	85

236

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1008 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										1		1	1
Summe...										2		2	2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1008...	85	2		2	87

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 a 1000
 1 b 1000

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1			1		4	2	1	9	13			30
A2					1	10	7	9				27
A3					1		7	23	4	3		38
A4								3	2	3		8
A5								1	1	4		6
A7										1		1
												Summe ... 110

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)										2		2	2
D (d)										12		12	12
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										17	7	24	24

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1010...	110	17	7	24	134

STELLENPLAN 1999

237

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1020 Statistisches Zentralamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		5	6	7	6	9	36	1	71
A2			1	11	5	29	19	23	35	1	124
A3			2	7	5	19	12	41	39	5	130
A4									2	6	8
A5									7	2	9
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	345

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										53		53	53
B (b)										200		200	200
C (c)										264		264	264
D (d)										262		262	262
E (e)										7		7	7
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											21	21	21
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										786	33	819	819

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1020...	345	786	33	1.164

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 a 1000

abzüglich f. PST-Bereich
 1 b 1000

238

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		1	1	5
A2					2	4	2	1			9
A3				1		2					4
A4								2			4
A5										5	5
A6										2	2
										Summe ...	34

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										35		35	35
C (c)										14		14	14
D (d)										11		11	11
P1 (p1)											11	11	11
P2 (p2)											10	10	10
P3 (p3)											49	49	49
P4 (p4)											50	50	50
Summe...										61	120	181	181

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								1	1
L2								9	9
Summe...								10	10

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1075...	44	61	120	225

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
3 c 6500

STELLENPLAN 1999

239

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	24	11	12	58
A2					2	1	32	27			62
A3						6	8	1	1	1	17
Summe ...											137

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									20		20	20
B (b)									23		23	23
C (c)									24		24	24
D (d)									12		12	12
P4 (p4)										13	13	13
Lehrlinge										1	1	1
Summe...									79	14	93	93

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
									VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe								übrige Beamte				
K2 (k2)									2		2	2
Summe...									2		2	2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1090...	137	81	14	232

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A2 1091

1 A1 1092

240

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1091 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5		15	1	27
A2							18	5	5		28
A3							6	2	1	5	14
A4								2		3	5
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	76

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										8		8	8
B (b)										13		13	13
C (c)										36		36	36
D (d)										35		35	35
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											15	15	15
Summe...										92	16	108	108

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)								9	9	9		9	18
K5 (k5)								1	1	1		1	2
K6 (k6)								10	10	10		10	20
Summe...								20	20	20		20	40

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1091...	96	112	16	128	224

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1092

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A2 1090

STELLENPLAN 1999

241

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
Verwendungsgruppe												
A1										5	3	8
Summe ...											8	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										25		25	25
Summe ...										25		25	25

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1092...	8	25		25	33

Gesamtsumme 10...	1.456	1.483	222	1.705	3.161
--------------------------	--------------	--------------	------------	--------------	--------------

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 a 1000
 1 A1 1090
 1 A1 1091

242

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	6	16	20	55	57	16	8	1	183
A2		2	2	59	127	60	28	11	4		293
A3		1	2	5	22	24	48	98	27	15	242
A4								13	18	13	44
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										8	8
										Summe ...	782

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										23		23	23
B (b)										73		73	73
C (c)										94		94	94
D (d)										198		198	198
E (e)										15		15	15
P1 (p1)											2	2	2
P2 (p2)											15	15	15
P3 (p3)											26	26	26
P4 (p4)											31	31	31
P5 (p5)											10	10	10
Summe...										403	84	487	487

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1100...	782	403	84	487	1.269

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A1 1130

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1 2000/2010

1 A4 2000/2010

STELLENPLAN 1999

243

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1		1	5	19	28	23	41	45	106	111	379	
A2			4	8	23	45	107	105	39	24	355	
A3			3	10	41	78	202	186	307	4	831	
A4								178	40	97	315	
A5								2	10	1	13	
A6										14	14	
A7										29	29	
										Summe ...	1.936	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										18		18	18
B (b)										11		11	11
C (c)										73		73	73
D (d)										627		627	627
E (e)										59		59	59
P1 (p1)											4	4	4
P2 (p2)											28	28	28
P3 (p3)											55	55	55
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											184	184	184
Summe ...										788	288	1.076	1.076

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe													
E1	1	1	6	14	19	31	24	18	43	38	14	1	* 210
E2a					74	149	311	345	1.085	561	100	2	* 2.627
E2b												7.485	* 7.485
E2c												200	* 200
												Summe ...	10.522

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB I (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 VB I (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB II aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 1100

244

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - KR D	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			3	5	9	15	18	21	23	9			* 103
E2a					43	231	369	190	417	1.161			* 2.411
Summe ...												2.514	

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB I (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1130...	14.972	788	288	1.076	16.048

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			1									1
A3							2	4	5	8		19
A4								1	12	28		41
Summe ...											61	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										21		21	21
D (d)										* 955		955	955
P1 (p1)											5	5	5
P2 (p2)											26	26	26
P3 (p3)											42	42	42
P4 (p4)											53	53	53
P5 (p5)											479	479	479
(I/R)										5		5	5
(II/R)											47	47	47
Summe...										981	652	1.633	1.633

Von den VB I (d) sind 900 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

STELLENPLAN 1999

245

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1140 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	3	11	9	40	33	65	82	94	64	5	3	* 412
E2a					194	372	659	1.234	1.292	769	1.757		* 6.277
E2b												7.073	* 7.073
Summe ...												13.762	

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(GL) können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
 Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b können bis zu 70 VB I (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 E1/3 2000/2010

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1140...	13.823	981	652	1.633	15.456

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1								1				1
A2			1	1	3	1	4	7	1	2		20
A3								10	1			11
A4								1	1			2
A5										1		1
Summe ...											35	

246

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1150 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										2		2	2
B (b)										5		5	5
C (c)										8		8	8
D (d)										19		19	19
P2 (p2)											8	8	8
P3 (p3)											18	18	18
P4 (p4)											25	25	25
P5 (p5)											26	26	26
Summe...										34	77	111	111

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1150...	35	34	77	111	146

1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A2							1				1	
A3								1			1	
											Summe ...	
											2	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											2	2	2
P5 (p5)											3	3	3
Summe...										4	7	11	11

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1151...	2	4	7	11	13

STELLENPLAN 1999

247

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1					1		8	6	3		18	
A2					9	9	5	4			27	
A3							2	8	7		17	
A4								12			12	
											Summe ...	74

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)										1		1
D (d)										21		21
P5 (p5)											1	1
Summe...										22	1	23

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1152...	74	22	1	23	97

Gesamtsumme 11...	29.688	2.232	1.109	3.341	33.029
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		7	5	18	39	44	45	67	1	1	* 227
A2		1	5	11	26	37	37	15	2	1	* 135
A3		1		1	8	7	15	17	12	15	* 76
A4								2	9	1	* 12
A5										5	5
Summe ...											455

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									29		29	29	
B (b)									49		49	49	
C (c)									79		* 79	79	
D (d)									83		* 83	83	
P2 (p2)										1	1	1	
P3 (p3)										7	7	7	
P5 (p5)										4	4	4	
Summe...									240	12	252	252	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1200...	455	240	12	707

Davon für das Zentrum für Schulversuche: 10A1, 1A2, 3A3, 2A4, 4c, 1d

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1/1 1244

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 2000/2010

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2						1					1
Summe ...											1

STELLENPLAN 1999

249

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1240 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										2		2	2
(I/R)										6		6	6
Summe...										9		9	9

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1240...	1	9		9	10

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2							3	1				4
A3									3	1	1	5
A4												3
A5									1		6	7
	Summe ...											19

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										1		1	1
C (c)										5		5	5
D (d)										5		5	5
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											18	18	18
P4 (p4)											27	27	27
Summe...										11	49	60	60

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1241...	19	11	49	60	79

250

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2							1		11		12
A3									1		1
A5										3	3
	Summe ...										16

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II			
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV							
Verw. (Entl.)gruppe														
B (b)											12		12	12
D (d)											3		3	3
P4 (p4)												1	1	1
Summe...											15	1	16	16

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1242...	16	15	1	16	32

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1								2	11	10	23
A2								2	4	2	9
A3									2	1	4
A6										1	1
	Summe ...										37

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										4		4	4
B (b)										12		12	12
C (c)										20		20	20
D (d)										4		4	4
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											10	10	10
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										40	19	59	59

STELLENPLAN 1999

251

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								12	12
Summe...								12	12

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1243...	49	40	19	59	108

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	4	5	9	11	32	70		133
A2				1	2	6	7	26	2		44
A3					4	1	9	16	3	1	34
A4									4	5	9
A5								3		7	10
A6										1	1
										Summe ...	231

252

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1244 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										99		99	99
B (b)										92		92	92
C (c)										130		130	130
D (d)										220		220	220
E (e)										253		253	253
P1 (p1)											3	3	3
P2 (p2)											16	16	16
P3 (p3)											35	35	35
P4 (p4)											10	10	10
Summe...										794	64	858	858

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1244...	231	794	64	858	1.089

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1/1 1200

1246 Nationalbibliothek und Phonotheek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		1	10		9	12	29		62
A2					1	1	8	40	1		51
A3					1	1	2	16	12		32
										Summe ...	145

STELLENPLAN 1999

253

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										*	32		32
B (b)										*	42		42
C (c)											49		49
D (d)											53		53
P3 (p3)												6	6
P5 (p5)												1	1
Summe...											176	7	183

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1246...	145	176	7	183	328

Von den VB I(a) sind 3 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Von den VB I(b) sind 5 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1			1		1	10	2	17	35		66
A2						1	2	10		1	14
A3					1			2	5		8
A4									4		4
A5										4	4
A6										2	2
											Summe ...
											98

254

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1247 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										38		38	38
B (b)										20		20	20
C (c)										26		26	26
D (d)										24		24	24
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										108	6	114	114

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1247...	98	108	6	114	212

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			4	5	4	12	8	10	19	1	63	
A2			4	19	28	52	83	117	17	2	322	
A3					1	16	21	73	26	13	150	
A4								7	37	5	49	
A5									6	2	8	
A6										2	2	
A7										4	4	
											Summe ...	598

STELLENPLAN 1999

255

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										20		20	20
B (b)										138		138	138
C (c)										153		153	153
D (d)										173		173	173
E (e)										11		11	11
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											10	10	10
P5 (p5)											30	30	30
Summe...										495	45	540	540

Lehrer	Leiter								Summe Beamte	
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		
Verwendungsgruppe										
LPA								1	1	1
L1								73	73	73
L2								48	48	48
Summe...								122	122	122

Beamte des Schulaufsichtsdienstes		Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)		
S1 (Landesschulinspektor)		85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)		147
Summe...		232

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1260...	952	495	45	1.492

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 c 1294

256

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						4	6	6	93		* 109
A2								5			5
A3							1	1	3		5
										Summe ...	119

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									19		19	19
B (b)									2		2	2
C (c)									16		16	16
D (d)									12		12	12
Summe...									49		49	49

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1261...	119	49	49	168

1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2									1		1
A3			1	1		7	79	1			89
A4								30	78	6	114
A5										1	1
A6										53	53
A7										18	18
										Summe ...	276

STELLENPLAN 1999

257

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1270 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										148		148	148
D (d)										190		190	190
P2 (p2)											8	8	8
P4 (p4)											201	201	201
P5 (p5)											671	671	671
(I/R)										75		75	75
Summe...										413	880	1.293	1.293

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	321						2	10.553	10.876
L2								372	372
L3								2	2
Summe...	321						2	10.927	11.250

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1270...	11.526	413	880	12.819

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2						1	1		1	1	4	
A3							1		3	1	5	
A4								1		7	8	
A5										4	4	
A6										1	1	
A7										1	1	
										Summe ...	23	

258

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1271 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse:								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										1		1	1
C (c)										12		12	12
D (d)										10		10	10
P2 (p2)											14	14	14
P3 (p3)											21	21	21
P4 (p4)											56	56	56
P5 (p5)											46	46	46
(I/R)										3		3	3
Summe ...										26	137	163	163

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4			4			4	156	168
L2								12	12
Summe ...	4			4			4	168	180

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
										übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe													
K4 (k4)										6		6	6
Summe ...										6		6	6

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1271...	203	32	137	372

1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2								2				2
A3										1		2
A4									1	1		6
A5											2	2
A6											2	2
A7											2	2
Summe ...												16

STELLENPLAN 1999

259

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1274 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										3		3	3
C (c)										12		12	12
D (d)										3		3	3
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											28	28	28
(I/R)										1		1	1
Summe...										20	52	72	72

Lehrer	Leiter								Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	
Verwendungsgruppe									
L1	2						2	12	16
L2								58	58
Summe...	2						2	70	74

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
										übrige Beamte	VB I			VB II
	Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)								1	1	1		1	2	
K4 (k4)								1	1	5		5	6	
Summe...								2	2	6		6	8	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1274...	92	26	52	170

1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A3							1	3				4
A4									2			2
A6											3	3
	Summe ...											9

260

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1276 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										1		1	1
C (c)										10		10	10
D (d)										5		5	5
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											23	23	23
P5 (p5)											31	31	31
Summe...										16	60	76	76

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			10					2	12
L2								17	17
Summe...			10					19	29

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1276...	38	16	60	114

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1							1			1		2
A2							8	10	29	8	6	61
A3							1		24	25	8	58
A4									17	19	32	68
A5									1	1	12	14
A6											21	21
A7											8	8
											Summe ...	232

STELLENPLAN 1999

261

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1280 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										53		53	53
C (c)										164		164	164
D (d)										141		141	141
P2 (p2)											45	45	45
P3 (p3)											26	26	26
P4 (p4)											112	112	112
P5 (p5)											331	331	331
(I/R)										27		27	27
Summe...										386	514	900	900

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	63				173			2.941	3.177
L2					2			870	872
Summe...	63				175			3.811	4.049

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)										3		3	3
K4 (k4)									1	1	1	1	2
Summe...									1	1	4	4	5

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1280...	4.282	390	514	5.186

262

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2	7	11	2	22
A3							2	10	1	2	15
A4								2	12	5	19
A5										1	1
A6										11	11
A7										7	7
										Summe ...	75

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)									39		39	39	
C (c)									84		84	84	
D (d)									71		71	71	
P2 (p2)										1	1	1	
P3 (p3)										3	3	3	
P4 (p4)										67	67	67	
P5 (p5)										186	186	186	
(I/R)									17		17	17	
Summe...									211	257	468	468	

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	6							20	26
L1	138					5		1.695	1.838
L2	33					100		767	900
Summe...	177					105		2.482	2.764

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1281...	2.839	211	257	3.307

STELLENPLAN 1999

263

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3						3	28				31
A4								4	30	1	35
A6										7	7
A7										1	1
										Summe ...	74

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										73		73	73
D (d)										74		74	74
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											58	58	58
P5 (p5)											188	188	188
(I/R)										26		26	26
Summe...										173	248	421	421

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	120							2.820	2.940
L2								215	215
Summe...	120							3.035	3.155

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1282...	3.229	173	248	3.650

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3								2			2
A4									3	1	4
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	13

264

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1286 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
C (c)										8		8	8
D (d)										3		3	3
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											28	28	28
P5 (p5)											24	24	24
Summe...										11	57	68	68

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			4					19	23
Summe...			4					19	23

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
										VB I	VB II			
Verw. (Entl.)gruppe									übrige Beamte					
K2 (k2)									1	1			1	
K4 (k4)									2	2	1		1	3
Summe...									3	3	1		1	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1286...	39	12	57	108

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2						4	7	1	16		28
A3							2	11	1	2	16
A4									2	2	4
A5								1		1	2
	Summe ...										50

STELLENPLAN 1999

265

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										15		15	15
C (c)										33		33	33
D (d)										34		34	34
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											15	15	15
P5 (p5)											28	28	28
(I/R)										7		7	7
Summe...										89	44	133	133

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	23				46			437	506
L1								530	530
Summe...	23				46			967	1.036

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1290...	1.086	89	44	133	1.219

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2										1		1
A3								4				4
A4										6	4	10
A6											3	3
												Summe ...
												18

266

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)									16		16	16	
D (d)									16		16	16	
P4 (p4)										41	41	41	
P5 (p5)										28	28	28	
(I/R)									6		6	6	
Summe...									38	69	107	107	

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	35				30			192	257
L2						1		224	225
Summe...	35				30	1		416	482

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1291...	500	38	69	607

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								1	2	1	3	7
A3									3		1	4
A4									1	1		2
A5											1	1
Summe ...												14

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)									6		6	6	
C (c)									10		10	10	
D (d)									5		5	5	
P4 (p4)										1	1	1	
P5 (p5)										9	9	9	
Summe...									21	10	31	31	

268

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1293 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4				10			5	19
Summe...	4				10			5	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1293...	27	33	27	60

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2								3	4		7
A3								2	2	12	16
A4										1	1
										Summe ...	24

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									17		17	17
D (d)									12		12	12
P4 (p4)										3	3	3
Summe...									29	3	32	32

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	22				45			15	82
L1								51	51
Summe...	22				45			66	133

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1294...	157	29	3	189

Gesamtsumme 12...	26.161	3.420	2.561	5.981	32.142
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 c 1260

270

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	5	10	12	15	55	451	72	622
A2		1	5	18	25	44	181	405	67	119	865
A3					5	37	225	169	63	5	504
A4								24	9	47	80
A5								6	12	26	44
A6										4	4
A7										4	4
										Summe ...	2.123

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										* 380		380	380
B (b)										* 1.494		1.494	1.494
C (c)										* 1.895		1.895	1.895
D (d)										890		890	890
E (e)										30		30	30
P1 (p1)											28	28	28
P2 (p2)											84	84	84
P3 (p3)											170	170	170
P4 (p4)											190	190	190
P5 (p5)											18	18	18
Lehrlinge											169	169	169
Summe...										4.689	659	5.348	5.348

Von den VB I(a) und den VB I(b) sind je 3 Planstellen, und von den VB I(c) ist 1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.
153 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.
Von den 890 I(d)-Planstellen müssen mindestens 160 Planstellen mit jugendlichen VB besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1		12						188	200
L2								23	23
Summe...		12						211	223

STELLENPLAN 1999

271

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	* 1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.343
Summe...	8.197

Hievon 12 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		94	94	104		104	198
K4 (k4)				21		21	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	139		139	250

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1420...	10.654	4.828	659	5.487	16.141

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

2 a 3030
18 A1 3030

abzüglich f. PST-Bereich

2 UAss 0400
1 UAss 1000
1 c 2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich

3 A1/3 1400
1 A2/4 1400
5 UAss 1400(1A1/7,
1A1/6 und
3A1/4)2 b 1400
2 c 1400
1 b 6500

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		3	4	2	9	87	1	107
A2						1	4	10			15
A3						1	1	4			6
Summe ...											128

272

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1424 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	übrige Beamte					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									20		20	20
B (b)									16		16	16
C (c)									22		22	22
D (d)									13		13	13
P3 (p3)										1	1	1
P4 (p4)										2	2	2
Summe...									71	3	74	74

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1424...	128	71	3	74	202

Von den 13 VB I(d)-Planstellen müssen mindestens 4 mit jugendlichen VB besetzt werden.

1430 Kunsthochschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1						6	5	6	9	2	28
A2				1	5	9	23	19	2	1	60
A3							14	20	4		38
A4									3	6	9
A5										1	1
A6										3	3
										Summe ...	139

STELLENPLAN 1999

273

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										47		47	47
B (b)										103		103	103
C (c)										114		114	114
D (d)										137		137	137
E (e)										65		65	65
P1 (p1)											8	8	8
P2 (p2)											11	11	11
P3 (p3)											17	17	17
P4 (p4)											10	10	10
P5 (p5)											11	11	11
Summe...										466	57	523	523

Von den 137 VB I(d)-Planstellen müssen mindestens 30 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								131	131
Summe...								131	131

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe...	622

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1430...	892	466	57	523	1.415

Gesamtsumme 14...	11.983	5.483	721	6.204	18.187
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

274

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

15 Soziales

1500 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1	4	4	12	29	52	46	88	56	4	5	300	
A2		1	6	20	43	72	32	15			189	
A3		1		1	2	9	10	39	12	4	78	
A4									1	5	6	
A5										3	3	
A6										1	1	
	Summe ...											577

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										62		62	62
B (b)										52		52	52
C (c)										63		63	63
D (d)										51		51	51
P2 (p2)											1	1	1
(I/R)										4		4	4
Summe...										232	1	233	233

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 3 A1/3 2000/2010
 1 A1/2 2000/2010
 1 a 2000/2010
 2 b 2000/2010
 4 I/R 2000/2010

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1500...	577	232	1	810

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			1	2	5	7	9	2	40	145	211	
A2		1	2	7	2	55	88	133	5		293	
A3					7	2	10	25	27	45	116	
A4								2	3	15	20	
A5								1		19	20	
	Summe ...											660

STELLENPLAN 1999

275

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1570 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										29		29	29
B (b)										60		60	60
C (c)										47		47	47
D (d)										28		28	28
P2 (p2)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											8	8	8
Summe...										164	12	176	176

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
										übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe														
K2 (k2)										5		5	5	
K5 (k5)									1	1			1	
Summe...									1	5		5	6	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1570...	661	169	12	181	842

1590 Heimarbeitskommissionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								1	1			2
A3										1		1
	Summe ...											3

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										3		3	3
D (d)										1		1	1
Summe...										4		4	4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1590...	3	4		4	7

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1592 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	2	87	2	131
A2						74	81	14	1		170
A3				7				18	8	1	34
A4										31	31
A5										8	8
Summe ...											374

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										17		17	17
B (b)										26		26	26
C (c)										11		11	11
D (d)										45		45	45
P3 (p3)											2	2	2
P5 (p5)											6	6	6
Summe...										99	8	107	107

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1592...	374	99	8	107	481

Gesamtsumme 15...	1.615	504	21	525	2.140
--------------------------	--------------	------------	-----------	------------	--------------

STELLENPLAN 1999

277

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

17 Gesundheit

1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1				2	7	3	5	11	16	6	50
A2				1	3		18	2	2		26
A3						2	1	6	3		12
A4								3	1		4
A5									1		1
A6										5	5
										Summe ...	98

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										29		29	29
B (b)										20		20	20
C (c)										20		20	20
D (d)										30		30	30
P1 (p1)											1	1	1
P3 (p3)											19	19	19
P4 (p4)											22	22	22
Summe...										99	42	141	141

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte		VB I	VB II		
	Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)								28	28	37		37	65
K5 (k5)										1		1	1
K6 (k6)								3	3	19		19	22
Summe...								31	31	57		57	88

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1792...	129	156	42	198	327

278

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1794 Bundes-Hebammenakademien

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K3 (k3)				1		1	1
Summe...				1		1	1

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1794...		1		1	1

Gesamtsumme 17...	129	157	42	199	328
--------------------------	------------	------------	-----------	------------	------------

STELLENPLAN 1999

279

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

18 Umwelt

1800 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	4	7	25	5	68	38	5	2		156
A2			7	23	21	8	4	4	1		68
A3			1		4	4	4	4	2	4	23
	Summe ...										247

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										37		37	37
B (b)										47		47	47
C (c)										56		56	56
D (d)										10		10	10
P1 (p1)											1	1	1
Summe...										150	1	151	151

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1800. ...	247	150	1	151	398

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1	2000/2010
1 a	2000/2010
1 d	2000/2010

1870 Umweltbundesamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	14	4	12	21	3	2	60
A2					1	4	13	6	4	1	29
A3						2	3	4	1	1	11
	Summe ...										100

280

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1870 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21		21	21
B (b)										43		43	43
C (c)										38		38	38
D (d)										9		9	9
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											1	1	1
Summe...										112	4	116	116

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1870...	100	112	4	116	216

Gesamtsumme 18...	347	262	5	267	614
--------------------------	------------	------------	----------	------------	------------

STELLENPLAN 1999

281

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1	5	14	38	57	62	79	146	28	1		430
A2		5	8	67	75	29	12	2			198
A3		1			5	8	13	42	9	8	86
A4								1	1		2
A5									2	2	4
A7										3	3
										Summe ...	723

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

2000 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										61		61	61
B (b)										85		85	85
C (c)										375		375	375
D (d)										242		242	242
E (e)										39		39	39
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											16	16	16
P4 (p4)											14	14	14
P5 (p5)											6	6	6
Summe...										802	37	839	839

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 2000...	723	802	37	1.562

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich	zuzüglich v. PST-Bereich	abzüglich f. PST-Bereich
2 A1 1000	2 A1 3000	3 A1 2030
1 a 1000	1 B/d 3000	2 A2 2030
1 c 1000	1 A4 4000	1 c 2030
1 A1 1100	3 MB01 4010	3 d 2030
1 I/R 1100	12 MB02 4010	1 e 2030
1 E1 1140	1 A1 4010	
1 A1 1200	2 MBU01 4010	
1 c 1420	1 A4 4010	
1 A1/2 1500	4 A1 5000	
3 A1/3 1500	1 c 5000	
1 a 1500	2 A1 6000	
2 b 1500	1 A2/2 6000	
4 I/R 1500	1 A4 6000	
1 A1 1800	2 a 6500	
1 a 1800	1 d 6500	
1 I/R 1800		
1 A3 2030		
1 A4 2030		
1 A7 2030		
5 a 2030		
1 b 2030		

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1	6	5	1	6				19
A2					6	4					10
Summe ...											29

STELLENPLAN 1999

283

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

2030 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										6		6	6
B (b)										4		4	4
C (c)										15		15	15
D (d)										10		10	10
E (e)										2		2	2
Summe...										37		37	37

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 2030...	29	37		37	66

Gesamtsumme 20...	752	839	37	876	1.628
--------------------------	------------	------------	-----------	------------	--------------

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
 3 A1 2000/2010
 2 A2 2000/2010
 1 c 2000/2010
 3 d 2000/2010
 1 e 2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A3 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 A7 2000/2010
 5 a 2000/2010
 1 b 2000/2010

284

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

30 Justiz

3000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1	1	5	5	9	23	23	14	2			* 82
A2			8	11	10	8	9	2			48
A3		1	2	1	3	5	18	2			32
	Summe ...										162

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen mit Generalanwälten (auslaufend für Sektions- und Abteilungsleiter) und die übrigen Planstellen nach Maßgabe des §153a BDG 1979 mit Staatsanwälten besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										14		14	14
D (d)										52		52	52
E (e)										6		6	6
P1 (p1)											2	2	2
P2 (p2)											1	1	1
P4 (p4)											2	2	2
Summe...										72	5	77	77

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3000...	162	72	5	77	239

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

26 Übr Richter 3020

3 Staatsanw 3020

1 E1 3030

5 E2a 3030

abzüglich f. PST-Bereich

2 A1 2000/2010

1 B/d 2000/2010

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2				3	1	1		2			7
A3									2		4
A4										8	8
A5								1		1	2
	Summe ...										21

STELLENPLAN 1999

285

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										9		9	9
D (d)										7		7	7
E (e)										3		3	3
P3 (p3)											1	1	1
Summe...										19	1	20	20

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Summe...	57

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 3010...	92	19	1	20	112

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 6 Übr Richter 3020

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A2		2	28	54	73	843	88	25	3			1.116
A3			75	60	146	48	232	672	327			1.560
											Summe ...	2.676

286

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									3		3	3
B (b)									145		145	145
C (c)									863		863	863
D (d)									1.600		1.600	1.600
E (e)									34		34	34
P3 (p3)										10	10	10
P4 (p4)										58	58	58
P5 (p5)										149	149	149
Summe...									2.645	217	2.862	2.862

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.832

STELLENPLAN 1999

287

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Staatanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe...	198

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 3020...	4.706	2.645	217	2.862	7.568

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 26 Übr Richter 3000
 3 Staatsanw 3000
 6 Übr Richter 3010

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	7	6	12	24	27	78
A2					1	11	20	25			57
A3							1	3			4
										Summe ...	139

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										66		66	66
B (b)										* 59		59	59
C (c)										50		50	50
D (d)										76		76	76
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											5	5	5
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										251	11	262	262

Von den VB I(b) können bis zu 11 Planstellen mit Vertragslehrern IL/12 besetzt werden.

288

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3030 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2	2							5	7
Summe...	2							5	7

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1			2	4	4	2	5	18	13	31			79
E2a					9	10	53	47	76	409	1.195	296	2.095
E2b												1.018	1.018
Summe...													3.192

Krankenflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				10		10	10
K3 (k3)		12	12				12
K4 (k4)		6	6	64		64	70
K6 (k6)				5		5	5
Summe...		18	18	79		79	97

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 3030...	3.356	330	11	341

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

18 A1 1420

2 a 1420

1 E1 3000

5 E2a 3000

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1		5		4	1	11
A2					3	5	30	95			133
Summe...											144

STELLENPLAN 1999

289

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3050 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										10		10	10
C (c)										1		1	1
D (d)										4		4	4
Summe...										15		15	15

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3050...	144	15		15	159

Gesamtsumme 30...	8.460	3.081	234	3.315	11.775
--------------------------	--------------	--------------	------------	--------------	---------------

290

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		2	5	6	16	39	31	36	4	1	* 140
A2		1	13	37	61	156	15	28	1		312
A3		1		1	12	34	97	148	9	4	306
A4								13	40		53
										Summe ...	811

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufs-offizier der Verwendungsgruppe MB01 besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)									183		183	183	
Summe ...									183		183	183	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 4000...	811	183		183	994

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 a 1000

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	7	4	12	113	6	148
A2			8	49	40	209	102	306	212	53	979
A3			1	27	79	98	430	707	770	9	2.121
A4								463	283	1	747
										Summe ...	3.995

STELLENPLAN 1999

291

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										* 821		821	821
E (e)										* 4		4	4
P2 (p2)											* 206	206	206
P3 (p3)											* 54	54	54
P4 (p4)											* 28	28	28
P5 (p5)											* 5	5	5
(I/R)										40		40	40
(II/R)											* 4	4	4
Lehrlinge											109	109	109
Summe...										865	406	1.271	1.271

Von den VB können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer
 UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
 Die 4 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2								20	20
Summe...								20	20

292

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	41	55	87	91	83			95	14	* 487
MB02	11	37	111	157	441	112	444	753	151	163		1	* 2.381
MBU01			14	68	149	865	2.341	1.453			3.655	295	* 8.840
MBU02								550			1.672	13	* 2.235
												Summe ...	13.943
MZ01						1	4	6			10	26	47
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												1.476	1.476
												Summe ...	6.593
												Summe Militärischer Dienst ...	20.536

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB01 können 155 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen und 7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB01 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB02 können 175 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB02 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 können 121 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen werden.

Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBU01 und MBU02 können auch mit Beamten der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

STELLENPLAN 1999

293

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	übrige Beamte			VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		17	17	1		1	18
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		57	57	14		14	71

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 4010...	24.608	879	406	1.285	25.893

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 d	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
		1 A4	2000/2010

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					1	1	2		9	1	14
A2				2		8		5	1		16
A3							14	6	2	5	27
A4								4		1	5
										Summe ...	62

294

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

4040 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										18		18	18
E (e)										10		10	10
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										28	8	36	36

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
62	28	8	36	98

4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1								1			1	
A3							1			1	2	
	Summe ...											3

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
(I/K)									*	21		21	21
(II/K)										*	36	36	36
Summe...										21	36	57	57

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
3	21	36	57	60

Gesamtsumme 40...	25.484	1.111	450	1.561	27.045
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

Die 21 VB I/K und die 36 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1999

295

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

50 Finanzverwaltung

5000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	6	1	8	68	16	75	92	78	1	7	352
A2		1	23	32	96	25	21	26	3	2	229
A3		1			18	17	27	32	2	18	115
A4								2	5	5	12
A5									1	7	8
A6										9	9
A7										2	2
										Summe ...	727

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										73		73	73
B (b)										8		8	8
C (c)										139		139	139
D (d)										60		60	60
E (e)										20		20	20
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											8	8	8
P4 (p4)											14	14	14
P5 (p5)											35	35	35
Summe...										300	60	360	360

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB I	VB II			
Summe 5000...	727	300	60	360	1.087

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A1 5040
1 E1 5040
2 E2a 5040

abzüglich f. PST-Bereich

4 A1 2000/2010
1 c 2000/2010

296

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	14	43	81	274	288	261	9	976
A2			69	510	346	807	1.743	1.482	3		4.960
A3			4	24	1.986	463	81	811	6	11	3.386
A4								6	5	39	50
A5									5	28	33
A6										12	12
A7										2	2
										Summe ...	9.419

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung Verw. (Entl.)gruppe	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										95		95	95
B (b)										446		446	446
C (c)										2.139		2.139	2.139
D (d)										657		657	657
E (e)										25		25	25
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											6	6	6
P4 (p4)											63	63	63
P5 (p5)											269	269	269
(II/R)											7	7	7
Summe ...										3.362	349	3.711	3.711

STELLENPLAN 1999

297

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		GL
E1			1		3	6	1	6	2	2			21
E2a					13	103	103	125	414	251	565	455	2.029
E2b												300	300
Summe ...												2.350	

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1 5000

1 E1 5000

2 E2a 5000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5040...	11.769	3.362	349	3.711	15.480

5070 Bundespensionsamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1		2	1		5
A2		2		2	6	5	19	21	6		61
A3							2	5	17	1	25
A4									1	1	2
A5										1	1
A6										1	1
A7										1	1
Summe ...											96

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										4		4	4
B (b)										31		31	31
C (c)										33		33	33
D (d)										33		33	33
E (e)										3		3	3
Summe...										104		104	104

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5070...	96	104		104	200

298

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1		1		14		20		2			37
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	2	1	1		7
A6										1	1
										Summe ...	50

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										12		12	12
B (b)										3		3	3
C (c)										18		18	18
D (d)										21		21	21
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											4	4	4
Summe...										55	8	63	63

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5071...	50	55	8	63	113

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						1		1	6	1	9
A2					1	1	1	5			8
A3					2	3		6	5		16
A4									7		7
										Summe ...	40

STELLENPLAN 1999

299

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5072 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										3		3	3
C (c)										2		2	2
D (d)										6		6	6
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											2	2	2
Summe...										11	3	14	14

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5072...	40	11	3	14	54

Gesamtsumme 50...	12.682	3.832	420	4.252	16.934
--------------------------	---------------	--------------	------------	--------------	---------------

300

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	3	10	16	41	22	109	50	3	1	259
A2		1	5	13	54	55	22	18	2		170
A3		1		1	4	13	20	12	5	4	60
A4									19	15	34
A5										8	8
	Summe ...										531

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										27		27	27
B (b)										31		31	31
C (c)										73		73	73
D (d)										73		73	73
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											1	1	1
Summe...										205	5	210	210

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6000...	531	205	5	741

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 2 A1 6080

abzüglich f. PST-Bereich
 2 A1 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 A2 2000/2010

STELLENPLAN 1999

301

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	3	7	2		14
A2							8	4	9		21
A3						2		10	5	3	20
A4								1	3	28	32
A5									1	3	4
A6										1	1
A7										1	1
Summe ...											93

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										5		5	5
B (b)										17		17	17
C (c)										28		28	28
D (d)										* 11		11	11
P1 (p1)											8	8	8
P2 (p2)											39	39	39
P3 (p3)											32	32	32
P4 (p4)											82	82	82
P5 (p5)											36	36	36
(II/K)											* 65	65	65
Lehrlinge											* 15	15	15
Summe...										61	277	338	338

Von den 65 VB II/K werden 48 nicht zentral besoldet.
3 VB I/d werden nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

302

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6050 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	1							4	5
L1	9					3		128	140
L2								70	70
L3								1	1
Summe...	10					3		203	216

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6050...	309	61	277	338	647

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1		1		3	8	4	11	39	42	1	109
A2					4	5	48	59	11		127
A3						11	4	47	20	6	88
A4								4	8	28	40
A5									1	2	3
										Summe ...	367

STELLENPLAN 1999

303

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6051 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										37		37	37
B (b)										51		51	51
C (c)										174		174	174
D (d)										53		53	53
P1 (p1)											4	4	4
P2 (p2)											51	51	51
P3 (p3)											22	22	22
P4 (p4)											14	14	14
P5 (p5)											2	2	2
(II/K)										*	59	59	59
Lehrlinge										*	9	9	9
Summe...										315	161	476	476

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6051...	367	315	161	476	843

Von den 59 VB II/K werden 55 nicht zentral besoldet.
5 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A2								2				2
A3								1	1			2
A4											4	4
A7											3	3
											Summe ...	11

304

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6052 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										3		3	3
C (c)										7		7	7
P2 (p2)											6	6	6
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											1	1	1
(II/K)										*	2	2	2
Summe...										10	33	43	43

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	3							31	34
L2								10	10
Summe...	3							41	44

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6052...	55	10	33	43	98

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1			1		2	2	5	30	21			61
A2							7	31	5	1		44
A3						1	2	2	2	2		9
A4								3	2	8		13
											Summe ...	127

STELLENPLAN 1999

305

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6053 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21		21	21
B (b)										23		23	23
C (c)										33		33	33
D (d)										21		21	21
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											9	9	9
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											3	3	3
(II/K)										*	17	17	17
Summe...										98	34	132	132

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6053...	127	98	34	132	259

Die 17 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	2	6		12
A2								2	1		3
A3							1				1
A4									1		1
A5										1	1
										Summe ...	18

306

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6054 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										4		4	4
C (c)										3		3	3
D (d)										3		3	3
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
Summe...										10	4	14	14

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6054...	18	10	4	14	32

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1						2		5	4	1		12
A2						1	3	1	3			8
A3								2	1			3
											Summe ...	23

STELLENPLAN 1999

307

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6055 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										13		13	13
C (c)										30		30	30
D (d)										8		8	8
P1 (p1)											5	5	5
P2 (p2)											8	8	8
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											6	6	6
P5 (p5)											2	2	2
Lehrlinge										*	23	23	23
Summe...										54	46	100	100

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6055...	23	54	46	100	123

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1							1		2	3		6
A3										1		1
	Summe ...											7

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										1		1	1
D (d)										2		2	2
Summe...										6		6	6

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6056...	7	6		6	13

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		3	1	3	8	6	3	25
A2						2	5	4	8		19
A3						2	1	2	9		14
A4									2		2
A5										1	1
A6										1	1
Summe ...											62

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									5		5	5
B (b)									8		8	8
C (c)									22		22	22
D (d)									5		5	5
P1 (p1)										1	1	1
P2 (p2)										3	3	3
P3 (p3)										3	3	3
P4 (p4)										2	2	2
(II/K)										*	1	1
Lehrlinge										*	3	3
Summe...									40	13	53	53

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6058...	62	40	13	53	115

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		1	2	5		9
A2			1		1	1	6	2	3		14
A3						1		7	1		9
A4								6	3	3	12
A7										2	2
Summe ...											46

STELLENPLAN 1999

309

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6059 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)										7		7	7
D (d)										5		5	5
P2 (p2)											4	4	4
Summe ...										14	4	18	18

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB I	VB II			
Summe 6059...	46	14	4	18	64

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A2							1				1	
A3								2			3	
A4									1		3	
A5											1	
A6											1	
											Summe ...	9

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)										4		4	4
D (d)										2		2	2
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											6	6	6
(II/K)										*	1	1	1
Summe ...										8	13	21	21

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

310

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6072 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1	2							1	3
L2								16	16
Summe...	2							17	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6072...	28	8	13	49

6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				7		7	9	18	31		72
A2							9	36	6		51
A3						3	6	15	8		32
A4										1	1
A5										1	1
										Summe ...	157

STELLENPLAN 1999

311

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6080 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									28		28	28
B (b)									40		40	40
C (c)									79		79	79
D (d)									18		18	18
P4 (p4)										1	1	1
P5 (p5)										6	6	6
(II/K)										* 110	110	110
Lehrlinge										* 6	6	6
Summe...									165	123	288	288

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6080...	157	165	123	288	445

Die 110 VB II/K und
die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
2 A1 6000

6091 Bundeskellereinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2			1		1	21			1		24
A3								1	2		3
										Summe ...	27

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									2		2	2
C (c)									2		2	2
Summe...									4		4	4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6091...	27	4		4	31

312

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						1					1
A2				2	1		2	3		1	9
A3					4	8	7	3	33		55
A4									15	4	19
A5										5	5
A6										5	5
	Summe ...										94

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										1		1	1
C (c)										8		8	8
D (d)										4		4	4
P1 (p1)											14	14	14
P2 (p2)											39	39	39
P3 (p3)											38	38	38
P4 (p4)											56	56	56
P5 (p5)											8	8	8
(II/K)										*	11	11	11
Lehrlinge										*	57	57	57
Summe...										13	223	236	236

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6093...	94	13	223	236	330

Die 11 VB II/K werden nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						1				1	2
A2								3	8	1	12
A3					1		2			2	3
A4										4	7
	Summe ...										33

STELLENPLAN 1999

313

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6094 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										8		8	8
C (c)										9		9	9
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											11	11	11
P3 (p3)											20	20	20
P4 (p4)											17	17	17
(II/K)										*	26	26	26
Summe...										17	75	92	92

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6094...	33	17	75	125

Von den 26 VB II/K werden 22 nicht zentral besoldet.

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
A2								3				3
Summe ...												3

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										3		3	3
C (c)										1		1	1
P2 (p2)											1	1	1
(II/K)										*	12	12	12
Summe...										4	13	17	17

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6096...	3	4	13	20

Gesamtsumme 60...	1.887	1.024	1.024	2.048	3.935
-------------------	-------	-------	-------	-------	-------

Die 12 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

314

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	5	10	26	62	48	86	147	8	1	398
A2		1	2	13	28	92	24	22	6	2	190
A3		1		1	6	24	21	34	14	14	115
A4								6	11	2	19
A5									3		3
A7										1	1
Summe ...											726

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										65		65	65
B (b)										51		51	51
C (c)										84		84	84
D (d)										166		166	166
E (e)										24		24	24
Summe...										390		390	390

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6300...	726	390	390	1.116

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 1000

6320 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	2	7	18	30	63	7			128
A2					1	3	9	4			17
A3					1	6	10	16	4		37
A4									1		1
A5									1		1
Summe ...											184

STELLENPLAN 1999

315

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6320 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										6		6	6
B (b)										9		9	9
C (c)										25		25	25
D (d)										23		23	23
E (e)										2		2	2
P2 (p2)											2	2	2
Summe...										65	2	67	67

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6320...	184	65	2	67	251

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1				6		6		7	4		23	
A2								1			1	
A3						6		5			11	
A4									5	3	8	
											Summe ...	43

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
C (c)										1		1	1
D (d)										9		9	9
P5 (p5)											2	2	2
Summe...										13	2	15	15

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6330...	43	13	2	15	58

Gesamtsumme 63...	953	468	4	472	1.425
-------------------	-----	-----	---	-----	-------

316

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienvverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1			1				2
A3			1			2	2	1	3		9
A4								12			12
	Summe ...										23

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
C (c)									3		3	3
D (d)									6		6	6
P1 (p1)										5	5	5
P2 (p2)										3	3	3
P3 (p3)										1	1	1
P4 (p4)										1	1	1
Summe...									9	10	19	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6401...	23	9	10	42

6403 Beschußämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
	Summe ...										10

STELLENPLAN 1999

317

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6403 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										1		1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										2	1	3	3

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6403...	10	2	1	3	13

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1				1		1	1	2			2	7
A2				2	2	4	7	4				19
A3						1	10	2	2		3	18
A4								1			5	6
A5											1	1
											Summe ...	51

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										13		13	13
C (c)										10		10	10
D (d)										7		7	7
P3 (p3)											1	1	1
Summe...										33	1	34	34

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6440...	51	33	1	34	85

318

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	5	1	4	8	5		24
A2			2	12	15	20	28	56	1		134
A3			1	10	126	10	44	36	5	37	269
A4								8	92	166	266
A5								1	3	48	52
A6										27	27
A7										1	1
										Summe ...	773

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										23		23	23
C (c)										54		54	54
D (d)										84		84	84
E (e)										1		1	1
P2 (p2)											48	48	48
P3 (p3)											56	56	56
P4 (p4)											10	10	10
Summe ...										163	114	277	277

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6450 ...	773	163	114	1.050

6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	7	14	1	4		32
A2			2	9	18	49	32	124			234
A3				25	140	9	61	8	12	21	276
A4								21	32	118	171
A5										25	25
A6										25	25
A7										15	15
										Summe ...	778

STELLENPLAN 1999

319

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6453 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										11		11	11
B (b)										64		64	64
C (c)										103		103	103
D (d)										159		159	159
E (e)										17		17	17
P1 (p1)											12	12	12
P2 (p2)											28	28	28
P3 (p3)											70	70	70
P4 (p4)											22	22	22
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										354	133	487	487

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6453...	778	354	133	487	1.265

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(II/R)										*	165	165	165
Summe...											165	165	165

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6460...			165	165	165

Die 165 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

320

STELLENPLAN 1999

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1		1	1	7	21	3	21	51	51	1	157
A2			4	15	27	40	89	412	5		592
A3			3	18	5	22	179	150	9	21	407
A4										5	5
A5										17	17
A6										2	2
										Summe ...	1.180

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										5		5	5
B (b)										74		74	74
C (c)										279		279	279
D (d)										29		29	29
E (e)										1		1	1
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											8	8	8
P4 (p4)											7	7	7
P5 (p5)											36	36	36
Lehrlinge											20	20	20
Summe...										388	72	460	460

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6490...	1.180	388	72	460	1.640

Gesamtsumme 64...	2.815	949	496	1.445	4.260
-------------------	-------	-----	-----	-------	-------

Gesamtsumme 63+64...	3.768	1.417	500	1.917	5.685
----------------------	-------	-------	-----	-------	-------

STELLENPLAN 1999

321

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

65 Verkehr und Telekom

6500 Verwaltungsbereich Verkehr

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	6	6	24	16	41	29			126
A2			1	9	17	20	11	2			60
A3			1	1			13	21		4	40
A4									1		1
A5										3	3
A7										2	2
										Summe ...	232

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										46		46	46
B (b)										31		31	31
C (c)										45		45	45
D (d)										20		20	20
E (e)										5		5	5
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											1	1	1
Summe...										147	2	149	149

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

3 c 1075

1 b 1420

abzüglich f. PST-Bereich

1 PT7 0300

2 a 2000/2010

1 d 2000/2010

322

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B		
PT1.....	* 5		3	6		1					15
PT2.....		16	17	1	14	4	16				68
PT3.....		13		64							77
PT4.....										20	20
PT5.....								20		8	28
PT6.....										5	5
PT7.....										1	1
										Summe ...	214

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6500...	446	147	2	595

*) davon 1 PT 1/S mit Fixbezug

6501 Schifffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A3.....			1	16		9	7	34	1		68
A4.....									12		12
										Summe ...	80

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c).....									20		20	20
P3 (p3).....										1	1	1
Summe...									20	1	21	21

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6501...	80	20	1	101

STELLENPLAN 1999

323

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	3		2				6
A3					3		4	6			13
A5										1	1
Summe ...											24

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										9		9	9
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
P3 (p3)											2	2	2
Summe...										17	2	19	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6550...	24	17	2	43

Gesamtsumme 65...	550	184	5	189	739
-------------------	-----	-----	---	-----	-----

324

STELLENPLAN 1999

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

71 Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1		1	2	2	1	3				10
A2				3	3	10	6	2	6		30
A3					2		10	1			13
Summe ...											53

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										5		5	5
B (b)										15		15	15
C (c)										42		42	42
(II/K)											* 1.509	1.509	1.509
(I/R)										* 978		978	978
Lehrlinge											27	27	27
Summe...										1.040	1.536	2.576	2.576

Gesamtsumme 71...	53	1.040	1.536	2.576	2.629
-------------------	----	-------	-------	-------	-------

Die 978 VB I/R sind für Bedienstete mit Bühnendienstvertrag vorgesehen.
Von den 1509 VB II/K werden 54 nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1999

325

Teil II. B

Planstellen der Ernennungsreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	4	50		162			
Kriminaldienst	1	48		187			
Gendarmeriedienst	8	43	63	295	461		
Justizwachdienst		16	14	15	15	251	
Zollwachdienst				140	248	802	
Summe...	13	157	77	799	724	1.053	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	138	65	18	390	250	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe									
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	
Verwendungsgruppe										
PT 1	3	5		5		5	5			
PT 2		53	35	27	56	80	30			
PT 3		84	50	125		76				
PT 4		45								
PT 5		37						525		
PT 7								308	85	
PT 8								515	543	
Summe...	3	224	85	157	56	161	35	1.348	628	

326

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						* 1
A2					1						1
A3										1	1
Summe ...											3

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I		
Summe 1000...	3			3

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2			2	2		6	4	5	9		28
A3							1	2			3
Summe ...											32

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I		
Summe 1031...	32			32

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
Summe ...											1

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I		
Summe 1075...	1			1

Gesamtsumme 10...	36				36
-------------------	----	--	--	--	----

STELLENPLAN 1999

327

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe													6	6
E2b													6	6
Summe ...													6	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1130...	6			6

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe													22	22
E2a													177	177
E2b													177	177
Summe ...													199	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1131...	199			199

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										25		25	25
Summe...										25		25	25

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe													77	77
E2a							1	1	9	24	42		213	213
E2b													213	213
Summe ...													290	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1141...	290	25		315

Gesamtsumme 11...	495	25		25	520
-------------------	-----	----	--	----	-----

328

STELLENPLAN 1999

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1			2
A3										1	1
Summe ...											3

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 12...	3				3

STELLENPLAN 1999

329

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1402 Amt des BFPZ Arsenal

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1	2	2	3	9	26	5	48
A2					2	11	3	22	4		42
A3			1			9	11	4	6	1	32
A4										6	6
A6										1	1
Summe ...											129

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1402...	129			129

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1	2	2	1	10	20	1	37
A2					1	1	6	23			31
A3						1	1	14	4		20
A4								1		1	2
A5										1	1
Summe ...											91

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1424...	91			91

Gesamtsumme 14...	220			220
--------------------------	------------	--	--	------------

330

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

15 Soziales

1550 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	9	12	61	30	14	29	152	311
A2			2	12	23	90	239	1.004			1.370
A3					10			46	28	7	91
A4								5	1	17	23
A5								2	7	19	28
A6										2	2
Summe ...											1.825

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 15...	1.825				1.825

STELLENPLAN 1999

331

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1	1				2
A2			1	2	3	1	1				8
A3				1			1				2
A4								2			2
A6										1	1
										Summe ...	15

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 5000...	15			15

Frei werdende Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1		8	3	8	2	5	2		30
A2		5	12	5	20	11	18	54	27		152
A3			20	35	45	15	10	98	91		314
A4										6	6
A5									1	6	7
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	511

332

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5080 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										47		47	47
B (b)										205		205	205
C (c)										567		567	567
D (d)										261		261	261
E (e)										4		4	4
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											7	7	7
P5 (p5)											3	3	3
Summe...										1.084	14	1.098	1.098

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5080...	511	1.084	14	1.098	1.609

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1					1		2
											Summe ...
											2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5081...	2				2

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2						2
A2				2		2					4
A3					3	5	3	7	1		19
A4											5
A5											2
A6											4
A7											1
											Summe ...
											37

STELLENPLAN 1999

333

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5082 (Fortsetzung)

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 5082...	37				37

5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)	1							1				1
Summe...	1							1				1

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1.....	* 63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96		3.973	7.744
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....								548	2.086		3.013	5.647
PT8.....								731	3.308		7.226	11.265
PT9.....											22	22
											Summe ...	42.025

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 5083...	42.026				42.026

Gesamtsumme 50...	42.591	1.084	14	1.098	43.689
--------------------------	---------------	--------------	-----------	--------------	---------------

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 8 für Fixbezüge
gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

334

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		2		5
A2							1	7			8
A3							3	1	1		5
A4										4	4
Summe ...											22

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 60...	22				22

STELLENPLAN 1999

335

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
	Summe ...										11

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										2		2	2
C (c)										3		3	3
D (d)										3		3	3
Summe...										9		9	9

Gesamtsumme 63...	11	9		9	20
-------------------	----	---	--	---	----

336

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1								1	1		2
A2						1					1
A3					2	2	2	1	2		9
A4								2	6	2	10
A5										2	2
A7										1	1
	Summe ...										25

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6402. ...	25			25

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2							1		1		2
A3							1	9			10
A4									1	1	2
	Summe ...										14

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
Verw. (Entl.)gruppe												
P2 (p2)										3	3	3
P4 (p4)										1	1	1
Summe...										4	4	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6440. ...	14		4	18

STELLENPLAN 1999

337

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

6441 Amt der Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				1		2
A2							2	2		1	5
A3		1	15		1	3	6	18	11	3	58
A4								13	6	39	58
A5										27	27
A6										4	4
A7										1	1
Summe ...											155

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6441...	155			155

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								1			1
A3								1			1
Summe ...											2

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										4		4	4
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
Summe ...										10		10	10

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6490...	2	10		12

Gesamtsumme 64...	196	10	4	14	210
-------------------	-----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 63+64...	207	19	4	23	230
----------------------	-----	----	---	----	-----

338

STELLENPLAN 1999

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

65 Verkehr und Telekom

6500 Verwaltungsbereich Verkehr

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1						1
Summe ...											2

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 65...	2				2

STELLENPLAN 1999

339

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1001 Verwaltungsakademie

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									2		2	2
Summe...									2		2	2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1001...	2		2	2

1010 Staatsarchiv und Archivant

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
D (d)									3		3	3
Summe...									3		3	3

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1010...	3		3	3

Gesamtsumme 10...	5		5	5
-------------------	---	--	---	---

340

STELLENPLAN 1999

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe		
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV							
A (a)										5		5	5	
B (b)										3		3	3	
D (d)										2		2	2	
Summe...										10		10	10	
Gesamtsumme 11...											10		10	10

STELLENPLAN 1999

341

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1244 Museen

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte						
E (e)										*	40		40	40
Summe...											40		40	40

Gesamtsumme 12...		40		40	40
-------------------	--	----	--	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 30.9. 20
1.10. - 31.3. 20

342

STELLENPLAN 1999

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1420 Universitäten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									*	140		140
Summe...										140		140

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 777
Summe...	777

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
							übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)								*	190		190	190
Summe...									190		190	190

Gesamtsumme 14...	777	330		330	1.107
-------------------	-----	-----	--	-----	-------

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen dem
Bundeskanzler, dem BM für Finanzen und dem BM für Wissenschaft und Forschung.

STELLENPLAN 1999

343

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1			1		1			1			3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

Für die Diplomatische Akademie; diese Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									9		9	9
B (b)									6		6	6
D (d)									* 43		43	43
Summe ...									58		58	58
Gesamtsumme 20...								7	58		58	65

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie B sind 20 d für die Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

344

STELLENPLAN 1999

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarom Ausmaß beschäftigt werden

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte	VB I		VB II				
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV							
(I/R)										43		43	43	
Summe...										43		43	43	
Gesamtsumme 50...											43		43	43

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

345

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

60 Land- und Forstwirtschaft

6091 Bundeskellereinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										45		45	45
Summe...										45		45	45

Gesamtsumme 60...		45		45	45
--------------------------	--	----	--	----	----

Für die Zeit vom 1.8. - 31.12.

346

STELLENPLAN 1999

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

64 Bauten und Technik

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/R)											23	23	23
Summe...											23	23	23

Gesamtsumme 64...			23	23	23
-------------------	--	--	----	----	----

Gesamtsumme 63+64...			23	23	23
----------------------	--	--	----	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 31.10

STELLENPLAN 1999

347

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1. 1. bis 31. 8.		1. 9. bis 31. 12.		Norm- planstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrer- wochen- stunden- aufwand	davon Mehrdienst- leistungen (MDL)	Lehrer- wochen- stunden- aufwand	davon Mehrdienst- leistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	132.820	36.600	132.820	36.600	4.811
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.460	400	3.460	400	153
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	1.320	180	1.320	180	57
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	1.300	100	1.300	100	60
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	63.786	44.400	63.786	44.400	970
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	60.291	12.700	60.291	12.700	2.380
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	51.032	19.800	51.032	19.800	1.562
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.160	90	1.160	90	54
1290	Pädagogische Akademien	6.280	5.000	6.280	5.000	64
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.259	1.810	14.259	1.810	623
1292	Berufspädagogische Akademien	940	140	940	140	40
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung	60	60	60	60	--
1294	Pädagogische Institute	1.400	180	1.400	180	61
	Summe 12	338.108	121.460	338.108	121.460	10.835
14	Wissenschaft und Forschung					
1420	Universitäten	6.669	3.369	6.669	3.369	165
1430	Kunsthochschulen	14.377	5.038	14.377	5.038	467
	Summe 14	21.046	8.407	21.046	8.407	632
60	Land- und Forstwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.876	316	2.876	356	128
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	452	92	452	92	18
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	60	--	60	--	3
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	80	--	80	--	4
	Summe 60	3.468	408	3.468	448	153
	Gesamtsumme...	362.622	130.275	362.622	130.315	11.620

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

$$\text{Berechnungsformel: } \frac{((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.1. \text{ bis } 31.8. \times 8 \text{ Monate}) + ((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.9. \text{ bis } 31.12. \times 4 \text{ Monate})}{20 \text{ Lehrerwochenstunden} \times 12 \text{ Monate}}$$

(2)

STELLENPLAN 1999

Anlage A. G

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BNGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	58	275	42	45	42	328	1.462	2.890	2.554	2.919	3.439	98	347	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	10	-	23.372	354	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	27.293	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Summe Beamte...	58	275	42	107	42	328	1.492	30.183	26.164	12.980	3.440	129	347	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	11	84	23	56	5	5	1.488	2.262	3.290	5.813	500	157	262	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe VB I...	11	84	23	56	5	5	1.488	2.267	3.460	5.813	504	157	262	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	4	26	6	12	-	12	221	1.062	2.561	552	21	42	5	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.109	2.561	552	21	42	5	-
Gesamtsumme...	73	385	71	175	47	345	3.201	33.559	32.185	19.345	3.965	328	614	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	34.787	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	27	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	71	175	47	345	3.202	33.559	32.185	19.514	3.965	328	614	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(3)

Anlage A. G

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
759	3.142	4.871	10.898	1.630	3.975	338	40.112	53	-	-	-	53	40.165
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-	-	9.596
-	7	20	-	279	-	-	24.042	-	-	-	-	-	24.042
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	3.192	-	2.350	-	-	-	32.835	-	-	-	-	-	32.835
-	-	20.536	-	-	-	-	20.536	-	-	-	-	-	20.536
-	-	-	42.025	-	-	214	42.239	-	-	-	-	-	42.239
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
759	8.460	25.484	55.273	1.909	3.975	552	171.999	53	-	-	-	53	172.052
897	3.081	1.050	4.916	1.069	1.436	184	26.589	62	-	-	-	62	26.651
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
897	3.081	1.111	4.959	1.069	1.436	184	26.872	1.040	-	-	-	1.040	27.912
37	234	301	427	607	319	5	6.454	-	-	-	-	-	6.454
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	4	7	-	188	-	246	-	-	-	-	-	246
37	234	341	434	911	507	5	7.040	1.509	-	-	-	1.509	8.549
1.693	11.775	26.936	60.666	3.889	5.918	741	205.911	2.602	-	-	-	2.602	208.513
-	-	-	60.666	3.889	-	741	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	-	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.693	11.775	27.045	60.666	4.002	5.938	741	206.323	2.629	-	-	-	2.629	208.952
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

(4)

STELLENPLAN 1999

Anlage A.1

Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)								
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF	
Beamte															
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	58	275	42	45	42	328	1.426	2.890	2.551	2.699	1.614	98	347	-	
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-	
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	10	-	23.372	354	-	-	-	-	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.798	-	-	-	-	-	-	
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	20	-	-	6	111	1	31	-	
Summe Beamte...	58	275	42	107	42	328	1.456	29.688	26.161	11.983	1.615	129	347	-	
Vertragsbedienstete - Angestellte															
VB I.....	11	84	23	56	5	5	1.483	2.227	3.250	5.483	500	157	262	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-	
Summe VB I...	11	84	23	56	5	5	1.483	2.232	3.420	5.483	504	157	262	-	
Vertragsbedienstete - Arbeiter															
VB II.....	4	26	6	12	-	12	221	1.062	2.561	552	21	42	5	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-	
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.109	2.561	552	21	42	5	-	
Gesamtsumme...	73	385	71	175	47	345	3.160	33.029	32.142	18.018	2.140	328	614	-	
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	34.744	-	-	-	-	-	
Jugendliche Bedienstete															
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-	
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-	
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	27	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	71	175	47	345	3.161	33.029	32.142	18.187	2.140	328	614	-	
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-	

STELLENPLAN 1999

(5)

Anlage A.1 Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BNF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
752	3.142	4.871	10.332	1.608	3.768	336	37.224	53	-	-	-	53	37.277
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-	-	8.819
-	7	20	-	279	-	-	24.042	-	-	-	-	-	24.042
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	3.192	-	2.350	-	-	-	32.340	-	-	-	-	-	32.340
-	-	20.536	-	-	-	-	20.536	-	-	-	-	-	20.536
-	-	-	-	-	-	214	214	-	-	-	-	-	214
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
752	8.460	25.484	12.682	1.887	3.768	550	125.814	53	-	-	-	53	125.867
839	3.081	1.050	3.832	1.024	1.417	184	24.973	62	-	-	-	62	25.035
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
839	3.081	1.111	3.832	1.024	1.417	184	25.213	1.040	-	-	-	1.040	26.253
37	234	301	413	607	315	5	6.436	-	-	-	-	-	6.436
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	4	7	165	-	-	223	-	-	-	-	-	223
37	234	341	420	911	480	5	6.999	1.509	-	-	-	1.509	8.508
1.628	11.775	26.936	16.934	3.822	5.665	739	158.026	2.602	-	-	-	2.602	160.628
-	-	-	16.934	3.822	-	739	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	-	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.628	11.775	27.045	16.934	3.935	5.685	739	158.438	2.629	-	-	-	2.629	161.067
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

(6)

STELLENPLAN 1999

Anlage A. 2

Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	36	-	3	220	1.825	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	36	495	3	220	1.825	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	220	1.825	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	220	1.825	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(7)

Anlage A.2 Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	566	22	207	2	2.881	-	-	-	-	-	2.881
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495
-	-	-	42.025	-	-	-	42.025	-	-	-	-	-	42.025
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	42.591	22	207	2	45.401	-	-	-	-	-	45.401
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	43.689	22	230	2	46.547	-	-	-	-	-	46.547
-	-	-	43.689	22	-	2	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43.689	22	230	2	46.547	-	-	-	-	-	46.547
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8)

STELLENPLAN 1999

Anlage A.3

Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	-	-	-	-	-	-	5	10	40	330	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	330	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(9)

Anlage A.3 Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	-	-	-	-	-	-	784	-	-	-	-	-	784
58	-	-	-	45	-	-	488	-	-	-	-	-	488
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
58	-	-	43	45	-	-	531	-	-	-	-	-	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	23
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	43	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(10)

STELLENPLAN 1999

Anlage B. G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
01	Präsidentschaftskanzlei	58	11	4	-	73	58	11	4	-	73	-	-	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	275	84	26	-	385	275	84	26	-	385	-	-	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	107	58	12	-	177	107	56	12	-	175	-	-	2	-	-	-	2
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.494	1.512	221	1	3.228	1.492	1.488	221	1	3.202	-	2	-	24	-	-	26
11	Inneres	30.202	2.269	1.222	-	33.693	30.183	2.267	1.109	-	33.559	-	19	-	2	-	113	134
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	26.170	3.524	2.639	-	32.333	26.164	3.460	2.561	-	32.185	-	6	-	64	-	78	148
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	10.835	-	10.835	-	-	10.835	-	10.835	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	12.979	5.946	619	169	19.713	12.980	5.813	552	169	19.514	+	1	-	133	-	67	199
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	632	-	632	-	-	632	-	632	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales	3.443	540	24	-	4.007	3.440	504	21	-	3.965	-	3	-	36	-	3	42
17	Gesundheit	129	159	42	-	330	129	157	42	-	328	-	-	2	-	-	-	2
18	Umwelt	347	262	5	-	614	347	262	5	-	614	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	761	911	37	-	1.709	759	897	37	-	1.693	-	2	-	14	-	-	16
30	Justiz	8.460	3.081	234	-	11.775	8.460	3.081	234	-	11.775	-	-	-	-	-	-	-
40	Militärische Angelegenheiten	25.809	1.702	341	109	27.961	25.484	1.111	341	109	27.045	-	325	-	591	-	-	916
50	Finanzverwaltung	55.974	5.031	461	-	61.466	55.273	4.959	434	-	60.666	-	701	-	72	-	27	800
60	Land- und Forstwirtschaft	1.910	1.069	920	113	4.012	1.909	1.069	911	113	4.002	-	1	-	9	-	-	10
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	153	-	153	-	-	153	-	153	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	964	470	5	-	1.439	964	477	4	-	1.445	-	+	7	-	1	-	6
64	Bauten und Technik	3.018	1.001	590	20	4.629	3.011	959	503	20	4.493	-	7	-	42	-	87	136
65	Verkehr und Telekom	553	183	5	-	741	552	184	5	-	741	-	1	+	1	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	173.065	27.846	7.425	412	208.748	171.999	26.872	7.040	412	206.323	-	1.066	-	974	-	385	2.425
	Summe Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-
	Bundesbetriebe																	
71	Bundestheater	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23
	Summe Bundesbetriebe...	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23
	Gesamtsumme...	173.118	28.886	8.957	439	211.400	172.052	27.912	8.549	439	208.952	-	1.066	-	974	-	408	2.448
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

STELLENPLAN 1999

(11)

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
01	Präsidentschaftskanzlei	58	11	4	-	73	58	11	4	-	73	-	-	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	275	84	26	-	385	275	84	26	-	385	-	-	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	107	58	12	-	177	107	56	12	-	175	-	-	2	-	-	-	2
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.458	1.507	221	1	3.187	1.456	1.483	221	1	3.161	-	2	24	-	-	-	26
11	Inneres	29.707	2.234	1.222	-	33.163	29.688	2.232	1.109	-	33.029	-	19	-	2	-	113	134
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	26.167	3.484	2.639	-	32.290	26.161	3.420	2.561	-	32.142	-	6	64	-	78	-	148
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	10.835	-	10.835	-	-	10.835	-	10.835	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	11.982	5.616	619	169	18.386	11.983	5.483	552	169	18.187	+	1	133	-	67	-	199
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	632	-	632	-	-	632	-	632	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales	1.615	540	24	-	2.179	1.615	504	21	-	2.140	-	-	36	-	3	-	39
17	Gesundheit	129	159	42	-	330	129	157	42	-	328	-	-	2	-	-	-	2
18	Umwelt	347	262	5	-	614	347	262	5	-	614	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	754	853	37	-	1.644	752	839	37	-	1.628	-	2	14	-	-	-	16
30	Justiz	8.460	3.081	234	-	11.775	8.460	3.081	234	-	11.775	-	-	-	-	-	-	-
40	Militärische Angelegenheiten	25.809	1.702	341	109	27.961	25.484	1.111	341	109	27.045	-	325	591	-	-	-	916
50	Finanzverwaltung	12.746	3.904	447	-	17.097	12.682	3.832	420	-	16.934	-	64	72	-	27	-	163
60	Land- und Forstwirtschaft	1.888	1.024	920	113	3.945	1.887	1.024	911	113	3.935	-	1	-	9	-	-	10
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	153	-	153	-	-	153	-	153	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	953	461	5	-	1.419	953	468	4	-	1.425	-	+	7	-	1	-	6
64	Bauten und Technik	2.820	991	563	20	4.394	2.815	949	476	20	4.260	-	5	42	-	87	-	134
65	Verkehr und Telekom	551	183	5	-	739	550	184	5	-	739	-	1	+	1	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	126.238	26.187	7.384	412	160.221	125.814	25.213	6.999	412	158.438	-	424	-	974	-	385	-
	Summe Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-
	Bundesbetriebe																	
71	Bundestheater	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23
	Summe Bundesbetriebe...	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23
	Gesamtsumme...	126.291	27.227	8.916	439	162.873	125.867	26.253	8.508	439	161.067	-	424	-	974	-	408	-
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

(12)

STELLENPLAN 1999

Anlage B.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil V)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	36	-	-	-	36	36	-	-	-	36	-	-	-	-	-	-	-
11	Inneres	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	220	-	-	-	220	220	-	-	-	220	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales	1.828	-	-	-	1.828	1.825	-	-	-	1.825	-	-	-	-	-	-	3
50	Finanzverwaltung	43.228	1.084	14	-	44.326	42.591	1.084	14	-	43.689	-	637	-	-	-	-	637
60	Land- und Forstwirtschaft	22	-	-	-	22	22	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	198	10	4	-	212	196	10	4	-	210	-	2	-	-	-	-	2
65	Verkehr und Telekom	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	46.043	1.128	18	-	47.189	45.401	1.128	18	-	46.547	-	642	-	-	-	-	642
	Bundesbetriebe																	
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	46.043	1.128	18	-	47.189	45.401	1.128	18	-	46.547	-	642	-	-	-	-	642

STELLENPLAN 1999

(13)

Anlage B.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
	Hoheitsverwaltung																
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ...	-	5	-	-	5	-	5	-	-	5	-	-	-	-	-	-
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-	-	-	-
60	Land- und Forstwirtschaft	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-	-	-	-
	Bundesbetriebe																
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-	-	-	-

(14)

STELLENPLAN 1999

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe			
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL				
	Hoheitsverwaltung																		
0	Oberste Organe																		
01	Präsidentenkanzlei	58	11	4	-	73	58	11	4	-	73	-	-	-	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	275	84	26	-	385	275	84	26	-	385	-	-	-	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	107	58	12	-	177	107	56	12	-	175	-	-	2	-	-	-	-	2
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 0...	852	186	60	-	1.098	852	184	60	-	1.096	-	-	2	-	-	-	-	2
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																		
1000	Zentraleitung	615	380	32	-	1.027	615	380	32	-	1.027	-	-	-	-	-	-	-	-
1001	Verwaltungsakademie	16	19	-	-	35	16	19	-	-	35	-	-	-	-	-	-	-	-
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS) ..	85	2	-	-	87	85	2	-	-	87	-	-	-	-	-	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	110	18	7	-	135	110	17	7	-	134	-	-	1	-	-	-	-	1
1020	Statistisches Zentralamt	347	806	33	-	1.186	345	786	33	-	1.164	-	2	-	20	-	-	-	22
1075	Bundessporthelme und Sporteinrichtung en (Haus des Sports)	44	64	120	-	228	44	61	120	-	225	-	-	3	-	-	-	-	3
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten ..	137	81	13	1	232	137	81	13	1	232	-	-	-	-	-	-	-	-
1091	Veterinärmedizinische Anstalten	96	112	16	-	224	96	112	16	-	224	-	-	-	-	-	-	-	-
1092	Veterinärmedizinischer Grenzbeschauidienst	8	25	-	-	33	8	25	-	-	33	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	1.458	1.507	221	1	3.187	1.456	1.483	221	1	3.161	-	2	-	24	-	-	-	26
11	Inneres																		
1100	Zentraleitung	782	403	88	-	1.273	782	403	84	-	1.269	-	-	-	4	-	-	-	4
1130	Bundespolizei	14.972	788	388	-	16.148	14.972	788	288	-	16.048	-	-	-	100	-	-	-	100
1140	Bundesgendarmerie	13.842	981	657	-	15.480	13.823	981	652	-	15.456	-	19	-	5	-	-	-	24
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	35	36	81	-	152	35	34	77	-	146	-	-	2	-	4	-	-	6
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	2	4	7	-	13	2	4	7	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-
1152	Bundesasylamt	74	22	1	-	97	74	22	1	-	97	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	29.707	2.234	1.222	-	33.163	29.688	2.232	1.109	-	33.029	-	19	-	2	-	113	-	134

STELLENPLAN 1999

(15)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete						
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL				
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																		
1200	Zentraleitung	463	247	13	-	723	455	240	12	-	707	-	8	-	7	-	1	-	16
1240	Hofmusikkapelle	1	9	-	-	10	1	9	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	19	11	49	-	79	19	11	49	-	79	-	-	-	-	-	-	-	-
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	16	15	1	-	32	16	15	1	-	32	-	-	-	-	-	-	-	-
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	49	40	19	-	108	49	40	19	-	108	-	-	-	-	-	-	-	-
1244	Museen	229	804	90	-	1.123	231	794	64	-	1.089	+	2	-	10	-	26	-	34
1246	Nationalbibliothek und Phonotheke	145	176	7	-	328	145	176	7	-	328	-	-	-	-	-	-	-	-
1247	Bundesdenkmalamt	98	108	6	-	212	98	108	6	-	212	-	-	-	-	-	-	-	-
1260	Schulaufsichtsbehörden	950	494	46	-	1.490	952	495	45	-	1.492	+	2	+	1	-	1	-	2
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	119	49	-	-	168	119	49	-	-	168	-	-	-	-	-	-	-	-
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	11.527	415	933	-	12.875	11.526	413	880	-	12.819	-	1	-	2	-	53	-	56
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	4.811	-	4.811	-	-	4.811	-	4.811	-	-	-	-	-	-	-	-
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	203	32	137	-	372	203	32	137	-	372	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	153	-	153	-	-	153	-	153	-	-	-	-	-	-	-	-
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	93	25	52	-	170	92	26	52	-	170	-	1	+	1	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	57	-	57	-	-	57	-	57	-	-	-	-	-	-	-	-
1276	Bundeschülerheime (Allgemeinbildende)	38	16	60	-	114	38	16	60	-	114	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	60	-	60	-	-	60	-	60	-	-	-	-	-	-	-	-
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.282	435	513	-	5.230	4.282	390	514	-	5.186	-	-	45	+	1	-	-	44
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	970	-	970	-	-	970	-	970	-	-	-	-	-	-	-	-
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	2.839	212	256	-	3.307	2.839	211	257	-	3.307	-	-	1	+	1	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	2.380	-	2.380	-	-	2.380	-	2.380	-	-	-	-	-	-	-	-
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.229	173	248	-	3.650	3.229	173	248	-	3.650	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	1.562	-	1.562	-	-	1.562	-	1.562	-	-	-	-	-	-	-	-
1286	Bundeschülerheime (Berufsbildende)	39	13	56	-	108	39	12	57	-	108	-	-	1	+	1	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	54	-	54	-	-	54	-	54	-	-	-	-	-	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	1.086	89	44	-	1.219	1.086	89	44	-	1.219	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	64	-	64	-	-	64	-	64	-	-	-	-	-	-	-	-
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	500	38	69	-	607	500	38	69	-	607	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	623	-	623	-	-	623	-	623	-	-	-	-	-	-	-	-
1292	Berufspädagogische Akademien	58	21	10	-	89	58	21	10	-	89	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	40	-	40	-	-	40	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung	27	33	27	-	87	27	33	27	-	87	-	-	-	-	-	-	-	-
1294	Pädagogische Institute	157	29	3	-	189	157	29	3	-	189	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	61	-	61	-	-	61	-	61	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12	26.167	3.484	2.639	-	32.290	26.161	3.420	2.561	-	32.142	-	6	-	64	-	78	-	148
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)	-	-	10.835	-	10.835	-	-	10.835	-	10.835	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung																		
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	308	117	2	-	427	309	118	2	-	429	+	1	+	1	-	-	-	2
1420	Universitäten	10.654	4.962	557	169	16.342	10.654	4.828	490	169	16.141	-	-	134	-	67	-	-	201
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	165	-	165	-	-	165	-	165	-	-	-	-	-	-	-	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	128	71	3	-	202	128	71	3	-	202	-	-	-	-	-	-	-	-
1430	Kunsthochschulen	892	466	57	-	1.415	892	466	57	-	1.415	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	467	-	467	-	-	467	-	467	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 14	11.982	5.616	619	169	18.386	11.983	5.483	552	169	18.187	+	1	-	133	-	67	-	199
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)	-	-	632	-	632	-	-	632	-	632	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales																		
1500	Zentraleitung	577	242	1	-	820	577	232	1	-	810	-	-	10	-	-	-	-	10
1570	Bundessozialämter	661	195	12	-	868	661	169	12	-	842	-	-	26	-	-	-	-	26
1590	Heimarbeitungskommissionen	3	4	-	-	7	3	4	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	-
1592	Arbeitsinspektion	374	99	11	-	484	374	99	8	-	481	-	-	-	3	-	-	-	3
	Summe 15	1.615	540	24	-	2.179	1.615	504	21	-	2.140	-	-	36	-	3	-	-	39

(16)

STELLENPLAN 1999

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe			
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL				
17	Gesundheit																		
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	129	158	42	-	329	129	156	42	-	327	-	-	2	-	-	-	-	2
1794	Bundes-Hebammenakademien	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 17...	129	159	42	-	330	129	157	42	-	328	-	-	2	-	-	-	-	2
18	Umwelt																		
1800	Zentralleitung	247	150	1	-	398	247	150	1	-	398	-	-	-	-	-	-	-	-
1870	Umweltbundesamt	100	112	4	-	216	100	112	4	-	216	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 18...	347	262	5	-	614	347	262	5	-	614	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres																		
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	725	816	37	-	1.578	723	802	37	-	1.562	-	2	-	14	-	-	-	16
2030	Österreichische Kulturinstitute	29	37	-	-	66	29	37	-	-	66	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 20...	754	853	37	-	1.644	752	839	37	-	1.628	-	2	-	14	-	-	-	16
30	Justiz																		
3000	Zentralleitung	162	72	5	-	239	162	72	5	-	239	-	-	-	-	-	-	-	-
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	92	19	1	-	112	92	19	1	-	112	-	-	-	-	-	-	-	-
3020	Justizbehörden in den Ländern	4.706	2.645	217	-	7.568	4.706	2.645	217	-	7.568	-	-	-	-	-	-	-	-
3030	Justizanstalten	3.356	330	11	-	3.697	3.356	330	11	-	3.697	-	-	-	-	-	-	-	-
3050	Bewährungshilfe	144	15	-	-	159	144	15	-	-	159	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 30...	8.460	3.081	234	-	11.775	8.460	3.081	234	-	11.775	-	-	-	-	-	-	-	-
40	Militärische Angelegenheiten																		
4000	Zentralleitung	811	213	-	-	1.024	811	183	-	-	994	-	-	30	-	-	-	-	30
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	24.933	1.440	297	109	26.779	24.608	879	297	109	25.893	-	325	-	561	-	-	-	886
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	62	28	8	-	98	62	28	8	-	98	-	-	-	-	-	-	-	-
4050	Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)	3	21	36	-	60	3	21	36	-	60	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 40...	25.809	1.702	341	109	27.961	25.484	1.111	341	109	27.045	-	325	-	591	-	-	-	916
50	Finanzverwaltung																		
5000	Zentralleitung	727	304	57	-	1.088	727	300	60	-	1.087	-	-	4	+	3	-	-	1
5040	Finanzlandesdirektionen	11.835	3.425	379	-	15.639	11.769	3.362	349	-	15.480	-	66	-	63	-	30	-	159
5070	Bundespensionsamt	94	108	-	-	202	96	104	-	-	200	+	2	-	4	-	-	-	2
5071	Finanzprokuratur	50	55	8	-	113	50	55	8	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-
5072	Hauptpunzierungs- und Proberamt	40	12	3	-	55	40	11	3	-	54	-	-	1	-	-	-	-	1
5080	Österreichisches Postsparkassenamt ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 50...	12.746	3.904	447	-	17.097	12.682	3.832	420	-	16.934	-	64	-	72	-	27	-	163

STELLENPLAN 1999

(17)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete					
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
60	Land- und Forstwirtschaft																	
6000	Zentraleitung	531	205	5	-	741	531	205	5	-	741	-	-	-	-	-	-	-
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	309	61	264	15	649	309	61	262	15	647	-	-	-	2	-	-	2
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	128	-	128	-	-	128	-	128	-	-	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	367	315	157	9	848	367	315	152	9	843	-	-	-	5	-	-	5
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	56	10	33	-	99	55	10	33	-	98	1	-	-	-	-	-	1
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	18	-	18	-	-	18	-	18	-	-	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	127	98	34	-	259	127	98	34	-	259	-	-	-	-	-	-	-
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	18	10	4	-	32	18	10	4	-	32	-	-	-	-	-	-	-
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	23	54	23	23	123	23	54	23	23	123	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	3	-	3	-	-	3	-	3	-	-	-	-	-	-	-
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	7	6	-	-	13	7	6	-	-	13	-	-	-	-	-	-	-
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	62	40	10	3	115	62	40	10	3	115	-	-	-	-	-	-	-
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	46	14	5	-	65	46	14	4	-	64	-	-	-	1	-	-	1
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	28	8	13	-	49	28	8	13	-	49	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	4	-	4	-	-	4	-	4	-	-	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	157	165	117	6	445	157	165	117	6	445	-	-	-	-	-	-	-
6091	Bundeskellereinspektion	27	4	-	-	31	27	4	-	-	31	-	-	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	94	13	166	57	330	94	13	166	57	330	-	-	-	-	-	-	-
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	33	17	76	-	126	33	17	75	-	125	-	-	-	1	-	-	1
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste	3	4	13	-	20	3	4	13	-	20	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 60...	1.888	1.024	920	113	3.945	1.887	1.024	911	113	3.935	-	1	-	-	9	-	10
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)...	-	-	153	-	153	-	-	153	-	153	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr																	
6300	Zentraleitung	726	382	-	-	1.108	726	390	-	-	1.116	-	+	8	-	-	-	8
6320	Österreichisches Patentamt	184	66	3	-	253	184	65	2	-	251	-	-	1	-	1	-	2
6330	Bergbehörden	43	13	2	-	58	43	13	2	-	58	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63...	953	461	5	-	1.419	953	468	4	-	1.425	-	+	7	-	1	-	6
64	Bauten und Technik																	
6401	Bundesmobilienvverwaltung	23	9	10	-	42	23	9	10	-	42	-	-	-	-	-	-	-
6403	Beschußämter	10	2	2	-	14	10	2	1	-	13	-	-	-	1	-	-	1
6440	Wasserstraßendirektion	51	33	1	-	85	51	33	1	-	85	-	-	-	-	-	-	-
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (Amtsorgane)	773	173	141	-	1.087	773	163	114	-	1.050	-	-	10	-	27	-	37
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (betr. ähnl. Einr.)	778	364	148	-	1.290	778	354	133	-	1.265	-	-	10	-	15	-	25
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	185	-	185	-	-	165	-	165	-	-	-	20	-	-	20
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	1.185	410	76	20	1.691	1.180	388	52	20	1.640	-	5	-	22	-	24	51
	Summe 64...	2.820	991	563	20	4.394	2.815	949	476	20	4.260	-	5	-	42	-	87	134
	Summe 63+64...	3.773	1.452	568	20	5.813	3.768	1.417	480	20	5.685	-	5	-	35	-	88	128
65	Verkehr und Telekom																	
6500	Verwaltungsbereich Verkehr	447	146	2	-	595	446	147	2	-	595	-	1	+	1	-	-	-
6501	Schiffahrtspolizei	80	20	1	-	101	80	20	1	-	101	-	-	-	-	-	-	-
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	24	17	2	-	43	24	17	2	-	43	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 65...	551	183	5	-	739	550	184	5	-	739	-	1	+	1	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	126.238	26.187	7.384	412	160.221	125.814	25.213	6.999	412	158.438	-	424	-	974	-	385	-
	Summe Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-

(18)

STELLENPLAN 1999

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe			
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL				
7	Bundesbetriebe																		
71	Bundestheater	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23	
	Summe Bundesbetriebe...	53	1.040	1.532	27	2.652	53	1.040	1.509	27	2.629	-	-	-	23	-	-	23	
	Gesamtsumme...	126.291	27.227	8.916	439	162.873	125.867	26.253	8.508	439	161.067	-	424	-	974	-	408	-	1.806
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	-	11.620	-	11.620	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(19)

Anlage 81.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr										
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete								
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL						
	Hoheitsverwaltung																			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																			
1000	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	32	-	-	-	32	32	-	-	-	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtung en (Haus des Sports)	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	36	-	-	-	36	36	-	-	-	36	-	-	-	-	-	-	-	-	-
11	Inneres																			
1130	Bundespolizei	205	-	-	-	205	205	-	-	-	205	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	25	-	-	315	290	25	-	-	315	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																			
1200	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12...	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung																			
1402	Amt des BFPZ Arsenal	129	-	-	-	129	129	-	-	-	129	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	91	-	-	-	91	91	-	-	-	91	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 14...	220	-	-	-	220	220	-	-	-	220	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales																			
1550	Ämter des AMS	1.828	-	-	-	1.828	1.825	-	-	-	1.825	-	3	-	-	-	-	-	-	3
	Summe 15...	1.828	-	-	-	1.828	1.825	-	-	-	1.825	-	3	-	-	-	-	-	-	3
50	Finanzverwaltung																			
5000	Zentralleitung	18	-	-	-	18	15	-	-	-	15	-	3	-	-	-	-	-	-	3
5080	Österreichisches Postsparkassenamt ..	511	1.084	14	-	1.609	511	1.084	14	-	1.609	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	37	-	-	-	37	37	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG	42.660	-	-	-	42.660	42.026	-	-	-	42.026	-	634	-	-	-	-	-	-	634
	Summe 50...	43.228	1.084	14	-	44.326	42.591	1.084	14	-	43.689	-	637	-	-	-	-	-	-	637
60	Land- und Forstwirtschaft																			
6000	Zentralleitung	22	-	-	-	22	22	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 60...	22	-	-	-	22	22	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr																			
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63...	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(20)

STELLENPLAN 1999

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			
64	Bauten und Technik																	
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	25	-	-	-	25	25	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	14	-	4	-	18	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	-	-
6441	Amt der Wasserstraßendirektion	157	-	-	-	157	155	-	-	-	155	-	2	-	-	-	-	2
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	2	10	-	-	12	2	10	-	-	12	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	198	10	4	-	212	196	10	4	-	210	-	2	-	-	-	-	2
	Summe 63+64...	209	19	4	-	232	207	19	4	-	230	-	2	-	-	-	-	2
65	Verkehr und Telekom																	
6500	Verwaltungsbereich Verkehr	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 65...	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	46.043	1.128	18	-	47.189	45.401	1.128	18	-	46.547	-	642	-	-	-	-	642

STELLENPLAN 1999

(21)

Anlage B1.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1998				Stellenplan 1999				Unterschied gegenüber Vorjahr										
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete								
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL						
	Hoheitsverwaltung																			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																			
1001	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	3	-	-	3	-	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	-	5	-	-	5	-	5	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
11	Inneres																			
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																			
1244	Museen	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12...	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung																			
1420	Universitäten	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 14...	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres																			
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 20...	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung																			
5040	Finanzlandesdirektionen	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 50...	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-
60	Land- und Forstwirtschaft																			
6091	Bundeskellereiinspektion	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 60...	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik																			
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(22)

STELLENPLAN 1999

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1997)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung		Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
		A		B	C	D	P1	P2
Verwaltungsbereich		IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Präsidentenkanzlei			3	3	2			
Bundesgesetzgebung (Parlamentsdirektion)			5	2	3			1
Verfassungsgerichtshof			1					
Verwaltungsgerichtshof			1					
Volksanwaltschaft		1	5					
Rechnungshof			72	5				
Bundeskanzleramt mit Dienststellen								
	Zentralleitung...	1	20	19	7	1	3	
	nachgeordnete Dienststellen...		6	1	1			
Inneres								
	Zentralleitung...	2	20	26	11			
	nachgeordnete Dienststellen...		42	26	13			
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten								
	Zentralleitung...	1	61	12	2			
	nachgeordnete Dienststellen...	1	18	18	7	10	3	
Wissenschaft und Forschung								
	Verwaltungsbereich Wiss. u. Kunst...	3	55	19				
	nachgeordnete Dienststellen...		39	23	11	1	15	
Soziales								
	Zentralleitung...	3	6	12	3			
	nachgeordnete Dienststellen...		19	33	11			
Gesundheit								
	Zentralleitung...			2				
	nachgeordnete Dienststellen...							
Umwelt								
	Zentralleitung...	3	13	2				
	nachgeordnete Dienststellen...		3					
Äußeres								
	Zentralleitung und Vertretungsbehörden...		148	68	10			
	sonstige nachgeordnete Dienststellen...		4	1				
Justiz								
	Zentralleitung...		15	12				
	nachgeordnete Dienststellen...		10	87	113	5		
Militärische Angelegenheiten								
	Zentralleitung...		25	79	6			
	nachgeordnete Dienststellen...		6	151	361	8	82	3
Finanzverwaltung								
	Zentralleitung...		82	53	14	1		
	nachgeordnete Dienststellen...		35	108	523	10	1	1
Land- und Forstwirtschaft								
	Zentralleitung...		24	19				
	nachgeordnete Dienststellen...		28	19	7		11	2
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr								
	Zentralleitung...	2	92	30	3	1	2	2
	nachgeordnete Dienststellen...		55	3	2			
Bauten und Technik								
	Zentralleitung...		8	32	5		2	1
	nachgeordnete Dienststellen...							
Verkehr und öffentliche Wirtschaft								
	Verwaltungsbereich Verkehr...	1	17	4				
	nachgeordnete Dienststellen...			1	7			
Bundestheater				2				
Summe...		18	938	872	1.122	37	119	10

STELLENPLAN 1999

(23)

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1997)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	6		27			
Kriminaldienst	1	3		30			
Gendarmeriedienst	4	6		105	174		
Justizwachdienst		13		16		251	
Zollwachdienst							
Summe ...	6	28		178	174	251	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere		123		6	232		

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
Verwendungsgruppe									
PT 1									
PT 2									
PT 3									
PT 4									
PT 5									
PT 7									
PT 8									
Summe ...									

(24)

STELLENPLAN 1998

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter.....	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte.....	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer.....	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer.....	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes.....	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte.....	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen.....	28.351	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten.....	-	-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag.....	-	818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften II.....	-	-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge.....	-	97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	14.670	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III teilbeschäftigt.....	-	576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt II.....	-	-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt III.....	-	-	-	-	3	8	5	5
Summe A...	95.888	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung.....	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag.....	-	1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge.....	-	712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	13.405	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge.....	-	65	15	-	-	-	-	-
Summe B...	38.167	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete.....	98.414	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete.....	35.641	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen...	134.055	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte.....	49.996	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete.....	7.200	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge.....	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte.....	7.230	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C...	64.426	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C...	202.018	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete.....	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

STELLENPLAN 1998

(25)

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte der allgemeinen Verwaltung...	57.541	57.846	+ 305						
Beamte in handwerklicher Verwendung..	6.072	6.102	+ 30						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.726	1.742	+ 16						
Staatsanwälte.....	220	218	- 2						
Hochschullehrer.....	6.476	6.477	+ 1						
Lehrer.....	25.171	25.479	+ 308						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	-						
Wachebeamte.....	31.344	31.440	+ 96						
Berufsoffiziere und zVSt.....	3.301	3.278	- 23						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347						
Summe Beamte...	174.625	175.703	+ 1.078						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	21.688	21.260	- 428						
VB A/I L.....	774	721	- 53						
VB A/II.....	7.666	7.460	- 206						
VB A/II L.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	340	341	+ 1						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	55	-	- 55						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.898	2.892	- 6						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.120	2.115	- 5						
Summe VB A...	35.541	34.789	- 752						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.946	2.968	+ 22						
VB B/I L.....	508	311	- 197						
VB B/II.....	2.499	2.480	- 19						
VB B/II L.....	31	31	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	92	92	-						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	5	-	- 5						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.505	4.364	- 141						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	780	765	- 15						
Summe VB B...	11.366	11.011	- 355						
Summe Beamte und VB...	221.532	221.503	- 29						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	54.198	53.648	- 550						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.879	11.731	- 148						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	-						
Summe ÖBB...	67.221	66.523	- 698						
Gesamtsumme...	288.753	288.026	- 727						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.356	1.378	+ 22						
Anlernkräfte.....	1.505	1.315	- 190						
Lehrlinge.....	3.075	3.048	- 27						
Summe JAL...	5.936	5.741	- 195						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	294.689	293.767	- 922						

(26)

STELLENPLAN 1998

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien von 1990 bis 1996

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442		
Richter und Richteramtswärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951		
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212		
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643		
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499		
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233		
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469		
Beamte des militärischen Dienstes....	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	2.313	21.771		
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407		
Krankenpflegedienst.....	-	-	68	200	257	276	284		
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911		
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697		
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734		
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-		
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890		
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763		
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084		
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738		
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729		
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-		
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973		
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729		
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169		
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164		
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-		
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-		
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-		
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-		
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164		
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504		
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43		
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521		
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068		
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232		
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834		

STELLENPLAN 1999

(27)

Anlage C2.6

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Gesamtübersicht)

	1997	1998	1999	Untersch. gegenüber d. Vorjahr					
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	48.338	40.197	40.165	- 32					
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.951	1.951	1.951	-					
Staatsanwälte.....	212	212	212	-					
Hochschullehrer.....	9.625	9.596	9.596	-					
Lehrer.....	25.494	24.052	24.042	- 10					
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	233	232	232	-					
Beamte des Exekutivdienstes.....	33.047	32.920	32.835	- 85					
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	21.302	20.840	20.536	- 304					
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.905	42.874	42.239	- 635					
Krankenpflegedienst.....	284	244	244	-					
Summe Beamte...	184.391	173.118	172.052	- 1.066					
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	20.481	27.625	26.651	- 974					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	21	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.259	1.240	1.240	-					
Summe VB I...	21.761	28.886	27.912	- 974					
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.977	6.794	6.454	- 340					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	3.451	1.892	1.849	- 43					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	282	271	246	- 25					
Summe VB II...	10.710	8.957	8.549	- 408					
Summe Beamte und VB...	216.862	210.961	208.513	- 2.448					
Gesamtsumme...	216.862	210.961	208.513	- 2.448					
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	399	-	-	-					
Anlernkräfte.....	11	-	-	-					
Lehrlinge.....	427	439	439	-					
Summe JAL...	837	439	439	-					
Gesamtsumme einschließlich JAL...	217.699	211.400	208.952	- 2.448					
Normplanstellen (LwSt).....	9.751	11.620	11.620	-					

(28)

STELLENPLAN 1999

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Teil II. A, IV und VII)

	1997	1998	1999	Untersch. gegenüber d. Vorjahr					
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	44.716	37.301	37.277	- 24					
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.951	1.951	1.951	-					
Staatsanwälte.....	212	212	212	-					
Hochschullehrer.....	8.848	8.819	8.819	-					
Lehrer.....	25.494	24.052	24.042	- 10					
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	233	232	232	-					
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.552	32.425	32.340	- 85					
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	21.302	20.840	20.536	- 304					
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	220	215	214	- 1					
Krankenpflegedienst.....	284	244	244	-					
Summe Beamte...	135.812	126.291	125.867	- 424					
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	19.099	26.009	25.035	- 974					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	21	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.216	1.197	1.197	-					
Summe VB I...	20.336	27.227	26.253	- 974					
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.961	6.776	6.436	- 340					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	3.451	1.892	1.849	- 43					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	259	248	223	- 25					
Summe VB II...	10.671	8.916	8.508	- 408					
Summe Beamte und VB...	166.819	162.434	160.628	- 1.806					
Gesamtsumme...	166.819	162.434	160.628	- 1.806					
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	399	-	-	-					
Anlernkräfte.....	11	-	-	-					
Lehrlinge.....	427	439	439	-					
Summe JAL...	837	439	439	-					
Gesamtsumme einschließlich JAL...	167.656	162.873	161.067	- 1.806					
Normplanstellen (LwSt).....	9.751	11.620	11.620	-					

STELLENPLAN 1999

(29)

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Teil V)

	1997	1998	1999	Untersch. gegenüber d. Vorjahr					
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes. Richter und Richteramtsanwärter.....	3.615	2.889	2.881	- 8					
Staatsanwälte.....	-	-	-	-					
Hochschullehrer.....	-	-	-	-					
Lehrer.....	-	-	-	-					
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-					
Beamte des Exekutivdienstes.....	495	495	495	-					
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-					
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.685	42.659	42.025	- 634					
Krankenpflegedienst.....	-	-	-	-					
Summe Beamte...	47.795	46.043	45.401	- 642					
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	894	1.128	1.128	-					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-					
Summe VB I...	894	1.128	1.128	-					
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	16	18	18	-					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-					
Summe VB II...	16	18	18	-					
Summe Beamte und VB...	48.705	47.189	46.547	- 642					
Gesamtsumme...	48.705	47.189	46.547	- 642					
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-	-					
Anlernkräfte.....	-	-	-	-					
Lehrlinge.....	-	-	-	-					
Summe JAL...	-	-	-	-					
Gesamtsumme einschließlich JAL...	48.705	47.189	46.547	- 642					
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-					

(30)

STELLENPLAN 1999

Anlage C2.3

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Teil VI)

	1997	1998	1999	Untersch. gegenüber d. Vorjahr					
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	7	7	7	-					
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-					
Staatsanwälte.....	-	-	-	-					
Hochschullehrer.....	777	777	777	-					
Lehrer.....	-	-	-	-					
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-					
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-					
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-					
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-					
Krankenpflegedienst	-	-	-	-					
Summe Beamte...	784	784	784	-					
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	488	488	488	-					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	43	43	43	-					
Summe VB I...	531	531	531	-					
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	-	-	-	-					
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-					
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-					
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	23	23	23	-					
Summe VB II...	23	23	23	-					
Summe Beamte und VB...	1.338	1.338	1.338	-					
Gesamtsumme...	1.338	1.338	1.338	-					
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-	-					
Anlernkräfte.....	-	-	-	-					
Lehrlinge.....	-	-	-	-					
Summe JAL...	-	-	-	-					
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.338	1.338	1.338	-					
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-					

STELLENPLAN 1999

(31)

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1 ...	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme ...	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(32)

STELLENPLAN 1999

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1 ...	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme ...	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budget- prov. 1987	BMG- Novelle 1987	1988	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665	
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395	
Summe 1 ...	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845	
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450	
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431	
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270	
Gesamtsumme ...	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753	

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)					
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	665	679	0,24					
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63					
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07					
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25					
Summe 1 ...	37.845	37.998	13,19					
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66					
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84					
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59					
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72					
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50					
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50					
Gesamtsumme ...	288.753	288.026	100,00					

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1999

(33)

Anlage D2.6 Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1 ...	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme ...	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845			
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	9.571			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	18.378			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.521	8.522			
Summe 1 ...	38.745	38.420	38.343	37.616	37.316			
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	34.399			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.966	57.963			
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371			
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115			
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	1.678			
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.436	46.277			
Gesamtsumme ...	231.576	238.466	224.232	220.222	217.699			

Verwaltungszweige	1998	1999	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	850	850	0,41	-			
b) Zentralstellen	9.541	9.487	4,54	- 54			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	17.868	17.716	8,48	- 152			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.901	6.757	3,23	- 144			
Summe 1 ...	35.160	34.810	16,66	- 350			
2. Sicherheitswesen	34.762	34.572	16,55	- 190			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.784	11.782	5,64	- 2			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.305	55.936	26,77	- 369			
Normplanstellen (LwSt)	11.620	11.620	5,56	-			
5. Heerwesen	26.779	25.893	12,39	- 886			
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.709	1.693	0,81	- 16			
7. Bundesbetriebe und Monopole	44.901	44.266	21,18	- 635			
Gesamtsumme ...	211.400	208.952	100,00	- 2.448			

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

(34)

STELLENPLAN 1999

Anlage D2.1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil II. A, IV und VII)

Verwaltungszweig	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweig	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845			
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	9.513			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	16.032			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.283	8.284			
Summe 1	38.320	35.514	35.619	34.992	34.674			
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	33.879			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.552	56.549			
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371			
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115			
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	1.613			
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.012	875			
Gesamtsumme	226.293	230.071	172.824	170.175	167.656			

Verwaltungszweig	1998	1999	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	0,53	-				
b) Zentralstellen	9.463	9.412	5,84	- 51				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	15.950	15.801	9,81	- 149				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.691	6.549	4,07	- 142				
Summe 1	32.954	32.612	20,25	- 342				
2. Sicherheitswesen	34.242	34.052	21,14	- 190				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.784	11.782	7,32	- 2				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	54.934	54.565	33,88	- 369				
Normplanstellen (LwSt)	11.620	11.620	7,21	-				
5. Heerwesen	26.779	25.893	16,08	- 886				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.644	1.628	1,01	- 16				
7. Bundesbetriebe und Monopole	536	535	0,32	- 1				
Gesamtsumme	162.873	161.067	100,00	- 1.806				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

STELLENPLAN 1999

(35)

Anlage 02.2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 (Teil V)

Verwaltungszweig	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	92	92	95	99	99	45		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10	10	10	10	259	259		
Summe 1 ...	102	102	105	109	358	304		
2. Sicherheitswesen	20	20	20	20	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	5	5	1	1	1	1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.821	1.821	1.811	1.848	1.830	1.830		
Gesamtsumme ...	1.948	1.948	1.937	1.978	2.189	2.135		

Verwaltungszweig	1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-			
b) Zentralstellen	28	28	30	30	48			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	2.476	2.342	2.256	2.256			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	239	224	219	215	215			
Summe 1 ...	267	2.728	2.591	2.501	2.519			
2. Sicherheitswesen	6	520	520	520	520			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1	1	1	264	264			
5. Heerwesen	-	-	-	-	-			
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-			
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.816	1.786	46.954	45.424	45.402			
Gesamtsumme ...	2.090	5.035	50.066	48.709	48.705			

Verwaltungszweig	1998	1999	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-				
b) Zentralstellen	68	65	0,14	- 3				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	1.828	1.825	3,92	- 3				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	187	185	0,40	- 2				
Summe 1 ...	2.083	2.075	4,46	- 8				
2. Sicherheitswesen	520	520	1,12	-				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	221	221	0,47	-				
5. Heerwesen	-	-	-	-				
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-				
7. Bundesbetriebe und Monopole	44.365	43.731	93,95	- 634				
Gesamtsumme ...	47.189	46.547	100,00	- 642				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(36)

STELLENPLAN 1999

Anlage D2.3 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil VI)

Verwaltungszweig	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1 ...	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme ...	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweig	1994	1995	1996	1997				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-				
b) Zentralstellen	35	32	10	10				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23				
Summe 1 ...	158	178	133	123				
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150				
5. Heerwesen	-	-	-	-				
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65				
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-				
Gesamtsumme ...	3.193	3.360	1.342	1.338				

Verwaltungszweig	1998	1999	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-				
b) Zentralstellen	10	10	0,75	-				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	90	90	6,73	-				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	23	23	1,72	-				
Summe 1 ...	123	123	9,20	-				
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.150	1.150	85,95	-				
5. Heerwesen	-	-	-	-				
6. Auswärtige Angelegenheiten	65	65	4,86	-				
7. Bundesbetriebe und Monopole	-	-	0,01	-				
Gesamtsumme ...	1.338	1.338	100,00	-				

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1999

(37)

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
<p>1. Allgemeine Verwaltung</p> <p>a) Oberste Organe</p> <p>01 Präsidentschaftskanzlei 02 Parlamentsdirektion 05 Volksanwaltschaft 06 Rechnungshof</p> <p>b) Zentralstellen</p> <p>1000 Bundeskanzleramt 1100 Bundesministerium für Inneres 1200 Bundesministerium für Unterricht u. kulturelle Angelegenh. 1400 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr - Verwaltungsbereich Wissenschaft 1500 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1700 Bundesministerium für Gesundheit 1800 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie 3000 Bundesministerium für Justiz 4000 Bundesministerium für Landesverteidigung 5000 Bundesministerium für Finanzen 6000 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 6300 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 6500 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr - Verwaltungsbereich Verkehr</p> <p>c) Verwaltung in administrativer Hinsicht</p> <p>1001 Verwaltungsakademie 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS) 1020 Statistisches Zentralamt 1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration 1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen 1550 Ämter des AMS 1570 Bundessozialämter 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen 5040 Finanzlandesdirektionen (ohne Wachebeamte - Zollwachdienst) 5070 Bundespensionsamt 5071 Finanzprokuratur 6091 Bundeskellereinspektion</p>	<p>d) Verwaltung in technischer Hinsicht</p> <p>1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten 1091 Veterinärmedizinische Anstalten 1592 Arbeitsinspektion 1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst. 1870 Umweltbundesamt 5072 Hauptpunzierungs- und Proberamt 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst 6320 Österreichisches Patentamt 6330 Bergbehörden 6403 Beschußämter 6440 Wasserstraßendirektion 6441 Amt der Wasserstraßendirektion 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane) 6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.) 6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung 649. Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung) 6490 Einrichtungen des Eichwesens 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens 6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge</p> <p>2. Sicherheitswesen</p> <p>1130 Bundespolizei 1140 Bundesgendarmarie 1152 Bundesasylamt 5040 Finanzlandesdirektionen (nur Wachebeamte - Zollwachdienst) 6501 Schiffahrtspolizei</p> <p>3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug</p> <p>03 Verfassungsgerichtshof 04 Verwaltungsgerichtshof 3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur 3020 Justizbehörden in den Ländern 3030 Justizanstalten 3050 Bewährungshilfe</p>

(38)

STELLENPLAN 1999

Zusammensetzung der Verwaltungsweize zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungsweize - Verwaltungsbereiche	Verwaltungsweize - Verwaltungsbereiche
<p>4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)</p> <p>1010 Staatsarchiv und Archivamt 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen 1240 Hofmusikkapelle 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung 1244 Museen 1246 Nationalbibliothek und Phonotheek 1247 Bundesdenkmalamt 1260 Schulaufsichtsbehörden 1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes 1274 Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung 1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten 1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe 1282 Handelsakademien und Handelsschulen 1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende) 1290 Pädagogische Akademien 1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik 1292 Berufspädagogische Akademien 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung 1294 Pädagogische Institute 1402 Amt des BFPZ Arsenal 1420 Universitäten 1424 Wissenschaftliche Anstalten 1430 Kunsthochschulen 1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien 4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst. 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft</p>	<p>6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft 6059 Bundesanstalt für Landtechnik 6072 Forstliche Ausbildungsstätten 6401 Bundesmobilienvverwaltung 71 Bundestheater</p> <p>5. Heerwesen</p> <p>4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung</p> <p>6. Auswärtige Angelegenheiten</p> <p>2000 Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010) 2030 Österreichische Kulturinstitute</p> <p>7. Bundesbetriebe und Monopole</p> <p>1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei 4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung) 5080 Österreichisches Postsparkassenamt 5081 Österreichische Salinen AG 5082 Amt der Münze Österreich 5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG 6093 Bundesgärten 6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste 6099 Bauhöfe 6402 Schönbrunner Tiergartenamt</p>

STELLENPLAN 1999

(39)

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	82	17	21	23	188	537	582	687	1.005	953	50	216	-
A2	9	31	5	7	7	76	465	696	732	1.112	2.024	26	97	-
A3	25	57	18	16	10	43	350	1.121	564	641	320	12	34	-
A4	9	59	-	1	1	16	58	414	350	100	80	4	-	-
A5	-	27	-	-	-	2	37	23	66	49	59	1	-	-
A6	-	19	-	-	-	1	9	17	113	8	3	5	-	-
A7	-	-	2	-	1	2	6	37	42	4	-	-	-	-
Summe...	58	275	42	45	42	328	1.462	2.890	2.554	2.919	3.439	98	347	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	1	11	10	11	1	-	182	49	243	467	108	29	58	-
b	3	15	2	2	-	-	335	92	487	1.769	141	20	90	-
c	4	11	5	8	1	-	458	197	1.083	2.066	121	20	94	-
d	3	36	3	28	3	3	463	1.850	1.156	1.087	125	30	19	-
e	-	11	3	7	-	2	28	74	304	95	-	-	1	-
Summe...	11	84	23	56	5	5	1.466	2.262	3.273	5.484	495	99	262	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.329	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	1	-	20.012	331	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.719	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	10	-	23.372	354	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	725	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.414	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.954	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	27.293	-	-	-	-	-	-

(40)

STELLENPLAN 1999

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgediederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLV	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
452	171	303	1.414	587	774	131	8.208	10	-	-	-	10	8.218
209	1.361	1.307	5.429	516	1.209	67	15.385	30	-	-	-	30	15.415
87	1.600	2.456	3.884	313	1.229	121	12.901	13	-	-	-	13	12.914
2	8	805	84	176	558	13	2.738	-	-	-	-	-	2.738
5	2	-	51	24	128	4	478	-	-	-	-	-	478
-	-	-	29	8	58	-	270	-	-	-	-	-	270
4	-	-	7	6	19	2	132	-	-	-	-	-	132
759	3.142	4.871	10.898	1.630	3.975	338	40.112	53	-	-	-	53	40.165
76	69	-	231	133	96	46	1.821	5	-	-	-	5	1.826
95	214	-	696	205	240	40	4.446	15	-	-	-	15	4.461
390	937	-	2.898	480	565	70	9.408	42	-	-	-	42	9.450
295	1.739	1.022	1.038	250	490	23	9.663	-	-	-	-	-	9.663
41	43	14	53	1	45	5	727	-	-	-	-	-	727
897	3.002	1.036	4.916	1.069	1.436	184	26.065	62	-	-	-	62	26.127
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	7.329	-	-	-	-	-	7.329
-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-	-	9.596
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	177	-	-	20.521	-	-	-	-	-	20.521
-	7	20	-	96	-	-	2.874	-	-	-	-	-	2.874
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	20	-	279	-	-	24.042	-	-	-	-	-	24.042
-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-	85
-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-	147
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	825	-	-	-	-	-	825
-	2.095	-	2.029	-	-	-	15.538	-	-	-	-	-	15.538
-	1.018	-	300	-	-	-	16.272	-	-	-	-	-	16.272
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.192	-	2.350	-	-	-	32.835	-	-	-	-	-	32.835

STELLENPLAN 1999

(41)

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	9	-	2	94	-	28	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	3	-	3	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Krankenpflagedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	11	-	4	294	5	37	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	14	-	19	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	-	17	329	5	58	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	359	65	163	47	333	2.980	32.450	29.624	18.793	3.944	286	609	-

(42)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	487	-	-	-	-	487	-	-	-	-	-	487
-	-	2.381	-	-	-	-	2.381	-	-	-	-	-	2.381
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.943	-	-	-	-	13.943	-	-	-	-	-	13.943
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	1.476	-	-	-	-	1.476	-	-	-	-	-	1.476
-	-	6.593	-	-	-	-	6.593	-	-	-	-	-	6.593
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	17	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	12	29	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	6	8	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	-	3	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	-	-	16
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	10	1	-	-	-	-	362	-	-	-	-	-	362
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	64	7	-	-	-	-	105	-	-	-	-	-	105
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	5	2	-	-	-	-	50	-	-	-	-	-	50
-	79	14	-	-	-	-	524	-	-	-	-	-	524
-	-	-	42.025	-	-	214	42.239	-	-	-	-	-	42.239
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
1.656	11.541	26.595	60.232	2.978	5.411	736	198.871	1.093	-	-	-	1.093	199.964

STELLENPLAN 1999

(43)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	11	11	3	38	-	1	1	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	77	106	95	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	69	143	136	188	2	19	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	111	128	698	202	3	22	1	-
p5	-	11	5	8	-	12	20	703	1.618	29	14	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	12	221	1.062	2.561	552	21	42	5	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.109	2.561	552	21	42	5	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	71	175	47	345	3.201	33.559	32.185	19.345	3.965	328	614	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	71	175	47	345	3.202	33.559	32.185	19.514	3.965	328	614	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(44)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	2	-	1	34	17	-	119	-	-	-	-	-	119
1	5	207	10	166	85	1	766	-	-	-	-	-	766
16	16	57	22	141	136	4	960	-	-	-	-	-	960
14	61	31	81	208	41	-	1.616	-	-	-	-	-	1.616
6	150	6	313	58	40	-	2.993	-	-	-	-	-	2.993
37	234	301	427	607	319	5	6.454	-	-	-	-	-	6.454
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	7	-	188	-	246	-	-	-	-	-	246
-	-	4	7	-	188	-	246	-	-	-	-	-	246
37	234	341	434	911	507	5	7.040	1.509	-	-	-	1.509	8.549
1.693	11.775	26.936	60.666	3.889	5.918	741	205.911	2.602	-	-	-	2.602	208.513
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
1.693	11.775	27.045	60.666	4.002	5.938	741	206.323	2.629	-	-	-	2.629	208.952
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

STELLENPLAN 1999

(45)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BNGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	82	17	21	23	188	534	582	685	920	642	50	216	-
A2	9	31	5	7	7	76	436	696	732	1.039	654	26	97	-
A3	25	57	18	16	10	43	346	1.121	563	589	229	12	34	-
A4	9	59	-	1	1	16	58	414	350	92	57	4	-	-
A5	-	27	-	-	-	2	37	23	66	48	31	1	-	-
A6	-	19	-	-	-	1	9	17	113	7	1	5	-	-
A7	-	-	2	-	1	2	6	37	42	4	-	-	-	-
Summe...	58	275	42	45	42	328	1.426	2.890	2.551	2.699	1.614	98	347	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	1	11	10	11	1	-	182	44	243	467	108	29	58	-
b	3	15	2	2	-	-	333	89	487	1.629	141	20	90	-
c	4	11	5	8	1	-	458	197	1.083	2.066	121	20	94	-
d	3	36	3	28	3	3	460	1.823	1.156	1.087	125	30	19	-
e	-	11	3	7	-	2	28	74	264	95	-	-	1	-
Summe...	11	84	23	56	5	5	1.461	2.227	3.233	5.344	495	99	262	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts- (Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.552	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	1	-	20.012	331	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.719	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	10	-	23.372	354	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	725	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.315	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.558	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.798	-	-	-	-	-	-

(46)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgediederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
449	171	303	1.379	582	769	130	7.758	10	-	-	-	10	7.768
208	1.361	1.307	5.263	508	1.190	66	13.718	30	-	-	-	30	13.748
86	1.600	2.456	3.549	308	1.151	121	12.334	13	-	-	-	13	12.347
2	8	805	71	172	488	13	2.620	-	-	-	-	-	2.620
4	2	-	42	24	99	4	410	-	-	-	-	-	410
-	-	-	23	8	54	-	257	-	-	-	-	-	257
3	-	-	5	6	17	2	127	-	-	-	-	-	127
752	3.142	4.871	10.332	1.608	3.768	336	37.224	53	-	-	-	53	37.277
67	69	-	184	133	94	46	1.758	5	-	-	-	5	1.763
89	214	-	491	205	234	40	4.084	15	-	-	-	15	4.099
390	937	-	2.331	480	560	70	8.836	42	-	-	-	42	8.878
252	1.739	1.022	777	205	484	23	9.278	-	-	-	-	-	9.278
41	43	14	49	1	45	5	683	-	-	-	-	-	683
839	3.002	1.036	3.832	1.024	1.417	184	24.639	62	-	-	-	62	24.701
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	6.552	-	-	-	-	-	6.552
-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-	-	8.819
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	177	-	-	20.521	-	-	-	-	-	20.521
-	7	20	-	96	-	-	2.874	-	-	-	-	-	2.874
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	20	-	279	-	-	24.042	-	-	-	-	-	24.042
-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-	85
-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-	147
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	825	-	-	-	-	-	825
-	2.095	-	2.029	-	-	-	15.439	-	-	-	-	-	15.439
-	1.018	-	300	-	-	-	15.876	-	-	-	-	-	15.876
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.192	-	2.350	-	-	-	32.340	-	-	-	-	-	32.340

STELLENPLAN 1999

(47)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	9	-	2	94	-	28	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	1	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	3	-	3	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	11	-	4	104	5	37	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	14	-	19	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	-	17	139	5	58	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	359	65	163	47	333	2.939	31.920	29.581	17.466	2.119	286	609	-

(48)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	487	-	-	-	-	487	-	-	-	-	-	487
-	-	2.381	-	-	-	-	2.381	-	-	-	-	-	2.381
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.943	-	-	-	-	13.943	-	-	-	-	-	13.943
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	1.476	-	-	-	-	1.476	-	-	-	-	-	1.476
-	-	6.593	-	-	-	-	6.593	-	-	-	-	-	6.593
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	17	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	6	8	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	-	-	16
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	10	1	-	-	-	-	172	-	-	-	-	-	172
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	64	7	-	-	-	-	105	-	-	-	-	-	105
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	5	2	-	-	-	-	50	-	-	-	-	-	50
-	79	14	-	-	-	-	334	-	-	-	-	-	334
-	-	-	-	-	-	214	214	-	-	-	-	-	214
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
1.591	11.541	26.595	16.514	2.911	5.185	734	151.027	1.093	-	-	-	1.093	152.120

STELLENPLAN 1999

(49)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	11	11	3	38	-	1	1	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	77	106	95	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	69	143	136	188	2	19	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	111	128	698	202	3	22	1	-
p5	-	11	5	8	-	12	20	703	1.618	29	14	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	12	221	1.062	2.561	552	21	42	5	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.109	2.561	552	21	42	5	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	71	175	47	345	3.160	33.029	32.142	18.018	2.140	328	614	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	71	175	47	345	3.161	33.029	32.142	18.187	2.140	328	614	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(50)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	2	-	1	34	17	-	119	-	-	-	-	-	119
1	5	207	6	166	82	1	759	-	-	-	-	-	759
16	16	57	15	141	136	4	953	-	-	-	-	-	953
14	61	31	81	208	40	-	1.615	-	-	-	-	-	1.615
6	150	6	310	58	40	-	2.990	-	-	-	-	-	2.990
37	234	301	413	607	315	5	6.436	-	-	-	-	-	6.436
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	36	-	304	-	-	340	1.509	-	-	-	1.509	1.849
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	7	-	165	-	223	-	-	-	-	-	223
-	-	4	7	-	165	-	223	-	-	-	-	-	223
37	234	341	420	911	480	5	6.999	1.509	-	-	-	1.509	8.508
1.628	11.775	26.936	16.934	3.822	5.665	739	158.026	2.602	-	-	-	2.602	160.628
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
1.628	11.775	27.045	16.934	3.935	5.685	739	158.438	2.629	-	-	-	2.629	161.067
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

STELLENPLAN 1999

(51)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	3	-	2	85	311	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	29	-	-	73	1.370	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	4	-	1	52	91	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	23	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	28	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	36	-	3	220	1.825	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-

(52)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	35	5	5	1	447	-	-	-	-	-	447
-	-	-	166	8	19	1	1.666	-	-	-	-	-	1.666
-	-	-	335	5	78	-	566	-	-	-	-	-	566
-	-	-	13	4	70	-	118	-	-	-	-	-	118
-	-	-	9	-	29	-	67	-	-	-	-	-	67
-	-	-	6	-	4	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	-	2	-	2	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	566	22	207	2	2.881	-	-	-	-	-	2.881
-	-	-	47	-	2	-	49	-	-	-	-	-	49
-	-	-	205	-	6	-	211	-	-	-	-	-	211
-	-	-	567	-	5	-	572	-	-	-	-	-	572
-	-	-	261	-	6	-	292	-	-	-	-	-	292
-	-	-	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	99
-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	396
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495

STELLENPLAN 1999

(53)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BNAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	220	1.825	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(55)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	220	1.825	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	220	1.825	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(56)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	4	-	3	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	7	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	43.689	22	230	2	46.547	-	-	-	-	-	46.547
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43.689	22	230	2	46.547	-	-	-	-	-	46.547
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(57)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	2	3	-	140	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	3	2	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	140	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts- (Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Verwaltungsdienstes														
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(58)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
3	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
9	-	-	-	-	-	-	14	-	-	-	-	-	14
6	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
43	-	-	-	45	-	-	93	-	-	-	-	-	93
-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	40
58	-	-	-	45	-	-	298	-	-	-	-	-	298
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(59)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BNU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-

(60)

STELLENPLAN 1999

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-	-	190
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-	-	190
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	-	43	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
65	-	-	43	45	-	-	1.315	-	-	-	-	-	1.315

STELLENPLAN 1999

(61)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB ...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL ...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1999

(63)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	46	75	190	550	830	1.051	1.545	1.466	1.864	600	8.217
A2		29	329	1.117	1.374	3.199	3.518	5.041	579	229	15.415
A3		15	141	267	2.738	1.140	2.172	4.000	2.070	371	12.914
A4								903	906	929	2.738
A5								24	67	387	478
A6										270	270
A7										132	132
										Summe ...	40.164

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung Verw. (Entl.)gruppe	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	1								1	1.826		1.826	1.827
B (b)										4.461		4.461	4.461
C (c)										9.450		9.450	9.450
D (d)										9.663		9.663	9.663
E (e)										727		727	727
P1 (p1)											119	119	119
P2 (p2)											766	766	766
P3 (p3)											960	960	960
P4 (p4)											1.616	1.616	1.616
P5 (p5)											2.993	2.993	2.993
(I/K)										21		21	21
(II/K)											1.849	1.849	1.849
(I/R)										1.240		1.240	1.240
(II/R)											246	246	246
Lehrlinge											439	439	439
Summe ...	1								1	27.388	8.988	36.376	36.377

(64)

STELLENPLAN 1999

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	212

STELLENPLAN 1999

(65)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7.120
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe ...	9.596

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				103			485	644
L1	701	12	14	4	213	8	8	19.561	20.521
L2	35				2	101		2.736	2.874
L3								3	3
Summe...	792	12	14	4	318	109	8	22.785	24.042

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	147
Summe ...	232

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	4	4	23	32	75	87	113	145	175	144	19	4	825
E2a					333	865	1.496	1.942	3.293	3.175	3.659	775	15.538
E2b												16.272	16.272
E2c												200	200
Summe ...													32.835

(66)

STELLENPLAN 1999

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL
MB01	1	3	17	41	55	87	91	83			95	14	487
MB02	11	37	111	157	441	112	444	753	151	163		1	2.381
MBU01			14	68	149	865	2.341	1.453			3.655	295	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
												Summe ...	13.943
MZ01						1	4	6			10	26	47
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												1.476	1.476
												Summe ...	6.593
												Summe Militärischer Dienst ...	20.536

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1	68	55	73	134		107	5				4	446
PT2	13	286	257	159	363	457	213				2	1.750
PT3		1.009	481	2.675		757						4.922
PT4		564									3.821	4.385
PT5		380						3.315	96	3.981		7.772
PT6											6.029	6.029
PT7								548	2.086	3.014		5.648
PT8								731	3.308	7.226		11.265
PT9											22	22
											Summe ...	42.239

STELLENPLAN 1999

(67)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	362		362	512
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		18	18	105		105	123
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		16	16	50		50	66
Summe...		244	244	524		524	768

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	172.052	27.912	8.988	36.900	208.952

(68)

STELLENPLAN 1999

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	45	74	185	531	805	976	1.504	1.425	1.782	441	7.768
A2		24	312	1.092	1.322	3.075	3.236	3.921	538	228	13.748
A3		14	105	231	2.677	1.105	2.133	3.798	1.926	358	12.347
A4								880	892	848	2.620
A5								22	59	329	410
A6										257	257
A7										127	127
										Summe ...	37.277

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1.763		1.763	1.763
B (b)										4.099		4.099	4.099
C (c)										8.878		8.878	8.878
D (d)										9.278		9.278	9.278
E (e)										683		683	683
P1 (p1)											119	119	119
P2 (p2)											759	759	759
P3 (p3)											953	953	953
P4 (p4)											1.615	1.615	1.615
P5 (p5)											2.990	2.990	2.990
(I/K)										21		21	21
(II/K)											1.849	1.849	1.849
(I/R)										1.197		1.197	1.197
(II/R)											223	223	223
Lehrlinge											439	439	439
Summe...										25.919	8.947	34.866	34.866

STELLENPLAN 1999

(69)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	212

(70)

STELLENPLAN 1999

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.343
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe...	8.819

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				103			485	644
L1	701	12	14	4	213	8	8	19.561	20.521
L2	35				2	101		2.736	2.874
L3								3	3
Summe...	792	12	14	4	318	109	8	22.785	24.042

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	147
Summe...	232

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	4	4	23	32	75	87	113	145	175	144	19	4	825
E2a					333	865	1.495	1.941	3.284	3.151	3.617	753	15.439
E2b												15.876	15.876
E2c												200	200
Summe ...													32.340

STELLENPLAN 1999

(71)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	41	55	87	91	83			95	14	487
MB02	11	37	111	157	441	112	444	753	151	163		1	2.381
MBU01			14	68	149	865	2.341	1.453			3.655	295	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
											Summe ...		13.943
MZ01						1	4	6			10	26	47
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												1.476	1.476
											Summe ...		6.593
												Summe Militärischer Dienst ...	20.536

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1	5		3	6		1						15
PT2		16	17	1	14	4	16					68
PT3		13		64								77
PT4											20	20
PT5								20			8	28
PT6											5	5
PT7											1	1
											Summe ...	214

(72)

STELLENPLAN 1999

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	172		172	322
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		18	18	105		105	123
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		16	16	50		50	66
Summe...		244	244	334		334	578

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	125.867	26.253	8.947	35.200	161.067

STELLENPLAN 1999

(73)

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	4	19	24	75	41	40	82	159	446
A2		5	17	25	51	124	282	1.120	41	1	1.666
A3		1	36	36	61	35	39	201	144	13	566
A4								23	14	81	118
A5								2	8	57	67
A6										13	13
A7										4	4
										Summe ...	2.880

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1								1	49		49	50
B (b)										211		211	211
C (c)										572		572	572
D (d)										292		292	292
E (e)										4		4	4
P2 (p2)											7	7	7
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											3	3	3
Summe ...	1								1	1.128	18	1.146	1.147

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42	22	99
E2b												396	396
												Summe ...	495

(74)

STELLENPLAN 1999

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte		
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1.....	63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96		3.973	7.744
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....								548	2.086		3.013	5.647
PT8.....								731	3.308		7.226	11.265
PT9.....											22	22
	Summe ...											42.025

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	45.401	1.128	18	1.146	46.547

STELLENPLAN 1999

(75)

Anlage F.3

Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1				1		3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										14		14	14
B (b)										151		151	151
D (d)										93		93	93
E (e)										40		40	40
(I/R)										43		43	43
(II/R)											23	23	23
Summe...										341	23	364	364

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	
Summe...	777

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
				VB I	VB II		
	übrige Beamte						
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				190		190	190
Summe...				190		190	190

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	784	531	23	554	1.338

(76)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1999

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1999 (Bundesvoranschlag 1999) ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der seit dem Bundesvoranschlag 1990 eine erweiterte Gliederung enthält, die dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

- Teil I Allgemeiner Teil
- Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
 - Abschnitt A, Planstellenverzeichnis
 - Abschnitt B, Ernennungsreserve
- Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden
- Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarom Ausmaß beschäftigt werden
- Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt. Der Teil IV, Planstellen für Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge, wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung ab dem Stellenplan 1998 in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der seinerzeitigen generellen Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die einzelnen Punkte wurden so gefaßt, daß eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte. Ab dem Budgetjahr 1998 wurde jedoch ein neuer Punkt 2 eingefügt, sodaß der Allgemeine Teil nunmehr insgesamt 11 Punkte umfaßt.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen im Zusammenhang mit den in der UT 0 budgetierten Ausgabenansätzen. Diese Ausgabenansätze dürfen nicht überschritten werden.

Punkt 3 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, daß jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 1999 stehen hierfür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 1999 500 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit steht seit dem Stellenplan 1998 ein Planstellenpool mit 300 zusätzlichen Lehrlingsplanstellen zu Verfügung.

Punkt 4 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Punkt 5 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften. Weiters mußten die Bestimmungen des § 15c des Mutterschutzgesetzes und des § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes für die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt werden.

Im Punkt 6 wird festgelegt, daß bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 7 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Die Bestimmungen des Punktes 8 legen die Grundsätze für die Handhabung der Ernennungsreserve fest.

(77)

STELLENPLAN 1999

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1999

Der Punkt 9 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hierfür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten „Summe Beamte“, „Summe Vertragsbedienstete“, „Gesamtsumme“) nicht überschritten werden darf.

Im Abschnitt B, Ernennungsreserve, sind die zentral zu verwaltenden Rahmenvorsorgen für die Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Besoldungsgruppen festgelegt, soweit die Planstelleninhaber von ihrem Optionsrecht in das neue Besoldungssystem noch keinen Gebrauch gemacht haben. Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein.

Im Teil V, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden, wird jenes Personal zusammengefaßt, für das dem Bund tatsächlich keine Personalkosten entstehen.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluß der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden mußte.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, daß vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, die zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, daß für jene Bereiche, in denen auf Grund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, daß die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplying einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr – ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf – kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1. 9.–31. 12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1. 1.–30. 8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, daß eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Weiters werden diese Bemühungen durch begleitende Maßnahmen des Personalcontrollings unterstützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die eine Effizienzsteigerung der Verwaltung bewirken und den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Der Stellenplan 1998 weist 223 020 Planstellen aus und demgegenüber wird der Stellenplan 1999 nur mehr 220 572 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 2 448 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 2 429 Planstellen und aus Ausgliederungen von 19 Planstellen.

(78)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1999

Die Verteilung dieser Einsparungen bzw. Ausgliederungen stellen sich wie folgt dar:

Bereich	Einsparung	Ausgliederung
Verwaltungsgerichtshof	- 2	
Bundeskanzleramt	- 3	-19
BM für Inneres	- 200	
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	- 149	
BM für Wissenschaft, Forschung und Kunst	- 200	
BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales	- 44	
BM für auswärtige Angelegenheiten	- 16	
BM für Landesverteidigung	- 916	
BM für Finanzen	- 100	
BM für Land- und Forstwirtschaft	- 9	
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	- 128	
BM für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	- 3	
Österreichischer Bundestheaterverband	- 23	
Post- und Telegraphenverwaltung (Beamte)	- 634	
SUMME:	-2 429	-19

Der Stellenplan für das Jahr 1999 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 1998 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 1998	Stellenplan 1999	Differenz
Teil II.A	162 873	161 067	-1 806
Teil V	47 189	46 547	- 642
Teil VI	1 338	1 338	0
Summe II.A-VI	211 400	208 952	-2 448
Teil VII (LWStA) *)	11 620	11 620	0
Gesamtsumme	223 020	220 572	-2 448

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Zusätzliche Einsparungen könnten noch erfolgen, wenn im Laufe des Jahres 1998 Planstellen durch weitere Pensionierungen frei werden und nicht mehr nachbesetzt werden sollen.

(79)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 9

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1999

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen bzw. -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G bis A.3 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 1999 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 bis A.3, die Anlage A.1 die Planstellen des Teiles II.A, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A.2 enthält die diesbezügliche Zusammenstellung über die im Teil V und die Anlage A.3 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1, B.2 und B.3 enthalten eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 1999 zum Gesamtstellenplan 1998, die Anlagen B1.1, B1.2 und B1.3 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B.2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum Stichtag 1. August 1995 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen höherwertigen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, C2.2 und C2.3 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

Die Anlagen D2.G, D2.1, D2.2 und D2.3 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1, D2.2. und D2.3 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1, E.2 und E.3 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 1999 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1, F.2 und F.3 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A, V und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 1100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999

Fahrzeugplan

für das Jahr 1999



Wien 1998
Österreichische Staatsdruckerei

II

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 1999**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	349
II. Abschnitt: Fahrzeugplan	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	352
2. Plan der Luftfahrzeuge	358
3. Plan der Wasserfahrzeuge	360
III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	362
2. Plan der Luftfahrzeuge	375
3. Plan der Wasserfahrzeuge	376
IV. Abschnitt: Anmerkungen	378
1. zum Plan der Kraftfahrzeuge	
2. zum Plan der Luftfahrzeuge	
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge	

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 9**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****1. Gliederung des Fahrzeugplanes**

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.

2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 330 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
 - a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfaßt werden;
 - b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muß. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehörn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hierzu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.
8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hierzu zählen:
 - a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 9**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

- b) Kraftfahrzeuge für spezielle zollspezifische sowie straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
- c) Omnibusse;
- d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
- e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
- f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
- g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
- h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzige geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

- a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
- b) Motorräder, die nur vorübergehend – jährlich bis zu maximal 12 Wochen – zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige, der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben, wobei für die erstmalige Verwendung (das ist bei Anschaffung, Miete, unentgeltlicher Zurverfügungstellung) die vom Bundesminister für Finanzen bekanntgegebene Kraftfahrzeug-Empfehlungsliste verbindlich ist.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1999 entsprechen, dürfen im Jahr 1999 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 9**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

- a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen Kategorie III,
Personenkraftwagen, Kategorie II,
Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
Personenkraftwagen, Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
- b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
- c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D–F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;
- d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
- e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;
- f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote,
Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1999 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hierfür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

- a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,
- b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
- c) seitens des Organs des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, in Zusammenhalte mit den Ausführungen in P 4 Abs. 3 des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

352

FAHRZEUGPLAN 1999

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
			Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
			III	II	Ia	I							
01	Präsidentenkanzlei	*	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1						6	6	
	Summe 02...		5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1	
05	Volksanwaltschaft				1						1	1	
06	Rechnungshof		1								1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentralleitung	*	4	1	4	1			1		11	11	
1001	Verwaltungsakademie					1					1	1	
101	Staatsarchiv und Archivamt								1		1	1	
102	Statistisches Zentralamt				1				1		2	2	
1075	Bundessporthome und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)											23	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*				1				1	2	2	
1091	Veterinärmedizinische Anstalten	*							2	9	11	11	
	Summe 10...		4	1	5	3		2	3	10	28	51	
11	Inneres:												
1100	Zentralleitung		1		4	1	6		4	6	21	43	
1130	Bundespolizei	*			17		714	158	22	10	506	1.427	1.413
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)										39	39	
1140	Bundesgendarmerie				9		1.637	362	19	19	1.277	3.323	3.263
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)							10			60	70	70
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration						15			1	1	17	17

FAHRZEUGPLAN 1999

353

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*								1	1	1	
	Summe 11...		1	...	30	1	2.372	530	45	36	1.905	4.920	4.846
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		1	...	2		2				1	6	6
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen ... *						3		2		1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung ..						3				2	5	5
1244	Museen						6	1	2		4	13	13
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek						2					2	2
1247	Bundesdenkmalamt				2		9	1			4	16	16
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	*									6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes						2				3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung										1	1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)						1					1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	*					4	7	7		6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*										2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	*									1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)						1					1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung						3				2	5	5
	Summe 12...		1	...	2	2	36	...	11	9	33	94	94
14	Wissenschaft und Forschung:												
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft		1	...	2		1					4	4
1420	Universitäten	*			5		30	7	6	50	98	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)						11			18	29	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten						4			7	11	11	11
1430	Kunsthochschulen						3	1			4	4	4
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)						1				1	1	1
	Summe 14...		1	...	7	...	50	...	8	6	75	147	147
15	Soziales:												
1500	Zentraleleitung		1	...	3							4	4
1570	Bundessozialämter						4					4	4

354

FAHRZEUGPLAN 1999

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
1592	Arbeitsinspektion	11	3	14	14	
	Summe 15...	1	...	3	11	7	22	22	
17	Gesundheit:											
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	1	1	1	
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1	1	2	2	
1860	Umweltpolitische Maßnahmen	4	4	4	
187	Umweltbundesamt	13	13	13	
	Summe 18...	1	18	19	19	
20	Äußeres:											
2000	Zentraleitung	2	...	4	...	1	7	7	
201	Vertretungsbehörden	76	3	6	...	2	87	87	
203	Österreichische Kulturinstitute	2	2	2	
	Summe 20...	2	76	4	...	6	6	...	2	96	96	
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz	1	...	2	3	3	
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1	1	1	
302	Justizbehörden in den Ländern	18	...	1	6	25	25	
303	Justizanstalten	66	...	18	30	114	114	
	Summe 30...	2	...	20	...	67	...	18	36	143	143	
40	Militärische Angelegenheiten:											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	...	14	...	2	17	17	
401	Heer und Heeresverwaltung	
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	1	1	1	
4050	Allentsteig (betriebsähnll. Einrichtung)	6	23	29	29	
	Summe 40...	1	...	14	1	2	...	6	23	47	47	
50	Finanzverwaltung:											
5000	Zentraleitung	2	...	3	...	1	...	1	...	7	7	
5040	Dienststellen	7	4	110	...	7	3	165	298	
5070	Bundespensionsamt	1	1	...	
5071	Finanzprokuratur	1	1	1	

FAHRZEUGPLAN 1999

355

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1				1	1		
	Summe 50...	2		11	4	113		7	4	165	306		
60	Land- und Forstwirtschaft:												
6000	Zentraleitung		1		4	2				2	9	9	
6007	Qualitätskontrolle					11					11	11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten					13			1	31	45	45	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.					24		9	9	32	74	74	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten					4				4	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt				1	5		1		17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft					3		1			4	4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft					3		1		6	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik					3			1	8	12	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten					2		1		12	15	15	
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst				7	56		18	21	77	179	179	
6091	Bundeskellereinspektion					32					32	32	
6093	Bundesgärten					2		7	4	10	23	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule					1	1			8	10	10	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste ...									12	12	12	
	Summe 60...	1			12	161	1	38	36	219	468	468	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:												
6300	Zentraleitung		1		5	1					7	7	
6320	Österreichisches Patentamt				1	1					2	2	
633	Bergbehörden				1	4					5	5	
	Summe 63...	1			7	4	2				14	14	
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienverwaltung							1			1	1	
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)					221		670	385	307	1.583	1.583	
6440	Wasserstraßendirektion				2	6					8	8	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)				1	6	14	2	7	20	3	53	53
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)				1	1	18		3	6	4	33	33
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens				2		50		12	2	59	125	125
	Summe 64...				6	7	309	2	693	413	373	1.803	1.803

356

FAHRZEUGPLAN 1999

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
65	Verkehr und Telekom:											
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			2						2	2	
6501	Schiffahrtspolizei					1				1	1	
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8			38	46	46	
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3	2	6	6	
	Summe 65...			2		10		3	40	55	55	
71	Bundestheater	*		3				4	9	16	16	

FAHRZEUGPLAN 1999

357

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
0	Oberste Organe											
01	Präsidentenkanzlei	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung	5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1	
05	Volksanwaltschaft			1						1	1	
06	Rechnungshof	1								1	1	
	Gruppe 0...	12		2						14	14	
1	Innenverwaltung											
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	4	1	5		3		2	3	10	28	
11	Inneres	1		30	1	2.372	530	45	36	1.905	4.920	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1		2	2	36		11	9	33	94	
14	Wissenschaft und Forschung	1		7		50		8	6	75	147	
15	Soziales	1		3	11	7					22	
17	Gesundheit									1	1	
18	Umwelt	1								18	19	
	Gruppe 1...	9	1	47	14	2.468	530	66	54	2.042	5.231	
20	Äußeres	2	76	4		6	6			2	96	
30	Justiz	2		20		67		18		36	143	
40	Militärische Angelegenheiten	1		14	1	2		6		23	47	
50	Finanzverwaltung	2		11	4	113		7	4	165	306	
6	Wirtschaft											
60	Land- und Forstwirtschaft	1		12		161	1	38	36	219	468	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1		7	4	2					14	
64	Bauten und Technik			6	7	309	2	693	413	373	1.803	
65	Verkehr und Telekom			2		10		3		40	55	
	Gruppe 6...	2		27	11	482	3	734	449	632	2.340	
	Gruppe 0 bis 6...	30	77	125	30	3.138	539	831	507	2.900	8.177	
7	Bundesbetriebe											
71	Bundestheater			3				4		9	16	
	Gruppe 7...			3				4		9	16	
	Gesamtanzahl...	30	77	128	30	3.138	539	835	507	2.909	8.193	

358

FAHRZEUGPLAN 1999

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1999	Summe 1998
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Anm.	D-F	C	B		A	b		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:									
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)	25	
11	Inneres:									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	4	24	28	
64	Bauten und Technik:									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	1	1	2	

FAHRZEUGPLAN 1999

359

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1999	Summe 1998
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Ann.	D-F	C	B		A	b		
1	Innenverwaltung									
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen								25	
11	Inneres				4	24		28	28	
	Gruppe 1...				4	24		28	53	
6	Wirtschaft									
64	Bauten und Technik			1	1			2	2	
	Gruppe 6...			1	1			2	2	
	Gruppe 0 bis 6...			1	1	4	24	30	55	
	Gesamtanzahl...			1	1	4	24	30	55	

360

FAHRZEUGPLAN 1999

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1999	Summe 1998
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports) ..							2
11	Inneres:							
1100	Zentraleitung					3	3	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		1				1	1
	Summe 14...		1			2	3	3
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen			5		2	7	7
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten					1	1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst					2	2	2
	Summe 60...			3	2	10	15	15
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion		3			3	6	6
65	Verkehr und Telekom:							
6501	Schiffahrtspolizei		16	2		16	34	34

FAHRZEUGPLAN 1999

361

**II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)**

Kap.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb				Summe 1999	Summe 1998	
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-			Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor
				Motorboote				
1	Innenverwaltung							
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen						2	
11	Inneres			46	15	41	102	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					1	1	
14	Wissenschaft und Forschung		1			2	3	
18	Umwelt					1	1	
	Gruppe 1...		1	46	15	45	107	
50	Finanzverwaltung			5		2	7	
6	Wirtschaft							
60	Land- und Forstwirtschaft			3	2	10	15	
64	Bauten und Technik		3			3	6	
65	Verkehr und Telekom		16	2		16	34	
	Gruppe 6...		19	5	2	29	55	
	Gruppe 0 bis 6...		20	56	17	76	169	
	Gesamtanzahl...		20	56	17	76	171	

362

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
			Kategorie						Nutzlast				
			III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
01	Präsidentschaftskanzlei	*	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1						6	6	
	Summe 02...		5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1	
05	Volksanwaltschaft				1						1	1	
06	Rechnungshof		1								1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentralleitung:	*											
	Zentralleitung		4		4		1		1		10	10	
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD			1							1	1	
	Summe 1000...		4	1	4		1		1		11	11	
1001	Verwaltungsakademie					1					1	1	
101	Staatsarchiv und Archivamt								1		1	1	
102	Statistisches Zentralamt				1				1		2	2	
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):												
	Faak am See											1	
	Hintermoos											1	
	Kitzsteinhorn											2	
	Obertraun											2	
	Schielleiten											2	
	Spitzerberg											11	
	St. Christoph/Arlberg											1	
	Bundessportzentrum Südstadt											3	
	Summe 1075...											23	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:	*											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien									1	1	1	
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz						1				1	1	
	Summe 1090...						1			1	2	2	

FAHRZEUGPLAN 1999

363

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
1091	Veterinärmedizinische Anstalten: *											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling								3	3	3	
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz								1	1	1	
	- Innsbruck								1	1	1	
	- Linz								1	1	1	
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf						2		3	5	5	
	Summe 1091...						2		9	11	11	
	Summe 10...	4	1	5		3	2	3	10	28	51	
11	Inneres:											
1100	Zentraleitung	1		4	1	6		4	6	21	43	
1130	Bundespolizei			17		714	158	22	10	506	1.427	
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									39	39	
1140	Bundesgendarmerie			9		1.637	362	19	19	1.277	3.323	
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)						10			60	70	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:											
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen					3					3	
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau					7			1		8	
	- Vorderbrühl					2					2	
	- Thalham des BM für Inneres					3				1	4	
	Summe 1150...					15			1	1	17	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen									1	1	
	Summe 11...	1		30	1	2.372	530	45	36	1.905	4.920	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:											
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.	1		2		2				1	6	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen: *											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung							2		1	3	
	Bundesschullandheim Mariazell					1				1	1	
	- Raach bei Gloggnitz					1				1	1	
	- Radstadt					1				1	1	
	Summe 1241...					3		2		1	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:											
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang									1	1	
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich									1	1	
	- Oberösterreich					1				1	1	
	- Steiermark					1				1	1	
	- Tirol					1				1	1	
	Summe 1243...					3				2	5	

364

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
1244	Museen:											
	Österreichische Galerie					1				1	1	
	Kunsthistorisches Museum					1		1	1	2	2	
	Museum für Angewandte Kunst					1				1	1	
	Museum für Völkerkunde					1			1	2	2	
	Naturhistorisches Museum					3			1	4	4	
	Österreichisches Museum für moderne Kunst							1		1	1	
	Technisches Museum								1	2	2	
	Summe 1244					6		1	2	4	13	13
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:											
	Österreichische Nationalbibliothek					1				1	1	
	Österreichische Phonotheek					1				1	1	
	Summe 1246					2				2	2	
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1		4	16	16
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen: *											
	Deutschlandsberg								1	1	1	
	Graz/Seebacherstraße								1	1	1	
	Köflach								1	1	1	
	Linz/Peuerbachstraße								1	1	1	
	Schärding								1	1	1	
	Telfs								1	1	1	
	Summe 1270								6	6	6	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:											
	Graz-Liebenau								1	1	1	
	Saalfelden					1			2	3	3	
	Schloß Traunsee/Altmünster					1				1	1	
	Summe 1271					2			3	5	5	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:											
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II								1	1	1	
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):											
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)					1				1	1	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *											
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein								1	1	1	
	- Hallstatt					1				1	1	
	- Kapfenberg							1		1	1	
	- Krens							1		1	1	
	- Linz I							1		2	2	
	- Linz II								1	2	2	
	- Salzburg							1		1	1	
	- Steyr					1		1		2	2	
	- Wolfsberg								1	1	1	
	- und Handelsschule Wien III								1	1	1	
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt											
	Graz-Gösting							1		1	1	
	- Innsbruck								1	1	1	
	- Mödling					1		1		3	3	
	- Rankweil								1	1	1	
	- St. Pölten								1	1	1	
	- Villach								1	1	1	
	- Wien III								1	1	1	

FAHRZEUGPLAN 1999

365

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1280	(Fortsetzung)												
	- Wiener Neustadt							1		1	1		
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum				1					1	1		
	Summe 1280...				4			7	7	6	24		
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*												
	Bundesschule für wirtschaftl. Berufe Türritz									1	1		
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried									1	1		
	Summe 1281...									2	2		
1282	Handelsakademien und Handelsschulen:												
	Braunau									1	1		
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):												
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems				1					1	1		
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung:												
	Graz				1					1	1		
	Innsbruck									1	1		
	Linz				1					1	1		
	Wien				1					1	2		
	Summe 1293...				3					2	5		
	Summe 12...	1		2	2	36		11	9	33	94		
14	Wissenschaft und Forschung:												
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	1		2		1					4		
1420	Universitäten:												
	Montanuniversität Leoben			1		1					2		
	- , Institut für Geophysik									1	1		
	Technische Universität Graz					1					1		
	- , Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie									1	1		
	- , Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen					1					1		
	- , Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie									1	1		
	Technische Universität Wien			1						1	2		
	- , Institut für Fertigungstechnik							1			1		
	- , Institut für Hochbau für Architekten							1			1		
	- , Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik									1	1		
	- , Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen							1			1		
	Universität Klagenfurt					1				1	2		
	- , Universitäts-Sportinstitut					1					1		
	Universität für Bodenkultur					1		1			2		
	- , Botanisches Institut					1					1		
	- , Institut für Bodenforschung und Baugeologie									1	1		
	- , Institut für Forstentomologie und Forstschutz									1	1		
	- , Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit					1					1		
	- , Institut für Forstökologie									1	1		
	- , Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung					1				2	3		
	- , Institut für Pflanzenschutz					1					1		
	- , Institut für Waldbau									1	1		
	- , Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung					1					1		
	- , Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft									1	1		
	- , Lehrforstzentrum					1					1		
	- , Versuchswirtschaft Großenzersdorf					1				6	7		

366

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Anm. Kategorie						Nutzlast				
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
1420	(Fortsetzung)											
	Universität Graz				2				1	3	3	
	-, Universitätsbibliothek				1					1	1	
	-, Institut für Botanik								1	1	1	
	-, Institut für Geologie und Paläontologie								1	1	1	
	-, Universitätssportzentrum								1	1	1	
	-, Zentrale Versuchstieranlage							1		1	1	
	Universität Innsbruck						1		2	3	3	
	-, Universitätsbibliothek				1					1	1	
	-, Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur								1	1	1	
	-, Institut für Anatomie				1					1	1	
	-, Institut für klassische Archäologie								1	1	1	
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	-, Universitäts-Sportinstitut								3	3	3	
	-, Zentrale Versuchstieranlage							1		1	1	
	Universität Linz			1	1					2	2	
	Universität Salzburg			1	1			1		3	3	
	-, Universitätsbibliothek							1		1	1	
	Universität Wien			1	1				2	4	4	
	-, Universitätsbibliothek				1					1	1	
	-, Zentrum für Biomedizin							1		1	1	
	-, Institut für Alte Geschichte								1	1	1	
	-, Institut für Anatomie				1					1	1	
	-, Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfpl							1		1	1	
	-, Institut für Botanik und Botanischer Garten				1				1	2	2	
	-, Institut für Geologie				1					1	1	
	-, Institut für klassische Archäologie								2	2	2	
	-, Institut für Meteorologie und Geophysik								1	1	1	
	-, Institut für Paläontologie								1	1	1	
	-, Institut für Petrologie								1	1	1	
	-, Institut für Pflanzenphysiologie/Koordinationsstelle Ökologie				1					1	1	
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	-, Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg				1					1	1	
	Veterinärmedizinische Universität Wien				2		1		2	5	5	
	-, Lehr- und Forschungsgut Merkenstein								8	8	8	
	Wirtschaftsuniversität Wien				1					1	1	
	Summe 1420 ...			5	30			7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):											
	Montanuniversität Leoben				1					1	1	
	-, Institut für Bildungsförderung und Sport				1					1	1	
	-, Institut für Geophysik								1	1	1	
	-, Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen								1	1	1	
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung								1	1	1	
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik								1	1	1	
	-, Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre								1	1	1	
	-, Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau								1	1	1	
	Universität Klagenfurt				1					1	1	
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau				1				4	5	5	
	-, Institut für Waldbau				1					1	1	
	Universität Graz, Sportinstitut								1	1	1	
	-, Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)								1	1	1	
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft								1	1	1	
	-, Sportinstitut				1					1	1	
	Universität Linz, Sportinstitut								1	1	1	
	Universität Salzburg, Sportinstitut				1					1	1	
	Universität Wien								2	2	2	
	-, I. Chirurgische Universitäts-Klinik				1					1	1	

FAHRZEUGPLAN 1999

367

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
1421	(Fortsetzung)											
	-, Sportinstitut					1				1	2	2
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2				1	3	3
	Summe 1421...					11				18	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten:											
	Geologische Bundesanstalt					2				2	4	4
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien					1					1	1
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen									1	1	1
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik					1				2	3	3
	-, Regionalstelle Salzburg									1	1	1
	-, Regionalstelle Tirol/Vorarlberg									1	1	1
	Summe 1424...					4				7	11	11
1430	Kunsthochschulen:											
	Hochschule für angewandte Kunst Wien							1			1	1
	Hochschule f.künstlerische u.industrielle Gestaltung Linz					1					1	1
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz					1					1	1
	-, Expositur Oberschützen					1					1	1
	Summe 1430...					3		1			4	4
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):											
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien					1					1	1
	Summe 14...	1		7		50		8	6	75	147	147
15	Soziales:											
1500	Zentraleitung	1		3							4	4
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, Niederösterreich und Burgenland					1					1	1
	Oberösterreich					1					1	1
	Steiermark					1					1	1
	Kärnten					1					1	1
	Summe 1570...					4					4	4
1592	Arbeitsinspektion:											
	Arbeitsinspektion Wien				1	3					4	4
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt				1						1	1
	- Graz				1						1	1
	- Klagenfurt				1						1	1
	- Krems				1						1	1
	- Leoben				1						1	1
	- Linz				1						1	1
	- Salzburg				1						1	1
	- St.Pölten				1						1	1
	- Vöcklabruck				1						1	1
	- Wels				1						1	1
	Summe 1592...				11	3					14	14
	Summe 15...	1		3	11	7					22	22

368

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
17	Gesundheit:											
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:											
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien								1	1	1	
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1							1	2	2	
1860	Umweltpolitische Maßnahmen:											
	Burgenland								1	1	1	
	Kärnten								2	2	2	
	Vorarlberg								1	1	1	
	Summe 1860...								4	4	4	
187	Umweltbundesamt:											
	Umweltbundesamt Wien								11	11	11	
	Zweigstelle Klagenfurt								1	1	1	
	- Salzburg								1	1	1	
	Summe 187...								13	13	13	
	Summe 18...	1							18	19	19	
20	Äußeres:											
2000	Zentraleitung	2		4		1				7	7	
201	Vertretungsbehörden:											
	Addis Abeba		1							1	1	
	Abidjan		1							1	1	
	Agram		1							1	1	
	Algier								1	1	1	
	Amman		1							1	1	
	Ankara		1							1	1	
	Athen		1							1	1	
	Bangkok		1							2	2	
	Belgrad		1				1			1	1	
	Berlin		1							1	1	
	Bern		1							1	1	
	Bogota		1							1	1	
	Bonn		1							1	1	
	Brasilia		1							1	1	
	Brüssel		1							1	1	
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union		1			1				2	2	
	Budapest		1							1	1	
	Buenos Aires		1							1	1	
	Bukarest		1							1	1	
	Canberra		1							1	1	
	Caracas		1							1	1	
	Dakar		1							1	1	
	Damaskus		1							1	1	
	Den Haag		1							1	1	
	Dublin		1							1	1	
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen			1						1	1	
	Guatemala		1							2	2	
	Harare		1							1	1	
	Havanna		1							1	1	
	Helsinki		1							1	1	
	Islamabad		1							1	1	

FAHRZEUGPLAN 1999

369

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
201	(Fortsetzung)												
	Jakarta		1			1				2	2		
	Kairo		1							1	1		
	Kiew		1							1	1		
	Kopenhagen		1							1	1		
	Kuala Lumpur		1							1	1		
	Kuwait		1							1	1		
	Lagos		1			1				2	2		
	Laibach		1							1	1		
	Lima		1							1	1		
	Lissabon		1							1	1		
	London		1							1	1		
	Luxemburg		1							1	1		
	Madrid		1							1	1		
	Manila		1							1	1		
	Maskat		1							1	1		
	Mexiko		1							1	1		
	Moskau		1			1				2	2		
	Nairobi		1							1	1		
	New Delhi		1				2			3	3		
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug) - und Österreichisches Generalkonsulat		1							1	1		
	Oslo		1							1	1		
	Ottawa		1							1	1		
	Paris		1							1	1		
	Paris - UNESCO		1							1	1		
	Peking		1			1				2	2		
	Prag		1							1	1		
	Preßburg		1							1	1		
	Pretoria		1							1	1		
	Rabat		1							1	1		
	Riyadh		1							1	1		
	Rom		1							1	1		
	Rom-Vatikan		1							1	1		
	Santiago de Chile		1							1	1		
	Sarajewo								1	1	1		
	Seoul		1							1	1		
	Sofia		1							1	1		
	Stockholm		1							1	1		
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat		1							1	1		
	Teheran		1							1	1		
	Tel Aviv		1							1	1		
	Tirana		1							1	1		
	Tokio		1							1	1		
	Tripolis		1							1	1		
	Tunis		1							1	1		
	Warschau		1							1	1		
	Washington (Mietfahrzeug)		1							1	1		
	Summe 201...		76			3	6		2	87	87		
203	Österreichische Kulturinstitute:												
	Rom					1				1	1		
	Warschau					1				1	1		
	Summe 203...					2				2	2		
	Summe 20...	2	76	4		6	6		2	96	96		
30	Justiz:												
300	Bundesministerium für Justiz		1		2					3	3		
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		1							1	1		

370

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg				
		Anm.	III	II	Ia								I
302	Justizbehörden in den Ländern: *												
	4 Gerichtshöfe II. Instanz			4	1				6	11	11		
	21 Gerichtshöfe I. Instanz			14						14	14		
	Summe 302...			18	1				6	25	25		
303	Justizanstalten: *												
	Justizanstalt Eisenstadt				1					1	1		
	- Feldkirch				2					2	2		
	- Garsten				2		1		3	6	6		
	- Göllersdorf				2					2	2		
	- Graz-Jakomini				3		1			4	4		
	- Graz-Karlau				3		1		3	7	7		
	- Hirtenberg				3		1		6	10	10		
	- Innsbruck				4		1		2	7	7		
	- Klagenfurt				3		1		4	8	8		
	- Korneuburg				2					2	2		
	- Krems				1					1	1		
	- Leoben				2					2	2		
	- Linz				3		3		1	7	7		
	- Ried				1					1	1		
	- Salzburg				2					2	2		
	- St. Pölten				2					2	2		
	- Schwarzau				2		1		3	6	6		
	- Sonnberg				2		1		2	5	5		
	- Stein				4		3		1	8	8		
	- Steyr				1					1	1		
	- Suben				2		1			3	3		
	- Wels				1					1	1		
	- Wien-Favoriten				1					1	1		
	- Wien-Josefstadt				7		1		4	12	12		
	- Wien-Mittersteig				2					2	2		
	- Wien-Simmering				3		1			4	4		
	- Wiener Neustadt				1					1	1		
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf				3		1		1	5	5		
	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg				1					1	1		
	Summe 303...				66		18		30	114	114		
	Summe 30...	2		20		67		18	36	143	143		
40	Militärische Angelegenheiten:												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1		14		2				17	17		
401	Heer und Heeresverwaltung												
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut				1					1	1		
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)						6		23	29	29		
	Summe 40...	1		14	1	2		6	23	47	47		
50	Finanzverwaltung:												
5000	Zentralleitung	2		3		1		1		7	7		
5040	Dienststellen: *												
	Zollwachegeneralinspektorat					32		1	1	150	184		
	Finanzlandesdirektion für Kärnten			1		5				6	8		
	- Oberösterreich			1		13		1		17	18		
	- Salzburg			1		10		1	6	18	16		
	- Steiermark			1		13		1		15	15		
	- Tirol			1		7				8	8		

FAHRZEUGPLAN 1999

371

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Anm. Kategorie						Nutzlast				
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
5040	(Fortsetzung)											
	- Vorarlberg			1		4			1		6	6
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland			1	4	26		3	1	7	42	43
	Summe 5040 ...			7	4	110		7	3	165	296	298
5070	Bundespensionsamt					1					1	
5071	Finanzprokuratur			1							1	1
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1					1	1
	Summe 50 ...	2		11	4	113		7	4	165	306	307
60	Land- und Forstwirtschaft:											
6000	Zentraleitung	1		4		2				2	9	9
6007	Qualitätskontrolle:											
	Graz					2					2	2
	Innsbruck					1					1	1
	Klosterneuburg					6					6	6
	Linz					2					2	2
	Summe 6007 ...					11					11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:											
	Bundesseminar für das land- und forst- wirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit					1					1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels					1				5	6	6
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	- Ursprung/Elixhausen									3	3	3
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmerg					1				1	2	2
	- Kematen					1				1	2	2
	- Kematen (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	- Pitzelstätten					1				1	2	2
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	- Sitzenberg					1				1	2	2
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien					2				2	4	4
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg					1			1	5	7	7
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)									1	1	1
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum					2				2	4	4
	- Francisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)									2	2	2
	- St. Florian					2				2	2	2
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)									2	2	2
	Summe 6050 ...					13			1	31	45	45
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz					6		3	1	3	13	13
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft					14		5	7	17	43	43
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt					4					4	4
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein							1	1	12	14	14
	Summe 6051 ...					24		9	9	32	74	74

372

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:											
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs					1			1	2	2	
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur - Gainfarn					3			2 1	2 4	2 4	
	Summe 6052					4			4	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			1		5		1	17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:											
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz					1		1		2	2	
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing					2				2	2	
	Summe 6055					3		1		4	4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:											
	Bundesamt für Wasserwirtschaft					3		1	6	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	*				3			1	8	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:	*										
	Ort/Gmunden					1			4	5	5	
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)								2	2	2	
	Ossiach					1		1	5	7	7	
	Ossiach (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Summe 6072					2		1	12	15	15	
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:											
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach			1		8		3	18	30	30	
	-, Sektion Oberösterreich/Linz			1		8		3	4	3	19	
	-, Sektion Salzburg/Salzburg			1		9		2	6	13	31	
	-, Sektion Steiermark/Graz			1		8		4	4	6	23	
	-, Sektion Tirol/Innsbruck			1		14		5	4	21	45	
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz			1		4			1	13	19	
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien			1		5		1	2	3	12	
	Summe 6080			7		56		18	21	77	179	
6091	Bundeskellereinspektion					32				32	32	
6093	Bundesgärten:	*										
	Innsbruck							2	2	4	4	
	Wien-Schönbrunn					2		5	4	8	19	
	Summe 6093					2		7	4	10	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	*				1	1			8	10	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:	*										
	Bruck/Mur								1	1	1	
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Lahnhuber								1	1	1	
	Merkenstein								2	2	2	
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Kollerhuber								2	2	2	
	Kollerhuber (Leihfahrzeuge)								1	1	1	

FAHRZEUGPLAN 1999

373

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
6096	(Fortsetzung)												
	Ulmerfeld									2	2		
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)									1	1		
	Summe 6096 ...									12	12		
	Summe 60...	1		12		161	1	38	36	219	468		
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:												
6300	Zentraleitung	1		5		1					7		
6320	Österreichisches Patentamt			1		1					2		
633	Bergbehörden:												
	Berghauptmannschaft Innsbruck					1					1		
	- Salzburg					2					2		
	- Wien			1		1					2		
	Summe 633 ...			1		4					5		
	Summe 63 ...	1		7		4	2				14		
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienverwaltung							1			1		
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben): *												
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland					2		43	24	16	85		
	- Kärnten					75		91	31	49	246		
	- Niederösterreich					76		166	74	59	375		
	- Oberösterreich					3		100	54	58	215		
	- Salzburg					7		40	20	28	95		
	- Steiermark					38		149	90	45	322		
	- Tirol					14		66	75	45	200		
	- Vorarlberg					2		9	13	6	30		
	- Wien					4		6	4	1	15		
	Summe 6422 ...					221		670	385	307	1.583		
6440	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion			2							2		
	Wasserstraßenverwaltung West					2					2		
	- Ost					2					2		
	- Mitte					2					2		
	Summe 6440 ...			2		6					8		
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):												
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz				2	3		1	3	1	10		
	- Innsbruck				2	2			4	1	9		
	- Klagenfurt				1	3	1	2	2		9		
	- Linz				1	3		2	5		11		
	- Salzburg				1	3	1	2	6		13		
	Burghauptmannschaft Wien									1	1		
	Summe 6450 ...			1	6	14	2	7	20	3	53		
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):												
	Bundesbaudirektion Wien			1	1	18		3	6	4	33		

374

FAHRZEUGPLAN 1999

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1999	Summe 1998
		Kategorie						über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:											
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen			1						1	1	
	Abteilung F 2			1	4		2	2	10	19	19	
	Abteilung V 1				5				12	17	17	
	Abteilung V 3				1				3	4	4	
	Abteilung M 4				2					2	2	
	Gruppe A				4					4	4	
	Eich- und Vermessungsämter:											
	Burgenland				2		1		1	4	4	
	Kärnten				1		1		4	6	6	
	Niederösterreich				10		2		3	15	15	
	Oberösterreich				8		2		7	17	17	
	Salzburg						1		5	6	6	
	Steiermark				6		1		4	11	11	
	Tirol / Vorarlberg				6		2		4	12	12	
	Wien				1				6	7	7	
	Summe 6490...			2	50		12	2	59	125	125	
	Summe 64...			6	7	309	2	693	413	373	1.803	
65	Verkehr und Telekom:											
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			2						2	2	
6501	Schiffahrtspolizei				1					1	1	
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten				8				38	46	46	
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge				1		3		2	6	6	
	Summe 65...			2	10		3		40	55	55	
71	Bundestheater			3				4	9	16	16	

FAHRZEUGPLAN 1999

375

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1999	Summe 1998
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Anm.	D-F	C	B		A	b		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:									
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):									
	Spitzerberg								25	
11	Inneres:									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:									
	Graz				1	3		4	4	
	Hohenems					1		1	1	
	Innsbruck					1		1	1	
	Klagenfurt				1	3		4	4	
	Lienz					1		1	1	
	Linz				1	3		4	4	
	Salzburg					2		2	2	
	Wien				1	5		6	6	
	Technischer Umlauf (Reserve)					5		5	5	
	Summe 11...				4	24		28	28	
64	Bauten und Technik:									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens			1	1			2	2	

376

FAHRZEUGPLAN 1999

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1999	Summe 1998
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports): Obertraun							2
11	Inneres:							
1100	Zentraleitung					3	3	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten:							
	Universität Wien, Institut für Zoologie					1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft					1	1	1
	Summe 1420...					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung): Universität Wien, Institut für Zoologie			1			1	1
	Summe 14...			1		2	3	3
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen: Zollwachegeneralinspektorat					5	2	7
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten: Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach					1	1	1

FAHRZEUGPLAN 1999

377

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1999	Summe 1998
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord- Motorboote	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst: Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld./Wien -, Sektion Oberösterreich/Linz						1 1	1 1
	Summe 6080...					2	2	2
	Summe 60...			3	2	10	15	15
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion: Donau - March - Thaya - Zugschiffe unter 200 PS - Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe						3 2 1	3 2 1
	Summe 64...		3			3	6	6
65	Verkehr und Telekom:							
6501	Schiffahrtspolizei - Schleppschiffe			2		16	18 16	18 16
	Summe 65...		16	2		16	34	34

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

- Kap.
Tit.
bzw.
Par. Anmerkung
- 01 Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
- 021 Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
022 Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion.
024 Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke.
- 1000 Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
1090 Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
- 1091 In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren enthalten, die für die Bundesanstalten für Tierseuchenbekämpfung Mödling (1) und für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Metzendorf (1) vorgesehen sind. Von den 3 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Metzendorf wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
- 1130 In den ausgewiesenen 506 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten.
1151 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
- 1241 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist.
1270 Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1280 In den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 6 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 4 Traktoren enthalten, die für die HTBLA Linz II (1), HTBLA Wolfsberg (1), HTBLVA Mödling (1) und die HTBLVA Villach (1) vorgesehen sind.
- 1281 Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1282 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
- 1420 Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 50 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 22 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (3), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7), für die Universität Klagenfurt (1) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind.
- 302 Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen.
- 303 Bei den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 24 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarza(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(1) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg.
- 401 Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGGl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen.
- 5040 Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralsinspektorates.
5071 Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt.
- 6000 Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
6050 In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 26 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (5) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind.
6051 In den ausgewiesenen 32 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 27 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14), für das Bundesamt für Agrarbiologie in Linz (3) sowie für die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (10) vorgesehen sind.
6059 In den ausgewiesenen 8 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten.
6072 In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind.
6093 In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
6094 In den ausgewiesenen 8 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten.

IV. Anmerkungen

Kap.
Tit.
bzw.
Par. A n m e r k u n g

- 6096 In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhuber (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.
- 6422 Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.
- 71 Die im Plan enthaltenen 9 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 8 Sonderlastkraftwagen und 1 Kleinbus zusammen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge
(entfällt)

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 1100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage V zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999

Plan
für Datenverarbeitungsanlagen
für das Jahr 1999



Wien 1998
Österreichische Staatsdruckerei

II

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN FÜR DAS JAHR 1999

Inhaltsverzeichnis

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	381
II. Abschnitt: Anlagenplan	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	383
III. Abschnitt: Anlagenplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	387
IV. Abschnitt: Anmerkungen und Erläuterungen	
1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	395
2. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	(1)

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****1. Voraussetzungen für die Aufnahme von Datenverarbeitungsanlagen in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen:**

(1) In den Plan für Datenverarbeitungsanlagen sind

- a) bundeseigene,
- b) angemietete und die dem Bund unentgeltlich zur Benützung überlassenen Datenverarbeitungsanlagen aufzunehmen.

(2) Vom Bund gekaufte, aber noch unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers stehende Datenverarbeitungsanlagen, gelten als bundeseigene.

(3) Eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des Planes für Datenverarbeitungsanlagen ist ein programmierbares System von auf elektronischem Wege kommunizierenden Maschinen, das unabhängig von anderen Systemen Daten verarbeiten kann und dessen Wert gemäß Abs. 6 300 000 Schilling übersteigt.

(4) Elektronische Systeme, die ausschließlich der Datenerfassung oder der Steuerung bestimmter technischer Einrichtungen dienen, wie zB Netzknoten, Hausleitsysteme und Bestandteile von Fahrzeugen, Maschinen, maschinellen Anlagen, Geräten u.ä., zählen nicht zu den Datenverarbeitungsanlagen im Sinne des Abs. 3.

(5) Besteht ein Datenverarbeitungssystem aus mehreren lediglich im Wege der Datenfernverarbeitung zusammengeschlossenen Datenverarbeitungsanlagen, sind die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen auf jede dieser Anlagen gesondert anzuwenden.

(6) Maßgeblicher Wert im Sinne des Abs. 3 ist jener Kaufpreis einschließlich Umsatzsteuer, der ohne Abzug allfälliger Sonderkonditionen vom Bund zum Zeitpunkt des Kaufes aufzuwenden ist, oder der bei Miete oder unentgeltlicher Überlassung zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen aufzuwenden wäre, um die Datenverarbeitungsanlage neu zu erwerben.

Sollte die Bestimmung des Kaufpreises nicht möglich sein, so ist an dessen Stelle der Kaufpreis für ein ähnlich leistungsfähiges System als maßgeblicher Wert heranzuziehen.

2. Typengliederung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Die im Plan für Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Datenverarbeitungsanlagen werden nach folgenden Typen untergliedert:

1. Type A (Kleinanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen.
2. Type B (Mittelanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Erfordernisse zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 50 000 Zeichen,
 - b) mindestens zwei Magnetbandstationen oder eine Magnetplatteneinheit,
 - c) mindestens ein Schnelldrucker (ab 400 Zeilen pro Minute).Magnetbandkassettengeräte gelten nicht als Magnetbandstationen und Diskettenlaufwerke nicht als Magnetplatteneinheiten.
3. Type C (Großanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die die Erfordernisse der Type D nicht erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 250 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens eine Milliarde Zeichen im direkten Zugriff.
4. Type D (Sonderanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, auf die die folgenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) mindestens zwei Zentraleinheiten mit Hauptspeicherkapazitäten über 500 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens drei Milliarden Zeichen im direkten Zugriff.

3. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Jedes Organ des Bundes darf Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen nur tätigen, wenn diese Datenverarbeitungsanlagen im Anlagenplan enthalten sind.

(2) Anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. a dürfen die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. b der gleichen Type und umgekehrt getätigt werden.

(3) Weiters dürfen anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage einer kleineren Type getätigt werden.

382

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****4. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen über den im Plan für Datenverarbeitungsanlagen festgesetzten Stand:**

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1997 ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mehrbedarf bezüglich einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler den Ausgaben für Anschaffung und Betrieb einer bisher nicht im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

- a) Die anfallenden Arbeiten können auf einer im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage des gleichen oder auch eines anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;
- b) seitens des die Aufnahme beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung sichergestellt.

(2) Bei Erteilung der Zustimmung im Sinne des Abs. 1 ist die Datenverarbeitungsanlage einer der in P. 2 Abs. 1 Z 1 bis 4 ausgewiesenen Typen zuzuordnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat gemäß § 28 (4) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, über die gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen gemeinsam mit dem Bericht gemäß P. 3 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Teiles des Fahrzeugplanes dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

5. Zuständigkeit des Bundeskanzlers:

Die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen nicht berührt.

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

383

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
01	Präsidentenkanzlei						1				1	1
02	Bundesgesetzgebung:											
024	Parlamentsdirektion		1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1
05	Volksanwaltschaft		1								1	2
06	Rechnungshof				1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000	Zentralleitung				3		11		1		15	15
1001	Verwaltungsakademie						4				4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt				1						1	1
102	Statistisches Zentralamt		1					1			2	2
1081	Strahlenschutz				1						1	1
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten		1		5						6	6
1091	Veterinärmedizinische Anstalten				4						4	4
	Summe 10...		2		14		15	1	1		33	33
11	Inneres:											
1100	Zentralleitung		1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:											
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		2				2				4	4
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek					1					1	1
1247	Bundesdenkmalamt						1				1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden				10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten		1		84						85	85
	Summe 12...		3		94	1	3				101	101
14	Wissenschaft und Forschung:											
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft						1	5			6	6
1420	Universitäten		84	1	442	26	439	36	63	22	1.113	1.113

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
 (Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
1424	Wissenschaftliche Anstalten	22	2	51	14	89	89
1430	Kunsthochschulen	29	10	39	39
	Summe 14...	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.247
15	Soziales:										
1500	Zentralleitung	4	7	11	11
1570	Bundessozialämter	7	7	7
	Summe 15...	4	14	18	18
17	Gesundheit:										
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	3	9	12	12
18	Umwelt:										
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1	1	1
187	Umweltbundesamt	1	1	2	2
	Summe 18...	1	1	1	3	3
20	Äußeres:										
2000	Zentralleitung	14	14	14
201	Vertretungsbehörden	73	34	107	103
203	Österreichische Kulturinstitute	11	11	11
	Summe 20...	84	48	132	128
30	Justiz:										
300	Bundesministerium für Justiz	1	1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	2	2	2
302	Justizbehörden in den Ländern	4	1	5	5
303	Justizanstalten	2	2	2
	Summe 30...	9	1	10	10
40	Militärische Angelegenheiten:										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	7	32	39	39
401	Heer und Heeresverwaltung	34	212	12	3	261	323
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	1	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnll. Einrichtung)	1	1	1
	Summe 40...	42	245	12	3	302	364

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

385

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentraleitung	1		1	2		1		1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.			8		5		2		15	15
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			3					1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2		2						4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft			2						2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen			1						1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	1		1		2				4	4
6059	Bundesanstalt für Landtechnik			1						1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst			7						7	7
6093	Bundesgärten	1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	1								1	1
	Summe 60...	6		26	2	7	1	2	2	46	46
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300	Zentraleitung			8		1				9	9
6320	Österreichisches Patentamt				1					1	1
	Summe 63...			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik:										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)					4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)					7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	1								1	1
	Summe 64...	1				11		2		14	14
65	Verkehr und Telekom:										
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			4		11		3		18	16
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					12				12	12
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)					1				1	1
	Summe 65...			4		24		3		31	29
71	Bundestheater	1		1				1		3	3

386

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

II.1 Zusammenfassung der Datenverarbeitungsanlagen nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm. bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
0	Oberste Organe										
01	Präsidentschaftskanzlei					1				1	1
02	Bundesgesetzgebung	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1
05	Volksanwaltschaft	1								1	2
06	Rechnungshof			1						1	1
	Gruppe 0 ...	4		1		1		1		7	8
1	Innenverwaltung										
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	2		14		15	1	1		33	33
11	Inneres	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3		94	1	3				101	101
14	Wissenschaft und Forschung	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.247
15	Soziales			4		14				18	18
17	Gesundheit	3		9						12	12
18	Umwelt	1				1		1		3	3
	Gruppe 1 ...	116	1	565	27	555	42	90	22	1.418	1.418
20	Äußeres	84		48						132	128
30	Justiz	9		1						10	10
40	Militärische Angelegenheiten	42		245		12		3		302	364
6	Wirtschaft										
60	Land- und Forstwirtschaft	6		26	2	7	1	2	2	46	46
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik	1				11		2		14	14
65	Verkehr und Telekom			4		24		3		31	29
	Gruppe 6 ...	7		38	3	43	1	7	2	101	99
	Gruppe 0 bis 6 ...	262	1	898	30	611	43	101	24	1.970	2.027
7	Bundesbetriebe										
71	Bundestheater	1		1				1		3	3
	Gruppe 7 ...	1		1				1		3	3
	Gesamtanzahl ...	263	1	899	30	611	43	102	24	1.973	2.030

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

387

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene Anm.	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
01	Präsidentschaftskanzlei: Textverarbeitungsanlagen					1				1	1
02	Bundesgesetzgebung:										
024	Parlamentdirektion	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlage und Judikaturdokumentation	1								1	1
05	Volksanwaltschaft: Textverarbeitungsanlagen	1								1	2
06	Rechnungshof: Textverarbeitungsanlagen			1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:										
1000	Zentraleitung			3		11		1		15	15
1001	Verwaltungsakademie: Anlagen für das Ausschreibungsgesetz (Durchführung von Tests)					4				4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt			1						1	1
102	Statistisches Zentralamt	1						1		2	2
1081	Strahlenschutz: Anlage für die Durchführung von Strahlenschutz-Modellrechnungen			1						1	1
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:										
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien (Prozeßrechner)			1						1	1
	- Wien (Datenverarbeitung)			1						1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung - Linz	1		1						2	2
	- Graz			1						1	1
	- Innsbruck			1						1	1
	Summe 1090...	1		5						6	6
1091	Veterinärmedizinische Anstalten:										
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling ..			1						1	1
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Innsbruck			1						1	1

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
 (Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
1091	(Fortsetzung)										
	- Linz			1						1	1
	- Graz			1						1	1
	Summe 1091...			4						4	4
	Summe 10...	2		14		15	1	1		33	33
11	Inneres:										
1100	Zentraleitung:										
	Zentraleitung:										
	EDV-Zentrale					2		1		3	3
	Abt. II/11	1								1	1
	Summe 11...	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:										
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:										
	Präsidium (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Sektion III (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Österr. Schulrechenzentrum					1				1	1
	Lehrerpersonalgruppe, Concordiaplatz					1				1	1
	Summe 120...	2				2				4	4
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:										
	Rechenanlage des wissenschaftl. Bibliothekswesens				1					1	1
1247	Bundesdenkmalamt					1				1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden:										
	Landesschulrat für Burgenland			1						1	1
	- Kärnten			1						1	1
	- Niederösterreich			1						1	1
	- Oberösterreich			1						1	1
	- Salzburg			1						1	1
	- Steiermark			1						1	1
	- Tirol			1						1	1
	- Vorarlberg			1						1	1
	Stadtschulrat für Wien			2						2	2
	Summe 1260...			10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:										
	Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt ... - Pinkafeld			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt I			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt II			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach			1						1	1
	Höhere technische Lehranstalt Ferlach			2						2	2
	- Wolfsberg			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Krems			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt			3						3	3
	- St. Pölten			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn			2						2	2
				1						1	1

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

389

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
1280	(Fortsetzung)										
	- Waidhofen/Ybbs			2						2	2
	Bundesfachschule Karlstein/Thaya			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I			1						1	1
	- Linz II			1						1	1
	- Braunau/Inn			2						2	2
	- Wels	1		1						2	2
	- Vöcklabruck			2						2	2
	- Leonding			2						2	2
	- Steyr			1						1	1
	- Hallstatt			1						1	1
	- Hallein			2						2	2
	- Saalfelden			2						2	2
	- Salzburg			3						3	3
	- Graz-Ortweingasse			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg			2						2	2
	- Weiz			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1			3						3	3
	- Innsbruck 2			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpmes			2						2	2
	- Jenbach			1						1	1
	- Imst			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz			2						2	2
	- Dornbirn			1						1	1
	- Rankweil			3						3	3
	- Wien I			2						2	2
	- Wien III			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien III (Ungargasse)			2						2	2
	- Wien IV			2						2	2
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X			3						3	3
	Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV			1						1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII			1						1	1
	Technologisches Gewerbemuseum Wien XX			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII			4						4	4
	Summe 1280...	1		84						85	85
	Summe 12...	3		94	1	3				101	101
14	Wissenschaft und Forschung:										
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft:										
	Ressort- und Hochschulverwaltung					1	5			6	6
1420	Universitäten:										
	Technische Universität Graz			96	25	77	25		6	229	229
	Universität Graz	8		15	1	58	9	6	10	107	107
	- Innsbruck					146	1	1	5	153	153
	- Klagenfurt					1		5		6	6
	- Linz	11		12		9		2	1	35	35
	- Salzburg			2		15		4		21	21
	Technische Universität Wien	39		177		90		37		343	343
	Universität für Bodenkultur Wien	10		12		17		2		41	41
	Universität Wien			112		7		5		124	124
	Veterinärmedizinische Universität Wien	3								3	3

390

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
1420	(Fortsetzung)										
	Wirtschaftsuniversität Wien	13	1	16			1			31	31
	Montan-Universität Leoben					19		1		20	20
	Summe 1420...	84	1	442	26	439	36	63	22	1.113	1.113
1424	Wissenschaftliche Anstalten:										
	Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	16				51		12		79	79
	Geologische Bundesanstalt	6		2				2		10	10
	Summe 1424...	22		2		51		14		89	89
1430	Kunsthochschulen:										
	Akademie der bildenden Künste Wien					1		2		3	3
	Hochschule für angewandte Kunst					5				5	5
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien ..					7				7	7
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst 'Mozarteum' Salzburg					5		1		6	6
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz ..					4		2		6	6
	Hochschule für künstl. und industr. Gestaltung Linz					7		5		12	12
	Summe 1430...					29		10		39	39
	Summe 14...	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.247
15	Soziales:										
1500	Zentraleitung:										
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Sozialversicherung					1				1	1
	Büroautomationssysteme					3				3	3
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Arbeitsinspektion					1				1	1
	Rechenanlagen für Verwaltung, Dokumentation und Datenbankanwendungen für den Gesundheitsbereich ..			4		2				6	6
	Summe 1500...			4		7				11	11
1570	Bundessozialämter:										
	Wien, NÖ u. Bgld					1				1	1
	Oberösterreich					1				1	1
	Salzburg					1				1	1
	Steiermark					1				1	1
	Kärnten					1				1	1
	Tirol					1				1	1
	Vorarlberg					1				1	1
	Summe 1570...					7				7	7
	Summe 15...			4		14				18	18
17	Gesundheit:										
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:										
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien			1						1	1
	- Linz	1		1						2	2
	- Salzburg			1						1	1
	- Graz			2						2	2
	- Klagenfurt	1								1	1

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

391

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
1792	(Fortsetzung)										
	- Innsbruck	1		1						2	2
	Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen			1						1	1
	Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt und Bundesstaatliches Serumprüfungsinstitut			1						1	1
	Bundesstaatliche Anstalt für experimentell - pharmakologische und balneologische Untersuchungen			1						1	1
	Summe 17...	3		9						12	12
18	Umwelt:										
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ..							1		1	1
187	Umweltbundesamt	1				1				2	2
	Summe 18...	1				1		1		3	3
20	Äußeres:										
2000	Zentralleitung			14						14	14
201	Vertretungsbehörden	73		34						107	103
203	Österreichische Kulturinstitute	11								11	11
	Summe 20...	84		48						132	128
30	Justiz:										
300	Bundesministerium für Justiz:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
	Datenverarbeitungsanlage für Entscheidungsdokumentation	1								1	1
	Summe 301...	2								2	2
302	Justizbehörden in den Ländern:										
	Landesgericht für Strafsachen Wien und Staatsanwaltschaft Wien	1		1						2	2
	Arbeits- und Sozialgericht Wien	1								1	1
	Handelsgericht Wien	1								1	1
	Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien	1								1	1
	Summe 302...	4		1						5	5
303	Justizanstalten:										
	Justizanstalt Wien-Josefstadt	1								1	1
	Justizanstalt Göllersdorf	1								1	1
	Summe 303...	2								2	2
	Summe 30...	9		1						10	10

392

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
40	Militärische Angelegenheiten:										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	7		32						39	39
401	Heer und Heeresverwaltung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	34		212		12		3		261	323
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:										
	Dokumentations-, Büro- und Personalinformationssystem			1						1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung):										
	Anlage für forstwirtschaftliche Zwecke	1								1	1
	Summe 40...	42		245		12		3		302	364
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentraleitung:										
	Text- und Informationssysteme				2		1		1	4	4
	Anlage für hydrographisches Zentralbüro	1		1						2	2
	Summe 6000...	1		1	2		1		1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:										
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz			1						1	1
	Bundesamt u. Forschungszentrum für Landwirtschaft Bundesanstalt für - Alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein			6		4		2		12	12
	Bundesamt für Weinbau			1		1				1	1
	Summe 6051...			8		5		2		15	15
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			3					1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2		2						4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:										
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft - Milchwirtschaft			1						1	1
	Summe 6055...			2						2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen			1						1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	1		1		2				4	4
6059	Bundesanstalt für Landtechnik			1						1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:										
	Forsttechnische Abteilung für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld. ...			1						1	1
	- , Sektion Oberösterreich			1						1	1
	- , Sektion Salzburg			1						1	1
	- , Sektion Steiermark			1						1	1

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1999

393

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
6080	(Fortsetzung)										
	- , Sektion Kärnten			1						1	1
	- , Sektion Tirol			1						1	1
	- , Sektion Vorarlberg			1						1	1
	Summe 6080....			7						7	7
6093	Bundesgärten:										
	Bundesgärten Wien, Verwaltung	1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:										
	Bundesgestüt Piber	1								1	1
	Summe 60....	6		26	2	7	1	2	2	46	46
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300	Zentraleitung:										
	Graphische Datenverarbeitungssysteme			2						2	2
	DDP-Rechner			6						6	6
	Graphisches Mehrplatzsystem					1				1	1
	Summe 6300....			8		1				9	9
6320	Österreichisches Patentamt:										
	Patent- und Markenverwaltung				1					1	1
	Summe 63....			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik:										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)					4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)					7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
	Summe 64....	1				11		2		14	14
65	Verkehr und Telekom:										
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			4		11		3		18	16
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					12				12	12
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):										
	Bundesverkehrswegeplan und Verkehrsdatenbank					1				1	1
	Summe 65....			4		24		3		31	29
71	Bundestheater:										
	Generalsekretariat des Österreichischen Bundestheaterverbandes, Versand- u. Adresswesen	1								1	1

394

P L A N F Ü R D A T E N V E R A R B E I T U N G S A N L A G E N 1 9 9 9

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1999	Summe 1998
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene		
71	(Fortsetzung)										
	Kartenvertrieb der Bundestheater				1					1	1
	Personalverwaltung der Bundestheater								1	1	1
	Summe 71...		1		1				1	3	3

IV. Anmerkungen

**1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(entfällt)**

(1) PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

IV.2 Erläuterungen
zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen

Die der Veranschlagung zugrunde gelegte Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen in den Jahren 1972 bis 1978 erstellten Systemisierungsplänen der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes zeigt die folgende Übersicht:

	Type der Anlagen						Datenver- arbeitungs- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	Summe
1972	8	-	8	8	2	15	41
1973	18	1	10	8	4	19	60
1974	23	-	12	7	4	21	67
1975	26	6	12	9	4	19	76
1976	39	6	13	12	4	20	94
1977	31	16	26	12	4	17	106
1978	47	21	33	14	7	15	137

Durch die technische Entwicklung wurde eine Neugestaltung des Systemisierungsplanes ab dem BVA 1979 notwendig, die neben der Schaffung der Type D (Sonderanlagen) zum Teil eine geänderte Zuordnung von Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen erforderte. Darüber hinaus sind Kleinanlagen, deren Wert gem. P. 1 Abs. 3 des I. Abschnittes: Allgemeiner Teil unter 300 000 S liegt, nicht mehr aufnahmepflichtig. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 1979 eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den in den Jahren 1972 bis 1978 der Systemisierung zugrunde gelegten Datenverarbeitungsanlagen.

Die teilweise unterschiedliche Systemisierung der Anlagen in den Jahren 1978 bzw. 1979 kann aus der Übersicht auf den Seiten IX-XI des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1979 ersehen werden.

	Type der Anlagen								Datenver- arbeitungs- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	Summe
1979	45	30	38	11	6	8	1	3	142
1980	60	22	55	9	6	8	3	2	165
1981	71	62	63	10	6	7	5	2	226
1982	91	52	90	12	8	8	5	2	268
1983	90	58	95	10	14	7	6	2	282
1984	125	54	113	6	18	6	6	2	330
1985	176	33	117	7	20	6	8	2	369
1986	205	32	127	4	22	8	5	2	405
1987	243	32	149	9	26	7	6	3	475
1988	287	20	157	7	44	6	6	3	530
1989	308	15	189	8	54	6	5	3	588
1990	322	14	228	7	89	8	5	3	676
1991	346	13	246	7	97	7	5	5	726
1992	375	15	307	44	97	20	16	8	882
1993	447	11	684	45	181	21	37	9	1435
1994	505	8	849	44	277	47	49	12	1791
1995	497	5	1143	32	322	60	58	17	2134
1996	524	5	1220	30	515	55	77	16	2442
1997	426	2	1187	30	454	55	71	16	2241
1998	302	1	919	30	609	43	102	24	2030
1999	263	1	899	30	611	43	102	24	1973

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1999

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



Wien 1998

Österreichische Staatsdruckerei

Inhalt

I. TEIL

Seite

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 1999 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebahrungsziffern der Jahre 1998 und 1997:

Gesamtgebahrung und Aufgabenstellung	7
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 71	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung	12
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof	15
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof	16
Kapitel 05: Volksanwaltschaft	17
Kapitel 06: Rechnungshof	18
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen	19
Kapitel 11: Inneres	29
Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	38
Kapitel 13: Kunst	60
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung	64
Kapitel 15: Soziales	78
Kapitel 16: Sozialversicherung	95
Statistische Daten zur Pensionsversicherung	103
Kapitel 17: Gesundheit	115
Kapitel 18: Umwelt	122
Kapitel 19: Jugend und Familie	125
Kapitel 20: Äußeres	132
Kapitel 30: Justiz	136
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten	142
Kapitel 50: Finanzverwaltung	148
Kapitel 51: Kassenverwaltung	163
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.)	168
Titel 2/529 Ab Überweisungen II (Transferzahlungen zwischen EU und Österreich) ...	186
Übersicht über die im Budget 1999 veranschlagten Ertragsanteile	190
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes	191
Kapitel 53: Finanzausgleich	196
Kapitel 54: Bundesvermögen	202
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines)	217
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien	220
Kapitel 56: Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	221
Kapitel 58: Finanzschuld, Währungstauschverträge	222
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines)	225
Agrarische Strukturförderung (Titel 602)	234
Marktordnungsmaßnahmen (Titel 603)	235
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	249
Kapitel 64: Bauten und Technik	253
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG	260
Kapitel 65: Verkehr und Telekom	263
Kapitel 71: Bundestheater	270

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1999:**

Inlandswirksame Gebarung (1997 bis 1999).....	273
Gebarungsunterschiede (1999 gegenüber 1998)	278
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1999.....	282
Erfolgswirksame/Bestandswirksame Gebarung	283
Personalstand und Personalausgaben	284
Starrheit des Bundeshaushaltes (1998 und 1999).....	288
Investitionen und Investitionsförderung (1997 bis 1999).....	288
Bereinigte Budgetgebarung (1997 bis 1999).....	293
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes.....	295
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes	297

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (1990 bis 1999).....	300
Nettoausgaben (1989 bis 1996)	301
Volkswirtschaftliche Steuerquote (1990 bis 1999).....	302
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.....	303
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954– bis 1996	304
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1990 bis 1999).....	305
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1990 bis 1999)	306
Öffentliches Sparen und öffentliche Vermögensrechnung (1990 bis 1999)	308
Brutto-Anlageinvestitionen (1990 bis 1999).....	309
Öffentliches Sparen (1989 bis 1996).....	309
Öffentliche Verschuldung (1990 bis 1998).....	310

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1997.....	311
Voranschlag 1998.....	332
Budgetvorschauen bzw. -prognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht.....	333

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz	337
Budgetbericht und Budgetprogramm	337
Bundesrechnungsabschluß.....	337
Vorschriften für die Haushaltsführung	337

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung	339
Gliederung des Bundesvoranschlages	340
Schema des dekadisch nummerierten Ansatzplanes.....	341
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen).....	342
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche).....	344
Kontenplan für die Bundesverwaltung.....	348
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	349
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)	353
Mehrjährige Vorhaben	354
Zweckgebundene Einnahmen	354
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe	354
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr).....	355

A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1999 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebahrungsziffern der Jahre 1998 und 1997

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 1999 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 1999 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlußziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1998 bzw. dem vorläufigen Erfolg 1997 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1999	Bundesvoranschlag 1998	vorl. Erfolg 1997
in Millionen Schilling			
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben	767 656	754 110	832 637
Einnahmen.....	697 510	686 800	765 418
Abgang ...	70 146	67 310	67 219
Ausgleichshaushalt:			
Ausgaben	254 077	232 021	167 334
Einnahmen.....	324 224	299 331	234 553
Überschuß ...	70 146	67 310	67 219
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S.....	2 735,4 ¹⁾	2 580,8 ²⁾	2 516,9 ¹⁾
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	2,6	2,6	2,7

RUNDUNGSDIFFERENZEN

¹⁾ Prognose des WIFO vom Dezember 1997 unter Berücksichtigung der Revision zu Beginn des Jahres 1998.

²⁾ Prognose des WIFO zum Zeitpunkt der Budgeterstellung.

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die Bundesregierung hat sich Anfang 1996 mit der Erstellung des bisher größten Konsolidierungsprogrammes einen großen und nachhaltigen Schritt zur Sanierung des Staatshaushaltes gesetzt. Vorrangige politische Ziele dieses zukunftsorientierten Programms sind die Erhaltung der guten Beschäftigungssituation und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich sowie die Wiedergewinnung der notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielräume, insbesondere zur langfristigen Finanzierung des Sozialstaates. Auf dieser Basis hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, das für 1997 geplante und auch eingehaltene Nettodefizit des Bundes von 2,7 vH des BIP während dieser Legislaturperiode zu senken bzw. zu stabilisieren.

Auch bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1999 wurde der begonnene Kurs unter Berücksichtigung der Stabilität und sozialen Sicherheit für Österreich weiter beschritten. Der Bundesvoranschlag 1999 bietet Grundlage und stabile Rahmenbedingungen dafür, daß einerseits — trotz Dämpfung des Ausgabenwachstums — die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze — insbesondere durch die Fortsetzung der Offensive im Bereich der Technologie und des Exports — gefördert und andererseits die Einnahmen-Ergiebigkeit durch entsprechende Maßnahmen gesichert wird.

Ab 1. Jänner 1999 tritt die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ein. Stärke und Stabilität des gemeinsamen europäischen Währungsprogrammes sind eine wichtige Voraussetzung für stabile Rahmenbedingungen für Österreichs Wirtschaft. Die erfolgreiche Finanz- und Budgetpolitik der Bundesregierung wird dazu beitragen, daß der erforderliche budgetpolitische Spielraum erhalten bleibt und die Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte nicht nur in den Jahren 1997 und 1998, sondern auch in den folgenden Jahren eingehalten werden können.

Der Entwurf für den Bundesvoranschlag 1999 sieht ein Nettodefizit von rund 70,1 Milliarden Schilling oder 2,6 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Nettodefizit liegt damit mit 2,8 Milliarden Schilling über dem des Bundesvoranschlages 1998 und mit rund 2,9 Milliarden Schilling über dem vorläufigen Ergebnis 1997.

8

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Bundesvoranschlagsentwurf 1999 wurde auf Basis der WIFO-Prognose vom Dezember 1997 erstellt, wobei die Revision der Daten zu Beginn 1998 berücksichtigt wurde.

Im Laufe des Jahres 1997 hat sich die europäische Konjunktur deutlich erholt. Die Wirtschaftsleistung Europas nahm um 2,5 vH zu. In einer Reihe von Ländern, vor allem den west- und nordeuropäischen, aber auch in Spanien und Portugal, ist der Konjunkturzyklus bereits relativ weit fortgeschritten, sodaß der Aufschwung 1997 bereits die inländische Nachfrage erfaßt hatte. Hingegen profitierten Deutschland, Frankreich, aber auch Österreich und eine Reihe anderer kleiner EU-Länder 1997 noch stark von einer Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit, welche vor allem ihre Exporte stimulierte und so ihr Wachstum trug.

Österreich verzeichnete in dieser Gruppe mit ebenfalls 2,5 vH das relativ stärkste Wachstum und hat somit im vorigen Jahr nach einer Reihe von deutlich unterdurchschnittlicher Wachstumsleistung wieder zum EU-Durchschnitt aufgeschlossen.

Im Frühjahr 1998 befindet sich die österreichische Wirtschaft in der Phase einer sich beschleunigenden Konjunktur, die weiterhin durch die Exporte angetrieben wird. Auftragseingänge und die Stimmung der Konsumenten und der Unternehmen sind generell gut. Die Krise einiger südostasiatischer Länder sollte zwar die Exportnachfrage etwas beeinträchtigen, Europas Wachstum sollte dadurch aber um nicht mehr als $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt gedämpft werden, sofern die Zahlungsunfähigkeit dieser Länder vermieden werden kann, was aus heutiger Sicht vorerst gesichert erscheint.

Das nominelle Bruttoinlandsprodukt soll 1998 um 4,0 vH und 1999 um 4,5 vH steigen. Im einzelnen zeigt sich folgende Entwicklung:

Die Exporte profitieren von den nochmals verbesserten Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern sowie der dynamischen Nachfrageentwicklung. Dazu trägt auch die Exportoffensive bei, welche Marktanteilsgewinne bringen sollte. Die Warenexporte sollen 1998 und 1999 um je 9,0 vH bzw. 10,6 vH nominell ansteigen. Die Warenexporte sollten 1999 über 31 vH des nominellen Bruttoinlandsproduktes erreichen, nachdem sie 1996 noch 25,7 vH betragen haben.

Öffentlicher Konsum, privater Konsum und Investitionen dürften sich nach den vorliegenden Prognosen vergleichsweise weniger dynamisch entwickeln. Die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte erfordert ein nur mäßiges Wachstum der öffentlichen Nachfrage.

Die real verfügbaren Einkommen sollten um je etwa 2 vH ansteigen, doch wird erwartet, daß die Haushalte mit einem Teil ihres Einkommens wieder ihre Sparquote erhöhen, nachdem diese 1997 auf einen Tiefststand von 8 vH gefallen war. Somit sollte der private Konsum um real 1,5 vH (1998) bzw. 1,8 vH (1999) ansteigen. Während die Ausrüstungsinvestitionen von den Exporten kräftig stimuliert werden, bleiben die Bauinvestitionen gedämpft. Die Investitionen dürften real um 3,6 vH (1998) bzw. 4,6 vH (1999) wachsen.

1997 hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise kontinuierlich ermäßigt. Auch für 1998 und 1999 sind keine Beschleunigungstendenzen sichtbar. Die Lohnentwicklung verläuft moderat und wird durch entsprechende Produktivitätszuwächse bestimmt. Auch von internationaler Seite ist kein Inflationsdruck zu erwarten.

Der erfreuliche Wirtschaftsaufschwung übersetzt sich nunmehr auch in steigende Beschäftigungszahlen. Die Beschäftigung wird durch Flexibilisierungsmaßnahmen noch weiter gestützt, wenngleich sich diese auch in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen niederschlagen. Da die Beschäftigung insbesondere von der inländischen Nachfrage bestimmt wird, werden die Zuwächse 1998 nur etwa 0,2 vH und erst 1999 0,9 vH betragen. Traditionell ist auch das Arbeitsangebot eng mit dem Wirtschaftswachstum verbunden. Die Arbeitslosenrate sollte daher von 4,4 vH 1997 nur auf 4,3 vH bzw. 4,2 vH (EU-Definition) sinken.

3. Konjunkturausgleich-Voranschlag

Um im Jahre 1999 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999 ein Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 5,1 Milliarden Schilling angeschlossen.

4. Budgetvollzug 1997

Der Bundesvoranschlag 1997 sah ein Defizit von 68,0 Milliarden Schilling oder 2,7 vH des Bruttoinlandsproduktes vor. Der vorläufige Gebarungserfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 67,2 Milliarden Schilling oder 2,7 vH des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemei-

nen Haushalt die Ausgaben um rd. 2,5 Milliarden Schilling und die Einnahmen um rd. 3,2 Milliarden Schilling überschritten. Diese Unterschiedsbeträge ergeben sich ohne die Berücksichtigung einer Abweichung bei den Sachausgaben und Einnahmen in Höhe von jeweils 83,0 Milliarden Schilling, die auf die voranschlagswirksame Verbuchung der Entgelte aus der Einräumung des Fruchtgenußrechtes an Autobahnen und bestimmten Bundesstraßen und der gleichzeitigen Aufrechnung mit den ASFINAG-Forderungen aus dem Straßenbau und dem Bundeshochbau gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zurückzuführen ist.

Seit der Erstellung des Bundesvoranschlages 1997 im Frühjahr 1996 haben sich die Rahmenbedingungen im Laufe des Jahres 1997 ua. durch die Änderung der Ressortzuständigkeiten (Novelle zum Bundesministeriengesetz), die Ausgliederung der Bundesforste, des Bundesrechenzentrums und anderer Bereiche, die Reorganisation der ASFINAG (Infrastrukturfinanzierungsgesetz), die Export- und Technologieoffensive der Bundesregierung, die Umstellung der Besteuerung der Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich und die Aufhebung der Mindestkörperschaftsteuerregelung durch den VfGH geändert.

Trotzdem ist es gelungen, den vor zwei Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs erfolgreich fortzusetzen und den für 1997 präliminierten Budgetabgang sogar noch um rund 0,8 Milliarden Schilling zu unterschreiten.

Der vorgegebene Gesamtrahmen konnte praktisch eingehalten werden, obwohl erhebliche Mehrausgaben, wie zB für die gesetzliche Pensionsversicherung (+6,6 Milliarden Schilling), für Beihilfen- und Ausgleichszahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (+10,2 Milliarden Schilling), für die Aufstockung des Stammkapitals der SchieneninfrastrukturfinanzierungsgesmbH (+3,0 Milliarden Schilling) ua. wirksam geworden sind. Das vorgegebene Budgetziel wurde vor allem durch die straffe Haushaltsdisziplin erreicht. Besonders zu erwähnen ist die Tatsache, daß die zu Jahresbeginn verfügbaren Bindungen bei den Ermessensausgaben von den Ressorts weitgehend eingehalten wurden und somit eine Entlastung des Bundeshaushaltes im Ausmaß von 4,1 Milliarden Schilling gebracht hat.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 71:

1. Gesetzliche Grundlagen

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

2. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden die Auswirkungen der Besoldungsreform und der Struktureffekte berücksichtigt.

3. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

4. Vorläufiger Erfolg bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen des Jahres 1997 stellen den vorläufigen Erfolg (Stand 31. Jänner 1998) und die der Jahre 1998 und 1999 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben“ und „Einnahmen“ werden die Beträge der Bundesvoranschläge 1998 und 1999 verstanden.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 1999 und die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

5. Änderung in der Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages 1999

Im Hinblick auf die bevorstehende Umstellung auf eine einheitliche Eurowährung mit Beginn der 3. Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurden im Bundesvoranschlag 1999 die neuen Kapitel 56 „Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen“ und 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge“ geschaffen, die inhaltlich weitgehend den alten Kapiteln 57 und 59 entsprechen.

6. Rundungsdifferenzen

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Kapitel 01

11

Kapitel 01 Präsidentenkanzlei**Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundespräsidenten, geregelt im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450, in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz BGBl. I Nr. 87/1997.

Die Präsidentenkanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	34,3	26,8	61,1	1,2
1998	36,1	25,7	61,8	1,2
1999	36,1	25,4	61,5	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1998 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 1,700 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Bundespräsidenten

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesbezügegesetz (Art. 2 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997) geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	182,0	1 706,2	1 888,2	59,5
1998	192,0	1 415,7	1 607,6	36,5
1999	198,0	1 389,9	1 587,9	36,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1997;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997;

Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997;

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterichts. Der Hauptausschuß des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 171,8	45,2
1998	807,0	28,1
1999	774,8	28,1

Kapitel 02 — Titel 022 und 023

13

Titel 022 Bundesrat**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 65/1997;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	85,3	9,4
1998	94,7	4,5
1999	96,6	4,5

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments**Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1996;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatare an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	211,6	3,2
1998	225,6	2,0
1999	227,1	2,0

Titel 024 Parlamentsdirektion**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1997;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 65/1997.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes und Bundesbezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	182,0	237,5	419,4	1,8
1998	192,0	288,4	480,3	2,0
1999	198,0	291,4	489,4	2,0

Kapitel 03

15

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 88/1997, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzswidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	27,4	36,7	64,1	0,7
1998	28,4	36,8	65,1	1,0
1999	28,6	38,0	66,6	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685 und 87/1997;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 88/1997;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	114,7	13,8	128,5	4,8
1998	116,8	21,0	137,8	5,0
1999	117,9	21,5	139,4	5,0

Kapitel 05

17

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 87, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, und das Geschäftsordnungsgesetz 1975, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1988, BGBl. Nr. 720. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 478/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1996.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	24,3	19,4	43,7	1,6
1998	28,9	23,6	52,5	1,8
1999	29,7	23,7	53,3	1,8

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabekreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997.

Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellten Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Dem Rechnungshof obliegt weiters die Überprüfung der Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Der Rechnungshof hat ferner in jedem zweiten Kalenderjahr über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung dem Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI¹⁾ (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	210,6	52,1	262,7	1,8
1998	227,7	71,2	298,9	2,0
1999	236,5	73,9	310,4	2,0

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, sowie im Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt und beim VA-Ansatz 1/06007 veranschlagt.

¹⁾ INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 — Titel 100

19

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	1 244,1	4 159,3	5 403,4	742,4
1998	1 365,6	3 685,6	5 051,2	768,6
1999	1 328,0	3 908,5	5 236,5	714,1

Titel 100 Bundeskanzleramt**Gesetzliche Grundlagen**

- Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bundesgesetz über den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBASG), BGBl. I Nr. 77/1997;
- Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 100/1997;
- Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1997;
- Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;
- Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 61/1997;
- Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997;
- Produktsicherheitsgesetz 1994, BGBl. Nr. 63/1995;
- Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 660/1996;
- Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1996;
- Bundesgesetz über den Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen, BGBl. Nr. 837/1992.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Angelegenheiten der Osthilfe, des Unabhängigen Bundesasylsenates, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union sowie der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU, der Durchführung des Auslandsdienstes auf Kurzwelle, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, der Konsumentenpolitik, der Nahrungsmittelkontrolle, des Veterinärwesens, der Gentechnologie, Angelegenheiten der Kunst und Bundestheater, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes, der Ausbildung von Bundesbediensteten sowie Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	469,0	2 341,3	2 810,2	470,6
1998	534,2	1 734,8	2 269,0	503,0
1999	547,8	1 671,8	2 219,6	504,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben resultiert im wesentlichen aus dem Wegfall der Vorsorge für die Fachministerkonferenzen und Ratstagungen sowie für Repräsentationen im Zusammenhang mit dem österreichischen Vorsitz bei der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998.

Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung**Förderungen**

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Förderung von Fraueninitiativen, die Unterstützung von Projekten des Bundesseniorenbeirates, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichische Institut für Raumplanung, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sowie die Abdeckung des Betriebsabganges des Betriebskindergartens vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder, die Zahlungen für Landeshauptleute und deren Stellvertreter, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD, die OECD-Energieagentur die Europäische Maul- und Klauenseuchenkommission und das Internationale Tierseuchenamt vorgesorgt.

Paragraph 1001 Verwaltungsakademie

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung — wie etwa im Zusammenhang mit europäischer Integration — und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

Weiters sind Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Paragraph 1002 Konsumentenschutz

Die hier veranschlagten Mittel sind für die allgemeine Konsumenteninformation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Belangen, die Information und Prävention im Bereich der Verhütung produktbezogener Haushalts-, Sport- und Freizeitunfälle, die konsumentenbezogene Öffentlichkeitsarbeit, die Mitwirkung im Verein für Konsumenteninformation, die Erstellung von Gutachten und Forschung in verbraucherrelevanten Bereichen sowie für die Sicherstellung der Beteiligung von Konsumentenvertretern an der inländischen, europäischen und sonstigen internationalen Normung vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraph 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragraphen abgewickelt.

Paragraph 1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerbl. Wirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbl. Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich (Weitere Erläuterungen siehe Kap. 51, Paragraph 5110).

Kapitel 10 — Titel 101 und 102

21

Paragraph 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die zentral- und osteuropäischen Länder sowie die Neuen Unabhängigen Staaten in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist in erster Linie der Transfer österreichischen Know-hows.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Paragraph 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Unabhängigen Bundesasylsenat 1997 wurde eine gerichtsähnliche Einrichtung dem Verwaltungsgerichtshof vorgeschaltet, die über Berufungen des Bundesasylamtes in Asylangelegenheiten zu entscheiden hat.

Bei diesem Paragraph sind neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb auch Gebühren für Dolmetscher veranschlagt.

Paragraph 1009 EU-Ratspräsidentschaft

Hier sind die Aufwendungen für die Aufarbeitung der Ergebnisse des österreichischen Vorsitzes bei der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 veranschlagt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**Gesetzliche Grundlagen**

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;
Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut, StGBI. Nr. 90/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 785/1995;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 72/1997.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)“, „Archiv der Republik“, „Finanz- und Hofkammerarchiv“, „Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs“ und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	56,9	22,4	79,3	0,9
1998	58,0	25,7	83,8	1,2
1999	59,5	25,6	85,0	1,2

Titel 102 Statistisches Zentralamt**Wichtige Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 390/1994;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 844/1994;

Handelsstatistisches Gesetz, BGBl. Nr. 661/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 173/1995;

Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 593/1995;

Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;

Kraftfahrzeuggesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 121/1997;

22

Kapitel 10 — Titel 103 und 104

Wohnbaustatistikverordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 919/1994;

Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;

Meldegesetz, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1995;

Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens, der Umweltstatistik und der Wissenschafts- und Technologiestatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	442,9	180,8	623,7	46,5
1998	455,3	193,8	649,1	29,7
1999	457,8	215,9	673,7	29,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich aus der Durchführung einer Konsumerhebung und der Agrarstrukturerhebung als Vollerhebung sowie der zusätzlichen Kosten für Rechnerleistungen der BRZ-GmbH.

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei**Gesetzliche Grundlage**

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	21,0	0,0	21,0	22,0
1998	20,8	0,1	20,8	20,8
1999	21,3	0,1	21,4	21,4

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 865/1992;

Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	615,4	0,0
1998	607,6	0,0
1999	888,3	0,0

Kapitel 10 — Titel 105 und 107

23

Von den für 1999 veranschlagten Ausgaben entfallen:

123,8 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

482,5 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

7,1 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

100,8 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

165,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und

9,2 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung der Zuwendungen an politische Parteien ergibt sich einerseits aus der Vorsorge für Wahlwerbungskosten-Beiträge für die Nationalratswahlen (§ 2a Parteiengesetz) und andererseits aus der Vorsorge für Wahlwerbungskosten-Beiträge für die Wahlen zum Europäischen Parlament (§ 2b Parteiengesetz).

Titel 105 Volksgruppenförderung**Gesetzliche Grundlage**

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1997 vorl. Erfolg.....	48,8	0,0
1998	52,7	0,0
1999	51,8	0,0

Titel 107 Sportangelegenheiten**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990;

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen, BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	78,7	712,9	791,5	87,9
1998	80,7	731,6	812,2	72,3
1999	19,6	731,2	750,8	15,4

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben sowie der Einnahmen resultiert aus der Gründung einer Gesellschaft, der neun Bundessporteinrichtungen angehören. Das Haus des Sports bleibt als einzige nachgeordnete Dienststelle bestehen.

Paragraph 1070 Sportförderung**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten gemäß § 1 des Bundessportförderungsgesetzes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraph 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Hier sind die Mittel für den Betrieb der Bundessporteinrichtung Haus des Sports inklusive der Bundessporthalle Radetzkystraße veranschlagt.

Paragraph 1076 Amt der Bundessporteinrichtungen

Die hier veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der Kosten der Personalverwaltung der Beamten der neun Bundessporteinrichtungen: Wien-Blattgasse, Südstadt, Spitzerberg, Obertraun, Hintermoos, Kitzsteinhorn, Schielleiten, Faakersee und St. Christoph. Der Großteil der Ausgaben wird von der Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. gemäß § 8 des Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen (BSEOG) refundiert.

Paragraph 1077 Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.

Die hier veranschlagten Mittel sind für Gesellschafterzuschüsse, die Refundierung von Kosten sowie Ausgleichszahlungen an die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. gemäß § 5 und 7 des BSEOG vorgesehen.

Titel 108 Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie**Gesetzliche Grundlagen**

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996 samt Durchführungsverordnungen;

Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996 samt Durchführungsverordnungen;

Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;

Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;

Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;

Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;

Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994 samt Durchführungsverordnungen;

Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1995;

Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997;

Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;

IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;

Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994 samt Durchführungsverordnungen;

Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 714/1996;

Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;

Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993;

Vollzugsanweisung betreffend Tierkörperverwertung, StGBl. Nr. 241/1919, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1977.

Kapitel 10 — Titel 108

25

Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;
 Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;
 Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen;
 Abwehr von Tierseuchen;
 Fleisch- und Schlachthofhygiene;
 Entschädigung nach Veterinärsgesetzen;
 Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;
 Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
 gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren) sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	128,2	4,7
1998	189,2	7,0
1999	177,6	7,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1997	1998	1999
	Millionen Schilling		
Strahlenschutz.....	65,4	116,7	105,1
Veterinärwesen	54,3	62,4	62,4
Lebensmittel, Chemikalien	3,8	5,3	5,3
Gentechnologie.....	4,6	4,8	4,8
Summe ...	128,2	189,2	177,6

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Verminderung der Ausgaben ergibt sich aus der Berücksichtigung der günstigeren Tarife für die Datenleitungen des Strahlenfrühwarnsystems, insbesondere jedoch durch die Überwälzung der Betriebskosten der Konditionierung und Aufarbeitung von radioaktiven Abfällen, durch einen kostendeckenden Tarif auf die Verursacher.

Paragraph 1081 Strahlenschutz**Anlagen**

Im Strahlenfrühwarnsystem sind Ergänzungen und Modifikationen erforderlich.

Förderungen

Zu der dem Bundeskanzleramt gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen ist die Erstellung von ÖNormen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Einnahmen

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber sowie Vergütungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Inanspruchnahme von Stromwegen im Übertragungsnetz des Strahlenfrühwarnsystems (TAWES-Leitungen).

Paragraph 1082 Veterinärwesen**Förderungen**

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25a leg. cit. berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

Einnahmen

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden, sowie Beiträge der EU zu Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen.

Paragraph 1083 Lebensmittel, Chemikalien**Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie, insbesondere die Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen.

Entschädigungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraph 1084 Gentechnologie**Förderungen**

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Kapitel 10 — Titel 109

27

Titel 109 Dienststellen

Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen der Lebensmitteluntersuchungsanstalten, der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes veranschlagt.

Gesetzliche Grundlagen

- Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996, samt Durchführungsverordnungen;
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
 Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;
 Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994 samt Durchführungsverordnungen;
 Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996 samt Durchführungsverordnungen;
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
 Bangseuchengesetz BGBl. Nr. 14/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	175,6	109,7	285,3	109,7
1998	216,7	150,0	366,7	134,5
1999	222,0	146,2	368,2	134,5

Paragraph 1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Einnahmen

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraph 1091 Veterinärmedizinische Anstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

28

Kapitel 10 — Titel 109

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-, Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für das Aujeszky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

Einnahmen

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz.

Paragraph 1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst**Aufgaben**

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

Anlagen

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen

Veranschlagung der Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Einnahmen

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 11 — Titel 110

29

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	14 854,4	6 492,7	21 347,1	1 274,5
1998	15 466,0	7 156,9	22 622,9	1 303,0
1999	15 857,0	7 339,4	23 196,4	1 360,3

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes, die Führung des öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen (Gedenkstätte Mauthausen) sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	846,3	1 166,5	2 012,8	35,8
1998	876,5	1 265,8	2 142,3	45,2
1999	897,5	1 241,3	2 138,8	35,5

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Zentralleitung	1 930,8	1 982,2	1 995,7
Zahlungen an die BIG.....	82,0	160,1	143,1
Summe ...	2 012,8	2 142,3	2 138,8

Paragraph 1100 Zentralleitung**Anlagen**

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben werden für Zahlungen an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen für ihre im Interesse des Bundesministeriums für Inneres gelegenen Förderungsvorhaben verwendet. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik sowie für die Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familienbeihilfen und den Mutter-Kind-Paß-Bonus, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 355 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraph 1101 Zahlungen an die BIG

Bei diesem Paragraph wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997 die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/1997;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990.

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1996), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 3 Z 4 lit. c des Katastrophenfondsgesetzes 1996, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1998.

Aufgaben bzw. Organisation**Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 24 Hubschrauber und 4 Motorflugzeuge zur Verfügung.

Kapitel 11 — Titel 111

31

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 274,4	665,5
1998	1 523,5	658,8
1999	1 548,5	707,1

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Flugpolizei und Flugrettungsdienst.....	99,1	125,9	123,9
Zivilschutz: 1)			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	23,7	25,5	25,5
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds).....	48,6	50,0	50,0
Opferschutzeinrichtungen.....	5,0	0,0	—
Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen 2) ..	—	—	12,5
Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	15,5	20,2	20,2
Zivildienst	839,7	931,9	946,4
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	64,8	70,0	70,0
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. F, Z 13 BMG	178,0	300,0	300,0
Summe ...	1 274,4	1 523,5	1 548,5

Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Im Jahre 1999 ist der Austausch eines Hubschraubers vorgesehen.

Paragraph 1111 Zivilschutz

Hier ist der Aufwand für die Selbstschutz-Informationszentren sowie für die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes veranschlagt.

Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hiefür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraph 1114 Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen

Bei diesem Paragraph werden jene Förderungen von Vorhaben, die der Vorbeugung gefährlicher Angriffe auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen dienen, im Sinne der Bestimmungen des § 25 Abs. 2 Sicherheitspolizeigesetzes verrechnet. Ab dem Jahre 1999 sind hier erstmals die Ausgaben für den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst veranschlagt.

1) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar bei den Paragraphen 6000 und 6304.

2) In den Jahren 1997 und 1998 wurden die Ausgaben beim Paragraph Opferschutzeinrichtungen verrechnet.

32

Kapitel 11 — Titel 112**Paragraph 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997**

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

Paragraph 1117 Zivildienst

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

Paragraph 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt F, Z 13 BMG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind. Im wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	16,8	—
1998	18,1	0,0
1999	18,6	0,0

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge.....	5,9	6,4	6,4
Fremdenwesen	10,9	11,7	12,2
Summe ...	16,8	18,1	18,6

Paragraph 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1934;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 1999 6,4 Millionen Schilling veranschlagt.

2*

Kapitel 11 — Titel 113

33

Paragraph 1122 Fremdenwesen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997;

Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremdengesetzes (Fremdengesetz-Durchführungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 418/1997.

Aufgaben

Bei diesem Paragraph sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind.

Titel 113 Bundespolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung der Bundesregierung vom 7. Dezember 1976 über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/1998.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	6 705,8	1 751,2	8 457,0	458,7
1998	6 916,1	1 870,1	8 786,2	499,5
1999	7 009,8	1 884,0	8 893,8	509,1

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1997	1998	1999
		Millionen Schilling	
Bundespolizei.....	8 333,9	8 686,4	8 791,0
Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung).....	123,1	99,8	102,8
Summe ...	8 457,0	8 786,2	8 893,8

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	45,9
Sonstiges	0,4
Zusammen ...	46,3

34

Kapitel 11 — Titel 114

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	45,7
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	46,3

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	1,000
Zuführung an Rücklagen	0,350
Zusammen ...	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie**Gesetzliche Grundlagen**

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBI. Nr. 75/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. Nr. 267/1993;

Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/1998.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 3 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 36 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 6 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 840 Gendarmerieposten mit 2 Außenstellen, 70 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezentrschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

Kapitel 11 — Titel 115

35

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	7 227,2	1 909,9	9 137,1	98,1
1998	7 579,0	2 085,0	9 664,0	91,6
1999	7 854,4	2 288,5	10 143,1	102,3

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Bundesgendarmerie.....	8 898,3	9 469,8	9 941,8
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung).....	238,8	194,2	201,3
Summe ...	9 137,1	9 664,0	10 143,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich neben den Auswirkungen des jährlichen Struktureffektes hauptsächlich durch die an die Sicherheitsexekutive gestellten Aufgaben im Zusammenhang mit der Sicherung der EU-Außengrenzen und der Kriminalitätsbekämpfung. Dadurch verbunden sind erhöhte Geldmittel für den laufenden Dienstbetrieb.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	58,8
Sonstiges	0,7
Zusammen ...	59,5

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	58,9
Fondsaufwand	0,6
Zusammen ...	59,5

Titel 115 Besondere Einrichtungen**Gesetzliche Grundlagen****Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997;

Bundesgesetz über die Betreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 405/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1993;

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997;

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Höchstzahlen der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel für das Jahr 1998 festgelegt werden (Niederlassungsverordnung 1998), BGBl. II Nr. 371/1997;

Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, BGBl. II Nr. 215/1997.

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	75,1	373,9	449,0	16,4
1998	94,5	394,3	488,8	7,9
1999	95,3	358,3	453,6	6,3

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Flüchtlingsbetreuung und Integration	394,2	403,2	370,8
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	10,8	14,3	11,4
Bundesasylamt	44,0	71,3	71,4
Summe ...	449,0	488,8	453,6

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraph sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 26,0 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion zu einem Drittel von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1994	1995	1996	1997
Betreuungsstellen	6 ²⁾	6 ²⁾	6 ²⁾	6 ²⁾
Insassen	1 070 ¹⁾	1 200 ¹⁾	1 100 ¹⁾	1 020 ¹⁾
Unterbringung in Gasthöfen	1 000	900	970	400

¹⁾ In dieser Summe sind im Jahre 1994 870, im Jahre 1995 700, im Jahre 1996 550 und im Jahre 1997 380 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina enthalten.

²⁾ Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

Kapitel 11 — Titel 115

37

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen**Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee sowie die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraph 1152 Bundesasylamt**Aufgaben bzw. Organisation**

Das Asylgesetz 1997 sieht als Asylbehörde 1. Instanz das Bundesasylamt vor, das über Asylanträge gemäß den normierten Verfahrensläufen zu entscheiden hat.

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

Ausgaben

Bei diesem Paragraph sind die erforderlichen Geldmittel zur Vollziehung des Asylgesetzes 1997, insbesondere die Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater, veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	28,400
Konjunkturbelebungsquote	28,400
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor	9,000
3. Nachrichtensektor	6,900
4. Amtsausstattung.....	12,000

Kapitel 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L und des fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	25 887,8	41 825,6	67 713,4	802,7
1998	25 988,5	43 498,5	69 487,0	848,5
1999	27 351,5	45 355,4	72 706,9	850,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990, des Fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, Bedacht zu nehmen;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 318/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Museen, der Nationalbibliothek, der Phonotheek und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	358,0	2 819,4	3 177,4	53,4
1998	362,9	3 414,4	3 777,3	60,1
1999	381,9	3 645,8	4 027,7	60,1

Kapitel 12 — Titel 120

39

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der jährlichen Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“, des „Bildungsfilms“, des „Österr. Kulturservice“, bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung, von „Anniversarien“ und EU-Kulturprojekten sowie für Vereinigungen, die kulturelle und kulturvermittelnde Aufgaben erfüllen. Hier wird auch für das kulturpädagogische Konzept des BMUKA zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Kultus — Ständige Leistungen**

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 596,5 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen; Kulturpädagogisches Konzept des BMUKA zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschußprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraph 1201 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Zahlung der von nicht im Rahmen der Mieten verrechenbaren Betriebsausstattung vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Paragraph 1202 BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz-Novelle 1997, BGBl. Nr. 330/1996 in der Fassung BGBl. I Nr. 20/1998.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß §128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei der Schulraumbeschaffung verausgabt werden.

Paragraph 1203 Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz-Novelle 1997, BGBl. Nr. 330/1996 in der Fassung BGBl. I Nr. 20/1998.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß §128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei Zahlungen an die BIG verausgabt werden.

Paragraph 1204 Kapitalbeteiligungen

Dieser VA-Paragraph wird zur ordnungsgemäßen Verrechnung einer allfälligen Erhöhung des Stammkapitals der Museumsquartiererrichtungs- und Betriebs-Ges. m. b. H. benötigt.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand**Aufgaben**

Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein-pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung, für die bibliothekarischen Einrichtungen und für den Denkmalfonds.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 126,1	6,8
1998	1 363,9	51,9
1999	1 405,5	51,9

Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse**Gesetzliche Grundlagen**

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1997;
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1998;
Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulentwicklung sowie für Software vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskoooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, zur Abdeckung erhöhter Aufwendungen auf Grund der EU-Präsidentschaft Österreichs, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.

Kapitel 12 — Titel 122

41

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien und Fahrtkostenzuschüsse für Studienbeihilfenbezieher veranschlagt.

Paragraph 1221 Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau des zweiten Bildungsweges insb. Entwicklung von Selbststudienmaterialien und Fernunterrichtsangeboten
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- regionale Bildungsarbeit
- gezielte Förderung innovativer Bildungsangebote
- Förderung im Zusammenhang mit EU-Bildungsprogrammen usw.
- Koordination eines Systems regionaler Bildungsinformation

Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Darüber hinaus sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien, die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen an private Schulerhalter insbesondere auch zum Aufbau einer Informations-Infrastruktur und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**Förderungen**

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

Paragraph 1228 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet Förderungen für Einrichtungen der Informationsvermittlung der Kooperation zwischen bibliothekarischen und kulturellen Einrichtungen und der Kulturinformation.

42

Kapitel 12 — Titel 124**Paragraph 1229 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)****Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz wurde durch die Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen**Organisation**

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonotheek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	720,3	1 014,6	1 734,8	194,8
1998	761,8	1 218,6	1 980,3	193,2
1999	772,0	1 262,7	2 034,7	187,3

Paragraph 1240 Hofmusikkapelle**Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	8,8	7,8	16,6	5,0
1998	10,0	7,6	17,5	5,5
1999	10,4	7,0	17,4	5,5

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie Brandschutzmaßnahmen.

Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten, Kosten für Die Durchführung der 500-Jahr-Feier), veranschlagt.

Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen**Aufgaben**

Vorsorge für 4 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeserziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	22,5	21,0	43,6	21,1
1998	23,3	21,5	44,9	23,3
1999	24,6	22,6	47,2	23,3

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

43

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegungsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Schulsport-Koordinationstagungen und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung**Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	13,4	63,5	76,9	60,0
1998	14,7	59,8	74,5	53,5
1999	15,3	63,2	78,5	53,5

Anlagen

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1996/97 1613 Gruppen mit 36469 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1996/97 133 Gruppen mit 2971 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

BGBI. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBI. Nr. 286/1990.

Aufgaben

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang, die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen finanziert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	42,2	27,4	69,6	9,7
1998	42,7	36,2	78,9	10,5
1999	45,7	37,9	83,7	10,5

Anlagen

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene. Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen („Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick“, etc.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

Paragrafhe 1244 und 1245 Museen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“, BGBl. Nr. 621/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Das Museumssanierungsprogramm auf Grund der Ministerratsbeschlüsse 1987 und 1990 („Museumsmilliarde“) wird fortgesetzt. Demnach werden schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen. Die veranschlagten Mittel sind vor allem für das Technische Museum vorgesehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	396,6	563,7	960,2	73,5
1998	420,0	746,8	1 166,9	71,0
1999	418,8	781,0	1 199,8	66,1

Anlagen

Die Investitionen im Zusammenhang mit den baulichen Generalsanierungsmaßnahmen erfolgen dem Baufortschritt entsprechend. Schwerpunkt ist die Neueinrichtung der Schausammlungen des Technischen Museums.

Förderungen

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der „Sammlung Leopold“ wurden 79 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Kommunalsteuer veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

45

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für zehn Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Amerikanische Malerei des 19. Jahrhunderts, die italienische Landschaft um 1800, von Dürer bis Rauschenberg, Russische Kunst, Kunst und Industrie, Schomanismus. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Voranschlagsansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

Paragraph 1245 Museen (zweckgeb. Gebarung)

Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteils aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Paragraphe 1246 und 1249 Nationalbibliothek und Phonothek**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr.341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegen die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogene Literatur und sonstigen Informationsträger und Kulturgüter, der österreichischen Phonothek die Sammlung und Erschließung von audiovisuellen Medien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	138,0	95,0	233,0	5,1
1998	140,6	97,9	238,5	5,9
1999	150,2	101,1	251,3	5,9

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen, insbesondere der Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek und die Österreichische Phonothek, insbesondere auch der Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern.

Paragraphe 1247 und 1248 Bundesdenkmalamt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1990 (Denkmalschutzgesetz, DMSG) und die Kundmachung BGBl. Nr. 785/1995;

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987 (Ausfuhrverbot für Kulturgut, AusVKG).

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes.

46

Kapitel 12 — Titel 126

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	98,7	236,3	335,0	20,5
1998	110,5	248,7	359,2	23,6
1999	107,1	250,0	357,0	22,5

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Auch sollten Härten, die durch Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entstehen, gemildert werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich (durch die Novelle BGBl. Nr. 473/1990 erweitert) im § 5 Abs. 7 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsezuschüsse vor.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist für die Beiziehung von Konsulenten finanziell vorzusorgen.

Das gleiche gilt für Maßnahmen auf Grund der EU-Richtlinie 93/7 über die Rückgabe von unrechtmäßig ausgeführtem Kulturgut.

Paragraph 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die — zweckgebunden — als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Auch für die im Rahmen der Bestimmungen des 10 AusfVKG notwendig werdenden Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts wurde vorgesorgt.

Paragraph 1249 Nationalbibliothek (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpsychologischen Beratungsstellen.

Kapitel 12 — Titel 126

47

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	716,4	218,9	935,3	203,3
1998	724,8	237,4	962,3	190,5
1999	773,5	244,1	1 017,5	192,2

Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;
 Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998;
 Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 22/1998.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	629,8	198,1	827,9	188,6
1998	637,2	215,3	852,5	170,4
1999	679,8	221,1	900,9	172,1

Anlagen

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (SSR für Wien) mit Verwaltungscomputern und deren Vernetzung in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum vorgesehen. Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien und Bezirksschulräte.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung**Aufgaben**

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfaßt neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	86,6	20,8	107,5	14,7
1998	87,7	22,1	109,8	20,1
1999	93,7	23,0	116,6	20,1

Anlagen

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpsychologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Impulsen der Schulpsychologie — Bildungsberatung“ Lehrerhandreichungen (Reihe „psychologie konkret“) und der Herausgabe von schulpsychologischen Elternbroschüren veranschlagt.

Titel 127 Allgemeinbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemeinbildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemeinbildenden Pflichtschulen und der Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	11 460,2	33 484,2	44 944,5	134,5
1998	11 556,3	33 864,8	45 421,1	140,2
1999	12 206,1	35 328,6	47 534,6	145,0

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Allgemeinbildende höhere Schulen.....	1272
Höhere Internatsschulen des Bundes.....	1273
Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung.....	1277
Bundesschülerheime (Allgemeinbildende).....	1278

Paragraphen 1270 und 1272 Allgemeinbildende höhere Schulen**Aufgaben**

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

Kapitel 12 — Titel 127

49

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	11 047,2	1 096,3	12 143,5	58,9
1998	11 125,1	1 139,7	12 264,9	67,9
1999	11 764,0	1 172,9	12 936,9	72,7

Anlagen

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragraf 1271 und 1273 Höhere Internatsschulen des Bundes**Aufgaben**

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1997/98 werden 4 Anstalten mit 99 (Stand 1996) Klassen geführt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	253,5	40,4	293,9	41,9
1998	262,9	40,6	303,6	40,5
1999	270,7	42,2	312,9	40,5

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

4 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1999

Paragrafen 1274 und 1277 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung**Aufgaben**

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	96,7	22,0	118,6	7,3
1998	98,7	24,8	123,6	4,9
1999	103,2	24,2	127,5	4,9

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, die Lehrmittelzentrale, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

Paragrafen 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen**Allgemeines**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	32 297,8	0,0
1998	32 631,0	0,0
1999	34 059,9	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschluszeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 935 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragrafen 1276 und 1278 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)**Aufgaben**

Bundesschülerheime (Bundeskönvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1997/98 stehen insgesamt 8 Bundesschülerheime (Bundeskönvikte) sowie zwei Bundestageschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

Kapitel 12 — Titel 128

51

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	62,9	27,8	90,6	26,3
1998	69,6	28,4	98,0	27,0
1999	68,1	29,4	97,5	27,0

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Veranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen (einschließlich kunstgewerblichen) Lehranstalten, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Mode und Bekleidungstechnik, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Bundesschülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode- und Bekleidungstechnik,
4. Akademien für Sozialarbeit,
5. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes grundlegende fachliche Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode- und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen,

4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit gemeinsam mit berufsbildenden höheren Schulen geführt werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	10 945,1	2 559,9	13 505,0	190,0
1998	10 895,1	2 795,2	13 690,3	197,2
1999	11 435,2	2 841,0	14 276,2	198,2

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1283
Sozialakademien, LA f. Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe.....	1284
Handelsakademien und Handelsschule.....	1287
Bundesschülerheime (Berufsbildende).....	1288

Paragrafe 1280 und 1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Aufgaben

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten (einschließlich Sonderformen und Versuchsanstalten) veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	4 619,0	561,3	5 180,4	71,0
1998	4 553,9	654,7	5 208,6	79,7
1999	4 674,0	665,9	5 339,8	79,7

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und Modernisierung der maschinellen Ausstattung der Schulen insbesondere auch für den fachpraktischen Unterricht sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den laufenden Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

Paragrafe 1281 und 1284 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe

Aufgaben

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 128

53

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	2 989,9	434,3	3 424,1	57,1
1998	3 037,7	470,0	3 507,7	61,0
1999	3 235,3	484,7	3 720,0	61,0

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten und zur Finanzierung der notwendigen Informationstechnologien.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Reisekosten der Lehrer sowie für Schulveranstaltungen.

Paragraf 1282 und 1287 Handelsakademien und Handelsschulen**Aufgaben**

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	3 277,2	303,5	3 580,7	6,8
1998	3 244,5	326,0	3 570,6	4,0
1999	3 462,9	346,0	3 808,9	5,0

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert; weiters sind hier die Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die laufende Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Reisekosten der Lehrer sowie für Schulveranstaltungen.

Paragraf 1285 Berufsbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hiefür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 46 Abs. 3 SchOG zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998 erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind. Zur Vorbereitung für die Berufsreifeprüfung sind interessierte Schüler nach Möglichkeit durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht und durch Freigegegenstände zu fördern.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 130/1997, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 222,7	0,0
1998	1 302,7	0,0
1999	1 302,8	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraf 1286 und 1288 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Aufgaben

Bundesschülerheime sind vom Bund betriebene Heime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums an einer Berufsbildenden mittleren oder höheren Schule einer Unterbringung in einem Heim bedürfen.

Hier wird der Aufwand für die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, für die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie für das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelschule Wien 3 veranschlagt.

	Personal- ausgaben Millionen	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	58,9	38,1	97,1	55,1
1998	59,0	41,7	100,7	52,5
1999	63,1	41,6	104,8	52,5

Anlagen

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindecinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der berufsbildenden Bundesschülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;

Kapitel 12 — Titel 129

55

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 24/1998.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer, der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen und der pädagogischen Tatsachenforschung. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

- 8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
- 6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
- 6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
- 1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich
- 4 Berufspädagogische Akademien des Bundes
- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 9 Religionspädagogische Institute der Diözesen
- 1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
- 16 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 14 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- 1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
- 5 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	1 687,8	602,4	2 290,2	19,9
1998	1 687,6	604,3	2 291,9	15,3
1999	1 782,8	627,8	2 410,6	15,3

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Die gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Gebarung betreffend den VA-Paragraph 1298 ist das BGBl. Nr. 770/1996.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Pädagogische Akademien.....	1295
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik.....	1296
Berufspädagogische Akademien	1297
Bundesanstalten für Leibeserziehung.....	1298
Pädagogische Institute.....	1299

Paragrafe 1290 und 1295 Pädagogische Akademien**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Haupt-

schullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	887,1	209,7	1 096,7	4,9
1998	888,5	218,7	1 107,2	4,8
1999	923,7	226,2	1 149,9	4,8

Anlagen

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,
— Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) zu bestreiten.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.

Paragrafe 1291 und 1296 **Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik**

Aufgaben

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik sind höhere Schulen und haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluß an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung bzw. Berufsreifeprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semestern) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab, die Kollegs schließen mit der Diplomprüfung ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	575,9	122,8	698,7	11,6
1998	575,6	120,7	696,3	9,3
1999	621,0	125,3	746,3	9,3

Kapitel 12 — Titel 129

57

Anlagen

Schwerpunkte sind die Neueinrichtung des Zubaus der Bundes-Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Linz und die Komplettierung der Einrichtung des Neubaus des Bundesinstituts für Sozialpädagogik in Baden sowie des renovierten Übungskindergartens an der Bundes-Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Graz. Die anderen Bildungsanstalten sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten (vorwiegend Ersatzanschaffungen).

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesondere für Schulveranstaltungen, Fortbildung, Anmietungen, Betriebskosten, Instandhaltungen sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter im Rahmen der Neueinrichtungen vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 23 Millionen Schilling zu entrichten.

Paragrafhe 1292 und 1297 Berufspädagogische Akademien**Aufgaben**

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	62,7	21,3	84,0	0,4
1998	65,3	20,3	85,6	0,4
1999	66,5	22,3	88,8	0,4

Anlagen

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

58

Kapitel 12 — Titel 129**Paragrafhe 1293 und 1298 Bundesanstalten für Leibeserziehung****Aufgaben**

Die Bundesanstalten für Leibeserziehung dienen der Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern (gemäß § 1 Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 24/1998).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	38,0	33,6	71,7	0,2
1998	37,0	36,5	73,5	0,6
1999	40,0	37,7	77,7	0,6

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

Paragrafhe 1294 und 1299 Pädagogische Institute**Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/1998, der Fortbildung der im Dienst stehenden Lehrer, wobei auch die Vorbereitung auf und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem bilden die Institute Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fort. Weiters gehört die pädagogische Tatsachenforschung zur Aufgabe der Pädagogischen Institute.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	124,1	215,0	339,1	2,8
1998	121,1	208,1	329,2	0,2
1999	131,5	216,2	347,8	0,2

Anlagen

Die Pädagogischen Institute werden mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet. Für Ersatzanschaffungen ist vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 129

59

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Öffentliche Schulen (Stand 1997)

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1995/96	4 912	33 003	659 128
	1996/97	4 895	32 875	657 372
	1997/98 *)	4 903	32 937	660 141
	1998/99 *)	4 903	32 900	660 100
Allgemeinbildende höhere Schulen	1995/96	249	6 161	154 849
	1996/97	249	6 302	156 613
	1997/98 *)	250	6 327	158 335
	1998/99 *)	250	6 330	158 000
Berufsbildende Pflichtschulen	1995/96	205	5 439	127 914
	1996/97 *)	204	5 443	128 483
	1997/98 *)	204	5 356	124 629
	1998/99 *)	204	5 340	124 200
Berufsbildende mittlere Schulen	1995/96	325	1 786	40 002
	1996/97	324	1 752	40 592
	1997/98 *)	324	1 762	40 789
	1998/99 *)	324	1 760	40 700
Berufsbildende höhere Schulen	1995/96	219	3 987	96 212
	1996/97	220	4 015	100 424
	1997/98 *)	220	4 061	104 139
	1998/99 *)	220	4 060	104 000
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1995/96	2	14	593
	1996/97	2	14	615
	1997/98 *)	2	14	607
	1998/99 *)	2	14	610
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1995/96	20	364	8 972
	1996/97	20	354	8 955
	1997/98 *)	20	378	9 313
	1998/99 *)	20	375	9 300
Lehrerbildende Akademien	1995/96	13	—**)	5 516
	1996/97	13	—**)	5 125
	1997/98 *)	13	—**)	4 997
	1998/99 *)	13	—**)	4 990

*) Vorläufige Schätzung.

***) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, soweit Angelegenheiten der Kultur- und Kunstförderung betroffen sind, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1997.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes; Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1997.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 176,8	0,1
1998	1 150,0	0,2
1999	1 150,0	0,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen und Bundesausstellungen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	85,1	0,0
1998	91,2	0,0
1999	91,2	0,0

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkosten für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise- und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreise), Förderung von Architektur & Design sowie Mode. Ateliersgründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenen Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundes stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Bundesateliers und Beiratsaufwendungen für Kunstjurien veranschlagt.

Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst

Aufgaben

Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Kunstschulen sowie Festspiele.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	492,8	0,0
1998	500,0	0,0
1999	500,0	0,0

Kapitel 13

61

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse für Theater und Musikvereinigungen, für Kompositionsaufträge, an sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- und Tourneezuschüsse, Förderungen von Konzertveranstaltern und Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds. Gemäß BGBl. Nr. 147/1950 ist der Bund verpflichtet 40 vH des Abganges der Festspiele zu übernehmen.

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen- und Musikbeirat.

Paragraph 1302 Literatur**Aufgaben**

Förderung der Literatur und Jugendliteratur.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	185,8	0,0
1998	198,0	0,0
1999	168,0	0,0

Anlagen

Ausgaben für die Literaturwohnung in Rom sowie für weitere Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert Musil-, Projekt- und Arbeitsstipendien), Preise, Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten- und Sachbuchförderung). Projekte der Kunstkuratoren für Bildende Künste und Ausstellungen sowie für Musik und darstellende Kunst.

Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt- und Übersetzerstipendien), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse und Preise.

Aufwendungen

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literatur- und der Jugendschriftenkommission, Mieten für Stipendiatenwohnungen, Werkverträge für die Kunstkuratoren.

Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Aufbringung der Einnahmen

Der Kunstförderungsbeitrag ist eine jährliche Abgabe in Höhe von 55 Schilling, die von jedem angemeldetem Rundfunkteilnehmer eingehoben und beim VA-Ansatz 2/52180 verrechnet wird.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung der Post (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 und der Bundesanteil zwischen dem ho. Ressort und dem BMUKA im Verhältnis 85 : 15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	88,7	0,0
1998	80,0	0,0
1999	80,0	0,0

Anlagen

Kunst- und Fotoankäufe.

62

Kapitel 13**Förderungen (D)**

Darlehen.

Förderungen

Zur Beratung des Bundeskanzlers bzw. des Staatssekretärs für Kunst, Sport und Europaangelegenheiten und des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten über die Verwendung des Kunstförderungsbeitrages ist ein Beirat eingesetzt.

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse bzw. Investitionszuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen und kultureller Auslandsangelegenheiten, der Kulturentwicklung.

Aufwendungen

Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraph 1304 Filmwesen**Aufgaben**

Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts gemäß Filmförderungsgesetz, BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1998.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	197,8	0,0
1998	183,0	0,2
1999	213,1	0,2

Anlagen

Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO“ (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Förderung von Film- und fotokulturellen Einrichtungen (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung). Durch die Novelle zum Filmförderungsgesetz 1998 erfolgt eine zusätzliche Förderung des innovativen experimentellen österreichischen Filmes.

Aufwendungen

Ehrengaben, Ersätze für Filmarchivierung in Laxenburg, Film- und Fotowoche, Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EUROIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Paragraph 1305 Künstlerhilfe**Gesetzliche Grundlage**

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

Aufgaben

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	53,5	0,0
1998	40,0	0,0
1999	40,0	0,0

Kapitel 13

63

Förderungen

Beiträge des Bundes, die den Künstlerhilfefonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft einzuhalten.

Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten**Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für die Sektion.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	6,6	0,0
1998	6,7	0,0
1999	6,7	0,0

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel im künstlerischen Bereich.

Paragraph 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit**Aufgaben**

Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	66,5	0,0
1998	51,0	0,0
1999	51,0	0,0

Förderungen

Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmszuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainer-Stipendien.

Aufwendungen

Projektstudien, Beiratsaufwendungen sowie EU-Untersuchungen.

Paragraph 1308 Zahlungen an die BIG**Aufgaben**

Hier werden die Zahlungen von Mietkosten für Ateliers sowie für Stipendiatenwohnungen vollzogen.

Aufwendungen

Falls Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten für die von BIG verwalteten und an Bundesdienststellen weitervermieteten Objekte anfallen, werden sie unter diesem VA-Ansatz verrechnet. Im BVA 1999 sind vorerst nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N, soweit Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung betroffen sind. Gebarungen, die dem Verkehrsbe- reich zuzuordnen sind, werden weiterhin unter Kap. 65 veranschlagt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	12 157,5	13 578,6	25 736,1	815,4
1998	12 539,1	15 315,1	27 854,2	924,0
1999	12 651,0	15 667,3	28 318,3	911,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen im Bereich Wissenschaft und Forschung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsförderung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	284,2	1 239,3	1 523,5	89,2
1998	299,1	1 983,2	2 282,3	121,2
1999	306,5	2 046,7	2 353,2	121,3

Paragraph 1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	219,0	130,1	349,1	20,8
1998	231,5	148,4	379,9	29,5
1999	238,0	148,4	386,4	29,6

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Kapitel 14 — Titel 141

65

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt.

Paragraph 1401 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997.

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Sachausgaben Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 105,0
1998	1 828,1
1999	1 893,8

Paragraph 1402 Amt des BFPZ Arsenal**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 15/1997.

Durch die Ausgliederung des BFPZ Arsenal werden hier die für die Bundesbediensteten erforderlichen Kommunalsteuerzahlungen wie auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen (In- und Ausland) sowie die erforderlichen Fahrtkostenzuschüsse budgetiert. [Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.) war bis zum Jahre 1996 unter dem Paragraph 1426 veranschlagt.]

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	65,3	4,2	69,5	68,3
1998	67,5	6,7	74,2	91,7
1999	68,6	4,5	73,0	91,7

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen und anwendungsorientierte Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und der Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	5 830,4	230,4
1998	5 984,2	251,2
1999	6 045,9	251,2

5 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1999

Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/1997.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 141

67

Paragraph 1413 Forschungsvorhaben**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Förderungen

Unter diesem VA-Ansatz sind Förderungsmittel für die Einrichtung und Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, welche angewandte Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft betreiben, veranschlagt.

Der VA-Ansatz ermöglicht die Abkoppelung der grundlagenorientierten Forschungsförderung und damit eine Verbesserung des Wissenstransfers durch Vernetzung bestehender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Förderungen**Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung**

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1999 363,5 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Darüber hinaus werden dem FWF 66 Millionen Schilling für Spezialforschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Diese Bereiche sind fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Universitäten, Kunsthochschulen oder gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen). Zur Stimulierung europäischer Forschungskooperation stehen weiters 110 Millionen Schilling zur Verfügung.

Hier sind auch die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Paragraph 1415 Anwendungsorientierte Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

ESA: BGBl. Nr. 95/1987;

EUMETSAT: BGBl. Nr. 304/1994.

Förderungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Ausgaben für Förderungen veranschlagt, die im Bereich der Technologiepolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie für die Unter-

stützung des Technologie-Transfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiters werden hier Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungsk Kooperation veranschlagt.

Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zu EUMETSAT (Übereinkommen über die Nutzung von Meteorologischen Satelliten) sowie jene Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der ESA (Europäische Weltraumorganisation) ergeben.

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation in verschiedenen ESA-Programmen (die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994). Im Bereich der Technologieoffensive werden Mittel für neue Impulssetzung zur Unterstützung von Unternehmen der österreichischen Wirtschaft vergeben.

Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen

Gesetzliche Grundlage

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Förderungen

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beiträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Aufwendungen

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben „Stiftung Dokumentationsarchiv“, IASA-Stipendien sowie die START- und WITTGENSTEIN-Programme in diesem VA-Ansatz zusammengefaßt.

Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Gesetzliche Grundlage

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ und die IASA-Kommission, Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART/APART-DOC veranschlagt:

- APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft“ zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftlern in Europa. Die Doktorandenstipendien werden für alle Bereiche der Forschung an hochqualifizierte DissertantInnen vergeben.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit GUS, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Disaster Reduction

Kapitel 14 — Titel 142

69

Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Welt- raumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langewin, ELETTRA), wo die ÖAW für die Republik non governmental-Organisationen beigetreten ist.

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation**Gesetzliche Grundlagen**

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958.

Förderungen

Diese Mittel dienen zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU, der Finanzierung der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, den Kosten aus den wissenschaftlich-technischen Abkommen, den Entsendungskosten österreichischer Experten in internationale Gremien. Weiters sind Mittel für die Restfinanzierung der EU-Vorsitzkosten vorgesehen.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen**Förderungen**

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

Aufwendungen

Dieser Titel beinhaltet die Gesellschafterzuschüsse für die per 1. Jänner 1997 gemäß Bundesgesetz gegründete Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 15/1997.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	10 709,0	5 588,8	16 297,8	421,4
1998	11 036,7	6 147,1	17 183,8	484,3
1999	11 129,6	6 196,8	17 326,4	470,3

Paragraph 1420 Universitäten

Gesetzliche Grundlagen

- Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 idF BGBl. Nr. 829/1995;
- Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 109/1997;
- Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1997;
- Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1998;
- Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;
- Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
- Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 109/1997;
- Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;
- Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1998;
- Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;
- Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;
- Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1995;
- Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;
- Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;
- Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 227/1988;
- Bundesgesetz über Evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;
- Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 819/1994;
- Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;
- Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;
- Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;
- Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994;
- Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989;
- Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
- Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftli-

Kapitel 14 — Titel 142

71

chen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	10382,3	5223,6	15605,9	47,9
1998	10667,6	5720,2	16387,8	92,6
1999	10788,7	5768,9	16557,6	93,3

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte und für Vorbereitungslehrgänge veranschlagt.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Kostenersätze für die Benützung von Bundeseinrichtungen sowie um Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBI. I, S 797;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 109/1997;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	121,0	222,0	343,0	370,4
1998	135,0	255,0	390,0	390,0
1999	120,0	255,0	375,0	375,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ergibt sich durch das Auslaufen von Dienstverhältnissen.

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraf 1422 und 1423 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem Arbeitskreis für Bibliotheksautomation obliegt die Planung, der Ausbau und der Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes.

Organisation

Derzeit bestehen die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und der Arbeitskreis für Bibliotheksautomation.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	9,1	25,6	34,7	0,3
1998	14,9	41,8	56,7	0,4
1999	0,0	42,8	42,8	0,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ergibt sich durch Übergabe der Studienbibliothek Linz an das Land Oberösterreich.

Anlagen

Die Ausgaben sind für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung des Arbeitskreises für Bibliotheksautomation sowie für die Ablöse des derzeitigen österreichischen Bibliotheksverbundes vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes, Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung sowie die Literaturkredite des öster-

Kapitel 14 — Titel 142

73

reichischen Archäologischen Instituts und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung veranschlagt.

Zweckgebundene Gebarung

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 1999 Einnahmen in Höhe von 0,307 Millionen Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragrafen 1424 und 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben*Geologische Bundesanstalt*

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Meßnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	196,6	117,6	314,2	2,7
1998	219,2	129,9	349,1	1,2
1999	220,9	130,1	351,0	1,6

Anlagen

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Zweckgebundene Gebarung

Unter Paragraph 1425 werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Anstalten verrechnet. Im BVA 1999 sind dafür 0,207 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 143 Kunsthochschulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	1 164,2	527,3	1 691,5	57,9
1998	1 203,3	609,0	1 812,3	67,1
1999	1 214,9	624,0	1 838,9	68,1

Paragraph 1430 Kunsthochschulen**Gesetzliche Grundlagen**

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. Mai 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 303/1989;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 109/1997.

Aufgaben

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen und wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Kapitel 14 — Titel 143

75

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst und Wissenschaft.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen.

Organisation

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind

die Akademie der bildenden Künste in Wien,

die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz

und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	1 163,3	505,3	1 668,6	34,1
1998	1 202,3	588,0	1 790,3	45,1
1999	1 213,9	603,0	1 816,9	46,1

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausrüstungsinvestitionen, die Anlagenkäufe für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die Investitionen für Maschinen und Geräte, die instrumentellen Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und der Bedarf an Software und die bibliotheksbezogenen Investitionen der Kunsthochschulen ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Kunsthochschulen betreffen, sowie Zuschüsse für Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Kunsthochschulen stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Prüfungsentschädigungen, die Lehrveranstaltungs-Abgeltungen, die Abgeltungen an die Mitarbeiter im Lehrbetrieb und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für die Erschließung der Künste, für Ausstellungen, für hochschulische Publikationen, für bibliothekarische Erfordernisse, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen sowie für Auslandsstipendien und Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen vorgesorgt.

Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Steuerengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	0,9	22,0	22,9	23,7
1998	1,0	21,0	22,0	22,0
1999	1,0	21,0	22,0	22,0

Anlagen

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Gebühren und Kostenersätze und die Einnahmen aus Veranstaltungen sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Druckschriften, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen an.

Titel 146 Fachhochschulen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993.

Aufgaben

Aufbau eines nichtuniversitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierter und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997	392,7	16,7
1998	591,6	0,1
1999	753,9	0,1

Kapitel 14 — Titel 146

77

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden (Die Studiendauer beträgt meistens vier Jahre, wobei jährlich ein neuer Lehrgang beginnt) und ein Hinzukommen von neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

Anlagen

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen

Hier wurden Zahlungen an Länder, Gemeinden und sonstige juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Sachverständigengutachten zu den Fachhochschulstudienplänen, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere aus Abschnitt D des Teiles 2 der Anlage zu § 2 ausgenommen die bei den Kapiteln 16 (Sozialversicherung) und 17 (Gesundheit) zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	1 727,4	87 135,2	88 862,6	59 794,3
1998	1 662,9	84 239,9	85 902,8	57 163,6
1999	1 656,3	85 008,0	86 664,3	57 111,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Pflegevorsorge, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes, der Arbeitsinspektion, der Gesundheitsökonomie, Sozialwissenschaften und Marketing sowie des Gesundheitswesens.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	357,2	5 881,2	6 238,4	39,5
1998	398,6	2 943,7	3 342,3	38,9
1999	404,6	2 928,7	3 333,3	38,9

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Der Anstieg bei den Personalausgaben gegenüber dem Jahr 1997 ergibt sich aus der unterjährigen Übernahme von Personal aus dem Bereich des ehemaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz.

Die Senkung der Sachausgaben gegenüber dem Jahr 1997 ist im wesentlichen auf den Entfall der Abgangsdeckung gemäß § 6 Abs. 9 AMPFG zurückzuführen.

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung des Betriebsaufwandes des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungszentrale sowie von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit“ sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Kapitel 15 — Titel 150

79

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation sowie der Weltgesundheitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentralleitung.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitnehmerschutz, Problemgruppen am Arbeitsmarkt, sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Paragraph 1/1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU**Voranschlagsansatz 1/15016 Förderungen**

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Nationale Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen)

Voranschlagsansatz 1/15018 Aufwendungen

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Nationale Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen, technische Hilfe).

Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Paragraph 1502 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Gebarung)

Gemäß BGBl. I Nr. 107/1997 ist der Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds berechtigt, dem Bund zweckgebundene finanzielle Mittel als Zuwendungen zur Verfügung zu stellen (VA-Ansatz 2/15020 „Zuwendungen des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds; zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen“). Damit können die Ausgaben des Bundes bedeckt werden.

Voranschlagsansatz 1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik

Gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik zu leisten.

Einnahmen

Im wesentlichen Kostenersatz des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie Bezugsvorschußsätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersatz der EU für Dienstreisen.

Bundesaufsicht**Träger der Sozialversicherung**

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG, des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG, des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG, des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 835/1992, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

80

Kapitel 15 — Titel 151**Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 139/1997;

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648/1989;

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	252,0	0,2
1998	271,3	0,3
1999	263,9	0,3

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 213,2 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

- 0,2 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,
- 124,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,
- 70,2 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,
- 4,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,
- 0,3 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,
- 2,0 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und
- 11,5 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Juli 1997 standen 2 750 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2 883 Personen am 1. Juli 1996.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Kapitel 15 — Titel 152

81

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15166 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz; Förderungen

Veranschlagt ist die Förderung von Projekten der Pflegebetreuung für Opfer der politischen Verfolgung, die im Ausland leben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 139/1997.

Aufgaben

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	14,3	0,9
1998	15,0	1,2
1999	15,2	1,2

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 7,6 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

6,1 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,7 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,8 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1997 bezogen 132 Personen (62 Opfer und 70 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 123 Personen am 1. Juli 1996.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

82

Kapitel 15 — Titel 153 und 154**Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen**

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 139/1997;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;

Aufgaben

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	15 726,6	260,9
1998	16 672,5	0,0
1999	17 173,0	0,0

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Paragraph 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz**

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Kapitel 15 — Titel 155

83

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996.

Aufgaben

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	61,3	0,0
1998	78,0	0,0
1999	77,8	0,0

Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1997 bezogen 8 Personen eine Kleinrente gegenüber 9 Personen am 1. Juli 1996.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist die Förderung bundesweiter Projekte von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege in den Bereichen der Pflegevorsorge sowie der Behinderten- und Altenhilfe vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorgerischen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 139/1997;

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 450/1994;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998;

Karenzgeldgesetz BGBl. I Nr. 47/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998.

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice“ geschaffen.

Aufgaben

Im Rahmen der Fortsetzung der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist es das Ziel des Arbeitsmarktservice zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitsuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	813,6	58 905,5	59 719,1	59 425,8
1998	677,0	57 951,5	58 628,5	57 039,5
1999	658,1	57 618,4	58 276,5	56 987,5

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1999 folgende Ausgaben geleistet:

Paragraph bzw. VA-Ansatz	Millionen Schilling
1550 Ämter des AMS	700,0
1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	5 160,0
1553 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)	1 289,0
15547 Sonderunterstützung	1 127,0
1555 Leistungen nach dem AIVG	39 432,5
15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG.....	7 718,0
1557 Überweisung an das AMS gemäß AMSG	2 490,0
15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	330,0
15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe.....	30,0
Titel 155 (Summe) . . .	58 276,5

Die Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15536 und 1/15538 sind nicht zweckgebunden.

Kapitel 15 — Titel 155

85

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1550 Ämter des Arbeitsmarktservice

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, daß Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 700 Millionen Schilling umfaßt den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten zuzüglich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraph 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

Angesichts der im Jahr 1999 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, daß jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, daß auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, daß das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraph 1551 verbucht.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, daß alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlußmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheidet auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluß an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, daß die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluß mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Paragraph 1553 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

Hier sind die EU-Anteile arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung

Nach § 1 Absatz 1:

Angenommen wurden 2 870 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues) mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 21 000 S. Der Gesamtaufwand (14 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 1 Milliarde Schilling veranschlagt.

Nach Artikel IV Absatz 3:

Angenommen wurden rund 500 Anspruchsberechtigte mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 13 200 S. Der Gesamtaufwand (12 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 100 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 15 — Titel 155

87

Voranschlagsansatz 1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG

Gemäß BGBl. I Nr. 47/1997 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AIVG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 119 000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 86 000 Bezieher/innen von Notstandshilfe, 6 500 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe und 88 000 Bezieher/innen von Karenzurlaubsgeld.

Infolge besonderer Eingliederungsmaßnahmen von Notstandshilfebezieher/innen in den Arbeitsmarkt (§ 34a AMSG, BGBl. Nr. 764/1996) wurde deren durchschnittliche Bezieher/innenzahl um 4 000 Personen geringer angenommen.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 9 500 S monatlich, die durchschnittliche Notstandshilfe mit 7 470 S monatlich, die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 6 090 S monatlich und das durchschnittliche Karenzurlaubsgeld (inklusive Karenzurlaubszuschüsse) mit 6 150 S monatlich angenommen. Hiezu kommen noch Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 9,1 vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher/innen wurden 22,8 vH des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß § 6 Abs. 8 AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisungen an das AMS

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

Für die Möglichkeit der Zahlung des Bundes an das Arbeitsmarktservice gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 AMPFG (Überschüsse der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) ist vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/15578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

Hier sind die Personal- und Sachaufwendungen (ausgenommen Ruhegehälter für Beamte sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage) des Arbeitsmarktservice für die Vollziehung des Arbeitsmarktservicegesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Die den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung für die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge erwachsenden Kosten werden in einem hier veranschlagten Pauschalbetrag abgegolten.

Voranschlagsansatz 1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/15530 Überweisungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

Bei diesem Ansatz werden Rückflüsse aus der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen) verrechnet.

Vorschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 und 7 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

Vorschlagsansatz 2/15570 Abgangsdeckung (zweckgeb. Einnahmen)

Hier sind Beiträge des Arbeitsmarktservice an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs. 1 Z 4 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (Abgangsfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice) vorgesehen.

Vorschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG mit einem Beitragssatz von 6,0 vH einzuheben.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden rd. 2 500 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 22 900 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Vorschlagsansatz 2/15581 Beitrag der Gebietskörperschaften

Unter diesem VA-Ansatz sind die Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs. 6 AMPFG veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 veranschlagt sowie ein Beitrag des Bundes der zum Tragen kommt, wenn auf Grund der Überweisung des AMS an den Ausgleichsfonds der PV-Träger (VA-Ansatz 1/15567) ein Abgang in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik entsteht.

Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)**Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1997;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1997;

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	9,8	—
1998	10,0	0,0
1999	810,0	0,0

Vorschlagsansätze 1/15607 und 1/15617 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Vorsorgliche Verrechnungsansätze für Leistungen nach dem BSchEG, die bis 30. 4. 96 beantragt wurden.

Kapitel 15 — Titel 157

89

Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für Leistungsbezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Voranschlagsansatz 1/15656 Beschäftigungsprogramm

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des nationalen Aktionsplanes zur Beschäftigung wird — als erster Schritt — ein Betrag von 500 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15665 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 51a AMFG(D)

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherheit von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15666 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 2/15600 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einnahmen)

Zweckgebunden im Sinne des § 12 des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes 1957. Korrespondierende Ausgaben bei den Voranschlagsansätzen 1/15607 und 1/15617.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung**Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsofperversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 139/1997;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsofperversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsofperversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage BGBl. II Nr. 000/1998.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsofper- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation

Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland in Wien;

Bundessozialamt Oberösterreich in Linz;

Bundessozialämter Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	342,1	6 222,8	6 564,9	60,7
1998	363,8	6 216,9	6 580,7	77,5
1999	366,1	6 039,3	6 405,3	77,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1570 Bundessozialämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der beim Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland eingerichteten Schiedskommission. Neben der Vollziehung des Kriegsoffer- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsofferfondsgesetzes (Kriegsofferfonds) und Impfschadengesetzes sowie der im Artikel 33 des BGBl. Nr. 314 angeführten Gesetze wie zB Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz befaßt.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Unter diesem VA-Ansatz sind im wesentlichen die Ausgaben für Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZG) und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 1999 beträgt 0,0000 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025, 1995: 1,028, 1996: 1,023, 1997: 1,0000, 1998: 1,0133).

Kapitel 15 — Titel 157

91

Von dem mit 5 278,0 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	4,9
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV).....	2 095,8
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV).....	2 767,9
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	71,2
auf Rentengebühren für Eltern (KOV).....	10,5
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	113,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV).....	3,6
auf Rentengebühren für Waisen (HV).....	1,8
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,9
auf Sterbegeld (KOV und HV).....	32,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV).....	0,6
auf Rentenumwandlungen (KOV und HV).....	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG.....	173,7

Der Voranschlag 1999 berücksichtigt den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 6,0 vH jährlich. Am 1. Juli 1997 standen 85 038 Versorgungsberechtigte (40 886 Beschädigte, 42 608 Witwen, 1 170 Waisen, 374 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 90 559 am 1. Juli 1996.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1997 1 626 Personen, und zwar 1 530 Beschädigte, 48 Witwen, 25 Waisen und 23 Eltern, gegenüber 1 592 Personen am 1. Juli 1996.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 6,5 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1997 5 757 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 965 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten sowie Beihilfe gem. GSBG.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden. Diverse Maßnahmen zur Integration der Behinderten in den Arbeitsmarkt werden mit Mittel des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsoffer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

Kriegsofferfonds

Der Kriegsofferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, und wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

- Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1997;
- Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;
- Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;
- Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 683/1995;

Kapitel 15 — Titel 159

93

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;

Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1997;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;

Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;

Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 631/1994;

Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	214,5	61,6	276,1	6,2
1998	223,5	80,9	304,4	6,2
1999	227,5	81,7	309,2	6,2

Paragraph 1590 Heimarbeitskommissionen**Aufgaben und Organisation**

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

3 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 2 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

Paragraph 1592 Arbeitsinspektion**Aufgaben und Organisation**

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz,

Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

Anlagen

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen ist einer im Jahre 1999 durch einen neuen zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 364 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfangs der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 38 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 16 — Titel 160

95

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	70 208,0	219,3
1998	70 993,8	135,0
1999	71 152,9	139,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (55. Novelle), § 80;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (23. Novelle), § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (11. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (22. Novelle), § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1999 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/1998;

Anpassungsfaktor für 1999 X,XXXX gemäß BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehalte der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	57 494,1	0,0
1998	58 772,9	0,0
1999	59 569,5	0,0

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge über-

steigen. Hiebei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Die Eckdaten der Gebarung 1999 der Pensionsversicherungsträger:

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	980 388
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 224 800
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	108 423,0
Pflichtbeiträge	60 907,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	31 920,4
Bundesbeitrag für 1999	22 401,9

Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	15 443
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	16 200
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	1 776,8
Pflichtbeiträge	917,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	669,0
Bundesbeitrag für 1999	547,8

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	573 975
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 375 800
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	106 389,2
Pflichtbeiträge	91 236,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	12 758,6
Bundesbeitrag für 1999	9 774,7

Versicherungsanstalt der österr. Bergbaues

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	24 956
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	9 200
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	4 584,9
Pflichtbeiträge	896,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	2 437,0
Bundesbeitrag für 1999	1 843,7

Kapitel 16 — Titel 160

97

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG	156 114
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG.....	1 162
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem GSVG	227 600 ¹⁾
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem FSVG.....	13 400

Millionen Schilling

Pensionsaufwand nach dem GSVG.....	22 524,3
Pensionsaufwand nach dem FSVG	329,4
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen	9 155,0
Pflichtbeiträge für neue Selbständige	1 280,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen.....	1 082,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	883,0
Bundesmittel für 1999	12 446,8

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	194 014
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	190 700

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	15 557,1
Pflichtbeiträge	4 461,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	890,0
Bundesmittel für 1999	12 554,6

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Bundesgesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

¹⁾ Ohne die auf Grund des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997 zusätzlich erwartete Zahl von 40 000 neuen Versicherten.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr			
1966.....	1,070	1983.....	1,055
1967.....	1,081	1984.....	1,040
1968.....	1,064	1985.....	1,033
1969.....	1,071	1986.....	1,035
1970.....	1,054	1987.....	1,038
1971.....	1,071	1988.....	1,023
1972.....	1,074	1989.....	1,021
1973.....	1,090	1990.....	1,040 ¹⁾
1974.....	1,104	1991.....	1,050
1975.....	1,102	1992.....	1,040
1976.....	1,115	1993.....	1,040
1977.....	1,070	1994.....	1,025
1978.....	1,069	1995.....	1,028
1979.....	1,065	1996.....	1,023
1980.....	1,056	1997.....	1,000
1981.....	1,051	1998.....	1,0133
1982.....	1,052	1999.....	

¹⁾ 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung der Pension in Prozent	Steigerung des VPI in Prozent
1966.....	2 140,00	7,0	2,2
1967.....	2 313,30	8,1	4,0
1968.....	2 461,40	6,4	2,8
1969.....	2 636,20	7,1	3,1
1970.....	2 778,60	5,4	4,4
1971.....	2 975,90	7,1	4,7
1972.....	3 196,10	7,4	6,3
1973.....	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 ¹⁾	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 ²⁾	3 961,40		
I/1975 ³⁾	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 ²⁾	4 496,50		
1976 ⁴⁾	5 013,60	13,1	7,3
1977.....	5 364,60	7,0	5,5
1978.....	5 734,80	6,9	3,6
1979.....	6 107,60	6,5	3,7
1980.....	6 449,60	5,6	6,4
1981.....	6 778,50	5,1	6,8
1982.....	7 131,00	5,2	5,4
1983.....	7 523,20	5,5	3,3
1984.....	7 824,10	4,0	5,6
1985.....	8 082,30	3,3	3,2
1986.....	8 365,20	3,5	1,7
1987.....	8 683,10	3,8	1,4
I/1988.....	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 ⁵⁾	8 882,80		

Fußnoten siehe Seite 99

Kapitel 16 — Titel 161

99

im Jahre	auf in Schilling	der Pension	Jährliche Steigerung des VPI in Prozent
1989 ⁶⁾	9 069,30	3,3	2,5
1990 ⁷⁾	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,2
1996	11 550,00	2,3	1,9
1997	11 550,00	0,0	1,3
1998	11 703,60	1,33	1,5 ⁸⁾
1999	11 880,00 ⁸⁾	1,5	1,5 ⁸⁾

1) Erhöhung um 10,4%.

2) Erhöhung um 3,0%.

3) Erhöhung um 10,2%.

4) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

5) Erhöhung um 2,3%.

6) Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

7) Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).

8) Schätzwert.

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (55. Novelle), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (23. Novelle), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (22. Novelle), § 141;

Aufwertungszahl für 1999 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/1998;

Anpassungsfaktor für 1999 X,XXXX gemäß BGBl. I Nr. 000/1998;

Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1997 vorl. Erfolg.....	11 206,7	62,7
1998	10 651,8	0,0
1999	10 240,8	0,0

Ausgaben

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 bzw. 1997 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Schätzwerte für die Richtsätze ab 1. Jänner 1999 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1998):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	11 574 (11 403)
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	8 112 (7 992)
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	8 112 (7 992)
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenson	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	3 029 (2 984)
falls beide Elternteile verstorben sind.....	4 549 (4 482)
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5 383 (5 303)
falls beide Elternteile verstorben sind.....	8 112 (7 992)

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 864 (851) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
VII/1965.....	915	—	1 265	—	—
1966.....	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967.....	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968.....	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969.....	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 ¹⁾	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 ²⁾	1 333		1 851		
I/1971 ³⁾	1 428		1 983		
VII/1971 ⁴⁾	1 528	13,0	2 122	13,0	5,4
1972 ⁵⁾	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973.....	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 ⁶⁾	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 ⁷⁾	2 060		2 947		
I/1975 ⁸⁾	2 285		3 270		
VII/1975 ⁷⁾	2 354	14,3	3 368	14,3	9,1
1976 ⁹⁾	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977.....	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978.....	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979.....	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980.....	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981.....	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982.....	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983.....	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 ¹⁰⁾	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985.....	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986.....	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1
1987.....	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988.....	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989.....	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 ¹¹⁾	5 434	7,2	7 784	7,2	2,8
VII/1990 ¹²⁾	5 574		7 984		
1991 ¹³⁾	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992.....	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993.....	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0

Fußnoten siehe Seite 101.

Kapitel 16 — Titel 162

101

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
1994	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995	7 710	2,8	11 000	2,8	1,5
1996	7 887	2,3	11 253	2,3	2,1
1997	7 887	0,0	11 253	0,0	1,6
1998	7 992	1,33	11 403	1,33	1,5 ¹⁴⁾
1999	8 112 ¹⁴⁾	1,5	11 574 ¹⁴⁾	1,5	1,5 ¹⁴⁾

1) Erhöhung um 5,4%.

2) Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.

3) Erhöhung um 7,1%.

4) Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.

5) Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.

6) Erhöhung um 11,1%.

7) Erhöhung um 3,0%.

8) Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.

9) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

10) Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.

11) Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.

12) Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.

13) Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.

14) Schätzwert.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (55. Novelle), § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (23. Novelle), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (22. Novelle), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 1999 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/1998;

Anpassungsfaktor für 1999 X,XXXX gemäß BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg	882,3	0,0
1998	900,0	0,0
1999	651,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 wurde der Bundesbeitrag zur Krankenversicherung nach dem BSVG für das Jahr 1998 mit 649 Millionen Schilling festgesetzt. Ausgehend von diesem Betrag ist der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr durch Vervielfachung mit dem Anpassungsfaktor festzusetzen. Im Geschäftsjahr 1999 ist der so ermittelte Betrag zusätzlich um 35 Millionen Schilling zu kürzen. Da diese Bestimmung bei der Erstellung des Bundesvoranschlags 1998 nicht mehr berücksichtigt werden konnte, ergibt sich im Vergleich der Bundesvoranschläge 1998 und 1999 eine Verringerung von rund 250 Millionen Schilling.

Ausgaben

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Der Beitrag des Bundes ist so festzustellen, daß der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Im Jahr 1999 ist der so ermittelte Betrag um 35 Millionen Schilling zu kürzen.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1999 kommen die Ersätze für das Jahr 1998 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (55. Novelle), § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (22. Novelle), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1998 (26. Novelle), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1999 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/1998;

Anpassungsfaktor für 1999 X,XXXX gemäß BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	332,0	23,4
1998	344,8	0,0
1999	355,6	0,0

Ausgaben

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Kapitel 16 — Titel 165

103

Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)**Gesetzliche Grundlagen**

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1999 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/1998;

Anpassungsfaktor für 1999 X,XXXX gemäß BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	292,8	133,2
1998	324,3	135,0
1999	336,0	139,0

Ausgaben

Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten:**Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung**

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsun- fähigkeit)	398 890	393 624	387 684	386 615	388 307
Alterspensionen	854 033	932 798	965 905	993 368	1 018 389
Witwepensionen	29 646	31 309	33 090	33 677	33 748
Witwenpensionen	448 655	447 033	445 901	450 825	456 025
Waisenpensionen.....	51 064	51 007	50 734	50 228	49 583
Alle Pensionen . . .	1 822 288	1 855 771	1 883 314	1 914 713	1 946 052

¹⁾ Schätzung.

104

Kapitel 16**Durchschnittspensionen im Juli
(ohne AZ):**

	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsun- fähigkeit).....	8 079 S	8 345 S	8 443 S	8 650 S	8 867 S
Alterspensionen	10 496 S	10 872 S	11 003 S	11 255 S	11 517 S
Witwerpensionen	2 720 S	3 080 S	3 134 S	3 221 S	3 330 S
Witwenpensionen	5 702 S	5 913 S	5 998 S	6 139 S	6 299 S
Waisenpensionen.....	2 115 S	2 212 S	2 262 S	2 336 S	2 419 S
Alle Pensionen . . .	8 425 S	8 772 S	8 917 S	9 149 S	9 392 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	22 716 S	23 308 S	23 861 S	24 496 S	25 207 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	3 014 549	2 998 256	3 020 900	3 036 200 ²⁾	3 057 700 ²⁾

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG**Durchschnittlicher Stand
an Pensionen:**

	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	310 588	307 213	303 462	304 394	308 117
Alterspensionen	741 959	776 205	806 370	830 059	850 117
Witwerpensionen	23 831	25 273	26 798	27 258	27 287
Witwenpensionen	361 784	360 919	360 548	364 453	368 375
Waisenpensionen.....	41 955	42 013	41 835	41 452	40 866
Alle Pensionen . . .	1 480 117	1 511 623	1 539 013	1 567 616	1 594 762

**Durchschnittspensionen im Juli
(ohne AZ):**

Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	8 720 S	8 999 S	9 100 S	9 302 S	9 507 S
Alterspensionen	10 806 S	11 173 S	11 288 S	11 531 S	11 782 S
Witwerpensionen	2 878 S	3 226 S	3 275 S	3 361 S	3 465 S
Witwenpensionen	6 001 S	6 213 S	6 290 S	6 428 S	6 586 S
Waisenpensionen.....	2 206 S	2 304 S	2 355 S	2 431 S	2 516 S
Alle Pensionen . . .	8 822 S	9 168 S	9 303 S	9 529 S	9 762 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	23 913 S	24 456 S	24 942 S	25 489 S	26 164 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	2 589 239	2 573 214	2 587 500	2 602 500	2 626 000

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozial-
versicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft****Durchschnittlicher Stand
an Pensionen:**

	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	20 485	20 307	19 997	19 820	19 720
Alterspensionen	79 686	80 909	81 886	83 359	85 267
Witwerpensionen	2 251	2 344	2 467	2 503	2 520
Witwenpensionen	44 805	44 496	44 191	44 697	45 325
Waisenpensionen.....	3 419	3 379	3 372	3 317	3 282
Alle Pensionen . . .	150 646	151 435	151 913	153 696	156 114

¹⁾ Schätzung.²⁾ Ohne die auf Grund des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997 zusätzlich erwartete Zahl von 40 000 neuen Versicherten im GSVG.

Kapitel 16**105**

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	7 844 S	8 181 S	8 317 S	8 571 S	8 835 S
Alterspensionen	11 358 S	11 849 S	12 109 S	12 497 S	12 925 S
Witwerpensionen	2 678 S	3 514 S	3 602 S	3 747 S	3 937 S
Witwenpensionen	5 605 S	5 847 S	5 987 S	6 185 S	6 406 S
Waisenpensionen.....	2 260 S	2 357 S	2 432 S	2 528 S	2 637 S
Alle Pensionen . . .	8 833 S	9 253 S	9 476 S	9 797 S	10 154 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	18 256 S	19 386 S	20 588 S	22 017 S	23 118 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	208 575	210 538	221 600	225 600 ²⁾	227 600 ²⁾

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	38	40	33	35	38
Alterspensionen	794	807	741	770	836
Witwerpensionen	10	11	10	10	12
Witwenpensionen	208	227	222	216	217
Waisenpensionen.....	61	67	53	54	59
Alle Pensionen . . .	1 111	1 152	1 059	1 085	1 162

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	14 798 S	14 728 S	15 236 S	15 396 S	15 546 S
Alterspensionen	21 652 S	22 267 S	22 470 S	22 966 S	23 448 S
Witwerpensionen	5 938 S	7 458 S	7 449 S	7 038 S	6 685 S
Witwenpensionen	11 218 S	11 427 S	11 442 S	11 634 S	11 851 S
Waisenpensionen.....	3 645 S	3 899 S	3 977 S	4 173 S	4 395 S
Alle Pensionen . . .	18 334 S	18 660 S	18 865 S	19 384 S	19 883 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	30 117 S	31 386 S	31 700 S	32 651 S	33 631 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	10 337	10 872	12 100	12 900	13 400

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	67 779	66 064	64 192	62 366	60 432
Alterspensionen	71 594	74 877	76 908	79 180	82 169
Witwerpensionen	3 554	3 681	3 815	3 906	3 929
Witwenpensionen	41 858	41 391	40 940	41 459	42 108
Waisenpensionen.....	5 629	5 548	5 474	5 405	5 376
Alle Pensionen . . .	190 414	191 561	191 329	192 316	194 014

¹⁾ Schätzung.

²⁾ Ohne die auf Grund des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997 zusätzlich erwartete Zahl von 40 000 neuen Versicherten.

106

Kapitel 16**Durchschnittspensionen im Juli
(ohne AZ):**

	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	5 212 S	5 353 S	5 376 S	5 489 S	5 611 S
Alterspensionen	6 206 S	6 568 S	6 719 S	6 939 S	7 198 S
Witwepensionen	1 680 S	1 783 S	1 832 S	1 901 S	1 986 S
Witwenpensionen	3 192 S	3 341 S	3 409 S	3 518 S	3 643 S
Waisenpensionen.....	1 334 S	1 404 S	1 428 S	1 477 S	1 533 S
Alle Pensionen . . .	4 961 S	5 210 S	5 311 S	5 475 S	5 670 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	11 844 S	12 417 S	13 021 S	13 589 S	13 936 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	206 398	203 632	199 700	195 200	190 700

¹⁾ Schätzung.**Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen**

	Arbeitnehmer-einkommen ¹⁾	Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage ²⁾ in der		
		Pensionsversicherung der Arbeiter	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
		Schilling		
1989	21 050	15 435	20 320	24 105
1990	22 250	16 362	21 328	25 404
1991	23 690	17 319	22 570	26 713
1992	25 000	18 334	23 953	28 415
1993	26 040	19 126	25 051	30 903
1994	26 910	19 863	26 084	32 909
1995	27 760	20 561	27 050	34 675
1996	28 230	21 021	27 591	35 666
1997	28 682 ³⁾	21 279 ³⁾	28 253 ³⁾	36 415 ³⁾
1998	29 255 ³⁾	21 703 ³⁾	28 875 ³⁾	37 618 ³⁾
1999	30 045 ³⁾	22 286 ³⁾	29 577 ³⁾	38 870 ³⁾

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchstbeitragsgrundlage Schilling	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1997	40 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1998	42 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1999	42 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

¹⁾ Durchschnittliches Monatseinkommen der Arbeitnehmer laut VGR (12mal jährlich).²⁾ Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.³⁾ Vorläufige Werte bzw. Prognosewerte.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	742 100	8,3	10,5	2,5	3,1
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	820 940	8,9	11,0	2,6	3,2
1978	17 306 ³⁾	5 218	22 524 ³⁾	265 521	866 820	6,5	8,5	2,0	2,6
1979	18 557 ³⁾	5 452	24 009 ³⁾	288 134	945 890	6,4	8,3	2,0	2,5
1980	16 538 ³⁾	5 596	22 134 ³⁾	306 492	1 016 140	5,4	7,2	1,6	2,2
1981	18 714 ³⁾	5 823	24 537 ³⁾	339 456	1 081 740	5,5	7,2	1,7	2,3
1982	24 687 ³⁾	6 123	30 810 ³⁾	372 775	1 161 170	6,6	8,3	2,1	2,7
1983	33 568 ³⁾	6 302	39 870 ³⁾	407 791	1 237 380	8,2	9,8	2,7	3,2
1984	33 462 ³⁾	7 258	40 720 ³⁾	435 135	1 299 010	7,7	9,4	2,6	3,1
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 369 100	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 439 040	7,7	9,0	2,7	3,1
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 494 130	8,8	10,0	3,0	3,4
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 ⁴⁾	1 565 770	8,3 ⁴⁾	9,4 ⁴⁾	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 ⁴⁾	1 676 680	8,1 ⁴⁾	9,2 ⁴⁾	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 ⁴⁾	1 813 480	7,2 ⁴⁾	8,4 ⁴⁾	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 ⁴⁾	1 945 820	7,2 ⁴⁾	8,5 ⁴⁾	2,5	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 ⁴⁾	2 057 270	6,7 ⁴⁾	7,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 ⁴⁾	2 125 180	5,6 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,3	2,7
1994	42 499	11 349	53 848	852 539 ⁴⁾	2 239 620	5,0 ⁴⁾	6,3 ⁴⁾	1,9	2,4
1995	55 919	11 210	67 129	969 433 ⁴⁾	2 334 360	5,8 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1996	57 072	11 054	68 126	885 018 ⁴⁾	2 421 620	6,4 ⁴⁾	7,7 ⁴⁾	2,4	2,8
1997	57 494	11 207	68 701	999 970 ⁴⁾	2 516 940	5,7 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,3	2,7
1998	58 773	10 652	69 425	986 131 ⁴⁾	2 617 620	6,0 ⁴⁾	7,0 ⁴⁾	2,2	2,7
1999	59 570	10 241	69 811	1 021 733 ⁴⁾	2 735 400	5,8 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,2	2,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1996, vorläufiger Erfolg 1997, Bundesvoranschläge 1998 und 1999.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Februar 1998).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichs- zulagen ¹	Bundesmittel (BB+AZ) ¹	Gesamtausgaben des Bundes ¹	Brutto-Inlands- produkt ²	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975	11 400	2 475	13 875	196 697	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976	12 046	2 697	14 743	221 900	742 100	5,4	6,6	1,6	2,0
1977	13 407	2 872	16 279	236 658	820 940	5,7	6,9	1,6	2,0
1978	8 846	3 030	11 876	265 521	866 820	3,3	4,5	1,0	1,4
1979	9 308	3 147	12 455	288 134	945 890	3,2	4,3	1,0	1,3
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	1 016 140	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 081 740	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 161 170	3,2	4,2	1,0	1,3
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 237 380	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 299 010	4,6	5,5	1,5	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 369 100	4,6	5,4	1,6	1,8
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 439 040	4,8	5,6	1,7	1,9
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 494 130	5,5	6,2	1,9	2,1
1988	29 877	3 765	33 642	568 904 ³⁾	1 565 770	5,3 ³⁾	5,9 ³⁾	1,9	2,1
1989	30 280	3 675	33 955	602 672 ³⁾	1 676 680	5,0 ³⁾	5,6 ³⁾	1,8	2,0
1990	25 334	4 139	29 473	624 858 ³⁾	1 813 480	4,1 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,6
1991	27 249	4 700	31 949	678 889 ³⁾	1 945 820	4,0 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,6
1992	26 793	5 317	32 110	739 506 ³⁾	2 057 270	3,6 ³⁾	4,3 ³⁾	1,3	1,6
1993	24 888	6 042	30 930	856 127 ³⁾	2 125 180	2,9 ³⁾	3,6 ³⁾	1,2	1,5
1994	19 594	6 785	26 379	852 539 ³⁾	2 239 620	2,3 ³⁾	3,1 ³⁾	0,9	1,2
1995	29 149	6 725	35 874	969 433 ³⁾	2 334 360	3,0 ³⁾	3,7 ³⁾	1,2	1,5
1996	30 853	6 689	37 542	885 018 ³⁾	2 421 620	3,5 ³⁾	4,2 ³⁾	1,3	1,6
1997	32 612	6 841	39 453	999 970 ³⁾	2 516 940	3,3 ³⁾	3,9 ³⁾	1,3	1,6
1998	34 331	6 510	40 841	986 131 ³⁾	2 617 620	3,5 ³⁾	4,1 ³⁾	1,3	1,6
1999	34 568	6 125	40 693	1 021 733 ³⁾	2 735 400	3,4 ³⁾	4,0 ³⁾	1,3	1,5

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1996, vorläufiger Erfolg 1997, Bundesvoranschläge 1998 und 1999.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Februar 1998).

³⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichs- zulagen ¹)	Bundesmittel (BB+AZ) ¹)	Gesamtausgaben des Bundes ¹)	Brutto-Inlands- produkt ²)	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling						%	%	%	%
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	742 100	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	820 940	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 ³⁾	821	5 140 ³⁾	265 521	866 820	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 ³⁾	831	5 475 ³⁾	288 134	945 890	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 ³⁾	837	5 852 ³⁾	306 492	1 016 140	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 ³⁾	862	7 153 ³⁾	339 456	1 081 740	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 ³⁾	878	7 830 ³⁾	372 775	1 161 170	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 ³⁾	876	8 445 ³⁾	407 791	1 237 380	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 ³⁾	996	8 398 ³⁾	435 135	1 299 010	1,7	1,9	0,6	0,6
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 369 100	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 439 040	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 494 130	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 ⁴⁾	1 565 770	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 ⁴⁾	1 676 680	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 ⁴⁾	1 813 480	1,7 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,6
1991	12 157	937	13 094	678 889 ⁴⁾	1 945 820	1,8 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 ⁴⁾	2 057 270	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 ⁴⁾	2 125 180	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1994	12 432	1 208	13 640	852 539 ⁴⁾	2 239 620	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1995	15 266	1 166	16 432	969 433 ⁴⁾	2 334 360	1,6 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,7	0,7
1996	14 410	1 125	15 535	885 018 ⁴⁾	2 421 620	1,6 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,6
1997	13 161	1 129	14 290	999 970 ⁴⁾	2 516 940	1,3 ⁴⁾	1,4 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	12 267	1 051	13 318	986 131 ⁴⁾	2 617 620	1,2 ⁴⁾	1,4 ⁴⁾	0,5	0,5
1999	12 447	971	13 418	1 021 733 ⁴⁾	2 735 400	1,2 ⁴⁾	1,3 ⁴⁾	0,5	0,5

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1996, vorläufiger Erfolg 1997, Bundesvoranschläge 1998 und 1999.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Februar 1998).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Kapitel 16

109

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling					%	%	%	%	
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	742 100	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	820 940	1,5	2,0	0,4	0,6
1978	4 141 ³⁾	1 367	5 508 ³⁾	265 521	866 820	1,6	2,1	0,5	0,6
1979	4 605 ³⁾	1 474	6 079 ³⁾	288 134	945 890	1,6	2,1	0,5	0,6
1980	4 527 ³⁾	1 531	6 058 ³⁾	306 492	1 016 140	1,5	2,0	0,4	0,6
1981	5 114 ³⁾	1 615	6 729 ³⁾	339 456	1 081 740	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 ³⁾	1 712	7 402 ³⁾	372 775	1 161 170	1,5	2,0	0,5	0,6
1983	6 183 ³⁾	1 820	8 003 ³⁾	407 791	1 237 380	1,5	2,0	0,5	0,6
1984	6 179 ³⁾	2 020	8 199 ³⁾	435 135	1 299 010	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 369 100	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 439 040	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 494 130	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 ⁴⁾	1 565 770	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 ⁴⁾	1 676 680	1,4 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 ⁴⁾	1 813 480	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 ⁴⁾	1 945 820	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 ⁴⁾	2 057 270	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 ⁴⁾	2 125 180	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 539 ⁴⁾	2 239 620	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	11 504	3 319	14 823	969 433 ⁴⁾	2 334 360	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1996	11 809	3 240	15 049	885 018 ⁴⁾	2 421 620	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1997	11 721	3 237	14 958	999 970 ⁴⁾	2 516 940	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	12 175	3 091	15 266	986 131 ⁴⁾	2 617 620	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1999	12 555	3 145	15 700	1 021 733 ⁴⁾	2 735 400	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1996, vorläufiger Erfolg 1997, Bundesvoranschläge 1998 und 1999.

²⁾ Werte nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Stand: Februar 1998).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 ²⁾	5 267	21 624 ²⁾	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 ²⁾	5 482	23 850 ²⁾	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 ²⁾	5 620	22 286 ²⁾	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 ²⁾	5 841	24 130 ²⁾	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 ²⁾	6 172	31 040 ²⁾	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 ²⁾	6 307	38 161 ²⁾	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 ²⁾	6 477	40 156 ²⁾	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	46 118	11 294	57 412	228 771	240 065	20,2	23,9
1995	52 255	11 201	63 456	241 744	252 945	21,6	25,1
1996	53 834	10 982	64 816	254 432	265 414	21,2	24,4
1997	57 451	11 173	68 624	262 350	273 523	21,9	25,1
1998	58 773	10 652	69 425	273 433	284 085	21,5	24,4
1999	59 570	10 241	69 811	284 108	294 349	21,0	23,7

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 und 1999 Bundesvoranschläge.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2
1988	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0
1989	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9
1990	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0
1991	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4
1992	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9
1993	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4
1994	22 069	6 765	28 834	193 578	200 343	11,4	14,4
1995	26 972	6 753	33 725	204 579	211 332	13,2	16,0
1996	28 407	6 630	35 037	215 807	222 437	13,2	15,8
1997	32 955	6 815	39 770	222 809	229 624	14,8	17,3
1998	34 331	6 510	40 841	232 079	238 589	14,8	17,1
1999	34 568	6 125	40 693	241 109	247 234	14,3	16,5

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 und 1999 Bundesvoranschläge.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 ²⁾	824	5 028 ²⁾	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 ²⁾	834	5 407 ²⁾	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 ²⁾	843	5 977 ²⁾	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 ²⁾	859	6 938 ²⁾	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 ²⁾	880	7 635 ²⁾	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 ²⁾	875	8 292 ²⁾	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 ²⁾	873	8 209 ²⁾	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 452	1 197	14 649	20 434	21 631	65,8	67,7
1995	14 004	1 159	15 163	21 469	22 628	65,2	67,0
1996	13 849	1 128	14 977	22 259	23 387	62,2	64,0
1997	12 869	1 125	13 994	22 860	23 985	56,3	58,3
1998	12 267	1 051	13 318	23 874	24 925	51,4	53,4
1999	12 447	971	13 418	25 025	25 996	49,7	51,6

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 und 1999 Bundesvoranschläge.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Kapitel 16

113

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 ²⁾	1 382	5 434 ²⁾	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 ²⁾	1 482	6 081 ²⁾	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 ²⁾	1 535	6 077 ²⁾	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 ²⁾	1 615	6 669 ²⁾	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 ²⁾	1 724	7 343 ²⁾	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 ²⁾	1 821	7 923 ²⁾	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 ²⁾	1 899	8 011 ²⁾	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 597	3 332	13 929	14 759	18 091	71,8	77,0
1995	11 279	3 289	14 568	15 696	18 985	71,9	76,7
1996	11 578	3 224	14 802	16 366	19 590	70,7	75,6
1997	11 627	3 233	14 860	16 681	19 914	69,7	74,6
1998	12 175	3 091	15 266	17 480	20 571	69,7	74,2
1999	12 555	3 145	15 700	17 974	21 119	69,9	74,3

¹⁾ 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 und 1999 Bundesvoranschläge.

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Kapitel 17 — Titel 172

115

Kapitel 17 Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere aus Abschnitt D des Teiles 2 der Anlage zu § 2, soweit Angelegenheiten des Gesundheitswesens betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	209,3	10 801,6	11 010,9	816,2
1998	155,1	12 201,3	12 356,4	929,8
1999	157,9	12 461,8	12 619,7	890,8

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1996;
 Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 108/1997;
 Bundesgesetz über die Regelung des med.-techn. Fachdienstes und die Sanitätshilfsdienste, BGBl. I Nr. 108/1997;
 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997;
 Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 462/1992;
 Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
 Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996;
 Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 112/1997;
 Suchtgiftverordnung, BGBl. II Nr. 374/1997;
 Psychotropenverordnung, BGBl. II Nr. 375/1997;
 Vorläuferstoffverordnung, BGBl. II Nr. 376/1997;
 Suchtgift-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 377/1997;
 Psychotropen-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 378/1997;
 Kundmachung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch, BGBl. II Nr. 379/1997;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
 Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1996;
 Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
 Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
 Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
 Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;

116

Kapitel 17 — Titel 172

Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997;
 Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
 Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information, BGBl. I Nr. 000/1998.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information;
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
 Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe;
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps, Haemophilus, influenzae b, Hepatitis B;
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
 Kariesprophylaxe;
 Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;
 Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
 Psychische Hygiene;
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
 Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;
 Beteiligung an WHO-Projekten;
 Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauches;
 Zivilschutz;
 Arzneimittelwesen;
 Krankenanstaltenwesen;
 Medizinische Strahlenangelegenheiten;
 Medizinprodukte.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	5 203,2	634,6
1998	5 616,8	734,5
1999	5 735,7	694,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Mindereinnahmen durch geringeren Eingang an aliquoten Vorsteueranteilen der VOEST-Alpine-Medizintechnik Ges. m. b. H. infolge weitgehender Fertigstellung des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

	1997	1998 Millionen Schilling	1999
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen.....	124,7	272,7	272,2
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	494,8	0,0	0,0
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken).....	4 176,3	4 698,7	4 816,1
Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauches.....	26,6	28,4	28,4
Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information	—	100,0	100,0
Mutter-Kind-Paß	380,8	517,0	519,0
Summe ...	5 203,2	5 616,8	5 735,7

Paragraph 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen**Anlagen**

Für die Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Belange sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen

Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Kapitel 17 — Titel 172

117

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1999 folgender Impfplan beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung bei Austritt aus der Schule.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Durchführung von Impfungen entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaften sowie der epidemiologischen Erfordernisse vorgesorgt, wobei schwerpunktmäßig noch bestehende Impflücken beseitigt werden.

Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für human-genetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.

Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen und der Psychotherapeuten ist vorgesorgt.

Mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen werden fachlich autorisierte Stellen befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten. Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.

Voranschlagsansatz 1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)

In diesem Bereich sind die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand und für Neu-, Zu- und Umbauten an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck veranschlagt.

Paragraph 1722 Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtmittelmißbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des neuen Suchtmittelgesetzes vorgesorgt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtmittelrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtmittelmißbrauch bereitgestellt.

Paragraph 1723 Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information (zweckgeb. Gebarung)

In diesem Bereich sind die Mittel für die Ergänzung der bereits etablierten Vorsorgemaßnahmen der Förderung und Durchführung kohärenter praktischer Aktivitäten und flankierender wissenschaftlicher Studien in der Gesundheitsförderung veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt durch Mitteln aus der Umsatzsteuer für Tabakwaren.

Paragraph 1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung)

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Zweckgebundene Einnahmen aus der Umsatzsteuer zugunsten Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

- Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
 Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
 Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 108/1997;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
 Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 377/1996;
 Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1997;
 Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000, BGBl. I Nr. 111/1997;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;
 Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996;
 Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich, BGBl. Nr. 783/1996, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 63/1998;
 Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Kostenrechnungsverordnung für Fonds-krankenanstalten), BGBl. Nr. 784/1996;
 Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Statistikdaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Statistikverordnung für Fonds-krankenanstalten), BGBl. Nr. 785/1996;
 Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 nicht finanziert werden (Statistikverordnung für Nichtfonds-krankenanstalten), BGBl. Nr. 786/1996;
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Beobachtung, Analyse und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, Weiterentwicklung der leistungsorientierten Vergütungssysteme, Erstellung eines Gesundheitsplanes und Überwachung seiner Einhaltung sowie Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Weiters alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Gesundheitswesen, woraus in erster Linie Zahlungen von Zweckzuschüssen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	5 457,6	0,0
1998	6 434,6	0,1
1999	6 576,2	0,1

Kapitel 17 — Titel 179

119

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1997	1998	1999
		Millionen Schilling	
Aufwendungen	2,1	4,8	4,8
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	0,1	2,0	2,0
Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG).....	5 368,1	6 317,8	6 459,4
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz.....	25,2	40,0	40,0
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen.....	4,2	21,0	21,0
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	54,1	45,0	45,0
Schülerbeihilfen	3,8	4,0	4,0
Summe ...	5 457,6	6 434,6	6 576,2

Vorschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Vorschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für die Fahrtkostenzuschüsse und für die Studienunterstützungen in Härtefällen für Studierende an medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen. Weiters sind Zahlungen nach § 105a Ärztegesetz veranschlagt (zuvor 1/17208).

Vorschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz

Bei diesem Vorschlagsansatz sind die Kosten für die Umsetzung der Richtlinie der EU, 76/160/EWG veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)

Bundeszuschüsse für die Krankenanstaltenfinanzierung gemäß § 57 und § 58 Krankenanstaltengesetz.

Vorschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Vorschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen

Bei diesem Vorschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen und die Aufwendungen nach dem Bazillenausscheidergesetz veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Vorschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Vorschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten, der Arzneimitteluntersuchungsanstalten und der Bundes-Hebammenakademien. Bis Februar 1997 wurden unter diesem Titel auch die Gebarung der Lebensmitteluntersuchungsanstalten der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes ausgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
 Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;

Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
 Hebammen-Ausbildungsverordnung, BGBl. Nr. 599/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	180,9	126,1	307,0	179,7
1998	155,1	149,9	305,0	195,2
1999	157,9	149,9	307,8	196,7

Paragraph 1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten

Aufgaben und Organisation

1. Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des
 Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
 Tuberkulosegesetzes,
 Bazillenausscheidergesetzes,
 Bäderhygienegesetzes,
 Geschlechtskrankheitengesetzes,
 AIDS-Gesetzes,
 Mutter-Kind-Passes;
 Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
 Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
 Untersuchungen von Infusionspräparaten.

2. Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:
 Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
 Balneochemische Untersuchungen.

3. Bundesstaatliche Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen:
 Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
 Balneologische Untersuchungen.

4. Bundesstaatliches Serumprüfinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:
 Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
 Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes,
 Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

Anlagen

Durch die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten ist zur Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsstandards die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Kapitel 17 — Titel 179

121

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraph 1794 Bundes-Hebammenakademien**Aufgaben**

In den Bundes-Hebammenakademien wird die Ausbildung auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Anlagen

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Unterrichtsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

Aufwendungen

Dieser Ansatz berücksichtigt die Kosten für die Führung der einzelnen Akademien.

Einnahmen

Kostenersätze aus Betriebsführung.

Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	265,7	2 686,6	2 952,3	10,7
1998	265,0	3 623,5	3 888,5	124,1
1999	282,0	4 308,5	4 590,5	533,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 180 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie obliegen die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes sowie der Familienpolitik, der Familienförderung und der Jugenderziehung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	173,8	130,8	304,6	3,6
1998	171,1	147,1	318,2	1,8
1999	186,3	140,1	326,4	1,8

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz erwachsen im wesentlichen Aufwendungen für Familienbeihilfen und aus einem Beitrag zur ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Ausgaben für den laufenden Betrieb auch die Aufwendungen für die Veranstaltung von umweltpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Titel 186 Umweltschutz

Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. II Nr. 95/1997;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1991;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 773/1996;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH, BGBl. Nr. 653/1996;

Kapitel 18 — Titel 186

123

Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/1994;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 60/1997;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 115/1997;

Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, BGBl. I Nr. 115/1997;

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985;

Chemikaliengesetz, BGBl. I Nr. 53/1997;

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 115/1997;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:

- die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
- die Umweltförderung im Inland,
- die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa) und
- die Förderung der Altlastensanierung.

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Österreichische Kommunalkredit AG betraut.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	2 442,7	0,9
1998	3 352,1	117,1
1999	4 044,1	526,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert vor allem aus der Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft. Die Erhöhung der Einnahmen ergibt sich aufgrund einer geplanten Überweisung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Paragraph 1860 Umweltpolitische Maßnahmen**Anlagen**

Hier ist für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz vorgesorgt.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel zur Errichtung von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung der Gesetze.

124

Kapitel 18 — Titel 187**Paragraph 1862 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997.

Aufgaben

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gem. § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraph 1863 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraph 1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

Bei diesem Paragraph werden Mittel für die Umweltförderung im Inland und im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/18656 EU-Förderungen

Bei diesem Ansatz wird der Anteil der Europäischen Union an Aktionsprogrammen und Strukturfonds im Umweltbereich verrechnet.

Weitere Details über EU-Beträge und Rückflüsse können den Erläuterungen zu Kap. 52, Titel 529, entnommen werden.

Titel 187 Umweltbundesamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985.

Aufgaben

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	91,9	113,1	205,0	6,1
1998	94,0	124,2	218,2	5,2
1999	95,8	124,2	220,0	5,2

Anlagen

Hier wird für die Ausstattung der Unterkunft des Umweltbundesamtes sowie für Erweiterungen der ADV-Anlage und für Ersatzanschaffungen von Luftmeßgeräten vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Vergebührung von Mietverträgen, Vertragsgebühren für ADV-Einrichtungen und Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

Kapitel 19 — Titel 190 und 191

125

Kapitel 19 Jugend und Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L, soweit Angelegenheiten der Familien- und Jugendpolitik sowie des Familienlastenausgleiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	0,0	54 981,2	54 981,2	55 425,7
1998	0,0	55 561,8	55 561,8	59 234,5
1999	0,0	57 598,4	57 598,4	61 847,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 201/1996, sind die Personal- und Sachausgaben für den Bereich der Zentraleitung (ehemaliger Titel 190) ab dem Zeitraum Mai 1996 beim Titel 180 mitveranschlagt.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	53,0	606,1
1998	54,8	3 843,0
1999	54,8	4 419,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die höheren Einnahmen gegenüber dem BVA 1998 ergeben sich aus dem Überschuß aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, der gemäß § 40 Abs. 7 FLAG 1967 in Anrechnung der Verbindlichkeit des Reservefonds an den Bund zu überweisen ist.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen

Für familienpolitische Maßnahmen sind 1999 25,5 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19118 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Ausgaben für Veranstaltungen von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Bis Mai 1996 waren diese Ausgaben bei Voranschlagsansatz 1/19008 mitveranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen**Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

126

Kapitel 19 — Titel 193**Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 30/1998.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

Die Gewährung von Familienbeihilfen sowie eines Mehrkindzuschlages;

die Gewährung einer Kleinkindbeihilfe;

die Gewährung eines Mutter-Kind-Paß-Bonus;

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;

die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;

die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;

eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;

die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;

die Förderung von Familienberatungsstellen;

die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;

die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;

die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;

Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;

Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;

Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;

Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;

Ersatz der Teilzeitbeihilfe.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	54 819,5	54 819,5
1998	55 391,4	55 391,4
1999	57 428,0	57 428,0

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (—)
	Millionen Schilling		
1988	38 963,1	38 374,5	– 588,6
1989	38 686,7	40 062,8	+1 376,1
1990	41 855,7	42 925,1	+1 069,4
1991	43 903,6	42 124,3	–1 779,3
1992	49 977,3	48 489,1	–1 488,2
1993	53 168,9	49 766,0	–3 402,9
1994	57 620,9	52 991,7	–4 629,2
1995	55 716,3	52 664,1	–3 052,3
1996	54 546,3	53 694,1	– 852,3
1997 (vorl. Erfolg).....	54 213,4	54 819,5	+ 606,1
1998 (Bundesvoranschlag).....	51 548,4	55 391,4	+3 843,0
1999 (Bundesvoranschlag).....	52 776,1	57 428,0	+4 651,9

Kapitel 19 — Titel 193

127

Gebarung

Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen

Die Familienbeihilfe beträgt ab 1. Jänner 1999 für jedes Kind 1 425 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 775 Schilling.

Ab 1. Jänner 1999 wird — zusätzlich zur Familienbeihilfe — ein vom Familieneinkommen abhängiger Mehrkindzuschlag für jedes dritte und jedes weitere Kind in Höhe von 200 Schilling monatlich gewährt.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 1 007 705 Anspruchsberechtigte für rund 1 710 513 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Ferner wird für 52 587 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1997 7 434.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Geburtenbeihilfen

Der Mutter-Kind-Paß-Bonus beträgt einmal 2 000 Schilling und wird mit Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes ausgezahlt, wenn die vorgeschriebenen Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen nachgewiesen sind.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schulfahrtbeihilfe:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1991/92	138 000 *)	413,4	2 995 *)
1992/93	138 000 *)	445,7	3 230 *)
1993/94	138 000 *)	403,6	2 925 *)
1994/95	110 000 *)	313,6	2 842 *)

Rückgang infolge Entfalls der Heimfahrtbeihilfe.

Lehrlingsfahrtbeihilfe:

Lehrjahr	Lehrlingsanzahl	Ausgaben in S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Lehrling
1994/95	1 287	747 840	581

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	BVA 1996	BVA 1997 Millionen Schilling	BVA 1998
1. Linienverkehr	3 708,9	3 421,9	3 071,8
2. Gelegenheitsverkehr	574,4	587,0	587,0

*) Schätzziffern

128

Kapitel 19 — Titel 193

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnitts- ausgaben Schilling pro Kind
1992/93	930 000	4 010,4	4 313
1993/94	884 400	4 217,4	4 769
1994/95	906 800	4 413,1	4 867
1995/96	863 100	4 530,9	5 250

Der Eigenanteil beträgt 270 Schilling pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfasst:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1991/92	1 141 429	1 050,1	920,0	106,5
1992/93	1 154 181	1 100,8	954,0	110,0
1993/94	1 157 876	1 137,2	982,0	113,0
1994/95	1 160 609	1 179,1	1 015,9	117,1
1995/96	1 165 664	1 186,7	1 018,1	121,1
1996/97	1 169 717	1 201,6	1 027,3	127,6

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß §30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraph 1936 Härteausgleich

Gemäß §38a Abs.1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraph 1937 Familienberatungsstellen

Gemäß §39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr.80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.130/1997, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1999 werden voraussichtlich rd. 330 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Paragraph 1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen**Voranschlagsansatz 1/19387 Sonstige Maßnahmen****Beitrag zum Karenzurlaubsgeld**

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld werden 70 vH des Gesamtaufwandes vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im BVA 1999 sind dafür 5 956 Millionen Schilling veranschlagt.

Wiedereinstellungsbeihilfe

Gemäß §39a Abs.7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr.408/1990, zu leisten.

Im Jahre 1999 sind dafür 10,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Paß

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 1999 sind dafür 521,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 19 — Titel 193

129

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 70 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 1999 sind für diesen Zweck 2 864,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Betriebshilfe

Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 408/1990).

Im BVA 1999 sind dafür 70,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 1999 sind für diesen Zweck 237,541 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld

Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1999 sind für diese Leistungen 1 764,131 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1999 sind dafür 95,998 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/19388 Aufwendungen

Gemäß § 39e Abs. 10 FLAG 1967 werden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Absinken der Mutter-Kind-Paß-Untersuchungsfrequenz getroffen.

Im BVA 1999 sind dafür 3,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1999 wird mit rd. 36 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Stand Ende Dezember 1997 eine Gesamtschuld von 8 262,1 Millionen Schilling aus.

Im BVA 1999 ist zur teilweisen Abdeckung der Schuld des Reservefonds für Familienbeihilfen ein Betrag von 3 842,950 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen

Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind Anteile vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)

Gemäß § 31 Abs. 1 ist für alle aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zur Verfügung gestellte Schulbücher ein Selbstbehalt von 10 vH der für die Schüler maßgeblichen Limits zu bezahlen.

Sonderschüler zahlen keinen Selbstbehalt; der pädagogische Sonderbedarf eines Schülers ist auch vom Selbstbehalt befreit.

Kapitel 19 — Titel 194

131

Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Titel 194 Jugend

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997	0,0	108,7	108,7	0,1
1998	0,0	115,6	115,6	0,1
1999	0,0	115,6	115,6	0,1

Paragraph 1941 Außerschulische Jugendberziehung**Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendforschung (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugendberziehung sowie der Jugendwohlfahrt werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, das österreichische Bundesjugendsingen, die Sektenbroschüre, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewußtsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	847,6	3 109,0	3 956,6	114,0
1998	854,9	3 475,1	4 330,0	125,5
1999	862,3	3 227,7	4 090,0	125,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	322,9	926,0	1 248,9	21,3
1998	334,0	1 376,5	1 710,5	24,1
1999	332,0	1 043,2	1 375,2	24,1

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, daß im Bundesvoranschlag 1998 die Bedeckung eines Großteils der Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Österreich im 2. Halbjahr 1998 budgetiert wurde, im Bundesvoranschlag 1999 aber nur mehr für Restzahlungen vorzulegen war.

Anlagen

Nach Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 sowie Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) in den Vorjahren wurde zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes dieser Systeme im Jahr 1999 für die Ergänzung noch fehlender Systemteile bzw. den Austausch defekter Apparaturen entsprechend vorgesorgt. Daneben wurde aber auch auf den weiteren Ausbau der Telekommunikation Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Unterbringung der Sekretariate von internationalen Organisationen und zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Kapitel 20 — Titel 201

133

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde insbesondere für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des neuen Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesorgt. Ferner waren weiterhin entsprechende Beiträge zu OSZE-Institutionen und einer Reihe von OSZE-Friedensmissionen vorzusehen und im Rahmen der EU-Mitgliedschaft auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesenersätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

EU-Ratspräsidentschaft

Für Restzahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Österreich im 2. Halbjahr 1998 wurden unter Paragraph 2005 (Zentralbudget) insgesamt 50,0 Millionen Schilling vorgesehen. Für ressortspezifische Ausgaben wurden unter Paragraph 2006 (Ressortbudget) weitere 4,504 Millionen Schilling veranschlagt. Die Vergütung notwendiger Mehrleistungen aus der EU-Ratspräsidentschaft wurde für die Bediensteten der Zentrale bei VA-Ansatz 1/20000 (0,5 Millionen Schilling) und der Vertretungsbehörden bei VA-Ansatz 1/20100 (1,5 Millionen Schilling) berücksichtigt.

Titel 201 Vertretungsbehörden**Dienststellen im Ausland**

Derzeit bestehen 104 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 82 diplomatische, 16 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates) sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Abu Dhabi (Büro Handelsrat), Addis Abeba, Agram, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin (als Außenstelle der Botschaft Bonn), Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Hanoi, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riga, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Singapur (Büro Handelsrat), Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Wilna.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz hat ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEO und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Chicago, Düsseldorf, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1999 etwa 220 Honorarkonsulate amtieren.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	489,7	1 137,3	1 627,0	72,9
1998	483,5	1 091,9	1 575,4	66,8
1999	492,3	1 175,9	1 668,2	66,8

Anlagen

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für den Erwerb bzw. den Neubau von Amts- und Wohngebäuden sowie die Instandsetzung von bundeseigenen Objekten im Ausland vorgesehen. Nach erfolgtem Ausbau der ADV im Rahmen der Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden sind 1999 hierfür geringere Mittel erforderlich, doch ist für entsprechende Systemergänzungen bzw. für den Austausch von defekten Geräten vorgesorgt. In Anbetracht der vorgesehenen Instandsetzungen und damit verbundenen Neueinrichtungen ist auch eine ausreichende Veranschlagung der Posten für Amtseinrichtung und Telekommunikation erfolgt.

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,431 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,400 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 1,031 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die umfassenden Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern erfordern die Bereitstellung entsprechender Ausgabenbeträge für 1999. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1997, erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran und Warschau.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Die seinerzeit mit der Sowjetunion und mit der Tschechoslowakei abgeschlossenen Kulturabkommen (BGBl. Nr. 319/1969 und BGBl. Nr. 586/1978) gelten jeweils im Verhältnis zur Russischen Föderation und zur Tschechischen Republik weiter. Das seinerzeit mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 436/1973) gilt im Verhältnis zur Bundesrepublik Jugoslawien (Kundmachung im BGBl. III Nr. 156/1997) und zu Kroatien (Kundmachung im BGBl. Nr. 474/1996) weiter.

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenzen des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr bzw. des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraph 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Kapitel 20 — Titel 204 und 205

135

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfaA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr sowie vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übernommen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	35,0	71,1	106,1	2,5
1998	37,4	76,1	113,5	2,7
1999	38,0	77,9	115,9	2,7

Anlagen

Vorgesorgt ist insbesondere für die Instandsetzung der Institutsgebäude in Budapest, Paris und Warschau.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	84,8	6,3
1998	80,7	3,6
1999	80,7	3,6

Kulturelle Veranstaltungen

Ein unentbehrliches Instrument zur Gestaltung der österreichischen Auslandskulturpolitik sind wissenschaftliche und künstlerische Veranstaltungen, für deren Kosten hier vorgesorgt wird. Diese Veranstaltungen stehen auch 1999 thematisch unter der Devise der Vermittlung eines zeitgemäßen Österreichbilds, mit dessen Hilfe die Schaffung eines für Österreich günstigen Meinungsklimas auf internationaler Ebene angestrebt wird. In diesem Zusammenhang ist sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Europäischen Union die tragende Rolle österreichischer wissenschaftlicher und künstlerischer Leistungen als Teil der europäischen Kultur zu betonen. Impulse für die Intensivierung der kulturellen Beziehungen zu befreundeten Staaten außerhalb des westlichen Kulturkreises, deren gute politische Beziehungen zu Österreich einer entsprechenden Ergänzung auf kultureller Ebene bedürfen, sind zu setzen. Den im Globalisierungsprozeß führenden dynamischen Großregionen Nordamerika und Ostasien wird verstärkt Beachtung beizumessen sein. Dem baldigen Beitritt mehrerer Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas in die Europäische Union wird durch einen Veranstaltungsschwerpunkt in diesem Raum Rechnung getragen.

Titel 205 Entwicklungshilfe**Gesetzliche Grundlage**

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	889,8	11,0
1998	850,0	28,4
1999	850,0	28,4

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hiezu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg....	5 508,5	4 506,8	10 015,2	6 700,3
1998	5 679,2	4 847,3	10 526,5	7 233,1
1999	5 822,0	5 079,7	10 901,7	7 671,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	156,0	246,6	402,6	15,1
1998	163,0	295,3	458,3	14,7
1999	167,1	313,9	481,0	14,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1999 ist insbesondere für die Vereinssachwalterschaft und für Zahlungen an die BIG bestimmt.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanzwaltschaft Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Aufwendungen

Neben der Vorsorge für den laufenden Aufwand sind auch Zahlungen an die BIG in Höhe von 42,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 19. Juni 1968 über den Obersten Gerichtshof (OGHG), BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991,

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997,

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Kapitel 30 — Titel 302

137

Der Generalprokurator beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	112,2	10,9	123,1	2,3
1998	118,1	10,8	128,9	2,0
1999	121,1	11,1	132,2	2,0

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern**Gesetzliche Grundlagen**

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997, und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);

Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nm. 912/1994 und 600/1995);

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;

Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989 und BGBl. Nr. 76/1990 (DFB);

Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 407/1997)

Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1995;

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997;

Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und BGBl. II Nr. 429/1997 (Sonderpauschalvergütung 1996), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;

Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von FreistempeLabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;

Vereinsfachwalter- und Patientenanzwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;

Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997;

Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993;

Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1993;

138

Kapitel 30 — Titel 303

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 191 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	3 512,8	2 872,1	6 384,9	6 261,1
1998	3 601,6	3 075,3	6 676,9	6 794,8
1999	3 691,6	3 229,9	6 921,5	7 220,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahr 1999 ist insbesondere auf Mehrausgaben für ersatzpflichtige Entschädigungen nach dem ASGG, für Rechtspraktikanten, für Post- und Telefongebühren und für ADV-Projekte zurückzuführen.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind Ausgaben für Familienbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Ausbildungsbeiträge an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden, insbesondere auch für die Leistungen der BRZ-GesmbH und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen aus den Ersätzen der Sozialversicherungsträger sowie aus Strafgeldern.

Titel 303 Justizanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

- Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1996;
- Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1997;
- Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;
- Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
- Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;
- Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Kapitel 30 — Titel 303

139

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Straftat sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachsule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 17 Gerichtshofgefängnisse mit 7 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	1 636,9	1 134,8	2 771,7	421,9
1998	1 703,4	1 214,8	2 918,1	421,5
1999	1 749,1	1 239,2	2 988,2	434,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist insbesondere zur Bedeckung der stark ansteigenden Kosten der medizinischen Betreuung der erforderlich.

Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenearbeiten veranschlagt.

Einnahmen

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus den Vollzugskostenbeiträgen der Strafgefangenen

Justizwache — Massafonds

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

140

Kapitel 30 — Titel 305

Dem Fonds werden im Jahre 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	13,9
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten	13,7
Fondsaufwand	0,2
Zusammen ...	13,9

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1997 vorl. Erfolg	2 540 188
1998	2 600 000
1999	2 650 000

Titel 305 Bewährungshilfe**Gesetzliche Grundlagen**

- Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996;
 Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;
 Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;
 Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
 Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Ab 1. Jänner 1999 werden die Aufgaben der Bewährungshilfe gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes von einer privaten Vereinigung besorgt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Graz sind 2 Zweigstellen, bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Leoben 3 Außenstellen eingerichtet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt sowie in Bruck/Mur und Graz eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg	90,6	242,3	332,9	0,0
1998	93,1	251,1	344,2	0,0
1999	93,1	285,7	378,8	0,0

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Ausstattung mit ADV-Anlagen, der Fallzahlensteigerungen bei Bewährungshilfe

Kapitel 30 — Titel 305

141

und ATA/J, der laufenden Erweiterung von ATA/E, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Intensivierung der Betreuungsangebote.

Förderungen

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

142

Kapitel 40 — Titel 400

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	9 719,5	11 412,7	21 132,2	675,7
1998	9 990,3	11 417,6	21 407,9	538,0
1999	10 421,5	11 108,4	21 529,9	552,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	677,7	192,4	870,1	128,5
1998	685,4	252,4	937,8	119,6
1999	703,8	218,5	922,3	120,0

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1999 45,350 Millionen Schilling (1998 44,350 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 14,000 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben der Familienbeihilfe und dem Mutter-Kind-Paß-Bonus für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6 Abs. 6 WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

Kapitel 40 — Titel 401

143

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG

Beim VA-Ansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1997 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 78 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

- Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997;
- Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;
- Sperrgebietgesetz 1995 — SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260;
- Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;
- Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998 (DFB);
- Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 102/1997;
- Kraftfahrzeuggesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 121/1997;
- Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;
- Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;
- Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997.

144

Kapitel 40 — Titel 401

Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Gesetz über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer — GAFB, BGBl. I Nr. 30/1998.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	8 976,4	11 088,9	20 065,3	403,7
1998	9 239,2	11 035,6	20 274,8	285,8
1999	9 650,2	10 759,6	20 409,8	299,8

Liegenschaftsankäufe

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrgeld, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrgeld als Zeitsoldat. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56a ASVG bezahlt. Ebenso werden die Kosten für die im Assistenzeinsatz an der österreichischen Grenze eingesetzten Rekruten und ZS bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familienbeihilfe und Mutter-Kind-Paß-Bonus, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst sowie Zahlungen von Geldleistungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/SFOR in Bosnien Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970.

Aufwendungen

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kadets,
3. Sicherstellung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen,
4. Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
5. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Bereitstellung der für die Heeresgliederung-NEU erforderlichen Ausrüstung

Die im Budgetjahr möglichen Beschaffungen erfolgen zwar im Planungsrahmen des Budgetprogrammes, beinhalten jedoch keine markanten Neuanschaffungen von Rüstungsgütern. Es kann lediglich der vertraglich gebundene Lieferumfang zulaufen. Die Beschaffungen im Budgetjahr 1999 liegen mit Schwergewicht bei

- Fernmeldegeräten
- Radargeräten
- Abwehrlenk Waffen

Kapitel 40 — Titel 401

145

- IT-Anwendungen
- Nachsicht für GKGF
- Ausbildungssimulatoren
- Mittel zur Feuerunterstützung
- Pioniergerät
- Ausrüstung für internationale Einsätze.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Verbesserung des Fernmeldebetriebes sowie auf Mittel für Aufklärung und Führung Bedacht genommen.

Im Bereich der Heeresmotorisierung sind fast ausschließlich Beschaffungen für den Ersatz auszuscheidenden Gerätes bzw. Modifikationen vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für den Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit in Verbindung mit neuen Radarsystemen sicherstellen sollen, vorgesehen.

Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung, der Bekleidung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel ermöglichen die Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes wie die Erhaltung von Ausbildungsgerät und Anlagen sowie die Zurverfügungstellung der zur Absolvierung der Schießprogramme erforderlichen Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge sowie der Vergabe von Aufträgen an zivile Fachbetriebe.

Der weitere Ausbau der Informationstechnologie ermöglicht den zeitverzugslosen Zugriff auf die Daten der vorhandenen Informationssysteme vom jeweiligen Arbeitsplatz aus. Dadurch werden Einsatzvorbereitungen und Führungsfähigkeit verbessert.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb und die Systempflege dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

Ausbildung

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät (zB: Simulatoren) möglich. Die Beschaffung des modernen Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; im Bundesvoranschlag 1999 konnten weitere Kosten berücksichtigt werden.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

Infrastruktur

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter besonderer Bedachtnahme auf die Sicherheitserfordernisse durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke“ verbuchten Mieten sind dynamisiert.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	8,1 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	105,6	105,6
1998	106,2	106,2
1999	106,2	106,2

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärhistorisches Institut**Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärhistorischen Abteilung werden alle militärhistorischen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	33,8	12,5	46,3	2,6
1998	34,7	11,9	46,6	2,8
1999	35,7	12,1	47,8	3,0

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**Aufgaben**

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflge, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

Kapitel 40 — Titel 405

147

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	31,5	13,2	44,7	35,3
1998	31,0	11,5	42,5	23,6
1999	31,8	11,9	43,7	23,0

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	400,0
Konjunkturbelebungsquote	100,0

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	24 218,9	16 814,3	41 033,3	19 958,7
1998	23 807,1	19 611,7	43 418,8	19 112,9
1999	23 858,0	19 501,1	43 359,1	19 112,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten der Bundesfinanzen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr der Europäischen Union.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsenwesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.

Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Kapitel 50 — Titel 500

149

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, errichteten Gesellschaften.

Angelegenheiten des ÖIAG und deren Beteiligungen.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhänder auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.

Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

Angelegenheiten der zentralen Personalkoordination und des Verwaltungsmanagements.

Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.

Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögensschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	573,5	1 273,2	1 846,6	689,5
1998	594,6	1 196,9	1 791,5	519,4
1999	604,5	1 284,8	1 889,4	528,8

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1999 1,5 Millionen Schilling.

Weiters ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 27,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentraleitung sind hier die Kostensätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien und an das European Institute of Public Administration (EIPA) in Maastricht für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1999 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift).....	9,6
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	10,1

150

Kapitel 50 — Titel 501

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV).....	9,6
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges).....	0,5
Zusammen ...	10,1

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen

Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.

Paragraph 5002 IT-Bereich

Durch das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, wurde der ADV-Bereich des Bundesrechenamtes ausgegliedert und die BRZ GmbH errichtet.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung von gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen und von vertraglich übernommenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Insbesondere hat die BRZ GmbH alle bis zum 31. Dezember 1996 dem Bundesrechenamt zugewiesenen IT-Aufgaben zu übernehmen und fortzuführen.

**Voranschlagsansatz 1/50028 Aufwendungen
2/50024 Erfolgswirksame Einnahmen**

Durch die Errichtung der BRZ GmbH als Dienstleister hat das Bundesministerium für Finanzen für die seitens der Gesellschaft für die Finanzverwaltung erbrachten IT-Dienstleistungen ein Entgelt zu entrichten; ebenso ist für die der BRZ GmbH obliegenden Aufgaben der Verwaltung des BRZ-Amtesgebäudes, das teilweise von der IT-Sektion genutzt wird, seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Beitrag zu den Betriebsaufwendungen zu entrichten.

Unter diesem Voranschlagsansatz sind auch die Aufwendungen für fachspezifische Schulungen der Finanzbediensteten, für die Datennetze und für IT-Projekte zu veranschlagen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 037,5	173,1
1998	889,1	1,9
1999	997,2	1,0

Unterschied gegen Vorjahr

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist auf die Vollaussstattung der Finanzverwaltung mit Bildschirmarbeitsplätzen und der damit verbundenen Infrastruktur sowie auf zusätzliche ADV-Projekte zurückzuführen.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, die Bundes-Wertpapieraufsicht und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	650,0	119,3
1998	977,0	30,2
1999	942,1	39,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben steht hauptsächlich im Zusammenhang mit den Kosten betreffend Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Kapitel 50 — Titel 501

151

**Voranschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.
2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen****Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen. Dafür sind im BVA 1999 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997.

Aufgaben

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 1999 24,800 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansätze 1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
2/50124 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)****Gesetzliche Grundlage**

Gemäß dem Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG), BGBl. Nr. 753/1996, wurde eine Bundeswertpapieraufsicht (BWA) als Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.

Aufgaben

Die BWA hat auf Grund der ihr nach dem WAG und dem Börsegesetz zukommenden Meldungen alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Ordnungsmäßigkeit des Marktes für Wertpapierdienstleistungen und die Wahrung der Interessen der Anleger sicherzustellen sowie dem Mißbrauch von Insiderinformationen entgegenzuwirken. Weiters ist die Bundes-Wertpapieraufsicht Konzessions- und Aufsichtsbehörde für Wertpapierdienstleistungsunternehmen.

Die Bundes-Wertpapieraufsicht hat ihren Vollbetrieb mit 1. Jänner 1998 aufgenommen.

90% des Personal- und Sachaufwandes der Bundes-Wertpapieraufsicht sind dem Bund von den Marktteilnehmern zu erstatten. Zur Kontrolle der finanziellen Gebarung der Bundes-Wertpapieraufsicht ist ein Beirat bestellt.

Der Bundesminister für Finanzen hat nähere Regelungen über die Kostenaufteilung und ihre Beschreibung (Termine der Kostenbescheide, Zahlungsfristen) mit Verordnung festzusetzen, wobei als Bemessungsgrundlage zwischen laufender Aufsicht und der Verarbeitung von Meldungen unterschieden wird; die Kosten der laufenden Aufsicht sind einmal jährlich im nachhinein vorzuschreiben. Da eine derartige Verordnung noch nicht erlassen ist und das Volumen der beiden Komponenten der Bemessungsgrundlage zur Zeit in keiner Weise abgeschätzt werden kann, wurden für das Jahr 1999 an Einnahmen 90% der Ausgaben angesetzt.

Im BVA 1999 sind dafür Ausgaben in Höhe von 42,0 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 37,8 Millionen Schilling veranschlagt.

152

Kapitel 50 — Titel 502**Vorschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen****Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Aufgaben

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsreduktion) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung im Sinne der „Trinidad Terms“/„Enhanced Toronto Terms“ (50%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption), der sogenannten „Naples Terms“ (bis zu 67%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) und der sogenannten „Lyon Terms“/„HIPC Initiative“ (bis zu 80%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 1999 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung 377,2 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 409,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der für 1999 veranschlagte Betrag in Höhe von 9,0 Millionen Schilling ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

Vorschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

Vorschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Vorschlag 1999 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 212/1995;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 972/1993;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 424/1996;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Kapitel 50 — Titel 502

153

Beihilfen im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich, Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	11 336,7	223,0
1998	13 498,0	268,1
1999	13 395,9	249,1

Voranschlagsansatz 1/50204 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Gesetzliche Grundlage**

Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Bundesgesetz, mit dem Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich geregelt werden (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz GSBG), BGBl. Nr. 746/1996.

Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich

Gemäß EU-Beitrittsvertrag war spätestens mit 1. Jänner 1997 die (unechte) USt-Befreiung für viele Leistungen des Gesundheits- und Sozialfürsorgebereichs einzuführen. Zielsetzung des GSBG ist, Kostensteigerungen, die sich aus dem Entfall des Vorsteuerabzugs auf Grund der USt-Befreiung ergeben, nicht auf Sozialversicherungsträger und Träger des öffentlichen Fürsorgewesens durchschlagen zu lassen. Kranken- und Kuranstalten sowie der Rettungs- und Blutspendedienst erhalten aus diesem Grund eine Beihilfe in Höhe der nicht mehr abziehbaren Vorsteuer abzüglich eines Kürzungsbetrages für Einnahmen von privater Seite. Beihilfen bzw. Ausgleichszahlungen für Sozialversicherungsträger, Ärzte sowie andere Gesundheitsberufe werden mittels Pauschalsätzen, die auf statistischen Informationen über die Vorsteuer-Umsatz-Relationen der jüngsten Vergangenheit beruhen, ermittelt.

Im BVA 1999 sind dafür 12 Milliarden Schilling veranschlagt.

Zahlungen gemäß Alkohol — Steuer und Monopolgesetz

Auf Grund des AStMG sind der Alkoholwirtschaft zur strukturellen Umwandlung der landwirtschaftlichen Verschlußbrennereien und der Melassebrennereien Förderungen zu zahlen. Für 1999 sind 80 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1999 wurden Ausgaben in Höhe von 156 000 S veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Im BVA 1999 sind dafür 1,7 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansätze 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw.
2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen**

Gesetzliche Grundlage

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr.212/1995.

Für das Jahr 1999 sind veranschlagt:

170,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz,

100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

30,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 30,0 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansatz 1/50238 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz erfolgt die Verrechnung der Gebarung des ÖKB-Studienfonds (Exportoffensive). Für 1999 wurde vorerst nur mit einer Verrechnungspost Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds

Mit Bundesgesetz 972/1993 wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Auf Grund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist. Für 1999 sind dafür 380 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50256 Hagel — Frostversicherung

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die zur Verbilligung von Prämien im Rahmen der Landwirtschaftsförderung zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1999 beträgt 150,0 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiesgesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1999 mit einem Betrag von 23,5 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen

Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen

Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1997, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden auf Grund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

1. Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-\$ für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1999 sind Mittel in Höhe von 800 000 US-\$ vorgesehen.
2. Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre wird die Dotierung jährlich erfolgen. Für 1999 sind Mittel in Höhe von 1,3 Millionen US-\$ vorgesehen.
3. Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde nicht geschlossen.
4. Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1999 sind Mittel in Höhe von 400 000 US-\$ vorgesehen.
5. Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-\$ (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 1999 sind Mittel in Höhe von 200 000 US-\$ vorgesehen.
6. Globale Umweltfazilität-Kooperations-Treuhandfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Durch die erst Ende 1995 durchgeführte Leistung der ersten Rate in

Kapitel 50 — Titel 502

155

Höhe von 22,1 Millionen Schilling, wird erst 1998 eine weitere Dotierung von 12 Millionen Schilling erfolgen.

7. Kooperationsabkommen mit der Internationalen Finanzkorporation: Für 1999 sind vorerst Mittel in Höhe von 5 Millionen Schilling veranschlagt (vorläufig wurde noch kein Abkommen unterzeichnet).

Für 1999 sind für diese Vorhaben bei 1/50296 insgesamt 51,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Zinsenstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsenstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens zehn Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkegnbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1999 0,5 Millionen Schilling bereitgestellt.

Zinsenzuschüsse im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes

Ebenfalls bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsenstützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Versicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaussanierung ein Zinssatz von 7³/₄% p.a. festgelegt (Verfahren — Althaussanierung).

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) wurde der Zinssatz von 7³/₄% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhaussanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7³/₄%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarungsunterfertigung rund 2 Milliarden Schilling), zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986 bis 1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 453,2 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1998 wurden letztmalig Zinsenzuschüsse geleistet.

Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1999 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 308,1 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen BMW-Motoren GmbH in Steyr, KNP Leykam in Gratkorn und Siemens Bauelemente OHG in Villach dienen sollen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (5,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht

(86 000 S), an das Österreichische College (598 000 S), an den Gemeinde- und Städtebund (6,627 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (0,959 Millionen Schilling) veranschlagt.

Für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung sind weiters Investitionsförderungen in Höhe von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Außerdem wird im BVA 1999 für Zuschüsse an private Institutionen im Rahmen der EURO-Kampagne der Österreichischen Bundesregierung mit einem Betrag von 20,5 Millionen Schilling vorgesorgt.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	6,4	162,2
1998	125,6	194,5
1999	112,0	162,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Sachausgaben ergeben sich dadurch, da gemäß VG-DDR nur mehr für Restzahlungen vorgesorgt werden muß. Bei den Einnahmen erklärt sich der Rückgang mit dem Ausmaß der bereits veräußerten Teile des ehemals deutschen Eigentums.

Paragraph 5030 Schäden im Inland

Gesetzliche Grundlagen

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

Paragraph 5031 Schäden im Ausland

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und der mit BGBl. I Nr. 125/1997 erfolgten Änderung wurden für das Jahr 1999 100,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 0,4 Millionen Schilling sind Erträge des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 7,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSFR-Vermögen mit 0,1 Million Schilling vorgesorgt.

Kapitel 50 — Titel 503

157

Paragraph 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag**Gesetzliche Grundlagen**

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besetzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 1999 8 000 Schilling veranschlagt.

Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraph wurde im BVA 1999 mit 500 000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat.

Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997;

Österreichisch-deutscher Vermögensvertrag, BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 1999 wurde mit 0,7 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 5,7 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlage**

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 1999 mit 3,7 Millionen Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 156,5 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1997	BVA 1998	BVA 1999
		Millionen Schilling	
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besetzungsschädengesetz.....	418,084	} 0,001	} 0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz.....	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz.....	614,422
Jugoslawien.....	1,890
CSFR.....	1 136,134	96,500	100,000
Deutschland (ehem. DDR).....	99,943	20,000	7,000
Polen.....	71,405
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2.....	1 046,130	0,008	0,008
Auf Grund des Art. 8.....	80,131	0,001	0,001
Sonstige Zahlungen.....	31,893
Aushilfezahlungen (Sachleistungen).....	1 338,755	0,003	0,003

Titel 504 Finanzlandesdirektionen**Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995, sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 463/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 352/1997;

Grenzkontrollgesetz — GrekoG, BGBl. Nr. 435/1996, sowie Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Durchführung der Grenzkontrolle auf Zollorgane übertragen wird, BGBl. II Nr. 176/1997;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 13/1998.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachsule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von den Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), Finanzämtern, Großbetriebsprüfungen, Hauptzollämtern, Zollämtern, Zollamtszweigstellen, Abfertigungsstellen, Kontrollposten und Zollwacheabteilungen besorgt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	6 371,8	2 224,0	8 595,8	305,9
1998	6 503,9	2 471,9	8 975,8	239,8
1999	6 493,9	2 481,3	8 975,3	240,4

Paragraph 5040 Dienststellen**Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen**

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde mit einem Betrag von 165,046 Millionen Schilling für Familienbeihilfe und mit 1,843 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994.

Aufgaben

Nach Artikel 40 EWG-Vertrag sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählt ua. die Maßnahme der Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Erstattungssätze, die die Grundlage für die Berechnung sind, wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, übernimmt gemäß Artikel 1 der VO (EWG) Nr. 729/70 die Finanzierung dieser Maßnahme.

Kapitel 50 — Titel 507

159

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelung in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Das Zollamt Salzburg/Erstattungen in Wals ist bundesweit für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen zuständig, wenn ein entsprechender Antrag einer Ausfuhr vorliegt.

Die Mitgliedstaaten sind in diesem Zusammenhang infolge der Abrechnungsmodalitäten der Europäischen Kommission gefordert, nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur Abgeltung durch die Europäische Kommission bereitzustellen.

Weitere Erläuterungen über die Zahlungen zwischen EU und Österreich siehe auch bei Kap. 52, Titel 529.

Im BVA 1999 sind dafür 1 000,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50428 Zahlungen an BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997.

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen (Aufwendungen) gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG

Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50438 dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Der Erfolg des Jahres 1997 betrug 9 813 780 Schilling, für das Jahr 1999 wurden 11,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundespensionsamtes (bis 1996 Bundesrechenamt), der Finanzprokurator, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	142,9	36,1	179,0	67,5
1998	147,6	73,2	220,8	60,7
1999	147,6	63,7	211,3	64,2

Paragraph 5070 Bundespensionsamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundespensionsamtsgesetz, BGBl. Nr. 758/1996.

Aufgaben

Das Bundespensionsamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundespensionsamtes sind im § 2 des Bundespensionsamtsgesetzes normiert.

160

Kapitel 50 — Titel 507

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	67,6	24,0	91,6	10,0
1998	70,9	57,2	128,1	0,1
1999	70,9	47,7	118,6	9,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung gegenüber dem Erfolg 1996 ist durch die Ausgliederung der ADV-Agenden in die BRZ-GmbH bedingt.

Paragraph 5071 Finanzprokurator**Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben

Die Prokurator ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuratorgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokurator im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuratorgesetzes vorgesehen.

Die Prokurator ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokurator die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokurator zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	55,5	6,3	61,8	21,3
1998	56,1	7,5	63,6	19,7
1999	56,1	7,5	63,6	19,7

Paragraph 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt**Gesetzliche Grundlagen**

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 748/1996;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 82/1997;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 813/1993;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 114/1996.

Kapitel 50 — Titel 508

161

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Punzierungsamt Wien II;

Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;

Punzierungsamt Graz;

Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	19,9	5,7	25,6	36,1
1998	20,6	8,0	29,4	41,0
1999	20,6	8,4	29,0	35,4

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes, der Österreichischen Salinen AG, des Amtes der Münze Österreich und des Amtes der Post und Telekom Austria AG verrechnet. Diese Ausgaben werden mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG des Amtes der Post und Telekom Austria AG dem Bund ersetzt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	17 130,8	1 221,1	18 418,9	18 391,3
1998	16 561,0	1 269,1	17 830,1	17 800,2
1999	16 612,0	1 288,1	17 833,2	17 828,2

Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt**Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

Im BVA 1999 sind für Personal- und Sachausgaben 676,4 Millionen Schilling vorgesehen. Die Sachausgaben enthalten vor allem die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse und Aufwandsentschädigungen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetz-

zes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für zwei der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 1999 sind für Personal- und Sachausgaben 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 1999 sind die Personal- und Sachausgaben für 38 Bedienstete in Höhe von 17,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5083 Amt der Post und Telekom Austria AG

Gesetzliche Grundlage

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 95.

Aufgaben

Gemäß Bundesgesetz über die Errichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft werden die Aufgaben der Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Mai 1996 an die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft übertragen. Die bisher bei der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigten Beamten werden auf die Dauer ihres Dienststandes der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder eines Unternehmens, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund den Aufwand der Aktivbezüge. Von diesem Ersatz ausgenommen sind jedoch die Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG, die vom Bund zu tragen sind.

Im BVA 1999 sind für Personal- und Sachausgaben insgesamt 17 138,0 Millionen Schilling veranschlagt, wobei 17 133,0 Millionen Schilling ersetzt werden. In den Sachausgaben sind vor allem die Kosten für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenzuschüsse enthalten.

Kapitel 51 — Titel 510 und 511

163

Kapitel 51 Kassenverwaltung**Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt			Einnahmen	Ausgleichshaushalt	
	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe		Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen Schilling					
1997 vorl. Erfolg.....	—	7 057,5	7 057,5	22 802,6	52 885,8	52 887,5
1998	0,0	4 682,7	4 682,7	16 896,1	75 000,0	75 000,0
1999	0,0	4 321,2	4 321,2	19 367,1	75 000,0	75 000,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	109,6	1 672,3
1998	414,6	1 180,3
1999	0,0	562,5

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr

Der Rückgang bei den Sachausgaben und Einnahmen ist vor allem auf die geänderte Verrechnung der Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren des Bundes zurückzuführen, welche ab 1999 bei den neuen Kapiteln 56 und 58 ihren Niederschlag findet.

Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.

Paragraph 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten**Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen****Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr**

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	406,8	451,0
1998	409,0	439,0
1999	396,6	436,6

Paragraph 5110 Innovations- und Technologiefonds

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. Nr. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 1999 380 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (16,605 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 396,605 Millionen Schilling verwendet werden.

164

Kapitel 51 — Titel 512**Paragraph 5111 Siedlungswasserwirtschaft**

Unter diesem Paragraph werden die Zinsen bzw. die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997) entstehen.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1997 vorl. Erfolg.....	6 338,7	3 935,3
1998	81,1	1 286,0
1999	110,2	4 947,8

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, daß in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1999 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes.....	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Der veranschlagte Rücklagenentnahme im Bundesvoranschlag 1999 in Höhe von 8,000 Millionen Schilling steht die Ausgabe beim VA-Ansatz 1/02403 gegenüber.

Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 1/51249 veranschlagten Rücklagenzuführungen in Höhe von 109,988 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1999 Einnahmen bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
2/51110.....	39,997
2/53400.....	69,991

Kapitel 51 — Titel 512

165

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 456,003 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1999 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10103.....	0,002
1/10108.....	0,001
1/65204.....	456,000

Paragraph 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1999 wurde aus der Rücklage eine Verringerung in Höhe von 3 000 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1999 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Paragraph 5127 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Einnahmen-Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1999 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der zweckgebundenen Rücklage.

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1999 sind folgende Rücklagenauflösungen vorgesehen:

	Millionen Schilling
für den VA-Ansatz	
1/10006.....	6,397
1/10098.....	5,880
1/10913.....	2,000
1/10928.....	5,000
vom VA-Ansatz	
1/18636.....	1 317,701
1/65225.....	146,640

166

Kapitel 51 — Titel 513 und 518**Stand der Rücklagen**

Der Stand der Rücklagen am 31. Dezember 1997 stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 31. 12. 1997	Veranschlagte Rücklagenentnahme, -verminderung bzw. -auflösung laut BVA 1998		Veranschlagte Rücklagenzuführung laut BVA 1998	
		Millionen Schilling		BVA 1999	
1. Allgemeine Rücklage	1 981,7	16,7	25,2	0,0	0,0
hievon:					
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	449,5	—	—	—	—
Internationale Finanzinstitutionen.....	0,6	—	—	—	—
2. Zweckgebundene Einnahmen- Rücklage	7 738,6	230,0	456,0	81,1	110,0
hievon:					
Mittel des ITF	70,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Katastrophenfonds	906,3	0,0	0,0	51,0	70,0
Marktordnungspol. Maßnahmen	297,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausfuhrförderung (AFG und AFFG) ..	3 203,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kfz-Steuer (U-Bahn-Bau).....	758,3	230,0	456,0	0,0	0,0
Sicherheitsabgabe	467,8	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Ausgleichsrücklage	5 718,8	1 000,0	3 000,0	0,0	0,0
4. Besondere Rücklage.....	5 590,1	39,2	1 466,5	0,0	0,0
hievon:					
Klinischer Aufwand	1 518,6	—	—	—	—
Siedlungswasserwirtschaft	1 317,7	—	1 317,7	—	—
Sonstige Umweltmaßnahmen	342,4	—	—	—	—
Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten.....	282,9	—	—	—	—
5. Besondere Einnahmen-Rücklage....	555,2	0,0	0,0	0,0	0,0

Titel 513 Zahlungen von der EU

	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	16 744,0
1998	13 990,8
1999	13 420,2

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten.

Siehe hierzu die Erläuterungen zum Titel 2/529, Seite 186—189.

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	—	—	—	—
1998	0,0	3 625,4	3 625,4	—
1999	0,0	3 656,4	3 656,4	—

Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 2 656,4 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben bzw. als allgemeine Vorsorge für unvorhergesehene Entwicklungen mit negativen Auswirkungen auf das Budget, wie zB Eintritt eines geringeren Wirtschafts-

Kapitel 51 — Titel 519

167

wachstums als bei der Budgeterstellung angenommen, vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Paragraph 5183 Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive

Im Rahmen einer Technologie- und Exportoffensive sind im Bundesvoranschlag 1999 1 000,0 Millionen Schilling vorgesehen. Für eine entsprechende ressortbezogene Verwendung wird eine pauschale Vorsorge getroffen.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach- ausgaben	Ein- nahmen	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen		Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	202,4	0,0	52 885,8	52 887,5
1998	152,5	0,0	75 000,0	75 000,0
1999	158,0	0,0	75 000,0	75 000,0

Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben (brutto) im Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 1999 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 75 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 1999 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1999 zu enden hat, mit einem Zinsaufwand von 158,0 Millionen Schilling zu rechnen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	130,8	413 189,3
1998	162,2	452 637,2
1999	162,2	456 892,2

Allgemeines zur Veranschlagung

Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben beruhen im wesentlichen auf einer Fortschreibung der voraussichtlichen Ergebnisse 1998, wobei nach derzeitigem Informationsstand keine großen Abweichungen zum BVA 1998 zu erwarten sind. Die Fortschreibung erfolgte bei den wichtigsten Steuern auf Grund der prognostizierten Entwicklung der nächstliegenden volkswirtschaftlichen Größen und der entsprechenden Aufkommenselastizitäten. Die Auswirkungen vergangener (zB Sparpaket) sowie speziell im Hinblick auf die Budgets 1998 und 1999 ergriffener Maßnahmen (zB Anpassung der Stempelgebühren, Erhöhung der Vorauszahlungen, Änderung der Guthabensverbuchung, Sistierung der Freibetragsbescheide, Änderung der Fälligkeiten der Versicherungssteuern, Verbesserung und Verstärkung der Kontrollen bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer, Einführung der automationsunterstützten Risikoanalyse bei der Umsatzsteuer) waren entsprechend zu berücksichtigen. Außerdem wird die jüngst vereinbarte Familienbesteuerungs-Reform 1999 zu einer Verminderung von Lohn- und Einkommensteuer von annähernd brutto 2,8 Milliarden Schilling (Verhältnis 3 : 1) führen.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebahrung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	306 965,6
1998	315 150,0
1999	327 483,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemißt sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 8 840 S, der aber ab 1997 für Einkommen über 200 000 S verschliffen und über 500 000 S weggefallen ist. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden

Kapitel 52 — Titel 520

169

Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 350 S für das erste Kind, 525 S für das zweite Kind und 700 S für jedes weitere Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu, wenn für das Kind weder ihr noch ihrem (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird; für das zweite Kind beträgt der Absetzbetrag 525 S und für jedes weitere Kind jeweils 700 S. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 22 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten. Seit dem 1. Juli 1996 gilt der Steuersatz von 25 vH.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 22 vH erhoben. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten. Seit dem 1. Juli 1996 gilt der Steuersatz von 25 vH.

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

170

Kapitel 52 — Titel 520**Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Die **Körperschaftsteuer** ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH. Für alle unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften gilt eine Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 000 S im Jahr. Sie beträgt ab 1998 50 000 S für AG, 25 000 S für GmbH und 75 000 S für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Für neu gegründete Kapitalgesellschaften beträgt sie im ersten Jahr 15 000 S.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick

Der **Abgabe von Zuwendungen** unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer**Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die **Gewerbesteuer** wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Das Vermögensteuergesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent**Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Das Erbschaftssteueräquivalentgesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Kapitel 52 — Titel 520

171

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemes-

172

Kapitel 52 — Titel 521 und 522

sungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;

2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	138,4
1998	140,0
1999	140,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 55 S jährlich zu entrichten.

Nach abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	207 165,0
1998	223 000,0
1999	233 000,0

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,

Kapitel 52 — Titel 522

173

ferner der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmern in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16 vH, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Altersheime und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Für eine Übergangszeit ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12 vH für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger sowie Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten, der Alters-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Dentist oder Psychotherapeut, Zahntechnikerleistungen, die Lieferungen von menschlichen Organen, menschlichem Blut und Frauenmilch, die Krankenförderung, die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen

Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen, Museen, botanische oder zoologische Gärten und Naturparks von Bund, Ländern und Gemeinden und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nicht buchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten. Diese vermindert sich auf 2 vH, wenn auf diese Umsätze die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 zutreffen.

Die Zusatzsteuer von 2 vH wird derzeit nicht erhoben.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	3 503,4
1998	3 500,0
1999	3 500,0

Gesetzliche Grundlagen für Ein- und Ausfuhrabgaben generell

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch VO-Nr. 82/97 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. L 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch VO-Nr. 75/98 vom 12. Jänner 1998, ABIEG Nr. L 7 vom 13. Jänner 1998, S. 31;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO) ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 13/1998;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 6/1998.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die traditionellen Eigenmittel nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abzuführen. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein. (Art. 2 Abs. 3 des Beschlusses 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994, ABIEG Nr. L 293 vom 12. November 1994.

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem EU-Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen sind weiterhin die in § 120 Abs. 2 ZollR-DG angeführten früheren Bestimmungen maßgebend.

Kapitel 52 — Titel 523

175

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle**Gesetzliche Grundlagen**

Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 13, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59b sowie 63a und 63b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L256 vom 7. September 1987, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2068/97 der Kommission vom 4. November 1997;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994; ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994, idF Beschluß 95/1/EG vom 1. Jänner 1995, ABIEG L1 vom 1. Jänner 1995, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995—1998, ABIEG Nr. L348 vom 31. Dezember 1994, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3282/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Verlängerung der Verordnungen (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3835/90 und (EWG) Nr. 3900/91 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern bis Ende 1995, ABIEG Nr. L348 vom 31. Dezember 1994, S. 57;

Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997, ABl. Nr. L288 vom 21. Oktober 1997, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern;

Entscheidung Nr. 2277/96/EGKS der Kommission vom 28. November 1996, ABl. Nr. L308 vom 29. November 1996, über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 1808/95 des Rates vom 24. Juli 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für einige landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse sowie Fischereierzeugnisse und zur Einführung eines Verfahrens zur Anpassung der Zollkontingente, ABIEG Nr. L176 vom 27. Juli 1995, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
- EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
- Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
- Zölle betreffend den Agrarbereich,

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Im Lauf des Jahres 1995 sind Zölle auch an die Stelle vieler früher im Rahmen der Marktordnungen der Gemeinschaft auf Agrarwaren erhobene Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben getreten.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.

Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als zusätzlicher AD-Zoll erfolgen.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen sind diese vertragsmäßigen Zollsätze auch anzuwenden auf andere als die vorgenannten Waren bei deren Einfuhr aus allen Drittländern.

Bei der Einfuhr von Waren aus

- den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
- den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
- den AKP-Staaten,
- allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, dzt. die Baltischen Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, alle Mittelmeeranrainerstaaten, die Türkei (nur in Bezug auf EGKS-Waren),

werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von nicht durch Marktordnungsregelungen betroffenen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und von industriell-gewerblichen Waren (ausgenommen die vom Regelungsbereich der EG für Kohle und Stahl, EGKS, erfaßten Waren) aus der Türkei wird im Rahmen einer Zollunion unter der Voraussetzung, daß die Ausfuhr aus der Türkei aus dem „freien Verkehr“ erfolgte, die Zollfreiheit gewährt. Betreffend EGKS-Waren gelten jedoch die zuvor beschriebenen Voraussetzungen („Ursprungsregeln“).

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Vorschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben

Diese sind nach dem für die Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Agrarzölle oder Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr,
- Ausfuhrabgaben,

veranschlagt.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L297/1 vom 21. November 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 30. Juni 1981, ABIEG Nr. L177/4 vom 1. Juli 1981, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1599/96, ABl. Nr. L206/43 vom 16. August 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1528/95, ABl. Nr. L148/3 vom 30. Juni 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L349/105 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1516/96, ABl. Nr. L189/99 vom 29. Juli 1996;

Kapitel 52 — Titel 524

177

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. 305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L 388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 22. Dezember 1995, ABl. Nr. L 329/18 vom 22. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L 84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2087/97, ABl. Nr. L 291/1 vom 25. Oktober 1997;

Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2321/97, ABl. Nr. L 322/25 vom 18. November 1997;

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L 297/29 vom 21. November 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L 246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/105 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/13 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1587/96, ABl. Nr. L 206 vom 16. August 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S 3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/133 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 25. September 1989, ABIEG Nr. L 289/1 vom 7. Oktober 1989, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1589/96, ABl. Nr. L 206/25 vom 30. Juni 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L 47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L 349/186 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L 318/18 vom 20. Dezember 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. L 305/49 vom 19. Dezember 1995.

Sachlicher Überblick

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen bei der Einfuhr Agrarzölle und bei der Ausfuhr Ausfuhrabgaben erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlussverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	51 411,3
1998	53 850,0
1999	54 400,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer**Gesetzliche Grundlage**

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Tabaksteuer unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtobak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtobak). Für Zigaretten wurde ein gemischter Steuersatz eingeführt, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führt. Der Steuersatz beträgt 246 S je 1 000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtobak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer**Gesetzliche Grundlage**

Biersteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuersatzermäßigungen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210.

Sachlicher Überblick

Dieser VA-Ansatz dient der Verrechnung der vor der Übernahme der EU-Milchmarktordnung durch Österreich gültigen rechtlichen Vorschriften im Bereich der Absatzförderungsbeiträge bei Milch. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz 1/60496 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer umfaßt die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhaltige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die als Heizstoff verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6 600 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5 610 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 890 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3 600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Heizen verwendet werden, ein Steuersatz von 500 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht, und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3 890 S je 1 000 Liter vorgesehen. Der Steuersatz für biogene Stoffe beträgt 180 S je 1 000 Liter. Für andere Kraftstoffe als biogene Stoffe beträgt der Steuersatz 5 610 S bzw. 3 890 S für 1 000 Liter, je nach deren Beschaffenheit.

Heizöle leicht, mittel und schwer sowie Flüssiggase, die zur Stromerzeugung verwendet werden, sind von der Mineralölsteuer befreit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Kapitel 52 — Titel 525

179

Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Alkohol — Steuer- und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10 000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5 400 und 9 000 S je 100 Liter.

Voranschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2 000 S und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Nomenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfaßt werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	9 222,1
1998	9 800,0
1999	10 500,0

Voranschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren**Voranschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren****Gesetzliche Grundlage**

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (50 S bis 10 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($\frac{1}{16}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinngebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

180

Kapitel 52 — Titel 526**Verwaltungsabgaben****Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 319/1997.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren“ verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	44 773,9
1998	46 450,0
1999	48 060,0

Vorschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern**Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftssteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inland oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Ausland abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

Vorschlagsansatz 2/52605 Sicherheitsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflughäfen einen Flug antreten. Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Vorschlagsansatz 2/52614 Sonderabgabe von Erdöl**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 554/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Kapitel 52 — Titel 526

181

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Sonderabgabe von Erdöl ist die Gewinnung von Rohölen und ersatzweise die Einfuhr von Rohölen und bestimmten Erdölprodukten sowie die Erzeugung dieser Erdölprodukte im Inland aus anderen Stoffen als aus Rohölen. Die Sonderabgabe wird neben Rohölen von Motorenbenzinen (Flugbenzin, Normal- und Superbenzin) und von Dieselmotorenkraftstoff erhoben. Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe ist bei Rohölen das Eigengewicht und bei Erdölprodukten das Volumen in Liter bei +15° Celsius vervielfacht mit dem durchschnittlichen Grenzwert von Rohölen, der auf Grund der Ergebnisse der Handelsstatistik eines Kalendervierteljahres berechnet und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht wird. Entsprechend dem Ausbeutesatz beträgt der Steuersatz für Rohöle 2,4 vH und der für die Erdölprodukte 6 vH der Bemessungsgrundlage. Die Sonderabgabe ist monatlich anzumelden und zu entrichten; eine Veranlagung unterbleibt. Für die Einfuhr werden die zollrechtlichen Vorschriften sinngemäß angewendet.

Die Sonderabgabe von Erdöl wird für Vorgänge nach dem 30. April 1995 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Elektrizitätsabgabegesetz und Erdgasabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 60 und 61, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 600 S je 1 000 m³ und für Strom 0,10 S je kWh.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Normverbrauchsabgabengesetz, BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie Kraftfahrzeuge zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des Kraftfahrzeuge.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risiken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, bei Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter zehn Jahren, wenn keine laufenden, im wesentlichen gleichbleibende Prämienzahlungen vereinbart sind,

und bei allen anderen Versicherungen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Vorschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer

Gesetzliche Grundlage

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Sachlicher Überblick

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen für im Inland zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen übrigen Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 5,50 S je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 55 S. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,22 S je Kubikzentimeter Hubraum. Wird das Versicherungsentgelt vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich entrichtet, ermäßigt sich die Steuer auf 5,40 S, 5,30 S bzw. 5 S (bei Krafträdern auf 0,216 S, 0,212 S, 0,20 S). Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Vorschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996;

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

Sachlicher Überblick

Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 Tonnen oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt im Jahre 1997 80 S, der Wochensatz 440 S, der Monatssatz 1 670 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

Vorschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und Vorschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen, Zugmaschinen und Motorkarren sowie für Kraftfahrzeuge, für die keine Haftpflichtversicherung besteht, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Kraftfahrzeuge jener Personen,

Kapitel 52 — Titel 526

183

denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht ist die Kraftfahrzeugsteuer pro Tonne zu entrichten. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S, je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen und weniger als 12 Tonnen für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S monatlich. Bei einem Gesamtgewicht zwischen 12 bis unter 18 Tonnen 75 S, darüber 85 S, höchstens jedoch 3 230 S, bei Anhängern höchstens 2 550 S monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Sachlicher Überblick

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bilden die Jahresbruttospieleinnahmen (Einsätze minus Gewinne) eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH. Für elektronische Lotterien 24 vH und für Bingo und Keno 27,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997.

Sachlicher Überblick

Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz sind mit Wirkung 1. Jänner 1997 Erhöhungen vorgesehen. Der zweckgebundene Altlastenbeitrag wird pro angefangene Tonne ab 1. Jänner 1997 für Baurestmassen mit 60 S, für Erdaushub (ab 1. Jänner 1998) mit 80 S, für Abfälle, die den Kriterien für Baurestmassendeponien der Deponieverordnung entsprechen, mit 120 S und für alle übrigen Abfälle mit 150 S festgesetzt. Diese Beträge werden in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils stufenweise angehoben. Der Altlastenbeitrag erhöht sich (um 30 bis 800 S), sofern die Abfälle auf einer Deponie abgelagert werden, die über kein Deponiebasisdichtungssystem, keine vertikale Umschließung und keine dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt.

85 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hierfür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

15 vH des Aufkommens können zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen verwendet werden.

184

Kapitel 52 — Titel 527 und 2/528**Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	130,8	747,6
1998	162,2	15 800,0
1999	162,2	4 000,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen neben Geldstrafen, Wertersatz und Verfallserlösen auch die Einnahmen gemäß § 60 ZollG und § 69 ZollR-DG.

Im Jahre 1998 erfolgt die haushaltsmäßige Verrechnung der Steuerguthaben strikt nach dem Kassenprinzip, wodurch die bisherige Asymmetrie zwischen Verrechnung von Guthaben und Rückständen beseitigt wird. Die erstmalige Umbuchung führt zu buchmäßigen Mehreinnahmen in der Größenordnung von voraussichtlich 15 Milliarden Schilling.

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	179 174,6
1998	184 852,8
1999	192 690,8

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Vorschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 190 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

1. bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 28,021 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,717 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünftel nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünftel in folgendem Verhältnis: Burgenland 1,583 vH, Kärnten 5,247 vH, Niederösterreich 15,004 vH, Oberösterreich 16,318 vH, Salzburg 9,326 vH, Steiermark 9,657 vH, Tirol 9,021 vH, Vorarlberg 6,428 vH und Wien 27,416 vH;
2. bei der Lohnsteuer auf die Länder 19,990 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,415 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
3. bei der Kapitalertragsteuer I auf die Länder und Gemeinden und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
4. bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 8,1 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 18,9 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
5. bei der Umsatzsteuer auf die Länder zuerst 0,949 des Aufkommens an der Umsatzsteuer nach Abzug der Ausgaben des Bundes für Beihilfen nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,572, Kärnten 6,897, Nieder-

Kapitel 52 — Titel 2/528

185

- österreich 14,451, Oberösterreich 13,692, Salzburg 6,429, Steiermark 12,884, Tirol 7,982, Vorarlberg 3,717, Wien 31,376; von den verbleibenden Anteilen der Länder 95,661 vH nach der Volkszahl, 2,902 vH zu einem Sechstel auf Wien und zu fünf Sechstel auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl und 1,437 vH nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 39,142 vH nach der Volkszahl 49,996 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 10,862 vH nach dem in Z 1 genannten Verhältnis;
6. bei der Biersteuer auf die Länder 15,736 Hundertteile und auf die Gemeinden 19,232 Hundertteile nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 18,151 Hundertteile und auf die Gemeinden 8,280 Hundertteile in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,327, Kärnten 8,812, Niederösterreich 17,831, Oberösterreich 17,964, Salzburg 8,832, Steiermark 14,879, Tirol 11,761, Vorarlberg 4,331 und Wien 13,263;
 7. bei der Weinsteuern, der Schaumweinsteuern, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer sowie beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
 8. bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
 9. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Viertel in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,758, Kärnten 8,203, Niederösterreich 22,431, Oberösterreich 16,756, Salzburg 7,359, Steiermark 15,645, Tirol 10,332, Vorarlberg 4,007 und Wien 11,509;
 10. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer auf die Länder in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,243, Kärnten 6,769, Niederösterreich 19,261, Oberösterreich 16,993, Salzburg 6,557, Steiermark 14,757, Tirol 7,548, Vorarlberg 4,246, Wien 20,626;
 11. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
 12. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hierbei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge von Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52824 Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung

Gemäß § 7 Abs. 2 Z 3 FAG 1997 sind vom Aufkommen der Umsatzsteuer für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information jährlich 100 Millionen Schilling bereitzustellen. (Siehe ergänzend auch die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/17236.)

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 1,934 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

186

Kapitel 52 — Titel 2/529**Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds**

An den Katastrophenfonds sind 1,428 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	31 563,3
1998	30 200,0
1999	31 500,0

1. Überblick

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt und empfängt aus diesem Haushalt Leistungen der EU. Einen Überblick über die diesbezüglichen Zahlungen gibt die nachstehende Tabelle:

	1995 Erfolg	1996 Erfolg	1997 vorl. Erfolg Millionen Schilling	1998 BVA	1999 BVA
1.1. Beitragsleistungen:					
Zahlungen ¹⁾	18 754,0	26 937,3	31 563,3	30 200,0	31 500,0
abzügl. Einhebungsverg. (10% trad. EM)	324,1	393,3	390,3	400,0	410,0
Summe 1.1. (netto) ...	18 429,9	26 543,7	31 173,1	29 800,0	31 090,0
1.2. Rückflüsse:					
Artikel 81	7 601,6	1 401,9	976,2	479,5	0,0
ESF	629,6	1 594,2	1 819,5	1 289,0	1 289,0
EFRE	0,0	981,4	1 215,2	0,0	0,0
EAGFL-Garantie ²⁾	1 133,7	15 195,2	11 364,4	10 474,2	10 383,1
EAGFL-Ausrichtung	423,6	1 532,1	1 368,7	1 748,1	1 748,1
sonstige Rückflüsse ³⁾	297,3	594,2	500,0	500,0	500,0
Summe 1.2. ...	10 085,8	21 298,9	17 244,0	14 490,8	13 920,2

Im folgenden werden die rechtlichen und rechnerischen Grundlagen dieser Transfers zwischen der EU und Österreich erläutert:

2. Gesetzliche Grundlagen:**2.1. Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag**

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag legt fest, daß der Haushalt der EU unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist.

2.2. Eigenmittelbeschluß: Beschluß 94/728/EG, EURATOM des Rates vom 31. Oktober 1994 (ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994)

In Ausführung des Art. 201 EG-Vertrag legt Art. 1 des Eigenmittelbeschlusses 94/728 vom 31. Oktober 1994 fest, daß den Gemeinschaften zur Finanzierung ihres Haushalts Eigenmittel zugewiesen werden. In den Haushalt der EU sind (mit Ausnahme der Bereiche EGKS, EURATOM, EEF) alle Ausgaben aufzunehmen (Art. 199 EG-Vertrag); er wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln (Zölle, Zölle aus dem Agrarbereich, Zuckerabgabe, MwSt., BSP) der Gemeinschaft finanziert.

3. Österreichische Beitragsleistungen**3.1. Allgemeines:**

In Österreich ist im Bundesministerium für Finanzen für die Abwicklung der Eigenmittel-Leistungen an die EU das „Artikel 9 Konto“ eingerichtet, welches im Rahmen des Bundeshaushaltes geführt wird. Gemäß Art. 9 VO 1552/89 müssen die Mitgliedstaaten die Eigenmittel auf einem gesonderten Konto gutschreiben:

¹⁾ Brutto, inkl. 10% Einhebungsvergütung der traditionellen Eigenmittel.

²⁾ 1996 und 1997 exkl. Länderanteil an den erhöhten ÖPUL-Zahlungen (1996: 1 036 und 1997: 438 Millionen Schilling).

³⁾ Beinhalten überwiegend Zahlungen an private Empfänger sowie vereinzelt Bundeseinnahmen. Die Beträge für 1997—1999 stellen lediglich Grobschätzungen dar. Werte 1995—1996 gemäß Jahresberichte des EURH.

Kapitel 52 — Titel 2/529

187

- die BSP- und Mehrwertsteuereigenmittel am ersten Werktag jedes Monats in Höhe eines Zwölftels der sich aus dieser Hinsicht aus dem Europäischen Haushaltsplan ergebenden Beträge,
- die traditionellen Eigenmittel nach Abzug von 10% für Erhebungskosten (VA-Ansatz 2/50014) spätestens am 19. des zweiten Monats, der auf den Monat der Feststellung folgt.

Die Gutschriften auf dieses Konto werden in der Bundeshaushaltsverrechnung in der voranschlagswirksamen Verrechnung als Schuld (Phase 4) verrechnet; die EU verrechnet in ihrem Haushalt diese Gutschriften (nach dem Forderungsprinzip) als Einnahmen. Erst wenn die Europäische Kommission Zahlungen von ihrem Guthaben auf dem „Artikel 9 Konto“ abrufen, werden auch beim Bund — entsprechend dem Kassenprinzip — haushaltswirksame Ausgaben (Zahlungen Phase 5) verrechnet. Dabei kann es auf Grund eines Restsaldos aus dem Vorjahr (Differenz zwischen höheren Gutschriften und tatsächlich abgerufenen Zahlungen) im darauffolgenden Jahr zu Zahlungen kommen, die betragsmäßig die Gutschriften dieses Jahres übersteigen. Die jährliche Budgetbelastung Österreichs (Phase 5) unterscheidet sich daher von den Einnahmen, welche die EU in ihrem Haushalt desselben Jahres verrechnet.

Die jährliche Höhe der Gutschriften stellt sich wie folgt dar:

	1995 Erfolg	1996 Erfolg	1997 vorl. Erfolg Millionen Schilling	1998 BVA	1999 BVA
Gutschriften (netto)	23 255,2	25 116,6	29 107,4	29 800,0	31 090,0

3.2. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden:

Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997 § 7 Abs. 2 Z 3 und § 8 Abs. 2 Z 1 lit. a beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Hiernach sind für 1999 Beiträge der Länder in Höhe von 6,129 Milliarden Schilling und der Gemeinden in Höhe von 7,079 Milliarden Schilling zu erwarten. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.

4. Rückflüsse:

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt bei Titel 513 verrechnet:

Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, waren im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig. Für 1999 sind keine Rückflüsse zu erwarten. Die Verwendung dieser Mittel erfolgte auf der Grundlage des Europaabkommens bei Titel 1/606.

Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU)

Für 1999 sind erstmals Rückflüsse aus den Zielen 1 bis 5 des Europäischen Sozialfonds in Höhe von 1 289,0 Millionen Schilling veranschlagt. Für Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)

Die im Jahre 1999 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Regionalfonds können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)

Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 1999 ein Betrag von 10 383,066 Millionen Schilling zu erwarten; hiebei entfallen auf

Ackerkulturen, Zucker etc.	5 158,808 Millionen Schilling
Obst, Gemüse, Wein	179,555 Millionen Schilling
tierische Erzeugnisse	1 619,637 Millionen Schilling
flankierende Maßnahmen	2 275,000 Millionen Schilling
Ausfuhrerstattungen	1 000,000 Millionen Schilling

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 1/603 bzw. beim VA-Ansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen.

Voranschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung (EU)

Im Landwirtschaftsbereich (EAGFL/Ausrichtung) kann im Jahre 1999 mit Rückflüssen von 1 748,140 Millionen Schilling gerechnet werden.

Die Mittelverwendung erfolgt bei den VA-Ansätzen des Strukturfonds:
 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung),
 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (EU).

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischen Sozialfonds, Europäischen Regionalfonds und EAGFL/Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel zwei Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hiezu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305 und 2/51306). Die EU-Mittel werden zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Bundes verwendet.

Einen knappen Überblick über die Verrechnung der Vereinnahmung und Verwendung der EU-Rückflüsse gibt die nachstehende Tabelle:

	TRANSFER	VEREINNAHMUNG	VERWENDUNG
1.	Landwirtschaft		
1.1.	Übergangszahlungen gem. Art. 81 Beitrittsvertrag	2/51304	Titel 606 ¹⁾
1.2.	EAGFL/Garantie	2/51314	Titel 603
1.3.	EAGFL/Ausrichtung	2/51315	Titel 602
2.	ESF	2/51305	Kap. 15
3.	EFRE	2/51306	1/10008 1/10046 1/10048 1/18656 1/63186 1/65236
4.	Sonstige budgetwirksame Rückflüsse zB TEN-Zuschüsse	jew. Budgetkapitel 2/65120	jew. Budgetkapitel 1/65128
5.	Außerbudgetäre Rückflüsse zB Forschungsprogramme	direkt	direkt

5. Nettoposition:

Zur Darstellung der sogenannten Nettoposition werden üblicherweise die Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) an den Gemeinschaftshaushalt leisten (Eigenmittelgutschriften) den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für die einzelnen Mitgliedstaaten gegenübergestellt.

Um den Aussagegehalt dieser Darstellungen richtig beurteilen zu können, sind die folgenden Sachverhalte zu berücksichtigen:

Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgabe) ist zu beachten, daß diese jenen Mitgliedstaaten zugerechnet werden, an dessen Grenzstelle die Zahlungen geleistet werden. Das Aufkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten hängt somit von der Frequenz an den Grenzüberschreitungsstellen der einzelnen Mitgliedstaaten ab; Mitgliedstaaten mit wichtigen Umschlagplätzen weisen höhere Werte auf als die anderen Mitgliedstaaten („Rotterdameffekt“). Hierbei bleibt unbeachtet, daß gegebenenfalls der Abgaben-Träger (zB Importeur) einem anderen Mitgliedstaat zuzurechnen wäre; dies führt zu Verzerrungen bei der Einnahmenezurechnung und damit auch der Nettopositionen. Mit zunehmender Rückläufigkeit der traditionellen Eigenmittel tritt dieses Problem allerdings in den Hintergrund.

¹⁾ Zweckbindung gemäß Europaabkommen.

Kapitel 52 — Titel 2/529

189

Als einheitliche Grundlage für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten der EU-15 kann nur der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) für jedes Haushaltsjahr im November des Folgejahres veröffentlichte Bericht herangezogen werden, da nur dieses Budgetdokument Aufgliederungen der Rückflüsse nach Mitgliedstaaten ausweist (derzeit liegt der Jahresbericht 1996 vor; vgl. ABIEG Nr. C 348 vom 18. November 1997, insbesondere die Seiten 54 Band 1 sowie XXI, XXIII, XXIV und XXV Band 2).

Die vom EuRH darin getroffene Untergliederung ist relativ grob, so daß genaue Vergleiche mit den österreichischen Aufzeichnungen nicht möglich sind: Der EuRH weist die Werte gemäß den gemeinschaftlichen Haushaltsvorschriften in ECU aus; dies führt gegenüber den österreichischen Aufzeichnungen zu Kursdifferenzen. Ferner bestehen Periodenabgrenzungsunterschiede: Der EuRH nimmt entsprechend den Haushaltsvorschriften der EU (Art. 6 und 101 EU-Haushaltsordnung) eine andere Periodenabgrenzung der Rückflüsse vor. Zahlungen der EU bis 15. Jänner werden dem vergangenen Haushaltsjahr zugerechnet, hingegen sind dies in der österreichischen Rechnung schon Einnahmen für das laufende Finanzjahr. Die Differenzen zwischen den österreichischen und den Aufzeichnungen der EU sind im wesentlichen auf diese beiden Faktoren zurückzuführen.

Letztlich ist darauf hinzuweisen, daß die Jahre 1995 und 1996 für Österreich durch technisch-administrative Anlaufeffekte gekennzeichnet waren, wodurch sich besonders im Bereich der Rückflüsse wenig aussagekräftige und für die Folgejahre nicht repräsentative Werte ergaben.

1997 beläuft sich die Nettoposition auf rd. 0,5% des BIP.

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1999 gem. §§ 7 und 8 FAG 1997

Abgaben	Berechnungs- basis 1999 ¹⁾	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der ²⁾			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder	Gemeinden	Länder und Gemeinden (Summe)
		in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommenssteuer.....	31 302,165	46,847	28,738	24,415	14 545,957	8 195,039	7 439,653	15 634,692
Lohnsteuer.....	184 457,783	63,596	20,405	15,999	116 751,196	34 419,857	28 681,066	63 100,923
Kapitalertragsteuer.....	4 831,900	20,825	13,193	65,982	1 001,930	583,144	3 115,618	3 698,762
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	25 000,000	53,000	27,000	20,000	13 250,000	6 205,385	4 908,902	11 114,288
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 300,000	70,000	30,000	—	910,000	358,533	—	358,533
Bodenwertabgabe.....	75,000	4,000	—	96,000	3,000	—	70,688	70,688
Summe ...	246 966,848				146 462,084	49 761,959	44 215,928	93 977,887
Kunstförderungsbeitrag.....	134,400	70,000	30,000	—	94,080	40,320	—	40,320
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer.....	220 900,000	69,050	18,577	12,373	151 956,979	37 725,611	25 317,563	63 043,174
Abgabe von alkoholischen Getränken.....	—	40,000	30,000	30,000	—	—	—	—
Biersteuer.....	2 200,000	38,601	33,887	27,512	849,222	685,363	594,236	1 279,600
Schaumweinsteuer.....	300,000	38,601	33,887	27,512	115,803	93,459	81,032	174,491
Weinsteinsteuer.....	—	38,601	33,887	27,512	—	—	—	—
Alkoholsteuer.....	1 400,000	38,601	33,887	27,512	540,414	436,140	378,150	814,291
Mineralölsteuer.....	35 000,000	91,291	6,575	2,134	31 951,850	2 115,577	733,292	2 848,869
Grunderwerbsteuer.....	5 800,000	4,000	—	96,000	232,000	—	5 466,554	5 466,554
Kraftfahrzeugsteuer.....	1 600,000	82,833	17,167	—	1 325,328	252,510	—	252,510
Motorbezogene Versicherungssteuer.....	10 000,000	50,000	50,000	—	5 000,000	4 596,582	—	4 596,582
Summe ...	277 200,000				191 971,596	45 905,242	32 570,827	78 476,070
Spielbankabgabe ³⁾	1 350,000	69,156	14,156	16,689	933,600	191,100	225,300	416,400
Insgesamt ...	525 651,248				339 461,360	95 898,621	77 012,055	172 910,677

Hiezu:

Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1998 10 312,231

Hievon ab:

Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus der Abgabenanteile..... 11 092,231

Verbleiben... 172 130,677

¹⁾ Bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Umsatzsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1997 die Abgeltungen und Anteile für den Familienlastenausgleich, weiters die Anteile für den Katastrophenfonds, der „Gemeinde-Beitrag“ für die teilweise Finanzierung der Beitragsleistungen an die Europäische Union und ein Betrag in Höhe der Ausgaben des Bundes für die Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz vor der Teilung in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung in Höhe von 4 vH abgezogen.

²⁾ Bei der Berechnung der Ertragsanteile werden der „Länder-Beitrag“ an der EU-Finanzierung, die sogenannten „Konsolidierungsbeiträge“ der Länder und Gemeinden, Abzüge für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Gemeinde-Anteil an der Krankenanstaltenfinanzierung berücksichtigt..

³⁾ Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1997.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1990 bis 1999

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorl. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern:										
Veranlagte Einkommensteuer.....	33 792,6	35 768,3	36 964,1	32 689,4	31 595,5	29 995,4	37 090,5	38 811,9	41 500,0	42 000,0
Lohnsteuer.....	105 490,5	121 863,3	134 267,7	139 239,7	134 767,2	150 226,8	160 491,4	183 177,6	188 000,0	198 000,0
Kapitalertragsteuer.....	2 130,8	2 827,5	3 513,6	3 258,4	4 178,6	4 071,6	4 942,3	4 966,3	4 700,0	5 000,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	7 186,2	9 601,8	11 357,5	16 625,2	19 747,7	20 841,3	22 800,0	22 926,8	25 000,0	25 000,0
Körperschaftsteuer.....	13 786,1	15 348,4	20 982,5	18 611,5	21 136,7	28 083,4	42 006,3	46 738,6	46 500,0	48 000,0
Abgabe von Zuwendungen.....	9,6	8,2	8,0	5,9	4,9	8,8	5,6	5,8	5,0	5,0
Gewerbsteuer.....	8 516,0	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 474,4	1 695,0	947,8	560,0	100,0	10,0
Bundesgewerbsteuer.....	6 351,9	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 840,2	1 259,7	703,7	418,8	80,0	8,0
Vermögensteuer.....	7 035,2	7 983,4	8 373,8	8 426,0	886,1	616,0	468,9	248,2	50,0	5,0
Erbschaftssteueräquivalent.....	1 801,4	2 016,1	2 161,4	1 897,2	169,1	186,9	100,5	60,5	10,0	0,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 055,8	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 282,4	1 128,6	1 231,0	1 243,9	1 250,0	1 300,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.....	275,4	277,0	274,2	276,7	276,7	277,6	278,3	278,0	280,0	280,0
Bodenwertabgabe.....	63,3	69,3	68,6	72,7	72,3	75,8	72,2	72,2	75,0	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag.....	5 358,6	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 837,9	7 188,6	7 286,2	7 452,2	7 600,0	7 800,0
Sonderabgabe von Banken.....	1 690,7	1 715,7	2 044,2	1 925,2	285,3	96,3	-13,2	4,8	0,0	0,0
Summe ...	194 544,2	220 188,8	244 436,7	245 920,9	225 555,9	245 751,7	278 411,5	306 965,6	315 150,0	327 483,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):										
Kunstförderungsbeitrag	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	139,7	138,4	140,0	140,0
Einkommen- und Vermögensteuern: Summe ...	194 660,2	220 305,7	244 554,1	246 064,7	225 693,8	245 892,2	278 551,1	307 104,0	315 290,0	327 623,0

Kapitel 52

191

192

Kapitel 52

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorf. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Umsatzsteuern:										
Umsatzsteuer	154 520,7	163 654,9	172 965,5	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	207 165,0	223 000,0	233 000,0
Abgabe von alkohol. Getränken	2 655,2	2 826,9	820,6
Summe ...	157 175,9	166 481,8	173 786,1	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	207 165,0	223 000,0	233 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben:										
Zölle.....	5 748,5	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 830,9	4 104,8	3 512,9	3 504,0	3 500,0	3 500,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben.....	846,4	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 322,4	196,1	-4,1	-0,6	0,0	0,0
Summe ...	6 594,9	7 311,0	7 739,0	7 596,9	8 153,3	4 301,0	3 508,8	3 503,4	3 500,0	3 500,0
Verbrauchssteuern:										
Tabaksteuer	11 289,7	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 190,3	12 241,3	12 310,1	13 234,7	15 500,0	15 500,0
Biersteuer.....	767,1	758,7	2 159,2	2 254,4	2 263,0	2 204,5	1 996,8	2 043,6	2 200,0	2 200,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	173,4	91,4	66,6	-74,7	62,0	-147,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mineralölsteuer	19 618,3	20 699,8	25 186,8	25 324,0	27 079,6	31 459,0	36 229,6	34 629,4	34 500,0	35 000,0
Alkoholsteuer	135,3	139,6	270,8	297,3	300,6	758,5	1 260,7	1 179,2	1 350,0	1 400,0
Schaumweinsteuer	338,3	355,3	446,8	461,1	428,0	360,4	318,4	324,4	300,0	300,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	9,6	5,5	0,2	0,5
Branntweinaufschlag.....	101,8	106,8	124,0	165,7	168,8
Weinsteuer	32,7	242,0	228,6	60,4
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse.....	172,0	203,4	235,7	214,2	261,5	65,9
Summe ...	32 605,4	34 093,9	40 314,9	40 601,6	43 000,4	47 003,0	52 115,7	51 411,3	53 850,0	54 400,0
Stempel- und Rechtsgebühren:										
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	3 149,2	3 109,0	2 930,9	3 068,4	3 123,6	3 032,5	3 248,1	3 390,3	4 300,0	4 300,0
Übrige Gebühren	4 291,4	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 401,4	5 403,6	5 504,2	5 831,8	5 500,0	6 200,0
Summe ...	7 440,6	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 525,1	8 436,1	8 752,2	9 222,1	9 800,0	10 500,0

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorl. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Millionen Schilling									
Verkehrssteuern:										
Kapitalverkehrssteuern	2 041,5	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 516,6	1 231,3	1 195,6	1 187,5	1 200,0	1 300,0
Sicherheitsabgabe									250,0	250,0
Energieabgabe							1 952,7	7 468,9	6 300,0	6 500,0
Normverbrauchsabgabe			4 405,3	4 727,3	4 606,3	4 742,3	5 502,4	5 343,5	5 800,0	5 900,0
Grunderwerbsteuer	3 455,3	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 222,9	5 411,7	5 744,5	5 567,7	5 700,0	5 800,0
Versicherungssteuer	5 281,7	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 238,0	8 590,0	9 478,0	8 881,4	10 400,0	10 500,0
Motorbezogene Versicherungssteuer				3 889,9	7 583,8	7 579,0	7 835,3	8 661,2	9 500,0	10 000,0
Straßenbenützungsabgabe	3 109,7	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 128,7	2 479,7	1 675,3	1 061,5	1 100,0	1 200,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	2 182,9	2 272,1	2 330,9	878,5	267,7	797,8	970,1	1 018,6	1 044,0	1 044,0
Kraftfahrzeugsteuer	4 054,0	4 219,6	4 328,8	1 631,5	497,2	742,4	833,8	696,7	756,0	756,0
Spielbankabgabe	884,1	999,4	1 019,4	1 106,1	1 177,3	1 120,6	1 124,0	1 403,9	1 300,0	1 350,0
Konzessionsabgabe	1 600,8	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 007,5	2 332,3	2 297,2	2 630,4	2 600,0	2 700,0
Alllastenbeitrag (zweckgeb. Einn.)	142,6	172,7	167,3	215,7	211,1	285,2	290,4	447,7	500,0	760,0
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)				83,3	128,8	186,3	167,0	404,9		
Sonderabgabe von Erdöl	504,7	630,9	543,0	515,9	165,6	137,4				
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.)	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 345,3	-1 042,2				
Außenhandelsförderungsbeitrag	200,9	214,2	216,4	194,7	125,0	-96,8				
Summe ...	25 620,2	27 632,7	32 618,2	33 075,1	35 222,0	34 497,1	39 066,4	44 773,9	46 450,0	48 060,0
Umsatz- bis Verkehrssteuern: Summe ...	229 437,0	243 336,8	262 948,7	265 199,3	297 473,0	274 186,1	307 507,2	316 075,6	336 600,0	349 460,0
Nebenanprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 324,9	1 430,7	1 566,2	1 558,0	1 369,9	1 102,1	-398,7	747,6	15 800,0	4 000,0
Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe ...	425 422,2	465 073,2	509 069,0	512 822,0	524 536,7	521 180,3	585 659,7	623 927,2	667 690,0	681 083,0
Ab Überweisungen (I):										
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	110 245,0	125 288,3	134 949,6	142 887,1	140 977,3	135 451,6	154 851,5	158 920,9	164 680,5	172 130,7
Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung	1 882,6	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 191,3	1 136,4	1 288,1	1 276,8	1 354,6	1 418,8
Gewerbesteuer an die Gemeinden	8 508,9	7 513,4	9 309,0	8 750,7	4 212,4	1 490,4	927,8	605,6	100,0	10,0
Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung									100,0	100,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	3 336,5		4 264,6	4 220,4	4 171,9	4 558,7	4 959,1	5 109,5	5 245,0	5 482,9
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) ..	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
An den Katastrophenfonds	3 291,4	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 389,1	4 516,1	3 725,5	3 761,8	3 872,7	4 048,4
Alllastenbeitrag an UWF	128,4	155,4	150,5							
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	2 028,0	2 279,4	1 168,0	205,0						
Für öffentlichen Verkehr	1 637,2	1 704,1	1 748,2	658,9						
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer ...	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 692,6					
Ab Überweisungen I: Summe ...	142 720,3	155 146,2	168 883,7	173 714,9	166 134,5	156 653,2	175 252,0	179 174,6	184 852,8	192 690,8
Ab Überweisungen (II):										
Beitrag zur Europäischen Union						18 754,0	26 937,3	31 563,3	30 200,0	31 500,0
Öffentliche Abgaben — Netto: Summe ...	282 701,9	309 927,0	340 185,3	339 107,0	358 402,2	345 773,2	383 470,4	413 189,3	452 637,2	456 892,2

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabensexekutionsordnung

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 694/1993. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex — ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 82 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1427/97 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;

Kapitel 52

195

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1995;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948¹⁾] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. I Nr. 130/1997, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1997 bis 2000 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1997 — FAG 1997).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	40 796,2	4 946,9
1998	43 020,4	5 278,4
1999	44 496,6	5 537,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	10 567,9	—
1998	12 327,1	—
1999	13 570,0	—

¹⁾ Gemäß § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

Kapitel 53 — Titel 530

197

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Bedarfszuweisung an die Länder zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopffquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1999 zu leistende Kopffquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1998 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 530 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopffquoten:

Ertragskopffquote für nebenstehende Jahre	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Schilling						
niedrigste	8 647	9 018	9 358	10 011	9 200	10 034	10 085
höchste	10 687	10 705	10 810	11 652	10 742	11 808	11 688
im Durchschnitt.....	9 558	9 882	10 032	10 731	9 913	10 854	10 929

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich in den Jahren 1991 bis 1999 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1991	1 295,681	1996	1 352,489
1992	1 502,023	1997 vorl. Erfolg.....	1 396,197
1993	1 532,906	1998 (BVA)	1 470,000
1994	1 282,879	1999 (BVA)	1 530,000
1995	1 358,724		

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1999 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1997 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,34 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1999 sind 1 098,9 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53027 Bedarfszuweisung an Länder

Gemäß § 21a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt. Für das Jahr 1999 sind 7 930,1 Millionen Schilling vorgesehen, die nach der Volkszahl auf die Bundesländer verteilt werden.

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzzuweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Stromsteuer und Erdgassteuer.

Für das Jahr 1999 sind für diese Zwecke 745,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1999 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1997, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Im Jahre 1999 ist ein Beitrag von 24,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53077 Finanzausweisungen in Agrarangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1999 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1997 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzausweisung in Höhe von 200 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53097 Finanzausweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden im Jahre 1999 gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1997 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzausweisungen von insgesamt 2 025,8 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	26 648,0	1 151,8
1998	26 820,6	1 354,6
1999	26 878,2	1 418,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem BVA 1998 ergibt sich aus den Zuschüssen für Krankenanstalten.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten

Gemäß § 21 Abs. 1a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung einen Zweckzuschuß in Höhe von 0,642 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer abzüglich der Ausgaben des Bundes für Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 746/1996. Dieser Zweckzuschuß wird durch einen Vorwegabzug von den Ertragsanteilen der Gemeinden finanziert (§ 8 Abs. 3 Z 4 FAG 1997) und stellt somit den „Gemeindebeitrag“ an der Finanzierung der Krankenanstalten dar. Die Finanzierung durch den Vorwegabzug wird beim Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung, die entsprechenden Einnahmen des Bundes werden beim Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung dargestellt.

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Woh-

Kapitel 53 — Titel 532

199

nungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 1999 ist für diesen Zweck ein Betrag von 400 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1997 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hierfür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz (3 Millionen Schilling) und für die Renovierung des Stadttheaters in Klagenfurt (17,4 Millionen Schilling) wurde für das Jahr 1999 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1997 vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 1999 werden voraussichtlich 126 Millionen Schilling erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse beträgt gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, in den Jahren 1996 bis 2000 je 24,5 Milliarden Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1997 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 1999 einen Zweckzuschuß von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen

Der Bund hat den Ländern im Jahr 1997 zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen einen Zweckzuschuß in Höhe von 600 Millionen Schilling gewährt (§ 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1997). Da nicht vergebene Teile dem jeweiligen Land auch noch in den weiteren Jahren der Finanzausgleichsperiode zur Verfügung zu stellen sind, wird der Voranschlagsansatz mit einem Erinnerungsbetrag weitergeführt.

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergüsse an Zweckzuschüssen des Bundes**Voranschlagsansatz 2/53214 Übergüsse an Finanzzuweisungen des Bundes****Voranschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987**

Für Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sowie für allfällige Reste von Darlehensrückzahlungen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Kapitel 53 — Titel 534**201**

Schilling

im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	53 578 000
als Aufwendungen für Wasserbauten	69 500 000
als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.....	16 000 000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	379 294 000
	zusammen ... 518 372 000
	Summe ... 2 109 686 000
7. Für das Warn- und Alarmsystem	50 000 000
8. Hagelversicherung	130 815 000
	Gesamtausgaben 1997 ... 3 580 338 811

Für das Jahr 1999 sind nachstehend angeführte Gebarungen vorgesehen:

Einnahmen

Millionen Schilling

2/53400 Dotierung des Fonds.....	4 118,382
----------------------------------	-----------

Ausgaben

Millionen Schilling

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen.....	143,717
1/53418 Zahlungen an Länder	402,814
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	310,511
1/53438 Bankspesen.....	0,011
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	253,024
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden.....	2 738,314
1/53478 Warn- und Alarmsystem	50,000
1/53488 Hagelversicherungsförderung	150,000
1/51249 Rücklagenzuführungen	69,991

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt
	Sachausgaben	Einnahmen	Sachausgaben
	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	18 954,7	127 346,9	—
1998	16 618,0	24 209,2	0,0
1999	16 287,4	27 950,1	0,0

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 204/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 426/1996;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, 298/1987, 973/1993 und BGBl. I Nr. 97/1997;
- Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997;
- Bundesschatzscheinggesetz, BGBl. Nr. 172/1991;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1991;
- EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 173/1991;
- Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines österreichischen Beitrages zur 7. Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (ADF VII), BGBl. Nr. 718/1996;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines elften zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 625/1996;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. I Nr. 14/1998;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;
- Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 766/1992;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;
- Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds

Kapitel 54 — Titel 540

203

für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 174/1991; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. I Nr. 92/1997;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 750/1996;

Übereinkommen zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. I Nr. 181/1997;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereicherter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	2 123,9	4 789,1
1998	2 063,6	7 911,1
1999	1 701,6	7 708,1

Vorschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Für das Geschäftsjahr 1998 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

Vorschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 1998 125,745 Millionen Schilling budgetiert.

Vorschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstofffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Europäischen Investitionsbank (EIB), bei der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und ist an deren Kapital mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei diesen Kapitalanteilen wird zwischen einzahlbarem (callable), abrufbarem (on call) und eingezahltem (paid-in) Kapital unterschied-

den. Der Beitritt zur Bank für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank) ist vorgesehen.

Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzsituationen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatz-scheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

Internationaler Währungsfonds

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 385/1995, vom 9. Juni 1995 wurde die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt, beim Internationalen Währungsfonds auf ein Sonderkonto eine Einlage in Höhe von 50 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) mit einer Verzinsung von 0,5 Prozent jährlich und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren vorzunehmen.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. 1987 wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 4 000 Kapitalanteilen zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten beteiligt hat. Davon waren 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 16 666 650 US-Dollar (BGBl. Nr. 601/1981).

1996 wurde von den Mitgliedern eine siebente Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag von bis zu 199 921 927 Schilling beteiligt (BGBl. Nr. 718/1996).

Für 1999 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 170 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1 334 600 000 US-Dollar, das sind 0,73% des gesamten Kapitals.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Kapitel 54 — Titel 540

205

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 625/1996, wurde beschlossen, daß sich die Republik Österreich mit einem Betrag von 30 Millionen Sonderziehungsrechten (455,4 Millionen Schilling) an der Leistung eines Beitrages zum Interimfonds für das Geschäftsjahr 1997 und einem elften zusätzlichen Beitrag zur IDA in Höhe von 45,46 Millionen Sonderziehungsrechten (690,1 Millionen Schilling) beteiligt.

Die Leistung erfolgte zur Gänze durch Erlag von Bundesschatzscheinen im Jahre 1997.

Für 1999 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 540 Millionen Schilling vorgesehen.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6 020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966. 1997 wurde eine Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF VII) beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag in Höhe von 242 583 579 Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 14/1998).

Für 1999 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen 105,6 Millionen Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959 und erhöht seinen Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte um einen Höchstbetrag von 56 596 883,64 Schilling.

Für 1999 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Darlehen und Kapitalbeteiligungen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 100 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956).

Für 1999 sind keine Zahlungen geplant.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft wurde 1984 gegründet. Österreich hat sich als Gründungsmitglied an dieser Finanzinstitution, die sich dem Privatsektor in Lateinamerika widmet, mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

Für die zurzeit verhandelte Wiederauffüllung, an der sich Österreich beteiligen wird, wurde für 1999 ein Betrag von 8 Millionen Schilling veranschlagt.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 4. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 74,7 Millionen Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 92/1997).

Für 1999 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstofffonds (CF)

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstofffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Für 1999 wird keine weitere Beitragsleistung vorgesehen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon waren 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen ECU), zum Teil bar (je 6,84 Millionen ECU) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.

Mit Bundesgesetz vom 30. Dezember 1996, BGBl. Nr. 750/1996, wurde die Zeichnung von zusätzlichen 22 800 Anteilen zu je 10 000 ECU genehmigt.

Für 1999 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen und Barzahlung ein Betrag von 57 Millionen Schilling veranschlagt.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995, EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995, wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB). Am gezeichneten Kapital der EIB ist Österreich mit 1,516 Milliarden ECU bzw. 2,44% beteiligt.

Für 1999 sind keine Mittel vorgesehen.

Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank)

Der Beitritt zur MENA-Bank ist derzeit in Vorbereitung.

Der Kapitalanteil Österreichs wird 1% (das sind 50 Millionen US-Dollar, wovon 25% verteilt über fünf Jahre in bar oder durch Hinterlegung von Schatzscheinen einzuzahlen sind) betragen.

Für 1999 sind Mittel in der Höhe von 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)

Österreich ist der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur im Jahre 1997 beigetreten (BGBl. I Nr. 181/1997).

Der Kapitalanteil Österreichs beträgt 775 Sonderziehungsrechte zum Festkurs von 1 082 US-Dollar, wovon 10% des gezeichneten Kapitals 1997 in bar einbezahlt wurden. Weitere 10% wurden in Form von unverzinslichen Bundesschatzscheinen hinterlegt.

Für 1999 sind Mittel in der Höhe von 10 Millionen Schilling vorgesehen.

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)

Das Übereinkommen zur Errichtung des EEF ist derzeit in Vorbereitung und wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Kapitalanteil Österreichs wird 340 Millionen ECU (das sind 2,6% des Gesamtvolumens) betragen.

Für 1999 sind Mittel in der Höhe von 700 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um die Kapitaleinzahlungen für künftige Kapitalerhöhungen beim Bundesländerflughafen Klagenfurt (41 Millionen Schilling). Den Ausgaben stehen gleich hohe Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54307 gegenüber.

Kapitel 54 — Titel 541 und 542

207

Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-AG, Flughafen Wien AG, Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Graz Ges. m. b. H. sowie Flughafen Salzburg Ges. m. b. H.

Paragraph 2/5407 Oesterreichische Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1998 werden 7 400 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 7,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand bzw. Erlöse)**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	81,6	17 776,0
1998	91,1	3 000,1
1999	1,1	3 000,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Einnahmen aus dem Jahre 1997 resultiert hauptsächlich aus den Veräußerungserlösen von Anteilen an der Creditanstalt-Bankverein.

Titel 542 Bundesdarlehen**Aufgaben**

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessensvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post und Telekom Austria AG.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	38,8	1 328,7
1998	13,6	639,7
1999	12,2	1 776,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Einnahmen ist auf die erstmalig veranschlagten Darlehensrückzahlungen im Zusammenhang mit dem nachrangigen Gesellschafterdarlehen an die ÖIAG sowie im Zusammenhang mit den Darlehen an osteuropäische Staaten (Tschechien, Slowakei, Rumänien) zurückzuführen.

Die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem nachrangigen Darlehen an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft stehenden Zinsen und Darlehensrückzahlungen ist beim Paragraphen 5421 vorgesehen. Im BVA 1999 wurden für Zinsen 225 Millionen Schilling und für Darlehensrückzahlungen 575 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das Jahr 1999 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (3,0 Millionen Schilling) und der Post und Telekom Austria AG (4,0 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB- und PTA-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzahlung) rund 5,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTA erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen an osteuropäische Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe der Industriestaaten ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland“ und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland“ vorgesehen. Im BVA 1999 sind Zinseinnahmen in Höhe von 50 Millionen Schilling und Darlehensrückzahlungen in Höhe von 765 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der „Dachstein“ Fremdenverkehrs-AG, Flughafen Salzburg Betriebsges.m.b.H., Flughafen Linz Ges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. und ÖIAG. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile

Aufgaben

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden — mit Ausnahme des Flughafens Wien — überwiegend in der Form finanziert, daß der Bund, das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungs- und Betriebsgebäude) errichten und instandhalten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Es ist geplant, daß die Flughafenbetriebsgesellschaften, wenn sie finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, das Treuhandvermögen zum Teil oder zur Gänze erwerben und in das Betriebsvermögen übernehmen. Mit der 1999 beabsichtigten Übernahme des Treuhandvermögens des Flughafens Klagenfurt in das Betriebsvermögen ist diese Planung abgeschlossen.

	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	0,0
1998	45,0
1999	41,0

Bei den Einnahmen für 1999 handelt es sich um Rückzahlungen aus dem Treuhandvermögen des Flughafens Klagenfurt. Diesen Einnahmen stehen gleichhohe Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54093 gegenüber.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

Gesetzliche Grundlage

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

Aufgaben

Ehem. NS-Vermögen

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Kapitel 54 — Titel 546

209

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflubarer Willenserklärungen der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	0,0	67,3
1998	1,7	34,9
1999	1,7	55,0

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 1999 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;

Bundesforstgesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996;

Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997.

Aufgaben

Das unbewegliche Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegliche Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	6,6	85 040,9
1998	6,7	1 447,1
1999	5,6	4 238,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Veranschlagung für 1999 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen (vor allem durch die BIG) und nach den erwarteten Einnahmen aus der Übertragung des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften. Die geringeren Abfuhrerlöse der BIG haben auch geringere Provisionszahlungen zur Folge.

Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinsen, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenußentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Für die Veräußerung von Bundesgrundstücken an die BIG wurden 2 800,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt. Die Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. wurden 1999 mit 966,0 Millionen Schilling und jene der Österreichischen Bundesforste AG mit 20,0 Millionen Schilling veranschlagt. Außerdem wurden 100,0 Millionen Schilling für Fruchtgenußentgelte im Zusammenhang mit Art. I § 11 des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes präliminiert.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 733/1995;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995;

Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 816/1995;

AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;

Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefördert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;

Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

Kapitel 54 — Titel 547

211

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;

Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997;

Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1996;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 424/1996;

Polenkohlegarantiegesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1996;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 5 BWG; BGBl. Nr. 532/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994 sowie des Bundesfinanzgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1/1998;

KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996.

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 30. September 1997 wurden Bundeshaftungen von rund 2 839 243 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1997 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen.....	rund 166 131
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von.....	rund 152 255
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 13 876
somit nur rund 0,49 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.	

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	8 865,4	10 832,4
1998	13 279,4	11 081,2
1999	13 475,4	11 081,2

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes 1) 2)

(1997: Stand 30. September 1997)

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung	Schillingwährung			Fremdwährung	Schillingwährung
		in Millionen Schilling				in Millionen Schilling	
1980	258 410	73 140	185 270	1989	560 209	166 715	393 494
1981	360 693	117 112	243 581	1990	598 398	183 700	414 698
1982	400 615	118 078	282 537	1991	614 193	194 102	420 091
1983	440 818	126 908	313 910	1992	644 673	219 415	425 258
1984	490 127	147 380	342 747	1993	676 721	242 757	433 964
1985	497 593	141 076	356 517	1994	661 580	223 641	437 939
1986	496 643	134 345	362 298	1995	682 286	233 085	449 201
1987	499 404	137 263	362 141	1996 ³⁾	682 985	244 520	438 465
1988	520 507	148 172	372 335	1997	704 921	257 981	446 940

Stand der Haftungen des Bundes per 30. September 1997 1) 4)

	Stand per 30. 9. 1997 Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandskredite	1 574,5	
b) Auslandsanleihen	1 860,0	
c) Energieanleihen (Inland)	3 438,8	
d) Sonstige Inlandkredite	2 668,3	9 541,6
Ausfuhrförderungsgesetz		339 662,8
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		175 542,3
Agrarinvestitionskredite		379,9
Österr. Industrieholding AG		46 334,4
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Straßenbau	75 345,7	
b) Bundeshochbauten	4 843,0	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	21 286,2	
d) Schieneninfrastruktur-Finanzierung	1 713,0	
e) Sonstiges	16,0	103 203,9
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds		13 474,4
Bundeswohnbaufonds		2 665,0
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,2	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	5 496,50	
c) Atomhaftpflichtgesetz	260,0	
d) Erdöllagerges. m. b. H.	949,7	
e) ÖBB-EUROFIMA	3 065,1	
f) Österr. Arbeitsmarktservice	33,6	
g) BÜRGES-Förderungsbank	4 311,6	14 116,7
Gesamtsumme		704 921,0

Fußnoten auf Seite 216.

Kapitel 54 — Titel 548

213

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen ⁵⁾
1980—1997

	Ausfuhrförderung ⁶⁾		Inanspruchnahme	Übrige Rückflüsse
	Inanspruchnahme	Rückflüsse		
in Millionen Schilling				
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9
1994	14 758,2	7 497,1	84,9	0,2
1995	10 375,4	8 281,7	100,3	5,7
1996	9 735,3	5 032,9	184,1	0,0
1997	8 442,2	7 348,8	173,5	0,0

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen**Gesetzliche Grundlagen**

- Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;
 Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;
 IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1997;
 Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;
 ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987, BGBl. Nr. 973/1993, BGBl. Nr. 383/1996, BGBl. Nr. 426/1996 und BGBl. I Nr. 97/1997;
 Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;
 Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;
 Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;
 Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;
 Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;
 Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;
 Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979;
 Bundesgesetz betreffend Börsenfondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998;
 Bundesgesetz über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft — Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundes-

—
Fußnoten auf Seite 216.

gesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG auf Grund des zitierten Bundesgesetzes, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wurde bis einschließlich 1997 die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs-
	Sachausgaben	Einnahmen	haushalt
	Millionen Schilling		Sachausgaben
1997 vorl. Erfolg.....	7 838,4	7 512,5	—
1998	1 162,0	50,1	0,0
1999	1 090,0	50,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Jahre 1997 wurde bei den Ausgaben und Einnahmen die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 113/1997, stehenden Zahlungen an die BIG für die Abdeckung der Forderungen der Gesellschaft gegenüber dem Bund vorgenommen.

Voranschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Untemehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 34. Rate werden für 1999 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1999 wurden für Kapital und Zinsen 5,335 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Für das Jahr 1999 wurden als Kostenersatz des Bundes 160,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,7 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 US-Dollar auf 25 000 US-Dollar verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1999 wurden hierfür insgesamt 3,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Kapitel 54 — Titel 548

215

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 1999 sind 101,100 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 1999 sind 419,900 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdeckung des laufenden Aufwandes (6,6 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (52,4 Millionen Schilling) und einen Zuschuß an die Wiener Börse AG (30 Millionen Schilling).

Voranschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**Ersatz an ÖIAG**

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw. Nachfolgesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Für 1999 wurden auf Grund der Anrechnung von Veräußerungserlösen und der Dividende der ATW auf die Ersatzzahlungen keine Beträge für Zinsen und Tilgungen veranschlagt.

Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar (BGBl. Nr. 486/1985).

Im Jahre 1996 wurde mit BGBl. Nr. 719/1996 festgelegt, den österreichischen Anteil für die Jahre 1996, 1997 und 1998 auf 4,5 Millionen US-Dollar festzusetzen.

Für 1999 ist ein Beitrag in Höhe von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Globale Umweltfazilität der Weltbank

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991). Die Zahlung dieses Betrages erfolgte durch Schatzscheinerlag in drei gleichen Raten in den Jahren 1991 bis 1993.

Mit Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 387/1995, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,51 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wurde zur Gänze in Bundesschatzscheinen in drei gleichen Raten, beginnend im Jahre 1995, geleistet.

Für 1999 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen**Leistungen an Bank Austria AG**

Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 206, hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 250,771 Millionen Schilling im Jahr 1999 zu ersetzen.

Leistungen an ÖIAG

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundesbehafteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 1999 wurden auf Grund der Anrechnung von Veräußerungserlösen und der Dividende der Austria Tabkwerke AG auf den Ersatz der Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung keine Beträge veranschlagt.

Paragraph 2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen**EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal**

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1997 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1999 wurden hierfür 4,5 Millionen Schilling veranschlagt. Im kommenden Jahr ist auch eine Rückzahlung in Höhe von 42,0 Millionen Schilling zu erwarten.

1) In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsbetrag ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

2) Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

3) Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betragen zum 31. Dezember 1996 219 364 Millionen Schilling.

4) Kapitalbeträge.

5) Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsansprüche.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

6) Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

Kapitel 55 — Titel 550

217

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten [der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Salinen AG, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH) und der Österreichischen Bundesforste AG] veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Beiträge der Österreichischen Postsparkasse, die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG, der Österreichischen Donau-Betriebs-AG, der Bundesversuchswirtschaften GmbH, der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, der Schönbrunner Tiergarten GmbH, Beiträge von Landeslehrern, der Österreichischen Salinen AG und der Bundesrechenzentrum GmbH, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH) und der Österreichischen Bundesforste AG zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1992 bis 1997 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	29 798,2	42 497,9	72 296,1	21 979,7
1998	29 986,8	43 172,0	73 158,8	18 153,7
1999	32 558,8	44 233,1	76 791,9	18 738,1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

- Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998;
- Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;
- Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;
- Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;
- Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997;
- Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
- Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekanntgegeben.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	29 455,2	526,2	29 981,4	3 624,0
1998	29 647,5	606,3	30 253,8	49,0
1999	32 205,2	606,3	32 811,5	49,0

218

Kapitel 55 — Titel 551 und 552**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung bei den Personalausgaben gegenüber dem BVA 1998 ergibt sich vor allem aus dem Anstieg der Pensionsparteien, aus der Erhöhung der Pensionen im Jahre 1998 und aus der Übernahme der Österreichischen Bundesforste AG ins Kapitel 55.

Titel 551 Ersätze an Länder**Gesetzliche Grundlage**

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	8 472,9	174,3
1998	9 309,7	169,9
1999	9 709,7	173,3

Titel 552 Sonstige Bedienstete**Gesetzliche Grundlagen**

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;

Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997;

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996;

Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, Art. 53.

Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Taubstummengemeinschaft, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei AG und Wiener Zeitung GmbH, der Münze Österreich AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	342,9	21,1	364,0	27,9
1998	338,3	29,5	367,8	4,6
1999	352,5	31,6	384,1	25,2

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Einnahmenerhöhung gegenüber dem BVA 1998 ergibt sich durch die Beitragszahlung der Österreichischen Bundesforste AG.

Kapitel 55 — Titel 555 und 2/556

219

**Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und
2/55309 Pensionsvorschußsätze**

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Im BVA 1999 sind für Pensionsvorschüsse 1,4 Millionen Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,7 Millionen Schilling zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 1999 wird 1 Million Schilling veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	33 477,0	10 095,7
1998	33 225,1	10 092,0
1999	33 884,1	10 241,0

Paragraph 5550 Österreichische Bundesbahnen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte; zuzüglich 3 vH ab 1. Juli 1996 bzw. 4 vH ab 1. Juli 1999 von den Aktivbezügen und von den Ruhebezügen als weiteren Pensionsbeitrag für diese aktiven Bediensteten bzw. Pensionssicherungsbeitrag für die Ruhegenußempfänger. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Paragraph 5551 Post und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 95, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der Post und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leistet die Post und Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 27,5 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	8 057,4
1998	7 837,7
1999	8 249,0

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung ergibt sich vor allem aus den Pensionsbeiträgen und den Pensionssicherungsbeiträgen infolge der Bezugserhöhungen.

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Nebengebührenerzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997.

220

Kapitel 55 — Titel 2/556

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Mai 1995 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 11,75 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebührenzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 11,75 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 1999 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 6 962,6 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998.

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 1999 mit 646,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Pensionssicherungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung der BGBl. I Nr. 35/1998.

Im Jahre 1999 sind Einnahmen in Höhe von 640,0 Millionen Schilling zu erwarten.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1999			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1993	1994	1995	1996	1997
					Anzahl				
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			¹⁾					
55000	Ruhebezüge	50 550		50 550	⁴⁾ 47 191	⁴⁾ 48 088	⁴⁾ 49 985	50 044	49 897
55010	Versorgungsbezüge	28 390		28 390	⁴⁾ 27 487	⁴⁾ 27 627	⁴⁾ 27 798	27 964	28 054
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	80		80	⁴⁾ 120	⁴⁾ 109	⁴⁾ 99	89	84
	Titel 550 (Summe) ...	79 020		79 020	⁴⁾ 74 798	⁴⁾ 75 824	⁴⁾ 77 882	78 097	78 035
552	Sonstige Bedienstete: ²⁾								
55200	Ruhebezüge	165	430	595	³⁾ 953	³⁾ 806	³⁾ 737	676	628
55210	Versorgungsbezüge	275	460	735	³⁾ 893	³⁾ 820	³⁾ 769	736	771
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	440		440	³⁾ 614	³⁾ 559	³⁾ 507	457	447
	Titel 552 (Summe) ...	880	890	1 770	³⁾ 2 460	³⁾ 2 185	³⁾ 2 013	1 869	1 846
	Kapitel 55 (Summe) ...	79 900	890	80 790	77 258	78 009	79 895	79 966	79 881

¹⁾ Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 25
Versorgungsbezüge 30

²⁾ Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionsisten der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH), der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG und der Münze Österreich AG enthalten.

³⁾ Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge	739	604	541	495	442
Versorgungsbezüge	622	567	529	508	483
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	—	—	—	—	—
Summe ...	1 361	1 171	1 070	1 003	925

⁴⁾ Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

Kapitel 56

221

Kapitel 56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Zur Erhaltung einer übersichtlichen Budgetgestaltung, bei Umstellung auf eine einheitliche Eurowährung, mit Beginn der 3. Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, ist die Schaffung des neuen Kapitels 56 im BVA 1999 erforderlich. Gleichzeitig wird das Kapitel 57 aufgelassen.

Gesetzliche Grundlagen

Bundesfinanzierungsgesetz, § 2 Abs. 1 Z 10, BGBl. Nr. 763/1992, in der Fassung BGBl. I Nr. 124/1997;

Bundeshaushaltungsgesetz, § 65c, BGBl. Nr. 213/1996, in der Fassung BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Gemäß den oben angeführten Bestimmungen im Bundesfinanzierungsgesetz bzw. Bundeshaushaltungsgesetz wurde die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur ermächtigt, nach Aufforderung des Bundesministers für Finanzen die Aufnahme von Schulden, den Abschluß von Währungstauschverträgen und die Veranlagungen auch für sonstige Rechtsträger und Sonderkonten des Bundes durchzuführen. Die Ausweitung des Aufgabengebietes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur als zentrale Clearingstelle des Bundes trägt zur Verbesserung der Liquiditätshaltung und der Kosten bei.

Die aus dieser Tätigkeit resultierenden Transaktionen werden bei Kapitel 56 (BVA 1998: Kapitel 57) dargestellt.

Gesamtgebarung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1998	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1999	195,3	0,3	195,6	195,6	0,0	0,0	195,6	195,6

Die ansatzmäßige Gliederung wurde weitgehend der Darstellung bei Kapitel 58 nachgebildet. Für 1998 sind die einzelnen Voranschlagsansätze bei Kapitel 57 nur mit Verrechnungsposten in Höhe von jeweils 1 000 Schilling dotiert. Bei Bedarf kann der Bundesminister für Finanzen gemäß § 41 Bundeshaushaltungsgesetz bzw. auf Grund der Bestimmungen im jeweiligen Bundesfinanzgesetz Überschreitungen genehmigen.

Die Voranschlagsbeträge 1999 weisen die Verbindlichkeiten des Bundes sowie die Forderungen des Bundes gegenüber den oben zitierten Rechtsträgern aus den oben angeführten Aufgaben aus.

Kapitel 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Zur Erhaltung einer übersichtlichen Budgetgestaltung bei Umstellung auf eine einheitliche Eurowährung mit Beginn der 3. Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist die Schaffung des neuen Kapitels 58 im BVA 1999 erforderlich. Gleichzeitig wird das Kapitel 59 aufgelassen.

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 5 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1997 vorl. Erfolg *)	97 060,0	2 957,3	100 017,3	10 086,8	112 598,5	181 665,1	212 615,8	191 751,9
1998 *)	100 974,2	3 402,1	104 376,3	13 043,5	157 021,2	224 330,9	261 397,5	237 374,4
1999	103 282,3	3 995,5	107 277,8	8 686,6	179 077,3	249 223,5	286 355,1	257 910,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 397 Milliarden Schilling Ende 1996 auf rd. 1 476 Milliarden Schilling Ende 1997.

Titel 580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1999	56 140,0	0,0	56 140,0	0,0	110 179,3	0,0	166 319,3	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren des Bundes verrechnet.

*) 1997 und 1998: Kapitel 59.

Kapitel 58 — Titel 581 bis 584 und 588

223

Titel 581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1999	18 691,1	0,0	18 691,1	0,0	17 485,0	0,0	36 176,1	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen und Kredite in heimischer Währung verrechnet.

Titel 582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1999	8 711,7	0,0	8 711,7	0,0	7 467,5	0,0	16 179,2	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren des Bundes verrechnet.

Titel 583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1999	689,9	0,0	689,9	0,0	138,0	0,0	827,9	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung verrechnet.

Titel 584 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1999	6 039,1	0,0	6 039,1	8 686,6	13 807,3	14 164,5	19 846,4	22 851,1

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 580, 581, 582 und 583 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen werden beim Titel 589 mitveranschlagt.

Titel 588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling						
1999	13 010,4	0,0	30 000,2	235 059,0	43 010,6	235 059,0

Paragraph 5880 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung**Gesetzliche Grundlage**

Bundshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 1998 nach Erstellung des Voranschlages und für die im Jahre 1999 durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen

224

Kapitel 58 — Titel 589

[überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG und Art. V Abs. 3 BFG] bei den Titeln 580, 581, 582, 583 und 584.

Im Voranschlag 1999 sind für Zinsen und Aufgeld 13 010,4 Millionen Schilling und für Tilgungen 30 000,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 8/58809 Schuld aufnehmen gemäß Art. II BFG**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der geltenden Fassung, § 16, Abs. 1. und § 65b, Abs. 1.

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 1999 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 235 059,004 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraph 5882 und 5881 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 589 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1999	3 995,5	0,0

Voranschlagsansätze 1/58908 und 2/58904

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengedienung und dem Abschluß von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Im Voranschlag 1999 sind dafür Ausgaben in Höhe von 3 995,5 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 0,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 600

225

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere der Anlage zu §2, Teil 1 und 2, Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	1 686,0	24 916,6	26 602,6	2 538,1
1998	1 686,6	22 878,7	24 565,3	2 734,6
1999	1 686,6	21 760,6	23 447,2	2 735,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
 AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;
 Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
 Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I. Nr. 73/1997;
 Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
 Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;
 Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;
 Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;
 Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
 Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;
 Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;
 Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
 Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
 Weingesetz 1985, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardsthal bis zur Mündung in die March handelt.

226

Kapitel 60 — Titel 600

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	334,6	1 303,2	1 637,8	149,4
1998	334,7	947,7	1 282,4	232,5
1999	334,7	1 234,2	1 568,9	232,6

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr

Im Jahr 1998 erfolgte auf Grund der Auflösung der Pensionsrückstellungen der Agrarmarkt Austria beim VA-Ansatz 1/60018 lediglich die budgetäre Vorsorge für die Durchführung der Rinderkennzeichnungsverordnung. 1999 ist bereits wieder zusätzlich zu dieser Maßnahme die Teilabdeckung des AMA-Verwaltungsaufwandes erforderlich.

Paragraph 6000 Zentraleitung

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gem. BGBl. Nr. 222/1985, vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria“ wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992 vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60028 Zahlungen an die BIG

Unter diesem VA-Ansatz sind die Mietenzahlungen des Ressorts an die Bundesimmobilien-gesellschaft zu veranschlagen.

Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen**Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht“) sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters**, BGBl. Nr. 34/1969, sowie der Erstellung wasserwirtschaftlicher Unterlagen gem. § 25 Abs. 1 und 2 Wasserbautenförderungsgesetz, der Erstellung des Gewässerschutzberichtes gem. Wasserrechtsgesetz und des Wassergüteberichtes gem. Hydrographiegesetz.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an **das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum**, Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS) und der Rinderkennzeichnungsverordnung.

Die Mittel unter der Voranschlagspost **„Forstpolitische Unterlagen“** dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben, der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes sowie marktorientierter Analysen bezüglich forstlicher Produkte und Leistungen. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes“ nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur

Kapitel 60 — Titel 600

227

Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

Paragraph 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959**Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen**

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinigung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt.

Paragraph 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes**Wasserkreislauf**

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, das unterirdische Wasser, den Niederschlag einschließlich der Quellen, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie auf die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im Hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein Hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Wasserrechtsgesetznovelle 1997 trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Meßstellen, dh. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gleichfalls zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

Diese Maßnahmen werden zum Großteil mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds finanziert.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst“ mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (zB Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auch fachlich befähigte Personen beizuziehen, die nicht aus dem Bereich der Bundesbehörden stammen. Diese sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit bei den ortslastigen Tätigkeiten im Rahmen dieses Gesetzes (Feldanerkennung, Probenahme usw.) einzusetzen.

Im Bereich des Forstwesens und der Wasserwirtschaft werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen „Woche des Waldes“, und des „Tages des Wassers“, Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit, der Ministerkonferenz und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1994, BGBl. Nr. 273/1994, dienen.

Paragraph 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 2200/96, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 2930/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben

Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not“ sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen und der Donauschutzkonvention Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8 900 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 28,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1998 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 31,9 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO in Form von Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden rd. 5,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Weiters wurden im Bereich Forstwirtschaft eine Million Schilling für den Transfer an sonstige Institutionen und für forstliche Projekte im Zusammenhang mit der FAO 1,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Darüber hinaus wurden im Budgetjahr 1999 erstmalig eine Million Schilling für die Ministerkonferenz (ab 1999 übernimmt Österreich den Vorsitz) veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 601

229

Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975**Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	1 967,9	6,9
1998	2 047,4	0,1
1999	1 893,4	0,1

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Unter dem Titel 601 sind die Budgetmittel für die nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen veranschlagt. Diese Förderungsmaßnahmen sind auf Grund der verstärkten Förderung der kofinanzierten Maßnahmen durch die EU (Titel 602 und 603) rückläufig.

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**Beratungswesen**

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch den EU-Beitritt beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den

obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.

Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreiche Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Voranschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung. Weiters sind Bundesmittel für die anteilige Finanzierung von Weingarten-Stillelegungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen

Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, die Saatgutwirtschaft, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Kapitel 60 — Titel 601

231

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Verbände der biologischen Landwirtschaft vorgesehen, wobei insbesondere die große Zahl der Umstellungsbetriebe einer intensiven Beratung und sonstigen Betreuung bedarf. Die biologische Landwirtschaft erfährt in Österreich einen besonders starken Aufschwung.

Förderung landtechnischer Maßnahmen

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Investitionen für die Energieerzeugung (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen ua.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen***Verkehrerschließung ländlicher Gebiete***

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung von dringend benötigten Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Durch diese Maßnahme wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert,

232

Kapitel 60 — Titel 601

wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und auf eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen und die Errichtung von Düngerlagerstätten (Lagerbehälter und Stapelflächen für Wirtschaftsdünger) gefördert. Zeitgemäße Düngerlagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sickersäfte.

Weiters werden Investitionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof“, Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

Landtechnische Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen***Werbung und Markterschließung***

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbesserung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im pflanzlichen und tierischen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung für nicht gewerbliche Betriebe („Urlaub am Bauernhof“) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland für Bundes- und Landesorganisationen sollen bereitgestellt werden. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft bei Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, für die Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastrungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Zur Sicherung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Kapitel 60 — Titel 601

233

Paragraph 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite**Vorschlagsansatz 1/60186 Förderungen**

Die veranschlagten Mittel sind für Zinszuschüsse zu Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinszuschüsse des EU-Fitneßprogrammes sowie für die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Vorschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen

Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie für die Bearbeitung von Zinszuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitneßprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Paragraph 6019 Sonstige Maßnahmen**Vorschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben**

Unter diesem Vorschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Landwirtschaft

Die veranschlagten Mittel dienen als Ergänzung zu den Aufwendungen für Forschungsaufträge, welche im Rahmen des Forschungs- und Versuchswesens getätigt werden.

Forstwirtschaft

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Forschungsförderung werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation-Vermehrungsverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben. Weiters werden Forschungsvorhaben im Schnittstellenbereich zur Holzwirtschaft finanziell unterstützt.

Vorschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungsk Kooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft

Bedeckung laufender Forschungsaufträge, Waldschadensforschung im Rahmen des FIW II (Stabilisierungs-, Revitalisierungs-, Sanierungsforschung) und des BOKU-Spezialforschungsbereiches Waldökosystemsanierung, Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (Diversifikation und Marketing), Forschungsaufträge zum Themenkreis Ökologisierung der Waldbewirtschaftungssysteme (naturnahe Waldwirtschaft).

Wasserwirtschaft

Schwerpunktt Themen sind Hochwasserschutz, gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Grundwassersanierung.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996; Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	3 764,1	0,0
1998	3 774,1	0,0
1999	3 642,1	0,0

Der Titel 602 enthält die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1-, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten, sowie des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF). Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)

Der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL) beteiligt sich mit seiner Abteilung „Ausrichtung“ an der Finanzierung der Agrarstrukturförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Beteiligung erfolgt seit 1989 im Rahmen der Neuausrichtung aller drei Strukturfonds der EU. EAGFL-kofinanzierte agrarische Förderungsmaßnahmen kommen dabei in den regionalen Strukturfondszielen 1, 5b und im horizontalen Ziel 5a zur Anwendung. Für die Kofinanzierung von Maßnahmen gemäß Ziel 5a stehen für die laufende Strukturfondsperiode bis 1999 388 Millionen ECU an EAGFL-Mitteln zur Verfügung.

Zu den EAGFL-Mitteln im Rahmen des Zieles 5a kommen noch die EAGFL-Mittel der Ziele 1, 5b und EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen. Für das Ziel 1 (Burgenland) sind bis 1999 24 Millionen ECU an EAGFL-Ausrichtungsmitteln vorgesehen. Für die sieben Länderprogramme im Rahmen des Zieles 5b stehen bis 1999 164 Millionen ECU EU-Mittel von der Abteilung Ausrichtung des EAGFL zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes

Im Bereich der EU-Strukturfondsförderung können nur dann EU-Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen abgerufen werden, wenn entsprechende nationale Mittel eingesetzt werden. In diesem Ansatz ist daher der entsprechende Bundesanteil veranschlagt.

Gemeinsam mit den im Ansatz 1/60206 dargestellten EAGFL-Mitteln und den Gegenüberstellungsmitteln der Länder werden damit folgende Maßnahmenswerpunkte finanziert:

- Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
Aus der Sicht der gemeinsamen Agrarpolitik ist Beratung und Weiterbildung grundsätzlich eine national zu finanzierende Aufgabe. Immer dann, wenn es gilt, Anpassung und Weiterentwicklungen der GAP rasch zu implementieren, sieht das EU-Recht jedoch eine Mitfinanzierung von Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor [vgl. zB Art. 28 VO (EWG) 2328/91 oder Art. 6 VO (EWG) 2078/92].
- Die Förderung der ländlichen Entwicklung (= Ziel 5b) ist seit der EU-Strukturfondsreform ein wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik. Im EAGFL-kofinanzierten Teil der 5b-Programme werden beispielsweise Projekte finanziert, die eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten der Bauern ermöglichen. Die Förderungstatbestände sind in Art. 5 der VO 2085/93 über die Aufgaben des EAGFL, Abt. Ausrichtung genannt und gelten auch für das Ziel 1 (entsprechende Maßnahmen sind für das Burgenland im Programmplanungsdokument vorgesehen).

Kapitel 60 — Titel 603

235

- Direktzahlungen in Berggebieten und sonstigen benachteiligten Gebieten haben sich als Ausgleichszulage gemäß Art. 17 bis 19 zur gewichtigsten Maßnahme im Rahmen des Ziels 5a entwickelt. Da Österreich gemäß dem Verhandlungsergebnis über einen überdurchschnittlichen Anteil an EU-konformen benachteiligten Gebieten verfügt, nimmt die Ausgleichszulage einen finanziell wesentlichen Anteil an den kofinanzierten Maßnahmen ein. Die Ausgleichszulage dient dem Ausgleich für ständige natürliche Nachteile und Bewirtschaftungsschwierigkeiten und unterstützt damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten.
- Zur beschleunigten Anpassung der Agrarstrukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen gemäß Art. 5 bis 11 der VO (EWG) 2328/91 erforderlich. Dabei werden Betriebe in Berggebieten und benachteiligten Gebieten gemäß Art. 7 der VO (EWG) 2328/91 mit einem höheren Förderungsanteil berücksichtigt. Zusätzlich können in diesen Gebieten gemeinschaftliche Anlagen („kollektive Investitionen“) gemäß Art. 20 gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Jungunternehmerförderung gem. Art. 10 (Niederlassungsprämie).
- Um das Angebot der landwirtschaftlichen Erzeuger gebündelt auf den Markt bringen zu können und so deren Stellung als Marktpartner zu stärken, können in diversen Produktionssparten Erzeugergemeinschaften gefördert werden.
- Schließlich stellt die Förderung der Verbesserung, Verarbeitung und Vermarktung der Urproduktion im Rahmen von Sektorplänen der VO 866/90 und 867/90 einen Maßnahmen-schwerpunkt dar, der für die EU-Eingliederung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie wesentlich ist.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF), Mittel der EU**Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur sowie Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens, Bundesmittel**

Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume).

Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

236

Kapitel 60 — Titel 603

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	12 688,3	413,8
1998	12 426,2	497,5
1999	12 426,2	497,5

Unter diesem Titel sind die obligatorischen Beihilfen des EAGFL-Garantie und für die im Einvernehmen mit der EU durchgeführten nationalen Marktordnungsmaßnahmen veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels abfangen zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker, Stärke und Textildpflanzen), Überweisung an die AMA

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.

Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung und sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein nach der Allgemeinen Regelung und Kleinerzeugerregelung lt. EU-VO 1765/92 und deren Durchführungsverordnungen sowie für die Flächenstilllegung und Rohstoffherzeugung auf diesen Flächen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen, die Lagerkostenvergütung und die Produktionserstattung für Zucker die Produktionserstattung für Stärke sowie die Stärkeprämie und die Ausgleichszahlung für Kartoffelstärke.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)**Umweltmaßnahmen**

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2078/92 im Hinblick auf eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft vorgesehen.

Diese zentrale agrar- und umweltpolitische Maßnahme bezweckt:

- die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft;
- den ökologischen Ausgleich zur Verwirklichung der Ziele der Agrar- und Umweltpolitik;
- die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Marktentwicklung;
- die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte.

Für diese Förderung stellt die EU auf Grund des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen einen Finanzierungsrahmen in Höhe von mindestens 175 Millionen ECU p. a. zur Verfügung.

Kapitel 60 — Titel 605

237

Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2080/92 zur Förderung

1. einer alternativen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Aufforstung und
 2. zur Entwicklung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben
- vorgesehen.

Die Beihilfenregelung kann folgendes umfassen:

- Beihilfen zu den Aufforstungskosten;
- eine jährliche Prämie zur Deckung der Kosten für die Pflege der aufgeforsteten Flächen in den ersten fünf Jahren;
- eine jährliche Hektarprämie zum Ausgleich von Einkommensverlusten auf Grund der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen;
- Investitionsbeihilfen zur Verbesserung von Waldflächen, und zwar insbesondere für die Anlage von Wind- und Brandschutzstreifen, von Wasserstellen und von forstwirtschaftlichen Betriebswegen für Bestandesumwandlungen.

Erzeugung und Vermarktung von Honig

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-VO 1221/97 für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile)

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist auch eine Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen, die jedoch zusätzlich mit nationalen Mitteln finanziert werden kann. Hiefür sind für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen, wie zB nationale Zuschüsse zur Lagerhaltung, insgesamt 83,1 Millionen Schilling vorgesehen. Ebenfalls sind unter diesem Ansatz die Bundesanteile des österreichischen Programmes zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig gemäß EU-VO 1221/97 veranschlagt.

Ab 1998 sind unter diesem VA-Ansatz auch die Bundesanteile der flankierenden Maßnahmen gemäß EU-Verordnungen 2078/92 und 2080/92 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel

Im Rahmen der Zuckermarktordnung der EU wird von den Mitgliedsstaaten gemäß VO 1785/81 die Zuckerabgabe eingehoben, welche abzüglich der Verwaltungstangente an die EU weitergeleitet wird.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;

Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 60/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	960,8	372,8	1 333,6	169,8
1998	964,7	423,9	1 388,6	202,5
1999	964,7	414,2	1 378,9	193,7

Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Der Wirkungsbereich der höheren Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau umfaßt darüber hinaus laut BGBl. Nr. 515/1994 hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Dazu gehören ua.:

1. Forschung auf den Gebieten Weinbau, Obstbau, Obstlagerung, Kellerwirtschaft und Obstverarbeitung; amtliche Weinkommission.
2. Forschung auf dem Gebiet Gartenbau einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung gärtnerischer Produkte; Sortenprüfung.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmburg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraph 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten**Aufgaben**

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfaßt hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfaßt Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen ua. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Kapitel 60 — Titel 605

239

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)

Der Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienezucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.

Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtspröben.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung ua. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Biodiversität.

3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission; Behörde 1. Instanz bei der Bescheiderteilung über die staatliche Prüfnummer.

4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung ua. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Paragraph 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Organisation und Aufgaben**

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschnule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst (Förster) sowie eine fundierte Ausbildung für die Bereiche Natur- und Umweltschutz. Der Maturant erreicht die Studienberechtigung an Universitäten, Fachhochschulen und Akademien.

Die Forstfachschule vermittelt die Ausbildung für Forstwarte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eine qualifizierte Ausbildung eröffnet wird.

Paragraph 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Aufgaben

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Untersuchungen und Versuche auf fachwissenschaftlicher Grundlage sowie durch Vermittlung der Anwendbarkeit ihrer Untersuchungsergebnisse für die forstliche Praxis, den forstlichen Belangen im allgemeinen und der Forstwirtschaft im besonderen zu dienen. Im einzelnen nennt das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, folgende Aufgaben:

- Erhebungen aller Art über den Zustand und die Entwicklung des österreichischen Waldes.
- Die Feststellung der Ursachen von Forstschäden (wie durch Wild und Immissionen), allenfalls in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Untersuchungen interessierten Stellen.
- Die Prüfung von Fragen der forstlichen Raumplanung und der Wildbach- und Lawinerverbauung.
- Die Prüfung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen sowie von chemischen und anderen Mitteln, die für eine Verwendung in der Forstwirtschaft bestimmt sind.
- Die Prüfung von forstlichem Vermehrungsgut.
- Die Prüfung von Arbeitsverfahren und Anwendungsmethoden auf ihre Eignung in der Forstwirtschaft.
- Die Abgabe von Gutachten.

Die nachstehenden Fachbereiche werden an der Anstalt bearbeitet: Standortkunde, Forstpflanzenzüchtung und Genetik, Waldbau und Versuchsgärten, Forstinventur, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Forstschutz, Immissionsforschung und Forstchemie, Forsttechnik, Wildbachkunde, Lawinenkunde, subalpine Waldforschung, wissenschaftliche Dienste.

Schwerpunkte der Anstaltstätigkeiten, neben der seit 1961 durchgeführten Forstinventur, sind zurzeit die alljährlich durchgeführten gesamtösterreichischen Erhebungen über den Waldzustand und die Belastung des Waldes durch Schadstoffe. Gerade die Ursachenforschung auf dem Gebiet der neuartigen Waldschäden hat gezeigt, daß die Gefahren für den Wald von miteinander vernetzten Ursachen hervorgerufen werden. Dieser Erkenntnis ist auch vom Forschungsansatz her zu begegnen. Es werden daher zunehmend Gemeinschaftsprojekte mit ökosystemaren Betrachtungsweisen intensiv bearbeitet. Hiebei seien nur die zwei wichtigsten Programme herausgegriffen:

Österreichisches Waldschadenbeobachtungssystem

Beobachtung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das gesamte Waldökosystem, Erfassung einer Reihe wichtiger Parameter (Waldboden, Vegetation und Zuwachskunde, chemische Nadel- und Blattanalysen auf Schadstoff- und Nährelementgehalte, Schadstoffeintragungsmessungen, Kronenzustandserhebung mittels Luftbildinterpretation).

Diese Waldschadenserhebung entspricht in Durchführung und Berichtslegung bereits den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1696/1987 der Kommission vom 10. Juni 1987, in der die Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/1986 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung festgelegt wurden.

Beiträge zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder

Erfassung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldreservaten, Begründung von Generhaltungsplantagen, Errichtung und Betrieb einer forstlichen Samenbank, Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten.

Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Kapitel 60 — Titel 605

241

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft**Aufgaben und Organisation**

Für die milchwirtschaftlichen Belange dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käseerzeugnissen.

2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung und Entwicklung auf den Sektoren Eutergesundheit, Milchhygiene, Gewinnungs- und Sammlungstechnik, Verfahrenstechnik, Qualitätssicherung, Analysetechnik im chemischen und mikrobiologischen Bereich, die Untersuchung von Milch und Erzeugnissen aus Milch, die Begutachtung von Molkereihilfsstoffen, Zusatzstoffen, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Maschinen und Geräte, weiters die Be- und Verarbeitung von Milch, in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse sowie Herstellung und Vertrieb von Standard-Eichlösungen.

Beide Anstalten sind darüber hinaus in die milchwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eingebunden.

Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraph 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben**1. Institut für Wassergüte in Wien.**

Der Aufgabenbereich umfaßt die Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich des Institutes umfaßt die Forschung, Untersuchung und Gutachtererstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfaßt Erarbeitung sachlicher Grundlagen zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflußfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wieselburg.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet der Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

- Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik und der nachwachsenden Rohstoffe;
- Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft einschließlich der Hauswirtschaft sowie der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung;
- Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, technischer Einrichtungen und Verfahren hinsichtlich technischer und leistungsmäßiger Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, auf Betriebs- und Arbeitssicherheit, ergonomisch richtige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit und die Verteilung von Prüfzeichen hierüber;
- Untersuchung und Prüfung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Titel 606 Übergangsregelungen

Gesetzliche Grundlage

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

Aufgaben

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	2 716,7	20,7
1998	1 108,5	15,0
1999	0,0	15,0

Vorschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen

Vorschlagsansatz 1/60608 Degressive Ausgleichszahlungen, Aufwendungen

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu verkraften. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt, die von Jahr zu Jahr reduziert werden. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Im Jahr 1999 sind hierfür nur mehr Restzahlungen aus dem nationalen Budget vorgesehen, die — bei Bedarf — durch Rücklagenentnahmen bedeckt werden.

Kapitel 60 — Titel 607 und 608

243

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	21,9	394,6	416,5	7,8
1998	20,7	466,0	486,7	5,8
1999	20,7	466,2	486,9	5,8

Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten**Aufgaben**

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Sie nehmen darüber hinaus zunehmend Aufgaben der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit sowie der Waldpädagogik wahr.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	137,4	1 581,2	1 718,6	1 598,5
1998	195,2	1 592,7	1 787,9	1 713,4
1999	195,2	1 595,3	1 790,5	1 713,4

Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinerverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinerverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinerverbauung

Auf Grund ausreichender Dotierung der zweckgebundenen Mittel sind keine Zuschüsse aus allgemeinen Budgetmitteln erforderlich.

Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)**Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinerverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinerverbauung zu verwenden.

Paragraph 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Kapitel 60 — Titel 609

245

Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6086 Interessentengewässer

Angesichts der ausreichenden Dotierung der zweckgebundenen Gebarung sind keine Zuschüsse aus allgemeinen Budgetmitteln erforderlich.

Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturfleichen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995;

Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997;

Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	231,2	127,9	359,1	168,4
1998	171,4	92,0	263,4	77,0
1999	171,4	88,8	260,2	77,0

Paragraph 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum

Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) sowie sonstiger Maßnahmen im Pflanzenschutzbereich entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion

Auf Grund des § 37 Abs. 1 des Weinggesetzes 1985 idGF obliegt der Bundeskellereiinspektion die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Paragraph 6093 Bundesgärten

Aufgaben und Organisation

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien zahlreiche Bundesgebäude (zB Hofburg, Parlament, Justizpalast usw.), gärtnerisch zu betreuen.

Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule

Aufgaben

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hierfür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Aufgaben und Organisation

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhub, Kollerhub, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschole Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhub und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Kapitel 60 — Titel 609

247

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhube sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr.76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.113/1997, insbesondere Anlage zu §2 Teil2 Abschnitt C Z 1—20.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	687,3	2 833,2	3 520,5	970,2
1998	714,2	2 202,4	2 916,6	821,4
1999	733,0	2 201,1	2 934,1	834,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarktung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	524,7	343,7	868,4	270,1
1998	546,1	385,8	931,9	133,8
1999	559,8	339,8	899,6	147,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden entsprechend der zu erwartenden Eingänge für BTX höher veranschlagt.

Förderungen

Hier ist für den Zuschuß des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H., an die Österreichische Donau Betriebs AG und an die Austrian Business Agency vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind hauptsächlich die Beiträge für die WTO und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Kapitel 63 — Titel 631

249

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;

Bundesgesetz über besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMV-Förderungsgesetz), BGBl. Nr. 432/1996;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;

Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung);
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	2 435,5	156,1
1998	1 758,5	100,9
1999	1 803,2	99,7

Förderungen (D)**Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern**

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

Förderungen**Tourismusförderung**

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind Mittel für die gewerbliche Wirtschaft und für Zwecke gemäß ITF-Gesetz veranschlagt.

Aufwendungen**Verein „Österreich Werbung“**

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich Werbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe“ ist hier vor allem für die Abgeltung der Leistungen der BÜRGES für Förderungsabwicklung, die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorgesorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens**Gesetzliche Grundlagen**

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 181/1996;

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 109/1993;

Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 109/1993;

Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;

Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;

Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 181/1996;

Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 36/1997;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

Kapitel 63 — Titel 633

251

Aufgaben**Patentangelegenheiten**

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigerklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenutzerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentreueinensarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentreueinensarbeitsvertrag.

Markenangelegenheiten

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

Musterangelegenheiten

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

Oberster Patent- und Markensenat

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	135,1	46,6	181,7	310,5
1998	139,3	50,5	189,8	296,2
1999	143,5	50,5	194,0	296,2

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent- und Markenschutzgesetzes eingehoben werden.

Titel 633 Bergbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 219/1996, und die hiezu ergangenen Verordnungen;

2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/

252

Kapitel 63 — Titel 633

1973, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Bergpolizeiverordnung für Elektrotechnik BGBl. Nr. 737/1996;

3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;

4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;

5. Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;

6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	27,5	7,4	34,9	233,5
1998	28,8	7,6	36,4	290,4
1999	29,7	7,6	37,3	290,4

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Kapitel 64 — Titel 640

253

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	1710,4	101 424,9	103 135,3	2 586,6
1998	1782,6	16 691,4	18 474,0	3 039,2
1999	1803,4	16 662,4	18 465,8	3 178,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	27,6	54,1	81,7	13,6
1998	29,3	72,3	101,6	22,4
1999	29,9	63,0	92,9	22,4

Bundesmobilienverwaltung**Aufgaben**

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobiliens- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Schönbrunner Tiergartenamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

254

Kapitel 64 — Titel 641**Beschußämter****Gesetzliche Grundlage**

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußproben ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagegütern veranschlagt.

Bäder**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

Ausgaben

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Regierungsgebäude

Hier wird vor allem der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	134,1	67,9
1998	474,2	398,4
1999	580,9	505,2

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Katastrophenfondsmittel beim Wasserbau wurden höher veranschlagt.

Wohnbauforschung**Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

Aufgaben

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Ver-

Kapitel 64 — Titel 641

255

besserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortspanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Wasserbau**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Ausgaben

Im Jahre 1998 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Marchland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien verwendet.

Technisches Versuchswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Allgemeine Bauforschung**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

256

Kapitel 64 — Titel 642**Ausgaben**

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlage**

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990.

Förderungen

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

Aufwendungen

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1997;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Bundesstraßenfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;

Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	93 141,3	1 564,1
1998	7 696,8	1 624,7
1999	7 653,8	1 656,7

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Im Erfolg 1997 sind unter anderem Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz in Höhe von 77,9 Milliarden Schilling und für die Aufstockung des Grundkapitals der ASFINAG 8,5 Milliarden Schilling enthalten.

Bundesstraßen**Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen veranschlagt.

Kapitel 64 — Titel 644

257

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen vorgesorgt.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)
Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)

Anlagen

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1993, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1993 bestimmt.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Straßengesellschaften**Aufwendungen**

Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 ist eine Dotierung für die Straßengesellschaften ab 1998 nicht erforderlich.

Titel 644 Wasserbauverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

Aufgaben

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	99,4	176,9	276,3	176,5
1998	109,8	203,1	312,9	188,8
1999	112,5	203,1	315,6	188,8

Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

258

Kapitel 64 — Titel 645

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Aufwendungen

Im wesentlichen sind hier Mittel für Auftragsvergaben an Dritte zur Durchführung der Aufgaben der Wasserstraßendirektion veranschlagt.

Amt der Wasserstraßendirektion

Gemäß Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“, BGBl. Nr. 11/1992, wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz**Aufgaben**

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

Aufwendungen

Vorsorge für den Bundesanteil an dem in den Aufgaben zitierten Aufwand.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	830,3	129,4	959,7	121,0
1998	865,7	150,9	1 016,6	130,5
1999	875,2	152,9	1 028,1	130,5

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)**Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

Kapitel 64 — Titel 646

259

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)**Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997	41,8	621,8	663,6	410,9
1998	42,9	698,5	741,4	395,5
1999	37,8	688,0	725,8	395,5

Betriebskosten und Hauserfordernisse**Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen. Hievon sind 28 Bundesdienststellen und acht im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

260

Kapitel 64 — Titel 647**Ausgaben**

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG**

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, stellt sich wie folgt dar:

	BVA 1999	BVA 1998 Millionen Schilling	Erfolg 1997
Bund: Mietenzahlungen der Ressorts (inkl. USt):			
Schulen	1 551	1 297	1 134
Universitäten	1 771	1 690	1 049
sonstige Nutzer	311	204	160
ASFINAG	—	400	—
Summe Mietenzahlungen ...	3 633	3 591	2 343
BIG: Einnahmen (ohne USt):	3 346	3 284	2 196
Ausgaben:			
Aufwendungen (Instandhaltung, usw.):	500	384	395
Zinsaufwand	850	802	728
Kalk. Afa + sonst. Aufw.	950	775	700
Abfuhr Fruchtgenuß – Bund	950	1 032	600

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	6 979,0	58,8
1998	7 212,0	29,1
1999	7 137,1	29,1

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

Kapitel 64 — Titel 649

261

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundeschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeneinstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	800,0
Konjunkturbelebungsquote	600,0

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1997 und die dazu ergangenen Verordnungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	711,3	188,3	899,6	173,8
1998	735,0	183,6	918,6	249,8
1999	748,1	183,6	931,7	249,8

Aufgaben des Eichwesens

1. Aufbewahrung der Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten, für ihren Anschluß an die internationalen Etalons sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festlegen;

2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festlegen;

3. für die eichpflichtigen Meßgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundmachen;

4. Zulassung neuer Meßgerätebauarten zur Eichung;

5. Eichung von Meßgeräten;

6. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen;

7. Prüfung und Beglaubigung von Meßgeräten im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes, Durchführung entsprechender Untersuchungen und Förderung der Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten; Erlassung von Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte.

Aufgaben des Vermessungswesens

Die auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, und zwar
 - a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
 - b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
 - c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und
 - d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen;
8. Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes).

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

Kapitel 65 — Titel 650

263

Kapitel 65 Verkehr und Telekom

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt M, soweit Angelegenheiten des Verkehrsbereiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	317,9	28 820,8	29 138,7	9 620,4
1998	333,5	26 001,3	26 334,8	825,1
1999	343,8	24 574,0	24 917,8	856,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr**Aufgaben**

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr (Verwaltungsbereich Verkehr) umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, der Technologieförderung, des ERP-Fonds und der staatseigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Eisenbahnen, des Post- und Fernmeldewesens, der See- und Flußschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post und Telekom Austria AG, der Schifffahrt und der Luftfahrt wahrgenommen.

Paragraph 6500 Verwaltungsbereich Verkehr

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997 vorl. Erfolg.....	268,9	356,0	624,9	10,4
1998	282,1	258,1	540,2	8,9
1999	291,2	168,8	460,0	9,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben beruht die Verminderung im wesentlichen auf dem Wegfall der Veranschlagung der Restinvestition für das elektronische ÖKO-Punkte-System.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Familienbeihilfen 5,6 Millionen Schilling und für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, TER und JAA insgesamt 9,160 Millionen vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen gemäß KFG 1967 und die öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Verwaltungsbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen.

264

Kapitel 65 — Titel 650**Paragraph 6501 Schiffahrtspolizei****Gesetzliche Grundlagen**

Schiffahrtsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 62/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998;
Verordnung des BMfWuV, BGBl. II Nr. 312/1997.

Aufgaben

Der Schiffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schiffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Schiffahrtsgesetz 1997 (Überwachung der Einhaltung aller die Schiffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schiffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartzell.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	33,4	25,9	59,3	22,0
1998	34,9	35,1	70,0	20,8
1999	35,7	35,1	70,8	20,8

Anlagen

Hier ist unter anderem für die Einrichtung eines EDV-gestützten Schiffahrtsinformationssystems vorgesorgt. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schiffahrtspolizeiorgane erforderlichen Anschaffungen, wie Steganlagen, Zillen, Motore, Meßgeräte ua., budgetiert.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfeinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeiaußenstellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk, Greifenstein und Wien-Freudenau sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Paragraph 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten**Gesetzliche Grundlagen**

Telekommunikationsgesetz — TKG, BGBl. I Nr. 100/1997;
Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;
Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1997;
Telekommunikationsgebührenverordnung — TKGV, BGBl. II Nr. 29/1998.

Aufgaben

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gemäß Regionalradiogesetz.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1997 vorl. Erfolg.....	120,6	6 063,4
1998	141,9	640,0
1999	141,9	675,0

Kapitel 65 — Titel 651

265

Anlagen

Die veranschlagten Mittel dienen für den Erwerb bzw. Ersatz von Funkmeßfahrzeugen und -meßgeräten sowie für Hardware zur Planung von Privatrundfunksendern und Software für topographische Datenbank für Rundfunkplanung und Verträglichkeitsberechnungen im Sprechfunk.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung bzw. Wartung von Fahrzeugen und Funkmeßgeräten und den notwendigen Verwaltungsaufwand bestimmt.

Einnahmen

Aus den fernmeldebehördlichen Tätigkeiten werden Einnahmen aus dem Titel „Gebühren und Geld-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ sowie Rundfunk- und Fernsehgebühren erzielt.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 15/1998;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 384/1996;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. Nr. 502/1995;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/1997;

Schieneinfrastrukturfinanzierungsgesetz — SCHIG, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1998;

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997;

Führerscheingesetz — FSG, BGBl. I Nr. 120/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/1998;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbände.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahn-Infrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992, § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr überträgt durch Verordnung den Österreichischen Bundesbahnen, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG bzw. der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Planung und den Bau bestimmter Eisenbahninfrastrukturvorhaben, wofür der Bund ganz bzw. teilweise die Kosten zu tragen hat.

Für Zwecke der Finanzierung der Schieneninfrastrukturinvestitionen, der Benutzungsentgeltfestsetzung und -einhebung, der Fahrplantrassenvermittlung usw., wurde die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m. b. H. (SCHIG) gegründet. Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes sind die von der ASFINAG eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken auf die SCHIG übergegangen und sind dieser die Zinsen zu ersetzen.

Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten.

Auch im Verkehrsbereich wird es immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange objektive Beurteilungskriterien erfordert.

266

Kapitel 65 — Titel 652

Im Bereich der Verkehrsverbände ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbänden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“, der durch den Bund teilweise abgegolten wird.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	25 833,9	3 373,5
1998	23 284,9	0,0
1999	21 948,9	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der für das Jahr 1999 anfallende Zinsendienst für Verpflichtungen aus Kreditoperationen, die von der ASFINAG zur Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken eingegangen wurden, sind aus der getätigten Vorleistung (Erhöhung des Stammkapitals) im Jahr 1997 abzudecken.

Aufwendungen

	Millionen Schilling
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	11 000,2
Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB.....	8 254,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen.....	569,7
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Post und Telekom Austria AG.....	1 400,0
Verkehrsverbände	657,7
Allgemeiner Verkehr	67,3

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol für die Gewährung von Förderungen aus der gemeinsamen Regionalen Innovationsprämie sowie Richtlinien des BMföWuV und der Bundesländer für die Technologie- und Strukturoffensive (Qualitätssicherung und Produktfindung);

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr.

Kapitel 65 — Titel 652

267

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und Ergänzungen hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischen Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert. Schwerpunkte: Kombiniertes Verkehr, Umsetzeinrichtungen zur Verkehrsverlagerung, Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Anschlußbahnen.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft und der AG der Wiener Lokalbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hierfür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	2 436,8	108,8
1998	2 208,4	97,6
1999	2 204,8	93,8

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

72,330 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

100,058 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung;

424,696 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

50,701 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

8,061 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Regionalförderung

Die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete im Jahr 1990 mit Laufzeit bis Ende 1992 vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie, Regionale Infrastrukturförderung) und ihre Weiterführung wurde entsprechend veranschlagt.

Für das „Ostgrenz-Sonderprogramm“, worin auch ein grenzüberschreitendes Innovations- und Gründerzentrum in Gmünd und weitere Projekte dieser Art in Kooperation mit Tschechien, Ungarn und Slowenien vorgesehen sind, wurde vorgesorgt.

Technologie-Anwendungsförderung

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 sind 50,701 Millionen Schilling veranschlagt.

Derzeit sind vom ITF-Kuratorium folgende Förderungsschwerpunkte festgelegt: Umwelttechnik, flexible computerintegrierte Produktion für Klein- und Mittelbetriebe — Flex CIM, Verkehrstechnik, Energietechnik, Softwaretechnologie.

Für die mit allen Bundesländern eingerichteten Aktionsprogramme „Qualitätssicherung“ und „Produktfindung“ wurde entsprechend vorgesorgt.

268

Kapitel 65 — Titel 655 und 657**Sonstige Förderungen**

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 8,061 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds“ sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**Gesetzliche Grundlagen**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 121/1997;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 427/1997;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 430/1995.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	15,6	7,7	23,3	1,4
1998	16,5	16,8	33,3	1,8
1999	16,9	18,5	35,4	1,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung ergibt sich aus höheren Mietkosten für das Gebäude der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge an die Bundesimmobiliengesellschaft.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 121/1997.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;

Kapitel 65 — Titel 657

269

3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1997 vorl. Erfolg.....	39,9	40,9
1998	56,0	56,0
1999	56,0	56,0

270

Kapitel 71

Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen seit Inkrafttreten der Novelle zum Bundesministerengesetz 1986, BGBl. I Nr. 21/1997, dem Bundeskanzleramt.

Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

1. das **Burgtheater**,
das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
2. die **Staatsoper**,
die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
3. die **Volksoper**,
die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1997 vorl. Erfolg.....	2 387,3	622,3	3 009,6	730,7
1998	2 412,6	612,0	3 024,6	673,0
1999	2 412,6	612,0	3 024,6	673,0

Ausgaben

Personalausgaben

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungs-Personal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerlässlich ist. Er beläuft sich auf 1 574,8 Millionen Schilling oder 52,1 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, bildet, hat im Jahre 1999 eine Größenordnung von 837,8 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 27,7 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 612,0 Millionen Schilling, das sind 20,2 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt. Davon sind für Investitionen 115,0 Millionen Schilling und für Aufwendungen (einschl. gesetzliche Verpflichtungen) zur Aufrechterhaltung des Betriebes 497,0 Millionen Schilling präliminiert. Das Sonderinvestitionsprogramm sieht die notwendige Erneuerung der bühnentechnischen Anlagen innerhalb der Bundestheater vor.

Kapitel 71

271

An auswärtigen Gastspielen sind Tournées des Burgtheaters nach Bregenz, Graz, Villach, Antwerpen, Athen, Berlin, Japan, Meiningen, Mülheim, Paris, Rom, Wiesbaden und eine Arbeiterkammer-Tournee geplant.

Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches und der Opernball berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

Besucherzahlen

	1995	1996	1997
Burgtheater	219 107 ¹⁾	294 486 ¹⁾	279 391 ¹⁾
Akademietheater	128 520	140 435	139 148
Staatsoper	610 741 ²⁾	619 525	629 245 ³⁾
Volksoper	371 839	356 691	361 331

¹⁾ Einschließlich Vestibül und Kasino.

²⁾ Einschließlich Gobelinsaal.

³⁾ Einschließlich Redoutensaal, Museumsquartier und Odeon.

B. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1999

Inlandswirksame Gebarung

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 1999	Bundes- voranschlag 1998 Millionen Schilling	Erfolg 1997
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	215 188	207 434	200 949
Übrige öffentliche Abgaben ²⁾	272 955	275 202	243 594
Sonstige Einnahmen ³⁾	250	201	210
Summe/Abgaben ...	488 392	482 837	444 753
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	31 500	30 200	31 563
Summe 1.11 ...	456 892	452 637	413 189
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds ⁵⁾	19 031	18 618	18 371
für Krankenanstaltenfinanzierung ⁶⁾	1 419	1 355	1 277
Summe 1.12 ...	20 540	19 973	19 648
Summe 1.1 ...	477 342	472 610	432 837
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁷⁾	89 938	86 387	85 306
Indirekte Abgaben ⁸⁾	598	598	406
Summe 1.2 ...	90 536	86 985	85 713
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	673	673	731
1.4 Sonstige Einnahmen	128 959	126 532	246 137
Summe 1 ...	697 510	686 800	765 418
2. Ausgleichshaushalt	324 224	299 331	234 553
Insgesamt ...	1 021 733	986 131	999 970

Fußnoten siehe Seite 276.

274

Inlandswirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1999	Bundes- voranschlag 1998 Millionen Schilling	Erfolg 1997
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ¹⁰⁾
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹¹⁾	831	66	24
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾ Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	0	2	5
.....	7	7	7
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	14 203	14 766	17 658
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	0	0	6
Zinsen aus Forderungen ¹⁶⁾	5 875	8 549	9 134
Summe 3.1 ...	20 917	23 390	26 833
3.2 Überweisungen vom AMS ¹⁷⁾	0	0
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	4 948	1 286	3 935
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	4 419	3 843	606
Summe 3.3 ...	9 367	5 129	4 541
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ²¹⁾	18	21	115
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾	250	290
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾ ...	11 081	11 081	10 832
Überweisungen des ERP-Fonds ²⁴⁾	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen ²⁵⁾	0	0	101
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ²⁶⁾	13 428	15 091	19 281
Summe 3.4 ...	24 527	26 444	30 620
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in heimischer Währung ²⁷⁾	235 059	214 576	145 448
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	0	0	17 874
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	14 165	9 755	18 343
Kapitalrückzahlung ²⁰⁾	0
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	52 888
Summe 4 ...	324 224	299 331	234 553
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	379 034	354 293	296 547
Verbleibende Einnahmen ...	642 698	631 838	703 424

Fußnoten siehe Seiten 276/277.

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

275

AUSGABEN	Bundes- voranschlag 1999	Bundes- voranschlag 1998 Millionen Schilling	Erfolg 1997
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Gruppe 0 bis 6	764 631	751 085	829 627
1.2 Gruppe 7 (Bundesbetriebe):			
Bundestheater	3 025	3 025	3 010
Summe 1 ...	767 656	754 110	832 637
2. Ausgleichshaushalt	254 077	232 021	167 334
Insgesamt ...	1 021 733	986 131	999 970
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Aus- land ³¹⁾	2 345	2 100	1 663
Erwerb von ausländischen Beteiligun- gen ⁹⁾	1 661	2 019	2 024
<i>Erwerb von ausländischen Wertpapie- ren ¹⁰⁾</i>			
Gewährung von Darlehen an das Aus- land ¹¹⁾	0	0	
Ausgaben für Personal (Ausland) ³²⁾	305	292	301
Zinsen an das Ausland ³³⁾	126	5 438	5 546
Laufende Transferzahlungen (Ausland) ³⁴⁾	2 334	2 442	2 420
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) ³⁵⁾ ...	273	270	241
Summe 3.1 ...	7 044	12 561	12 195
3.2 Überweisungen an das AMS ³⁶⁾	2 490	2 671	2 901
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	110	81	6 339
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	4 652	3 843	606
Summe 3.3 ...	4 762	3 924	6 945
3.4 Finanzschuldenverwaltung (einschließlich sonstige Finanzierungen und Veranlagun- gen):			
Zinsen an das Ausland ³⁷⁾	10 550	19 433	18 721
Emissionsverluste ³⁸⁾	538	438	207
Sonstige Auslandszahlungen ³⁹⁾	236	403	515
Summe 3.4 ...	11 324	20 274	19 442

Fußnoten siehe Seiten 276/277.

276

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

	Bundes- voranschlag 1999	Bundes- voranschlag 1998 Millionen Schilling	Erfolg 1997
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste ⁴⁰⁾	20	64	80
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾	250
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾	13 475	13 279	8 865
Überweisungen an den ERP-Fonds ²⁴⁾ ...	51	51	189
Zahlungen an ASFINAG ⁴¹⁾	0	0	1
Zurückstellung von Silbermünzen ²⁵⁾	80	80	181
Überweisungen zwischen Kapitel des Bun- deshaushaltes auf Grund von Gesetzen ⁴²⁾	13 430	15 091	19 282
Summe 3.5 ...	27 056	28 815	28 598
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Til- gung) ⁴³⁾	0	0
Rückzahlung von Finanzschulden in heimi- scher Währung ²⁷⁾	145 664	112 976	76 997
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	19 606	35 139	19 064
Rückzahlung von Schulden/Währungs- tauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	13 807	8 906	18 387
Kapitalauszahlung — Forderungszugänge ²⁰⁾	0
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanz- schulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	52 886
Summe 4 ...	254 077	232 021	167 334
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	306 753	300 266	237 415
Verbleibende Ausgaben ...	714 980	685 865	762 555
Inlandwirksamer Saldo I ...	72 282	54 027	59 131
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾.....	31 500	30 200	31 563
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß (Saldo II) ...	40 782	23 827	27 568

Fußnoten zur Übersicht „Inlandswirksame Gebarung“:

- 1) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83 ...
- 2) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84 ...
- 3) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- 4) Titel 529; hievon Länderanteil: 0,001 (BVA 1999), 0,001 (BVA 1998) und 5,600 (Erfolg 1997) Millionen Schilling sowie Anteil der Gemeinden: 0,001 (BVA 1999), 0,001 (BVA 1998) und 7,331 (Erfolg 1997) Millionen Schilling.
- 5) Voranschlagsposten 83.. der Voranschlagsansätze: 19310, 19311 und 53400.
- 6) Voranschlagsposten 84.. des VA-Ansatzes 53205.
- 7) Voranschlagsposten: 83.. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 19310, 19311 sowie 53400).
- 8) Voranschlagsposten: 84.. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 17294 und 53205).
- 9) Voranschlagsposten: 081 ..
- 10) Voranschlagsposten: 088 ..
- 11) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268 ..
- 12) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
- 13) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 15784.
- 14) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503 ..
- 15) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888 ..
- 16) Voranschlagsposten: 8296.
- 17) VA-Ansatz: 1557 ..
- 18) Voranschlagsposten: 298 ..

Inlandswirksame Gebarung

277

- 19) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
 20) Voranschlagsposten: 306. und 307.
 21) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
 22) Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..
 23) Titel 547.
 24) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
 25) Paragraph 5010.
 26) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
 27) Voranschlagsposten: 300.
 28) Voranschlagsposten: 301.
 29) Voranschlagsposten: 302., 303., 304. und 305.
 30) Voranschlagsposten: 355 ..
 31) Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1999: 1 807, 1998: 1 584 sowie 1997: 1 301 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
 32) Voranschlagsposten: 5 .. 1.
 33) Voranschlagsposten: 655 ..
 34) Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 ..
 35) Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 ..
 36) VA-Ansätze: 1/15537, 1/1557.
 37) Voranschlagsposten: 653 . und 654 ..
 38) Voranschlagsposten: 6579.
 39) Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 der VA-Ansätze 1/56908 und 1/58908 sowie bis einschließlich 1998 der VA-Ansätze 1/57908 und 1/59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 ..).
 40) Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..
 41) Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.
 42) Voranschlagsposten: 7292, 7293.
 43) Voranschlagsposten: 741 ./001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringende Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

278

Unterschiede der Gebarung 1999 gegenüber 1998**Unterschiede der Gebarung 1999 gegenüber 1998**

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1999 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1998 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1999		Unter- schied gegenüber 1998
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Öffentliche Abgaben:			
Veranlagte Einkommensteuer.....	42 000,0	+	500,0
Lohnsteuer.....	198 000,0	+	10 000,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	25 000,0		—
Körperschaftsteuer.....	48 000,0	+	1 500,0
Übrige Einkommen- und Vermögensteuern.....	14 623,0	+	333,0
Umsatzsteuer.....	233 000,0	+	10 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3 500,0		—
Tabaksteuer.....	15 500,0		—
Mineralölsteuer.....	35 000,0	+	500,0
Übrige Verbrauchsteuern.....	3 900,0	+	50,0
Stempel- und Rechtsgebühren.....	10 500,0	+	700,0
Verkehrssteuern.....	48 060,0	+	1 610,0
Übrige.....	4 000,0	-	11 800,0
Zusammen ...	681 083,0	+	13 393,0
Ab:			
Überweisungen an Länder und Gemeinden und an Fonds.....	192 690,8	+	7 838,0
Überweisungen an Europäische Union.....	31 500,0	+	1 300,0
Verbleiben ...	456 892,2	+	4 255,0
Bundeskanzleramt:			
Innovations- und Technologiefonds.....	396,6	-	2,4
Übrige Gebarung.....	317,5	-	52,1
Inneres.....	1 360,3	+	57,3
Unterricht und kult. Angelegenheiten.....	850,1	+	1,6
Wissenschaft und Forschung.....	911,0	-	13,0
Soziales:			
Arbeitsmarktpolitik (hauptsächlich Arbeitslosenversicherungs- beiträge).....	56 987,5	-	52,0
Übrige Einnahmen.....	124,1		—
Sozialversicherung.....	139,0	+	4,0
Gesundheit.....	890,8	-	39,0
Umwelt.....	533,0	+	408,9
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:			
Dienstgeberbeiträge.....	41 517,0	+	1 798,7
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer.....	5 482,9	+	237,9
Abgeltung von Einkommensteuern.....	9 500,0		—
Übrige Einnahmen.....	928,1		—
Reservefonds für Familienbeihilfen.....	4 419,1	+	576,1
Übrige Gebarung.....	0,1		—
Justiz.....	7 671,2	+	438,1
Militärische Angelegenheiten.....	552,0	+	14,0
Finanzverwaltung:			
Einhebungsvergütungen.....	410,0	+	10,0
Österreichisches Postsparkassenamt.....	676,5		—
Amt der Post- und Telekom Austria AG.....	17 133,0	+	28,0
Übrige Gebarung.....	893,0	-	38,4

Unterschiede der Gebarung 1999 gegenüber 1998

279

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1999		Unter- schied gegenüber 1998
	Millionen Schilling		
Kassenverwaltung:			
Innovations- und Technologiefonds	396,6	-	2,4
Entnahme aus, Verringerung der und Auflösung von Rücklagen	4 947,8	+	3 701,8
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	562,5	-	617,8
Zahlungen von der EU	13 420,2	-	570,6
Übrige Gebarung	40,0		—
Finanzausgleich:			
Katastrophenfonds	4 118,4	+	194,7
Übrige Gebarung	1 418,8	+	64,2
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung (Erträge):			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	7 407,5	-	200,0
Sonstige Erträge	300,6	-	3,0
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	3 000,1		—
Haftungsübernahmen des Bundes	11 081,2		—
Bundesarlehen (Zinsen und Rückzahlungen)	1 776,5	+	1 136,8
Veräußerungen von Liegenschaften	3 144,1	+	2 770,0
Übrige Gebarung	1 240,1	+	37,1
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen	6 201,0	+	149,0
Beitrag der Post- und Telekom Austria AG	4 040,0		—
Pensionsbeiträge	6 962,6	+	383,6
Übrige Einnahmen	1 534,5	+	51,8
Finanzschuld, Währungstauschverträge	8 686,6	-	4 356,9
Land- und Forstwirtschaft:			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	1 615,0		—
Übrige Gebarung	1 120,1	+	0,5
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	834,2	+	12,8
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung	1 656,7	+	32,0
Übrige Gebarung	1 521,3	+	106,8
Verkehr und Telekom:			
Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	675,0	+	35,0
Übrige Gebarung	181,4	-	3,7
Bundestheater	673,0		—
Übrige Einnahmen	368,9	+	195,6
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	697 509,7	+	10 709,9

280

Unterschiede der Gebarung 1999 gegenüber 1998

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1999		Unter- schied gegenüber 1998
	Millionen Schilling		
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		—
Finanzschuld, Währungstauschverträge	249 223,5	+	24 892,6
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	324 223,5	+	24 892,6
Gesamteinnahmen ...	1 021 733,3	+	35 602,5
Ausgaben:			
Allgemeiner Haushalt:			
Bundeskanzleramt:			
Statistisches Zentralamt	673,1	+	24,6
Innovations- und Technologiefonds	396,6	-	2,4
Presse- und Parteienförderung	888,3	+	280,7
Sportangelegenheiten	750,8	-	61,4
Übrige Gebarung	2 527,7	-	55,6
Inneres:			
Polizei und Gendarmerie	18 835,6	+	579,6
Zivildienst	946,4	+	14,5
Übrige Gebarung	3 414,4	-	20,6
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:			
Ersätze für Landeslehrer	35 357,5	+	1 428,7
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	13 478,1	+	684,8
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 975,2	+	585,9
Museen	1 199,8	+	32,9
Übrige Gebarung	9 696,3	+	487,8
Kunst	1 150,0		—
Wissenschaft und Forschung:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	17 326,4	+	142,6
Kunsthochschulen	1 838,9	+	26,6
Übrige Gebarung	9 153,0	+	294,8
Soziales:			
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	2 500,0		—
Pflegevorsorge	17 150,0	+	500,0
Arbeitsmarktpolitik	59 086,5	+	448,0
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6 405,3	-	175,5
Übrige Gebarung	1 522,5	-	11,0
Sozialversicherung:			
Bundesbeitrag einschl. Ausgleichszulagen	69 810,3	+	385,6
Leistungen zur Krankenversicherung	651,0	-	249,0
Übrige Gebarung	691,6	+	22,5
Gesundheit:			
Klinischer Mehraufwand	4 816,2	+	117,5
Mutter-Kind-Paß	519,0	+	2,0
Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz	6 459,4	+	141,6
Übrige Gebarung	825,1	+	2,2
Umwelt:			
Siedlungswasserwirtschaft	2 349,0	+	414,0
Sonstige Gebarung	2 241,5	+	288,0

Unterschiede der Gebarung 1999 gegenüber 1998

281

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1999		Unter- schied gegenüber 1998
	Millionen Schilling		
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:			
Familienbeihilfen	34 541,0	+	2 916,0
Geburtenbeihilfen.....	208,4	-	2,4
Schüler(Lehrlings)freifahrten und Schulfahrtbeihilfen	4 091,6	+	200,0
Schulbücher.....	1 200,0		—
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Pensionsbei- träge).....	7 720,1	-	1 967,9
Rückzahlungen und Überweisungen	4 651,9	+	808,9
Übrige Gebarung	5 015,0	+	82,0
Sonstige Gebarung.....	170,4		—
Äußeres	4 090,0	-	240,0
Justiz.....	10 901,7	+	375,2
Militärische Angelegenheiten.....	21 529,9	+	122,0
Finanzverwaltung:			
Förderungen gemäß Gesundheits- und Beihilfengesetz.....	12 000,0		—
Finanzlandesdirektionen.....	8 975,3	-	0,5
Amt der Post- und Telekom Austria AG	17 138,0	+	3,0
Übrige Gebarung	5 245,8	-	62,2
Kassenverwaltung:			
Effekten- und Geldverkehr	0,0	-	414,6
Sonstige Pauschalvorsorgen.....	3 656,4	+	31,0
Übrige Gebarung	664,8	+	22,1
Finanzausgleich:			
Leistungen an Länder und Gemeinden.....	13 570,0	+	1 242,9
Zweckzuschüsse des Bundes.....	26 878,2	+	57,6
Katastrophenfonds	4 048,4	+	175,7
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung	1 701,6	-	362,0
Haftungsübernahmen	13 475,4	+	196,0
Abgeltung an Donaukraftwerke.....	521,0		—
Aufwand für Verstaatlichte Banken.....	250,8	-	1,8
Übrige Gebarung	338,6	-	162,8
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen	22 297,0	+	449,0
Beitrag für Pensionen der Post- und Telekom Austria AG	11 587,1	+	210,0
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	9 709,7	+	400,0
Übrige Gebarung	33 198,1	+	2 574,1
Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	195,6	+	195,6
Finanzschuld, Währungstauschverträge:			
Verzinsung	103 282,3	+	2 308,1
Übrige Gebarung	3 995,5	+	593,4
Land- und Forstwirtschaft:			
Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungs- wesens	1 893,4	-	154,0
Agrarische Strukturförderung	3 642,1	-	132,0
Marktordnungsmaßnahmen	12 426,2		—
Übergangsregelungen	0,0	-	1 108,5
Schutzwasserbau und Lawinenerverbau.....	1 790,5	+	2,6
Übrige Gebarung	3 695,0	+	273,8
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	2 934,1	+	17,5

282

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1999		Unter- schied gegenüber 1998
	Millionen Schilling		
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen	7 653,8	-	43,0
Bundesgebäudeverwaltung	1 028,1	+	11,5
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb	725,8	-	15,6
Bundeshochbau	7 137,1	-	74,9
Übrige Gebarung	1 921,0	+	113,8
Verkehr und Telekom:			
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	11 000,2	-	1 330,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen (ÖBB und PTA)	10 223,7		—
Förderungsmaßnahmen	2 204,8	-	3,6
Übrige Gebarung	1 489,1	-	83,4
Bundestheater	3 024,6		—
Übrige Ausgaben	2 381,4	-	4,7
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	767 656,0	+	13 546,5
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		—
Bundesvermögen	0,0		—
Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	0,0		—
Finanzschuld, Währungstauschverträge	179 077,3	+	22 056,1
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	254 077,3	+	22 056,1
Gesamtausgaben ...	1 021 733,3	+	35 602,6

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1999 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 5 064,835 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 418,455 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 2 646,380 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1999 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags 1999, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungs- quote	Konjunktur- belebungsquote
	Millionen Schilling	
Inneres	28,400	28,400
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-	163,080
Kunst	-	25,019
Wissenschaft und Forschung	-	1 536,176
Justiz	24,000	12,000
Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000
Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000
Bauten und Technik:		
Hochbau	800,000	600,000
Verkehr und Telekom	1 014,055	17,705
Summe ...	2 418,455	2 646,380

Erfolgswirksame Gebarung — Bestandswirksame Gebarung

283

**Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen 1)
Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen**

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen	676 938
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben	743 190
	<hr/>
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben	– 66 252
hiezuh bestandswirksame Einnahmen.....	344 795
	<hr/>
Summe ...	278 543
Bestandswirksame Ausgaben	<hr/> 278 543

1) Einschließlich Personalausgaben.

284

Personalstand und Personalausgaben**Personalstand und Personalausgaben****1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1999 ¹⁾**

Dem Bundesfinanzgesetz 1999 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1999 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 3 und 5 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen ¹⁾ stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1999	1998
Stellenplan des Bundes.....	161 067	162 873
Hiezu:		
Bundesbedienstete — Teil V ²⁾	46 547	47 189
Bundesbedienstete — Teil VI ³⁾	1 338	1 338
Bundesbedienstete — Teil VII ³⁾	11 620	11 620
Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand.....	1 241	1 147
Ab:		
Planstellen, die bei den Personalausgaben betragsmäßig nicht veranschlagt bzw. nicht besetzt sind	- 754	- 753
Planstellen, die in den Sachausgaben betragsmäßig veranschlagt sind	- 988	-1 639
Veranschlagter Stand ¹⁾ ...	220 071	221 775

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1999 voraussichtlich 3 916 (im Vorjahr 3 411) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte**Beamte und Vertragsbedienstete**

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. I Nr. 30/1998), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. I Nr. 30/1998), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, etwa der Bühnenarbeiter der Bundestheater.

¹⁾ Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

²⁾ Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen.

³⁾ Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarom Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. XXVI des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/1997.

Sonderzahlungen ⁵⁾

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 ⁶⁾, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ⁷⁾ jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumswendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1997 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984), vorgesehenen Jubiläumswendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. I Nr. 61/1997 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 1998 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997, von den Bundesländern getragen.

⁵⁾ Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

⁶⁾ In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

⁷⁾ In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

286

Personalstand und Personalausgaben**Besoldung der Landeslehrer**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:

	1999			Zusammen	1998 ²⁾ (Summe)	Unterschied 1999 gegenüber 1998
	Beamte	Vertragsbedienstete				
		I-Ang.	II-Arb.	Anzahl der Bediensteten		
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes)	33 386	11 634	0	45 020	45 027	- 7
Sonstige Bundesbedienstete	133 197	30 771	11 083	175 051	176 748	-1 697
Zusammen ...	166 583	42 405	11 083	220 071	221 775	-1 704
Davon jugendliche Bedienstete			582	582	533	49

2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1999 ¹⁾

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998, das Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 138/1997, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Kinderzulage (vormals Haushaltszulage), die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

¹⁾ Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1999, II. Teil (Beilagen G₁₀ bis G₁₄).

²⁾ Infolge der 2. BFG-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 36/1997, ist ein detaillierter Vergleich aus technischen Gründen nicht möglich.

Personalstand und Personalausgaben

287

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamt, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Die Pensionsverpflichtungen der Österreichischen Bundesforste werden nach § 2 Abs. 2 Bundesforstgesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, zur Gänze von der Österreichischen Bundesforste AG ersetzt.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, geregelt.

Der Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der bisherigen Post- und Telegraphenverwaltung sowie für Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger nach Beamten, die der Post und Telekom Austria AG dienstzugehört waren, ist in § 17 Abs. 7 und 8 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, geregelt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997 ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinbarten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/1998, berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

288

Starrheit des Bundeshaushaltes — Investitionen und Investitionsförderung**Starrheit des Bundeshaushaltes**

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1999 ¹⁾		Bundesvoranschlag 1998 ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	140 433	13,7	135 320	13,7
1.2. Sachausgaben	367 407	36,0	361 252	36,6
Summe 1. ...	507 840	49,7	496 572	50,4
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden und sonstige Finanzierungen ²⁾	361 709	35,4	336 550	34,1
Summe 1. und 2.1. ...	869 548	85,1	833 122	84,5
2.2. Übrige Ermessensausgaben ³⁾	152 185	14,9	153 008	15,5
<i>Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckge- bundener Einnahmen.....</i>	<i>30 756</i>	<i>3,0</i>	<i>30 066</i>	<i>2,2</i>
Summe 1. und 2. ...	1 021 733	100,0	986 131	100,0

¹⁾ Gesamthaushalt.

²⁾ Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden, Währungstauschverträgen sowie sonstige Finanzierungen und Veranlagungen (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

³⁾ Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

Investitionen und Investitionsförderung

289

	1999 ¹⁾	1998 ¹⁾ Milliarden Schilling	1997 ²⁾
Bundесvoranschlag:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 4)}	18,0	18,3	16,7
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) ³⁾	0,9	0,9	0,9
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ^{3) 5)}	3,6	4,0	3,9
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ^{3) 6)}	50,6	50,0	60,8
Summe ⁷⁾ ...	73,1 ⁸⁾	73,2	82,3 ⁹⁾
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft ¹⁰⁾	7,8	7,6	6,5
Wohnungsbau ¹¹⁾	25,2	25,2	25,2
Übrige Gebäude ¹²⁾	8,7	9,0	8,8
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) ¹³⁾	5,5	5,5	4,8

	Stabilisierungs- quote	1999 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe	Stabilisierungs- quote	1998 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe
	Milliarden Schilling					
Konjunkturausgleich- Voranschlag:						
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 16)}	0,8	2,1	2,9	0,8	2,1	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ¹⁶⁾	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾	0,5	0,2	0,7	0,5	0,2	0,7
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ¹⁷⁾	1,1	0,4	1,5	1,1	0,4	1,5
Summe...	2,4	2,7	5,1 ¹⁸⁾	2,4	2,7	5,1

	1999 ¹⁾	1998 ¹⁾ Milliarden Schilling	1997 ²⁾
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ¹⁹⁾	4,0	4,0	—
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) ¹⁹⁾ ...	0,5	0,5	—

Fußnoten siehe Seiten 290 bis 292.

19 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1999

290

Investitionen und Investitionsförderung

Fußnoten zu Seite 289:

1) Voranschlag.

2) Jahreserfolg.

3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.

4) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

5) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote ³¹⁾ auf Seite 281 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.

6) Investitionsförderung: siehe Beilage O₉ (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022).

7) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsmachtungen des Bundesministers für Finanzen.

8) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,74	0,27	0,13	1,63	0,22	0,00	2,99
12	Forschung und Wissenschaft	0,67	0,17	0,09	1,94	1,96	0,00	4,83
13	Kunst	0,29	0,04	0,89	0,36	0,00	1,58
21	Gesundheit.....	0,03	0,01	0,07	0,77	0,00	0,88
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,01	0,01	0,02	0,14	0,00	0,18
23	Wohnungsbau.....	0,05	0,00	0,00	25,03	0,10	0,00	25,18
32	Straßen.....	2,36	0,05	0,05	2,81	0,13	0,00	0,00	5,40
33	Sonstiger Verkehr	0,08	0,00	0,01	14,94	0,00	0,04	15,07
34	Land- und Forstwirtschaft	0,44	0,01	0,23	3,57	0,00	4,25
35	Energiewirtschaft	0,01	0,00	0,00	0,01
36	Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	0,00	0,45	0,01	0,00	0,46
37	Öffentliche Dienstleistungen	0,07	0,01	0,03	2,74	0,00	2,85
38	Private Dienstleistungen	0,03	0,00	0,03
41	Landesverteidigung	1,57	0,01	2,06	0,05	3,69
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,37	0,23	1,25	1,85
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1,45	0,13	0,09	2,14	0,03	3,84
	Summe...	8,13	0,94	0,36	13,08	50,43	0,11	0,04	73,09
		22,51				50,58			

Investitionen und Investitionsförderung

291

Fußnoten zu Seite 293 (Fortsetzung):

⁹⁾ Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Kapital- beteili- gung	
11	Erziehung und Unterricht.....	0,63	0,27	0,10	1,05	0,15	0,00	2,20
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,52	0,12	0,06	1,69	1,91	0,00	4,30
13	Kunst.....	0,31	0,04	0,94	0,34	1,63
21	Gesundheit.....	0,04	0,01	0,05	0,33	0,00	0,43
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,00	0,00	0,01	0,19	0,20
23	Wohnungsbau.....	0,14	0,00	0,00	25,00	0,11	25,25
32	Straßen.....	2,02	0,06	0,05	2,48	0,12	8,50	13,23
33	Sonstiger Verkehr.....	0,08	0,00	0,00	14,43	0,00	3,14	17,65
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,44	0,01	0,19	3,57	0,15	4,36
35	Energiewirtschaft.....	0,00	0,00
36	Industrie und Gewerbe.....	0,00	0,00	0,00	0,53	0,02	0,25	0,80
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,07	0,02	0,02	1,76	1,87
38	Private Dienstleistungen.....	0,03	0,17	0,20
41	Landesverteidigung.....	1,56	0,01	2,32	0,05	3,94
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,46	0,25	1,01	1,72
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	1,29	0,10	0,19	2,84	0,04	0,00	4,46
	Summe...	7,56	0,89	0,40	12,60	48,45	0,13	12,21	82,24
		21,45				60,79			

¹⁰⁾ Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61. .), der Post-Untergliederungen 0. . bis 8. . sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24. .) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02. . bis 06. . (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46), 10. ., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 71 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹¹⁾ Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4. . sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24. .) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) der Kapitel 01 bis 71.

¹²⁾ Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24. .) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau und beim Straßenbau.

¹³⁾ Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1.. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24. .) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61. ., 69. ., 720., 727., 7290, 73. . und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4. ., sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24. .) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 71 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁴⁾ (frei).

¹⁵⁾ Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1999 und 1998 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

¹⁶⁾ Siehe die Beilagen O₁₂, O₁₃, O₁₅ und O₁₆ der Amtsbeilagen zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1997 und 1998, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁷⁾ Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O₁₄ und O₁₇ der Amtsbeilagen zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1999 und 1998.

292

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung**Fußnoten zu Seite 293 (Fortsetzung):**

¹⁸⁾ Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung		Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	
Milliarden Schilling								
11	Erziehung und Unterricht.....	0,08	0,02	0,25	0,01	0,36
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,07	0,01	1,41	0,16	1,65
13	Kunst.....	0,19	0,07	0,26
23	Wohnungsbau.....	0,03	0,03
33	Sonstiger Verkehr.....	0,00	1,03	1,03
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,06	0,26	0,32
41	Landesverteidigung.....	0,07	0,55	0,00	0,62
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,01	0,08	0,09
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	0,29	0,02	0,39	0,00	0,70
	Summe...	0,57	0,01	0,05	2,90	1,53	5,06
		3,53			1,53			

¹⁹⁾ Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds.

Bereinigte Budgetgebarung

Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen ¹⁾, Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe ¹⁾ des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer“) vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlags gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit“ und „Bilanzklarheit“ halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinngemäßer Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer“, deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen bis zur Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer“ in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

¹⁾ Diese betrieblichen Einrichtungen, wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

294

Bereinigte Budgetgebarung

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer“) ausgeschieden.

	Erfolg 1997		Bundesvoranschlag 1998		Bundesvoranschlag 1999	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling						
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichshaushalt).....	999 970	999 970	986 131	986 131	1 021 733	1 021 733
Bereinigte Budgetgebarung						
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt).....	829 627	764 687	751 085	686 127	764 631	696 837
hiez u: Abgang Bundestheater.....	2 279		2 352		2 352	
Zwischensumme 1) ...	831 906	764 687	753 436	686 127	766 983	696 837
ab: „Durchlaufer“ 2).....	19 471	19 471	15 178	15 178	13 516	13 516
hiez u: Ausgleichshaushalt.....	167 334	234 553	232 021	299 331	254 077	324 223
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung 3)	979 769	979 769	970 280	970 280	1 007 544	1 007 544
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S.....	4) 2 516,9		4) 2 617,2		4) 2 735,4	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP	36,9		37,1		36,8	

1) Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

2) Z ufolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebahrung des Kapitels 71 nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer“ ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfasst sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes aufgenommen, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

3) Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

4) Laut Prognose des WIFO vom Dezember 1997, angepaßt an die Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes vom Februar 1998.

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

295

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	BRA 1995	BRA 1996
	Millionen Schilling	
1. Anlagevermögen		
1.1 Unbewegliche Anlagen.....	332 730	346 435
1.2 Bewegliche Anlagen.....	28 347	30 256
1.3 Im Bau befindliche Anlagen.....	48 780	38 852
1.4 Vorräte.....	3 566	3 600
1.5 Aktivierungsfähige Rechte.....	1 971	2 178
1.6 Finanzanlagen		
1.61 Beteiligungen.....	59 362	57 044
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens.....	—	—
1.7 Anzahlungen für Anlagen.....	81	33
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte.....	1 181	1 115
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere		
2.21 Bargeld.....	3 726	4 029
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmungen.....	53 330	26 668
2.23 Schwebende Gelder.....	- 2 179	387
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	1 694	19 482
2.3 Forderungen		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	12 369	12 098
2.32 Forderungen aus Darlehen.....	20 296	25 847
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen.....	23 508	25 744
2.34 Forderungen aus Vorschüssen.....	5 612	6 028
2.35 Ersatzforderungen.....	3 133	2 072
2.36 Sonstige Forderungen.....	89 298	98 024
2.37 Gegebene Anzahlungen.....	2 808	3 403
2.38 Forderungen aus Währungstauschverträgen.....	111 227	108 743
2.4 Haushaltsrücklagen.....	21 146	19 181
3. Aktive Rechnungsabgrenzung.....	32 332	18 896

296

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Passiva	BRA 1995	BRA 1996
	Millionen Schilling	
1. Rücklagen		
1.1 Haushaltsrücklagen	21 146	19 181
1.2 Sonstige Rücklagen	—	—
2. Wertberichtigungen.....	—	—
3. Verbindlichkeiten		
3.1 Schwebende Geldgebarungen	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	233 440	226 920
3.3 Schulden aus Erträgen.....	8 258	10 253
3.4 Ersatzschulden	207	142
3.5 Sonstige Schulden ²⁾	130 242	128 341
3.6 Empfangene Anzahlungen	63	52
3.7 Schulden aus Währungstauschverträgen.....	127 852	109 829
3.8 Finanzschulden ³⁾	1 333 742	1 416 051
4. Rückstellungen	1 196	1 194
5. Passive Rechnungsabgrenzung	22 811	14 794
1) bis 3) Hievon fällige Schulden:		
	BRA 1995	BRA 1996
1)	2 957	8 520
2)	6 022	4 622
3)	9	8

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß §35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten

- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
- Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
- die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen
- SCHIG-Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 1999				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1999		
			in Milliarden Schilling				
a) Finanzierung (ausschließlich)							
298/1981 } 602/1981 } 633/1982 } 589/1983 } 298/1987 } 421/1991 } 973/1993 }	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns	115,406	—	—	1/54847/7411	0,001
						7/54847/7411/001	0,001
						1/54847/7414	0,001
						7/54847/7414/001	0,001
						1/54847/7415	0,001
						7/54847/7415/001	0,001
						1/54847/7416	0,001
	7/54847/7416/001	0,001					
201/1996 } 113/1997 }	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen	83,000 ¹⁾	83,000	12,000	1/65148/7280	0,001
b) Finanzierung und Bau							
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Österreichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwaltung, Finanzierung	11,300	9,000	0,150	1/54826/7420 1/54826/7471/423 2/54824/8555/370	0,160 0,001 -0,001

¹⁾ 60 Milliarden Schilling Kapital zuzüglich Zinsen und weitere 23 Milliarden Schilling Eisenbahninfrastrukturschulden der ASFINAG mit Inkrafttreten der ASFINAG/SCHIG-Novelle 1997.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

299

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften) (bis 31. 12. 1996), der SCHIG, der ÖIAG³⁾ und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften 1986—1997

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonder- finanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ¹⁾ zum 31. 12.
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0 ²⁾
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7 ²⁾
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5 ²⁾
1989	103,3	11,2	+ 8,8	274,1 ²⁾
1990	112,6	13,6	+ 9,3	273,1 ²⁾
1991	118,4	9,3	+ 5,8	338,3 ²⁾
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3 ²⁾
1993	137,0	14,4	+ 7,5	338,3 ²⁾
1994	145,4	14,7	+ 8,4	338,3 ²⁾
1995	151,2	20,6	+ 5,8	338,3 ²⁾
1996	146,8	13,1	- 4,4	338,3 ²⁾
1997	74,1	8,3	+ 7,4	210,5

1) Für Kapital, Zinsen und Kosten.

2) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1986 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

3) In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12.“ ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12.“ beinhaltet alle Haftungsgesetze.

300

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebahrungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben ¹⁾									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ³⁾	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	910,0	882,1	947,0	911,1 ⁴⁾	946,8 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	161,3	173,5	192,5	211,8	215,5	232,9	242,4	253,0		
Gemeinden (ohne Wien)	114,6	128,7	141,2	152,3	162,0	169,5	173,0	178,0		
Wien (Land und Gemeinde)	91,4	99,1	116,8	117,8	133,1	146,4	135,2	140,0		
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,8	4,2	4,7	5,5	6,4	6,9	7,5	8,0		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	37,5	43,7	45,6	45,5	50,4	60,5	63,0	66,0		
Kammern ⁹⁾	25,0	24,1	28,5	28,4	30,8	26,6	27,0	27,5		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	300,8	338,6	361,0	382,1	410,6	423,3	440,3	460,0		
Staat (Summe)	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 720,4	1 830,8	1 976,1	1 971,0	2 079,5		

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (bis einschließlich 1996); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	45,6	45,0	44,8	45,2	44,9	46,1	44,8	45,5		
Länder (ohne Wien)	11,9	11,7	11,9	12,3	11,8	11,8	12,3	12,2		
Gemeinden (ohne Wien)	8,5	8,7	8,8	8,9	8,8	8,6	8,8	8,6		
Wien (Land und Gemeinde)	6,8	6,7	7,2	6,8	7,3	7,4	6,9	6,7		
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,8	3,0	2,8	2,6	2,8	3,1	3,2	3,2		
Kammern ⁹⁾	1,8	1,6	1,8	1,7	1,7	1,3	1,4	1,3		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	22,3	22,9	22,4	22,2	22,4	21,4	22,3	22,1		
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

¹⁾ Laut Finanzstatistik. Inklusive Tilgungen, Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenzuführungen, aber ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

²⁾ Vorläufige Werte.

³⁾ Schätzungen.

⁴⁾ Bundesvoranschlag bzw. -entwurf.

⁵⁾ Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.

⁶⁾ Laut Finanzstatistik. Ohne Schuldenaufnahme und Kassenstärkungsmaßnahmen, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklageneinziehungen.

⁷⁾ Erfasst sind nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

Nettoausgaben

301

Übersicht 1 a

	Bruttoeinnahmen ⁸⁾									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ³⁾	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	502,3	557,7	592,1	602,0	627,3	674,4	666,3	765,4	686,8 ⁴⁾	697,5 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	158,1	170,2	188,1	204,7	206,3	213,5	233,3	243,0		
Gemeinden (ohne Wien)	109,4	122,2	133,3	141,4	148,1	154,7	159,8	165,0		
Wien (Land und Gemeinde)	88,7	96,0	112,7	110,9	118,6	129,6	129,0	133,0		
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,7	4,1	4,5	5,5	6,3	6,8	7,3	8,0		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	33,3	36,5	36,4	39,2	45,1	56,1	60,0	63,0		
Kammern ⁹⁾	23,7	23,9	26,8	27,4	29,7	26,2	27,3	27,5		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	297,9	323,7	347,7	371,7	394,2	415,4	434,7	456,0		
Staat (Summe)	1 217,1	1 334,3	1 441,6	1 502,8	1 575,6	1 649,7	1 717,7	1 860,9		

Quelle: ÖSTAT (bis 1996); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	41,3	41,8	41,1	40,1	39,8	39,2	38,8	41,1		
Länder (ohne Wien)	13,0	12,8	13,0	13,6	13,1	12,9	13,6	13,1		
Gemeinden (ohne Wien)	9,0	9,2	9,2	9,4	9,4	9,4	9,3	8,9		
Wien (Land und Gemeinde)	7,3	7,2	7,8	7,4	7,5	7,9	7,5	7,1		
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,7	2,7	2,5	2,6	2,9	3,4	3,5	3,4		
Kammern ⁹⁾	1,9	1,8	1,9	1,8	1,9	1,6	1,6	1,5		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	24,5	24,3	24,1	24,7	25,0	25,2	25,3	24,5		
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

Nettoausgaben

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

- Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und
- Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt. Bringt man des weiteren auf der Ausgabenseite die Tilgungen der öffentlichen Haushalte in Abzug, verbleiben die Nettoausgaben.

⁸⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Agrarmarkt Austria (AMA), Ausgleichstaxfonds, Bundeswohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds (bis 1993), Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Kriegsoferfonds, Massafonds der Bundesgendarmarie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds (bis 1992), Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Arbeitsmarktservice, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Hilfsfonds nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, Fonds „Gesundes Österreich“, Österreichische Bundesfinanzierungsagentur.

⁹⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammer (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhand, Wirtschaftskammer (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Arbeiterkammer (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

¹⁰⁾ Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungsfonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz, nach dem Betriebshilfegesetz und nach dem Bundespflegegeldgesetz.

302

Volkswirtschaftliche Steuerquote

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1989 bis 1996 (Nettoausgaben).

Übersicht 2

	Staat (insgesamt)							
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 720,4	1 830,8	1 976,1	1 971,0
ab: Vergütungen ¹⁾ und Überweisungen	254,2	268,3	295,0	328,9	337,4	380,8	427,3	427,2
Tilgungen.....	63,1	63,4	64,8	81,0	96,4	117,7	171,3	155,7
Nettoausgaben	958,3	1 017,4	1 116,8	1 203,4	1 286,6	1 332,3	1 377,5	1 388,1

Quelle: ÖSTAT

Übersicht 2 a

	davon Bund ²⁾							
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	910,0	882,1
ab: Vergütungen ¹⁾	16,8	15,8	17,3	21,0	12,9	36,5	26,0	25,3
Überweisungen	132,8	131,5	142,6	150,1	167,9	182,7	221,1	223,9
Tilgungen ^{1a)}	43,6	49,5	44,4	64,6	76,8	90,1	144,8	126,8
Nettoausgaben	391,5	417,9	460,4	487,3	519,4	512,7	518,1	506,1

Quelle: ÖSTAT

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben und Einnahmen des Staates aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt (siehe auch Abschnitt C, 2. Absatz).

B. Volkswirtschaftliche Steuerquote

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Transferzahlungen und ab 1988 einschließlich der für die Wohnbauförderung zweckgebundenen Steuermitteln — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 20,2% im Jahre 1995 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6 auf 42,2% zunahm. Ab 1995 ist ein Teil der Steuereinnahmen direkt dem EU-Haushalt zuzurechnen (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Mehrwertsteuereigenmittel).

¹⁾ Inklusive Rücklagenzuführungen.

^{1a)} Ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

Der öffentliche Sektor im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

303

Übersicht 3

	Steuern und steuerähnliche Einnahmen ¹³⁾									
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ³⁾	1998 ³⁾	1999 ³⁾
	Milliarden Schilling									
Bund	485,3	530,2	576,8	604,2	600,6	611,7	664,9	705,6	733,3	767,1
Länder	2,0	2,0	2,2	2,3	2,4	2,6	2,6	2,7	2,6	2,6
Gemeinden ¹²⁾	25,4	26,7	29,0	30,4	39,3	41,4	42,5	43,7	45,4	47,4
Kammern	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,4	15,0	15,6
Sozialversicherungsträger	208,5	225,7	248,5	265,3	281,5	294,5	303,2	309,5	322,5	335,4
Fonds	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Beiträge zum EU-Haushalt							17,8	16,6	19,2	17,1
Summe ...	736,4	799,9	872,8	919,3	938,6	982,6	1 044,8	1 096,1	1 135,8	1 186,2
Brutto-Inlandsprodukt	1 813,5	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 239,6	2 334,4	2 421,6	2 516,9	2 617,6	2 735,4
Summe in % des Brutto-Inlandsprodukts	40,6	41,1	42,4	43,3	41,9	42,1	43,1	43,5	43,4	43,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1997; Stand: Februar 1998); BMF

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Aufkommenselastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ¹³⁾		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1990	56,2	8,3	136,8	8,2	1,01
1991	63,5	8,6	132,3	7,3	1,18
1992	72,9	9,1	111,5	5,7	1,60
1993	46,5	5,3	68,0	3,3	1,61
1994	19,3	2,1	114,3	5,4	0,39
1995	44,0	4,7	94,8	4,2	1,12
1996	62,2	6,3	87,2	3,7	1,70
1997	51,3	4,9	95,3	3,9	1,26
1998	39,7	3,6	100,7	3,9	0,92
1999	50,4	4,4	117,8	4,0	1,10

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁴⁾

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors ¹⁵⁾ zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse (laut Geldrechnung) berücksichtigt** und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und

¹²⁾ Inklusive Wien.

¹³⁾ Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderungen der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung, zeitliche Zuordnung der indirekten Steuern nach dem wirtschaftlichen Anfall.

¹⁴⁾ Siehe hierzu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1976—1995“ bzw. Österreichs Volkseinkommen 1996, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1997.

^{14a)} Einschließlich öffentlicher Einkommen.

¹⁵⁾ Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung —
304 Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts“ SNA ¹⁶⁾ gab erstmals einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output-, Geldstrom- und Vermögensrechnung vor, und bedeutete eine Weiterentwicklung des früheren Systems in Richtung geschlossener **Brutto-Erfassung** aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das SNA 68 umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979 ¹⁷⁾ vom ÖSTAT und in der Folge bis 1995 jährlich publiziert. Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum **1954—1994** verfügbar. Bis zur März-Prognose 1997 wurden Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute auf Basis des SNA 68 erstellt.

Als Mitgliedstaat der EU hat Österreich seine VGR auf Basis des Europäischen Systems der VGR (ESVG) zu erstellen. Derzeit gilt das ESVG 2. Auflage, das in manchen Bereichen vom SNA 1968 abweicht. 1995/1996 wurde eine breit angelegte Revision der österreichischen VGR durchgeführt. Zeitreihen für die Jahre 1976—1995 wurden im Sommer 1997 publiziert.¹⁴⁾ Da der Budgetvoranschlagsentwurf 1998 auf Basis der März-Prognose 1997 und somit auf Basis des SNA 68 erstellt wurde, wurden die Ergebnisse dieser Revision im folgenden noch nicht berücksichtigt.

1993 erschien ein grundlegend revidiertes SNA (SNA 93) ^{17a)}. Die Revision des ESVG ist im wesentlichen 1994 abgeschlossen worden. Das ESVG 1995 ist Bestandteil der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996. VGR-Daten nach dem ESVG 1995 sind erstmals 1999 an die Kommission zu melden.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode (**Brutto-Inlandsprodukt**), über die Summe der erzielten Einkommen (**Volkseinkommen**) und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen (**Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**). Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

Volkseinkommen	
+ Faktoreinkommen an das Ausland	
– Faktoreinkommen aus dem Ausland	
+ Abschreibungen	
+ Indirekte Steuern	
– Subventionen	
Brutto-Inlandsprodukt	
+ Importe	
– Exporte	
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	

In den Hauptaggregaten ist der Staat mit seinem Beitrag zum BIP, der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom Staat und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst“ verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds ⁸⁾ sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

¹⁶⁾ A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.

¹⁷⁾ „Österreichs Volkseinkommen 1964—1977, Neuberechnung“, Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.

^{17a)} Siehe frühere Version des Amtsbehelfs.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen 305

Übersicht 5

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Löhne und Gehälter	955,5	1 036,7	1 105,3	1 151,2	1 195,3	1 237,1	1 251,4	1 276,4	1 308,7	1 356,0
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsbereinigt) ^{14a)}	395,9	415,6	426,8	422,3	448,0	484,8	523,4	553,4	581,1	610,8
Volkseinkommen	1 351,4	1 452,3	1 532,1	1 573,5	1 643,3	1 721,9	1 777,8	1 829,8	1 889,8	1 966,8
± Faktoreinkommen an das/aus dem Ausland	+7,3	+13,1	+9,7	+9,4	+8,2	+7,6	+7,6	+8,4	+8,0	+8,6
+ Abschreibungen	218,5	235,2	252,6	270,1	288,7	306,8	324,7	344,2	368,3	394,1
+ Indirekte Steuern (netto)	236,3	245,2	262,9	272,4	299,4	298,1	314,5	334,6	334,3	347,9
Brutto-Inlandsprodukt	1 813,5	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 239,6	2 334,4	2 421,6	2 516,9	2 600,4	2 717,4
+ Außenbeitrag	-23,4	-16,7	-19,7	-13,9	+4,1	+9,6	+13,0	-11,2	+1,8	+4,2
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 790,1	1 929,1	2 037,6	2 111,4	2 243,7	2 344,0	2 434,6	2 505,8	2 602,2	2 713,2

Quelle: ÖSTAT (bis 1997; BIP bis 1996; BIP 1997 ÖSTAT/WIFO; Stand Februar 1998); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1997)

Auf Grund der nachfolgenden Übersicht 6 werden 1999 vom Bundessektor selbst nur rund 6,5% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Personal, Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 0,4% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten Staat betragen die analogen Prozentsätze rund 19,1% bzw. rund 2,5%.

Übersicht 6

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	125,2	134,7	143,2	153,4	163,5	168,5	170,1	169,9	171,0	176,5
Brutto-Anlageinvestitionen	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	13,9	12,0	11,0	11,0
Bundessektor (Summe) ...	141,6	151,4	159,1	169,1	179,2	183,1	184,0	181,9	182,0	187,5
Öffentlicher Konsum	212,9	233,1	255,0	276,2	291,5	300,8	308,2	317,4	330,0	341,1
Brutto-Anlageinvestitionen	40,9	46,4	51,9	51,8	54,7	53,4	53,0	57,0	56,0	56,0
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	253,8	279,5	306,9	328,0	346,2	354,2	361,2	374,4	386,0	397,1
Privater Konsum	1 013,0	1 073,0	1 147,7	1 194,1	1 254,6	1 310,3	1 375,4	1 403,6	1 448,3	1 499,4
Brutto-Anlageinvestitionen	364,7	403,2	415,7	417,6	462,9	486,0	509,9	538,8	569,9	613,2
Privater Sektor (Summe) ...	1 377,7	1 476,2	1 563,4	1 611,7	1 717,5	1 796,3	1 885,3	1 942,4	2 018,2	2 112,6
Lagerbewegung und statistische Differenz	17,0	22,0	8,2	2,7	0,8	10,3	4,1	7,1	16,0	16,0
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 790,1	1 929,1	2 037,6	2 111,4	2 243,7	2 344,0	2 434,6	2 505,8	2 602,2	2 713,2

Quelle: ÖSTAT (bis 1997, Stand: Februar 1998); WIFO (August-Prognose 1997); BMF

306 Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto

Übersicht 6 a

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Anteil in %									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	7,0	7,0	7,0	7,3	7,3	7,2	7,0	6,8	6,6	6,5
Brutto-Anlageinvestitionen	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Bundessektor (Summe) ...	7,9	7,8	7,8	8,0	8,0	7,8	7,6	7,3	7,0	6,9
Öffentlicher Konsum	11,9	12,1	12,5	13,1	13,0	12,8	12,7	12,7	12,7	12,6
Brutto-Anlageinvestitionen	2,3	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,3	2,2	2,1
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	14,2	14,5	15,1	15,5	15,4	15,1	14,8	15,0	14,9	14,7
Privater Konsum	56,6	55,6	56,3	56,6	55,9	55,9	56,5	56,0	55,7	55,3
Brutto-Anlageinvestitionen (privater Sektor)	20,4	20,9	20,4	19,8	20,6	20,7	20,9	21,5	21,9	22,6
Privater Sektor (Summe) ...	77,0	76,5	76,7	76,3	76,5	76,6	77,4	77,5	77,6	77,9
Lagerbewegung und statistische Differenz	0,9	1,1	0,4	0,1	0,0	0,4	0,2	0,3	0,6	0,6
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor¹⁵⁾ den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen — vermindert um die Transfers von öffentlichen Rechtsträgern — werden 1996 von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von knapp 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 7

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Laufende Einnahmen:										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	37,9	40,6	49,8	45,5	46,1	50,7	42,6	40,1	30,0	30,0
davon Bundessektor	27,4	29,0	33,4	29,9	31,9	36,6	29,4	28,2	16,4	17,7
Versicherungsleistungen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
davon Bundessektor	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Indirekte Steuern	287,9	305,8	325,8	340,0	356,6	341,4	360,2	378,7	399,6	416,6
davon Bundessektor	201,2	213,2	229,0	236,9	245,1	229,9	243,5	261,4	281,0	290,8

Einkommenskonto

307

Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Direkte Steuern der privaten Haushalte	203,4	227,5	249,9	267,9	265,8	286,5	305,9	330,6	338,3	357,3
davon Bundessektor	140,2	154,7	169,1	181,8	185,2	207,7	215,0	234,7	240,7	253,7
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	35,6	39,7	47,1	44,8	33,4	41,2	57,6	57,9	58,0	58,5
davon Bundessektor	26,5	29,8	36,4	34,3	25,9	33,5	50,0	50,2	49,0	50,0
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte	4,9	5,1	5,1	5,6	6,1	6,0	6,3	6,1	6,2	6,5
davon Bundessektor	3,4	3,4	3,3	3,5	3,8	3,9	4,1	4,2	4,2	4,2
Sozialversicherungsbeiträge ¹⁹⁾	220,6	238,9	262,3	280,0	300,5	315,8	327,9	335,9	347,1	358,4
davon Bundessektor	7,0	7,5	7,9	8,3	12,0	13,5	16,2	17,6	18,2	18,8
Imputierte Pensionsbeiträge	46,0	49,8	53,1	56,3	54,4	55,6	53,5	52,9	54,5	55,6
davon Bundessektor	23,5	25,5	27,2	28,9	26,1	26,7	24,5	23,4	25,0	26,5
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts	129,9	141,9	153,6	171,1	186,6	200,7	215,2	240,4	251,6	270,6
davon Bundessektor	7,8	11,1	13,5	15,6	15,6	19,8	20,9	10,4	4,0	7,0
Laufende Transfers vom Ausland	0,7	0,9	0,7	0,7	0,8	9,2	5,2	5,4	5,5	5,5
davon Bundessektor	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	8,9	4,8	4,9	5,0	5,0
Laufende Einnahmen (Summe)	967,2	1 050,5	1 147,8	1 212,3	1 250,8	1 307,5	1 374,9	1 448,5	1 491,3	1 559,4
davon Bundessektor	437,4	474,8	520,4	539,7	546,1	580,6	608,6	635,3	643,8	674,0
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum	319,5	348,3	375,2	405,0	425,9	440,3	448,3	456,8	468,8	484,2
davon Bundessektor	113,3	124,1	131,0	140,7	148,1	153,8	154,2	157,8	160,0	164,0
Zinsen für die Staatsschuld	73,4	81,9	87,5	92,0	91,1	102,4	106,1	103,6	105,2	109,7
davon Bundessektor	64,6	72,8	78,3	82,8	82,1	91,8	95,4	92,6	92,7	96,0
Versicherungsprämien, netto	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,5
davon Bundessektor	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Subventionen	52,5	61,5	64,0	68,8	58,2	63,1	64,7	64,4	63,0	63,0
davon Bundessektor	39,8	48,0	49,5	54,2	41,9	47,3	48,5	43,1	41,0	41,0
Sozialversicherungsbarleistungen	188,7	199,9	212,5	229,6	247,3	262,2	274,1	284,0	302,0	320,1
Pensionen der Hoheitsverwaltung	74,5	80,8	85,9	91,5	96,0	100,5	103,5	104,5	108,0	110,7
davon Bundessektor	45,0	48,9	52,0	55,7	58,9	62,0	64,2	65,0	66,0	67,3
Sonstige Sozialtransfers	94,1	103,7	117,1	142,3	150,7	148,8	148,8	148,4	140,0	148,0
davon Bundessektor	70,3	77,5	86,9	108,3	112,9	109,9	108,5	106,4	97,0	100,1
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts	131,0	145,8	154,4	171,8	186,1	201,7	214,2	240,2	251,3	270,6
davon Bundessektor	111,0	121,4	125,4	140,0	151,3	159,8	173,4	179,2	186,0	203,7
Laufende Transfers an das Ausland	5,5	6,5	8,0	8,5	9,4	15,3	18,3	20,8	22,8	23,4
davon Bundessektor	1,6	2,0	2,1	2,7	3,5	8,7	11,5	13,7	15,4	16,0
Laufende Ausgaben (Summe)	939,5	1 028,8	1 105,1	1 209,8	1 265,2	1 334,6	1 379,8	1 420,1	1 461,5	1 530,2
davon Bundessektor	445,9	495,1	525,5	584,8	599,0	633,6	656,0	654,5	658,4	688,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1997, Stand: Februar 1998); BMF

¹⁸⁾ (frei)¹⁹⁾ Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

308

Öffentliches Sparen — Vermögensveränderungskonto

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden folgendermaßen verwendet: Mit jeweils etwas mehr als einem Viertel für Konsumausgaben und Transfers an öffentliche Rechtsträger, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.

Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem Staat und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen“ ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte**Übersicht 8**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Sparen	27,7	21,7	42,8	2,5	-14,3	-27,1	-4,9	28,5	29,8	29,2
<i>davon Bundessektor</i>	-8,5	-20,3	-5,1	-45,1	-52,9	-53,0	-47,4	-19,2	-14,6	-14,4
Abschreibungen	12,8	13,5	13,8	14,5	15,1	15,7	16,2	16,8	17,3	17,8
<i>davon Bundessektor</i>	2,9	3,1	3,1	3,3	3,4	3,6	3,7	3,8	3,9	4,0
Kapitaltransfer, netto vom Inland	-26,9	-26,3	-26,9	-34,6	-33,9	-41,1	-37,0	-39,0	-42,0	-45,0
<i>davon Bundessektor</i>	-14,7	-12,0	-11,8	-12,8	-11,5	-17,6	-15,5	-5,7	-11,0	-12,1
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffentlichen Rechts	0,9	-2,9	-1,5	-1,9	-2,0	-1,9	-2,8	-1,9	-1,9	-1,9
<i>Bundessektor^{1B)}</i>	-23,3	-26,3	-28,3	-29,8	-30,6	-32,8	-33,7	-33,8	-34,6	-35,4
Kapitaltransfer, netto vom Ausland	-0,8	-1,0	-1,2	-1,2	-1,2	-0,7	-0,9	-0,4	-0,9	-0,9
<i>davon Bundessektor</i>	-0,8	-1,0	-1,1	-1,2	-1,2	-0,8	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9
Finanzierung der Bruttovermögensbildung	13,7	4,9	27,1	-20,7	-36,3	-55,2	-29,3	3,4	2,3	-0,8
<i>davon Bundessektor</i>	-44,4	-56,5	-43,2	-85,7	-92,7	-100,5	-93,8	-55,8	-57,2	-58,9
Brutto-Anlageinvestitionen	57,3	63,0	67,7	67,5	72,0	70,1	66,7	65,1	67,0	67,0
<i>davon Bundessektor</i>	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	13,9	10,6	11,0	11,0
Erwerb von Liegenschaften, netto	0,7	0,5	0,0	1,2	2,5	-4,0	0,0	0,5	1,0	1,0
<i>davon Bundessektor</i>	-0,4	0,1	-0,7	0,0	0,6	0,1	-0,6	-0,7	-0,6	0,6
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung (= öffentliches Defizit)	-44,3	-58,6	-40,7	-89,4	-109,3	-119,2	-96,0	-62,1	-65,7	-68,8
<i>davon Bundessektor</i>	-60,4	-73,3	-58,4	-101,4	-109,0	-115,3	-107,1	-65,7	-67,7	-70,5
Bruttoinlandsprodukt	1 813,5	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 239,6	2 334,4	2 421,6	2 516,9	2 600,4	2 717,4
Gesamtes Öffentliches Defizit, in % des BIP	2,4	3,0	2,0	4,2	4,9	5,1	4,0	2,5	2,5	2,5

Quelle: ÖSTAT (bis 1997, BIP bis 1996; BIP 1997 ÖSTAT/WIFO; Stand: Februar 1998); BMF

Brutto-Anlageinvestitionen — Öffentliches Sparen

309

Brutto-Anlageinvestitionen

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 9

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des Staates	57,3	63,0	67,7	67,5	70,0	70,1	66,7	65,1	67,0	67,0
privaten Sektors	364,7	403,2	415,7	417,6	463,4	484,0	510,1	524,7	569,9	613,2
Zusammen ...	422,0	466,3	483,4	485,1	533,4	554,1	576,8	607,8	636,9	680,2
Davon Bundessektor	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	13,9	10,6	11,0	11,0

Quelle: ÖSTAT (bis 1997, Stand: Februar 1998); BMF; WIFO (Dezember-Prognose 1997)

Öffentliches Sparen

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen“, dem analogen „Privaten Sparen“, aus den unverteilteten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betragen:

Übersicht 10

	1989		1990		1991		1992	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	16,5	8,5	29,8	12,7	26,7	10,5	44,7	18,8
Sparen der privaten Haushalte	117,3	60,1	141,2	60,3	163,0	64,2	129,9	54,7
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	61,4	31,4	63,1	27,0	64,3	25,3	62,9	237,5
Zusammen ...	195,2	100,0	234,1	100,0	254,0	100,0	237,5	100,0
Hievon Bundessektor	-9,7		-3,9		-19,6		-4,4	

	1993		1994		1995		1996	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	4,3	2,1	-13,9	-6,2	-25,0	-11,6	-3,1	-1,5
Sparen der privaten Haushalte	120,0	57,2	141,5	62,9	148,7	68,8	129,8	62,9
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	85,2	40,7	97,3	43,3	92,6	42,8	79,7	38,6
Zusammen ...	209,5	100,0	224,9	100,0	216,3	100,0	206,4	100,0
Hievon Bundessektor	-45,2		-52,9		-52,9			

Quelle: ÖSTAT (Stand: Februar 1998)

310

Öffentliche Verschuldung

Öffentliche Verschuldung 20)

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

- öffentliches Defizit, in % des BIP,
- öffentliche Verschuldung, in % des BIP.

Der 1. Indikator ist in Übersicht 8 enthalten, der 2. Indikator ist in Übersicht 11 abgeleitet.

Übersicht 11

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Milliarden Schilling										
Bund											
Finanzschulden lt. Bundesrechnungsabschluß	796,2	853,6	932,0	988,0	1 104,6	1 218,1	1 333,7	1 416,1	1 497,4		
minus Darlehen öffentlicher Rechtsträger ... plus Silbermünzen (OeNB).....	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-1,2	-0,1	-0,0	+0,0		
minus eigene Bundestitel 24)	—	—	—	+1,3	+1,4	+1,5	+1,4	+1,9	+2,7		
	—	—	-1,1	-1,1	-1,5	-2,8	- 9,8	-25,1	-47,4		
Verschuldung lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.....	796,0	853,5	930,8	988,2	1 104,4	1 215,6	1 325,3	1 392,8	1 452,6		
ASFINAG 21).....	58,8	64,1	68,9	72,5	78,2	79,6	83,1	80,2	0,0		
Bundesfonds 22).....	13,3	13,1	13,7	17,1	23,5	23,7	24,6	22,6	20,8		
Länder ohne Wien.....	41,8	41,3	40,5	41,3	45,4	49,3	62,1	62,1	62,5		
Gemeinden ohne Wien	44,9	44,2	45,2	47,7	53,2	58,7	68,9	74,4	77,0		
Wien	27,5	28,1	27,4	24,5	26,9	35,0	50,6	49,5	50,0		
Öffentliche Verschuldung, insgesamt	982,3	1 044,3	1 126,6	1 191,3	1 331,8	1 464,2	1 615,2	1 682,3	1 662,9	1 706,6	1 764,0
Bruttoinlandsprodukt..	1 676,7	1 813,5	1 945,8	2 057,3	2 125,3	2 239,6	2 334,4	2 421,6	2 516,9	2 617,6	2 735,4
Öffentliche Verschuldung, in % des Bruttoinlandsproduktes..	58,6	57,6	57,9	57,9	62,7	65,4	69,2	69,5	66,1	65,2	64,5

Quelle: ÖSTAT (bis 1997, BIP bis 1996; BIP 1997 ÖSTAT/WIFO; Stand: Februar 1998); BMF

20) Nach den Konzepten der VGR, ohne Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.

21) Einschließlich Verschuldung der Straßenbausondergesellschaften.

22) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, Insolvenz-Ausfallgeldfonds, Arbeitsmarktservice.

24) Einschließlich Bundesanleihen in Besitz von Bundesfonds.

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Gebarung 1945 bis 1996

Für die Jahre 1945 bis 1995 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, für das Jahr 1996 der Gebarungserfolg (Stand 8. Juli 1997) während den Ausführungen über das Jahr 1997 die Daten des Bundesvoranschlags zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahr 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verlässlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Bundesgebarung 1967 bis 1972

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehefen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehefen		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
1962	23—25	Voranschlag 1960
		Erfolg 1960
1963	22—24	Voranschlag 1961
		Erfolg 1961
1964	22—24	Voranschlag 1962
		Erfolg 1962
1965	23—26	Voranschlag 1963
		Erfolg 1963
1966	26—29	Voranschlag 1964
		Erfolg 1964
1967	32—35	Voranschlag 1965
		Erfolg 1965
1968	36—39	Voranschlag 1966
		Erfolg 1966

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflusste auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stilllegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflusst) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betrug jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehefen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehefen		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
1970	279—283	Voranschlag 1968
		Erfolg 1968
1971	268—271	Voranschlag 1969
		Erfolg 1969
1972	285—288	Voranschlag 1970
		Erfolg 1970
1973	287—290	Voranschlag 1971
		Erfolg 1971
1974	295—300	Voranschlag 1972
		Erfolg 1972

1973—1997

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflusst. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betragen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungshilfeszwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36 auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres

1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1977**, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Vorschlagsstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inlandwirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betrug diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Auf Grund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Demgegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 aufgrund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar

Bundesgebarung 1973 bis 1997

315

um rund 12,5 vH, und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Februar 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellem Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung. Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7,5 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresabrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch die Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhten sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niederen Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung aufgrund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes, von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985 angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

Bundesgebarung 1973 bis 1997

317

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Netto-Abgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Bei der Erstellung des **Bundeshaushaltes 1987** wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 514,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 409,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 104,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 35,1 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 69,8 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 ergeben sich Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 10,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 6,1 Milliarden Schilling verminderte. Der Netto-Abgang liegt um 4,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1987.

Der **Bundeshaushalt 1988** wurde in Erwartung folgender Eckdaten erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von nominell 3,4 und real 1,5%, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2%, Arbeitslosenrate 6,1% und einem Leistungsbilanzüberschuß von 3,8 Milliarden Schilling.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, jedoch um real 4,2%, den höchsten Wert seit 1979. Getragen wurde dieses starke Wachstum sowohl von der günstigen internationalen Konjunktur als auch von einer lebhaften heimischen Konsum- und Investitionsnachfrage.

Trotz der kräftigen Konjunktur betrug der Anstieg der Verbraucherpreise nur 2%, teilweise aufgrund der dämpfenden Wirkung noch leicht fallender Energiepreise.

Die Beschäftigung nahm insgesamt zu. Da jedoch das Arbeitsangebot noch anstieg, reduzierte sich die Arbeitslosenrate gegenüber 1987 nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3%. Damit konnte die Tendenz ansteigender Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre gebrochen werden.

Obwohl die lebhaftere Binnennachfrage zu einem höheren Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem vorläufigen Ergebnis von -6,4 Milliarden Schilling annähernd ausgeglichen.

Grundlage für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1988 war erstmals das im Jahr 1986 beschlossene Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986. Nicht nur das BHG, sondern auch andere gesetzliche Regelungen haben eine wesentliche Änderung in der Veranschlagung und Gliederung des Bundeshaushaltes bewirkt, und zwar in folgenden Punkten:

- Einnahmen aus der Aufnahme und Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten (Ausgleichshaushalt),
- Leistungen des Bundes für Zwecke der Wohnbauförderung,
- Überweisungen des Katastrophenfonds an Organe des Bundes und
- Kostenersätze des Münzregals an das Hauptmünzamt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 517,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 451,3 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,5 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 0,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 4,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 4,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1988 liegt. Er beträgt 4,2% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundeshaushalt 1989** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,8 vH (nominell) und 2,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft — gemessen am Brutto-Inlandsprodukt — jedoch um real 4 vH. Dieses Wachstum wurde von allen Komponenten der Nachfrage getragen, insbesondere gingen von den Experten, dem privaten Konsum und den Investitionen bedeutende Impulse aus. Die Steuerreform verstärkte die positive Konjunkturschätzung von Konsumenten und Produzenten.

Trotz zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten im Zuge der weiteren Konjunkturbelebung blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit 2,5 vH sehr moderat.

Der mäßige Preis- und Kostendruck ist teilweise auf den hohen Zuwachs des Arbeitsangebotes zurückzuführen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8 vH, was den höchsten Zuwachs seit 1977 darstellt. Die Arbeitslosenrate sank auf 5,0 vH.

Obwohl die kräftige Binnennachfrage zu einem hohen Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem Ergebnis von 2,2 Milliarden Schilling positiv.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 478,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1989 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 12,7 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 16,1 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1989 liegt. Er beträgt 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1990** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,9 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 4,7 vH.

Statt der erwarteten „sanften Landung“ des Konjunkturaufschwunges erreichte das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von real 4,6 vH einen neuen Höhepunkt. Besonders starke Impulse gingen neuerlich von den Exporten, dem privaten Konsum und den Investitionen aus. Hauptbestimmungsgründe für die auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich günstige Entwicklung waren der Nachfragesog im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und die verzögerte Verausgabung der Einkommensgewinne aus der Steuerreform 1989.

Trotz hoher Auslastung der Kapazität und der Verteuerung des Rohöls in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise nur mäßig, nämlich auf 3,3 vH.

Bundesgebarung 1973 bis 1997

319

Im Jahresdurchschnitt wurden um 2,3 vH mehr unselbständig Beschäftigte registriert, sodaß der höchste Zuwachs seit 1973 erreicht wurde. Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotzuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,4 vH anstieg.

Obwohl sich die Nachfrage im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelte und die höheren Erdölpreise die Handelsbilanz belasteten, weist die Leistungsbilanz einen Überschuß von 9,4 Milliarden Schilling aus.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 564,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 501,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1990 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 15,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 18,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1990 liegt. Er beträgt 3,5% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1991** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,4 vH (nominell) und 3,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,7 vH und eine Arbeitslosenrate von 5,5 vH.

Die Wirtschaftsentwicklung ist für 1991 flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen worden ist: sie weist eine Wachstumsrate von 3 vH auf (real). Besonders die Industrieproduktion, die 1990 um nahezu 8 vH gestiegen war, hat an Schwung verloren. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen.

Hingegen nahm die Beschäftigung weiter kräftig zu (2,3 vH). Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten erreichte damit den höchsten Wert in der Nachkriegszeit. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotszuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,8 vH anstieg.

Die Inflation blieb auf niedrigem Niveau (3,3 vH). In der Leistungsbilanz ergab sich ein Defizit von 1,7 Milliarden Schilling.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 619,9 Milliarden Schilling Einnahmen von 557,2 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang von 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1991 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 19,3 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 19,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 0,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1991 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1992** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,0 vH (nominell) und 2,8 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,8 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,1 vH.

Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Wirtschaftsentwicklung für 1992 deutlich flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen; sie weist nunmehr eine Wachstumsrate von 1,5 vH (real) auf. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland wurde vor allem in der Industrie spürbar. Ihre Produktion war seit Mitte 1992 zunächst nur leicht, zuletzt aber deutlich rückläufig.

Die Beschäftigung hat 1992 rasch auf die Abschwächung der Konjunktur reagiert. Die Beschäftigungszunahme war mit 0,8 vH nicht einmal halb so hoch wie 1991. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 5,9 vH.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 658,0 Milliarden Schilling Einnahmen von 591,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,4 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1992 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 9,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 5,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,3 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1992 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1993** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,3 vH (nominell) und 1,3 vH

320

Bundesgebarung 1973 bis 1997

(real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,4 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,4 vH.

Tatsächlich wurde im Jahre 1993 auch die österreichische Wirtschaft von der internationalen Konjunkturschwäche voll erfaßt: Erstmals seit einem Jahrzehnt schrumpften Nachfrage und Produktion (nach vorläufigen Ergebnissen) um 0,5 vH — ähnlich stark wie jeweils im Gefolge der beiden Erdölschocks. Die Beschäftigung sank um 0,3 vH und die Arbeitslosenrate stieg auf 6,9 vH.

Die Tiefe und Nachhaltigkeit der internationalen Rezession begleitet von der Höherbewertung des Schillings schlugen auf die Exportwirtschaft stark durch. Die Warenausfuhr sank nominell und real um rund 4,5 vH. Wegen der Auftragsunsicherheit kürzten die Unternehmungen ihre Investitionen drastisch. Die Hauptstütze des Wachstums waren der private Konsum — gestützt durch das Familienpaket und das Pflegegeld — und Teilbereiche der Bauwirtschaft.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 699,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 601,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 98,2 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1993 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 22,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 34,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1993 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Abganges im allgemeinen Haushalt waren die — überwiegend — konjunkturbedingten Einnahmehinfortfälle bei den öffentlichen Abgaben (–17,5 Milliarden Schilling) sowie im Güter- und Personenverkehr der ÖBB (–3,1 Milliarden Schilling), weiters die Mehrausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungs- und dem Sonderunterstützungsgesetz (+7,2 Milliarden Schilling). Darüber hinaus konnte auch die Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen nicht im geplanten Umfang realisiert werden (–6,8 Milliarden Schilling).

Der Bundesvoranschlag 1994 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,6 vH (nominell) und 1,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,2 vH und eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH.

Tatsächlich verlief die Konjunktur günstiger als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Die Wirtschaft wuchs stärker (5,6 vH nominell und 2,8 vH real) und die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm rascher zu (0,6 vH). Die Arbeitslosenrate in der traditionellen Abgrenzung sank auf 6,6 vH. Die Warenausfuhr kam wieder in Schwung. Die Netto-Masseneinkommen stiegen dank der 2. Etappe der Steuerreform und höherer Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte (Pflegegeld) um 5,0 vH und ermöglichten damit einen beträchtlichen Zuwachs realer Kaufkraft. Die Haushalte steigerten ihre Nachfrage real um 2,3 vH. Die generelle Steuerentlastung der Einkommen ermöglichte zusätzlich einen Anstieg der Sparquote um einen Prozentpunkt. Die Verbraucherpreissteigerungen haben sich kontinuierlich abgeschwächt. Die sinkenden Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft verringerten allerdings deutlich den positiven Beitrag zur Leistungsbilanz, die sich auf 20,3 Milliarden Schilling verschlechterte.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 731,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 626,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 104,8 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 22,1 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 2,0 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 24,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1994 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der Bundesvoranschlag 1995 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,8 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Einkommenszuwachs je Beschäftigten um 4 vH, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,9 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 6,4 vH. Tatsächlich entwickelte sich die österreichische Wirtschaft 1995 weniger günstig, als bei der Erstellung des BVA erwartet wurde.

Export- und Industrieproduktion sind in Österreich seit Mitte 1995 deutlich rückläufig. In der Bauwirtschaft ging die lange Wachstumsphase zu Ende. Die Tourismuswirtschaft erlitt im Spätsommer weitere Einbußen. Laut Wifo-Prognose dürfte 1995 die gesamte Wirtschaftsleistung real um wenig mehr als 2 vH und nominell um 4,3 vH gestiegen sein. Ebenso rasch wie auf den jüngsten Konjunkturaufschwung reagierte die Beschäftigung auf das Nachlassen der Wachstumskräfte. Seit dem

Bundesgebarung 1973 bis 1997

321

Frühjahr 1995 ist sie rückläufig. Der Rückgang der Beschäftigung bewirkte bisher nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da über die steigende Zahl der Frühpensionen das Arbeitskräftepotential deutlich entlastet wurde. Die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex betrug 2,2 vH. Damit hat Österreich wieder den Anschluß an die Gruppe der preisstabilsten Länder der EU gefunden. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte mit knapp über 2 vH des BIP im Jahr 1995 einen Höchststand. Die wichtigsten Ursachen der Verschlechterung waren der massive Rückgang des Überschusses im Reiseverkehr und die erstmals zu leistenden Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 764,6 Milliarden Schilling Einnahmen von 646,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 117,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,8 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 3,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 15,6 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1995 liegt. Er beträgt 5,0 vH des Brutto-Inlandsproduktes.

Der Bundesvoranschlag 1996 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 2,7 vH (nominell) und 0,7 vH (real), Abnahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,0 vH und eine Arbeitslosenquote (in nationaler Abgrenzung) von 7,3 vH. Tatsächlich betrug das Wirtschaftswachstum 2,5 vH (nominell) und 0,8 vH (real). Die Beschäftigung ging um 0,7 vH zurück, die Verbraucherpreise stiegen um 1,9 vH an und die Arbeitslosenquote ging gerinfügig auf 7,0 vH zurück.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 754,8 Milliarden Schilling und Einnahmen von 665,4 Milliarden Schilling gegenüber. Daraus ergibt sich ein Abgang von 89,4 Milliarden Schilling (das sind 3,7 vH des Brutto-Inlandsproduktes).

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1996 ergaben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 2,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling. Der veranschlagte Abgang des allgemeinen Haushaltes konnte — übrigens erstmals seit 1991 — um mehr als 0,4 Milliarden Schilling unterschritten werden.

Weitere Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung können den Erläuterungen in den Amtsbehalten zum jeweiligen Bundesfinanzgesetz entnommen werden.

322

Erfolg 1997

Vorläufiger Gebarungserfolg 1997**1. Gesamtüberblick ¹⁾**

Der vorläufige Gebarungserfolg 1997 zeigt nachstehende Schlußsummen:

	Bundes- voran- schlag ²⁾ in Milliarden	vorl. Gebarungserfolg Schilling (Rundungsdifferenzen)	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben	131,9	133,8	+ 1,9	+ 1,4
Sachausgaben	615,3	698,8	+83,6	+13,6
Summe ...	747,2	832,6	+85,5	+11,4
Einnahmen	679,2	765,4	+86,2	+12,7
Abgang ...	68,0	67,2	- 0,7	- 1,1
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	187,9	167,3	-20,6	-11,0
Einnahmen	255,9	234,6	-21,3	- 8,3
Überschuß ...	68,0	67,2	- 0,7	- 1,1
Gesamthaushalt				
Ausgaben	935,1	1 000,0	+64,9	- 6,9
Einnahmen	935,1	1 000,0	+64,9	- 6,9
Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt				
Brutto-Inlandsprodukt	2 480,5	2 499,8	+19,3	+ 0,8
Abgang in vH des BIP	2,74	2,69	- 0,05	—

Seit der Erstellung des Bundesvoranschlags 1997 im Frühjahr 1996 haben sich die Rahmenbedingungen — abgesehen von den wirtschaftlichen Eckdaten — zum Teil gravierend geändert:

- Änderung der Ressortzuständigkeiten (Novelle zum Bundesministeriengesetz),
- Ausgliederung der Bundesforste, des Bundesrechenzentrums und anderer Bereiche,
- Reorganisation der Asfinag (Infrastrukturfinanzierungsgesetz),
- Export- und Technologieoffensive der Bundesregierung,
- Umstellung der Besteuerung der Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich,
- Aufhebung der Mindestkörperschaftsteuerregelung durch den VfGH uva.

Trotzdem ist es gelungen, den vor zwei Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs erfolgreich fortzusetzen und den für 1997 präliminierten Budgetabgang sogar noch um rund 0,7 Milliarden Schilling zu unterschreiten.

Die Abweichungen bei den Sachausgaben und Einnahmen sind in Höhe von jeweils 83,0 Milliarden Schilling auf die voranschlagswirksame Verbuchung der Entgelte aus der Einräumung des Fruchtgenußrechtes an Autobahnen und bestimmten Bundesstraßen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zurückzuführen. Diese Entgelte wurden gleichzeitig mit den ASFINAG-Forderungen aus dem Straßenbau und dem Bundeshochbau aufgerechnet.

¹⁾ Durch Auf- und Abrundungen können sich bei Summen- oder Saldenbildungen Rundungsdifferenzen ergeben.

²⁾ Bundesvoranschlag in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1997.

Erfolg 1997

323

Bei Herausnahme dieses Betrages aus der Gebarung 1997 ergibt sich folgendes Bild:

	Bundes- voranschlag in Milliarden	bereinigter Gebarungs- erfolg Schilling (Rundungsdifferenzen)	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben	131,9	133,8	+ 1,9	+ 1,4
Sachausgaben	615,3	615,8	+ 0,6	+ 0,1
Summe ...	747,2	749,6	+ 2,5	+ 0,3
Einnahmen	679,2	682,4	+ 3,2	+ 0,5
Abgang ...	68,0	67,2	- 0,7	- 1,1
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	187,9	167,3	-20,6	-11,0
Einnahmen	255,9	234,6	-21,3	- 8,3
Überschuß ...	68,0	67,2	- 0,7	- 1,1
Gesamthaushalt				
Ausgaben	935,1	917,0	-18,1	- 1,9
Einnahmen	935,1	917,0	-18,1	- 1,9

Daraus ist zu ersehen, daß der bei den Sachausgaben vorgegebene Gesamtrahmen praktisch eingehalten werden konnte, obwohl erhebliche Mehrausgaben, wie zB für die gesetzliche Pensionsversicherung (+6,6 Milliarden Schilling), für Beihilfen- und Ausgleichszahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (+10,2 Milliarden Schilling), für die Aufstockung des Stammkapitals der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GesmbH. (+3,0 Milliarden Schilling) ua. wirksam geworden sind. Das vorgegebene Budgetziel wurde vor allem durch die straffe Haushaltsdisziplin erreicht. Besonders zu erwähnen ist die Tatsache, daß die zu Jahresbeginn verfügbaren Bindungen bei den Ermessensausgaben von den Ressorts weitgehend eingehalten wurden und somit eine Entlastung des Bundeshaushaltes im Ausmaß von 4,1 Milliarden Schilling gebracht hat. Nähere Details über die Abweichungen vom Bundesvoranschlag können den Ausführungen unter TZ 5 entnommen werden.

2. Erfüllung der Konvergenzkriterien

Die Voraussetzungen zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion per 1. Jänner 1999 sind gegeben, da das maastricht-relevante Defizit des öffentlichen Sektors nach den derzeit vorliegenden Berechnungen rund 2,5 vH des BIP beträgt. Auch die Verschuldungsquote sank von 69,5 vH im Jahre 1996 auf rund 66,5 vH des BIP im Jahre 1997.

3. Rechtliche Grundlage für den Budgetvollzug

3.1 Bundesfinanzgesetz

Bindende Grundlage für die Gebarung des abgelaufenen Finanzjahres war das Bundesfinanzgesetz 1997, BGBl. Nr. 211/1996.

3.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

a) 1. BFG-Novelle 1997, BGBl. Nr. 793/1996, Art. V (Bundesgesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Bundesforste).

b) Als Folge der Änderungen von Ressortzuständigkeiten auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. I Nr. 21/1997, und im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesforste und des ADV-Bereiches des Bundesrechnamtes, der Auflassung des Kapitels 75 Alkohol (Monopol), der Gründung der Wertpapier-Aufsicht und anderen Maßnahmen wurden im Rahmen der 2. BFG-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 36, zahlreiche betragliche Änderungen sowie die Eröffnung oder Schließung von Voranschlagsansätzen vorgenommen. Damit verbunden ergaben sich entsprechende Änderungen im Stellenplan.

c) 3. BFG-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 61, Art. XVI.

d) 4. BFG-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 113, Art. VIII (Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997).

e) 5. BFG-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 135.

324

Erfolg 1997

f) Mit dem 1. Budgetüberschreitungs-gesetz, BGBl. I Nr. 83/1997, wurden im Rahmen der Export- und Technologieoffensive der Bundesregierung zusätzliche Budgetmittel in der Höhe von einer Milliarde Schilling für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt. Die Bedeckung erfolgte durch Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Bundesvermögen.

g) Mit dem 2. Budgetüberschreitungs-gesetz, BGBl. I Nr. 136/1997, wurden Ansatzüberschreitungen in der Höhe von insgesamt 83,8 Milliarden Schilling genehmigt. Die Bedeckung erfolgte durch Ausgabeneinsparungen und Mehreinnahmen im allgemeinen Haushalt. Davon entfallen 83,0 Milliarden Schilling auf die bereits oben erwähnten finanziellen Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997.

4. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Der Bundesvoranschlag 1997 wurde bekanntlich gemeinsam mit dem Voranschlag für das Finanzjahr 1996 auf Basis der Dezemberprognose 1995 des Wirtschaftsforschungsinstitutes erstellt. Die wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten sind aus der folgenden Übersicht zu ersehen:

	wirtschaftliche Eckdaten 1997	
	im Zeitpunkt der Budgeterstellung	derzeit aktuelle Werte
nominelles Wirtschaftswachstum.....	+2,8%	+3,2%
reales Wirtschaftswachstum	+1,2%	+2,0%
Anstieg der Verbraucherpreise	-1,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung)	7,5%	7,1%

5. Voranschlagsabweichungen

Im folgenden Abschnitt wird über die wesentlichsten Abweichungen vom Bundesvoranschlag 1997 berichtet:

Öffentliche Abgaben, Ertragsanteile und Überweisungen an die EU (Kap. 52)

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1997 mit 623,9 Milliarden Schilling um 7,7 Milliarden Schilling (-1,2 vH) unter dem BVA. Nach Überweisung der den Ländern, Gemeinden, für die Krankenanstaltenfinanzierung, für den Familienlastenausgleich- und Katastrophenfonds gesetzlich zustehenden Anteilen an Abgaben und nach Überweisung des Beitrages für die Europäische Union verblieben netto rund 413,2 Milliarden Schilling. Der BVA wurde somit um fast 10,0 Milliarden Schilling (-2,4 vH) unterschritten.

Mindereinnahmen sind in erster Linie bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen (-1,1 Milliarden Schilling), bei der Körperschaftsteuer (-3,5 Milliarden Schilling), bei der Umsatzsteuer (-5,8 Milliarden Schilling), bei der Versicherungssteuer (-1,4 Milliarden Schilling), bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (-0,8 Milliarden Schilling) und bei den Zöllen (-0,6 Milliarden Schilling) eingetreten.

Mehreinnahmen konnten vor allem bei der Kapitalertragsteuer I (+1,0 Milliarden Schilling), bei der (Bundes-)Gewerbsteuer (insgesamt +0,8 Milliarden Schilling), bei der Mineralölsteuer (+1,1 Milliarden Schilling), bei der motorbezogenen Versicherungssteuer (+0,6 Milliarden Schilling) sowie bei der Energieabgabe (+0,5 Milliarden Schilling) und Konzessionsabgabe (+0,3 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Die Anteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben waren um 0,5 Milliarden Schilling, die Gewerbesteueranteile für die Gemeinden um 0,5 Milliarden Schilling und die Beiträge an die EU um fast 1,5 Milliarden Schilling höher als veranschlagt.

Der Ausfall bei der Körperschaftsteuer resultiert vor allem aus der Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Mindestkörperschaftsteuer auf Grund des VfGH-Urteils und aus geringeren Steuerleistungen der Post und Telekom Austria AG. Die Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer sind unter anderem damit zu begründen, daß das Wachstum des privaten Inlandkonsums für 1997 und die üblicherweise angewandte Fortschreibungsbasis im Zeitpunkt der Budgeterstellung (Februar 1996 !) zu optimistisch eingeschätzt wurden und die Sondervorauszahlung im Jahre 1997 niedriger war.

Das Mehrerfordernis für die EU resultiert einerseits aus einer zusätzlichen Belastung in Höhe von insgesamt 3,1 Milliarden Schilling infolge einer Berichtigung der MwSt.- und BSP-Grundlagen 1995 bzw. 1996 gemäß den Eigenmittelvorschriften und auf Grund des verstärkten Abbaues des Restgut-habens der EU, andererseits wurden die Eigenmittelverpflichtungen Österreichs durch den Überschuß im Europäischen Haushalt im Jahre 1996 um 1,6 Milliarden Schilling entlastet.

Erfolg 1997

325

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes im Jahre 1997 und die Veränderungen gegenüber 1996

	vorf. Erfolg 1997	BRA 1996	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Veranlagte Einkommensteuer.....	38,8	37,1	+ 1,7	+ 4,6
Lohnsteuer.....	183,2	160,5	+22,7	+14,1
Kapitalertragsteuer (I).....	5,0	4,9	+ 0,0	+ 0,5
Kapitalertragsteuer auf Zinsen (II)	22,9	22,8	+ 0,1	+ 0,6
Körperschaftsteuer	46,7	42,0	+ 4,7	+11,3
Wohnbauförderungsbeitrag.....	7,5	7,3	+ 0,2	+ 2,3
Umsatzsteuer.....	207,2	204,1	+ 3,1	+ 1,5
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3,5	3,5	- 0,0	- 0,2
Tabaksteuer	13,2	12,3	+ 0,9	+ 7,5
Mineralölsteuer	34,6	36,2	- 1,6	- 4,4
Stempel- und Rechtsgebühren	9,2	8,8	+ 0,5	+ 5,4
Verkehrssteuern.....	44,8	39,1	+ 5,7	+14,6
übrige Abgaben	7,3	7,1	+ 0,2	+ 3,0
Summe Bruttoeinnahmen ...	623,9	585,7	+38,3	+ 6,5
Ab Überweisungen (I):				
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	158,9	154,9	+ 4,1	+ 2,6
Steueranteil für die Krankenanstaltenfinanzierung ..	1,3	1,3	- 0,0	- 0,9
Gewerbesteuer an Gemeinden.....	0,6	0,9	- 0,3	-34,7
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichsfonds	14,6	14,5	+ 0,2	+ 1,0
Katastrophenfonds	3,8	3,7	+ 0,0	+ 1,0
Summe Überweisungen (I) ...	179,2	175,3	+ 3,9	+ 2,2
Beitrag zur Europäischen Union	31,6	26,9	+ 4,6	+17,2
Summe Nettoeinnahmen ...	413,2	383,5	+29,7	+ 7,7

Personalausgaben (Gebarunggruppe 0)

Im Voranschlag für 1997 waren für den Aktivitätsaufwand 101,1 Milliarden Schilling und für den Pensionsaufwand (ehemalige Beamte der Hoheitsverwaltung und Bundestheater) 30,8 Milliarden Schilling präliminiert. Der Aktivitätsaufwand wurde um 2,1 Milliarden Schilling (+2,1 vH) überschritten, der Pensionsaufwand um 0,2 Milliarden Schilling (-0,8 vH) unterschritten.

Die betragsmäßig größten Überschreitungen sind bei den Ressorts Inneres, Unterricht, Wissenschaft und Forschung (jeweils 0,6 Milliarden Schilling) sowie beim Amt der Post und Telekom Austria AG (+0,5 Milliarden Schilling) eingetreten. Die Mehrausgaben im letztgenannten Bereich wurden — mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß 311 ASVG — refundiert.

Die Mehrausgaben im Innenressort resultieren zum Teil aus der Übernahme von 483 Zollwachebediensteten für die Grenzsicherung (Ausgabeneinsparung beim Personalaufwand der FLDionen).

Sonstige bezugsähnliche Ausgaben (Sachausgaben)

Für den Aktivitäts- und Pensionsaufwand der Landeslehrer und für den Pensionsaufwand ehemaliger ÖBB- und Post-Bediensteter mußten Zahlungen in folgender Höhe geleistet werden (in Klammer Abweichung vom BVA 1997):

Aktivitätsaufwand für Landeslehrer 33,8 Milliarden Schilling (+0,2 Milliarden Schilling), Pensionsaufwand für Landeslehrer 8,5 Milliarden Schilling (-0,5 Milliarden Schilling), für ÖBB-Pensionen 22,1 Milliarden Schilling (+0,1 Milliarden Schilling) und für Postpensionen 11,4 Milliarden Schilling (-0,9 Milliarden Schilling). Zur teilweisen Deckung des Pensionsaufwandes wurde von den beiden ausgegliederten Unternehmen ÖBB und Post ein Beitrag in Höhe von insgesamt 10,1 Milliarden Schilling (-0,4 Milliarden Schilling) geleistet.

Gebarung der Arbeitsmarktpolitik (Titel 155)

Der für 1997 prognostizierte Abgang in der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik konnte von 2,2 auf 0,8 Milliarden Schilling reduziert werden (1996 betrug der Abgang noch fast 2,6 Milliarden Schilling).

326

Erfolg 1997

Bei den Einnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurde der Voranschlag von 47,4 Milliarden Schilling um 1,6 Milliarden Schilling (-3,5 vH) unterschritten.

Die Ausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz blieben um 2,0 Milliarden Schilling (-4,6 vH) und für Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz um 1,1 Milliarden Schilling (-40,4 vH) unter dem Voranschlag. Die Ursache liegt in der geringeren Arbeitslosenquote (siehe Tabelle zu TZ. 3) und im Rückgang der Anzahl der Leistungsempfänger für Sonderunterstützung und Karenzurlaubsgeld.

Beiträge zur Pensionsversicherung (Kap. 16)

Die Ausgaben des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung waren per Saldo um 6,6 Milliarden Schilling (+10,4 vH) höher als veranschlagt, weil vor allem die Einnahmen aus Pflichtbeiträgen infolge der schwächeren Lohnentwicklung bei den Arbeitern und Angestellten zurückgeblieben sind.

Leistungen nach dem Bundespflegegesetz

Bei den Kostenersätzen für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz wurden 1,2 Milliarden Schilling eingespart (-7,1 vH). Weiters wurden fast 0,3 Milliarden Schilling rückersetzt, weil die Abrechnung für 1996 ein Guthaben für den Bund ergab.

Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Titel 193)

Erstmals seit sieben Jahren konnte der FLAF wieder mit einem Überschuß von 2,6 Milliarden Schilling (BVA 3,9 Milliarden Schilling, Erfolg 1996: -0,85 Milliarden Schilling) abschließen.

Die Einnahmen aus Dienstgeberbeiträgen blieben geringfügig um 0,3 Milliarden Schilling (-0,8 vH) unter dem Voranschlag. Auf der Ausgabenseite hatten in erster Linie folgende Leistungen das Jahresergebnis zusätzlich belastet: Geburtenbeihilfen (+0,3 Milliarden Schilling), Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (+0,5 Milliarden Schilling) und für das Karenzurlaubsgeld (+0,2 Milliarden Schilling).

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Jahresende 1997 noch eine Gesamtschuld von 8,3 Milliarden Schilling auf.

Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (Kap. 50)

Die Umstellung der Besteuerung der Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich bewirkte eine unechte Steuerbefreiung für die Träger des öffentlichen Gesundheits- und Fürsorgewesens. Um Mehrbelastungen durch den Entfall des Vorsteuerabzuges hintanzuhalten, wurden mit 1. März 1997 Beihilfen- und Ausgleichszahlungen eingeführt (BGBl. Nr. 746/1996). Diese — für den Gesamthaushalt weitgehend saldoneutrale Neukonzeption — führte zu einem Anstieg der gesetzlichen Förderungsausgaben in Höhe von 10,2 Milliarden Schilling.

Neuordnung der Aufgaben für die Asfinag

Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes wurden der Asfinag neben der Finanzierung auch die Planung, Errichtung und Instandhaltung des hochrangigen Straßennetzes per 1. Jänner 1997 übertragen. Gleichzeitig wurde die Gesellschaft von den früher eingegangenen Verpflichtungen aus der Finanzierung von Bundeshochbauten und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken entlastet.

Aus der Übertragung der Mauteinnahmen und zum Teil auch sonstiger Einnahmen (zB Pachtzinse, Strafgeder) an die Asfinag und die Übernahme der Kosten für das hochrangige Straßennetz und für die Bedienung der Schulden aus früheren Finanzierungen durch die Asfinag resultiert bei Kap. 64 eine Unterschreitung der Einnahmen- (rund 5,0 Milliarden Schilling) und der Ausgabenvoranschlagsansätze (rund 9,9 Milliarden Schilling). Durch die Tilgung der Asfinag-Forderungen an den Bund aus dem Straßenbau und dem Hochbau ergaben sich Mehrausgaben bei Kap. 64 in Höhe von 77,9 Milliarden Schilling und bei Kap. 54 in Höhe von 5,1 Milliarden Schilling. Die gleichzeitige Verbuchung der Erlöse aus der Einräumung des Fruchtgenußrechtes im Wege der Aufrechnung führte zu Mehreinnahmen bei Kap. 54 (83,0 Milliarden Schilling). Weiters ist noch die Aufstockung des Grundkapitals der Asfinag (8,5 Milliarden Schilling) zu erwähnen.

Ausgaben und Einnahmen aus Finanzschulden und Währungstauschverträgen (Kap. 59)

Die Ausgaben für Zinsen aus Finanzschulden und Währungstauschverträgen sowie für Spesen aus Schuldauflagen blieben um 3,4 Milliarden Schilling (-3,3 vH) unter dem Voranschlag.

Erfolg 1997

327

Die Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden Schilling (+31,5 vH) resultieren aus der Auflösung des Nullkuponfonds gemäß BGBl. I Nr. 94/1997 (1,2 Milliarden Schilling; Teilbetrag) sowie aus Emissionsgewinnen und sonstigen Einnahmen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen.

Refundierungsverpflichtungen für ÖIAG-Verbindlichkeiten (Kap. 54)

Im Zusammenhang mit der Veräußerung von Bundesanteilen an der Salinen AG und der Austria Tabakwerke AG sind im Vorjahr die Refundierungszahlungen an die ÖIAG entfallen. Somit ergaben sich Minderausgaben für Zinsen in Höhe von 2,8 Milliarden Schilling (allgemeiner Haushalt) bzw. für Tilgungen 0,9 Milliarden Schilling (Ausgleichshaushalt).

Weiters wurden für Zinsen aus Darlehen an die ÖIAG 1,1 Milliarden Schilling eingenommen.

Rücklagengebarung (Titel 512)

Aus Rücklagenentnahmen und -auflösungen wurden Mehreinnahmen in Höhe von 3,0 Milliarden Schilling erzielt, die zur Bedeckung von Mehrausgaben bei anderen Kapiteln herangezogen wurden. Die Rücklagenzuführungen machten in Summe 6,3 Milliarden Schilling aus.

Gegenüber 1996 sind bei den Rücklagen folgende Änderungen eingetreten:

	Stand Ende 1996	Entnahmen und Auflösung in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	Zuführungen	Stand Ende 1997
Allgemeine Rücklage	2,8	-1,4	+0,5	2,0
Rücklage aus zweckgebundenen Einnahmen	5,0	-1,1	+3,9	7,7
Besondere Rücklagen	5,1	-0,9	+1,4	5,6
Besondere Einnahmerücklagen	0,7	-0,6	+0,5	0,6
Ausgleichsrücklage	5,7	—	+0,0	5,7
Summe ...	19,2	-3,9	+6,3	21,6

EU-Rückflüsse (Titel 513)

Unter diesem Titel werden Zahlungen der EU aus der gemeinwirtschaftlichen Agrar- und Strukturpolitik sowie aus Übergangsmaßnahmen (Art. 81 EU-Beitrittsakte) verrechnet.

Für 1997 wurden die Zahlungen aus der EU mit 12,4 Milliarden Schilling veranschlagt, tatsächlich sind 16,7 Milliarden Schilling eingenommen worden. Von den Mehreinnahmen sind rund 3,0 Milliarden Schilling für kofinanzierte Förderungsvorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen bestimmt gewesen. Dazu wird bemerkt, daß die Rückflüsse aus dem Sozial- und Strukturfonds im Zeitpunkt der Budgeterstellung schwer abschätzbar sind und daher die betreffenden Einnahmen- und Ausgabenvoranschlagsansätze (Kap. 51 bzw. 10, 15 ua.) aus budgettechnischen Gründen nur mit Erinnerungsbeträgen dotiert werden. Nach Einlangen der EU-Mittel wird eine entsprechende Aufteilung auf Grund der Überschreitungsermächtigung nach Art. IV Abs. 3 BFG vorgenommen.

Im Vergleich zum Finanzjahr 1996 zeigen die bei Kap. 51 verrechneten Rückflüsse folgende Entwicklung:

	Erfolg 1997 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1996	Unterschiede in vH	
Art. 81 EU-Beitrittsakte	1,0	1,4	-0,4	-30,4
Europäischer Sozialfonds	1,8	1,6	+0,2	+14,1
Europäischer Regionalfonds	1,2	1,0	+0,2	+23,8
EAGFL-Garantie	11,4	15,2	-3,8	-25,2
EAGFL-Ausrichtung	1,4	1,5	-0,2	-10,6
Summe ...	16,7	20,7	-4,0	-19,1

Erlöse aus der Veräußerung von Bundesanteilen

Aus der Veräußerung von Bundesanteilen an der CA-BV sind bekanntlich mehr als 17 Milliarden Schilling eingenommen worden. Der Großteil dieser im BVA 1997 nichtveranschlagten Einnahmen wurde für Kapitalbeteiligungen des Bundes an Unternehmungen (zB Asfinag) und für die Bedeckung der Mehrausgaben im Rahmen der Export- und Technologieoffensive der Bundesregierung verwendet.

328

Erfolg 1997

Sonstige Voranschlagsabweichungen**Einnahmen:**

Verkauf von Wertpapieren aus dem Bundesbesitz (-4,5 Milliarden Schilling), Erträge aus dem Geldverkehr des Bundes (-0,4 Milliarden Schilling), Dividende der Post und Telekom Austria AG, der Salinen AG und Austria Tabakwerke AG (insgesamt -4,9 Milliarden Schilling), Veräußerung von Anteilen an sonstigen Unternehmungen bzw. von Liegenschaften (insgesamt +1,3 Milliarden Schilling), Abfuhrbeträge der BIG (-0,7 Milliarden Schilling), Konzessionsabgabe gemäß Poststrukturgesetz (-0,4 Milliarden Schilling), Pensionsbeiträge und Überweisungen von Pensionsträgern (+0,6 Milliarden Schilling) und Veräußerung der 3. GSM-Lizenz (+2,3 Milliarden Schilling).

Ausgaben:

Erwerb von Wertpapieren (-4,6 Milliarden Schilling), Minderausgaben bei Kap. 17 aus Überweisungen an Krankenanstalten (-0,5 Milliarden Schilling), Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge (-2,9 Milliarden Schilling), Bedarfszuweisungen an Länder (-0,7 Milliarden Schilling; abhängig vom Aufkommen bestimmter Abgaben), Kapitalbeteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen (+0,7 Milliarden Schilling), geringere Schadenszahlungen im Rahmen der Ausfuhrförderung (-1,5 Milliarden Schilling; nicht zweckgebundene Bundesmittel) und Kapitalbeteiligungen an der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GesmbH. und anderen Unternehmungen im Verkehrsbereich (+3,4 Milliarden Schilling).

6. Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1997 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

	vorl. Erfolg 1997	BRA 1996	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Allgemeiner Haushalt				
a) Öffentliche Abgaben				
aa) Kapitel 52 (netto)				
Einkommen- und Vermögensteuern	200,9	178,5	+ 22,4	+ 12,5
Übrige Abgaben	243,6	231,6	+ 11,9	+ 5,2
Sonstige	0,2	0,2	- 0,0	- 0,8
Zwischensumme ...	444,8	410,4	+ 34,3	+ 8,4
Ab: Beitrag zur Europäischen Union	31,6	26,9	+ 4,6	+ 17,2
Summe aa) ...	413,2	383,5	+ 29,7	+ 7,7
ab) Überweisungen (Abgabenanteile)				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	14,6	14,5	+ 0,2	+ 1,0
an Katastrophenfonds	3,8	3,7	+ 0,0	+ 1,0
an Krankenanstaltenfinanzierung	1,3	1,3	- 0,0	- 0,9
Summe ab) ...	19,6	19,5	+ 0,2	+ 0,9
Summe a) ...	432,8	402,9	+ 29,9	+ 7,4
b) Abgabenähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	45,8	44,9	+ 0,8	+ 1,9
Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	39,3	38,3	+ 1,0	+ 2,5
übrige abgabenähnliche Einnahmen	0,7	0,9	- 0,2	- 26,9
Summe b) ...	85,7	84,1	+ 1,6	+ 1,9
c) Betriebseinnahmen (Bundestheater und Post; letztere bis 30. April 1996)				
	0,7	25,7	- 25,0	- 97,2
d) Sonstige Einnahmen				
Fruchtgenußentgelt gem. Infrastrukturfinanzierungsgesetz	83,0	0,0	+ 83,0	—
Beitrag der Post und Telekom Austria AG zum Aktivitäts- und Pensionsaufwand	21,8	14,6	+ 7,1	+ 49,0
Beitrag der ÖBB zum Pensionsaufwand	6,1	5,6	+ 0,5	+ 9,0

Erfolg 1997

329

	vorl. Erfolg	BRA 1996	Unterschiede	
	1997	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH
Sonstige Pensionseinnahmen.....	8,1	7,8	+ 0,3	+ 3,9
Überweisung vom Familienlastenausgleich für Karenzurlaubsgeld	7,9	8,1	- 0,2	- 2,5
Rücklagenentnahmen.....	3,9	7,9	- 3,9	- 50,0
Rückflüsse der EU (Titel 2/513).....	16,7	20,7	- 4,0	- 19,1
Veräußerung von Bundesanteilen an Unter- nehmungen	17,8	4,8	+ 13,0	+269,4
Entgelte und Rückflüsse aus Haftungen	10,8	8,3	+ 2,5	+ 29,9
Mauteinnahmen.....	0,0	3,5	- 3,5	-100,0
Konzessionsentgelt gemäß Fernmeldegesetz Konzessionsabgabe gemäß Poststrukturge- setz	5,9	4,0	+ 1,9	+ 47,6
übrige Einnahmen.....	5,2	4,4	+ 0,8	+ 18,8
	59,0	63,0	- 4,1	- 6,5
Summe d) ...	246,1	152,6	+ 93,5	+ 61,3
Summe a) — d) ...	765,4	665,4	+100,0	+ 15,0
Ausgleichshaushalt.....	234,6	219,6	+ 15,0	+ 6,8
Summe Gesamthaushalt ...	1 000,0	885,0	+115,0	+ 13,0

7. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarungsgruppen

	vorl. Erfolg	BRA 1996	Unterschiede	
	1997	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH
Allgemeiner Haushalt				
Aktivitätsaufwand	103,2	104,5	- 1,3	- 1,2
Pensionsaufwand	30,6	34,1	- 3,5	- 10,3
Summe Personalausgaben ...	133,8	138,6	- 4,8	- 3,4
Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	2,0	2,9	- 0,8	- 29,5
Anlagen (Ermessensausgaben)	23,1	24,2	- 1,1	- 4,7
Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	19,8	10,5	+ 9,4	+ 89,7
Förderungen (Darlehen)	0,5	0,4	+ 0,1	+ 29,7
Förderungen (Zuschüsse).....	36,0	35,9	+ 0,0	+ 0,1
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	331,2	335,7	- 4,5	- 1,3
Aufwendungen (Ermessensausgaben — erfolgs- wirksam)	272,7	192,3	+ 80,4	+ 41,8
<i>hievon: Infrastrukturfinanzierungsgesetz.....</i>	<i>83,0</i>	<i>0,0</i>	<i>+ 83,0</i>	<i>—</i>
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestands- wirksam)	13,5	14,3	- 0,8	- 5,7
Summe Sachausgaben ...	698,8	616,2	+ 82,6	+ 13,4
Summe Allgemeiner Haushalt ...	832,6	754,8	+ 77,8	+ 10,3
Ausgleichshaushalt				
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	0,0	1,9	- 1,9	-100,0
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestands- wirksam)	167,3	128,3	+ 39,0	+ 30,4
Summe Ausgleichshaushalt ...	167,3	130,2	+ 37,1	+ 28,5
Summe Gesamthaushalt ...	1 000,0	885,0	+115,0	+ 13,0

8. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

330

Erfolg 1997

Die funktionelle Gliederung des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht werden die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes nach siebzehn Aufgabenbereichen aufgliedert:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	vori. Erfolg 1997 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1996	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt					
11	Erziehung und Unterricht.....	68,2	67,7	+ 0,6	+ 0,8
	<i>hievon: Aktivitätsaufwand für Landeslehrer.....</i>	<i>33,4</i>	<i>33,1</i>	<i>+ 0,3</i>	<i>+ 0,9</i>
12	Forschung und Wissenschaft.....	29,1	28,8	+ 0,4	+ 1,3
13	Kunst.....	8,5	8,6	+ 0,1	- 1,2
14	Kultus.....	0,6	0,6	+ 0,0	+ 0,0
21	Gesundheit.....	20,1	8,5	+ 11,6	+136,9
22	Soziale Wohlfahrt.....	214,8	218,7	- 4,0	- 1,8
	<i>hievon:</i>				
	<i>Arbeitsmarktpolitik.....</i>	<i>59,7</i>	<i>60,8</i>	<i>- 1,2</i>	<i>- 1,9</i>
	<i>Kriegsopfer- und Heeresversorgung.....</i>	<i>6,5</i>	<i>6,8</i>	<i>- 0,4</i>	<i>- 5,5</i>
	<i>Sozialversicherung.....</i>	<i>70,2</i>	<i>69,6</i>	<i>+ 0,6</i>	<i>+ 0,8</i>
	<i>Leistungen nach dem Bundespflegegesetz.....</i>	<i>15,7</i>	<i>16,5</i>	<i>- 0,8</i>	<i>- 4,8</i>
	<i>Familienlastenausgleich (Titel 1/193).....</i>	<i>54,8</i>	<i>54,5</i>	<i>+ 0,3</i>	<i>+ 0,5</i>
23	Wohnungsbau.....	25,3	25,3	- 0,1	- 0,2
32	Straßen.....	93,2	16,3	+ 76,8	+470,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzgesetz.....</i>	<i>83,0</i>	<i>0,0</i>	<i>+ 83,0</i>	<i>—</i>
33	Sonstiger Verkehr.....	81,9	88,6	- 6,8	- 7,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Post (ehem. Kap. 78).....</i>	<i>0,0</i>	<i>21,4</i>	<i>- 21,4</i>	<i>-100,0</i>
	<i>Post und Telekom Austria AG (Akt. u. Pensionsauf- wand).....</i>	<i>29,1</i>	<i>19,5</i>	<i>+ 9,6</i>	<i>+ 49,0</i>
	<i>ÖBB: Pensionen.....</i>	<i>22,1</i>	<i>21,6</i>	<i>+ 0,5</i>	<i>+ 2,5</i>
	<i>Kosten für Eisenbahninfrastruktur.....</i>	<i>11,5</i>	<i>11,0</i>	<i>+ 0,5</i>	<i>+ 4,5</i>
	<i>Gemeinwirtschaftliche Leistungen (ÖBB und Post).</i>	<i>10,2</i>	<i>9,6</i>	<i>+ 0,7</i>	<i>+ 7,0</i>
34	Land- und Forstwirtschaft.....	24,7	29,3	- 4,5	- 15,5
	<i>hievon:</i>				
	<i>Agrarische Strukturförderung (Titel 1/602).....</i>	<i>3,8</i>	<i>3,9</i>	<i>- 0,2</i>	<i>- 4,7</i>
	<i>Marktordnungsmaßnahmen (Titel 1/603).....</i>	<i>12,7</i>	<i>14,1</i>	<i>+ 1,4</i>	<i>- 10,0</i>
35	Energiewirtschaft.....	0,1	0,1	- 0,1	- 44,4
36	Industrie und Gewerbe.....	12,5	15,1	- 2,6	- 17,4
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	3,8	3,3	+ 0,5	+ 15,3
38	Private Dienstleistungen.....	4,5	5,7	- 1,2	- 21,6
41	Landesverteidigung.....	21,4	20,9	+ 0,5	+ 2,2
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	27,6	27,0	+ 0,6	+ 2,3
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	196,4	190,1	+ 6,2	+ 3,3
	<i>hievon:</i>				
	<i>Finanzschuld — Zinsen und Provisionen.....</i>	<i>100,1</i>	<i>100,1</i>	<i>- 0,1</i>	<i>- 0,1</i>
	<i>Aktivitätsaufwand (Hoheitsverwaltung).....</i>	<i>13,3</i>	<i>13,7</i>	<i>- 0,4</i>	<i>- 2,9</i>
	<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung).....</i>	<i>30,3</i>	<i>30,0</i>	<i>+ 0,2</i>	<i>+ 0,8</i>
	<i>Pensionen (Landeslehrer).....</i>	<i>8,5</i>	<i>8,5</i>	<i>+ 0,1</i>	<i>- 0,8</i>
	<i>Zuführung an Rücklagen.....</i>	<i>6,3</i>	<i>5,9</i>	<i>+ 0,4</i>	<i>+ 7,4</i>
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	832,6	754,8	+ 77,8	+ 10,3
Ausgleichshaushalt					
36	Industrie und Gewerbe.....	0,0	1,9	- 1,9	-100,0
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	167,3	128,3	+ 39,0	+ 30,4
	Summe Ausgleichshaushalt ...	167,3	130,2	+ 37,1	+ 28,5
	Summe Gesamthaushalt ...	1 000,0	885,0	+115,0	+ 13,0

Erfolg 1997

331

9. Investitionen und Investitionsförderung

Die folgende Übersicht zeigt die Ausgaben für Investitionen und für investitionsfördernde Maßnahmen in den Jahren 1997 und 1996:

	vorl. Erfolg 1997 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1996	Unterschiede in vH	
Eigeninvestitionen:				
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung).....	16,7	28,7	-12,0	-41,8
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	0,9	1,1	- 0,2	-17,9
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland).....	3,9	3,8	+ 0,1	+ 2,6
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	60,8	47,8	+13,0	+27,2
Summe ...	82,3	81,4	+ 0,9	+ 1,1

10. Schulden und Forderungen des Bundes

Über die Höhe der Gesamtschulden und Forderungen des Bundes können für 1997 derzeit noch keine aussagefähigen Beträge genannt werden, weil die Dateneingaben in der Phase 3 und 4 der Bundesverrechnung erst Ende Februar 1998 abgeschlossen werden. Durch die Ausgliederung der Post und durch Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes wird sich eine deutliche Verringerung gegenüber 1996 ergeben.

Lediglich die Höhe der nicht fälligen Finanzschuld kann schon genannt werden. Demnach ist gegenüber 1996 eine Steigerung um 81,3 Milliarden Schilling (+5,7 vH) auf 1.497,4 Milliarden Schilling zu verzeichnen. Der wesentlich stärkere Anstieg der Finanzschuld als der tatsächliche Budgetabgang von 67,2 Milliarden Schilling ist auf Wechselkursverluste (vor allem CHF, JPY) zurückzuführen.

Dazu wird ausdrücklich hingewiesen, daß im oben angeführten Finanzschuldenstand gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und in Anlehnung an die Darstellung im Bundesrechnungsabschluß 1996 (Band 2, Seite 144) die Schulden aus Währungstauschverträgen nicht enthalten sind. Ein direkter Vergleich mit den Angaben unter TZ 11 ist daher nicht möglich.

11. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen (in Nettodarstellung)

Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der nichtfälligen Finanzschuld (FS) im weiteren Sinne unter Berücksichtigung von Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) im Jahre 1997:

	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	
Stand am 31. 12. 1995 (ohne Bundesbesitz) ...	1 396,856	
zuzüglich Bundesbesitz.....	+ 20,273	1 417,129
Erhöhung durch Finanzschuldtaufnahmen zur Bedeckung des Budgetabganges.....	+ 163,322	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV.....	+ 1,814	
abzüglich Forderungen aus WTV	- 1,850	+ 163,286
Erhöhung durch Konversionsaufnahmen von FS.....	+ 171,823	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV.....	+ 3,051	
abzüglich Forderungen aus WTV	- 2,949	+ 171,926
Erhöhung durch Rückkauffinanzierungen.....		+ 1,350
Verminderung durch Tilgung von FS.....	- 96,061	
zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV	- 16,537	
abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV	+ 16,529	- 96,069
Verminderung durch Konversionstilgungen von FS		- 171,917
Erhöhung durch Wertberichtigungen der Schulden aus WTV		+ 0,168
Erhöhung durch Kurswertänderungen bei FS	+ 12,961	
zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV.....	+ 5,930	
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV.....	- 8,846	+ 10,046
Verminderung durch Kurswertänderungen bei FS.....	- 0,234	
zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV.....	- 0,144	
abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV.....	+ 0,145	- 0,234
Schuld (einschließlich Bundesbesitz)		1 495,686
Verminderung durch Bundesbesitz (im Sinne des EU-Vertrages).....		- 19,760
Stand am 31. 12. 1997 (ohne Bundesbesitz) ...		1 475,926

332

Voranschlag 1998

Die Gesamtschuld hat sich gegenüber dem Vorjahr netto um 79,1 Milliarden Schilling (+5,7 vH) erhöht. Der Anteil der Schillingschuld beträgt 1.171,0 Milliarden Schilling (79,3 vH) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 304,9 Milliarden Schilling (20,7 vH). Die Finanzschulden in inländischer Währung erhöhten sich um 70,1 Milliarden Schilling (+6,4 vH), die der Fremdwährungsschulden um 8,9 Milliarden Schilling (+3,0 vH).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1997 wurde zu 89,5 vH durch Schuldaufnahmen in inländischer Währung und zu 10,5 vH in Fremdwährungen gedeckt.

Voranschlag 1998

Gleichzeitig mit dem Bundesvoranschlag für 1998 wurde auch ein vorläufiger Entwurf des Bundesvoranschlages für 1999 erstellt, der vom Ministerrat am 24. Juli 1997 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Die Bundesregierung hat im Jahre 1996 mit der Erstellung des bisher größten Konsolidierungsprogrammes einen großen und nachhaltigen Schritt zur Sanierung des Staatshaushaltes gesetzt. Vorrangige politische Ziele dieses zukunftsorientierten Programms sind die Erhaltung der guten Beschäftigungssituation und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich sowie die Wiedergewinnung der notwendigen fiskalpolitischen Handlungsspielräume, insbesondere zur langfristigen Finanzierung des Sozialstaates. Auf dieser Basis hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, das für 1997 geplante Nettodefizit des Bundes von 2,7 vH des BIP während dieser Legislaturperiode weiter abzusenken.

Bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1998 und des vorläufigen Voranschlagsentwurfes für 1999 wurde deshalb der im Vorjahr begonnene Kurs für nachhaltig wirkende strukturelle Änderungen weiter beschritten.

- Einerseits sollen **Reformmaßnahmen** das starke Wachstum bei bestimmten Ausgaben einbremsen, den Staat „schlanker“ und effizienter machen und die Einnahmenergibigkeit durch entsprechende Adaptierungen verbessern. Dabei steht die soziale Verteilungsgerechtigkeit und Ausgewogenheit weiterhin im Vordergrund;
- andererseits soll eine **Wirtschaftsoffensive** zur Sicherung von Beschäftigung und zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Österreich beitragen. Insbesondere sollen eine **Technologie- und eine Exportoffensive** der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt neue Impulse geben.

Das erklärte und prioritäre Ziel der Träger der österreichischen Budgetpolitik ist es, an der Wirtschafts- und Währungsunion ab Eintritt in die dritte Stufe, also per 1. Jänner 1999, teilzunehmen. Mit den fortgeführten Reformmaßnahmen wird es gelingen, wieder den erforderlichen budgetpolitischen Spielraum zu erlangen und die Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte nicht nur im Jahr 1997, sondern auch in den folgenden Jahren zu halten.

Für die Jahre 1998 und 1999 wird mit einer Beschleunigung des Wachstums in Österreich gerechnet, das durch die generell positiven makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union erzeugt wird. Die dämpfenden Effekte der Budgetkonsolidierung in Europa lassen nach und die Wechselkurse einer wahrscheinlich größeren Gruppe von EU-Mitgliedstaaten wird ab 1999 fixiert, womit der wachstumsdämpfende Effekt von Wechselkursschwankungen abnehmen wird. Die Nachfrage aus Übersee dürfte sich etwas abdämpfen, doch könnte ein positiver Start der Beitrittsverhandlungen mit mehreren Staaten Mittel- und Osteuropas die Nachfrage dort stimulieren. Für den OECD-Raum wird ein reales Wachstum von 2,7 vH 1998 und 2,8 vH 1999 erwartet.

Das höhere Wachstum sollte sich auch in einem Zuwachs in Beschäftigung ausdrücken. Da dieser zum Teil im Teilzeitbereich wirksam wird, sollte die Arbeitslosenrate geringer sinken als der Beschäftigungszuwachs.

Dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1998 bzw. dem Voranschlagsentwurf für 1999 wurden gemäß der Märzprognose 1997 des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung folgende Annahmen über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugrunde gelegt:

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll um 2,2 vH 1998 und um 2,8 vH 1999 steigen (nominell 3,8 vH bzw. 4,5 vH). 1998 und 1999 werden die Netto-Masseneinkommen um etwa 1,8 vH bzw. 2,5 vH zunehmen. Die Sparquote könnte sich wieder auf einem höheren Niveau einpendeln, weshalb der private Konsum real um 1,3 vH 1998 und etwa 2 vH 1999 steigen könnte. Die Warenexporte (im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) sollten 1998 um 7,5 vH und 1999 um 8,5 vH zunehmen, der reale Zuwachs dürfte um 0,5 bzw. 1,1 Prozentpunkte darunter liegen. Die Warenimporte dürften 1998 nominell um 6,4 vH und 1999 um 7,0 vH zunehmen. Die Leistungsbilanz bleibt weiter im Defizit. Für 1998 wird daher mit einer Arbeitslosenquote von etwa 4,4 vH (EU-Definition) gerechnet. Sie sollte sich auf 4,2 vH 1999 reduzieren. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt mit 1,6 vH 1998 und 1,8 vH 1999 moderat.

Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. Budgetprognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidenter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974“ verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalprodukts, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5,50 vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau 1970 bis 1974 des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trendvariante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage“ keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbehelfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine achte Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2 vH und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4 vH im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff. des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde aufgrund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von jährlich 2,75 vH und eines Deflators von durchschnittlich 3,25 vH sowie einer nominellen Zuwachsrates des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 und ff. des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

Budgetprognose des BMF gemäß BHG

Das am 1. Jänner 1987 in Kraft getretene neue Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz) sah im § 12 vor, daß der Bundesminister für Finanzen alljährlich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung eine Budgetprognose für mindestens vier Jahre (Voranschlagsjahr und drei Folgejahre) zu erstellen und dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen hat. Entsprechend dem Bundeshaushaltsgesetz stellt diese Budgetprognose eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei waren die Ausgaben und Einnahmen aufgrund der bestehenden Rechtslage zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünden. Die erste derartige Budgetprognose wurde gemeinsam mit dem Investitionspro-

Budgetprogramm und Budgetbericht

335

gramm für die Jahre 1988 bis 1991 — im Zusammenhang mit dem Bundesvoranschlagsentwurf 1988 — im Oktober 1987 erstellt und dem Nationalrat zur Kenntnis gebracht.

Mit der BHG-Novelle 1988, BGBl. Nr. 573/1988 vom 27. September 1988, wurden die Bestimmungen betreffs Budgetprognose und Investitionsprogramm (nämlich die §§ 12 und 13 BHG) entscheidend geändert, wobei nunmehr absehbare Änderungen der Rechtslage wie etwa zukünftige Anpassungen der Pensionen, der Bezüge der öffentlich Bediensteten, Inflationsanpassung der Einkommen- und Lohnsteuer zu berücksichtigen sind. Ferner wurde der Vorlagetermin auf den 30. Juni jeden Jahres verschoben. Der Bericht über Budgetprobleme und Investitionsprogramm ist nunmehr „dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates“ zu übermitteln. Als Ausgangsbasis wurde das zuletzt beschlossene BFG bestimmt.

Eine solche Budgetprognose wurde bis 1994 jährlich vom Bundesministerium für Finanzen erstellt, von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und anschließend dem vorgenannten Ausschuß des Nationalrates übermittelt.

Budgetprogramm und Budgetbericht gemäß BHG

Die Budgetprognose für die Jahre 1994 bis 1997 war die letzte dieser Art, da das BHG nunmehr die Erstellung eines mehrjährigen Budgetprogrammes und eines jährlichen Budgetberichtes vorsieht.

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, dessen Einführung der Nationalrat Mitte 1994 beschlossen hat, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit („Inkrementalismus“) und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Im Frühjahr 1995 wurde erstmals ein solches Budgetprogramm für die XIX. Legislaturperiode erstellt. Dieses Programm umfaßt die Jahre 1995 bis 1998. Es bildet auch den Kern des im Mai 1995 der EU-Kommission vorgelegten Konvergenzprogrammes. Da die XIX. Legislaturperiode vorzeitig beendet wurde, mußte die neue Bundesregierung binnen sechs Monaten nach ihrem Amtsantritt ein neues Budgetprogramm erstellen. In dessen Folge wird sodann eine Revision des Konvergenzprogrammes zu erfolgen haben. Das neue Budgetprogramm umfaßt die Jahre 1996 bis 2000 und wurde von der Bundesregierung am 10. September 1996 beschlossen.

Begleitet wird das Budgetprogramm von einem jährlichen Budgetbericht, der dem Nationalrat und der interessierten Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen sowie die Entwicklung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen und insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluß geben soll. Er ist spätestens zu Beginn der Beratungen des Bundesvoranschlagsentwurfes dem Budgetausschuß vorzulegen.

Das Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 2000

Gemäß dem Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1996 bis 2000 soll das Defizit des Bundes bis 2000 auf rund 2 vH des BIP abgesenkt werden. Um dieses Gesamtziel zu erreichen, werden folgende Zwischenziele angestrebt:

- Die Personalausgaben sollen nur moderat steigen.
- Die Ermessensausgaben (ohne Förderungsausgaben und Zinsaufwendungen und ohne Ausgliederungen) sollen auf dem nominellen Niveau des BVA 1997 stabilisiert werden. Steigerungen sollen nur im Ausmaß höherer Einnahmen im selben Budget-Kapitel möglich sein. Die Förderungsausgaben im Ermessensbereich sollen gegenüber dem BVA 1997 zurückgenommen werden.
- Valorisierungen von Transferleistungen sollen nur selektiv durchgeführt werden.
- Neue Ausgaben und Aufgaben sollen vorwiegend durch Umschichtungen innerhalb des Budgetkapitels finanziert werden.
- Die Effizienz in der öffentlichen Leistungserstellung soll durch verstärkt betriebswirtschaftliches Denken verbessert werden. Umfassende Kostenrechnungen sollen auch die bessere Abschätzung von Folgekosten von Gesetzen ermöglichen.

336

Budgetprogramm und Budgetbericht

Für eine verbesserte Effizienz ist es auch notwendig, daß das zunehmende Auseinanderklaffen von Leistungserstellung und Finanzierung durch Transfers anderer Träger öffentlichen Rechts vermieden wird. Schließlich wird es notwendig sein, bei den Transferausgaben die Maßnahmen des Strukturanpassungsgesetzes konsequent fortzuführen.

Das Budgetprogramm sieht ein durchschnittliches jährliches Ausgabenwachstum von 1,7 vH vor. Die Personalausgaben sollen nur um 1,3 vH steigen, die gesetzlichen Verpflichtungen um 2,2 vH, während die gestaltbaren Ermessensausgaben stagnieren sollen. Auch die öffentlichen Abgaben sollen mit 3,0 vH langsamer zunehmen als das nominelle Bruttoinlandsprodukt, welches im Jahresdurchschnitt mit etwa 4,3 vH wachsen dürfte. Als Konsequenz dessen soll die Ausgabenquote, das sind die Ausgaben des Bundes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, von 31,1 vH im Jahre 1996 auf 28 vH im Jahre 2000 zurückgehen. Ebenso soll die Abgabenquote sinken, nämlich von 17,1 vH (1996) auf 16,5 vH (2000).

Die öffentliche Verschuldungsquote soll durch Privatisierungen, Verkauf von Forderungen des Wasserwirtschaftsfonds, Vermögensumschichtungen und marktmäßige Ausrichtung der kommunalen Gebührenhaushalte von 70 vH im Jahr 1996 auf 68 vH im Jahr 1997 und auf etwa 65 vH bis zum Jahr 2000 gesenkt werden.

So sollen neben der im Jänner bzw. April 1997 erfolgten Veräußerung der Bundesanteile an der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Salinen AG die größeren Bundesbeteiligungen (PSK, Austria-Tabak-Werke-AG und Bank Austria) veräußert werden.

Im Bereich anderer Finanzaktiva wurden im Herbst 1996 die betrieblichen Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWWF) in Höhe von rund 7,5 Milliarden Schilling (Nominalwert) verkauft und dadurch ein Erlös von 4,6 Milliarden Schilling erzielt (der Unterschied entspricht der Bundesförderung). Per Ende 1996 hält der UWWF einen Forderungsbestand aus Darlehen an Dritte (Gemeinden, Wasser- und Abwasserverbände und Betriebe) in Höhe von etwa 66,7 Milliarden Schilling (Nominalwert). Auch dieser soll verkauft werden. Nicht genutzte Immobilien sollen verwertet werden.

Flächendeckende Mauten und die Reorganisationen bei den Straßenbausondergesellschaften ermöglichen eine Herausnahme der ASFINAG-Schulden von etwa 78 Milliarden Schilling aus dem öffentlichen Sektor.

Mit den Gemeinden wurde vereinbart, daß die marktbestimmten Betriebe wie etwa Betriebe der Wasserversorgung, Betriebe der Abwasserbeseitigung, Betriebe der Müllbeseitigung und Betriebe für die Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden so reorganisiert werden, daß EU-konform eine Herausnahme ihrer Schulden aus der öffentlichen Schuldenquote möglich wird.

IV. Bundshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlags als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie weitere für die Haushaltsführung im jeweiligen Finanzjahr wesentliche Grundlagen (das sind insbesondere der Fahrzeugplan und der Plan für Datenverarbeitungsanlagen). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG obliegt dem Bundesminister für Finanzen. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen der Bundesregierung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluß über die Bewilligung des Bundesvoranschlags durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Budgetbericht und Budgetprogramm

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen des von ihr vorgelegten Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes in dem damit betrauten Ausschuß des Nationalrates diesem Ausschuß einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG). Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes (§ 12 BHG) Aufschluß zu geben.

Jedes haushaltsleitende Organ hat die für die Erstellung des Budgetprogrammes und des Budgetberichtes erforderlichen Unterlagen samt Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen rechtzeitig zu übermitteln, der den Entwurf des Budgetberichtes und des Budgetprogrammes sodann der Bundesregierung rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen hat.

Bundesrechnungsabschluss

Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluss und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluss ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluss erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluss in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluss selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundes-

338

Bundeshaushaltsrecht

haushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hierzu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hierfür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.

V. Gliederung des Bundesvoranschlages 1)

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

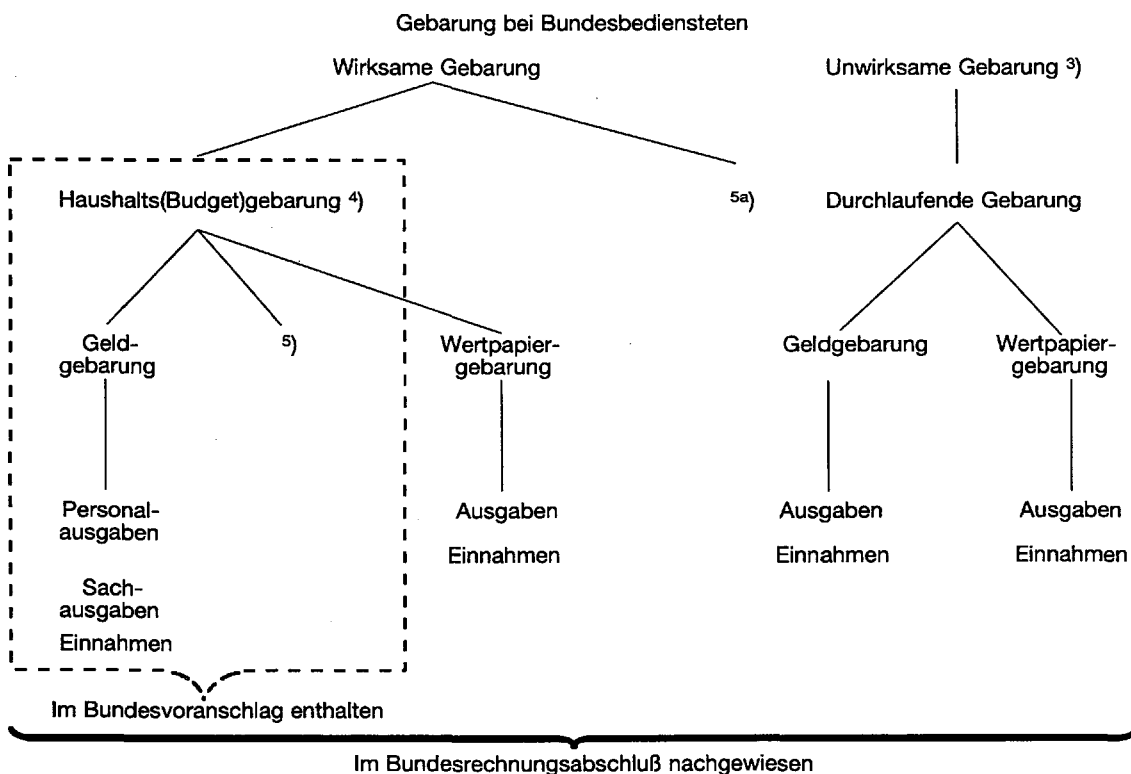
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind ²⁾. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



1) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote 7); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Dezember 1990 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

2) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

3) Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

4) Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

5) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 346.

5a) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuld aufnehmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 346 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertebeschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, die Ausgaben für die Tilgung von Schulden aus Haftungen und die Einnahmen aus diesbezüglichen Regreßforderungen sowie die Ausgaben für den Ersatz oder die Übernahme von Ausgaben für Tilgungen von Anleihen, Darlehen und sonstigen kreditoperationen auf Grund bundesgesetzlicher Anordnung, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken 7):

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes.....	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes.....	8	Eu

6) frei.

7) Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1990).

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

341

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestands-wirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben ^{a)}		Millionen Schilling	
Voranschlags-ansatz											

^{a)} Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		Oberste Organe:
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		Innenverwaltung:
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
2		Auswärtige Angelegenheiten:
	0	Äußeres
3		Justizwesen:
	0	Justiz
4		Landesverteidigung:
	0	Militärische Angelegenheiten
5		Finanzen:
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	6	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen
	8	Finanzschuld, Währungstauschverträge

342

Gebärungsgruppen

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
6		Wirtschaft:
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr und Telekom
7		Bundesbetriebe:
	1	Bundestheater

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung“

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebärungsgruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebärungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Personalausgaben:

Gebärungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P

Sachausgaben:

2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben).....	Förderungen (D).....	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben).....	Förderungen.....	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben).....	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben).....	Aufwendungen (B)	A-B

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

343

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 } Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgs-		
1 } wirksame Einnahmen).....	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
2 } Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirk-		
3 ⁹⁾ } same Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
4 } Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Ein-		
5 } nahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
6 } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Ein-		
7 } nahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B
8 } 9 ⁹⁾ }		

Als Ausgaben für „Anlagen“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen¹⁰⁾.

Als Ausgaben für „Förderungen“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten¹¹⁾.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter^{11a)}.

Unter „Aufwendungen“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarungsgruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarungsgruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind

⁹⁾ Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

¹⁰⁾ Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

¹¹⁾ Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungszuwendungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich).

^{11a)} Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

344

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags nach funktionellen Gesichtspunkten aufgliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht.....	EU
12	Forschung und Wissenschaft.....	FW
13	Kunst.....	Kn
14	Kultus.....	KI
21	Gesundheit.....	Gh
22	Soziale Wohlfahrt.....	SW
23	Wohnungsbau.....	Wb
32	Straßen.....	St
33	Sonstiger Verkehr.....	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft.....	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft).....	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel).....	PD
41	Landesverteidigung.....	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

345

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilerwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (KI) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

346

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsoffer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfaßt, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbau sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungswise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) —
Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

347

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfaßt die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1999 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombinierung enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1999 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen

¹²⁾ frei.

348

Kontenplan für die Bundesverwaltung

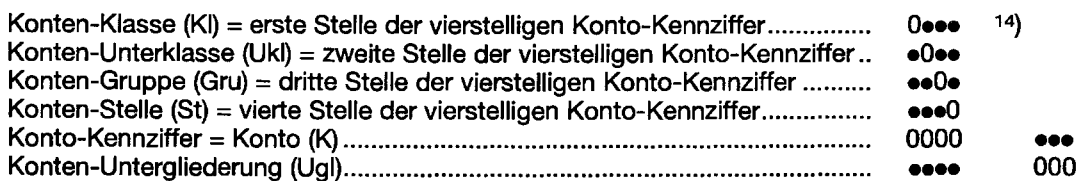
oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.¹³⁾ Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung ^{13a)}

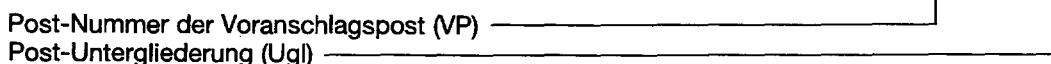
Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hiebei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat ^{13b)}.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan



Postengliederung



Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind z u m i n d e s t nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-

¹³⁾ Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgreichen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

^{13a)} Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1990).

^{13b)} Die Kontenplanverordnung (KVP) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPv mit BGBl. Nr. 314/1990.

¹⁴⁾ Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame	4—7	8
bestandswirksame	0—3	0—3

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 349

Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlages, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hiebei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlages nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich¹⁵⁾.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlages werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

¹⁵⁾ Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

350 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgeleiteten Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsdienste und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögensstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinszuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind,

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 351

können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldauflagen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes andererseits) an. Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

352 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprechen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haus-

Aufgliederung der Bundesgebarung — Betriebliche Einrichtungen

353

halten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteiltene Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die *Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite*.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen.

354 Mehrjährige Vorhaben — Zweckgebundene Einnahmen — Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach
 - a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
 - b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleiche innerhalb der Monatszuweisungen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbraucher Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

Allgemeines

Bruttoprinzip

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sowie die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes sind gemäß § 16 Abs. 3 und 3 a BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1999 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1998 und die vorläufigen Erfolgsziffern des Jahres 1997 (Stand 31. Jänner 1998) beigelegt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in fremder Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, § 71 BHG, BGBl. Nr. 213 (Novelle BGBl. Nr. 626) und § 41 BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die ÖPSK bzw. die OeNB durchzuführen.

Anweisende Organe, die ständig einen umfangreichen Zahlungsverkehr in das Ausland oder ihren Sitz im Ausland haben (zB Vertretungsbehörden, Kulturinstitute) oder die aus sachlichen Gründen Zahlungsgeschäfte im Ausland abwickeln müssen, können gemäß § 54 BHV 1989 mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen Fremdwährungskonten eröffnen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die ÖPSK (in Ausnahmefällen an die OeNB) — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenswert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die ÖPSK (oder OeNB) ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

356

Auslandszahlungsverkehr

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Für anweisende Organe, die ihren Sitz im Ausland haben oder die aus sachlichen Gründen Gebarungen im Ausland bzw. besondere Geschäftsfälle in ausländischer Währung abwickeln, sind entsprechende Sonderregelungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen und dem Rechnungshof zu erlassen (§ 55 Abs.2 BHV 1989). Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei Finanzschulden (einschließlich Währungstauschverträge) in fremder Währung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebuhrengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, werden jeweils zum 1. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres Schillingwerte (Kassenwerte) festgesetzt. Abänderungen erfolgen zum nächsten Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während eines Monats.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuerschutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen **Z o l l w e r t k u r s e** festgesetzt.

Für jene Währungen, für die kein Zollwertkurs festgesetzt wird, ist der jeweilige Kassenwert der betreffenden Währung zur Ermittlung des Zollwertes maßgebend.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfalle der Zollverwaltung fest (**Z o l l e n t r i c h t u n g s k u r s e**).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“, die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.

Barabhebungskurse

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse für je 100 Währungseinheiten (Umrechnungskurse für die Auslandsbeoldung) festgesetzt (Stand: 1. August 1997):

ISO-Code	Währung	Schilling
LYD	Libysche Dinar	750,00

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.